

**Stadt als Angstraum.
Untersuchungen zu rechtsextremen Szenen
am Beispiel einer Großstadt**

Zur Erlangung des akademischen Grades eines

DOKTORS DER PHILOSOPHIE
(Dr. phil.)

von der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften
des
Karlsruher Instituts für Technologie KIT

angenommene

DISSERTATION

von

Ulrike Pahle-Franzen

aus

Walldürn

Dekan: Prof. Dr. Klaus Bös

1. Gutachter: Prof. Dr. Bernhard Schäfers

2. Gutachter: Prof. Dr. Bernd Hamm

Tag der mündlichen Prüfung: 13.07.2011

Danksagung

Mein Dank gilt vor allem meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Bernhard Schäfers für seine Begleitung sowie kritischen und konstruktiven Anregungen. Ich bedanke mich zudem ganz herzlich bei Herrn Prof. Dr. Bernd Hamm für die Erstellung des Zweitgutachtens meiner Dissertation.

Des Weiteren danke ich:

- allen Untersuchungsteilnehmern für ihre Bereitschaft, sich mit den umfangreichen Fragebögen auseinanderzusetzen, für die entgegengebrachte Offenheit und das gezeigte Vertrauen,
- den Teilnehmern meiner soziologischen Projektseminare an der Universität Karlsruhe (KIT), die mit viel Engagement die Befragungsdurchführung unterstützten,
- Herrn PD Dr. Walter Jungmann für die Unterstützung bei der Befragung der Studierenden im Studiengang Berufspädagogik an der Universität Karlsruhe (KIT),
- den Karlsruher Schulbehörden sowie den Schulleitungen und Lehrenden an den teilnehmenden Schulen,
- meiner Familie und meinen Freunden, die mich durch das Promotionsverfahren begleiteten und unterstützten.

Ulrike Pahle-Franzen

In Erinnerung an Prof. Dr. Yvonne Bernart
(1965 - 2010)

Stadt als Angstraum

Untersuchungen zu rechtsextremen Szenen
am Beispiel einer Großstadt

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	xiii
Abbildungsverzeichnis	xv
I Einleitung	1
II Grundzüge des theoretischen Bezugsrahmens	7
1 Kontakte und Netzwerke	9
1.1 Kontakthypothese	9
1.2 Bedeutung und Funktion inter- und intraethnischer peer-groups für Jugendliche	12
1.3 Deutsche Sprachkompetenz als Kommunikationsbasis	16
2 Konflikte oder die Dramatik der Begegnung	19
2.1 Konflikthypothese	20
2.2 Fremdheit als Konfliktsituation	23
2.3 Ethnisch-kultureller Konflikt um Werte und Ressourcen	24
2.4 Figurationen des Konflikts	26
3 Informationsträger Medien	29
3.1 Mediennutzung und die gesellschaftlichen Funktionen der Massenmedien	30
3.2 Medieneinfluss auf Meinungsbildung und öffentliche Wahrnehmung	33
3.3 Türkische Medien in der BRD	35
3.4 Meinungsmacher und Deutungshoheit	38
3.5 Political Correctness (PC)	39
3.6 Rechtsextremismus, ein medienwirksames Phänomen	41
3.7 Das Internet als Portal für extremistische Gruppierungen	43
4 Der Fremde - das Fremde	45
4.1 Leben mit dem Fremden als Prozess der Zivilisation	46
4.2 Annäherungen an das Fremde	48
5 Der Lebensraum Stadt	51
5.1 Stadt und Kultur	52
5.2 Zusammenleben in der Gesellschaft: Die integrierende Stadt	53
5.3 Ethnisch-räumliche Segregation und Marginalisierung städtischer Quartiere	56
5.4 Einfluss der räumlichen (Wohn-)Umwelt auf Jugendliche	58
5.5 Grenzverschiebungen	59

5.6	Die „Entmischung“ der multikulturellen Nachbarschaft	62
6	Der Angstraum Stadt	65
6.1	Soziale Normen und nachbarschaftliche Kontrollprozesse	66
6.2	Angsträume und Sicherheitsbedürfnis	69
6.3	Wahrnehmung von Angsträumen	71
6.4	Die Broken-Windows-Theorie	72
6.5	Territoriale Kontrollzonen: „National befreite Zonen“ (NBZ)	74
6.6	Territoriale Kontrollzonen: „No-Go-Areas“	76
7	Ethnisch-kulturell motivierte Feindlichkeit	79
7.1	Funktion und Struktur des Feindbildes	80
7.2	Hasskriminalität (hate crime) und Intergruppenangst	81
7.3	Fremdenfeindliche Gewalt als Folge des „doing masculinity“	83
8	Rechte Szenen in der BRD	85
8.1	Rechtsradikale, Rechtsextremisten, Neonazis, rechte Skinheads, Autonome Nationalisten	86
8.2	Rechtsextremes Einstellungspotenzial	90
8.3	Identitätsbildung durch Symbole und Kleidung	95
8.4	Theoretische Erklärungsansätze zu jugendlichem Rechtsextremismus	99
8.4.1	Individualisierungsthese	99
8.4.2	Modernisierungsverlierer-Theorie	100
8.5	Rechtsextremismus in der öffentlichen Perzeption	102
8.6	Politisch motivierte Kriminalität: Phänomenbereich PMK-rechts	104
8.7	Sanktionierung rechtsextremistischer Straf- und Gewalttäter durch Haft	106
9	Ausländerextremismus in der BRD	109
9.1	Ausländerextremismus in der BRD	110
9.2	ADÜTDF/AÜTDK und die „Grauen Wölfe“	112
9.3	Vergleich der Ideologien deutscher und türkischer extremistischer Gruppierungen	116
9.4	Instrumentalisierung türkischer Jugendlicher	119
III	Empirische Untersuchung: Rechtsextreme Szenen als Verursacher von Angsträumen	123
10	Methodische Anlage und forschungslogischer Ablauf der empirischen Untersuchung	125
11	Beschreibung und Auswahl des Untersuchungsfeldes	129
11.1	Karlsruher Stadt- und Bevölkerungsprofil	130
11.2	Auswahlkriterien der vier Gruppen	134
11.3	Beschreibung der Analysepopulation	136
11.3.1	Geschlechterverteilung	136
11.3.2	Altersverteilung	136
11.3.3	Ethnischer Hintergrund und Staatsangehörigkeit	137

11.3.4	Geburtsort Karlsruhe und Wohndauer in Karlsruhe	138
11.3.5	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	140
11.3.6	Ethnische Zusammensetzung des Freundeskreises	141
12	Darstellung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse im Kontext der theoretischen Grundlagen	145
12.1	„Handlungsqualität Gewalt“	145
12.1.1	Gewaltzuordnung, Gewaltverständnis und Gewaltwahrnehmung	145
12.1.2	Stadt als relativ gewaltfreier Raum	150
12.1.3	Gewalterfahrung und Furcht vor Gewalt	152
12.1.4	Gewaltbereitschaft	157
12.2	Auswirkungen extremistischer Szenen auf Sicherheitsgefühl und Wohlfühlen der Bevölkerung	162
12.2.1	Kenntnisstand zu rechts- und ausländerextremistischen Symbolen	163
12.2.2	Sicherheitsgefühl und Wohlfühlen in Karlsruhe	166
12.2.3	Sicherheitsbedrohung durch rechts- und ausländerextremistische Szenen	173
12.3	No-Go-Areas und Angsträume im öffentlichen Raum	181
12.3.1	Meidungswunsch und Meidungsverhalten	181
12.3.2	Angstraumbildungen im öffentlichen Raum als Folge von Belästigungen	183
12.3.3	Wahrnehmung rechts- und ausländerextremistischer Szenen im öffentlichen Raum	187
12.3.4	No-Go-Areas für Deutsche und Migranten	193
12.3.5	Bestehende Angsträume aus Furcht vor Rechts- und Ausländerextremisten	197
12.3.6	Einschätzung als „einen Brennpunkt der Neonazi-Szene“	206
12.4	Einfluss von Informationsquellen auf die Wahrnehmung bzw. Furcht vor Rechts- und Ausländerextremisten	212
13	Politische und institutionelle Abwehrmaßnahmen gegen Rechts- und Ausländerextremismus zur Angsträumprophylaxe	227
IV	Schlussfolgerungen, Forschungslücken und Empfehlungen an die Praxis	229
14	Schlussfolgerungen als Herausforderung für die Jugend-, Stadt- und Migrationssoziologie	231
15	Forschungslücken	235
16	Empfehlungen für die Praxis	237
	Literatur- und Medienverzeichnis	239

Tabellenverzeichnis

8.1	Rechtsextremistisches Gesamtpersonenpotenzial (2008/2009)	91
8.2	Politisch motivierte Kriminalität (PMK)-rechts (2008/2009)	104
11.1	Deutsche Staatsangehörigkeit, nicht Deutschstämmig/Alter (C)	139
11.2	Deutschstämmig, nicht Deutschstämmig/Deutsche Staatsangehörigkeit	139
11.3	Wohndauer in Karlsruhe/Alter	140
11.4	Wohndauer in Karlsruhe	141
12.1	Extremistische Szene Bedrohung für persönliche Sicherheit/Zusammenhang kul- tureller Hintergrund und Gewalteinrichtung	149
12.2	Grundsätzlich gegen Gewalt	150
12.3	Gewalt gehört selbstverständlich zur menschlichen Natur	150
12.4	Relativ gewaltfreier Raum	151
12.5	Gewalterfahrung	153
12.6	Angst vor Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln	156
12.7	Zunahme der Gewaltbereitschaft	158
12.8	Alkoholverbot	159
12.9	Kenntnis extremistischer Symbole	163
12.10	Geburtsort Karlsruhe/Kenntnis extremistischer Symbole	166
12.11	Erhöhung des Sicherheitsgefühls	167
12.12	Sicherheit durch Waffenbesitz	170
12.13	Wohlfühlen in Karlsruhe/Belästigt von speziellen Gruppen	171
12.14	Extremistische Szene Sicherheitsbedrohung/Erhöhung des Sicherheitsgefühls	174
12.15	Sicherheitsbedrohung/Extremistische Szene	174
12.16	Rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung/Alter	174
12.17	Ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung/Alter	175
12.18	Geschlecht/Rechtsextremisten als Bedrohung	175
12.19	Geschlecht/Ausländerextremisten als Bedrohung	176
12.20	Rechtsextremistische/Ausländerextremistische Szene als Bedrohung	176
12.21	Rechtsextremisten als Bedrohung	177
12.22	Ausländerextremisten als Bedrohung	177
12.23	Extremistische Szene als Bedrohung/Furcht vor Pöbeleien usw.	181
12.24	Extremistische Szene als Bedrohung/Angst in öffentlichen Verkehrsmitteln	181
12.25	Extremistische Szene als Bedrohung/Schulform	182
12.26	Öffentliche Räume werden aus Furcht gemieden	182
12.27	Belästigt, angepöbelt o.ä. von spezifischen Gruppen	184
12.28	Brennpunkt Neonazi-Szene/Belästigt von speziellen Gruppen	185
12.29	Ausländerextremistische Szene als Bedrohung/Von Migranten belästigt	186
12.30	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Von Deutschen belästigt	186
12.31	Geschätzte Anzahl/Extremistische Gruppierung	188

12.32	Geschätzte Anzahl Extremisten	188
12.33	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Geschätzte Anzahl Extremisten	189
12.34	Gewalt erlebt/Geschätzte Anzahl Extremisten	190
12.35	Schulform/Geschätzte Anzahl Extremisten	192
12.36	Geschätzte Anzahl Extremisten/Brennpunkt Neonazi-Szene	193
12.37	Geschätzte Anzahl Extremisten/Alter	193
12.38	Migranten unerwünscht	194
12.39	Deutsche unerwünscht	194
12.40	Migranten bzw. Deutsche unerwünscht/Alter	197
12.41	Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten	198
12.42	Kenntnis Symbole Rechtsextremisten/Öffentliche Räume meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten	199
12.43	Öffentliche Räume meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten/Kenntnis Sym- bole „Graue Wölfe“	200
12.44	Orte meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten	202
12.45	Orte meiden aus Furcht vor Extremisten	202
12.46	Meidungsgrund Extremisten, Schulform/Meidungsverhalten	202
12.47	No-Go-Areas und Angsträume im Karlsruher Stadtgebiet	205
12.48	Brennpunkt der Neonazi-Szene	206
12.49	Informationsquellen zum Thema Extremismus in der BRD	214
12.50	Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten/Informationsquellen (B)	214
12.51	Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten/Informationsquellen (B)	215
12.52	Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten/Informationsquellen (C)	216
12.53	Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten/Informationsquellen (C)	217
12.54	Furcht vor Extremisten/Informationsquellen (B)	218
12.55	Furcht vor Extremisten/Informationsquellen (C)	220
12.56	Extremistische Szene als Bedrohung/Schulabschluss	220
12.57	Schulabschluss/Informationsquellen zu Extremismus	221
12.58	Extremistische Szene als Bedrohung/Medien mit der häufigsten Berichterstattung	222
12.59	Kenntnis extremistischer Symbole/Informationsquellen zu Extremismus	223
12.60	Öffentliche Orte meiden wegen Extremisten/Infoquellen zu Extremismus	224

Abbildungsverzeichnis

2.1	Eine Figuration interdependenter Individuen	26
8.1	Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinheadszone in Baden-Württemberg	89
8.2	Rechtsextremes Einstellungspotenzial (ABL/NBL)	92
8.3	„Frontbann 24“	96
8.4	Gauwinkel/Gaudreieck	97
8.5	Schwarze Sonne	98
9.1	„Wolfsgruß“	114
9.2	Junge Anhänger der „Grauen Wölfe“	115
11.1	Ausländer in Karlsruhe 1946-2008	131
11.2	Geschlechterverteilung	136
11.3	Altersverteilung	137
11.4	Nicht Deutschstämmige/Deutschstämmige	138
11.5	Geburtsort Karlsruhe	140
11.6	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (C)	142
11.7	Zusammensetzung des Freundeskreises	142
12.1	Gewaltzuordnung	146
12.2	Gewaltverständnis der deutschstämmigen Befragten	147
12.3	Gewaltverständnis der nicht deutschstämmigen Befragten	147
12.4	Zusammenhang zwischen kulturellem Hintergrund und Gewalteinrichtung	149
12.5	Karlsruhe, ein relativ gewaltfreier Raum/Alter	152
12.6	Persönliche Gewalterfahrung	153
12.7	Belästigungskonstellation/Ohne ersichtlichen Anlass belästigt (C)	155
12.8	Belästigungskonstellation/Ohne ersichtlichen Anlass belästigt (B)	155
12.9	Gewalt erlebt/Keine Kenntnis über Extremisten (C)	157
12.10	Schulform/Kennntnis extremistischer Symbole (B)	164
12.11	Kennntnis Symbole der deutschen Rechtsextremisten/Alter	165
12.12	Kennntnis Symbole der „Grauen Wölfe“/Alter	165
12.13	Ich fühle mich sicher/Alter (C)	167
12.14	Furcht vor Schaden (C)	169
12.15	Ausländerextremistische Szene als Bedrohung/Wohlfühlen (C)	172
12.16	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Wohlfühlen (C)	172
12.17	Kennntnis über extremistische Szenen/Wohlfühlen (C)	173
12.18	Geburtsort Karlsruhe, bedrohtes Sicherheitsgefühl/Extremisten (C)	178
12.19	Durch Extremisten bedrohtes Sicherheitsgefühl/Geburtsort Karlsruhe (B)	179
12.20	Durch Extremisten bedrohtes Sicherheitsgefühl/Geburtsort Karlsruhe	180
12.21	Öffentliche Räume werden von Freunden und Bekannten gemieden	183

12.22	Gewalt erlebt/Geschätzte Anzahl Extremisten	191
12.23	Selbst Gewalt ausgesetzt/Kriminelle Migranten	192
12.24	Deutsche bzw. Migranten unerwünscht	195
12.25	„Migranten/Deutsche unerwünscht“	196
12.26	Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten/Keine Kenntnis über Rechtsextremisten (C)	201
12.27	Orte meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten/Keine Kenntnis über Ausländerextremisten (C)	201
12.28	„Stadtteile meiden aus Furcht vor Rechts-/Ausländerextremisten“	204
12.29	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Brennpunkt der Neonazi-Szene (B)	207
12.30	Brennpunkt der Neonazi-Szene/Symbole der deutschen Rechtsextremisten (C)	208
12.31	Brennpunkt der Neonazi-Szene	208
12.32	Brennpunkt Neonazi-Szene/Relativ gewaltfreier Raum (C)	209
12.33	Brennpunkt der Neonazi-Szene/Zunahme der Gewaltbereitschaft (C)	210
12.34	Brennpunkt der Neonazi-Szene/Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten (C)	211
12.35	Brennpunkt der Neonazi-Szene/Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten (B)	211
12.36	Brennpunkt der Neonazi-Szene/Erhöhung des Sicherheitsgefühls (C)	212
12.37	Furcht vor Rechtsextremisten/Informationsquellen	219
12.38	Furcht vor Ausländerextremisten/Informationsquellen	219

Teil I
Einleitung

Einleitung

Das Streben nach Sicherheit, z.B. durch den Schutz vor Gefahren, ist nach den physiologischen Bedürfnissen (Atmung, Schlaf, Nahrung, Wärme, Gesundheit, Wohnraum, Sexualität, Bewegung und Schutz vor den Naturgewalten) das zweitstärkste menschliche Grundbedürfnis (Abraham Maslow, 1943). Sicherheit und Freiheit sind verbürgte Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Angstraumbildungen im öffentlichen Raum beeinträchtigen jedoch gleichzeitig unser Grundbedürfnis nach persönlicher Sicherheit und unser Recht auf Freiheit.

Obwohl die Diskussion über das „unappetitliche Phänomen Rechtsextremismus“ (R. Eckert, 2003) in Deutschland seit Jahren ein breites Feld in der Öffentlichkeit einnimmt und laut Helmut Klages (1975) eine wachsende, subjektive Empfindlichkeit der Menschen generell gegenüber Störungen und Beeinträchtigungen festgestellt wird, ergab die im Jahr 1999 bei 3.100 Karlsruher Bürgern durchgeführte repräsentative Bevölkerungsumfrage „Sicherheit in der Stadt“ (vgl. AfS, 1999) keinen Hinweis darauf, dass es in Karlsruhe eine Sicherheitsbeeinträchtigung durch deutsche oder ausländische Rechtsextremisten bzw. Ausländerextremisten geben könnte.

Der Landkreis Karlsruhe wurde 2007 vom baden-württembergischen Innenministerium als ein „Brennpunkt der Neonazi-Szene in Baden-Württemberg“ (Innenministerium, 2007, S. 3) und in den Medien als „rechtsextremes Pflaster“ (ka news, 2008a) bezeichnet. 2009 wurde die Fächerstadt für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet und der Sozialbürgermeister der Stadt Karlsruhe erklärte nach der Bundestagswahl 2009, er sei stolz, dass Rechtsparteien keinen Fuß in das Karlsruher Rathaus setzen konnten.

Die beschreibende Erforschung und Analyse sozialer Tatbestände (Emile Durkheim, 1895) ist die Aufgabe der speziellen Soziologie. Dieser Aufgabe soll in der vorliegenden Arbeit durch die Untersuchung des „Phänomens Angsträum“ im öffentlichen Raum nachgegangen werden. Der theoretische Bezugsrahmen dieser Forschungsarbeit um die Bedeutung der Wahrnehmung extremistischer Präsenz im Lebensfeld der Befragten verortet sich über die Stadtsoziologie, die sich aktuell verstärkt im Zusammenhang mit der „Sozialen Stadt“ auch mit dem Thema Migrantenjugendliche beschäftigt, über die Jugendsoziologie, die sich in der BRD seit den 1970er Jahren ebenfalls verstärkt mit dem Thema Migrantenjugendliche beschäftigt sowie über die Migrationssoziologie, einer noch relativ jungen speziellen Soziologie, die sich aus der Gastarbeiterforschung entwickelte. In dieser Arbeit wird durch die Untersuchung thematischer Zusammenhänge und Überschneidungen eine Annäherung der aufgezeigten speziellen Soziologien angestrebt. Das Forschungsgebiet dieser Arbeit ist in deren Schnittmenge angesiedelt. Die Grundlagen der beiden untersuchten extremistischen Ideologien (deutscher und türkisch-nationalistischer Rechtsextremismus) werden aufgezeigt sowie die soziologische Extremismusforschung anhand grundlegender Konzeptionen dargestellt.

Entsprechend der Figurations- und Prozess-Soziologie als Teil der Gesellschaftstheorie nach Norbert Elias wird das städtische Sozialgefüge unter Zuhilfenahme von Theorien zu Stadt und Kultur (Bernhard Schäfers), Angsträumen (Edwin Kube), Rechtsextremismus (Roland Eckert, Wilhelm Heitmeyer), Medien (Noam Chomsky, Bernd Hamm, Helmut Schelsky), Kontakt- und Konflikthypothese (Gordon W. Allport, Georg Simmel) sowie zu Gemeinschaft und Gesellschaft (Ferdinand Tönnies) untersucht. Berücksichtigt werden nicht nur genuin soziologische Ansätze, sondern auch Konzepte aus dem Bereich der Kriminologie, Psychologie und der Sozialphilosophie, soweit sie die soziologische Theoriebildung beeinflusst haben.

Es gilt zu klären, ob sich die Bevölkerung – hier insbesondere die Gruppen der Jugendlichen, jungen Erwachsenen in der Starterphase und Wohnbevölkerung – durch deutsche und ausländische Extremisten in ihrer persönlichen Sicherheit in Karlsruhe bedroht fühlt und daraus resultierend in ihrer Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum eingeschränkt wird. Im Zusammenhang mit der Extremismuswahrnehmung wird ein Geflecht an Faktoren und Erklärungen untersucht. Die analytischen Ebenen greifen dabei eng ineinander: das Individuum auf der Mikroebene, seine sozialen Netzwerke (wie z.B. Freunde) auf der Mesoebene und die gesellschaftlichen Bedingungen der Handlungsmöglichkeiten auf der Makroebene. Veränderungen auf der makrosozialen Ebene wirken sich jeweils auch auf der mikro- und mesosozialen Ebene aus. Die vorliegende Untersuchung betrachtet verstärkt die Mikro- und Mesoebene, vor allem Individuen und deren Handlungen und Handlungsoptionen.

Angstraumuntersuchungen werden insbesondere im Auftrag der Stadtverwaltungen von Großstädten vorgenommen. Auch stadt- und jugendsoziologische Forschungen beschäftigen sich in Verbindung mit der Extremismusforschung vorrangig mit Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt usw., Städte wie Karlsruhe finden diesbezüglich dagegen wenig Beachtung.

Zur Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten stützen sich Polizei und viele Institutionen bevorzugt auf vorliegende Statistiken über Art, Häufigkeit und topografische Schwerpunkte von Straftaten im Stadtgebiet. Die persönlichen Einschätzungen, Meinungen und Bewertungen der Bewohner darüber, wie sicher sie sich tatsächlich in ihrer Stadt fühlen, werden darin nicht erfasst und sind auch nicht immer statistisch messbar. Problemlösung beginnt jedoch bei der Benennung der Probleme.

Meinungen und auch Ängste entstehen aufgrund der persönlichen sozialen Wahrnehmung sowie einer Mischung aus Erkenntnissen, Überzeugungen, Wissen, Meinungen, Glauben und Beurteilung. Möglicherweise geht die Bevölkerung aufgrund ihrer Annahmen und Wahrnehmungen von einem Risiko für die persönliche Sicherheit durch eine spezielle Gruppierung wie z.B. Extremisten aus, für das kein faktisch belegtes kommunales Datenmaterial vorhanden ist. Eventuell wird das Sicherheitsrisiko von der Wohnbevölkerung auch höher eingeschätzt als dies bei den Sicherheitsbehörden bekannt ist. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt aus diesen Überlegungen heraus nicht in der Untersuchung von verhältnismäßig gut zu behebbenden städtebaulichen Angstausslösern¹, sondern in Anlehnung an die Broken-Windows-Theorie (Wilson/Kelling, 1982) bei den

¹Untersuchungen zu Angsträumen, die im öffentlichen Raum durch architektonische und städtebauliche Erscheinungen hervorgerufen werden, sind üblich und verbreitet. Liegen die Angstausslöser in baulichen Erscheinungen, so können diese eindeutig benannt, untersucht und durch entsprechende bauspezifische Maßnahmen behoben werden. Die Verbesserung ist im Normalfall zügig herbeizuführen und für die Bevölkerung erkennbar. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird dadurch signifikant erhöht.

Personengruppen, die den öffentlichen Raum sowohl für Anwohner als auch für Nutzer dieser Gebiete zum Angstraum werden lassen.

No-Go-Areas werden durch Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen und Beleidigungen manifestiert; dazu benötigt es nicht unweigerlich physischer Gewalt oder Mauern. Ob ein öffentlicher Raum tatsächlich zur No-Go-Area und damit möglicherweise zum Angstraum wird, kann als eine „Abstimmung mit den Füßen“ verstanden werden, die sich jeden Tag neu vollzieht. Durch eine anonyme Befragung per Fragebogen soll der Zusammenhang zwischen subjektiver Angstraum-Wahrnehmung und objektiven Tatbeständen in Form von expliziten Benennungen entsprechender Angsträume untersucht werden.

Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Angsträume in Karlsruhe durch objektiv oder subjektiv wahrgenommene Rechts- oder Ausländerextremisten entstanden sind, wird zunächst untersucht, inwieweit Angsträume vorhanden sind und durch welchen Personenkreis diese hervorgerufen werden. Es stellt sich die generelle Frage, ob es in Karlsruhe No-Go-Areas beziehungsweise Angsträume im öffentlichen Raum gibt, in denen Migranten seitens Deutscher (und vice versa) nicht erwünscht sind. No-Go-Areas für Deutsche müssen nicht unweigerlich durch Ausländerextremisten entstehen. Ebenso lässt die Unerwünschtheit von Migranten seitens Deutscher an bestimmten öffentlichen Räumen nicht unweigerlich den Rückschluss zu, dass es sich hier um „National befreite Zonen“ durch Rechtsextremisten handeln würde. Im Schwerpunkt der vorliegenden Studie wird untersucht, inwiefern öffentliche Räume durch deutschstämmige rechtsextremistische und/oder türkisch-nationalistische rechtsextremistische Personen und Gruppierungen zu Angsträumen für die Bevölkerung werden. Vertiefend wird auf die thematische Verflechtung von Sicherheit, Gewalt und Angsträume in Karlsruhe eingegangen.

Im Zuge der Ausweitung des postmaterialistischen Lebensstils wird die Unmittelbarkeit der lebensweltlichen Erfahrung zunehmend um medial vermitteltes Wissen ergänzt, wobei Massenmedien als Orientierungshilfe für die persönliche Lebenswelt dienen. Medien tragen zu einem beträchtlichen Teil zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Ängste und dadurch verursachte Angsträume entstehen nicht nur aus persönlichen Erfahrungen heraus, sondern auch durch entsprechende Meinungsäußerungen anderer Personen und durch Medienberichte. Da die lokalen Medien seit Jahren in dichter Folge vom „Kampf gegen Rechts“ jedoch kaum über lokalen Ausländerextremismus in Karlsruhe berichten, wird untersucht, ob ein Unterschied zwischen der medialen Darstellung und der Alltagserfahrung der Befragten zum Thema Extremismus in Karlsruhe besteht. Die vorliegende empirische Untersuchung nimmt ihren Ausgangspunkt in der Annahme, dass die Bedrohungsfurcht vor extremistischen Szenen in Karlsruhe nicht ausschließlich auf persönlicher Erfahrung basiert, sondern auch durch mediale Darstellungen ausgelöst und gefördert wird. Es wird untersucht, welche Rolle den Medien bei der Entwicklung von Angsträumen zukommt, d.h. inwieweit ein Zusammenhang zwischen bedrohtem Sicherheitsgefühl durch Extremisten und der medialen Berichterstattung über Rechts- bzw. Ausländerextremisten in Karlsruhe besteht.

Im Bundesland Baden-Württemberg und auch in Karlsruhe ist die türkische Ethnie innerhalb der ausländischen Bevölkerung am stärksten vertreten. Daher bietet es sich an, die nachweislich auch in Baden-Württemberg aktive türkisch-nationale rechtsextremistische Vereinigung der „Grauen Wölfe“ den deutschen Rechtsextremisten vergleichend gegenüber zu stellen. Beide Gruppierungen werden vom deutschen Verfassungsschutz beobachtet. Die vorliegende Un-

tersuchung gilt vor allem denjenigen öffentlichen Räumen in Karlsruhe, in denen Migranten durch extremistische Deutsche bzw. Deutsche seitens extremistischer Migranten unerwünscht sind, so dass sich diese öffentlichen Räume durch Ausländer- bzw. aus Deutschenfeindlichkeit zu No-Go-Areas und zu Angsträumen entwickelten.

Um die Aktualität des Themas darstellen zu können, ist es erforderlich, auf eine Vielzahl an Nachrichten und Mitteilungen sowohl aus den Printmedien (z.B. Tageszeitungen, aktuelle Veröffentlichungen der Bundesministerien, Gesetzesblätter) als auch aus dem Internet zurückzugreifen.

Die Untersuchungsergebnisse zu den durch extremistische Szenen geschaffenen Angsträumen innerhalb einer Großstadt in Baden-Württemberg werden von der Verfasserin als grundlegende Voraussetzung gewertet, um ein durch extremistische Kräfte verursachtes mögliches Bedrohungsgefühl innerhalb der Bevölkerung erkennen und gegebenenfalls von kommunaler Seite gegensteuern zu können. Auch ohne dass die vorliegende Bevölkerungsbefragung den Anspruch erhebt, repräsentativ zu sein, könnte sie für die Kommunalpolitik ein Ergebnis dokumentieren, das in weiteren, größer angelegten Befragungen zu vertiefen ist.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der folgenden Arbeit auf geschlechtergerechte Gestaltung des Textes (Doppelnennung, Schrägstrich, Klammerbenutzung) verzichtet. Die maskulinen Personenbezeichnungen implizieren daher auch immer die weibliche Form.

Teil II

Grundzüge des theoretischen Bezugsrahmens

1 Kontakte und Netzwerke

1.1 Kontakthypothese

Menschen innerhalb einer Gesellschaft sind aufeinander angewiesen und voneinander abhängig. Dabei setzt das gesellschaftliche Leben als solches laut Georg Simmel (1968) eine grundsätzliche Harmonie zwischen dem Individuum und dem sozialen Ganzen voraus (vgl. Simmel, 1968, S. 30).

Zu den einflussreichsten theoretischen Annahmen im Zusammenhang mit dem Abbau von Intergruppenvorurteilen zählt die Kontakthypothese (contact hypothesis). Während Gordon W. Allport (1958) davon ausgeht, dass der Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen zum Abbau von Vorurteilen¹ und Stereotypen zwischen diesen führt (vgl. Allport, 1958), ist Rainer Dollase (1996) der Meinung, dass Kontakt nur in sehr spezifischen Fällen positive Auswirkungen, manchmal keine, oft aber auch gegenteilige haben kann (vgl. Dollase, 1996, S. 127). Viele Personen besitzen Vorurteile gegenüber Fremdgruppen (Outgroup), ohne über eigene Erfahrungen mit den betreffenden Gruppen zu verfügen. Feindseligkeiten und Verachtung gegenüber der Fremdgruppe resultieren aus Sicht der Vertreter der Kontakthypothese primär aus mangelnden Kenntnissen über die Outgroup und aus fehlender Vertrautheit mit ihr. Generell ist davon auszugehen, dass eine geringe Motivation herrscht, die Genauigkeit einer Bewertung zu überprüfen. Eine entsprechende Kombination führt zur Bildung von Stereotypen und Ängsten. Mindestens vier Bedingungen müssen erfüllt sein, damit ein optimaler Zwischengruppen-Kontakt erfüllt ist: derselbe Gruppenstatus innerhalb der Kontaktsituationen, gemeinsame Ziele, Zwischengruppenkooperation und Autoritätsunterstützung. Die Individuen dürfen sich nicht nur begegnen, sondern müssen gleichzeitig als Repräsentanten ihrer Gruppen auftreten, um einen Effekt auf beide Gruppen zu erreichen (vgl. Schneider, 2006, S. 53).

Die Vertreter und Befürworter der Kontakthypothese gehen davon aus, dass durch eine soziale und kulturelle Durchmischung der Bevölkerung andere Lebensweisen erfahrbar werden. Dabei scheinen interkulturelle Beziehungen umso wahrscheinlicher, je weniger eng und intim sie sind (vgl. Bruhns, 2006, S. 17). Diese Kontakte würden zur notwendigen beidseitigen Toleranz beitragen und die Übernahme erwünschter Verhaltensweisen innerhalb der deutschen Mittelschicht fördern (vgl. Beck u. Perry, 2007, S. 194). Vorurteile können (sofern sie nicht tief in der Persönlichkeitsstruktur des Individuums verankert sind) durch einen Kontakt mit gleichem Status zwischen Majorität und Minderheiten durch das Anstreben gemeinsamer Ziele verringert werden. Wichtig für den Vorurteilsabbau sind die Randbedingungen wie persönliches Selbstbewusstsein (im Sinne geringer Abhängigkeit von Gruppenmeinungen) oder auch

¹Vorurteile sind negative oder ablehnende Einstellungen einem Menschen oder einer Menschengruppe gegenüber, wobei dieser Gruppe bestimmte Eigenschaften von vornherein zugeschrieben werden, die sich selbst bei widersprechender Erfahrung nur schwer korrigieren lassen (vgl. Davis, 1978, S. 144).

Interaktion, d.h. Freiwilligkeit des Kontakts, Interessen- und Zielgleichheit. Generell gilt, dass die Qualität der Kontakte eine wichtige Rolle spielt und nicht bereits der Kontakt an sich (vgl. Reinders, 2004, S. 96). Kontakte führen nicht automatisch zum Kennen und schon gar nicht zu wechselseitiger Anerkennung. Für den Aufbau einer freundlichen Beziehung ist das Verfolgen gemeinsamer Ziele und Intergruppenkooperation notwendig (vgl. Allport, 1958). Zwischen den Zielen der türkischen Migranten in der BRD und jenen der deutschen Aufnahmegesellschaft ist im Zeitablauf zu differenzieren:

Die Zielsetzung der ersten türkischen Arbeitsmigrantengeneration in der BRD in der Zeit zwischen 1961 und 1973 stellte eine Win-win-Situation sowohl für die Türkei als auch für Deutschland dar. Die türkischen Arbeitsmigranten ohne berufliche Qualifikation verdienten deutlich mehr in der BRD als in der Türkei und reduzierten gleichzeitig mit ihrer Auswanderung die hohe Arbeitslosenquote in ihrer Heimat. Aufgrund der guten Wirtschaftslage stellte die deutsche Wirtschaft Arbeitsmigranten ein, und auch bisher weniger qualifizierten Deutschen wurde ein beruflicher Aufstieg ermöglicht. Vor allem nach dem Anwerbestopp (1973) differierten die Zielsetzungen: die türkischen Arbeitsmigranten der ersten Generation versuchten durch Familiennachzug das soziale Wohlergehen sowohl des engen Familienkreises in Deutschland als auch der weiterhin in der Türkei beheimateten Familien zu sichern. Gleichzeitig distanzieren sie sich u.a. durch ein ausgeprägtes intraethnisches Heiratsverhalten mit Ehegatten aus der Türkei von der deutschen Aufnahmegesellschaft. Deutschland befand sich jedoch seit der Ölkrise in einer schweren Wirtschaftskrise und hatte keinen weiteren Bedarf an nicht oder nur wenig qualifizierten Arbeitskräften aus der Türkei. Die türkischen Arbeitsmigranten und deren Nachfahren befinden sich heute in Ressourcenkonkurrenz zu der Bevölkerung in der BRD. Je knapper Arbeits- und Ausbildungsplätze werden und je schlechter die Finanzierungssituation des deutschen Sozialstaates wird, desto mehr entwickeln sich Ängste und Vorbehalte innerhalb der Bevölkerung. Da sich keine andere Einwandererethnie in Deutschland in gleichem Maße von der deutschen Bevölkerung kulturell und im Heiratsverhalten² abgrenzt, gelten in der BRD die Türkeistämmigen unter den Einwanderern als die am fremdesten wahrgenommene Gruppe (vgl. Bade, 2002, S. 335).

Bei dem Bewertungsschwerpunkt der gesellschaftlichen Lage eines Individuums ist die Position in der Hierarchie der gesellschaftlichen Geltung gemeint, die auf einer Art kumulativer Schätzung all seiner Positionen und damit verbundenen Belohnungen beruht (z.B. Eigentum, Macht, psychischer Gratifikationen) (vgl. Tumin, 1975, S. 46). In sozialen Beziehungen wird die gegenseitige Beurteilung, Bewertung und Akzeptanz nicht nur durch Beruf, Einkommen oder Ausbildungserfolge bestimmt; ihre Kennzeichnung erfolgt vielmehr durch eine Mischung dieser und vieler anderer Merkmale wie z.B. Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Religion, Nationalität, Familienstand und Art der Familie. Diese Faktoren werden zu einer allgemeinen Bewertung zusammengezogen, ohne dass Klarheit darüber besteht, welche Faktoren man tatsächlich berücksichtigt, wie stark die einzelnen hierbei gewichtet werden, warum bestimmte Faktoren

²Sura 3 Al-Imran, Vers 29: „Die Gläubigen sollen sich nicht Ungläubige zu Freunden nehmen vor den Gläubigen - und wer das tut, hat nichts mit Allah-, es sei denn, daß ihr euch vorsichtig vor ihnen hütet. Allah warnt euch vor Seiner Strafe, und zu Allah ist die Heimkehr.“ (Jamaat, 1993, S. 51) Mit verstärktem Moscheebesuch nehmen die Neigung und das Interesse ab, Kontakte zu und damit den Austausch mit Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu pflegen beziehungsweise zu intensivieren. Bei muslimischen Jugendlichen lässt sich überdies feststellen, dass sich ihre sprachlich-soziale Integration umso niedriger darstellt, je ausgeprägter ihre Religiosität ist (vgl. Martin, 2006)/(vgl. Heitmeyer, 2004, S. 122).

eingeschlossen bzw. andere ausgeschlossen werden und warum Gewichtungen exakt auf diese Weise verteilt sind (ebd.).

Im Allgemeinen neigen Gruppenmitglieder dazu, Merkmale, die ihre Gruppe kennzeichnen, etwas höher als die anderer Gruppen einzuschätzen. Zum Teil kommt es auch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung (self-fulfilling prophecy), indem die negative Erwartungshaltung einer Person die tatsächliche Leistung einer anderen Person derart negativ herabsetzen und dadurch beeinflussen kann, dass die negative Erwartung tatsächlich erfüllt wird. Voreingenommenheiten sind nur dann Vorurteile, wenn sie angesichts neuer Informationen nicht geändert werden; ob Vorurteile abgebaut werden hängt in erster Linie von der Art der Begegnung und von der Art der beteiligten Personen ab (vgl. Allport, 1971, S. 269f.). Zufällige Kontakte sind zumeist oberflächlicher Natur und dienen nicht dem Abbau von Vorurteilen, sondern verstärken diese eher, da oftmals nur diejenigen Personen bemerkt werden, die die Vorurteile bestätigen (ebd.). Im Regelfall werden zwar Vorurteile gegenüber Minderheiten gehegt, es gibt jedoch durchaus Beispiele, in denen Vorurteile der Minderheit gegen die Mehrheit gerichtet sind. Neben den verschiedenen Kontaktarten spielen die Persönlichkeitsunterschiede eine wichtige Rolle, denn es wird angenommen, dass ängstliche und aggressive Personen keine Toleranz entwickeln, sondern zur Katharsis der eigenen Frustration einen „Sündenbock“ (scape goat) suchen und brauchen (ebd.).

Die überwiegende Mehrheit der Migranten verfügt über ein soziales Netz, das hauptsächlich aus der Kern- und Herkunftsfamilie besteht. Lediglich eine Minderheit der Migranten hat neben familiären Kontakten noch Freunde.³ Die Anzahl dieser Kontakte nimmt nach der Heirat und der Geburt des ersten Kindes deutlich ab. Dieser Prozess ist in der Familiengründungsphase – unabhängig von der ethnischen Herkunft einer Person – häufig zu beobachten. Er setzt bei Migranten jedoch besonders früh (oft bereits im Alter von 20 Jahren oder kurz darauf) ein, da sie vergleichsweise früh heiraten. Familiäre Kontakte werden von den Migranten als intensiver, stabiler und verlässlicher wahrgenommen als die außerfamiliären Kontakte (vgl. Janßen u. Polat, 2006, S. 12).

Zur Kontakthypothese ist kritisch anzumerken, dass der Abbau individueller Vorurteile in keiner Situation eindeutig und ausschließlich auf den reinen Kontakt zu Mitgliedern der Outgroup zurückzuführen ist. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass vorurteilsfreiere Personen generell häufiger private Kontakte mit anderen Ethnien pflegen als Personen mit Vorurteilen. Personen mit stärkeren ethnischen Vorurteilen meiden vermutlich nach Möglichkeit interethnische Kontakte. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Personen mit generell indifferenter Einstellung oder positiver Meinung über eine andere ethnische Gruppe diese Meinung nach persönlichem Kontakt ins Negative verkehren können. Was vorher als reines Vorurteil behandelt werden konnte, wird dann zum persönlichen Erfahrungswert mit entsprechenden zukünftigen Verhaltens- und Handlungsmustern.

³Die Familienzentriertheit der sozialen Netze türkischer Migranten wird durch ihr Heiratsverhalten verstärkt: 93% der Türkeistämmigen in der BRD wählen ihre Ehepartner ausschließlich aus ihrer eigenethnischen Gruppe (vgl. FOCUS, 2009b). Bei etwa zwei Drittel ist der Ehepartner erst nach der Heirat nach Deutschland zugewandert. Bei über der Hälfte der transnationalen Ehen handelt es sich um einen direkten Verwandten. Durch die Heirat innerhalb der Verwandtschaft werden die bestehenden Netzwerke meist nicht um außerfamiliäre Kontakte erweitert (vgl. Janßen u. Polat, 2006, S. 13).

1.2 Bedeutung und Funktion inter- und intraethnischer peer-groups für Jugendliche

Rechts- und Ausländerextremismus werden zu einem Großteil durch Vorurteile aufgebaut und erhalten. Die Frage nach Auswirkungen von Gruppenbildungen und Kontakten, insbesondere in Form interethnischer Freundschaften⁴ zwischen Jugendlichen, ist daher grundlegend.

Lange herrschte die Ansicht vor, dass interethnische Freundschaften selten vorkämen, weil die soziale Distanz zwischen Angehörigen unterschiedlicher Ethnien zu groß sei. Gleiche nationale und/oder ethnische Herkunft galt als wichtigstes Hemmnis für den Aufbau ethnienübergreifender Beziehungen (vgl. Reinders u. a., 2006, S. 41).

Der zunehmende Migrantenanteil in westlichen Industrienationen und deren Bündelung in unteren Bildungsgängen führt heute dazu, dass von Generation zu Generation die Verfügbarkeit andersethnischer Gleichaltriger (peers) als potenzielle Freunde gestiegen ist. Kinder und Jugendliche treffen in der Schule und im Alltag immer häufiger auf Gleichaltrige anderer kultureller und ethnischer Herkunft. Interkulturelle Beziehungen werden zumeist als problematisch, problembelastet, konfliktreich, vorurteilsbehaftet und gewalttätig gesehen (vgl. Bruhns, 2006, S. 16). Entsprechend Allports Theorien zu „The Nature of Prejudice“ (Allport, 1958) kommen durch frühzeitige Kontakte zu anderen Ethnien und durch intraethnische Freundschaftsbeziehungen eventuelle Vorurteilsbildung erst gar nicht auf bzw. bereits vorhandene Vorurteile werden durch den Kontakt wieder abgebaut. Mit dem Kontakt geht allerdings auch die Gefahr einher, dass vorhandene Vorurteile verfestigt oder überhaupt erst aufgebaut werden.

Das Jugendalter stellt die Übergangszeit von einem biosozialen Status zum anderen dar, daher sind in dieser Zeit menschliche Kontakte umso prägender und für die Persönlichkeitsentwicklung wichtig. Durch den Intergruppenkontakt mit Freunden aus anderen Kulturkreisen (cross-ethnic friendship) können die entwickelten Regeln der Aufnahmegesellschaft mit den Regeln der Zuwanderergesellschaft verglichen werden (vgl. Bodemann u. Yurdakul, 2005, S. 449). Werden Gemeinsamkeiten festgestellt, so bilden sich möglicherweise weniger Vorurteile aus (less racial attitudes). Die Betonung des jugendlich-Seins statt der Betonung der nationalen Identität sowie der jugendkulturelle Anregungsgehalt gemischtethnischer Konstellationen begünstigt nach Erkenntnissen von Heinz Reinders (2006) die Entstehung interethnischer Beziehungen deutlich (vgl. Reinders u. a., 2006, S. 39). Jugendliche mit interethnischen Freundschaften suchen häufiger Sozialräume auf (moving), in denen zumeist Gleichaltrige anzutreffen sind, welche selbst auch eine Migrationsbiografie besitzen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Jugendliche inzwischen in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit mehr an den Medien, Stilen und Kommunikationsformen der Gleichaltrigen orientieren als an ihren Eltern. Ihre Orientierung ist dabei weniger auf die Gruppe selbst bezogen als auf die sozialräumliche Kategorie der Gleichaltrigenzene (vgl. Böhnisch u. Münchmeier, 1993, S. 54). Durch Freunde aus einer anderen Kultur ist es ihnen möglich, die Abgrenzung zu den eigenen Eltern zu maximieren und dabei eine Jugendkultur zu entwickeln bzw. zu etablieren, die mit den kulturellen Vorstellungen der Eltern kontrastiert. So zeigt sich, dass interethnische

⁴Interethnische Freundschaften finden zwischen Personen verschiedener Ethnien statt, inner- oder intraethnische Freundschaften zwischen Personen derselben Ethnie.

Freundschaften häufig dann entstehen, wenn Jugendliche großen Wert auf eine Distanz zur älteren Generation legen und ihre Freizeit in öffentlichen Räumen jenseits der sozialen Kontrolle Erwachsener verbringen. Jugendliche entwickeln in Freundschaften mit Gleichaltrigen anderer ethnischer Herkunft oftmals einen ihrer Elterngeneration widersprechenden kulturellen Horizont und zugleich Offenheit gegenüber anderen kulturellen Zusammenhängen (vgl. Bruhns, 2006, S. 18). Dies entspricht der Kontakthypothese, die besagt, dass Integration umso besser gelingt, je mehr Kontakte zwischenethnisch stattfinden.

Durch die hohe „Optionenvielfalt“ (Beck, 2003) haben viele Personen Probleme bezüglich ihrer persönlichen Orientierungen und Handlungssicherheiten; dies vor allem dann, wenn sie in ein ihnen fremdes soziales oder kulturelles System wechseln (vgl. Gukenbiehl, 1994, S. 128f.). Orientierungs- und Loyalitätskonflikte werden besonders in der Situation des „Marginal Man“ (Stonequist, 1937) deutlich, des „Wanderers zwischen den (kulturellen) Welten“, der bei der Entscheidung über das jeweils relevante Bezugssystem und bei der Bestimmung der Konformität seines Handelns, ganz besonders aber auch bei der Erhaltung seiner Identität, Probleme hat (ebd.). Nach Auffassung von David Riesmann (1955) herrscht in der heutigen pluralistischen Gesellschaft ein elastischer, außengeleiteter Menschentypus vor. Dieser hat eine stark konformistische Einstellung, strebt nach sozialer Anerkennung und orientiert sich dabei ständig an Mitmenschen und Informationen der Massenmedien (vgl. Riesmann u. a., 1955)/(vgl. Peuckert, 2003a, S. 188). Auch in Deutschland ist seit Jahren eine deutliche Zunahme der Gruppenorientierung festzustellen. Vor allem Heranwachsende sind aus diversen Gründen bestrebt, sich in einer Gruppe zu vereinigen und zu vergesellschaften: Streben nach Unterstützung, Selbstverwirklichung, Selbstbestätigung, Schutzbedürfnis, Demonstration der eigenen Stärke, Konfrontation mit anderen und der Wunsch nach Anerkennung. Zudem vermittelt die Gruppe ein Gefühl von Sicherheit (in der Annahme: There´s safety in numbers). Die Gruppe erhält für sie den Stellenwert eines Ortes, in dem sowohl die eigene Persönlichkeit geprägt als auch eine neue Identität ausgeformt werden kann (vgl. Sag, 1996, S. 472)/(vgl. Rieker, 2007, S. 36). Der Gleichaltrigengruppe kommt dabei eine herausragende Bedeutung als einer wichtigen sozialen Ressource zur Erschließung und Nutzung von Sozialräumen zu (vgl. Kolip, 1993, S. 77)/(vgl. Bernart u. Billes-Gerhart, 2004, S. 33). Insgesamt fällt es Heranwachsenden in der Gruppe leichter, sich darzustellen und dabei sowohl Unabhängigkeit als auch Selbstständigkeit zu demonstrieren.

An erster Stelle der Freizeitaktivitäten steht für Jugendliche das wöchentlich mehrmalige Treffen mit Freunden, wobei die Häufigkeit der Treffen steigt, je älter die Jugendlichen werden. Dieses Verhalten zeigt eine erstaunliche Stabilität (vgl. mpfs, 2009, S. 9). Innerhalb der Jugendlichengruppe der Turkish Community finden sich Zweitgenerationenangehörige, die sich konsequent von der deutschen Gesellschaft zurückziehen.⁵ Diese Gruppe nutzt zur Verbesserung ihres Sozialstatus verstärkt eigenethnische Bezugsgruppen, die die Abschottung weiter unterstützen können. Durch das Auftreten als geschlossene Gruppe demonstrieren sie nach außen Macht und Auseinandersetzungsfähigkeit gegenüber der deutschen Aufnahmegesellschaft.

⁵Türkeistämmige Jugendliche verbringen ihre Freizeit überwiegend mit Jugendlichen ihrer eigenen Ethnie oder mit anderen Ausländern. Die Freizeit mit deutschstämmigen Jugendlichen zu verbringen wird nach Emir Ali Sag (1996) weitaus weniger in Erwägung gezogen. Die Kontakte mit den deutschen Jugendlichen ergeben sich in der Regel nicht aus freundschaftlichen Verhältnissen, sondern vielmehr aus den Erfordernissen des alltäglichen Lebens wie Schule, Jugendclubs, öffentliche Parks oder Kaufhäuser (vgl. Sag, 1996, S. 469).

Die peer-group stellt eine entscheidende Lerninstanz für Jugendliche dar, in der sie sich gemeinsame Verhaltensweisen und auch ein gemeinsames Weltbild aneignen (vgl. Forgas, 1999, S. 250f.). Die Meinung der Gruppengenossen, mit denen der Einzelne ein Wir-Gefühl, ein Gruppencharisma teilt, ist den Jugendlichen wichtig, denn sie knüpfen ihr Selbstbild und ihre Selbstachtung daran, was andere Mitglieder ihrer eigenen Gruppe über sie denken (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 27). Tabus und ihre strikte Befolgung sind symptomatisch für das hohe Maß an Kontrolle, das eine Gruppe auf ihre Mitglieder auszuüben vermag. In jeder Gruppe mit einer hochgradigen Kohäsion wirkt die interne Gruppenmeinung als ein regulativer Faktor, der das Empfinden und das Verhalten ihrer Angehörigen zutiefst beeinflusst (ebd.).⁶

Entsprechend der Theorie der sozialen Identität (Social-Identity-Theory) nach Tajfel/Turner (1986) gehört zur Selbsteinschätzung des Einzelnen auch seine Mitgliedschaft zu einer sozialen Gruppe (Gruppenzugehörigkeit) und die entsprechende Bewertung seiner Gruppenmitgliedschaft. Deren Bewertung ergibt sich aus dem Vergleich mit anderen Gruppen.⁷ Diese soziale Identifikation hat elementare Auswirkungen auf das Verhalten, vor allem, wenn nicht das Individuum der zentrale Bezugspunkt ist, sondern die Gruppe (Ingroup Bias).

Theoretisch ergeben sich laut Hermann L. Gukenbiehl (1994) drei verschiedene Konstellationsformen bei Beziehungen zwischen Person und Gruppe:

- Die Person fühlt sich der Gruppe zugehörig, in der sie auch tatsächlich Mitglied ist. Hier sind Mitgliedsgruppe und Bezugsgruppe identisch.
- Die Person ist (objektiv zurechenbares) Mitglied einer Gruppe (z.B. formal deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsbiografie), fühlt sich jedoch den Deutschen nicht zugehörig. Die formale Gruppe ist daher lediglich die Mitgliedsgruppe dieser Person.
- Die Person rechnet sich selbst einer bestimmten Gruppe zu, fühlt sich zugehörig, gehört aber dieser Gruppe formell nicht an (z.B. formal deutscher Staatsangehöriger mit türkischer Migrationsbiografie, der sich als Türke fühlt). Die türkische Gruppe stellt dann die Bezugsgruppe (reference group) dieser Person dar.⁸ Treten Bezugs- und Mitgliedsgruppe beziehungsweise Mitgliedschaft und Zugehörigkeitsgefühl auseinander, dann kann die Wahl einer Bezugsgruppe zur inneren Lösung von der Mitgliedsgruppe beitragen. Dies führt möglicherweise zu einem Verlust an Loyalität und Integration, zu einem Abbau der Stabilität normativ geregelter Ordnung, zur Zunahme von abweichendem Verhalten sowie zur Zunahme erzwungener (Verhaltens-)Konformität (vgl. Gukenbiehl, 1994, S. 132).

⁶In der Masse verliert der Einzelne seine Kritikfähigkeit, er wird leichtgläubiger und unterliegt besonders leicht der psychischen Manipulation durch eine Führungspersönlichkeit (vgl. Peuckert, 2003a, S. 187).

⁷Alejandro Portes/Julia Sensenbrenner (1993) weisen auf ein Phänomen hin, das als „enforceable trust“ bezeichnet wird, d.h. je stärker die Mitglieder einer ethnischen Gruppe auf diese angewiesen sind, desto eher sind sie bereit, ihre eigenen Interessen gegenüber denen der Gruppe zurückzustellen (vgl. Janßen u. Polat, 2006, S. 14).

⁸„Die normative Kultur, einschließlich Sprache und Sichtweisen, an denen eine Person ihr Wahrnehmen, Denken und Handeln orientiert und die sie zur Beurteilung der eigenen Person und ihrer Umwelt heranzieht, entstammt der/den Gruppe(n), denen die sich selbst zurechnen (Bezugsgruppen).“ (Gukenbiehl, 1994, S. 117f.). Die Bezugsgruppen repräsentieren bestimmte Einstellungen (attitude reference groups), an denen sich eine Person beim Bilden oder Beibehalten ihrer eigenen Einstellung positiv (d.h. anerkennend, sich identifizierend) oder auch negativ (d.h. ablehnend, sich distanzierend) orientiert (ebd.).

Gruppenloyalität beruht auf der wechselseitigen Loyalität der einzelnen Gruppenmitglieder. Hierbei beugt sich der Loyale dem Urteil der anderen Gruppenmitglieder, zu denen er in einer loyalen Beziehung steht (vgl. Fletcher, 1994, S. 62). Zu den Bedingungen für das Entstehen der Gruppenloyalität gehört die Identifikation mit der Gruppe selbst sowie die Anerkennung eines gemeinsamen Ziels, das den Mitgliedern der Gruppe bewusst sein sollte (vgl. Schäfers, 2010). Zu den Faktoren, die Konformität begünstigen oder auch einschränken, zählen das Ausmaß an Gruppenkohäsion, die Attraktivität der Gruppe für das Individuum, die Anonymität innerhalb der Gruppe, das Ausmaß der Urteilsdiskrepanz sowie die Komplexität des zu beurteilenden Sachverhaltes (vgl. Peuckert, 2003a, S. 188). Um der Konformität willen nehmen Individuen sogar irrationale Behauptungen an und ordnen sich dem Gruppenurteil unter (vgl. Forgas, 1999, S. 250f.). Menschen innerhalb einer Gruppe sind oftmals bereit, eigene Ansichten, Erfahrungen und offensichtliche Tatsachen aufzugeben beziehungsweise in Form eigener Unmündigkeit zu verleugnen oder selbst irrationale Taten durchzuführen, um gegenüber der Gruppe Loyalität zu beweisen. Der Gruppeneinfluss hat somit starke Auswirkungen auf das individuelle Urteil. Gleichzeitig werden andere Gruppen, denen man sich nicht zugehörig fühlt, zum Teil öffentlich-demonstrativ bis unter Gewaltanwendung ablehnt.

Mitunter kann der Einfluss der Gruppe als Bezugseinheit⁹ so stark sein, dass einzelne Mitglieder aus reinem Konformitätswillen dazu übergehen, auch kriminelles Verhalten mitzutragen und mitzuverantworten, um sich an die anderen anzugleichen (Konformitätseffekt) und dadurch die Chance auf eine vollkommene Akzeptanz innerhalb der Gruppe zu erhöhen.¹⁰ In Zusammenhang mit der gruppeneigenen Dynamik rutschen unter Umständen einzelne Individuen, ohne es zu beabsichtigen, in delinquentes Verhalten hinein. Für sie ist es kaum vorstellbar, dass sich ein Gruppenmitglied dem Gruppendruck entzieht beziehungsweise die geforderte Solidarität verweigert. Der Charakter der Negativität gemeinsamer Gruppenaktionen entfaltet sich dabei vielfach in dem Maße ihres numerischen Umfangs.¹¹

Da Gruppen in einer sich kulturell und sozial ständig verändernden Gesellschaft den Jugendlichen Halt und Identität geben, haben sie für die Entwicklung und Struktur radikaler politischer Bewegungen einen wichtigen Stellenwert (vgl. Gukenbiehl u. Schäfers, 2003, S. 120).

⁹Bezugseinheiten lassen sich als soziale Repräsentanten und/oder Interpreten von Werten, Normen, Handlungsmustern, Sichtweisen und ähnlichen sozialen „Tatbeständen“ für diejenigen Personen verstehen, die sich innerlich zu ihnen in Beziehung gesetzt haben. Für diese Personen kann die Bezugsgruppe zur „Weltanschauungsgruppe“ werden mit einer völligen Identifizierung mit der Bezugseinheit (vgl. Gukenbiehl, 1994, S. 124f.). Positive Bezugseinheiten werden als sympathisch, nachahmenswert, vorbildlich beurteilt mit der grundsätzlichen Bereitschaft zur Anerkennung und Übernahme der Normen und Standards dieser Bezugseinheit als bestimmend für das eigene Denken, Urteilen und Handeln. Die negative Bezugseinheit gilt als unsympathisch, als verabscheuungs- und ablehnungswürdig oder als Gegenbild für das eigene Handeln. Es besteht eine Tendenz zur Ablehnung der Normen und Standards und häufig auch die Bereitschaft zur bewussten Bildung von Gegennormen. Hierzu zählt vor allem auch Stereotypenbildung (ebd.).

¹⁰Junge Türken in der BRD sind nach eigenen Angaben weit häufiger als junge Deutsche Mitglied einer Clique von Jugendlichen, die gemeinsam Straftaten begehen (vgl. Pfeiffer u. Wetzels, 1998).

¹¹„Bei Massenaktionen sind die Motive der Individuen oft so verschieden, daß ihre Vereinheitlichung um so eher möglich ist, je mehr ihr Inhalt bloß negativ, ja, destruktiv ist [...]“ (Simmel, 1968, S. 360).

1.3 Deutsche Sprachkompetenz als Kommunikationsbasis

Jede Zeit hat ihren eigenen hermeneutischen Schlüssel, um Texte und Ideen zu verstehen. Spannungen zwischen normativem Text und notwendiger Interpretation bedürfen ständiger Kommunikation innerhalb der Gesellschaft. Die Sprache ist mit dem ihr zugrundeliegenden Typisierungsprozess so strukturiert, dass die sprachlichen Bedeutungsfelder, je nach Kultur, unterschiedliche Wirklichkeiten hervorrufen. Daraus kann abgeleitet werden, dass das Sprechen ein Prozess der Konstruktion von Wirklichkeit ist, der Verhaltensweisen beeinflusst und somit als soziale Handlung gesehen werden muss (vgl. Köhler, 2003, S. 369).

Bildungsbeteiligung hängt von der Sprachkompetenz ab (Reflexion über Sprache), wobei besonders das Lesen als Schlüsselkompetenz mit sozialer Prägekraft betrachtet wird. Die Sprache ist das kulturelle Kapital, das für eine aufwärtsführende Bildungskarriere unabdingbar ist.¹²

Die Tatsache, dass in einem großen Teil der Turkish Community erhebliche sprachliche Defizite bezüglich der Deutschkenntnisse vorliegen, erschwert die Kommunikation zwischen Deutschen und Türken in der BRD. Damit ist die direkte Kommunikation als erster Schritt in Richtung Kontaktaufnahme und möglicher Vertrauensbildung zwischen den Gruppen deutlich erschwert. Es stellt sich als Vorteil heraus, wenn Migranten bereits vor der Zuwanderung die Verkehrssprache – insbesondere die Schriftsprache – des Zuwandererlandes erlernen, um mit den Lebensverhältnissen vertraut zu werden und in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens eigenständig handeln zu können. Unter diesem Aspekt führt der Bund mit den Integrationskursen seit dem 1. Januar 2005 erstmals einheitliche Sprach- und Orientierungskurse für Zuwanderer durch. Die türkische Zeitung HÜRRIYET protestiert gegen den Anspruch der deutschen Aufnahmegesellschaft, auch von türkischen Neuankömmlingen einen gewissen Wortschatz zu fordern.¹³ In der türkischen Presse in Deutschland war die Rede von Zwangsgermanisierung beziehungsweise von blankem Rassismus (vgl. Martin, 2006). Im Gesetz ist laut Gabriele Mönch (2008) kein Lex turcica zu entdecken, die Anforderungen – dreihundert Wörter der deutschen Alltagssprache – gelten für alle Zuwanderer (vgl. Mönch, 2008). Einige türkisch-muslimische Verbände verglichen die Einführung der Sprachkurse mit den Nürnberger Rassegesetzen (ebd.).

Eine sozial ungünstige Wohngegend erschwert die Beziehungen zu Deutschen, was wiederum die Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Sprache vermindert (vgl. Schäfers, 1994, S. 81). In einem großen Teil der Migrantenhaushalte gibt es eine Unterausstattung an Printmedien, stattdessen stehen den Kindern elektronische Medien einschließlich eines PCs mit Internetzugang zur Verfügung (vgl. Bachmair, 2007, S. 36).

¹² „Für Benachteiligungen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien sind primär weder die soziale Lage noch die kulturelle Distanz der Familie als solche verantwortlich; von entscheidender Bedeutung ist vielmehr die Beherrschung der deutschen Sprache auf einem dem jeweiligen Bildungsgang angemessenen Niveau.“ (PISA-Konsortium, 2001, S. 379).

¹³ Türkische Eltern klagten laut HÜRRIYET: „Damit die Kinder in die Krippe aufgenommen werden, sprechen wir mit ihnen Deutsch. Aber dann können sie kein Türkisch und vergessen die Kultur. Wir halten uns daran, was Erdogan gesagt hat, Integration ja, Assimilation nein. Aber wie soll das gehen?“ (Kelek, 2009).

Laut Helmut Schelsky (1979) sind die Deutschen eine zum Lesen erzogene Bevölkerung (vgl. Schelsky, 1979, S. 305) während die Türken laut Wolfgang G. Lerch (2008) als Volk der islamischen Hörkultur als schwache Leser gelten (vgl. Lerch, 2008, S. 2). Türkische Kinder sind beim Schreibenlernen (und damit auch beim Lesen) gewohnt, nach Gehör direkt zu transferieren¹⁴, so dass eine hohe Fehlerquote entstehen kann (vgl. Siebert-Ott, 2006, S. 145f.). Es wirken demnach mehrere Faktoren zusammen, die zu schlechten Schulergebnissen beitragen können. Es wird als gesichert angesehen, dass es nicht an mangelnden mündlichen Kommunikationsfähigkeiten in der Alltags- oder Umgangssprache liegt, wenn Schüler aus Familien mit einer Migrationsbiografie schulisch scheitern. Maßgebend für den Bildungserfolg ist vielmehr der Erwerb der (schriftnahen) Standardsprache beziehungsweise der im Unterricht zunehmend verwendeten Fachsprache (ebd.).

Ein klassisches Muster zum Sprachwechsel unter Migrationsbedingungen besagt, dass nur im Sprachgebrauch der selbst eingewanderten Generation die Herkunftssprache dominiert. In der Regel wird im Sprachgebrauch der nachfolgenden Generationen sukzessive die Landessprache zur dominierenden Sprache, so dass spätestens in der vierten Generation die Herkunftssprache als Kommunikationsmedium auch im Alltag aufgegeben wird (vgl. Siebert-Ott, 2006, S. 147). Kontrastierend zu diesem Muster ist bei der jüngeren Generation der Turkish Community in der BRD in der Alltagssprachpraxis eine deutliche Präferenz der Herkunftssprache gegenüber der deutschen Sprache zu beobachten.¹⁵ Dies führt dazu, dass in der BRD die Zahl der türkeistämmigen Kinder mit guten bis befriedigenden Türkischkenntnissen deutlich höher ist als die Zahl der türkeistämmigen Kinder mit vergleichbaren Deutschkenntnissen (ebd.).

Bilingualität ist im Normalfall nur möglich, wenn die Muttersprache und eine zweite Sprache von Grund auf gelernt werden (vgl. Averbek u. a., 1996, S. 588). Deutsch ist für viele türkeistämmige Kinder und Jugendliche die Sprache „der Anderen“, mit der Konsequenz, dass das Erlernen der deutschen Sprache kein relevantes oder auch unterstützenswertes, unter Umständen sogar ein unerwünschtes Lernziel darstellt.¹⁶

Die Mischsprache türkeistämmiger Jugendlicher ist ein Symbol dafür, dass sie sich weder zur deutschen noch zur türkischen Gruppe zugehörig fühlen. Sie steht für eine eigene soziokulturelle Identität (vgl. Keim u. Androutsopoulos, 2000).

¹⁴ „Turkish reading pedagogy is based on the ability to make a phonemic analysis rather than the ability to recognize whole word forms. In writing, Turkish children learn that if they trust their ears and spell according to a careful segmental analysis, they will get it right. [...] Some seem unable to deal with words that do not have a one-to-one phonemegrapheme correspondence. Even very common words are often not processed as visual images.“ (Hvenkilde zit.n. Siebert-Ott, 2006, S. 153).

¹⁵ 2002 wurde bei 90% der Berliner ABC-Schützen aus Migrantenfamilien (die meisten davon stammten aus der Türkei) erhebliche Deutschdefizite festgestellt (vgl. Martin, 2006).

¹⁶ „You frequently hear stories from schoolteachers about a child of guest workers who was a star pupil three decades ago but whose own children, although born in Germany, struggle to learn German in grade school. After half a century of immigration, every new generation of Turks is still, to a large extent, a first generation.“ (Caldwell, 2007).

2 Konflikte oder die Dramatik der Begegnung

2.1 Konflikthypothese

Gordon W. Allport erklärte: „We appear to be living in the Stone Age so far as our handling of human relationships is concerned“ (Allport, 1958) und Georg Simmel war der Auffassung: „Im Ganzen hat man den Eindruck, daß die Menschen sich niemals um solcher Kleinigkeiten und Nichtigkeiten willen lieben, wie sie sich hassen.“ (Simmel, 1968, S. 197). Die deutsche Bevölkerung hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stets eine besondere Abneigung gegenüber Konflikten gezeigt.¹ Nach Auffassung von Elisabeth Noelle/Thomas Petersen (2006) könnte man von einer ausgeprägten Harmoniebedürftigkeit der Deutschen sprechen (vgl. Noelle u. Petersen, 2006, S. 5).

Das Gewaltniveau einer Gesellschaft wird entscheidend von der Relation zwischen dem Ausmaß der auftretenden Konflikte und Krisen² und der Kapazität der zu Verfügung stehenden Instrumentarien der Konfliktregulierung bestimmt. Historische und ethnologische Evidenz sprechen dafür, dass Gewaltfreiheit die mit mehr persönlichem Aufwand verbundene und darum eine weniger wahrscheinliche Lösung in der Regulierung sozialer Konflikte ist (vgl. Eckert, 2003, S. 53).

Dem offenen Ausbruch eines Konflikts geht oft eine längere Zeit der Entfremdung voran. Die Beteiligten stellen fest, dass ihre Ziele nicht miteinander zu vereinbaren sind, das Verständnis für das Anliegen des Gegenübers und die Kommunikation zwischen den Parteien nehmen ab, Misstrauen entsteht und wächst. Die Wahrnehmung des Gegenübers wird zunehmend durch Gerüchte und stereotype Vereinfachungen geprägt und die Sprache, mit der über die andere Seite gesprochen wird, wendet sich ins Schlagworthafte. Letztendlich werden die Absichten der Gegenseite als Bedrohung wahrgenommen, der man sich erwehren muss. Dem Gegenüber werden jegliche Moral und schließlich sogar menschliche Eigenschaften abgesprochen (vgl. Noelle u. Petersen, 2006, S. 5). So können Ressentiments durch Vorurteile angeheizt werden und dadurch einen gefährlichen Grad von „Rassenbewusstsein“ schaffen (vgl. O´Connor, 2004, S. 51).

Das Problem der Funktionalität beziehungsweise der Dysfunktionalität von Konflikten ist weitgehend umstritten. Es scheint sich allerdings inzwischen die Auffassung durchzusetzen, dass Konflikte soziale Phänomene sind, die aus dem Charakter der Gesellschaft als Herrschafts- und Zwangsverband resultieren und dass sich die notwendige Konfliktregelung sozialintegrierend auswirkt. Konfliktregelung gilt als eine der zentralen Integrationsaufgaben in einer sich pluralisierenden Welt voller kontroverser Interessen, Anschauungen und Werte (vgl. Zimmermann, 2003, S. 185).

¹Konflikte sind Ergebnisse der intersubjektiven Definition von Interessen, Werten, Identitäten und deren Grenzen (vgl. Eckert, 2003, S. 53). Um was genau Menschen in Konflikten kämpfen, kann in den Konsequenzen für sie durchaus gleichgültig sein. Der moderne soziale Konflikt speist sich aus den Antagonismen von Anrecht und Angebot, Politik und Ökonomie, Bürgerrecht und Wirtschaftswachstum (vgl. Zimmermann, 2003, S. 186).

²Krisen bilden oft eine Situation, in der Ziele und Werte bedroht werden, wodurch die Dringlichkeit des Handelns für die Beteiligten hoch ist. Ihre Folgen haben schwerwiegende Konsequenzen für die Zukunft der Beteiligten. Sie produzieren Ungewissheit in der Einschätzung der Situation und in der zu ihrer Bewältigung notwendigen Entwicklung von Alternativen. Sie verringern die Kontrolle über Ereignisse und ihre Auswirkungen und verursachen Stress und Ängstlichkeit bei den Beteiligten (vgl. Hildenbrand, 2006, S. 208).

Die Vertreter und Befürworter der Konflikthypothese gehen davon aus, dass in sozial homogenen Gebieten weniger soziales Konfliktpotenzial auftritt. Durch unterschiedliche Lebensweisen könnten informelle Netzwerke leichter entstehen, dies würde die Integration in einer Art kulturellem Schutzraum erleichtern (vgl. Beck u. Perry, 2007, S. 195). Gunter E. Zimmermann (2003) betrachtet soziale Konflikte als Prozess der Auseinandersetzung, der sich in allen Gesellschaften vorfinden lässt. Dieser beruht auf unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppierungen. Zu den Erscheinungsformen sozialer Konflikte zählen u.a. Verteilungs-, Macht-, und Statusauseinandersetzungen (vgl. Zimmermann, 2003, S. 184). Nach Auffassung von Jörg Hüttermann (2000) kann z.B. Integration nicht ohne, sondern nur durch den Konflikt gelingen (vgl. Hüttermann, 2000, S. 87).

Georg Simmel hebt die positive Funktion von Konflikten hervor: Die Gesellschaft brauche irgendein quantitatives Verhältnis von Harmonie und Disharmonie, Assoziation und Konkurrenz, Gunst und Missgunst, um zu einer bestimmten Gestaltung zu gelangen (Georg Simmel, 1968). Ralf Dahrendorf (1965) differenziert zwischen manifesten, latenten und umgeleiteten Konflikten: Der manifeste Konflikt ist die gewollte Auseinandersetzung, der latente Konflikt dagegen ist zwar vorhanden, wird aber nicht ausgetragen. Der umgeleitete Konflikt ist gekennzeichnet durch die Auseinandersetzung mit anderen Bereichen und Verhaltensweisen als jene, die den Konflikt ursprünglich verursachten. Wo immer Menschen zusammenkommen gibt es Spannungen und Konflikte. In Dahrendorfs Konflikttheorie gilt die Herrschaft als allgemeiner Grund von Konflikten, da in jedem Herrschaftsverband die an ihr teilhabende Minderheit mit der von ihr ausgeschlossen Mehrheit konfrontiert wird. Gesellschaft wird als ein explosives Gefüge mit einem labilen Gleichgewicht betrachtet, welches durch Herrschafts- und Zwangsausübung zusammengehalten wird. Konflikte sind unvermeidbar, die Konfliktbewältigung ist jedoch nicht durch Unterdrückung oder Lösung, sondern nur durch Konfliktregelung möglich.

Nach Meinung von Lewis A. Coser führen Konflikte zur Anpassung und zur Neuschaffung sozialer Normen und Regeln. Durch das Konfliktgeschehen werden sich die Beteiligten dieser neuen sozialen Regeln bewusst. Der Konflikt hat somit eine positive soziale Wirkung, seine sozialisierende Funktion ist Voraussetzung für sozialen Wandel (vgl. Zimmermann, 2003, S. 185). Diese Auffassung teilt auch Ferdinand Tönnies (1887/1969), für den es ohne Widerspruch und ohne Streit kein Leben, keine Entwicklung, keinen Fortschritt gibt. Negative Verhältnisse entwickeln sich aus Zerstörung oder Lockerung natürlicher oder vorhandener Beziehungen; Auslöser sind dabei Zorn, Hass und Unwillen, oder auch auf Fremdheit, Unverständnis und Misstrauen beruhende Furcht, Abscheu und Widerwillen. Während im Laufe der Zeit Bindungen wie Blutsbande und Nachbarschaft merklich schwächer werden, nehmen die zwischenmenschlichen Feindseligkeiten zu (vgl. Tönnies, 1969, S. 178f.).

Für Talcott Parsons (1978) ist dort ein gewisses Maß an realen Konflikten unvermeidlich, wo eine enge Beziehung zwischen Bevölkerungsgruppen besteht, die in ihren Haupttraditionen im Grunde zu verschieden sind. Von daher kann ein gewisses Maß an Spannung und beiderseitigem Argwohn als normal betrachtet werden. Allerdings verübelt die autochthone Bevölkerung für gewöhnlich, wenn eine Gruppe, die in gewissem Sinne Gast in ihrem Land ist, einen höheren Status beansprucht als die Alteingesessenen (vgl. Parsons, 1978, S. 141). Entsprechend der Gleichgewichtsvorstellung in der strukturell-funktionalen Systemtheorie Parsons werden soziale Phänomene im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erhaltung und zur Funktion sozialer Systeme

betrachtet. Konflikte können hier als dysfunktional erscheinen.

Dass zwei oder mehr Menschen ihre Kräfte miteinander messen, ist nach Meinung von Norbert Elias (2000) ein elementarer Sachverhalt (vgl. Elias, 2000, S. 76) und nach Auffassung von Rüdiger Peuckert/Albert Scherr (2003) sind soziale Konflikte unvermeidbar. Falls die Konfliktpartner jedoch noch gemeinsame Grundüberzeugungen teilen und die Konflikte in sozial geregelter Form ausgetragen werden, leisten Konflikte einen Beitrag für den sozialen Wandel und die Anpassungsfähigkeit des Systems (vgl. Peuckert u. Scherr, 2003, S. 153).

In Etabliertengruppen legt der gemeinsame Normenkanon die Ortsbestimmung des Individuums innerhalb der Gruppe und damit auch seine entsprechende Behandlung als „minderwertig“ oder „hochwertig“ fest. Insbesondere in kleineren, gewachsenen Gemeinden mit hochgradigem Gruppenzusammenhalt übernimmt das rhetorische Instrument des teilweise sehr negativen Schimpfklatches bis hin zum Mobbing die Funktion einer Integrationschranke gegen Fremde. Er erniedrigt die Individuen und verletzt dabei erheblich deren Würde. Meist gilt der Schimpfklatz nicht individuellen Eigenschaften oder Mängeln, die dem jeweiligen Fremden persönlich zuzuordnen sind, sondern weil diese Person einer anderen, fremden Gruppe (Outgroup) angehört, die für die Eigengruppe (Ingroup) als minderwertig gilt.

Entsprechend dem typischen Gewinner-Verlierer-Modell lässt uns eine ebenso verbreitete wie irige Ansicht glauben, dass nur dann ein persönlicher Status- oder Wertgewinn möglich ist, wenn eine andere Person oder Gruppe ihren Wert verloren hat (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 308). Um sich selbst höherwertig zu fühlen, werden z.B. männliche Deutsche von Migrant*innen stark abwertend u.a. als „Hundesöhne“ oder als „Ratten“ bezeichnet.³ Für die etablierte Mehrheitsgesellschaft bleiben in der Regel derartige Beleidigungen ohne Bedeutung, solange sie sich in der stärkeren Machtposition befindet. Interessant ist diese Wortwahl insbesondere unter dem Rassismusaspekt, denn die Aberkennung des Personenstatus hin zum Tierstatus gilt als der Kern des Rassismus (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 333).

Für die heranwachsende Generation in der BRD ist das gemeinsame Aufwachsen in einer kulturell vielseitigen Gesellschaft eine Alltagserfahrung. Die Mythen und Missverständnisse, die die öffentliche Meinung prägen und von denen nach Meinung von Alice O´Connor (2004) viele von den Medien am Leben gehalten werden, können sich allerdings ausgesprochen schädlich für das friedliche Zusammenleben erweisen (vgl. O´Connor, 2004, S. 53).

Der Verlauf eines Konfliktes hängt von den kontrollierenden Gruppen ab. Wird zum Beispiel die Kontrolle über eine nationalistische Bewegung von sozialen Gruppen aufwärts der Mittelschicht ausgeübt, so verläuft der Konflikt tendenziell eher in friedlichen Bahnen. Liegt die Kontrolle dagegen von Anfang an bei niedriger platzierten sozialen Statusgruppen oder geht die Kontrolle später auf diese über, so nimmt die Gewalt eine Schlüsselfunktion zur Durchsetzung nationalistischer Ziele ein (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 53).

³Speziell der Rattenbegriff steht in unserem Kulturkreis als Synonym für Abfall, Ungeziefer, Krankheiten, Unsauberkeit; er soll die damit titulierte Person zutiefst beschämen. Der Begriff zeugt von der Verachtung, die man für den Betroffenen empfindet und für die Attribute, die man der Person und ihrem Kulturkreis generell zuschreibt: unsauber, unhygienisch, in der Gesamtkonsequenz beinahe unmenschlich.

2.2 Fremdheit als Konfliktsituation

Unser ganzes Verhalten beruht auf einem differenzierten Stufenbau von Sympathien, Gleichgültigkeiten und Aversionen sowohl der kürzesten als auch der dauerndsten Art. Dabei erscheint es leicht, vor allem gegen uns fremde und/oder unsympathische Menschen Vorurteile aufzubauen, diese aufrechtzuerhalten und weiterzuerbreiten. Der Kontakt mit dem Fremden mag wohl konfliktbehaftet sein, aber jeder Kontakt ist gleichzeitig auch Wahrnehmung und kann für beide Seiten einen Lerncharakter haben (vgl. Simmel, 2006, S. 25).

In jeder Gesellschaft besteht das Bedürfnis nach der Bestimmung, ob ein gegebener Status oder eine Rolle gewisse Minimalforderungen erfüllt. Diese werden vor allem durch Begriffe wie „Legitimität“ und „Moral“ definiert. Will eine Gesellschaft fortbestehen, so sind Urteile darüber, was moralisch akzeptiert werden kann, notwendig, weshalb alle Positionen diesen Bewertungskriterien unterworfen sind (vgl. Tumin, 1975, S. 48). Ethnologische Forschungen haben belegt, dass sich weltweit kaum eine gemeinsame Schnittmenge in den konsensfähigen Werten auffinden lässt, die beispielsweise als menschliche Grundwerte verstanden werden können (vgl. Prahl, 2002, S. 78). Interethische Beziehungen gelten daher prinzipiell als reich an Risiken und Konflikten. In Bezug auf Fremde zeichnet sich zunehmend die Entwicklung ab, dass die Bedeutung der Reihenfolge der Ankunft (das soziologische Alter) abnimmt und dafür ethnische Merkmale bzw. rassistische Argumentationen in den Vordergrund treten (vgl. Treibel, 2004, S. 207).⁴

In Deutschland herrscht hinsichtlich der Einwanderungsgruppen eine außerordentliche Konstellation: Während in den meisten klassischen Einwandererländern – aber auch in anderen Ländern Europas – eine kleinere oder größere Zahl unterschiedlicher Einwanderergruppen lebt, findet sich nur selten eine einzelne Zuwanderergruppe, die den anderen Migrantengruppen zahlenmäßig so stark überlegen ist wie die Türken in der BRD (vgl. Bodemann u. Yurdakul, 2005, S. 449).

Die Kumulationsannahme geht davon aus, dass zur stetigen Zunahme ausländischer Bevölkerungsanteile bei gleichzeitiger relationaler Abnahme der deutschstämmigen Bevölkerungsanteile die Abnahme zur Verfügung stehender Arbeitsplätze und Wohnungen parallel verläuft. Verarmung oder Desintegration von Teilen der zweiten und dritten Generation der Migranten kann so in den Kreislauf sozialer Ungleichheit eingehen und strukturelle Segregation verfestigen. Diese Annahme erscheint für Wilhelm Heitmeyer (1998) als die wahrscheinlichste (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 456).

Bei sehr ungleichen Machtverhältnissen verlaufen Gruppenspannungen und Konflikte in aller Regel stumm. Falls sich die Machtbalance zugunsten der Außenseiter verschiebt, können Konflikte auch in Form permanenter Kämpfe auftreten (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 27). Wenn allerdings eine unsichere Mehrheitskultur, die alles relativiert, auf eine Minderheitskultur trifft, die großes Selbstvertrauen und Dynamik zeigt, dann ist es normalerweise die Mehrheitskultur, die sich der Minderheitskultur anpasst (vgl. Caldwell, 2009).

⁴ „Times have changed, and whenever they change for the worse, as they have, in-group boundaries tend to tighten. The stranger is suspect and excluded.“ (Allport, 1958, S. 34).

2.3 Ethnisch-kultureller Konflikt um Werte und Ressourcen

Die soziale Ordnung kann als Ausdruck eines ökologischen Kreislaufs menschlicher Interaktion verstanden werden, der sich in natürlicher Weise durch die Stadien der Konkurrenz, des Konflikts, der Anpassung und der Assimilation bewegt. Rassistische Konflikte und soziale Desorganisation sind dabei laut Alice O'Connor (2004) unvermeidliche Aspekte dieses Prozesses (vgl. O'Connor, 2004, S. 49). Die drei Konflikttypen (Ressourcen-, Werte- und Rangordnungskonflikte) erweisen sich dabei zumeist als Mischphänomene (vgl. Giesen, 1993, S. 283). Die empirische Evidenz zeigt, dass bei relativer Gleichverteilung des Wohlstands kulturelle Unterschiede keine (oder zumindest keine negative) Rolle spielen. Wenn sich jedoch die Verhältnisse stark polarisierend auseinanderentwickeln, ergeben sich in der Folge Konflikte, die mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit ethnisiert und dann an ethnischen Unterscheidungslinien ausgetragen werden (vgl. Hamm, 2000).

Bisher fanden die weitaus meisten Konflikte in der Geschichte innerhalb eines Kulturkreises statt (vgl. Noelle u. Petersen, 2006, S. 5). Die aus der internationalen Integration sich ableitende Minoritäten-Majoritäten-Konstellation hat jedoch zu einer Renaissance von Nationalismen und zum Erstarren des Nationalismus geführt. Im Prozess der Modernisierung haben überverwandtschaftliche und überlokale Orientierungen an Bedeutung gewonnen (vgl. Eckert, 2003, S. 54). In ethnischen Konflikten geht es nicht erstrangig um materielle Ressourcen, sondern um die Definitionsmacht über Normen und Werte beziehungsweise um die Furcht vor Verlust oder Abwertung des kulturellen Kapitals der eigenen Gruppe (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 14). Als besondere Art „irrationaler“ Konflikte entstehen ethnische Konflikte besonders unter den Bedingungen einer beginnenden oder voranschreitenden Modernisierung von Gesellschaften und sind hochgradig mobilisierbar. Beim Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen kommt es zu kritischen Erfahrungen, bei denen die „Dramatik des gegenseitigen Unverständnisses“ im Extremfall zu Handlungsunfähigkeit führen kann oder auch zu Abstoßungsreaktionen (vgl. Wildung, 2006, S. 3).

Es ist typisch für das Migrationsgeschehen, dass bei Nichterfüllung des erhofften Zugewinns in Form von Chancenverbesserung oder Verbesserung der sozialen Lage die Migranten entweder weiterziehen oder in das Ursprungsland zurückkehren.⁵ Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die finanzielle Unterstützung zum Lebensunterhalt beim Scheitern von Seiten der Gastgesellschaft gar nicht oder nur rudimentär geleistet wird. Menschen definieren ihre individuelle Lebenslage nicht nach statistischen Verteilungsmaßstäben sozialer Gleichheit oder Gerechtigkeit. Sie beurteilen ihre soziale Lage vielmehr im Verhältnis zu ihren jeweiligen Bezugsgruppen, um eigene Normalitätserwartungen zu bilden (vgl. Nollmann u. Strasser, 2002). In der zweiten Zuwanderergeneration sind die normativen Integrationsprozesse (bezogen auf die Standards der deutschen Gesellschaft) weit fortgeschritten.⁶ Besonders dann, wenn dem

⁵Laut Human Development Index (HDI) 2009 lag die Türkei im Jahr 2007 in der Sektion „High human development“ (0.900 > HDI > 0.800) mit einem HDI von 0.806 auf Platz 79 von 182 teilnehmenden Ländern. Die BRD ist auf Platz 22 mit einem HDI von 0.947 deutlich besser situiert (Sektion „Very high human development“ HDI > 0.900) (vgl. UNDP, 2009, S. 12).

⁶Die überwiegende Mehrheit der Türkeistämmigen in der BRD ist mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden. Über die Hälfte (56%) der türkeistämmigen Bürger bezeichnet die eigene finanzielle Lage als sehr gut oder gut. 37% geht es nach ihrer eigenen Ansicht teils gut/teils schlecht. 7% halten ihre eigene

individuellen-normativen Integrationsniveau⁷ die soziostrukturelle Dimension nicht entspricht, ergeben sich in dieser Generation Spannungen und Probleme (vgl. Bremer u. Gestring, 2004, S. 285).

In der öffentlichen Diskussion wird für den Erhalt des Gleichheitsprinzips bei simultaner wechselseitiger Anerkennung von Unterschieden plädiert (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 16). Es zeigt sich allerdings, dass sich Integration und Stabilität der Gesellschaft umso stärker erweisen, je widerspruchsfreier soziokulturelle Werte in einem Wertesystem oder in einer Wertehierarchie aufeinander bezogen sind (vgl. Peuckert, 2003d, S. 435). Mit dem in modernen, komplexen Gesellschaften anzutreffenden Wertpluralismus und den Widersprüchen im Wertesystem wachsen die gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte sowie die psychischen Belastungen des Einzelnen. In Familien mit Migrationshintergrund wird heute oftmals ein „cultural gap“ zwischen der Herkunftskultur sowie deren tradierten Werten und Normen und denjenigen der Aufnahmegesellschaft beobachtet (vgl. Herlth, 1988, S. 313). Dass Fremde weder an gemeinsamen Erinnerungen teilhaben noch die anerkannten gültigen Normen der Etablierten zu kennen scheinen, wird als Ärgernis, als Angriff auf das Wir-Bild und Wir-Ideal empfunden (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 49). Ablehnung, Stigmatisierung und Exklusion der Außenseiter sind Formen des Gegenangriffs der etablierten Mehrheitsgesellschaft. Die Deutschen sind laut Noelle/Petersen (2006) keineswegs besonders ausländerfeindlich, sondern zeigen im Gegenteil im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich große Aufgeschlossenheit gegenüber fremden Kulturen. Allerdings sieht die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Signale der Ausbreitung des Islam in ihrem persönlichen Umfeld mit wachsendem Unbehagen.⁸ Bezüglich des Problemfeldes der Kulturbegegnung in der BRD meinte im Jahr 2006 über die Hälfte der Probanden (58%) in einer Befragung, dass es zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung in Deutschland kommen werde (vgl. Noelle u. Petersen, 2006, S. 5).

Während Gordon W. Allport (1958) noch der Auffassung war, dass die Bedeutung der Religion für Konflikte abnehmen werde, kam Samuel P. Huntington (1993) zu der Überzeugung, dass es einen Zusammenprall der Kulturen („Clash of Civilizations“) auch auf religiöser Seite – insbesondere durch und gegen den Islam – geben werde (vgl. Huntington, 2002). Nach Meinung von Bernhard Schäfers (2002) droht uns in Deutschland jedoch nicht ein Kampf jener Weltkulturen, die Huntington in seinem Buch auflistet. Als weitaus gefährlicher wertet er die Auseinandersetzungen, die innerhalb der Gesellschaften oder Kulturen herrschen, hier insbesondere den islamischen Fundamentalismus (vgl. Schäfers, 2002, S. 17).

finanzielle Lage für schlecht oder sehr schlecht. Zwischen Deutschen türkischer Herkunft und in Deutschland lebenden Türken gibt es in dieser Frage kaum Unterschiede und auch zur deutschen Gesamtbevölkerung gibt es kaum Abweichungen (vgl. von Wilamowitz-Moellendorff, 2002, S. 4).

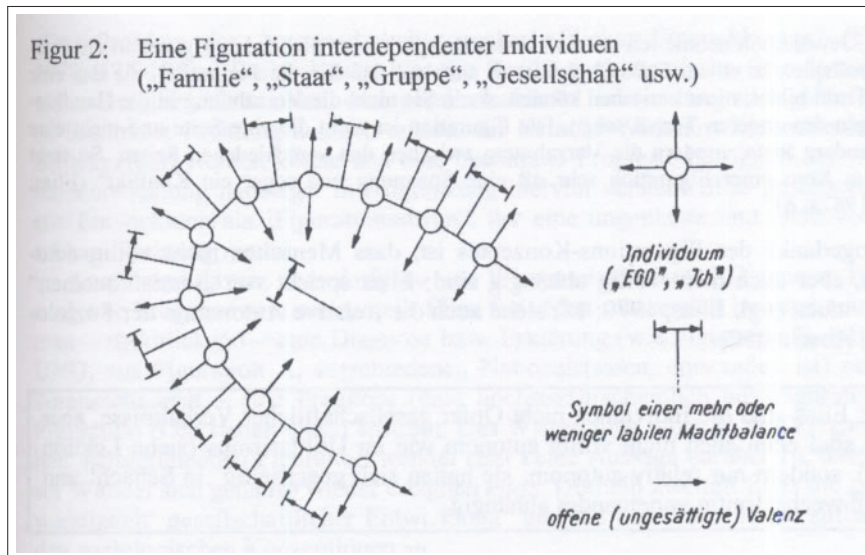
⁷Entgegen dem migrationstypischen Entwicklungsmuster sind in der BRD innerhalb der Turkish Community vor allem in der zweiten und dritten Generation die Traditionalisten auf dem Vormarsch. Sie verstehen sich in arbiträrer Kategorisierung als Türken (vgl. Klages, 2001, S. 8).

⁸Während die Zahl der Gottesdienstbesucher unter den Katholiken in der BRD zwischen 1950 und 2007 von 50,4% auf 13,7% zurückging (vgl. DBK, 2008) und etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nicht weiß, was es mit dem Weihnachtsfest auf sich hat (vgl. Fuhrmann, 2002, S. 95), stieg innerhalb von fünf Jahren der Anteil der sich selbst als sehr religiös einstufenden Muslime unter den in der BRD lebenden Türken von 8% (2000) auf 28% (2005) an (vgl. Martin, 2006).

2.4 Figurationen des Konflikts

Die Komplexität menschlicher Figurationen⁹ kommt nach Norbert Elias (1993) durch ein ständiges Auf und Ab an Gruppenspannungen, Machtproben, Konflikten und Interdependenzen zum Ausdruck.

Abbildung 2.1: Eine Figuration interdependenter Individuen



(Quelle: Treibel, 2004, S. 201)

Im Kern einer Figuration stehen oft durch ungleiche Machtbalance verursachte Spannungen oder Konflikte. Dieses Konfliktpotenzial ist jedoch kein Merkmal bestimmter Personen oder -gruppen, sondern gehört zur Eigendynamik von Figurationen. Eine ungleiche Machtbalance ist auch der entscheidende Faktor, der einer Etabliertengruppe die effektive Stigmatisierung einer Außenseitergruppe überhaupt erst ermöglicht (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 14).

Interdependenzgeflechte schließen sich funktionell oder institutionell zu einer Einheit zusammen. Der Einzelne ist dabei in seiner sozialen Existenz umso mehr bedroht, je dichter und größer das Interdependenzgeflecht ist, in welches das Individuum mit der fortschreitenden Funktionsteilung eingebunden wird (vgl. Elias, 1997, S. 332).

Figurationen stellen soziale Prozessmodelle dar und sind nicht statisch; alle Mitglieder einer Figuration sind durch eine Vielzahl gegenseitiger Abhängigkeiten aneinander gebunden. Es sind Beziehungsgeflechte von Menschen, die, mit ansteigender gegenseitiger Abhängigkeit der Menschen voneinander, an Komplexität zunehmen (vgl. Treibel, 2004, S. 200).

Elias vertritt die Position, dass nicht die ethnische Zugehörigkeit, sondern das soziologische Alter einer Minderheit von Bedeutung ist. Alleine schon das Alter einer Formation bewirkt

⁹Figurationen sind soziale Prozessmodelle und Beziehungsgeflechte von Menschen, die mit der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der Menschen untereinander immer komplexer werden. Die Mitglieder einer Figuration sind durch viele solcher gegenseitiger Abhängigkeiten (Interdependenzen) aneinander gebunden (vgl. Treibel, 2004, S. 201).

einen Grad an Gruppenzusammenhalt, kollektiver Identifizierung und Gemeinsamkeit der Normen, was ausreicht, bei den Menschen das Gefühl zu erzeugen, einer höherwertigen Gruppe anzugehören. Dies ist gleichzeitig mit einer komplementären Verachtung für andere Gruppen verbunden (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 13).

Ein Beispiel für die strukturellen Regelmäßigkeiten der Etablierten-Außenseiter-Beziehung ist die Tatsache, dass die Etabliertengruppe dazu neigt, der gesamten Außenseitergruppe die schlechten Eigenschaften ihrer anomischen Minorität zuzuschreiben. Auf der anderen Seite wird das Selbstbild der Etabliertengruppe eher durch die Minorität ihrer besten Mitglieder, durch ihre beispielhafteste oder nomischste Teilgruppe geprägt.

In Deutschland ergeben sich zwischen der deutschstämmigen Aufnahmegesellschaft und der Einwanderergesellschaft hinsichtlich der Konfliktkonstellationen folgende Figurationen:

- **Innerhalb der Aufnahmegesellschaft:** Die Figurationen sind von Desintegrations- und Re-Integrationsprozessen zwischen Angehörigen unterschiedlicher sozialer Milieus gekennzeichnet. Machtvolle Gruppierungen initiieren soziale Ausgrenzungen anderer Gruppen zur Absicherung der jeweils eigenen Position. Neue Konkurrenz seitens aufstiegsorientierter Migranten entstehen für die Mehrheitsbevölkerung. Der soziale Aufstieg durch Unterschichtung steht eventuell in Gefahr, verloren zu gehen und könnte bei den Etablierten die Furcht vor sozialem Abstieg freisetzen mit dem Effekt, dass erfolgreiche Integration gleichzeitig neue Konfliktpotenziale freisetzt. Vor allem Unterschiede im Grad der inneren Kohäsion und Kontrolle können für die höhere Machtrate einer Gruppe gegenüber einer anderen ausschlaggebend sein (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 11).
- **Zwischen Aufnahme- und Einwanderergesellschaft:** Hierbei handelt es sich um Figurationen zwischen den Desintegrations-/Re-Integrationsprozessen der Einheimischen und den Integrationsprozessen der Zugewanderten in Gestalt gesellschaftlicher Akzeptanz oder auch in Form erhöhter Binnenintegration bzw. Binnensegregation. Mit zunehmender struktureller Assimilation bringen ethnische Minderheiten die eingelebte Statushierarchie der Autochthonen in Bewegung. Dies betrifft zunächst insbesondere die unteren sozialen Schichten und führt in den entsprechenden Sozialräumen zu wachsenden Spannungen (vgl. Hüttermann, 2000, S. 275).

Teilweise vollziehen sich gewaltförmige und politisch benutzte Konflikte der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus durch die Mehrheitsgesellschaft aber auch Konflikte aus Deutschenfeindlichkeit und Ausländerextremismus seitens der Zuwanderer. Außerdem finden hier ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen in Form von Auseinandersetzungen zwischen Jugendgruppen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Herkunft statt. Zu dieser Figuration gehören u.a. auch die Aktivitäten deutscher Rechtsextremisten ebenso wie türkisch-nationalextremistischer Gruppen, insofern sie eine hinreichende Formulierungsstärke erreichen konnten. Dies kann zu einer Verfestigung von Intergruppenkonflikten führen.

- **Innerhalb der Einwanderergesellschaft:** Die verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden sich bezüglich der Zeit, die sie in Deutschland wohnen (soziales Alter). Hier bilden sich Figurationen zwischen den länger ansässigen Migranten und den neuen Zuwanderern. Zwischen diesen Gruppen werden offen oder latent neue Formen von

Verdrängungs-, Ausgrenzungs- und Abwehrforderungen zur Demonstration der Etabliertenvorrechte artikuliert und gleichzeitig Nationalstereotypen stabilisiert (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 48).

- **Innerhalb der nationalen Gruppen:** Aus den jeweiligen Herkunftsländern in die BRD transportierte Konflikte erhöhen noch zusätzlich die Spannungen innerhalb der Gesamtgesellschaft.¹⁰

Zwischen Aufnahme- und Einwanderergesellschaft zeigt sich eine Überlagerung der vier aufgezeigten Konfliktfigurationen, die an Komplexität zunimmt, während ihre Regelungsfähigkeit abnimmt. Es besteht im Zuge einer sich verändernden Machtbalance möglicherweise die Gefahr, dass Ethnizität als Mobilisierungsressource und Gewalt als Handlungsstrategie eingesetzt werden.

Zunehmende ethnisch-kulturelle Heterogenisierung der Einwanderergesellschaft und deren soziale Spaltung in der BRD sowie die Generationenunterschiede zwischen der Einwanderer- und der deutschen Aufnahmegesellschaft bilden ein erhebliches Konfliktpotenzial.

¹⁰So kam es beispielsweise in Duisburg anlässlich eines EM-Qualifikationsspiels der türkischen gegen die schwedische Nationalmannschaft (1995) zunächst zu größeren Freudenkundgebungen, die bald in politische Demonstrationen umschlugen und sich letztendlich in Straßenbarrikaden manifestierten. Als ursächliche Konfliktgegner zeigten sich dabei Türken und Kurden, die zum Teil gewalttätig gegeneinander vorgingen (vgl. Hüttermann, 2000, S. 283).

3 Informationsträger Medien

3.1 Mediennutzung und die gesellschaftlichen Funktionen der Massenmedien

Die Gesellschaft ist heute viel zu großräumig, um mit dem direkten Gespräch, der unmittelbaren Kommunikation, auszukommen. Das persönliche Leben ist daraus resultierend von einer dauernden Orientierung außerhalb der personalen Erlebnissphäre abhängig. In keiner historischen Epoche zuvor bestimmten Massenmedien so dauerhaft und komplex das menschliche Leben. Durch die Mediennutzung führen wir quasi ein Leben aus zweiter Hand, denn unsere Weltkenntnis beruht zum großen Teil auf Informationen, die uns durch Druck, Bild oder Ton vermittelt werden.¹ Die gegenwärtige Gesellschaft entwickelte sich im allumfassenden Sinne zur Mediengesellschaft. Die traditionellen Printmedien wie Zeitung, Zeitschrift, Buch, Plakat usw. und die modernen elektronischen Medien wie Radio, Fernsehen, Computer, Internet, Telefon, Handys usw. ergänzen sich zu einem medialen System², das laut Jürgen Rinderspacher (1985) entscheidend zur Durchsetzung einer „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“ (vgl. Rinderspacher, 1985) beigetragen hat. Medien durchziehen die gesamte gesellschaftliche und individuelle Zeitstruktur, sie sind damit Bestandteil eines ebenso komplexen wie kompletten Zeitregimes geworden. Medien, die ein zahlenmäßig umfangreiches Publikum erreichen, gehören zu Großkonzernen, die ihrerseits Bestandteil noch umfassenderer Konglomerate sind (vgl. Chomsky, 2003, S. 62). Wichtig ist nach Meinung von Hans-Werner Prahl (2002) nicht mehr die Information selbst, sondern deren Verkaufbarkeit (vgl. Prahl, 2002, S. 201).

Zeitungen zeigen ihre Stärke vor allem im Lokalteil und in der politischen Berichterstattung, sie sind im Themenbereich Lokalpolitik das am meisten genutzte Informationsmedium (vgl. mpfs, 2009, S. 12). Bei Jugendlichen ist mit zunehmendem Alter ein deutlicher Anstieg an Lesern von Tageszeitungen feststellbar, dies gilt sowohl für Printausgaben als auch für Onlineangebote (vgl. mpfs, 2009, S. 17). Ein besonderes Merkmal der Tagespresse ist deren starke Konzentration innerhalb weniger großer Verlage.³

Fernsehen ist nach wie vor eine der häufigsten und beliebtesten Freizeitbeschäftigungen (vgl. MSN, 2007, S. 14)/(vgl. mpfs, 2009, S. 27); das mit großem Abstand beliebteste Fernsehprogramm von Jugendlichen ab 14 Jahren ist derzeit der Sender ProSieben (45%) gefolgt von RTL (33,3%) (ebd.). Die Jugendlichen schreiben insbesondere dem Medium Fernsehen Informationskompetenz zu, es punktet vor allem beim aktuellen Zeitgeschehen sowie bei der Bundespolitik (vgl. mpfs, 2009, S. 12). **Öffentlich-rechtliche Sender** sind auch weiterhin für die Basisversorgung der Bevölkerung zuständig und erhalten dafür die Rundfunkgebühren, zu denen noch Werbeeinnahmen hinzukommen. Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern nehmen Informationssendungen und Dokumentationen breiten Raum ein.⁴ Sie haben jedoch inzwischen

¹Noch 1979 erklärte Helmut Schelsky: „Man kann ruhig sagen, dass die Welt jedes einzelnen heute zu etwa 99 Prozent aus Papier besteht.“ (Schelsky, 1979, S. 311).

²Nach Angaben der Media Analyse von 2009 besitzen 69% der Haushalte in der BRD einen Internetzugang und 83% ein Handy (vgl. mpfs, 2009, S. 6).

³1999 bestanden nur noch 135 selbstständige publizistische Einheiten mit eigenständigen Redaktionen und Verwaltungen (vgl. Prahl, 2002, S. 194). Die zehn größten Verlagsgruppen verkaufen 56% aller Tageszeitungen, davon ist wiederum beinahe jede Vierte (24%) dem Axel-Springer-Verlag zuzurechnen (ebd.).

⁴1964 meinten 47% der Bevölkerung in der BRD, dass das Fernsehen wahrheitsgetreu berichten würde. Im Jahr 1995 waren nur noch 19% dieser Auffassung (vgl. Chill u. Meyn, 1998).

teilweise das Programm an das der seit Mitte der 1980er Jahre zugelassenen privaten Konkurrenz angeglichen. **Private Sender**, die sich ausschließlich aus Werbeeinnahmen finanzieren, richten ihr gesamtes Programm auf möglichst hohe Einschaltquoten aus. Neben Werbung liegen Musik und Unterhaltung an erster Stelle, politische sowie wissenschaftliche und sonstige informative Sendungen haben dagegen einen nachrangigen Stellenwert (vgl. Prahl, 2002, S. 125). Obwohl im Jugendalter die Zeit im Internet deutlich zunimmt, verringert sich die TV-Nutzung kaum (vgl. MSN, 2007, S. 14).

Bei den **Online-Medien** sind die Nutzungszahlen, gemessen an Page Impressions (einzelnen Seitenaufrufen) und Visits (Besuche, d.h. einzelne zusammenhängende Nutzungsvorgänge) in den letzten Jahren deutlich angestiegen (vgl. IVW, 2010). Für knapp zwei Drittel der Jugendlichen sind heute Fernsehen und Internet tagtägliche Begleiter. Dabei nutzen Mädchen häufiger als Jungen den Fernseher zur Informationsbeschaffung, während diese die Onlineangebote von Tageszeitungen und Zeitschriften bevorzugen (vgl. mpfs, 2009, S. 17).

Unter „Funktionen der Massenmedien“ werden die Aufgaben und Leistungen verstanden, die den Medien in einer demokratischen Gesellschaft zugeschrieben werden und die diese für die Gesellschaft und ihre Mitglieder erbringen (u.a. Informations- und Meinungsbildungsfunktion, Kontrolle und Kritik, Unterhaltung und Bildung) (vgl. Ronneberger, 1979, S. 130). An dieser Stelle soll lediglich auf die Informationsfunktion und die Meinungsbildungsfunktion eingegangen werden:

Informationsfunktion: Die Informationsfunktion ist die zentrale Funktion der Massenmedien, die diese im Hinblick auf das soziale, politische und gesellschaftlich-ökonomische System erbringen. Durch die Vermittlung von Wissen und Erfahrungen wird das subjektive Wissen des Empfängers erweitert. Die Massenmedien sollen nach Auffassung von Hanni Chill/Hermann Meyn (1998) vollständig, sachlich und verständlich informieren, damit Nutzer in der Lage sind, das öffentliche Geschehen zu verfolgen. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge sollen aufgezeigt und alle am politischen Prozess Beteiligten so unterrichtet werden, dass diese selbst aktiv daran teilnehmen können (vgl. Chill u. Meyn, 1998).

Meinungsbildungsfunktion: Bezüglich der Meinungsbildung fällt den Massenmedien eine bedeutsame Rolle zu, da in einer Demokratie Fragen von öffentlichem Interesse in freier und offener Diskussion erörtert werden sollen. Hierzu ist stets zu bedenken, dass die Meinungen, die gebildet und in politischen Gesprächen formuliert werden, nicht in erster Linie aufgrund von Wirklichkeitserfahrung, sondern aufgrund von Wirklichkeitsvermittlung durch die Medien zustande kommen (vgl. Burkart, 2002, S. 407f.).

In einer modernen, differenziert strukturierten Gesellschaft mit einer Vielzahl an konkurrierenden Interessengruppen zählt es auch zu den Aufgaben der Massenmedien, den entstandenen Meinungspluralismus in einem angemessenen Verhältnis widerzuspiegeln. Aufgrund objektiver Berichterstattung sollen alle Interessengruppen innerhalb der Gesellschaft zu Wort kommen (ebd.). Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und andere Organisationen haben allerdings bessere Aussichten, in den Massenmedien Beachtung zu finden als ethnische, religiöse und politische Minderheiten (vgl. Chill u. Meyn, 1998).

Nach Meinung von Helmut Schelsky (1979) handelt es sich lediglich um „die Illusion einer öffentlichen Meinung“, die hauptsächlich dazu verwendet wird, eine diffizile und vielfältige

berufliche Tätigkeit in die Selbstdeutung der Publizisten zu integrieren (vgl. Schelsky, 1979, S. 304).

Zu den weittragenden Entdeckungen in der Publizistik gehört für Schelsky die Erkenntnis, dass die sogenannte öffentliche Meinung unabhängig von der Vernunftsüberzeugung ihrer Produzenten oder Träger bewusst und planmäßig gelenkt werden kann (ebd.). Definieren die Medien eine Gruppierung als schlecht und eine andere als gut, so kann dies dazu führen, dass unkritische oder ungeübte Nutzer eine vorgegebene Meinung übernehmen und nicht hinterfragen, was der Grund für eine spezielle Darstellung in den Medien sein könnte (ebd.).

Da nach Auffassung von Bernd Hamm (2007) der Einfluss der Medien auf die thematische Meinungsbildung kaum überschätzt werden kann, hält er die Frage, wie sich eine öffentliche Meinung bildet und welche Rolle dabei die Medien spielen, für ein Kernproblem jeder demokratischen Gesellschaft (vgl. Hamm, 2007, S. 3).

3.2 Medieneinfluss auf Meinungsbildung und öffentliche Wahrnehmung

Medienmacht und -manipulation sind keine neuen Themen. Es geht um die Machtstellung, bestimmte Themen auf die Tagesordnung zu setzen oder auch zu ignorieren. Bereits die Entscheidung darüber, wer was warum für berichtenswert hält, ist für den Empfänger ein manipulativer Eingriff.⁵ Die Entscheidung, ob Medien über ein Thema berichten, wird davon bestimmt, wem die Berichterstattung letztendlich Nutzen bringt (Cui bono?). Aus dieser Vorauswahl wird dann die Gesamtheit dessen, was unserer Wahrnehmung seitens der Medien überhaupt zugänglich gemacht wird (Gatekeeper-Funktion der Medien). Wird statt der persönlichen Erfahrung die medial vermittelte Information zur unmittelbaren Realität, dann verändert sich der Charakter des Wirklichkeitsgefühls des Individuums: Die Realität wird zu einer von den Medien konstruierten Tatsächlichkeit. Medien sind daher nicht nur Informations- sondern auch Bewertungs- und Interpretationslieferanten und somit eine zentrale Meinungsbildungsinstanz (vgl. Lehrer-Info.net, 2009).

Der amerikanische Medienkritiker und Linguist Noam Chomsky (2003) vertritt die Auffassung, dass Medien die Wahrheit aus verschiedenen Gründen verzerren, herunterspielen oder verschweigen. Zu diesen Gründen zählen die konzentrierte private Kontrolle der Medien, ihr Profitstreben, der Einfluss von Werbetreibenden und die Präsentation von Meinungen durch eine Expertenelite (vgl. Chomsky, 2003, S. 35). Im Allgemeinen kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung harmoniebedürftig und damit friedlich eingestellt ist. Doch ließe man die Bevölkerung in diesem Zustand, könnte sie ihre Konzentration auf die Aufdeckung eventueller gesellschaftlicher oder politischer Missstände richten. Deshalb müssten ihnen mögliche Bedrohungen vor Augen geführt werden, um sie zu verängstigen und damit einhergehend vom eigenständigen Denken und Reflektieren abzuhalten (ebd.).

Medien erweitern und beschränken zugleich die bislang unmittelbar wahrgenommene Wirklichkeit.⁶ Während die Wirkung von Printmedien auf die öffentliche Meinungsbildung seit der breiten Zugänglichkeit des Internets stark abgenommen hat (vgl. Bartel, 2009, S. 27f.), stellen Computer und Fernsehen laut Prah (2002) die derzeit höchsten Formen der Prothetisierung dar (vgl. Prah, 2002, S. 70).

In den Medien herrscht die „Magie der einfachen Bilder“ mit der Tendenz zur Entpolitisierung, Trivialisierung und Skandalisierung der Nachrichten. Sie fördern nicht den mündigen Bürger

⁵ „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. [...] Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, daß wir diesen Quellen nicht trauen können.“ (Luhmann, 1996). „Wie ist es möglich, Informationen über die Welt und über die Gesellschaft als Informationen über Realität zu akzeptieren, wenn man weiß, wie sie produziert werden?“ (Luhmann, 1996, S. 78).

⁶ Zeitung, Radio und TV wird heute generell eine höhere Glaubwürdigkeit als Internetangeboten zugeschrieben (vgl. ARD/ZDF-Medienkommission, 2007, S. 9). In älteren Untersuchungen wurde kaum ein Glaubwürdigkeitsunterschied zwischen den traditionellen Medien und dem Internet festgestellt (vgl. Flanagin u. Metzger, 2000, S. 515f.). Im Internet kursierten zwar auch Gerüchte („hoaxes“), dennoch wurde das Internet in etwa für ebenso glaubwürdig angesehen wie Fernsehen, Radio oder Zeitschriften. Lediglich Tageszeitungen wurden als signifikant glaubwürdiger eingestuft (ebd.). Ein Teil der Studien kam zu dem Ergebnis, dass Internetrezipienten Online-Magazine für umso unglaubwürdiger ansehen, je mehr sie das Internet nutzen (vgl. Johnson u. Kaye, 2002, S. 620f.).

und kritischen Rezipienten, sondern zunehmend Konsumenten, die sich stärker mit dem Konsum befassen als mit eventuell zu hinterfragenden Inhalten. Die Recherche nach tatsächlichen Informationen wird zunehmend zu einer zeitintensiven und anspruchsvollen Aufgabe, der nur wenige Mediennutzer nachkommen können. Daraus entwickelt sich eine Medienlandschaft des „Infotainment“, was auf den ersten Blick nicht zur aktuellen Wissensgesellschaft zu passen scheint (vgl. Hamm, 2007, S. 9).

Während das Wissen in der Geschichte der Medien bisher in drei Kategorien unterteilt wurde (Worte, Ziffern, Bilder), wird das Bild mit der Virtualität qualitativ aufgewertet, so bildet der Computer die technische Grundlage für das „Zeitalter der paradoxen Logik des Bildes“ (vgl. Prahl, 2002, S. 69). Mit seiner Hilfe können Bilder unterschiedlicher Herkunft unbegrenzt miteinander vermischt und manipuliert werden; jeder Bildpunkt ist der Manipulation zugänglich (ebd.).

Wie alle auf Profit ausgerichteten Wirtschaftsunternehmen sind Medien in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eingebunden: Sie verkaufen ein Produkt auf dem Markt an Kunden. Auch die öffentlich-rechtlichen deutschen Sender ARD und ZDF finanzieren sich zu einem großen Teil aus Werbeeinnahmen. Die daraus resultierende Konsequenz des Diktats der Einschaltquoten sind logisch nachvollziehbar. Teilweise sind Journalisten auch bereit, auf prekäre Berichterstattung oder seriöse Statistikbefunde zu verzichten, falls diese nicht dem politischen Bild der Herausgeber⁷ entsprechen (vgl. Hamm, 2007, S. 9).

Medien kommt eine besondere Verantwortung zu, da sie in die öffentliche Wahrnehmung prägend eingreifen und damit u.a. auch meinungsbildend in der Frage der Integration wirken (vgl. Bundesregierung, 2007, S. 7). In diesem Zusammenhang ist nach Einschätzung von Hamm (2007) sehr kritisch zu bedenken, dass Politiker noch stärker als andere Personen die Wirklichkeit durch die Medien wahrnehmen.

⁷ „Wer als Journalist in diesem System Karriere machen will, muss sich diesem ideologischen Druck durch Verinnerlichung des Wertekanons beugen; es ist nicht leicht, etwas anderes zu behaupten, als man wirklich glaubt, und wer sich nicht anpasst, wird durch die üblichen Mechanismen ausgegrenzt.“ (Chomsky, 2003, S. 63).

3.3 Türkische Medien in der BRD

In Deutschland wächst die Zahl der fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften sowie Radio- und Fernsehprogramme stetig an, diese werden allerdings von der deutschsprachigen Medienlandschaft kaum beachtet.⁸

Medien sind ein dominanter Bestandteil im Alltag der Jugendlichen und gehören damit zu den wichtigsten jugendkulturellen Merkmalen, so dass die heutige Jugend als „Multimediage-neration“ bezeichnet wird. In der Ausbildung des Medienumgangs bzw. der Medienerziehung sind in der Regel die Eltern die erste prägende Instanz (vgl. Bernart u. Billes-Gerhart, 2004, S. 49).

Die Nutzung und Bedeutung heimat-sprachlicher Medien hängt insbesondere vom sprachlichen Integrationsgrad, von der Aufenthaltsdauer in Deutschland sowie vom konkreten Angebot und der Verfügbarkeit entsprechender Medien ab. Vor allem für die erste Migrantengeneration, die häufig mit Sprachproblemen zu kämpfen hat, ist es von großer Bedeutung, aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen und politische Diskussionen in Deutschland mittels der Muttersprache wahrnehmen zu können.

Von Türkeistämmigen werden Informationen bevorzugt aus den großen türkischen Zeitungen oder den türkischen TV-Sendungen aufgenommen, wobei das Fernsehen mit der Einführung des Kabel-, Satelliten- und Privatfernsehens noch wesentlich an Bedeutung zunahm (vgl. Lehrer-Info.net, 2009).

Türkische Zeitungen unterscheiden sich stark von deutschen Zeitungen. Türkischer Journalismus ist aufdringlicher und aggressiver als der deutsche. Selbst die als seriös geltenden türkischen Printmedien gleichen in Aufmachung und Inhalt häufig Boulevardzeitungen mit harschen Tönen und zur Sensation hochstilisierten Meldungen (vgl. Lerch, 2008, S. 2)/(vgl. Akyol, 2008). Die Auflagenhöhe der meistgelesenen türkischen Tageszeitung in Deutschland, HÜRRIYET (dtsch.: Freiheit), beträgt in der BRD etwa 55.000 Exemplare; da sie in zahlreichen türkischen Lokalen und Clubs ausliegt, wird sie vermutlich von mehreren Hunderttausend Türken in der BRD täglich gelesen (vgl. Müller-Vogg, 2008b). Die deutsche Ausgabe der HÜRRIYET schwankt laut SPIEGEL zwischen nationalistischer Empörung und Völkerverständigung (vgl. Elger u. Hülsen, 2008, S. 102f.). Mit der deutschen BILD-Zeitung teilt die HÜRRIYET nicht nur die Vorliebe für große Überschriften und reißerische Beiträge; der BILD-Chefredakteur sitzt ebenfalls in deren Beirat (ebd.). Die Verbreitung entsprechend dargestellter Ereignisse ist für die türkeistämmigen Leser stark beeinflussend, vor allem dann, wenn für sie Zeitungen wie die HÜRRIYET die einzige Informationsquelle über Geschehnisse in der BRD darstellt.⁹ Satzformulierungen wie die eines Gastkolumnisten: „Die Deutschen assimilieren die Türken; wo sie das nicht können, verbrennen sie sie [...]“ (vgl. Elger u. Hülsen, 2008, S. 102f.) können das

⁸Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Internationale Medienhilfe (IMH) stieg die Zahl der fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften in der BRD seit 1990 um rund 40 Prozent – insbesondere bei Medien in türkischer, russischer und chinesischer Sprache – an. Nicht deutschsprachige Publikationen würden bereits Auflagenzahlen in Millionenhöhe verzeichnen (vgl. ITZ, 2006).

⁹In einer tns EMNID-Umfrage (2008) gaben in Deutschland 73% der türkeistämmigen Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit (türkische Staatsbürger: 81%) an, nur gelegentlich oder auch nie eine deutschsprachige Tageszeitung zu lesen (vgl. EMNID, 2008, S. 11). Die kognitive Integration stellt sich hier eher niedrig dar.

Gefühl vermitteln, man lebe als Türke in Deutschland im Feindesland. Die Berichterstattung türkischsprachiger Zeitungen in der BRD gerät immer wieder in die Kritik. Vorgeworfen werden ihnen ein verzerrtes Deutschlandbild und eine aggressive nationalistische Berichterstattung, die Integrationsbemühungen in Deutschland entgegensteht und zur Entwicklung von medialen Parallelwelten beiträgt (vgl. Rasche, 2009)/ (vgl. LfV, 2008, S. 203)/(vgl. ITZ, 2006). Die ehemalige Migrationsbeauftragte, Maria Böhmer, appellierte an die türkischen Medien, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, da kritische Begleitung von Politik und gesellschaftlichen Entwicklungen ihre Aufgabe seien. Sie sollten informieren, aufklären und unterschiedliche Meinungen zu Wort kommen lassen anstatt Ängste, Misstrauen und Vorbehalte zu schüren (vgl. Bundesregierung, 2008).¹⁰

Das **Fernsehen** ist für Migranten das Leitmedium und wird relativ stark als Unterhaltungsmedium genutzt. Türkeistämmige in der BRD präferieren nach Erkenntnissen von Michael Brandes (2009) eindeutig türkische Sender, da sie sich vom deutschen Fernsehen nicht genügend unterhalten fühlen. Die oft sachliche Erzählweise deutscher Produktionen wird von Türken mit Nüchternheit und Distanz assoziiert (vgl. Brandes, 2009). Beinahe 86% der türkischen Haushalte haben die Möglichkeit, Sendungen in der Muttersprache über Satellit oder Kabel zu empfangen; 92,5% der türkischstämmigen Bevölkerung sieht türkische Fernsehprogramme (vgl. ITZ, 2006). Die öffentlich-rechtlichen Programme erreichen Migranten weniger gut als das deutsche Publikum, ARD und ZDF haben jedoch ein positives Image aufgrund der ihnen zugeschriebenen hohen Informationskompetenz (vgl. ARD/ZDF-Medienkommission, 2007, S. 6).¹¹

Seit 1991 wird der türkische Staatssender TRT-INT flächendeckend in die Kabelnetze eingespeist. Konkurrenz bekam der Sender inzwischen durch zahlreiche private türkische Sender, die via Satellit auch in bundesrepublikanische Wohnzimmer kommen, darunter seit einigen Jahren auch der äußerst religiöse Kanal 7. Der türkische Staatssender TRT-INT steht immer noch an der Spitze der Beliebtheitskala (vgl. ITZ, 2006). Die meisten dieser Programme gelten als wenig integrationsfördernd, sondern scheinen eher geeignet, Türkeistämmige in der Kultur und Gedankenwelt ihres Herkunftslandes festzuhalten.¹²

¹⁰Nachdem der Journalist Klaus Bednarz 1996 in der ARD die türkische Kurdenpolitik kritisierte, forderte die HÜRRIYET ihre Leser auf, Bednarz eine „Lektion“ zu erteilen: „Dieser Mann hat entweder nie Prügel bezogen, oder er ist nicht imstande, bis drei zu zählen.“ Dazu veröffentlichte das Blatt seine Dienstadresse mitsamt Telefonnummer. Ein Kolumnist der HÜRRIYET meinte an anderer Stelle „einen Kreuzzug der Deutschen gegen die Türkei“ zu erkennen und das Blatt erklärte: „Wer einen Deutschen schlägt, kommt ins Gefängnis. Wer einen Migranten tötet, kann zu Hause bleiben.“ (vgl. Akyol, 2008).

¹¹Befragt, ob sie deutschsprachige Nachrichten im Fernsehen anschauen, gaben 47% der eingebürgerten Türkeistämmigen (Türken: 32%) im Jahr 2008 in der BRD an, dies regelmäßig zu tun; etwa 8% der eingebürgerten Türkeistämmigen (Türken: 12%) gaben an, dass sie nie deutschsprachige Nachrichten sehen würden. Auch unter den befragten Türkeistämmigen mit Abitur gaben 7% an, nie deutschsprachige Nachrichten zu sehen (vgl. EMNID, 2008, S. 12). Andere Befragungen ergaben, dass deutsche und türkische Medien komplementär genutzt werden: 96% der Nutzer türkischer Fernsehsender sehen auch deutsche Sender und 87% der Leser türkischer Tageszeitungen lesen auch deutsche Tageszeitungen. 95% aller befragten Türkeistämmigen unter 30 Jahren nutzen deutsches und türkisches Fernsehen, 36% deutsches und türkisches Radio, 50% deutsche und türkische Zeitungen. 82% der türkischen Zeitungsleser unter 30 Jahren lesen auch deutsche Tageszeitungen (vgl. Lehrer-Info.net, 2009).

¹²TV 5 vom 6. Juni 2007: „Die Jugendlichen in der Türkei und in Deutschland unterscheiden sich erheblich. Die Jugendlichen in der Türkei, die sich nicht in fremder Umgebung befinden, leben, ohne sich ihrer Werte bewusst zu sein. Die (türkischen) Jugendlichen in Deutschland dagegen sind sich ihrer Werte genau bewusst. Wenn Europa schrittweise zum Islam kommt, dann ist das der Erfolg der hier lebenden Jugendlichen

Durch die Möglichkeit, immer mehr Fernsehprogramme aus dem Herkunftsland zu empfangen und immer mehr türkische Tageszeitungen zu kaufen, haben sich viele Türkeistämmige von den deutschen Medien ab- und den heimat Sprachlichen türkischen Sendern und Zeitungen zugewandt.

Hier ist der nicht unerheblicher Aspekt zu beachten, dass türkische Medien möglicherweise auch Lücken in den deutschen Medien über die Belange und Interessen der türkischen Migranten schließen können (vgl. Lehrer-Info.net, 2009).¹³

Aufgrund des großen Angebotes an türkischen Medien in der BRD besteht jedoch auch die Gefahr, dass Türkeistämmige sich durch den fast ausschließlichen Konsum staatlicher und kommerzieller Fernsehsender aus der Türkei und der Lektüre meist stark boulevardistisch ausgerichteter türkischer Zeitungen in eine massenmediale Isolation („mediale Ghettoisierung“) begeben (ebd.).

Es steht zu befürchten, dass die Abwendung Türkeistämmiger von der deutschen Medienlandschaft die Segmentierung und Ethnisierung der Gesellschaft unterstützt, die sich in vielen Bereichen und besonders bei der zweiten und dritten Zuwanderergeneration bemerkbar macht (ebd.). Durch dieses Medienverhalten vollzieht sich Wissensakkumulation über die deutsche Gesellschaft maßgeblich anhand der türkischen Medien in Deutschland und in der Türkei (vgl. Sag, 1996, S. 469).

bzw. der Muslime. Dass die Jugendlichen sich hier nicht verlieren, ist die große Aufgabe der Organisation. Wenn Europa, wie wir es erhoffen, islamisiert wird, so wird dies das Verdienst der hiesigen Muslime bzw. der türkischen Gemeinschaft sein. Dafür leisten wir Grundlagenarbeit.“ (LfV, 2008, S. 203).

¹³2009 erhielt der türkische Medienunternehmer Aydin Dogan das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, da er laut Botschafter Eckart Cuntz die Medienlandschaft im Sinne der Freundschaft bereichert und das gute Zusammenleben der Menschen verschiedenster Herkunft in Deutschland gefördert habe. Zu Dogans Unternehmen gehören u.a. die türkischen Tageszeitungen HÜRRIYET und MILLIYET (vgl. BILD, 2007).

3.4 Meinungsmacher und Deutungshoheit

Laut Helmut Schelsky (1979) ist nicht die große Masse Träger der Meinungen, sondern organisierte Gruppen oder Teilmassen, die sich darauf einigten, auf eine bestimmte Art und Weise zu denken und zu urteilen, wobei diese Einigkeit durch systematische (und das bedeutet betriebsmäßig organisierte) Verbreitung von Meinungen mindestens mitbewirkt wurde (vgl. Schelsky, 1979, S. 307). So wird im Zeitalter einer Informations-, Wissens- und Beratungsgesellschaft die Wertigkeit bzw. Wichtigkeit sowie die Tragweitenabschätzung eines Konflikts von denjenigen Personen vorgenommen, die über die gesellschaftliche Deutungshoheit verfügen (Wissenschaftler, Experten, wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger, politische und gesellschaftliche Elite).

Die Eliten einer Gesellschaft besitzen die Definitionsmacht darüber, was als Toleranz gelten soll (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 26); von ihnen werden Extreme und Radikalismen definiert, was als fremdenfeindliche Einstellung gilt und entsprechend negativ sanktioniert werden soll. Zu den subtileren Mitteln der Propaganda zählt nach Meinung von Noam Chomsky (2003) die Öffentlichkeit gegen Personen aufzubringen, die als schädliche Störenfriede präsentiert werden, indem man ihre Aktivitäten als den Interessen der Allgemeinheit zuwiderlaufend darstellt (vgl. Chomsky, 2003, S. 32). Von den Eliten hängt es ab, inwieweit sie durch Markierung und Bewertung von Zugewanderten zur Legitimation einer Ideologie der Ungleichwertigkeit beitragen und damit ein Ermutigungspotenzial für gewalttätiges Handeln schaffen (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 9). Wer die Elite mobilisiert, mobilisiert damit auch die Öffentlichkeit. Die öffentliche Meinung ist somit das Produkt der Meinungsführer (vgl. Chomsky, 2003, S. 103).

Die Medienlandschaft richtet sich in erster Linie an die kaufkräftige Mittelschicht. Deren Weltbild, Gesellschaftsauffassung, Ideale, Interessen und Erfahrungen beherrschen spartenübergreifend die Medienbotschaften (vgl. Hamm, 2007, S. 8f.). Die Medien bedienen zunehmend zwei stark polarisierende Publika: Einerseits die Massen, die mit Belanglosigkeiten, Banalitäten, Propaganda und „Infotainment“ wie Talkshows und Soap-Operas bedient werden, und auf der anderen Seite steht die kleine Minderheit der Eliten, welche spezialisierte Informationsquellen nutzt und sich daher mit echten Informationen versorgen kann (ebd.).

Wer die Medien kontrolliert, der kontrolliert unsere Gehirne und wer das Bewusstsein anderer manipulieren kann, der hat Macht (vgl. Chomsky, 2003, S. 103). Das schlimmste Monopol, das sich vorstellen lässt, hat nach Einschätzung von Hamm (2007) die kleine Gruppe der Personen, die die Medien kontrollieren, da sie die Macht hat, Lügen in Wahrheit und die Wahrheit in Lügen zu verwandeln sowie Kritiker zum Schweigen zu bringen (vgl. Hamm, 2007, S. 12).

In der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts werden Informationsvorsprünge die Quelle für den Erfolg von Menschen und Unternehmen sein. Da die Zugangsmöglichkeiten zu Informationen oder auch Informationsdefizite über Machtteilhabe entscheiden, wird Macht identisch mit der Macht über Echtzeit. Damit stellt sich die Frage, wer die Machtposition über Fernsehen und Internet innehat (vgl. Prahl, 2002, S. 70).

3.5 Political Correctness (PC)

In Westeuropa kam es zu der Entwicklung einer sozialen Norm gegen die Äußerung von Vorurteilen gegenüber Ausländern und viele Menschen sperren sich heute gegen ein negatives Gefühl angesichts des Fremden (vgl. Schäfers, 2002, S. 16). Es ist nach Einschätzung von Christian Lüdemann (2001) davon auszugehen, dass sich auch in Deutschland eine soziale Norm gegen die kritische Äußerung gegenüber Ausländern in Form von Effekten sozialer Erwünschtheit beziehungsweise einer Political Correctness auf Einstellungsfragen entwickelt hat (vgl. Lüdemann, 2001, S. 563). Bassam Tibi (2004) spricht in Bezug auf Deutschland von einer „verordneten Fremdenliebe“, denn „[...] zu den in Deutschland dominierenden Tabus gehört, dass Deutsche andere Kulturen nicht kritisieren dürfen.“ (Tibi, 2004, S. 105). Deutsche sind nach Meinung von Necla Kelek (2009) im Zweifelsfalle eher bereit, ihre Verfassung zu ignorieren, als sich Ausländerfeindlichkeit vorwerfen zu lassen (vgl. Reich u. Özlem Gezer, 2009).

Das tägliche Leben ist voller Beispiele für die enge Verflechtung von Sprache, Denken und Kultur und die intendierte Manipulation von Kultur und Denken durch Sprache (vgl. Forgas, 1999, S. 112). Je nach Weltanschauung steht Political Correctness als Sprach- und Verhaltensregeln für die Vermeidung von Diskriminierung von Minderheiten oder für Denkverbote.¹⁴

Christian Pfeiffer/Peter Wetzels (1998) erklärten zum Thema Integration türkischer Jugendlicher in die deutsche Aufnahmegesellschaft: „Die Maßstäbe der Political Correctness dürfen nicht dazu verleiten, dass man schmerzhaft Botschaften nur hinter vorgehaltener Hand weiterzählt oder gar völlig unterdrückt. Mit dem Verschweigen dieser Probleme ist niemandem gedient [...]“ (Pfeiffer u. Wetzels, 1998).¹⁵

Auch Filme über türkische Jugendgewalt in der BRD wie der Film WUT (09/2006) wurden laut Rainer Striewski (2006) ängstlich als jugendgefährdend und fremdenfeindlich eingeschätzt, er würde den Zuschauer aufgrund der gezeigten Handlung zum Komplizen des Hasses auf einen Fremden machen, weil ein Ausländer als Böser dargestellt wird, das wäre abseits von Political Correctness (vgl. Striewski, 2006). Es würde Mut verlangen, diesen Film der Öffentlichkeit zu zeigen. Der Film wurde daher erst zum Nachtprogramm vom WDR freigegeben (vgl. WDR, 2006).

Political Correctness als sprachliches Mittel zur Begriffsvermeidung aufgrund einer rassistischen Konnotation ist weniger im Zusammenhang mit Ethik zu verstehen, als mit gängigen Moralvorstellungen. So entsprach es zeitweise der Political Correctness, eine in der BRD lebende

¹⁴Für den Publizisten Ralph Giordano (2009) tritt Political Correctness „mit der Autorität einer Staatsräson“ auf, die es in einer Atmosphäre weitverbreiteter Einschüchterung schwer macht, kritische Fragen zu stellen (vgl. Giordano, 2009).

¹⁵Nach einer 1998 durchgeführten Untersuchung zu türkischen Jugendlichen als Täter und Opfer von Gewalt berichteten die Autoren Pfeiffer und Wetzels: „Vor allem unter den Deutschen gab es aber jeweils nicht wenige, die ihre Besorgnis darüber äußerten, dass unsere Erkenntnisse von rechten Parteien und ausländerfeindlichen Gruppen missbraucht werden könnten. Einige vertraten deshalb die Ansicht, wir sollten die Forschungsergebnisse von den Massenmedien fernhalten und sie bestenfalls zur internen Politikberatung nutzen.“ (Pfeiffer u. Wetzels, 1998).

Person, die selbst oder deren nicht deutschstämmiger Elternteil zugewandert ist, als „Mitbürger mit Migrationshintergrund“ zu bezeichnen. Dieser Terminus wurde in der BRD eingeführt, weil einerseits viele Migrantenkinder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und andererseits die Bezeichnung „Ausländerkinder“ oder „Gastarbeiterkinder“ als diskriminierender und diffamierender Euphemismus empfunden wurde. Um den Begriff „Ausländer“ zu umgehen, werden nun unter anderem Benennungen wie „Zuwanderer“, „nicht deutsch“ oder „mit Migrationsbiografie“ gewählt, während die deutschstämmige Bevölkerung auch als „Nicht-Migranten“ (vgl. fi cm, 2008, S. 119) bezeichnet wird.

Der in Kanada entstandene Begriff „multiculturalism“ avancierte seit den 1980er Jahren in Deutschland als „multikulturelle Gesellschaft“ zu einem vielzitierten Schlagwort. Dieser Terminus ist jedoch nach Auffassung von Bernhard Schäfers (2004) eine logische Unmöglichkeit; nimmt man die Begriffe Kultur und Gesellschaft ernst, so sei einzig Multikulturalität in einem begrenzten Ausmaß möglich (vgl. Schäfers, 2004, S. 107). Inzwischen wurde der Ausdruck „multikulturelle Gesellschaft“ in seiner Abwandlungsform „Multikulti“ zu einer diskriminierenden Vokabel erklärt.

Entsprechend dem Pressecodex¹⁶ bleibt in den Medien häufig bei der Beschreibung nicht deutschstämmiger Straftäter deren Ethnie ungenannt beziehungsweise es werden im Sinne des Pressecodex (Ziffer RL 12.1) Worthülsen verwendet oder die Ethnie wird durch die Formulierung „südländisch/südländischer Typ“ umschrieben¹⁷/ vgl. hierzu auch Kapitel 12.1.1. Durch diesen Neologismus mit pejorativer Bedeutung versuchen die Medien, das durch Political Correctness entstandene Benennungsdilemma zu umgehen.

Erkennt der Empfänger einer (medialen) Mitteilung allerdings, dass er in eine ganz bestimmte Richtung gedrängt werden soll, so sieht er sich möglicherweise seiner Einstellungsfreiheit beraubt und entwickelt Reaktanz, das heißt, er ändert seine Einstellung nicht in die vom Informationssender gewünschte Richtung, sondern verschiebt seine Einstellung in die Gegenrichtung (vgl. Forgas, 1999, S. 116)/(vgl. Herkner, 1991, S. 234f.).

Inzwischen geht nach Erkenntnis von Stefan Luft (2003) die Angst unter vielen Deutschen soweit, dass latente Gewalt bei Straftätern „mit südländischem Aussehen“ bereits vorausgesetzt wird (vgl. Luft, 2003, S. 35).

¹⁶Publizistische Grundsätze/Der Pressekodex ist eine Sammlung journalistisch-ethischer Grundregeln, die der Deutsche Presserat 1973 vorgelegt hat. Der Kodex findet seit dem 01.01.2009 auch Verwendung für journalistische Beiträge in Onlinemedien.

¹⁷Indirekte und uninformative Botschaften nennt Bavelas (1985) ambige (disqualifizierte) Botschaften, d.h. es werden Botschaften produziert, die zumeist aus einem Vermeiden-Vermeiden-Konflikt herrühren, wenn zwischen zwei unangenehmen Kommunikationsalternativen zu entscheiden ist (vgl. Forgas, 1999, S. 122).

3.6 Rechtsextremismus, ein medienwirksames Phänomen

In das kollektive historische Gedächtnis Deutschlands haben sich der Holocaust und die Frage nach den Konsequenzen tief eingegraben. Wahrnehmung und Deutung von Ereignissen mit rechtsextremem Hintergrund werden daher in der BRD stets mit den Hypothesen der Vergangenheit in Zusammenhang gebracht (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 257). Heute löst in Deutschland das Thema Rechtsextremismus ansich bereits tiefe moralische Empörung aus und trifft auf eine einhellige Abwehrfront nahezu aller Teile der Mehrheitsgesellschaft (ebd.).¹⁸

Durch das Medium Internet wird der Informationsstrom sehr schnell, so dass sowohl korrekte Nachrichten als auch Gerüchte und Falschmeldungen deutlich zügiger verbreitet werden können als durch die Printmedien. Während das Selbstverständnis der Printmedien auf ihrer Überprüfbarkeit sowie auf der Dauer des von ihnen verbreiteten Wortes beruht, lässt sich im Internet oftmals nicht klar nachvollziehen, von wem welche Information stammt (vgl. Neubauer, 1998, S. 198). Entscheidend für den Erfolg von Gerüchten ist ihre Ausdehnung im Raum und in der Zeit, ihre Geschwindigkeit und die Menge der an ihnen Teilhabenden. Das Internet bietet hier erfolgversprechende Voraussetzungen, da es nach Erkenntnissen von Hans-Joachim Neubauer (1998) die gleiche Struktur wie das Hörensagen aufweist.¹⁹ Sein Verstärker ist die mediale Handlungskette aus Fernsehen, Rundfunk und schließlich auch der Presse: Das Internet entwickelt eine Information, das Fernsehen schließt sich dieser Information an, wodurch ein so hoher Informationsdruck entsteht, dass die Printmedien folgen müssen. Selbst wenn es nur die Nachricht von einem letztlich anonymen Hörensagen ist, mutiert auf diese Weise Klatsch aus dem Netz zur Nachricht (ebd.).

Journalisten sind schon aus Gründen der Leserzahl stärker auf der Suche nach spektakulären Ereignissen als nach der Darstellung sozialer Wirklichkeit (vgl. Paugam, 2004, S. 73). Wenn Verdächtigungen und Gerüchte ohnehin schon vorhandene Vorurteile bedienen, dann ist es für die Medien schwer, sich ihrer suggestiven Kraft zu entziehen (vgl. Burger, 2007, S. 38). Laut Neuer Zürcher Zeitung (2009) scheinen Journalisten in der BRD inzwischen auf eine „zunehmend surreale Züge annehmende Fahndung“ nach Zeichen für anwachsenden Rechtsextremismus in Deutschland fixiert (vgl. NZZ, 2009).

Im Wissen um die Medienwirksamkeit von Gewalttaten durch Rechtsextremisten versuchen manche Personen durch „false flag operations“ wie z.B. selbstinszenierte Überfälle, Selbstverstümmelungen und Gewalttaten das in der BRD stark skandalisierte Thema Rechtsextremismus für eigene Zwecke zu nutzen.

¹⁸ „Der Wunsch nach einer Symmetrie zwischen extremen Taten und ihren Ursachen verweist auf unsere eigene Fassungslosigkeit und eine Strategie, das Alltagsleben als ‚gute Normalität‘ zu konstruieren, in der ‚das Böse‘ und ‚die Extremen‘ keinen Platz haben.“ (Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 306). Extreme Taten lassen sich leichter verarbeiten wenn sie keine oder nur sehr schwache Verbindungen zu unserem Alltag haben, wenn sie sich also nicht nur durch ungeheuerliche Ereignisse auszeichnen, sondern zudem durch unfassbare Voraussetzungen. Extreme Brutalität möchte man nur durch außergewöhnliche, außeralltägliche Umstände verursacht wissen, wobei möglichst jeder Hinweis auf Verschwörungen, Hintermänner, Seilschaften usw. aufgegriffen wird. Eine solche Erklärung schafft eine maximale Distanz zwischen unserem Alltag und die Monstrosität von brutalen Exzesstaten (ebd.).

¹⁹ „Das Internet ist das Hörensagen im digitalen Zustand; die große Zeit der Fama hat erst begonnen.“ (Neubauer, 1998, S. 200).

Aufgrund der Anschuldigungen, dass in den entsprechenden Kommunen Rechtsextremisten Gewalt angewendet hätten, kommt es immer wieder zur Diffamierung ganzer Städte als Zentren rechtsextremer Umtriebe. Zwei Fälle solcher „false flag operations“ sollen hier als Beispiele angeführt werden:

Der Fall Joseph aus Sebnitz: Im November 2000 berichteten viele Medien in der BRD, dass der sechsjährige Joseph im Juni 1997 im Sebnitzer Freibad von Neonazis ertränkt worden sei. Die ganze Stadt habe den Fall seither totgeschwiegen (vgl. Burger, 2007, S. 38). Eine Gruppe von 50 Neonazis hätte laut Medienberichten den kleinen Deutsch-Iraker Joseph im Freibad im sächsischen Sebnitz überfallen, geschlagen und mit einem Elektroschocker gefoltert. Anschließend sei er von ihnen ins Schwimmbcken geworfen worden und ertrunken. Keiner der Schwimmbadbesucher habe geholfen.²⁰ Nach polizeilichen Untersuchungen stellte sich heraus, dass die ganze Geschichte von der Mutter des Jungen konstruiert war und den Untersuchungen in keinem Punkt standhalten konnte. Es gab keinen Übergriff auf den kleinen Joseph; der Junge war eines natürlichen Todes gestorben. Im Februar 2001 rügte der Presserat die Zeitungen BILD, Berliner Morgenpost und taz wegen unzulässiger Tatsachenbehauptungen.

Die Heldin von Mittweida: Im November 2007 erschütterte der „Hakenkreuz-Fall“ von Mittweida ganz Deutschland und machte die damals 17-jährige Rebecca K. zur Heldin. Die junge Frau behauptete, dass vier Neonazis sie zu Boden gerungen und ihr mit einem skalpellartigen Gegenstand ein fünf cm großes Hakenkreuz in die Hüfte geschnitten hätten, als sie am 03.11.2007 ein Aussiedlerkind vor Misshandlungen durch die Neonazis schützen wollte. Als die Polizei den Fall bekanntgab, brach ein medialer und politischer Sturm über die sächsische Kleinstadt herein. Das Berliner Bündnis für Demokratie und Toleranz, besetzt mit Vertretern aus allen Bundestagsfraktionen, zeichnete Rebecca K. am 01.02.2008 mit einem eigens geschaffenen Ehrenpreis für Zivilcourage als die Heldin von Mittweida aus. Zu diesem Zeitpunkt war Rebecca K. allerdings schon selbst zum Fall für die Staatsanwaltschaft geworden. Unter anderem hatten Zeugenaussagen inzwischen ergeben, dass sich das angeblich von ihr beschützte fünfjährige Mädchen zum Tatzeitpunkt nicht in Mittweida aufgehalten hatte. Sachverständige stellten überdies fest, dass sich die junge Frau die Verletzung selbst zugefügt hatte (vgl. Wendt, 2008).

In den aufgezeigten Fällen erfolgte eine Vorverurteilung und Stigmatisierung der Bevölkerung, die mit dem Vorwurf einherging, sie verschlüsse die Augen bei Verbrechen gegen Ausländer.

²⁰Unter anderem Ausgaben vom 23.11.2000: BILD-Zeitung: Kleiner Joseph – gegen 50 Neonazis hatte er keine Chance/Kurier: Skinheads ertränkten Buben. Stadt schwieg

3.7 Das Internet als Portal für extremistische Gruppierungen

Mit dem Internet besteht die Möglichkeit, auf Netzwerkbasis Gruppen zu jedem beliebigen Zweck zu generieren (vgl. Schäfers, 2010, S. 131). An verschiedenen Stellen im Internet wird dazu eingeladen, Mitglied einer bestimmten virtuellen Gruppe²¹ zu werden, um dort auf Gleichgesinnte zu treffen. Generell herrscht in virtuellen Gruppen ein gewisser Grad an Anonymität und gleichzeitig die Möglichkeit gesellschaftlicher Nähe, ohne die Anonymität ganz aufgeben zu müssen. Es steht zu erwarten, dass virtuelle Gruppenbildung zukünftig noch an Bedeutung zunehmen wird, vor allem wegen der schnellen, bequemen, vielfältigen, weitgehend zeitunabhängigen und kostengünstigen Kontaktmöglichkeiten.

Virtuelle Communities können als emotionale Ergänzung zu oder als Ersatz für offline-Bindungen erlebt werden. Durch das Teilen und gemeinsame Erleben werden sie für die Nutzer zu einem Ort der Geborgenheit. Können Jugendliche beispielsweise in der Öffentlichkeit nicht über ihre Erfahrungen, Sorgen und Nöte, Konflikte aber auch Ängste und Unsicherheiten im Zusammenhang mit Ausländern sprechen, ohne dass ihnen direkt Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise rechtsextremes Gedankengut unterstellt wird, ziehen sie sich möglicherweise mit ihren Ängsten und Ansichten in eine weitgehend anonyme, virtuelle Community zurück. Hier treffen sie in der entsprechenden Gruppe auf weitere Personen, die über vergleichbare Erfahrungen berichten. Dass das entgegengebrachte Vertrauen auch von extremistischen Gruppierungen geschickt manipuliert und instrumentalisiert werden kann, liegt auf der Hand.

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes wird das Internet von Rechtsextremisten intensiv genutzt²² und stellt inzwischen für den Rechtsextremismus die wichtigste Propagandaplattform dar (vgl. BMI, 2008b, S. 5). Darüber hinaus nutzt die Szene kommerzielle Internet-Angebote für Szene-Kleidung, legt sich Profile in sozialen Netzwerken wie Facebook, StudiVZ und SchülerVZ an, vertreibt rechtsradikale Musik über Tauschbörsen und twittert Veranstaltungstermine mit neonazistischem Hintergrund. Im Jahr 2008 wurden 16% der rechtsextremistischen Internetangebote als unzulässig diagnostiziert und strafrechtlich verfolgt (vgl. n tv, 2009). Aufgrund der hohen Nutzungsfrequenz von Videoportalen durch Jugendliche²³ werden diese von extremistischen Gruppierungen bevorzugt als Plattform benutzt, insbesondere da sie hier viele User im bevorzugten Rekrutierungsalter erreichen können. Um die durch das Internet visuell geschulten Jugendlichen gezielt anzusprechen, bedient sich die rechtsextreme Szene auf ihren Internetseiten modernster mutimedialer Strategien.²⁴

²¹Virtuelle Gruppen sind Gemeinschaften von Menschen in einem nicht sozio-geographisch lokalisierbaren Raum. Zu den sozialen Merkmalen und damit konstituierenden Bedingungen virtueller Communities gehören – ebenso wie bei Gemeinschaftsbildungen offline – die Identifikation, gemeinsame Geschichte, geteilter Sinnzusammenhang und gemeinsame Ziele (vgl. Schachtner u. Winker, 2005, S. 240)/(vgl. Forgas, 1999, S. 68f.). Aus diesen Ähnlichkeiten heraus entsteht eine für die virtuelle Gruppe eigene Kultur und eine gemeinsame soziale Identität. Das Erkennen eines vergleichbaren Erfahrungshintergrundes sowie des gemeinsamen Sinnzusammenhangs wirkt sich positiv auf den inneren Zusammenhalt der Gruppe aus und fördert so die Gemeinschaft (ebd.).

²²Laut der Initiative Jugendschutz.net ist die Anzahl an neonazistischen Internet-Angeboten in den letzten Jahren von 1.635 (2007) auf etwa 1.800 (2009) angewachsen (vgl. FOCUS, 2009a)/(vgl. n tv, 2009).

²³64% der Jugendlichen nutzen regelmäßig Videoportale wie z.B. YouTube.com (vgl. mpfs, 2009, S. 37).

²⁴„Nur wer die Jugendlichen kennt und versteht und ihnen einen Nutzen bietet, kann mit seiner Nachricht einen hohen Wirkungsgrad erzielen.“ (MSN, 2007, S. 32).

4 Der Fremde - das Fremde

4.1 Leben mit dem Fremden als Prozess der Zivilisation

Gesellschaftliche und individuelle Zivilisationsprozesse spielen sich laut Norbert Elias (1997) überall dort ab, wo die Funktionsteilung größerer Menschenräume unter Konkurrenzdruck voneinander abhängig ist, wo eine Monopolisierung der körperlichen Gewalt eine leidenschaftsfreiere Kooperation möglich und notwendig macht und allgemein dort, wo sich Funktionen herstellen, die eine beständige Wahrnehmung und Rücksicht auf die Aktionen und Absichten anderer über viele Glieder hinweg erfordern (vgl. Elias, 1997, S. 347). Der Prozess der Zivilisation stellt insgesamt eine Veränderung des menschlichen Verhaltens und Empfindens in eine bestimmte Richtung dar, wobei sich der individuelle ebenso wie der gesellschaftliche Zivilisationsprozess bis heute zum größten Teil durch unbewusste Funktionen und Wirkungen vollzieht. Nichts in der Geschichte weist darauf hin, dass diese Veränderung rational, z.B. durch eine zielbewusste Erziehung von einzelnen Menschen oder einzelnen Menschengruppen gesteuert wurde. Aus der Interdependenz der Menschen ergibt sich jedoch eine spezifische Ordnung, die stärker ist als der Wille und die Vernunft der Individuen, die diese Interdependenz bilden. Diese Verflechtungsordnung bestimmt den Gang des geschichtlichen Wandels und liegt dem Prozess der Zivilisation zugrunde (ebd.). Im Fall eines gelungenen individuellen Zivilisationsprozesses bilden sich gut eingepasste Verhaltensweisen und eine adäquat funktionierende Gewohnheitsapparatur heraus. Im Fall eines nicht gelungenen individuellen Zivilisationsprozesses muss dagegen die gesellschaftlich notwendige Selbstregulierung immer wieder zur Überwindung von entgegengerichteten Triebenergien erarbeitet werden (ebd.).

Der Widerstand gegen die Einpassung bzw. die Anpassung in den vorgegebenen Zivilisationsstandard ist für gewöhnlich sehr hoch (vgl. Elias, 1997, S. 346). Im Kulturvergleich erscheint der Gesellschaftstyp „Zivilgesellschaft“, der sich in der europäischen Geschichte herausgebildet hat, als effiziente, aber auch sehr schwierige Form der Vergesellschaftung. Dies äußert sich unter anderem in einem komplizierten Verhältnis zu Fremden (vgl. Schiffauer, 1997, S. 7). Das soziale System befindet sich im Gleichgewicht, wenn sich alle Handelnden sowohl im Einklang mit ihren individuellen Bedürfnissen als auch mit den Erwartungen ihrer Interaktionspartner verhalten; dies setzt die Internalisierung gemeinsamer Werte und Normen voraus (vgl. Peuckert u. Scherr, 2003, S. 153). Für die Entwicklung stabiler Normen und Verhaltensmuster ist eine gewisse Dauer der Ansässigkeit grundlegend (vgl. Annette Treibel, 2008).

Fremde¹ stellen als Außenseiter für die Etablierten ein permanentes Ärgernis dar, da sie deren gruppeneigenen Tabus nicht kennen (können) und sich somit auch nicht an die entsprechenden Gruppennormen halten. Durch ihr nicht konformes Verhalten stellen Fremde einen Angriff auf das Wir-Bild und das Wir-Ideal der Etablierten dar, wodurch sie für die Alteingesessenen zu einer Statusbedrohung werden (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 55). Jedes Gruppenmitglied der Etabliertengruppe stellt dabei eine Verkörperung des Gruppencharismas dar. Die Begriffspaarung „Etablierte“ und „Außenseiter“ versteht Elias nicht als Pole, sondern als aufeinander bezogene Phänomene (vgl. Treibel, 2008, S. 21). Die Komplementarität der Zuschreibungsprozesse

¹In einem Land ‚fremd‘ zu sein wurde ursprünglich mit ‚elend sein‘ gleichgesetzt (vgl. Dudenredaktion, 2001, S. 177). So war zum Beispiel der mittelhochdeutsche *ellende* der Landfremde, für den es in der sozialen Rangordnung der Gesellschaft keinen Platz gab (vgl. Cramer, 1972, S. 108).

von (eigenem) Gruppencharisma und (fremder) Gruppenscharade gehört zu den bedeutsamsten Aspekten einer Etablierten-Außenseiter-Beziehung.

Für die Etabliertengruppe stellen Fremde zudem eine Gefährdung dar, da diese die eingebaute Abwehr der Etablierten gegen die Verletzung der gemeinsamen Normen und Tabus gefährden oder gar aufbrechen könnten. Die Abwehrhaltung der Alteingesessenen stellt eine Art Selbstschutz vor dem eventuell vorhandenen eigenen Verlangen nach einem Tabubruch dar. Die stark affektkontrollierte Etabliertengruppe beobachtet, dass die Fremden vermeintlich nach Belieben vieles von dem machen können, was ihnen die gruppeninterne soziale Kontrolle untersagt. Ihre Reaktion ist Missgunst, Abwehr und Bestrafung der Fremden. Zu diesen angewandten Machtmitteln gegen die neu Hinzugekommenen zählt auch deren Ausgrenzung aus dem lokalen Gemeinschaftsleben sowie die Anprangerung ihrer Verstöße gegen die Etablierten-Norm (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 267). Die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsbevölkerung wird wesentlich von ethnokulturellen Merkmalen der Eingewanderten beeinflusst (vgl. Lüdemann, 2001, S. 553)/(vgl. Siefen, 2005, S. 107). „Der Fremde ist uns nah, insofern wir Gleichheiten nationaler oder sozialer, berufsmäßiger oder allgemein menschlicher Art zwischen ihm und uns fühlen; er ist uns fern, insofern diese Gleichheiten über ihn und uns hinausreichen und uns beide nur verbinden, weil sie überhaupt sehr Viele verbinden.“ (Simmel, 1968, S. 511). Unser Bewusstsein bringt dabei besonders das zur Betonung, was wir nicht mit anderen gemeinsam haben. Bei Untersuchungen im Jahr 2001 gaben Deutsche bei der Frage, an wen sie denken, wenn von Personen anderer Nationalität die Rede ist, am häufigsten „Türken“ an (vgl. Bade, 2002, S. 334).

Durch die vor allem von türkischen Arbeitsmigranten nach Ende der Wirtschaftswunderjahre getroffene Verbleibeentscheidung und dem darauf folgenden Familiennachzug verstärkte sich der Sockel von Daueraufenthalten und die Verlagerung des Lebensmittelpunkts vieler Türkeistämmiger nach Deutschland.² Das starke Anwachsen der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland resultiert vorwiegend aus natürlichem Bevölkerungszuwachs und aus dem Familiennachzug, wodurch sich die demographischen Strukturen der Zuwanderungsbevölkerung veränderten.

Die ethnische Zusammensetzung und damit der Anteil von Deutschstämmigen und nicht Deutschstämmigen innerhalb der Bevölkerung in der BRD verändert sich zunehmend. In einigen Jahrzehnten werden Deutschstämmige als die „Etablierten“ möglicherweise in Deutschland zur ethnischen Minderheit gehören.³

²Durch die Zunahme nicht erwerbstätiger Familienmitglieder im Rahmen des Familiennachzugs sank u.a. die Erwerbsquote in der BRD. Besondere Sozialleistungen wie das für in Deutschland lebende Kinder gezahlte Kindergeld führten zu einem vermehrten Nachzug von Kindern und Jugendlichen. Zwischen 1973 und 1975 entfielen mehr als 31% aller neuen Zuwanderungen auf den Familiennachzug. Dieser entwickelte sich dadurch zur stärksten Wanderungsbewegung (vgl. Bade, 2002, S. 321). Der Anteil der Türken an der Ausländerbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland verdoppelte sich zwischen 1968 und 1973 von 10,7% auf etwa 23%. Der Anteil an Jugendlichen ist unter türkischen Migranten besonders hoch (ebd.).

³2005 brachten nicht Deutschstämmige in der BRD bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 19% mehr als ein Drittel (35%) der in Deutschland geborenen Kinder zur Welt; 16% dieser Kinder wurden direkt in die Abhängigkeit von Transferleistungen hineingeboren. Im Jahr 2025 werden voraussichtlich 65% der Neugeborenen in Deutschland Kinder von nicht Deutschstämmigen sein; etwa ein Drittel aller Kinder in der BRD werden dann vermutlich in die Abhängigkeit von Transferleistungen hineingeboren (vgl. Heinsohn, 2006).

4.2 Annäherungen an das Fremde

Von ihrer Konstruktion her ist die civil society eine Gesellschaftsform, die Fremde zum gesellschaftlichen Spiel prinzipiell zulässt. Wie sich dieses Verhältnis von Integration und Exklusion im Einzelnen darstellt, hängt von der spezifischen Ausprägung der civil society ab (vgl. Schiffauer, 1997, S. 37). Historisch gesehen handelte es sich im Falle Deutschlands um einen Vereinigungsnationalismus: Der staatliche Rahmen musste erst geschaffen werden. Das bedeutet, dass das nationale Zugehörigkeitskriterium kulturell verinnerlicht werden musste (ebd.). Erst wenn in Gesellschaften ethnische Zugehörigkeit oder ein Zuwanderungsstatus öffentlich debattiert werden, werden nationale und ethnische Zugehörigkeit als relevante Gruppenmitgliedschaft überhaupt als Möglichkeit angesehen. Eigen- und Fremdgruppen werden dadurch gesellschaftlich definiert (vgl. Rössner, 2006, S. 17).

Menschen leben in einer konkreten Gesellschaftsstruktur, die aus Mustern gesellschaftlicher Ungleichheiten, aus Werten und Normen besteht. Als Element dieser Struktur entwickelt der Mensch eine Matrix von Denk-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsschemata, die es ins Alltagsleben umzusetzen gilt (vgl. Prahl, 2002, S. 77). Dabei hat die Übertragung von Interaktionsmustern zwischen den Generationen hohen Einfluss auf Werte und Einstellungen der nachfolgenden Generationen (vgl. Martin u. Olson, 1996, S. 292). Auch Nachbarschaften haben einen zusätzlichen Effekt auf die Einstellungen und das Verhalten der Bewohner (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 17). „Die Frage ist, wie und warum Menschen sich als zur selben Gruppe gehörig betrachten und einander in die Gruppengrenzen einschließen, die sie aufrichten, wenn sie das Wort ‚Wir‘ gebrauchen, während sie gleichzeitig andere Menschen als einer anderen Gruppe zugehörig ausschließen, zu der sie kollektiv ‚Sie‘ sagen.“ (Elias u. Scotson, 1993, S. 11).

Die Wahl von Gruppen, mit denen Menschen sich identifizieren, ist nicht beliebig. Gesellschaftliche Definitionsprozesse bestimmen mit, was als Eigengruppe und was als Fremdgruppe infrage kommt. Trotz seiner „unorganischen Angefügtheit“ (Simmel, 1968, S. 512) ist auch der Fremde ein organisches Mitglied der Gruppe. Prinzipiell betrachten Menschen Fremde zunächst mit vorsichtiger Distanz.⁴ Der Fremde ist laut Jörg Hüttermann (2000) derjenige, der in die signifikanten Orte der wohnumfeldnahen Öffentlichkeit respektive in identitätsaffirmative Räume vordringt, dort seine Symbole der Rauman eignung befestigt und schließlich eingelebte quasi-ständige Schließungen und hierarchiestabilisierende Grenzen im Raum überwindet (vgl. Hüttermann, 2000, S. 84).

Für die meisten Menschen ist es Normalität oder auch eine Herausforderung, sich auf Fremdes, Unbekanntes einzulassen und dadurch der eigenen Persönlichkeit oder Kultur bewusster zu werden. Dies ist die eigentliche Botschaft der „Boten aus der Fremde“ (vgl. Pestalozzi, 1996, S. 273).

Prinzipiell geht das Individuum im Umgang mit anderen Personen zunächst von einer ethnozentrierten Sichtweise auf der Basis der eigenen kulturellen Werte aus. Der Einzelne versucht

⁴ „Es scheint, als hätte jeder Mensch einen tiefsten Individualitätspunkt in sich, der von keinem anderen, bei dem dieser Punkt qualitativ abweichend ist, innerlich nachgeformt werden kann. [...] Vielleicht, weil es uns nicht gegeben ist, eine von der unsern abweichende Individualität völlig in uns zu repräsentieren.“ (Simmel, 1968, S. 24).

dabei, das Unbekannte mit den internalisierten Kategorien der eigenen Kultur zu interpretieren. Es zeigt sich: Je mehr wir in uns selbst die Reaktion auslösen, die unsere Geste im anderen auslöst, desto besser verstehen wir das Fremde (vgl. Mead, 1975, S. 319).

Eine oft konstatierte Eigenart der deutschen Kultur ist die Kultur der Innerlichkeit, der Identifikation mit dem Ganzen, der positiven Bewertung des Staates in einer relativ schwach ausgeprägten gesellschaftlichen Kultur (vgl. Schiffauer, 1997, S. 47). Das gelebte Regelwerk (gesellschaftliche Interaktion zu ermöglichen und gleichzeitig innere Distanz, Fremdheit zu wahren und zu bejahen) widerspricht der Forderung der Identifikation. Ein Kontakt, der gleich zu Beginn Aufrichtigkeit fordert, stellt nach Auffassung von Werner Schiffauer (1997) eine Überforderung dar (ebd.). In einer Kultur, in der die Identifikation mit dem Ganzen als Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation gewertet wird, hat der Fremde von vornherein einen schwierigen Stand: Kann man demjenigen, der in einer anderen Kultur aufgewachsen ist, diese innere (und deshalb unsichtbare) Bejahung abnehmen? (ebd.).

Das Staatsangehörigkeitsrecht einer Nation bestimmt die Kriterien für eine gesellschaftliche Inklusion oder Exklusion bestimmter Gruppen (vgl. Lüdemann, 2001, S. 548)/(vgl. Schäfers, 2004, S. 106). Die Gewährung der Bürgerrechte stellt nur eine Voraussetzung, aber keinesfalls eine Garantie für die kulturelle Einbürgerung von Migranten dar. Die Politiker hoffen, dass mit dem deutschen Pass auch die Verbundenheit zur BRD als neuer Heimat wächst. Wenn die Zuwanderer über volle Wahl- und Bürgerrechte verfügten, würden sie auch die bundesdeutsche Gesellschaft schätzen lernen.⁵

Zwischen 1972 und 2008 wurden etwa 700.000 Türken eingebürgert (vgl. Kohler, 2008). Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) empfahl, dass türkischstämmige Wähler bei der Bundestagswahl 2009 besonders auf die Vergabe der Erststimme achten sollten und die Türkische Gemeinde gab eine klare Wahlempfehlung: Türkischstämmige Wähler sollen vor allem Migranten türkischer Herkunft wählen (vgl. WELTonline, 2009c).⁶ In der Kölnarena-Rede (02/2008) rief der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan seine in der BRD lebenden Landsleute dazu auf, in Deutschland eigene türkische Parteien aufzustellen (vgl. Kohler, 2008).

Türkeistämmige fühlen sich auch in der zweiten und dritten Zuwanderergeneration dem Herkunftsland so nachhaltig eng verbunden, dass viele sich nicht vom türkischen Pass trennen möchten (vgl. Preuß, 2009); für die Türkei stellen diese in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger ein wichtiges Wählerpotenzial dar.

⁵Von 2000 bis 2006 wurden insgesamt 1.029.024 ausländische Personen und Personen mit Migrationshintergrund als deutsche Staatsbürger aufgenommen (vgl. BMAS, 2008, S. 103).

⁶„700.000 wahlberechtigte Türken sind nicht zu unterschätzen.“ (Kenan Kolat zit.n. WELTonline, 2009c).

5 Der Lebensraum Stadt

5.1 Stadt und Kultur

Kultur¹ ist laut Xandra Wildung (2006) ein gemeinsames Wissen, welches den Mitgliedern eines Kulturkollektivs beziehungsweise Kulturkreises gleichermaßen vertraut ist.² Der Kulturbegriff selbst unterliegt der jeweiligen Sinndeutung der internalisierten Werte sowie deren institutionalisierten Lebensform. Begreifbare Kultur einer Gesellschaft kann somit als sichergestelltes Wissen darum betrachtet werden, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise welche Handlung warum zu tun oder zu unterbleiben hat, um sozial konform zu sein. Hierzu zählt das Kennenlernen und Internalisieren kultureller Bedeutungszusammenhänge. Die moralischen Maßstäbe einer Gesellschaft gelten für alle Mitglieder, auch für Fremde, die in dieser Gesellschaft leben. Fremde Kulturen heben in der Regel die eigene bürgerliche Lebensform nicht auf, sie verdeutlichen allerdings, dass es keine Exklusivität auf *eine* Kultur gibt, denn Kultur ist ein dynamischer Komplex, der einem kontinuierlichen Veränderungsprozess unterliegt (vgl. Sag, 1996, S. 465). Für Georg Simmel stellt ein tolerantes, aber auch gleichgültiges Nebeneinander vieler sozialer (inklusive ethnischer) Gruppen eine Voraussetzung für den Umgang mit der Heterogenität in den Städten dar; es sei kennzeichnend für moderne städtische Gesellschaften (vgl. Janßen u. Polat, 2006, S. 17). Nur ein bewusst aufrecht erhaltenes Spannungsverhältnis zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz macht urbanes Leben möglich (vgl. Schäfers, 2006, S. 304). Gleichzeitig macht die Reibung von Elementen verschiedener Subkulturen Großstädte zu Zentren kultureller Innovation (vgl. Otte u. Baur, 2008, S. 94).

Städte sind zugleich Biotope, Psychotope, Orte des menschlichen Zusammenlebens, der Kommunikation, der individuellen und kollektiven Differenzierung sowie der Selbstdarstellung. Dass Kultur und Stadt einander bedingen, ist keine neue Erkenntnis, denn in allen Epochen stand die Weiterentwicklung der Kultur in Zusammenhang mit der Stadtbildung (vgl. Schäfers, 2006, S. 81)/(vgl. Schäfers, 1988, S. 96). Städte waren die Orte, in denen sich die europäische civil society ausbildete. Stadt und Kultur sind Prozessbegriffe, in denen Figurationen des Wandels immer mitbedacht werden müssen. Hinzu kommt, dass die Wechselwirkung zwischen beiden Phänomenen so eng ist, dass die Stadt nicht ohne die Kultur gedacht werden kann (ebd.). Eine lebendige Stadtkultur setzt eine funktionierende städtische Öffentlichkeit voraus, die Angebote für Verhaltensmöglichkeiten auf relativ engem Raum bietet, was die Vielfalt der städtischen Lebenswelt sichtbar macht: Die sozialen und kulturellen Widersprüche, die alternativen Lebensmöglichkeiten und kulturellen Entwicklungen, die vielfältigen Formen der Begegnung und Kommunikation, des Austauschs von Waren und kulturellen Gütern aller Art (vgl. Schäfers, 2006, S. 224).

Einen herausragenden Stellenwert nimmt die Stadt-Architektur ein, die unter anderem der Selbstdarstellung dient und Macht symbolisiert (vgl. Schäfers, 1988, S. 96). Insbesondere Monumentalbauten sind dabei die Kodifizierung einer Botschaft über die Stärke der Gemeinschaft. Architektur und architektonische Stadtgestaltung sind die sichtbarsten Zeichen von Stadtkultur, wobei städtische Kulturpolitik bereits mit der Namenspolitik für Brücken, Straßen, Gebäuden und öffentlichen Plätzen beginnt (ebd.).

¹Kultur ist jene Lebenswelt, die jemand als die eigene definiert, weil sie das Bekannte im Sinne von Normalität, Nachvollziehbarem und Verständlichem bietet sowie soziales Routinehandeln ermöglicht (vgl. Wildung, 2006, S. 3).

²Beispielsweise verankerte Erwartungen in Bezug auf Gewohnheiten, Verhaltensweisen, Werthaltungen, Deutungsmuster, Weltbilder.

5.2 Zusammenleben in der Gesellschaft: Die integrierende Stadt

Der Begriff der Gesellschaft deckt laut Georg Simmel (1968) zwei, für die wissenschaftliche Behandlung streng auseinander zu haltende Bedeutungen: Sie ist einerseits der Komplex vergesellschafteter Individuen, das gesellschaftlich geformte Menschenmaterial, wie es die ganze historische Wirklichkeit ausmacht. Andererseits ist Gesellschaft auch die Summe jener Beziehungsformen, durch die eben erst die Gesellschaft im ersten Sinne wird (vgl. Simmel, 1968, S. 8). In jeder Gesellschaft kommt eine große Anzahl verschiedener Verbindungs- bzw. Vergesellschaftungsformen zustande. Am Schnittpunkt des Einzelnen und der Gesellschaft steht dabei „homo sociologicus“ (Ralf Dahrendorf, 1974), der Mensch als Träger sozial vorgeformter Rollen. Die Gesellschaft ist nicht nur mehr, sondern wesentlich anderes als die Summe der in ihr lebenden Einzelnen: Gesellschaft ist laut Dahrendorf die entfremdete Gestalt des Einzelnen (vgl. Dahrendorf, 1974, S. 20).

Für Ferdinand Tönnies (1887) wurde die gesellschaftliche Veränderung vor allem im zwischenmenschlichen Zusammenleben in der Gemeinschaft bzw. der Gesellschaft deutlich. Das Leben in einer Gemeinschaft steht für ihn für das persönliche, aufeinander bezogene, gefühlsbetonte Zusammenleben, während er die gesellschaftliche Lebensweise (vor allem in Großstädten) als unpersönlich, gefühlsarm, abweisend und feindlich wertet (vgl. Tönnies, 1969, S. 178). In einer Zeit, in der das Gemeinbewusstsein zugunsten eines Wachstums des Individualbewusstseins stark zurückgedrängt wird, wächst auf der anderen Seite das Bedürfnis des Einzelnen nach einer gemeinsamen Basis. Infolge des veränderten Spannungsverhältnisses zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, welches mit dem Schwund des Solidar- und Wertesystems der Industriegesellschaft entstand, kann das Auftauchen neuer Solidarnormen (z.B. Ethnie, Religion) zu Konflikten in den national verfassten Gesellschaften führen (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 17).

Die ökonomischen Strukturen, die Interaktionsgelegenheiten und die individuellen wie gruppenbezogenen Handlungsweisen von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnisch-kultureller Herkunft erzeugen und verändern einen Kontext, der sich nirgendwo sonst so komplex darstellt und verdichtet wie in der Stadt (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 443). Der traditionale Gemeindebegriff, der hinsichtlich der Siedlungsstruktur und Sozialgestalt auf etwas Geschlossenes, Integriertes hinzielt, lässt sich nach Auffassung von Schäfers (2006) heute auf den suburbanen Raum nicht mehr anwenden (vgl. Schäfers, 2006, S. 81).

Soziale Gebilde wie Gemeinschaft, Gesellschaft, soziale Gruppe und Staat setzen einen Minimumkonsens voraus, bei dem die Beteiligten die gemeinsamen Grundwerte sowie die verbindlichen Verhaltens- und Orientierungsmuster anerkennen (vgl. Wildung, 2006, S. 4). Die geistige Haltung der Großstädter zueinander kann nach Meinung von Simmel in formaler Hinsicht als Reserviertheit bezeichnet werden, die nicht nur als Gleichgültigkeit, sondern häufiger als eine leise Aversion, eine gegenseitige Fremdheit und Abstoßung wahrgenommen wird, welche unvermittelt in Hass und Kampf ausschlagen kann (vgl. Simmel, 2006, S. 24). Auch scheinen in Großstädten die Gruppenkonflikte intensiver zu sein (vgl. Pappi u. Melbeck, 1988, S. 224).

Städte ziehen alle möglichen Minderheiten an, die in der Stadt aufgrund ihrer Größe die für eine Gruppenbildung nötige Personenzahl finden. In Bezug auf die Entwicklung sozialer Beziehungen und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen misst Simmel der Stadt als urbanem Sozialgebilde von Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsprozessen, große Bedeutung bei. In urbanen Gesellschaften erfolgt die Integration von Menschen durch gesellschaftliche Systeme (Systemintegration) und durch Sozialintegration (vgl. Ottersbach, 2003, S. 33).

Urbanität setzt als produktiven Umgang mit ethnisch-kultureller Differenz soziale Integration voraus (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 458). Wegen ihrer Pluralität und Anonymität wurde bisher der Stadt hinsichtlich ihrer Integrationsfähigkeit immer eine äußerst positive Rolle zugewiesen. Insbesondere für die Integration von Fremden und für ein friedvolles Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Milieus galt laut Häußermann (1995) die Stadt als robuste „Integrationsmaschine“ (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 444).

In den deutschsprachigen stadtsoziologischen Diskussionen sind derzeit zwei Grundpositionen zur Integrationsfähigkeit von Städten zu nennen. Die Vertreter der ersten Position sehen eine negative Entwicklung hinsichtlich der Integrationskraft der Städte:

- Das Ende der zivilisierten Stadt ist zu erwarten. Die Stadt wird von einer Krise erfasst bzw. die Integrationsmaschine Stadt funktioniert nicht mehr.
- Die Stadt wird durch den fortgeschrittenen Kapitalismus zweckentfremdet.

Die Herbeiführung einer multikulturellen Gesellschaft wird in erster Linie denjenigen sozialen Schichten abverlangt, die mit den Migranten in direkter Konkurrenz um Ressourcen wie Wohnraum und Arbeits- bzw. Kindergartenplätze stehen (vgl. Schäfers, 2004, S. 107). Sie fühlen sich häufig davon überfordert, im Alltag mit fremden Lebensweisen, einem anderen Verständnis für Zeit und mit einer ihnen fremden Art des Umgangs mit öffentlichem und privatem Raum konfrontiert zu werden (vgl. Luft, 2003, S. 38).

Die Vision von einer liberalen Urbanität erweist sich laut Friedrich/Blasius (2001) als überholte, beinahe sozialromantische Vorstellung, da die systemische Integration für immer mehr Menschen aus Minderheiten und aus der Mehrheitsgesellschaft zeitweilig oder dauerhaft entfällt. Der Kultur der urbanen Toleranz, der Indifferenz, wird dadurch der Boden entzogen und trägt zudem zur Bildung einer neuen Unterklasse (underclass) bei. Als Folge versagt die Stadt als Integrationsmaschine (vgl. Friedrichs u. Blasius, 2001, S. 50). Eine skeptische Sicht auf die Integrationsmaschine Stadt in Bezug auf die Integration ethnischer Minderheiten in benachteiligten Wohngebieten und unter den derzeitigen ökonomischen Bedingungen vertreten ebenfalls Dangschat/Alisch (1998), Friedrichs (1998), Heitmeyer/Dollase/Backes (1998) sowie Häußermann/Oswald (1997).

Heitmeyer (1998) stellt drei qualitative Aspekte eines Krisenzusammenhangs dar: Hinweise auf die Desintegration der Stadtgesellschaft, eine Zweckentfremdung des öffentlichen Raumes und eine Entzivilisierung des Verhaltens von einzelnen Menschen und Gruppen. Infolgedessen muss das Versagen der bisher funktionierenden „Integrationsmaschine Stadt“ ins Kalkül gezogen werden (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 443). Nach Einschätzung von Luft (2003) werden sich in den großen Städten in Zukunft die Konflikte noch verschärfen, so dass sie ihre geschichtliche Rolle als gigantische Integrationsmaschinen nur noch eingeschränkt wahrnehmen können (vgl. Luft, 2003, S. 38).

Die Vertreter der zweiten Position relativieren das Bild einer fehlenden Integrationskraft der Städte:

- Ungleichheit und Konflikte sind nicht der Stadt, sondern gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen geschuldet.
- Das zivilgesellschaftliche Potenzial der europäischen Städte ist relativ hoch.
- Die Ressourcen der Menschen zur Verbesserung der Situation in marginalisierten Quartieren wird unterschätzt (vgl. Ottersbach, 2003, S. 32).

Die hohen Ausländeranteile in den Städten werden durch Geburtenüberschüsse, durch Zuwanderung und durch den Rückgang der einheimischen Bevölkerung voraussichtlich auch zukünftig weiter steigen (vgl. Luft, 2003, S. 34). Mit einer Vielzahl an Ausländern in einer Stadt steigen die Chancen, Ausländer in der Nachbarschaft zu haben und überhaupt zu treffen. Damit könnte es zu multiplexen Kontakten kommen. In Untersuchungen zeigte sich jedoch, dass der faktische Ausländeranteil nur schwach mit der Häufigkeit von Kontakten mit Ausländern in der Nachbarschaft korreliert; ein hoher Ausländeranteil im Stadtteil fördert nicht unweigerlich interethnische Kontakte (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 114)/(vgl. Lüdemann, 2001, S. 555). So ist in Wohngebieten mit einem Ausländeranteil von über 65% die Kontakthäufigkeit der Alteingesessenen zu den Migranten seltener als in solchen mit einem niedrigen Migrantenanteil (vgl. Friedrichs u. Blasius, 2001, S. 65). Ebenso wenig lässt ein hoher Ausländeranteil in einem Stadtteil Rückschlüsse auf die individuellen Kontakterfahrungen Mehrheitsangehöriger mit Ausländern zu.

Das friedliche Zusammenleben in einem dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 81,75 Millionen Einwohnern (vgl. Ämter, 2010) erfordert von der gesamten Bevölkerung ein Sozialverhalten mit sozialen Schranken und kulturellen Toleranzen.

Die räumliche Verteilung der Migranten in der BRD steht in direktem Zusammenhang zu den größeren Einwanderungsbewegungen: 96% leben in den alten Bundesländern, hier wesentlich auf Ballungsräume und Industriezentren konzentriert. 80% der Ausländer in Deutschland leben in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern, 28,6% der Migranten (Deutschstämmige: 18,3%) wohnen in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern (vgl. Beck u. Perry, 2007, S. 194).

Inwieweit die Integration von Zuwanderern in Deutschland gelingt, wird sich vor allem im großstädtischen Raum und in Ballungszentren entscheiden, denn die Bildung von ethnischen Kolonien und Desintegration sind Phänomene, die sich nicht auf dem Land abspielen.

5.3 Ethnisch-räumliche Segregation und Marginalisierung städtischer Quartiere

Räumliche Segregation lässt sich in etwa als die Trennung der Lebensumstände ethnischer Gruppen von der Gesellschaft oder untereinander definieren. Sie ist jedoch auch als universelle soziale Erscheinung einzuordnen, da viele Menschen ein Zusammenleben mit sozial und kulturell mehr oder weniger ähnlichen Personen (z.B. Konzentration junger Leute mit ähnlichem Lebensstil in speziellen Stadtbezirken, Konzentration älterer Personen) suchen und sich dadurch von anderen segregieren (vgl. Musterd u. a., 1997, S. 295f.). Es ist nach Auffassung von Hartmut Häußermann (2008) zu erwarten, dass sich die Innenstädte zukünftig zum bevorzugten Wohnort von jungen Besserverdienenden entwickeln, während die Randgebiete von Senioren, Einkommensschwachen und Migranten bewohnt werden (vgl. Häußermann, 2008).³

Zwischen 1990 und 2005 hat laut Friedrichs/Triemer (2008) in deutschen Großstädten die Trennung von Alteingesessenen (Autochthonen) und Migranten ab-, zwischen Armen und Reichen dagegen zugenommen (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008). Dabei zeigt die anwachsende soziale Spaltung in deutschen Großstädten auch Auswirkungen in Form einer sozialräumlichen Trennung, beispielsweise durch die Konzentration von Sozialhilfeempfängern in wenigen Stadtteilen (ebd.). Hieraus kann abgeleitet werden, dass Segregation nicht unweigerlich entlang ethnischer Grenzen verlaufen muss. Ein impliziter Zusammenhang, dass ethnische und sozioökonomische Segregation gemeinsam auftreten, lässt sich dann aufzeigen, wenn eine bestimmte ethnische Gruppe beinahe vollständig mit einer hohen oder niedrigen Statusgruppe zusammenfällt (vgl. Musterd u. a., 1997, S. 295f.).

Ökonomische Restrukturierungsprozesse, der Umbau des Sozialstaats und die zunehmende Orientierung von Zuwanderern auf Städte gelten als Ursachen für die relative Konzentration von Migranten in bestimmten Stadtgebieten (ebd.).⁴ Die hohen Anteile ausländischer Wohnbevölkerung konzentrieren sich in der Regel auf einzelne sozial schwache Stadtteile, dabei überschreitet der Ausländeranteil in den entsprechenden Vierteln oft deutlich die 30 Prozentmarke (bei den unter 21-Jährigen die 50 Prozentmarke) (vgl. Luft, 2003, S. 34). Dass ganze Stadtteile fast ausschließlich von türkischen Mitbürgern bewohnt werden, ist in einem Teil der deutschen Großstädte (z.B. Duisburg-Marxloh) inzwischen Realität. Hier bilden sich monokulturell-türkische Wohnumgebungen, in denen traditionelle und kulturelle Gewohnheiten weit über kulturell-religiöse Praktiken hinaus als identitätsstiftende Tradition gepflegt werden (vgl. MGSFF, 2003, S. 9).

³In Baden-Württemberg zieht es ältere Menschen weiterhin in die weniger verdichteten Randgebiete bzw. kleineren Kommunen, die über eine ausreichende Infrastruktur verfügen und in landschaftlich attraktiven Regionen des Landes liegen (vgl. Schwarck, 2008, S. 14). Dies ist gegenläufig zu dem allgemeinen Trend Baden-Württembergs der letzten Jahre, bei dem die Bevölkerung verstärkt wieder in die Städte zieht bzw. nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher in das Umland abwandert. Während derzeit etwa jeder Vierte Einwohner Baden-Württembergs mindestens 60 Jahre alt ist, wird das nach Vorausrechnungen im Jahr 2025 bereits beinahe jeder Dritte sein (ebd.).

⁴Von einer Konzentration einer ethnischen Gruppe in einem Stadtbezirk lässt sich dann sprechen, wenn der Anteil dieser Gruppe an der Einwohnerzahl dieses Bezirks über einem bestimmten Schwellenwert liegt; dabei kann es sich um einen fixen Wert, etwa 30%, handeln oder um einen relativ hohen Anteil dieser ethnischen Gruppe, gemessen an deren Gesamtzahl in der Stadtbevölkerung (vgl. Musterd u. a., 1997, S. 295).

In den entsprechenden Stadtvierteln der Turkish Community gibt es eine ethnisch-spezifische Angebotsvielfalt, die die Interessen und Bedürfnissen der türkeistämmigen Wohnbevölkerung nahezu abdeckt. Eine umfassend ausgebaute türkische Dienstleistungs-Infrastruktur (u.a. Vereine, Teehäuser, Ärzte, Lebensmittelhändler, Rechtsanwälte, Autohändler, Friseure, Reisebüros und Kaufhäuser) macht den Kontakt der Anwohner zur deutschen Gesellschaft beinahe entbehrlich. Daraus resultierend wird eine Identifikation mit Deutschland und den Deutschen erheblich erschwert, die Identifikation mit der eigenen ethnischen Gruppe, Kultur und der Ursprungsheimat hingegen verstärkt (vgl. Luft, 2003, S. 35). Für Makler und Property Developer sind segregierte, also sozial entmischte Viertel zum Teil besser vermietbar. Viele Vermieter bevorzugen inzwischen homogene Quartiere und werben damit, dass eine bestimmte Klientel nicht bei ihnen wohnt (vgl. Häußermann, 2008).

Insbesondere wirtschaftliche Schwächen, aber auch städtebauliche Mängel eines Viertels wie eine zu dichte Bebauung, schlechte Bausubstanz der Wohnungen, zu dunkle Hinterhöfe oder zu wenige Erholungs- und Grünanlagen in unmittelbarer Umgebung, tragen nach Erkenntnissen von Markus Ottersbach (2003) zur Entstehung marginalisierter Quartiere bei. Die wirtschaftliche Schwäche drückt sich für gewöhnlich durch eine Anhäufung ökonomischer Probleme aus. So wohnen in diesen Vierteln überdurchschnittlich viele Transferleistungsbezieher (Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Bezieher von Wohngeld) sowie Alleinerziehende und Senioren (vgl. Ottersbach, 2003, S. 35).

Die berufliche Karriere vieler Bewohner marginalisierter Quartiere verläuft in eingeschränkten Bahnen, da teilweise bereits die Erwähnung des Stadtteils als Wohnort eine berufliche oder soziale Ablehnung nach sich zieht. Entsprechend dem Etikettierungsansatz (Labeling Approach) kann die Stigmatisierung primärer Devianz (z.B. abweichende Verhaltensweisen aufgrund ökonomischer, rechtlicher und sozialer Ungleichheit) sekundäre Devianz in Form von Apathie und Resignation, Gewalt und Kriminalität provozieren (vgl. Ottersbach, 2003, S. 38)/(vgl. Peuckert, 2003c)/ (vgl. Goffman, 1975). Wird überdies die Anerkennung der lebensweltlichen Bezüge der Bewohner wie ihre Kultur und ihre Identität in den Quartieren verweigert oder ist das Medium Öffentlichkeit für die betroffenen Anwohner ebenfalls blockiert, kann es zu apathischem Rückzug, aber auch zu Rassismus und Gewalt kommen. In marginalisierten Wohnvierteln werden unter Umständen selbst jene, die sich an den Werten des Mainstreams orientieren, leichter Opfer devianter Normen (vgl. O'Connor, 2004, S. 69).

Eine besondere Marginalisierungsverstärkung liegt vor, wenn das Wohnquartier noch zusätzlich mediale Stigmatisierung erfährt. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn ein Stadtteil aufgrund der Berichterstattung in der Öffentlichkeit als Angstraum in Form einer No-Go-Area bekannt würde. Etikettieren die Medien bestimmte Stadtteile als gefährliche Orte, so sind sie hinsichtlich der Angstraumwahrnehmung ein wichtiger Träger des Verstärkerkreislaufes (vgl. Ottersbach, 2003, S. 39).

5.4 Einfluss der räumlichen (Wohn-)Umwelt auf Jugendliche

Martina Löw (2009) geht davon aus, dass Städten identitätsbildende Kraft innewohnt. Diese stellen dabei Territorien konkreter Gesellschaftsbildung dar, je nachdem, wie Phänomene wie Armut, Marginalität usw. subjektiv erlebt und kollektiv verwaltet werden (vgl. Löw, 2009, S. 34).

Die Wohngegend des sozialen Wohnungsbaus an den Rändern der Städte ist durch ihre geplante Einheitlichkeit wenig ansprechend. Dies hat besonders negative Auswirkungen auf das Freizeitverhalten von Jugendlichen, denen es an Alternativplätzen fehlt. Dabei zeigt sich hinsichtlich der psychosozialen Fähigkeiten, dass Jugendliche, die aus einem benachteiligten Wohnumfeld kommen, häufig unselbstständiger, weniger konfliktfähig und in ihrer Kooperationsbereitschaft eingeschränkter sind als andere Gleichaltrige (vgl. Kube, 2003, S. 66).

Jugendliche benötigen Räume für Streifzüge, bei denen sie an bestimmten Orten ohne allzu große Funktionseinschränkungen einen gestaltbaren Raum vorfinden und ihre Kräfte messen können. Sie fühlen sich in Ermangelung entsprechender öffentlicher Räume oftmals in ihrem Wohnviertel nicht wohl und halten sich auch aufgrund der insbesondere in Migrantenwohnungen oft beengten Wohnsituation vermehrt außerhalb der Familienwohnung auf, hierbei bevorzugt fern ihres Wohnbezirks im Freien (ebd.).⁵

Das unmittelbare Wohnumfeld hat eine zentrale Funktion im Integrationsprozess. In benachteiligten Stadtteilen, in denen häufig auch besonders viele Zugewanderte leben, besteht daher besonderer Handlungsbedarf (vgl. Bundesregierung, 2007, S. 19).

Sozial desorganisierte Wohnviertel stellen insbesondere durch

- schwache Nachbarschaftsbindungen
- den Wegzug sozialer Durchsteiger
- ethnische Konkurrenzsituationen
- gewaltfreundliche Normen und Wertvorstellungen der Bewohner

einen möglichen Risikofaktor für kriminelle Gewalt dar (vgl. Kube, 2003).

Kinder und Jugendliche lernen in solchen Wohngebieten bereits früh aggressive Gewohnheiten und internalisieren möglicherweise Gewalt als Konfliktlösungsstrategie. Ein großer Teil abweichenden Verhaltens Jugendlicher ist auf die angetroffene funktionalistische Zweckplanung einer undifferenzierten Einheitsarchitektur zurückzuführen (vgl. Schäfers, 1985, S. 93).

⁵Im Jahr 2006 lag die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche bei 45 Quadratmetern, bei Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand bei 30 qm. 2006 lebten in einem mittleren Haushalt in Deutschland jeweils 2,1 Personen, in Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand durchschnittlich 3,1 Personen (vgl. BMAS, 2008, S. 111).

5.5 Grenzverschiebungen

Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein „Mieterland“ (vgl. Prahl, 2002, S. 72). Das Bundesland Baden-Württemberg lag bei der Eigentümerquote (d.h. von Eigentümern selbst bewohntem Wohneigentum) im Länderranking (2006) mit einem Anteil von 49,1% nach dem Saarland und Rheinland-Pfalz auf Platz 3 und damit deutlich über dem deutschlandweiten Durchschnitt von 41,6% (zum Vergleich Berlin: 14,1%) (vgl. Schmidt, 2008b, S. 17).

Wohnsituation und Wohnumfeld prägen sowohl das Raumverständnis, das Kommunikationsverständnis als auch das Verhältnis zur sozialen Öffentlichkeit, das im Laufe der Sozialisation entwickelt wird. Im Grunde spiegelt sich die vertikale soziale Schichtung der Bevölkerung eines sozialen Raums in der horizontalen Verteilung dieser Bevölkerung im Raum wider (vgl. Baum, 1999, S. 36).

Migranten werden als Mieter auf dem deutschen Wohnungsmarkt oftmals als negativ konnotiert betrachtet, da sie als soziale Randgruppe mit einem hohen Anteil an Empfängern nach SGB II und Beziehern unterer Einkommensgruppen gelten. Die SINUS Befragung unter Migranten (2007) zeigt auf, dass weite Teile unter den Migranten eine am Erwerb von Wohneigentum in der BRD interessierte Zielgruppe darstellen. Hier ist allerdings zwischen den untersuchten Migrantenmilieus zu differenzieren. Die am Wohneigentum interessierten Personen werden dem statusorientierten Milieu zugerechnet. Sie wurden zum Teil schon in der BRD geboren oder lassen sich, wenn sie nach Deutschland kommen, zunächst in der Nähe von Verwandten nieder. Im weiteren Lebensverlauf ziehen sie mehrmals um, häufig an den Ort des Arbeitsplatzes. Für sie stellt eine respektable Nachbarschaft in gemischten Wohngebieten mit gutem Kontakt zu deutschen Nachbarn, eine gute Wohnung und ein gehobenes Wohnumfeld wichtige Statusindikatoren dar. Bevorzugt werden Neubausiedlungen mit Reihen- und Einfamilienhäusern am Stadtrand. Typische Ausländerviertel werden gemieden, sofern die finanziellen Mittel dies zulassen. Bemerkenswert ist eine starke Abgrenzung nach unten, also zu Mitbürgern, die nicht den gleichen Sozialstatus vorweisen (vgl. Beck u. Perry, 2007, S. 193).

Wenn Eigentümer ihr Wohneigentum selbst bewohnen, investieren sie mehr in ihr Eigentum, kümmern sich mehr um die Nachbarschaft, nehmen stärker an lokalen Aktivitäten teil und üben eine stärkere soziale Kontrolle aus. Nimmt der Anteil an Wohnungseigentümern in einem Stadtteil zu, so ist in zahlreichen Studien ein daraus resultierender positiver Effekt belegt; in der Regel erhöht sich der Wert aller Häuser im Wohngebiet (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 18).

Besitz stabilisiert die von der Person gebundene soziale Position (vgl. Schrader, 1966, S. 12). Auch die soziale Orientierung von Personen geschieht unter Mitwirkung des Besitzes, denn Besitz ist als Träger gesellschaftlicher Werte in besonderem Maße geeignet, die Wertvorstellungen der Gesellschaft drastisch zu vermitteln.⁶ Da Einwanderer der ersten Generation in der Regel nicht zur vermögenden Erbgeneration gehören, nimmt der Kauf von Immobilien eine

⁶Georg Kiesinger (CDU), baden-württembergischer Ministerpräsident zur Zeit der Anwerbung türkischer Arbeitsmigranten in der BRD, meinte hierzu: „Ein möglichst breitgestreutes Eigentum ist die beste Voraussetzung für eine freie eigenverantwortliche Lebensgestaltung und für den Schutz und für das Gedeihen gesunder Familien.“ (Kiesinger, 1964, S. 24).

bedeutende Rolle ein. Es existiert der weit verbreitete Wunsch nach Erwerb von Grund und Boden in Deutschland⁷ aber auch nach Erwerb von Wohneigentum als augenfälligem Erfolgsnachweis.⁸

Inzwischen wurden Teile der Türkeistämmigen der zweiten und dritten Zuwanderergeneration in der BRD zur Erbgeneration für Immobilien, die ihre Eltern und Verwandten in der Türkei gekauft oder gebaut haben.⁹ Sie erben zwar seltener größere Geldvermögen, dafür eher Immobilien sowohl in der Türkei als auch in der BRD.¹⁰ Aufgrund der sozioökonomischen Lage der Eltern und Großeltern öffnet sich für türkeistämmige Kinder und Jugendliche die innerethnische Wohlstandsschere immer weiter.

Bei der „Ressource Haus“ geht es um mehr als um irgendeine knappe Ressource. Die Themen „Häuserkauf durch Türken“ und „türkische Nachbarn im Stadtteil“ stellen laut Jörg Hüttermann (2000) Grenzverschiebungen und kippende Rangordnungen im öffentlichen Nahraum dar und definieren das Verhältnis zwischen deutschstämmigen Alteingesessenen (Autochthonen) und Fremden (Allochthonen) türkischer Herkunft neu. Die ehemaligen „Gastarbeiter“ der Wirtschaftswunderjahre werden zu Haus- und Wohnungsbesitzern oder zu Vermietern und Geschäftsleuten und damit einhergehend werden aus ehemaligen Außenseitern Etablierte und aus Etablierten Außenseiter (vgl. Hüttermann, 2000, S. 282). Vor allem der Eigentumswechsel im Mietsektor verändert die Rangordnung im Stadtteil und wird als „Revolution der eingelebten Status- und Machtordnung“ erfahren, dabei liegt die Verschränkung von Ressourcen- und Rangordnungskonflikten auf der Hand (ebd.).

Die weitverbreiteten Konfliktfigurationen zwischen Mietern und Vermietern – wobei bisher in der BRD zumeist die Vermieter Deutsche waren – erweitert sich nun um Konflikte zwischen türkeistämmigen Vermietern und deutschen Mietern. Dies kann zukünftig weitere, bisher noch unbekannte ethnische Konflikttatbestände bedeuten, insbesondere dann, wenn sich der Anteil der Autochthonen auf ein Minderheitenniveau verringert und sich infolge dessen allmählich die Besitzverhältnisse auf dem Immobilienmarkt verändern. Als Immobilienbesitzer weicht der Außenseiter nicht nur nicht aus, sondern er etabliert sich unverrückbar im Zentrum der lokalen Öffentlichkeit. Der Fremde dringt mit seinem irritierenden Fremdsein in die Nähe des Eigenen (ebd.).

Die steigende Zahl von Angehörigen einer Minorität führt auch zu mehr Einrichtungen der Minorität (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 74). Mit jedem neuen Geschäft oder Gasthaus, das seine eigenen Zeichen und Grenzmarkierungen setzt (u.a. in Form von rein türkischen Werbetexten, Warenauslagen, Musik), wird das eingelebte identitätsverbürgende Statusgefüge der Etablierten wieder infrage gestellt. Der neu Hinzugekommene, der Außenseiter, stellt

⁷Bei einer Befragung in der Türkei im Auftrag der Tageszeitung HÜRRIYET (2009) gaben 73% der rund 6.500 befragten Türken an, sie möchten nicht, dass Grundeigentum in der Türkei an Ausländer verkauft wird (vgl. Kalnoky, 2009).

⁸Die Eigentümerquote von ausländischen Haushalten ist zwischen 1998 und 2006 um 10% angestiegen (vgl. BMAS, 2008, S. 111).

⁹In der BRD bilden die Ostdeutschen und nicht die ausländische Bevölkerung das Schlusslicht als Erben. Die Bildung von Privateigentum in der Wohnungswirtschaft widersprach den Systemprinzipien in der DDR und war deshalb unerwünscht. Daraus ableitend erklärt sich das fehlende zu vererbende Finanz- und Immobilienvermögen der Bewohner der ehemaligen DDR (vgl. Nave-Herz, 2007, S. 509).

¹⁰Im Durchschnitt erben 9% der Ausländer in Deutschland über 100.000 EURO, bei den Westdeutschen sind es 27% und bei den Ostdeutschen 5% (vgl. Nave-Herz, 2007, S. 508).

damit den althergebrachten, Sicherheit und Vertrautheit verbürgenden Einklang zwischen physischer und psychischer Distanz und damit das Ingroup-Gefühl in Frage. Überdies sind in Konfliktfällen die fremden Nachbarn – anders als die alteingesessenen deutschen Bewohner – in der Lage, kurzfristig überlegene Gefolgschaft zu mobilisieren (vgl. Hüttermann, 2000, S. 276).

Die Alteingesessenen sind bei einer sich abzeichnenden Umkehrung des Statusgefüges und den Grenzverschiebungen in der lokalen Öffentlichkeit tief verunsichert. Kennedy/Silverman (1995) belegen einen empirischen Zusammenhang von sozialer Mischung und Kriminalitätsfurcht: Ist die wahrgenommene soziale Mischung (einschließlich der ethnischen) hoch, so führt dies zu einer Unsicherheit über die Umgebung, diese schlägt sich in hoher Kriminalitätsfurcht nieder (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 71)/(vgl. Elias u. Scotson, 1993). Es entstehen sich umkehrende Etablierten-Außenseiter-Figurationen.

Wenn Migranten das Statusgefüge in einem Stadtteil umkehren, so bedeutet dies nicht automatisch, dass sie in der gesamtgesellschaftlichen Rangordnung aufsteigen beziehungsweise ihre Unterschichtung überwinden. Soziale Gruppen, die sozial benachteiligte Stadtteile dominieren, aber gleichzeitig soziale Aufstiegsressourcen (wie z.B. Bildungstitel) ignorieren oder verpassen, bleiben auf lange Sicht an ihre gesellschaftliche Randstellung gebunden (vgl. Hüttermann, 2006, S. 14).

5.6 Die „Entmischung“ der multikulturellen Nachbarschaft

Während in der vorindustriellen Bürgerstadt die spezifische räumliche Verteilung der ständischen Sozialordnung der verschiedenen sozialen Gruppen entsprach, ist heute vor allem in den Großstädten eine zunehmende soziale Entmischung und Wohnverteilung nach sozialer Zugehörigkeit festzustellen (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 18). Vor allem der verstärkte Zuzug von Fremden wird von den Alteingesessenen oftmals als Bedrohung der eingebürgerten Lebensweise erlebt. Die daraus resultierende soziale und kulturelle Verunsicherung wird mit der Schließung sozialer Kreise beantwortet (vgl. Schäfers, 2006, S. 307).

Untersuchungen belegen, dass es im Mikrokosmos eines Stadtteils eine Grenze gibt, ab welcher der Fremde als Nachbar nicht mehr akzeptiert, also zum Fremden im Negativsinn wird. In einer Studie wurde gefragt, bei welchem Schwellenwert („tipping point“) hinsichtlich des spezifischen Ausländeranteils in Prozent innerhalb der Nachbarschaft die Befragten sich überlegen würden, aus ihrer Wohngegend wegzuziehen. 38% der Befragten gaben an, dass sie dies erst bei einer hundertprozentigen Belegung durch Ausländer tun würden. Zur realitätsgerechten Perzeption des Ausländeranteils befragt, für wie groß sie den Ausländeranteil in Prozent in ihrem Stadtteil halten, überschätzten 64,2% der deutschen Anwohner deutlich den faktischen Ausländeranteil in ihrem Stadtteil (vgl. Lüdemann, 2001, S. 555). Vorstellbar wäre, dass sich eventuell Effekte sozialer Erwünschtheit in den Angaben niedergeschlagen hatten, wobei die Befragten mit der Angabe eines hohen Schwellenwertes Liberalität und Toleranz im Umgang mit Ausländern signalisieren wollten.

Es hat sich bisher gezeigt, dass ein Anteil von 10% bis 15% an Fremden in einer Straße oder in einem Wohnviertel kaum bis keine Schwierigkeit für deren Integration darstellt. Erhöht sich allerdings dieser Anteil auf deutlich über 20%, ist zu beobachten, dass die ersten Anwohner – vor allem Normalverdiener, die nicht von staatlicher Unterstützung leben – wegziehen (vgl. Schäfers, 2002, S. 16)/siehe hierzu auch „Change without Conflict“ (Mayer, 1960). Eine hohe Fluktuation der Bewohner fördert gleichzeitig auch nachbarschaftliche Anonymität und Gleichgültigkeit (vgl. Heinemann, 2000, S. 194).

Die soziale Mischung in einem Wohngebiet wirkt sich auf die intra- und interethnischen Kontakte aus: Die Kontakte von ethnischen Minoritäten zur Majorität sind dabei umso niedriger, je größer der Anteil der ethnischen Minorität im Wohngebiet ist. Die intraethnischen Kontakte erhöhen sich und die interethnischen nehmen ab (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 73). Hierbei zeigen sich die Türken am stärksten auf die eigene Gruppe hin orientiert.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern zeigt sich, dass der Widerstand der oberen Schichten gegen den sozialen Abstieg ihrer Kinder stärker ausgeprägt ist als der Wille der unteren Schichten zum sozialen Aufstieg (vgl. Geißler, 2002, S. 357). Vor allem bessergestellte Milieus vermeiden eventuelle Störungen durch kulturelle Differenzen in ihren Wohngebieten.¹¹

¹¹Hierzu zählt auch das Phänomen „NIMBY“ (**N**ot **I**n **M**y **B**ack**Y**ard), bei dem Anwohner unter anderem die Ansiedlung von marginalisierten und diskriminierten Gruppen verhindern um ethnische und soziale Probleme nicht im unmittelbaren Umfeld erleben zu müssen.

Viele Eltern, die es sich leisten können, ziehen spätestens zur Einschulung ihrer Kinder in die besseren Viertel um oder bringen ihre Kinder an Schulen außerhalb ihres Wohnviertels unter (vgl. Neubacher u. Schmidt, 2008, S. 30)/(vgl. Luft, 2003, S. 35)/(vgl. Friedrichs u. Blasius, 2001, S. 48).

Nach Einschätzung von Jürgen Friedrichs/Sascha Triemer (2008) ist in Deutschland eine Entmischung bislang sozial gemischter Wohngegenden zu erwarten (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 18).

Insbesondere die deutsche Elite koppelt sich auch territorial vom Rest der Gesellschaft ab; Hartmut Häußermann spricht von „Statuspanik“ (vgl. Neubacher u. Schmidt, 2008, S. 30). Die neuen Eliten unter den Migranten bevorzugen ebenfalls ein Leben in segregierten d.h. homogenen Vierteln, weil dies laut Heitmeyer (1998) unter anderem auch politische Formierungsaktivitäten begünstigt (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 450).

Durch die zunehmende Schaffung von Gated Communities entsteht in Deutschland eine neue Dimension formalisierter sozialer Kontrolle, beispielsweise mit einer per Schlagbaum gegenüber der restlichen Bevölkerung abgetrennten Straße. In beinahe allen deutschen Großstädten entstehen derzeit solche Wohneinheiten für Gutsituierte.

6 Der Angstraum Stadt

6.1 Soziale Normen und nachbarschaftliche Kontrollprozesse

„Die Einheit des ganzen gesellschaftlichen Prozesses ist auch die Einheit des Einzelnen, und die gesellschaftliche Kontrolle über den Einzelnen liegt in diesem gemeinsamen Prozeß, der den Einzelnen in seiner spezifischen Funktion differenziert, während er gleichzeitig dessen Reaktion kontrolliert. Es ist die Fähigkeit des Menschen, sich in die Lage anderer Menschen hineinzuversetzen, die ihm Hinweise bezüglich dessen gibt, was er in einer speziellen Situation zu tun hat. Dadurch wird er ein Mitglied der Gemeinschaft, dadurch erhält er aus der Sicht der Politik seinen Status als Bürger. Dies macht ihn zu einem Teil der Gemeinschaft, und er sieht sich als ihr Mitglied, weil er die Haltung eines der Betroffenen einnimmt und sein eigenes Verhalten mit Hilfe von gemeinsamen Haltungen kontrolliert.“ (Mead, 1975, S. 317).

Nachbarschaft ist eine soziale Gruppe, deren Mitglieder primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes miteinander interagieren (vgl. Hamm, 2003, S. 249). Trotz eines erheblichen Funktionswandels ist Nachbarschaft auch in der modernen Großstadt unentbehrlich und erweist sich auch heute noch einflussreich auf das Normenlernen innerhalb einer Gesellschaft. Sie ist eine Basis symbolischer Ortsbezogenheit und Heimat (ebd.), wobei die informelle soziale nachbarschaftliche Kontrolle einen der Eckpfeiler für das sichere Zusammenleben darstellt. Nothilfe, soziale Kontrolle¹, Kommunikation und Sozialisation bleiben wichtige Funktionen, auch wenn sie nach Schichtzugehörigkeit, Stellung im Familienzyklus, Mobilität und ethnisch-kulturellem Hintergrund auf höchst unterschiedliche Weise in Anspruch genommen werden. Soziale Normen verlangen, dass zumindest eine latente Bereitschaft besteht, solche Funktionen unter Nachbarn wahrzunehmen; dabei hängt es laut Hamm (2003) von aktuellen Bedürfnislagen, von Homogenität oder Heterogenität der Haushalte und von der geforderten Gleichwertigkeit ausgetauschter Leistungen ab, ob und in welchem Maße sie eingefordert bzw. genutzt werden (ebd.).

Nachbarschaften stellen einen bestimmten Figurationstyp dar. Die angewandten sozialen Kontrollprozesse² zielen hier erstrangig darauf ab, zu verhindern, dass Desintegration z.B. durch Tabubrüche³ oder abweichendes Verhalten überhandnimmt und dadurch die Existenz des Systems gefährdet (vgl. Peuckert u. Scherr, 2003, S. 154). Insbesondere in homogenen Einheiten

¹Soziale Kontrolle: „Alle Strukturen, Prozesse und Mechanismen, mit deren Hilfe eine Gesellschaft oder soziale Gruppe versucht, ihre Mitglieder dazu zu bringen, ihren Normen Folge zu leisten.“ [...] „Soziale Kontrolle ist ein zentraler Bestandteil aller Prozesse der sozialen Integration. Sie bezeichnet nicht nur den sozialen Druck, der von der Umwelt in Form negativer Sanktionierung von Normverletzungen ausgeht (äußere s.K.), sondern auch die im Verlauf des Sozialisationsprozesses erfolgte Verlagerung der sozialen Kontrolle in das Persönlichkeitssystem oder Gewissen (innere s.K.).“ (Peuckert, 2003b, S. 194).

²Soziale Kontrolle soll der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung dienen. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass gesellschaftliche Werte gegebenenfalls die Interessen einer herrschenden Klasse oder Gruppe widerspiegeln und auf eine Absicherung deren spezifischer Interessen zielen kann. Soziale Kontrolle kann somit auch als ein subtiler Disziplinierungsprozess verstanden werden. Allen Maßnahmen sozialer Kontrolle ist gemeinsam, dass sie die Bandbreite menschlichen Verhaltens auf Typen von sozial erwünschtem Sozialcharakter einzuschränken versuchen (vgl. Peuckert, 2003b, S. 195).

³Tabus und ihre strikte Befolgung sind symptomatisch für das hohe Maß an Kontrolle, das eine gut integrierte Gruppe auf ihre Mitglieder auszuüben vermag. In jeder Gruppe mit einer hochgradigen Kohäsion ist die interne Gruppenmeinung ein regulativer Faktor, der das Empfinden und Verhalten ihrer Mitglieder nachhaltig beeinflusst (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 39). Hierzu gehört auch die Statusminderung bei Tabubruch.

wird auf jede Abweichung mit Konformitätsdruck reagiert. Dieser steigt umso mehr, je weniger Chancen auf einen Wohnortwechsel vorhanden sind (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 450).

Je kleiner ein Kreis ist, je beschränkter die grenzlösenden Beziehungen zu anderen, desto ängstlicher wachen die Gruppenangehörigen in Form sozialer Kontrolle über die Leistungen, die Lebensführung bis hin zur Gesinnung des einzelnen Individuums (vgl. Simmel, 2006, S. 28). Der nachbarlichen Kommunikation und wechselseitigen Hilfe entspricht in der Regel auch die nachbarlich-wechselseitige Kontrolle (vgl. von Krockow, 1971, S. 26).

Laut einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (2010) rangieren Türkeistämmige als Nachbarn auf dem letzten Rang der Beliebtheitskala junger Deutscher. Christian Pfeiffer geht davon aus, dass möglicherweise schlechte Erfahrungen deutscher Jugendlicher mit türkischen Altersgenossen zu diesem Ergebnis beigetragen haben oder dass die Jugendlichen bei der Befürwortung oder Ablehnung verschiedener Gruppen als Nachbarn in hohem Maße von Gefühlen kultureller Fremdheit beziehungsweise kultureller Nähe geprägt sind (vgl. Baier u. a., 2010, S. 66).

Großstädter erweisen sich stärker familienorientiert und weniger nachbarschaftlich orientiert (vgl. Herlyn, 2003, S. 377), während das Dorfleben eher durch Nachbarschaftlichkeit gekennzeichnet ist. Soziale Kontrolle ist auf dem Dorf nach wie vor leichter möglich, auch wenn abweichendes Verhalten eher subtil sanktioniert wird.⁴

Form und Intensität nachbarschaftlicher Kontakte haben in der Regel auch strukturelle Ursachen (u.a. soziale Segregation); so sind Nachbarn, im Gegensatz zu Angehörigen des Verkehrskreises, üblicherweise nicht frei wählbar. Enge nachbarschaftliche Beziehungen bedeuten auch intensive soziale Kontrolle. Es muss also stets eine Balance zwischen der Sicherung nachbarschaftlicher Funktionen und sozialer Distanz bestehen.

Innerhalb von Primärgruppen als face-to-face-society wie z.B. der Nachbarschaft herrscht prinzipiell ein hoher Assimilationsdruck. So kann aufgrund der relativ stabilen, engen persönlichen Beziehungen der Gruppenmitglieder, der Überschaubarkeit der Gruppe und der gemeinsamen Normen, Werte und Gewohnheiten leichter ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt werden als in größeren sozialen Gebilden (vgl. Peuckert u. Scherr, 2003, S. 154).

Normen und Werte im sozialen Zusammenleben müssen sowohl zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und den Zuwanderern als auch zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen immer wieder neu ausgehandelt werden. Dabei werden oftmals sozialstrukturelle Probleme in kulturelle, identifikatorische oder auch ethnozentrische Probleme umgedeutet (vgl. Dittrich, 1991, S. 121).

Kulturstandards legen in einer Gesellschaft eine Vorstellung jener Normen und Toleranz fest, mit der ein bestimmtes Verhalten allgemein akzeptiert wird.⁵ Bewegt sich das Verhalten von

⁴Als veranschaulichendes Beispiel für die Wirksamkeit informeller sozialer Kontrolle kann das kleine schwäbische Dorf herangezogen werden, wo die Norm der Arbeitsamkeit über das rechtzeitige Öffnen der Fensterläden am Morgen symbolisch zur Durchsetzung gelangt. Dies gilt ebenso für die in Baden-Württemberg typische „Kehrwoche“, die bis samstags erledigt zu sein hat (vgl. Otte u. Baur, 2008, S. 97).

⁵In der Schamkultur (shame culture) vornehmlich des nahen und fernen Ostens werden Fremdwänge in Form von Gruppenzwang zu Selbstzwängen. Die öffentliche Wertschätzung gilt als höchstes Gut und was als Unrecht empfunden werden muss, richtet sich nach der Meinung des Umfeldes. Ein Vergehen, das niemand bemerkt, ist kein Grund zum Schämen. In der westlichen Schuldkultur (guilt culture) ist das Individuum

Mitgliedern einer Kultur außerhalb des Bereiches der Toleranz, müssen diese mit Reaktionen der Beurteilung, Ablehnung, Regulierung und Sanktionen rechnen. Insofern sind die meisten Standards keine strikten Normen, sondern eher ungefähre Erwartungen von Regeln und Gewohntem (vgl. Wildung, 2006, S. 3).

In modernen kapitalistischen Gesellschaften lässt sich ein tendenzieller Rückgang strafender Formen der sozialen Kontrolle beobachten. Gleichzeitig nehmen präventive Strategien (z.B. Techniken der inneren Disziplinierung als weiche Form der sozialen Kontrolle) zu. Normabweichungen werden heute immer häufiger als Symptome individueller Unmündigkeit und fehlgeschlagener Sozialisation angesehen. Dadurch wird die Rolle des Kriminellen in die des Kranken umdefiniert (medicalization of deviance) (vgl. Peuckert, 2003b, S. 195).

Charakteristisch für die Gegenwartsgesellschaft ist eine ambivalente Form der Kontrolle, die Kombination von Freisetzung und Bindung als Voraussetzung und Folge einer immer komplexeren Gesellschaftsstruktur. Die Kontrollformen haben sich qualitativ verändert, indem sie zunehmend abstrakter und unpersönlicher werden (z.B. Kameras statt Polizisten auf Fußstreife).

Mit dem Rückgang der Autorität beispielsweise in Form von Kontrollmöglichkeit, die eine Person über eine andere ausgeübt, lässt auch gleichzeitig das persönliche Interesse nach, d.h. in dem Maße, wie Gleichheit und Freiheit größer werden, wird die Gesellschaft unpersönlicher und kälter (vgl. Coleman, 1986, S. 172). „Jeder möchte, dass sich die anderen kooperativ verhalten, doch jeder hat auch einen Anreiz, individuell von Kooperation abzuweichen und keinen Beitrag zur Herstellung des kollektiven Gutes zu leisten.“ (Rauhut u. Krumpal, 2008, S. 382).

In vielen westlichen Industrienationen zeigt sich eine immer schärfer und feiner justierte Kontrollkultur, dazu gehören ausgebaute Kameraüberwachungssysteme sowie eine höhere Akzeptanz und Durchsetzung von Nachbarschaftskontrollen (ebd.). In einer Analyse zur Duldungsbereitschaft sozialer Kontrollen in Nachbarschaften konnte gezeigt werden, dass das nachbarschaftliche Kontrollniveau starken Einfluss auf die vorhandene Kriminalität und die Einhaltung sozialer Normen hat. Es wurde deutlich, dass bei steigenden Kosten selbst stark normorientierte ebenso wie auch sehr furchtsame und stark autoritär eingestellte Akteure immer weniger bereit sind, soziale Kontrollen zu ertragen, wenn die persönlichen Kosten dieser sozialen Kontrollen steigen (Rauhut u. Krumpal, 2008).

Je individueller eine Gesellschaft ist, desto weniger sind gemeinsame Vorstellungen darüber vorhanden, wie ein erwünschter Gesellschaftszustand gestaltet sein soll. Gültig und damit negativ sanktionierbar ist oft nur noch die Rechtsnorm der Gesellschaft (ebd.).

bezüglich dessen, was von ihm als Unrecht empfunden wird, in erster Linie gegenüber seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Die Nihilierung einer möglichen Schuld ist dadurch erschwert (vgl. Benedict, 2006).

6.2 Angsträume und Sicherheitsbedürfnis

„Raum“ erweist sich als genuin sozial bestimmtes und sozial wirksames Phänomen. Er zählt neben Zeit zu den Grundvoraussetzungen aller sozialen Vorgänge. Raum wird aufgrund der spezifischen Nutzung, also erst durch das Handeln, als solcher definiert und in sozialen Prozessen auf bestimmte Zwecke hin hergestellt (vgl. Hamm, 2002, S. 437). Zum Offenhalten städtischer Räume gehört, dass sie angstfrei genutzt werden können. Wird jedoch aus Furcht vor Gefahr die Handlungsoption „Meidung“ respektive „nicht Nutzung“ eines (öffentlichen) Raumes gewählt, so definiert der Betroffene diesen (öffentlichen) Raum als persönlichen Angstraum. Eine lebendige Stadtkultur setzt eine funktionierende städtische Öffentlichkeit⁶ voraus, d.h. Angebote für Verhaltensmöglichkeiten auf relativ engem Raum, die die Vielfalt der städtischen Lebenswelt sichtbar machen (vgl. Schäfers, 1988, S. 104).

Das Bedürfnis nach Sicherheit (z.B. in Form von Wohnung, festem Arbeitsplatz, Gesetzen, Ordnung, Religion und Lebensplanung) zählt nach Abraham H. Maslow (1943) zu den Grundbedürfnissen (vgl. Berkel, 1983, S. 151). Der Wert der Sicherheit wird in der deutschen Bevölkerung höher eingeschätzt als die daraus resultierenden Zwangselemente wie beispielsweise Beitragszwang, Versicherungszwang und Kontrollen, die die Beschränkung der persönlichen Freiheit implizieren. Darüber hinaus sieht Wolfgang Zapf (2002) den deutschen Wohlfahrtsstaat in einer Tradition, in der das Ziel der Sicherheit immer eine größere Rolle gespielt hat als das der Gleichheit (vgl. Müller, 2002, S. 66). Sicherheit bedeutet zunehmend nicht nur Absicherung für Leib und Leben, sondern auch Sicherung in Bezug auf psychische und personale Stabilisierung.

Die (insbesondere von Frauen wahrgenommenen) städtebaulichen Angsträume sind unter anderem durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

Formelle und informelle soziale Kontrollen fehlen weitgehend. Die Orte sind unüberschaubar, einzelne Bereiche sind nicht einsehbar. Es bestehen Versteckmöglichkeiten, beispielsweise durch eine Randbepflanzung von Bürgersteigen und Wegen. Die Beleuchtung ist mangelhaft, defekt oder fehlt ganz; dunkle Anstriche verhindern die Grundhelligkeit. Im direkten Umfeld existieren Dunkelzonen. In typischen Unsicherheitsbereichen, etwa Tiefgaragen, mangelt es an technischen Sicherheitsanlagen (z. B. Notrufsäulen und Videoanlagen). Es fehlen zumindest während der Abend- und Nachtstunden Erdgeschossnutzungen. Die Außenanlagen sind vandalisiert oder insgesamt verwahrlost (vgl. Kube, 2003, S. 67).

Zwar ist die Nacht auch nicht katastrophenträchtiger als der Tag, trotzdem steht nach Auffassung von Werner Prahl (2002) zu erwarten, dass nächtliche Städte in Zukunft immer weniger Sicherheit bieten und schon heute erhebliche Ängste artikuliert werden (vgl. Prahl, 2002, S. 130). Das bedeutet, dass besonders die nächtliche Stadt zum Angstraum werden kann.

⁶Öffentlichkeit bezeichnet ein Prinzip des allgemeinen Zugangs (z.B. zu Versammlungen, aber auch Örtlichkeiten) und den Grundsatz der Publizität als Voraussetzung der Transparenz bei Angelegenheiten von allgemeinem („öffentlichem“) Interesse sowie die Gesamtheit der zum öffentlichen Diskurs versammelten beziehungsweise angesprochenen Menschen (das Publikum) als auch eine Methode der Aufklärung (Öffentlichkeit als kritisches Forum, so z.B. bei Immanuel Kant) und damit der Freiheitssicherung der Bürger als letztendlich auch als politische Öffentlichkeit ein Strukturprinzip moderner Demokratien und als politische Öffentlichkeit ein Medium der Kontrolle von Herrschaft (vgl. Schäfers, 2003b, S. 259).

Angsträume sind auch Orte des (halb-)öffentlichen Raumes, an denen potenzielle Opfer Angst vor Bedrohung oder Gewalt (beispielsweise durch deutsche Rechtsextremisten oder türkisch-nationale Rechtsextremisten) haben müssen, und die deshalb gar nicht oder mit Vorsicht und Angst betreten werden. Sie können über längere Zeit existieren oder situativ und temporär sein. Ein Angstraum kann in diesem Zusammenhang ein bekannter Treffpunkt extremistisch Orientierter sein oder auch ein von Menschen stark frequentierter Ort, an dem eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, auf Extremisten zu treffen (vgl. AAS, 2008).

Verfestigte Angsträume sind für Gruppenfremde vor allem solche Gegenden, in denen extremistische Aktivisten leben und wohnen oder Räume existieren, die von Extremisten frequentiert oder betrieben werden (ebd.).

Häufig bezieht sich die Angst auch auf Situationen wie zum Beispiel das Zusammentreffen mit Personen, die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes als extremistisch(-orientiert) eingestuft werden (ebd.). Für die Entstehung eines Angstraumes genügen ein auslösendes Bedrohungs- oder Gewalterlebnis und dessen Kommunikation an andere potenzielle Opfer. Die Präsenz einer provokativ auftretenden, als extremistisch wahrgenommenen Clique reicht oft schon aus, um das Betreten eines solchen Ortes als Risiko zu empfinden. So kann jeder Ort in einem Sozialraum zum persönlichen Angstraum werden (ebd.).

Zwischen der Etablierung eines Ortes als Angstraum und von deutschen oder ausländischen Rechtsextremisten verübten Straftaten besteht kein notwendiger Zusammenhang, denn deren Drohpraxis, Beleidigungen oder auch Beschimpfungen sind nicht immer strafrechtlich verfolgbar. Die wechselseitige Aufmerksamkeit füreinander ist ein Grundelement des sozialen Lebens. Werden unzivilisierte oder provozierende Verhaltensweisen im öffentlichen Raum nur in Ausnahmefällen kritisiert, so kann dies für das Zusammenleben negative Folgen haben (vgl. Schäfers, 2006, S. 304). Das gesellschaftliche Klima in einem Sozialraum, das Alltagsbewusstsein der Mehrheitsbevölkerung sowie die Reaktionen öffentlicher Institutionen haben entscheidenden Einfluss darauf, ob ein Angstraum über einen längeren Zeitraum bestehen bleibt. Eine spürbare Ablehnung oder auch bereits die Einschätzung Betroffener, in Bedrohungssituationen keine Hilfe von Umstehenden zu erhalten, begünstigen die Entstehung und Verfestigung von Angsträumen (vgl. AAS, 2008).

Das Zusammenfallen von Individual- und Kollektivinteresse des kollektiven Gutes⁷ „öffentliche Sicherheit“ zeigt sich häufig in Stadtteilen mit Mittelschichtwohngebieten, wo Belastungen und der Bedarf an sozialer Unterstützung relativ gering sind. Hier besteht hinsichtlich interventionsbedürftiger Situationen eine besonders niedrige Toleranzschwelle zur Anrufung der Polizei. Gegenüber der Instanz Polizei werden selbst dann Beschwerden artikuliert, wenn deren Kriminalitätswert niedrig und fraglich bleibt (vgl. Hanak u. Pilgram, 2004, S. 10).

Angsträume im öffentlichen Raum beeinträchtigen die persönliche Bewegungsfreiheit der Bevölkerung. Diese Einschränkung von Grundrechten, die latente oder offene Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit in Teilen des öffentlichen Raumes, sind in einer demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar (vgl. AAS, 2008). Aus dieser Perspektive kann der Umgang mit Angsträumen auch als ein Gradmesser lokaler demokratischer Kultur gesehen werden (ebd.).

⁷Kollektive Güter sind solche Güter, deren Konsum nicht die Menge des vorhandenen Gutes reduziert und von dessen Konsum auch niemand ausgeschlossen werden kann (vgl. Rauhut u. Krumpal, 2008, S. 382).

6.3 Wahrnehmung von Angsträumen

Der Mensch als Unterschiedswesen verfügt über ein Bewusstsein, das durch den Unterschied des augenblicklichen Eindrucks gegenüber dem vorhergehenden angeregt wird (vgl. Simmel, 2006, S. 9). Wahrnehmung ist ein Aspekt des Handelns, welcher nicht unmittelbar, sondern durch die von den Individuen eingebrachten Voraussetzungen wie Bildung, Sozialisation und Handlungsmotivation vorstrukturiert wird (vgl. Schäfers, 2003a, S. 30).

Im Laufe der Sozialisation lernen und übernehmen wir eine Reihe von Verhaltensweisen und auch bestimmte Muster von Einschätzungen. Neigen Bezugspersonen dazu, bestimmte Lebensumstände oder gesellschaftliche Entwicklungen generell negativ einzuschätzen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Kinder diese Einschätzungsmuster übernehmen und mit diffusen Angstgefühlen reagieren (vgl. Grimm, 2008).

Prinzipiell unterliegt die Wahrnehmung einem Aussonderungsprozess: Aus der Vielzahl des Wahrnehmbaren muss ausgewählt werden. Tatsächlich ist die Wahrnehmung der umgebenden Welt ein hoch selektiver, konstruktiver Vorgang und kein Prozess, der für alle Menschen gleich abläuft, sondern ist von einem „Wahrnehmungsschema“ geprägt. Hierbei werden nach Erkenntnissen von Martina Löw (2007) Dinge und die „Zwischenräume zwischen Dingen“ wahrgenommen (vgl. Löw, 2007, S. 195).

In der Wahrnehmung verdichten sich die Eindrücke zu einem Prozess, bei dem z.B. andere Menschen durch ihre Außenwirkung die Betroffenen beeinflussen, was sich wiederum auf die Wahrnehmung auswirkt. Dadurch ist die alltägliche Konstitution von Raum an Wahrnehmungsprozesse gebunden (ebd.).

Die Forschung belegt, dass Emotionen durch Einschätzungen und Bewertungen entstehen. Angst entsteht beispielsweise dann, wenn wir Ereignisse erwarten, die vermutlich unerwünschte Folgen für uns haben. Bei der Entstehung von Angsträumen spielt nicht nur das eigene Erleben, die Furcht oder die eigene Wahrnehmung eine Rolle, sondern auch das Erleben, die Ängste und die Wahrnehmung anderer Personen, die ihre Erfahrungen und Ängste weitergeben.

In diesem Zusammenhang zeigt sich das Internet als Informationsmedium bezüglich entsprechenden Angstraumwahrnehmungen als nicht unerheblich, da der erreichbare Personenkreis stark ausgeweitet ist und die verbreiteten Angaben und Informationen so gut wie keiner Kontrolle unterliegen.

6.4 Die Broken-Windows-Theorie

Vor allem in Großstädten stellen Gewaltdelikte wie Raub, Tötung und Körperverletzung ein zunehmendes Problem dar. Manuel Eisner (1997) wertet diese Entwicklung der Gewaltproblematik als Folge einer urbanen Krise, die sich unter anderem in der Abwanderung von Mittelschichtfamilien, der Entstehung von Randgruppenmilieus, der Konzentration von Drogenszenen und in ansteigender Armut und Arbeitslosigkeit äußert (vgl. Eisner, 1997).

Die von Edwin Kube (2003) gestellte Frage, ob „die Unwirtlichkeit unserer Städte“ Kriminalität fördert, zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Bildung von Angsträumen evident. Es besteht entsprechend der Broken-Windows-Theorie⁸ ein sich selbst verstärkender Rückkopplungseffekt zwischen abweichendem Verhalten bzw. Kriminalität, Kriminalitätsfurcht, Rückzug der Bevölkerung und informeller Kontrolle.⁹ Die Bevölkerungsstruktur einer bestimmten Gegend wird durch diesen Zusammenhang weiter zu Ungunsten einer sozial stabilen Nachbarschaft verändert. Das Stadtviertel wirkt insgesamt kriminogen.¹⁰ Wenn das Niveau des wechselseitigen Respekts zurückgeht oder „incivility“ zu beobachten ist, dann entsteht oftmals auch Kriminalitätsfurcht (vgl. Hüttermann, 2000, S. 280).

Persönliche und soziale Frustrationen entladen sich in Konflikten sowie familiärer und nachbarschaftlicher Gewalt. Es folgt eine zunehmende Verwahrlosung und Zerstörung der Wohn- und Spielanlagen; Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie Belästigungen beginnen das öffentliche Erscheinungsbild zu bestimmen. Der Rassismus wächst zwischen den verschiedenen Kulturen, Neid und Missgunst fördern zusätzlich die harten Verteilungskämpfe um die wenigen Ressourcen (vgl. Heinemann, 2000, S. 195). Im Austausch zur vorigen Wohnbevölkerung ziehen nun diverse Randgruppen und sozial Schwache in das Wohngebiet.

Wilson/Kelling (1982) gehen davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit von Entdeckung und Sanktion sowie die Sanktionskosten abweichendes Verhalten beeinflussen können. Um abweichendes und kriminelles Verhalten zu reduzieren, müssen durch entsprechendes Handeln der Polizei Entdeckungs- und Sanktionswahrscheinlichkeit sowie die Sanktionskosten erhöht werden.

Erklärtes Ziel ist die Schaffung eines sozialen Klimas, in dem die öffentliche Ordnung und das Normvertrauen wieder hergestellt sind und sich niemand mehr unsicher fühlt. Offenbar

⁸Die Broken-Windows-Theorie von James Q. Wilson/George L. Kelling (1982) bildet das Fundament der Zero-Tolerance-Strategy. Diese sieht unter anderem vor, aus Gründen der Kriminalprävention frühzeitig und rigoros auch gegen Bagatelldelikte und kleinste Ordnungswidrigkeiten vorzugehen und dabei keine Toleranz zu zeigen.

⁹„But many residents will think that crime, especially violent crime, is on the rise, and they will modify their behavior accordingly. They will use the streets less often, and when on the streets will stay apart from their fellows, moving with averted eyes, silent lips, and hurried steps. Don't get involved. For some residents, this growing atomization will matter little, because the neighborhood is not *their home* but *the place where they live*.“ (Wilson u. Kelling, 1982, S. 3) [Hervorhebung im Original].

¹⁰„A stable neighborhood of families who care for their homes, mind each other's children, and confidently frown on unwanted intruders can change, in a few years or even a few months, to an inhospitable and frightening jungle. A piece of property is abandoned, weeds grow up, a window is smashed. [...] Families move out, unattached adults move in. [...] Fights occur. Litter accumulates. [...] At this point it is not inevitable that serious crime will flourish or violent attacks on strangers will occur.“ (Wilson u. Kelling, 1982, S. 3).

beeinflussen sichtbare Polizeipräsenz durch vermehrte Fußstreifen¹¹ sowie das Ausmaß informeller sozialer Kontrolle einerseits und Disorder/Incivilities im Sinne öffentlicher Unordnung andererseits das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht (vgl. Kube, 2003, S. 65). Personen, die das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung beeinträchtigen, können durch staatliche Sicherheitskräfte direkt in die Schranken verwiesen werden.

Angsträume stellen sich entsprechend der Broken-Windows-Theorie als beeinflussbare soziale Phänomene dar.

¹¹ „Residents of the foot-patrolled neighborhoods seemed to feel more secure than persons in other areas, tended to believe that crime had been reduced, and seemed to take fewer steps to protect themselves from crime (staying at home with the doors locked, for example). Moreover, citizens in the foot patrol areas had a more favorable opinion of the police than did those living elsewhere [...]“ (Wilson u. Kelling, 1982, S. 1).

6.5 Territoriale Kontrollzonen: „National befreite Zonen“ (NBZ)

Der Begriff „befreite Zone“ (später „national befreite Zone“), ist im rechtsextremen Theoriediskurs der Bundesrepublik seit 1990 belegt und geht auf einen Artikel in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift „Einheit und Kampf“ vom September 1990 zurück. Hier werden bereits wesentliche Elemente einer befreiten Zone wie wirtschaftliche Unabhängigkeit und Territorialität erwähnt. Die Überlegungen sind auf eine Verfestigung und Verbesserung der rechtsextremen Strukturen zugeschnitten, wobei die Forderung nach einer Raumeinnahme ausschließlich defensiven Charakter hat und zu einem großen Teil der persönlichen Absicherung dienen soll (vgl. Döring, 2006, S. 180). Der Terminus „befreite Zone“ wird zunächst im Sinne einer überörtlichen Kooperation verwendet. Diese hat das Ziel, gleichgesinnte regional getrennte Initiativen zu vernetzen, engen Kontakt zu halten, einander auszuhelfen sowie vorhandene kommunikative und ökonomische Strukturen auszuweiten (ebd.). Eine ausführliche Diskussion um NBZ fand ab 1999 in der NPD-eigenen monatlichen Zeitung „Deutsche Stimme“ (DS) statt, als verschiedene Autoren begannen, sich zu dieser Thematik zu äußern. Bis Ende 2003 wurden hier 14 entsprechende Artikel veröffentlicht. Dabei berührten sie schwerpunktmäßig die Schaffung von Rückzugsorten, was durch den Ankauf von Liegenschaften und deren Ausbau zu nationalen Zentren erreicht werden soll.

Mit der Herausbildung einer aktionsorientierten rechtsextremen Jugendszene in den frühen 1990er Jahren bekam der öffentliche Raum für Rechtsextreme den Charakter eines Freizeit- und Erlebnisraumes, dessen Nutzung teilweise aggressiv durchgesetzt wurde und wird. Diese Form der Gruppengewalt zielt auf die Entfernung unliebsamer Personen ab, wobei mittels Präsenz, Drohung und Gewalt Zugangskontrollen durchgesetzt werden. Diese sind eine unmittelbare Form der Machtausübung, da sich diese Kontrollen als Resultat von Auseinandersetzungen um lokale Raumgewinne von Rechtsextremen selbst durchsetzen lassen (vgl. Döring, 2006, S. 177). Der öffentliche Raum wird durch die Manifestation eines Herrschaftsgebietes zum Formierungsfeld sozialräumlicher Dominanz, was zu starken Spannungen und Verwerfungen innerhalb der Gesamtgesellschaft führen kann.

Im Jahr 2000 wurde der Terminus „national befreite Zonen“ von der Gesellschaft für Deutsche Sprache zum Unwort des Jahres erklärt. 2001 tauchte er im Schlagwortteil der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) auf. Hier werden „national befreite Zonen“ als freie Räume beschrieben, in denen nur die eigenen Gesetze gelten, in denen Rechtsextreme im Sinne einer Volksgemeinschaft Identität und Geborgenheit fänden und Andersdenkende keinen Zugang hätten (ebd.).

Im öffentlichen politischen Diskurs wird das Phänomen rechtsextrem dominierter Sozialräume unter dem Oberbegriff „national befreite Zonen“ aufgegriffen und als Umsetzung einer von rechtsextremen Kreisen diskutierten Strategie zur Etablierung einer Gegenmacht interpretiert (ebd.). Befreite Zonen werden innerhalb der rechtsextremen Szene territorial als ein Freiraum für Nationalisten verstanden, die darin faktisch eine Macht ausüben, die sich primär gegen politische Konkurrenten richtet. Soziografisch definiert sind befreite Zonen solche Gebiete, „[...] in denen ungestört aufmarschiert und Propagandatätigkeit geleistet werden kann.“ (Döring, 2006, S. 181). Es geht dabei um den Aufbau einer Gegenmacht und einer Gegengesellschaft.

Als Voraussetzung hierfür wird eine räumliche Konzentration Gleichgesinnter und deren Verankerung in das Leben der ansässigen Bevölkerung angesehen (ebd.). Der Begriff „national befreite Zonen“ bezeichnet damit Gebiete, die zwar innerhalb eines Staates liegen, jedoch der Kontrolle durch die Staatsgewalt sukzessiv entzogen werden (vgl. Döring, 2006, S. 182). Seitens der rechten Szene werden „national befreite Zonen“ als Orte definiert, an denen nationale Menschen als Teil der Gemeinschaft respektiert und nicht politisch verfolgt oder ausgegrenzt werden (ebd.). Eine einheitliche Strategie zur Errichtung „national befreiter Zonen“ ist anhand der Diskussion in Publikationen der extremen Rechten nicht erkennbar.

Der bislang früheste identifizierte Tageszeitungsartikel über „national befreite Zonen“ findet sich in der Frankfurter Rundschau (FR) vom 26.02.1997 mit dem Titel „Hitlergrüße hinter der Maske der Biedermänner“ (Autor Ulrich Fichtner), als das Thema in der rechtsextremen Presse bereits seit etwa vier Jahren nicht mehr erwähnt wurde. Ein Beitrag der ARD Sendung Panorama vom 17.09.1998 mit dem Titel „Brauner Terror für den Sieg. Nazis auf Stimmenfang“, der von gewalttätigen rechtsextremistischen Angriffen auf Bürger berichtete, definierte die entsprechende Region als rechtsfreien Raum. „National befreite Zonen“ seien dort, wo die Zivilgesellschaft fehlen würde (vgl. Döring, 2006, S. 195).

Erst 1997, nach der Thematisierung von „national befreiten Zonen“ in den Qualitätsmedien, wurde das Thema auch innerhalb der extremen rechten Szene erneut populär. Die Verbreitung des Begriffs NBZ ist somit nur in sehr geringem Umfang auf die Öffentlichkeitsarbeit rechtsextremer Kreise zurückzuführen, sondern ist viel stärker mit der kritischen Informationsarbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen und der medialen Berichterstattung verbunden.

Das Thema „national befreite Zonen“ wurde demzufolge nicht von rechtsextremen Kreisen nach außen, sondern umgekehrt von der öffentlichen Thematisierung in den Rechtsextremismus reimportiert.

6.6 Territoriale Kontrollzonen: „No-Go-Areas“

Nietzsche sah im Niederhalten aller Konkurrenz die Bedingungen für die volle Entwicklung der Individuen (vgl. Simmel, 2006, S. 8), während für Jean-Jacques Rousseau (1755) die Tatsache, dass man sich der Willkür eines anderen ausgeliefert sehen könnte, das Schlimmste ist, was einem in den Beziehungen zwischen den Menschen widerfahren kann (vgl. Rousseau, 2005, S. 96).

Der soziale Raum ist der Ort des Alltags, ein gesellschaftlicher Mikrokosmos. Er ist der Stadtteil, das Wohnquartier und das Territorium, das topographisch die Lebensmitte der Menschen definiert (vgl. Springer, 1999, S. 59). Soziale Räume stellen jedoch auch ein wesentliches Moment im Kampf um Distinktionsgewinn beziehungsweise bei Rangordnungskonflikten dar. In der Aneignung sowie der Zuteilung und der Verteidigung eines Territoriums kommen fundamentale menschliche Eigenschaften wie Entfaltungsdrang, Selbstbehauptung, Rivalität, Konkurrenz und Selbstdarstellung zum Ausdruck (vgl. Schäfers, 2003a, S. 29).

Die Platzierung von Menschen erfolgt meist in Aushandlung mit anderen Menschen, daher gilt die Inbesitznahme von sozialen Räumen als ein signifikanter Akt der Aggression. Mit der Identitätsrelevanz des Raumes und den je nach Bevölkerungsrelation unterschiedlichen Durchsetzungschancen nimmt die Konflikträchtigkeit zu. Der Stadtraum kann dann zur Ersatzpositionierung für ausbleibende gesellschaftliche Positionierung und Anerkennung werden; er dient zur Überwindung individueller Ohnmachtserfahrung und avanciert in diesem Fall zum kollektiven Kampfgebiet. Durch die Etablierung von No-Go-Areas wird eine Form der territorialen Distanzschaffung und Geltendmachung von Herrschaftsansprüchen spezieller Gruppierungen geschaffen. Das Territorialverhalten stellt dabei eine öffentlich demonstrierte, räumliche Hierarchisierungsform einer Ingroup gegenüber Mitgliedern der Outgroup dar.

In der Regel steht für die Gruppen von zumeist Jugendlichen und Heranwachsenden das Motiv im Vordergrund, territoriale Macht über soziale Räume zu erlangen, wenn sie „ihr“ Stadtviertel gegen Fremde verteidigen und darüber wachen, wer sich in „ihrem“ Stadtviertel aufhalten darf und wer nicht. Vor allem jugendliche Migrantengruppen demonstrieren dies alltäglich im öffentlichen Raum (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 460). Das Verteidigen „ihres“ Territoriums hat für Jugendliche identitätsstiftende Funktion, während ihre peer-group dabei als Schutzgemeinschaft betrachtet wird.

Oftmals führt die im öffentlichen Raum ausgelebte Konkurrenz um Präsentations- und Verkehrsräume zwischen Jugendgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zur Etablierung von No-Go-Areas, in denen die individuelle Aggressivität und Gewaltausübung kaum einer sozialen Regulierung unterliegt. Durch diese Form der Raumaneignung des wohnumfeldnahen öffentlichen Raums durchbrechen die jugendlichen Nachkommen der „Gastarbeiter“ zusätzlich die normativen Erwartungen der Alteingesessenen hinsichtlich der Nutzung des Nahraumes (vgl. Hüttermann, 2000, S. 287).

Türkeistämmige Jugendliche halten sich deutlich häufiger im öffentlichen Raum auf als deutsche Gleichaltrige und zeigen sich dabei stark auf das eigenethnische „Ghetto“ orientiert (vgl. Keim u. Androutsopoulos, 2000). Sie organisieren ihr Leben im Stadtteil und im Verband

einer „Street Corner Society“ mit dem Ehrgeiz, „street smart“ zu sein. Dies beinhaltet Eigenschaften wie Härte und „coolness“ sowie demonstrative Maskulinität. Sie erklären häufig, dass es um das Gesetz der Straße ginge, um das Überleben (vgl. Heinemann, 2000, S. 196).

Das zumeist unterhalb der Kriminalitätsschwelle bleibende Ängstigen und Demütigen vor allem der lokalen deutschen Bevölkerung gehört zu dem Verhaltensrepertoire und dient letztlich der internen Reproduktion von Status-, Ehre- und Machtpositionen (vgl. Hüttermann, 2000, S. 287). Dabei haben türkeistämmige Jugendliche laut Güner Balci (PANORAMA Reportage. NDR3 vom 05.05.2009) in einer Großstadt wie Köln lediglich einen durchschnittlichen Freizeit-Aktionsradius von 500 Meter um den Wohnradius herum. Den öffentlichen Raum um ihr Wohngebiet betrachten sie als ihr persönliches Territorium, das sie unter verbalem und auch physischem Gewalteinsatz gegen Personen aus anderen Ethnien – insbesondere gegen Deutsche – verteidigen („defended neighborhood“).

Die „Akteure aus der Eckensteherzene“ werden aufgrund ihrer Fähigkeit, in Konfliktsituationen spontan überlegene Gefolgschaft zu mobilisieren, seitens der autochthonen Bevölkerung meist als geschlossen agierende Akteure wahrgenommen. Sie scheinen übermächtig zu sein und angesichts dieser Situation erscheint Widerstand zwecklos (vgl. Hüttermann, 2000, S. 289).

Die Revierkämpfe der Jugendlichen werden auf offener Straße ausgetragen, wodurch dieser öffentliche Raum zum Angstraum werden kann. Das Ziel, den Stadtteil frei von unerwünschten Personen zu halten, wird zum Teil erbittert und auch unter Einsatz von Gewalt durchgesetzt.¹² Wer erst einmal Opfer wurde, qualifiziert sich dafür, wiederholt Opfer zu werden. Ein Beispiel dafür ist das „Jackentokat“.¹³ Laut Polizei sind Deutsche beliebte Tatziele für Migrantenjugendliche, weil diese die Deutschen für verweichlicht halten und zudem für die Angreifer das Risiko gering ist, dass kurz nach der Tat eine große Zahl von Brüdern und Verwandten des deutschen Opfers per Faustrecht Entschädigung verlangt (vgl. Lehnartz, 2008).

Die territoriale Dominanz von Jugendcliquen im öffentlichen Raum stellt eine Gewaltbedrohung dar, ohne dass sich diese unmittelbar in der Kriminalstatistik widerspiegelt. Meist zeigt die

¹²Als Zielerreichung eines Territorialkonflikts um den öffentlichen Raum in der BRD kann die Aussage eines Attendorfer Schuldirektors gewertet werden, der im Mai 2009, nachdem in Attendorf wiederholt Jugendliche von türkischen und albanischen Jugendlichen grundlos auf der Straße angegriffen und krankenhaureif geschlagen wurden, den Schülern seiner Schule öffentlich empfahl: „Nehmt euch in Acht, wo ihr euch in Attendorn nachts bewegt. Meidet bestimmte Gegenden. Dazu gehört auch die Innenstadt.“ (Heuel, 2009).

¹³Charakteristisch für das „Tokat“ (türk. für Backpfeife) ist die Demütigung des Opfers. Dem Raub, Diebstahl und der Körperverletzung geht üblicherweise das Anpöbeln des potenziellen Opfers voraus. Wenn sich das Opfer einschüchtern lässt und verängstigt reagiert, wird es mit weiteren Drohungen genötigt, sein Eigentum herauszugeben. Wenn es dies nicht tut, wird es verprügelt, getreten, bespuckt und ausgeraubt. Oft werden auch Waffen verwendet und/oder die türkische Gruppe flößt durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit dem Opfer Angst ein. Die Täter freuen sich sogar, wenn sich ihre deutschen Opfer zu wehren versuchen, denn wenn sie Gegenwehr erleben, schlagen sie erst recht brutal zu. Die deutschen Opfer reagieren als gängiges Reaktionsmuster auf eine Provokation normalerweise defensiv, versuchen zu beschwichtigen und einem Konflikt aus dem Weg zu gehen. Den türkeistämmigen Jugendlichen ist die Zumutung und Demütigung, die ihre Angriffe für die Opfer bedeuten, sehr wohl bewusst. „Tokat“ ist deutlich mehr als nur ein Thrill oder feindseliges Vergnügen; es wird von den türkeistämmigen Jugendlichen als eine Art „ausgleichende Gerechtigkeit gegenüber den Deutschen“ gewertet (vgl. Tertilt, 1996).

Berichterstattung über No-Go-Areas nicht den Aspekt des Rassismus auf, sondern erklärt das Verhalten als jugendspezifisch oder deviant.

Da das bevorzugte Ziel für Gewalttätigkeiten seitens jugendlicher Türkeistämmiger vor allem männliche deutsche Jugendliche sind, kann in diesem Zusammenhang davon ausgegangen werden, dass auch der Aspekt der Erniedrigung einer Person aus der Aufnahmegesellschaft (z.B. Abwertung wegen seiner Nationalität) aus Deutschenfeindlichkeit ein wichtiges Motiv bei der Etablierung von No-Go-Areas darstellt.

Durch die deviante Rauman eignung und physische Machtentfaltung kann sich die Machtbalance im Mikrokosmos des Stadtteils verändern (vgl. Hüttermann, 2000, S. 289). Wenn Fremde die Etablierten aussperren oder angreifen, dann steht laut Norbert Elias (2003) die Figuration auf dem Kopf/siehe hierzu auch Kapitel 2.4.

7 Ethnisch-kulturell motivierte Feindlichkeit

7.1 Funktion und Struktur des Feindbildes

Feindbilder dienen im Wesentlichen dazu, sich gegenüber anderen abzugrenzen und sie helfen, den als negativ empfundenen Status quo einer spezifischen Outgroup zuzuschreiben. So stärken Feindbilder die eigene Identität gegenüber dem als Feind wahrgenommenen Anderen. Zur Sicherung eines Feindbildes dürfen möglichst keine zwischenmenschlichen Beziehungen aufkommen (vgl. Jesse, 2005, S. 15). Nach Auffassung von Georg Simmel (1968) ist es überdies zweckmäßig, den Gegner, mit dem man aus irgendeinem Grunde kämpft, auch zu hassen (vgl. Simmel, 1968, S. 199).

Extremisten sind auf Feinde fixiert und benötigen dafür die entsprechenden Feindbilder. Häufig warten sie mit ausgrenzenden Feindbildern für andere Minderheiten auf (vgl. Jesse, 2005, S. 16). Feindbilder dienen dem politischen Extremismus als Selbstvergewisserung; durch sie lassen sich Anhänger gewinnen, die einen Sündenbock benötigen. Feindbilder können ihre Funktion jedoch nur dann erfüllen, wenn ihre Struktur an bereits vorhandene (Vor-)Urteile und Stereotypen anknüpfen kann. Sie sind so konstruiert, dass ein Kompromiss von vornherein verbaut ist, so dass Konflikte nicht mehr friedlich geregelt werden können. Charakteristisch für die Struktur der Feindbilder bei Extremisten sind Gut/Böse-Kategorien. Die Ausbildung von ethnisch definierten Gegnerschaften hat dabei den Nutzen einer Selbstaufwertung, da dem Feind ausschließlich negative Eigenschaften zugeschrieben werden (vgl. Jesse, 2005, S. 18)/ (vgl. Elias u. Scotson, 1993).

Feindbilder besitzen eine Rechtfertigungsfunktion. Wer sie verwendet, immunisiert die eigene Position; die Rechtfertigungen des Gegners gelten als bloße Taktik. Der Feind wird gleichzeitig zum Angst-, Projektions- und Aggressionsobjekt, ihm wird grundsätzlich alles zugetraut. Anders lautende Informationen gelten als Manipulation des Feindes und werden von vorneherein nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Aufgrund dieser Denkart entwickeln Extremisten eine Immunisierungsstrategie und interpretieren die Wirklichkeit vielfach um. Indem die Gegner unter anderem mit einem Tier verglichen werden, werden sie individuell entmenschlicht; dies setzt wiederum für Angreifer die Hemmschwelle bei Gewaltanwendungen stark herab (mikrosoziale Eskalation) (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 9).

Der häufige Gebrauch von Feindbildern bei Extremisten gilt als ein Indiz dafür, dass Extremismus nicht erst durch die Verbreitung von Propaganda oder der Praktizierung von Gewalt anfängt. Die Verfassungsfeindlichkeit zeigt sich unter anderem in den Stereotypen, die weder zum Abbau von Konflikten noch zur Bereitschaft zu Kompromissen beitragen (vgl. Jesse, 2005, S. 20).

Die Grenzen zwischen (ideologisch aufgeladenen) Feindbildern und rationalen „Bildern von Feinden“ können laut Eckhard Jesse (2005) durchaus fließend sein. Je aggressiver der jeweilige Extremismus ist, desto aggressiver sind auch seine Feindbilder (ebd.).

7.2 Hasskriminalität (hate crime) und Intergruppenangst

Nach Einschätzung von Etienne Balibar (2001) entwickelt sich ganz Europa zunehmend zu einem ethno-sozialen Schmelztiegel mit ausgeprägten rassistischen Strukturen der Diskriminierung, bei denen die nationale Herkunft keineswegs ausgelöscht wird (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 257). Teilweise entwickelt sich ein kaum nachvollziehbares Maß an persönlicher Erbitterung gegenüber Anderen. Die Gegnerschaft ist dabei umso ausgeprägter, je unterschiedlicher die Parteien sich gegenseitig wahrnehmen (vgl. Simmel, 1968, S. 205).

Überholt geglaubte ethnisch-kulturelle und religiöse Legitimationen für die Markierung von Grenzen, gemeinschaftliche Einbindungen und nationalistische Gewalt kehren mit zunehmender Globalisierung und Internationalisierung zurück und wirbeln die „Moderne“ weltweit regressiv durcheinander (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 11). Es entwickelt sich dabei teilweise ein Konglomerat aus rassistischen Ressentiments, Angst vor Überfremdung und Wohlstandsabsicherungsdenken. Bei einem Teil der Bevölkerung in der BRD koexistieren heute zwei scheinbar unvereinbare Einstellungstendenzen: Einerseits befürchtet fast Dreiviertel der Befragten eine Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, zugleich haben jedoch etwa 40% Angst davor, dass noch mehr Ausländer ins Land kommen. Dabei wird der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer an der Gesamtbevölkerung deutlich überschätzt (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 173).

Dem Themenfeld Hasskriminalität (hate crime) werden politisch motivierte Straftaten zugeordnet, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung, ihres äußeren Erscheinungsbilds oder ihres gesellschaftlichen Status¹ richtet. Auch wenn die Tat nicht unmittelbar gegen eine Person, sondern im vorgenannten Zusammenhang gegen eine Institution oder Sache verübt wird, erfolgt die Zuordnung zum Themenfeld Hasskriminalität (vgl. BMI, 2009a, S. 1). Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund sind Teilmenge der Hasskriminalität.

Hasskriminalität greift die Basis des zwischenmenschlichen Zusammenlebens an: die Universalität der Menschenwürde. Es handelt sich dabei in der Regel nicht um Verbrechen gegen eine bestimmte Person, mit der man zuvor persönliche Differenzen hatte, sondern um Opfer, die lediglich stellvertretend zur Abreaktion der Aggression und des Hasses beispielsweise gegen eine bestimmte Ethnie oder Menschengruppe herangezogen werden. Die Hasshandlungen erfolgen über eine breite Palette an Schmähungen, Beleidigungen, tätlichen Übergriffen, Diebstahl, Zerstörung fremden Eigentums, physische und psychische Gewalt bis hin zur Ermordung des Attackierten. Die Interpretation bei Straftaten, ob eine Tat als Hasskriminalität oder ausschließlich als deviantes bzw. kriminelles Verhalten zu werten ist, wird oftmals mit dem Hinweis belegt, dass eine eindeutige Zuordnung zumeist unmöglich ist.¹

¹Im Januar 2009 wurden 223 Straftaten, darunter 52 Propagandadelikte und 14 Gewalttaten dem Themenfeld Hasskriminalität zugeordnet. Bei 105 Straftaten, darunter 27 Propagandadelikte und elf Gewalttaten, konnte ein fremdenfeindlicher Hintergrund festgestellt werden. Bei den zum Themenfeld Hasskriminalität zugeordneten Straftaten wurden 14 Personen verletzt. Auf das Unterthemenfeld Fremdenfeindlichkeit entfallen elf Verletzte; Todesfälle wurden nicht verzeichnet (vgl. BMI, 2009a, S. 2f.).

Zur Erklärung ethnischer Vorurteile und negativer Einstellungen, die zu Fremdenfeindlichkeit gegenüber Zuwanderern führen können, soll die gruppenspezifische Theorie der Intergruppenangst nach Stephan/Stephan (2000) herangezogen werden, die Vorurteile als Reaktion auf die perzipierte Bedrohung von Ressourcen und Privilegien der eigenen Gruppe betrachtet (vgl. Lüdemann, 2001, S. 565). Die Theorie der Intergruppenangst differenziert zwischen vier Typen der Bedrohung:

1. Realistische Bedrohungen: Bedrohungen für die Existenz der Eigengruppe und ihrer politischen und ökonomischen Macht, ihres physischen und materiellen Wohlergehens oder des Wohlbefindens ihrer Mitglieder.
2. Symbolische Bedrohungen: Die Weltsicht der Eigengruppe bezüglich Moral, Werten, Verhaltensweisen, Lebensstil, Glauben und Einstellungen wird bedroht. Je mehr die Werte, Bräuche und Traditionen der Eigengruppe durch eine Fremdgruppe blockiert werden, desto negativer werden die Einstellungen der Eigengruppe gegenüber der Fremdgruppe.
3. Zwischengruppen-Angst: Sie entsteht, weil sich Menschen in Zwischengruppen-Interaktionen persönlich bedroht fühlen, sich über die negativen Folgen solcher Interaktionen für ihr Selbst Sorgen machen und sich durch solche Interaktionen peinlich berührt, zurückgewiesen oder lächerlich gemacht fühlen.
4. Negative Stereotype: Erwartungen negativer, konfliktiver, unangenehmer Interaktionen werden durch negative Stereotypisierung der Eigengruppe seitens der Fremdgruppe hervorgerufen. Da es sich bei der Eigengruppe um die Tätergruppe und bei der Fremdgruppe um die Opfergruppe handelt, dient die Theorie der Intergruppenangst der Rechtfertigung des Täterverhaltens (vgl. Schneider, 2006, S. 52).

Bei der Frage nach den Ursachen von Gewaltdelikten gegen Personen oder Gegenstände rücken die Erklärungsansätze für Aggression in den Blickpunkt. Zur Erklärung von Aggression dient vor allem der behavioristische Ansatz mit dem Erklärungsmodell der Frustrations-Aggressions-Hypothese. Aggression wird hier nicht unweigerlich als Folge vorhergehender Frustration angesehen, sondern betont den Aspekt, dass aggressives Verhalten erlernbar ist (vgl. Kube, 2003, S. 65).

Die Negativspirale der Gewalt setzt sich zusammen aus der grundsätzlich problembehafteten Wechselwirkung einer desolaten Familie, einer sozial desorganisierten Nachbarschaft, einer Misserfolgsgefühle hervorrufenden Schule, einer vandalisierten, defizitären physischen Umwelt sowie einer identitätsstiftenden Einbindung in gewaltbereite Gleichaltrigengruppen. Diese Kombination kann bereits in der Kindheit aggressives Verhalten hervorrufen bzw. verfestigen. Die weitere kriminelle Karriere ist typischerweise durch eine Anhäufung gravierender Delikte geprägt (ebd.). Es ergeben sich deutliche Hinweise auf eine besondere Bedeutung von Familie und Freundeskreis beim Erlernen fremdenfeindlicher Einstellungen (vgl. Bacher, 2001, S. 334)/(vgl. Schneider, 2006, S. 51).

Generell sind Ähnlichkeiten zwischen Eltern und Kindern hinsichtlich ihrer Einstellung zu Ausländern in der Forschungsliteratur verschiedentlich belegt (vgl. Rieker, 2007, S. 34).²

²Die Disposition zu Fremdenfeindlichkeit beruht auf bestimmten, früh in der Erziehung erworbenen und damit tief verankerten Persönlichkeitsstrukturen. Autoritarismus, Dogmatismus sowie eine materialistische Wertorientierung führen zur Intoleranz, rigidem Denken und rechtsautoritären Wert- und Überzeugungs-

Schichten, Gruppen und Individuen, die sich wenig geachtet oder abgelehnt fühlen, verbessern ihr Selbstbild, indem sie andere, die zur gleichen oder einer niedrigeren Schicht gehören, abwerten und ablehnen. Dadurch verringern die „Gehackten“ als „Hacker“ per „Hackordnung“ (Schjelderup-Ebbe, 1922/23) ihre Minderwertigkeitsgefühle (vgl. Tumin, 1975, S. 57). Sozial Gescheiterte schließen sich oftmals in Gruppierungen zusammen, mit denen sie die gleichen Ideologievorstellungen teilen und gemeinsame Feindbilder aufbauen können.

Fremdenfeindliche Straftaten werden überwiegend an den Wochenenden registriert, wenn Freizeitcliquen und andere Gruppen sich in privaten Wohnungen, auf öffentlichen Plätzen, in Parkanlagen usw. zusammenfinden.³ Über 90% der fremdenfeindlichen Straftaten werden von Gruppen oder aus Gruppen heraus verübt. Alkoholkonsum und Musik stellen im Gruppenkontext eine zugleich stimulierende wie enthemmende Kombination dar, die die meist spontanen Gewalttaten motivieren können (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 9)/(vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 303). Sowohl der hohe Anteil nicht einschlägig vorbestrafter Tatverdächtiger als auch das Überwiegen von Gruppentaten deuten auf einen breiten Überschneidungsbereich fremdenfeindlicher Straftaten mit allgemeiner Jugend- und Bandendelinquenz hin (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 5).

7.3 Fremdenfeindliche Gewalt als Folge des „doing masculinity“

Fremdenfeindliche Gewalt Jugendlicher hat in der Regel weniger mit vertieften ideologischen Überzeugungen zu tun als vielmehr mit maskulinen subkulturellen Jugendszenen. Die Motivation der jugendlichen Täter besteht laut Kohlstruck/Münch (2006) hauptsächlich in einer maskulinen Präsentation von Stärke und Überlegenheit, gemischt mit einem teilweise offenen, häufig jedoch auch diffussem Hass auf alles, was fremd ist und von ihren Normen abweicht. Fremdenfeindliche Gewalttaten ähneln weitgehend dem Muster, das auch von der klassischen Gewaltkriminalität und insbesondere der Jugendrandale bekannt ist. Die demonstrative Männlichkeit wird mit der Tatsache in Zusammenhang gebracht, dass die traditionellen maskulinen Eigenschaften wie Stärke, Härte und Kampfeskraft in der heutigen Gesellschaft kaum Anerkennung finden (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 303). Es handelt sich bei Auseinandersetzungen meist nicht um gravierende Interessenskonflikte, sondern um das Machterleben als solches und um die Praxis von Gewalttätigkeit als besonders intensive, körperliche Form des Agierens und Erlebens (ebd.). Hinsichtlich der Genese fremdenfeindlicher Gewalttaten zeigt

systemen. Da diese Persönlichkeiten als wenig selbstbewusst gelten, wird der Theorie der sozialen Identität zufolge angenommen, dass sie sich stark über eine positiv bewertete Eigengruppe definieren (z.B. ethnozentrisch sind) und Fremdgruppen (im Sinne von nicht eigenethnischen Gruppen) negativ gegenüberstehen. Sowohl relative Benachteiligung als auch persönliche Disposition zeigen nachweisbare Effekte auf Fremdenfeindlichkeit (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 172).

³Fremdenfeindliche Gewalttaten gehen überwiegend von Gruppen junger Männer aus, nur etwa 4% der Ermittlungen wurden gegen Mädchen und Frauen geführt. 90% aller Tatverdächtigen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten waren jünger als 25 Jahre, 75% waren unter 20 Jahre alt, etwa jeder dritte Tatverdächtige (36%) war jünger als 18 Jahre. Über 62% hatten einen Hauptschulabschluss, rund 20% die mittlere Reife, weniger als 2% Abitur oder einen Hochschulabschluss, etwa ein Drittel ist bereits vorbestraft (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 303).

sich, dass ideologische oder politische Motive nur bei einer kleinen Minderheit von Gewalttätern zu finden sind. Dagegen ist das Zustandekommen fremdenfeindlicher Straftaten im Kontext der „Selbstdarstellung einer Gruppenkultur forcierter Maskulinität“ zu beobachten (ebd.).

Der maskuline Stil ist geprägt von der Kultivierung eines bestimmten Männlichkeitsbildes, eines Typs traditioneller Männlichkeit, der durch ein risikosuchendes, dominierendes und körperbetontes Auftreten charakterisiert wird. Bei adoleszenten jungen Männern kann es zu einer ausgeprägten antihomosexuellen Haltung kommen. Neben den Ausbrüchen aus der Ordnung des Alltags, einem offensiven Machtgebaren und einer aggressiven Körperlichkeit sind zwei bestimmende Mentalitätskomplexe typisch für die maskulinen Szenen: Sie verbinden ihre autochthone Orientierung (z.B. im Territorialverhalten) mit einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit, und sie kombinieren die Betonung von Männlichkeit („hypermaskuline Männlichkeit“) mit einer dezidierten Aggression gegen Unmännlichkeit (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 309). Die in den maskulinen Kulturen praktizierte und normativ gültige Vorstellung von Männlichkeit betont traditionell die als männlich geltenden Eigenschaften wie Stärke, Rationalität, Aktivität und Rigidität. Hiermit verbindet sich die These, dass Gewalttaten in einer zentralen Dimension über die Logik eines bestimmten Typs des „doing masculinity“ verstanden werden können.

In der Vorstellungswelt und im Verhalten von maskulinen Jugendkulturen haben Gewalttätigkeiten eine hohe Bedeutung. Gewalttätiges Auftreten, rücksichtslose Durchsetzung und Dominanz im öffentlichen Raum sind wichtige Elemente ihres intern als legitim geltenden Verhaltens, das die Standards der Normalität in der Gruppenkultur setzt. Gewalt wird glorifiziert als effektiv wirksame Aktionsform. Die „Verkehrsform Gewalttätigkeit“ als Kommunikationsmittel führt nach ihrem Verständnis unmittelbar zum gewünschten Erfolg. Insbesondere bei männlichen Jugendlichen aus traditionellen Arbeiterkulturen ist eine Übernahme gewaltaffiner Männlichkeitsmuster festzustellen. Vor allem marginalisierte Jugendliche mit wenigen Ressourcen und schlechten Zukunftsperspektiven nehmen subjektiv eine Gefährdung ihrer Männlichkeit, ihrer männlichen Ehre wahr, die es mit körperlicher Gewalt vor allem gegen anderen Männer zu verteidigen gilt (vgl. Fuchs u. a., 2005, S. 43). In Ermangelung sozialer Ressourcen dient der eigene Körper beziehungsweise die Körperkraft ihrer Identitätsbildung. Marginalisierte Männer bzw. männliche Jugendliche können zumeist nur über die Gewaltausübung vorübergehend versuchen, die Dominanz einer archaischen Männlichkeit zu demonstrieren. Diese Männlichkeitsvorstellungen werden in Deutschland stark von türkeistämmigen, jedoch kaum von deutschstämmigen Jugendlichen unterstützt.

Rechtsextreme Jugendliche unterscheiden sich kaum von den türkeistämmigen Jugendlichen in ihrer Zustimmung zu diesem Männlichkeitsideal. Diese Beobachtung hat zur „These der Brüder im Geiste“ geführt, wonach gewaltaffine türkeistämmige Jugendliche und ausländerfeindlich eingestellte deutschstämmige Jugendliche ein stark die Männlichkeit betonendes normatives Leitbild verbindet (vgl. Baier u. a., 2009, S. 125).

Die rechtsextreme Jugendlichenszene, zu der vorwiegend männliche Jugendliche unterschiedlich starke Affinitäten haben, lässt sich aus dieser Perspektive als eine besondere Variante des allgemeineren Typs der maskulinen Jugendkultur beschreiben (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 309).

8 Rechte Szenen in der BRD

8.1 Rechtsradikale, Rechtsextremisten, Neonazis, rechte Skinheads, Autonome Nationalisten

Häufig werden Begriffe wie „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“, „Nationalsozialismus“ und „Skinheads“ in der Literatur, von den Medien und der Öffentlichkeit synonym verwendet oder – je nach Betrachter – unterschiedlich definiert. Für das Verständnis des Themenfeldes „deutscher Rechtsextremismus“ ist es daher grundlegend, einige wichtige Differenzierungen aufzuzeigen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf rechte Szenen mit deutschstämmigen Anhängern und Mitgliedern in der BRD.

Rechtsradikale: Als radikal werden politisch-ideologische Grundeinstellungen beziehungsweise Bestrebungen bezeichnet, die gesellschaftliche Fragen und Probleme von deren Ursprung bis in die letzten Details, mit besonderer Konsequenz und einseitiger Kompromisslosigkeit, zu lösen suchen (vgl. Verfassungsschutz, 2010).

Radikale Strömungen verstoßen nicht zwangsläufig gegen die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; ihr steht Rechtsradikalismus in der Regel nicht feindlich gegenüber. Radikale politische Auffassungen haben in einer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Wer radikale Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt (vgl. Nandlinger, 2008). Von den Behörden und der Sozialwissenschaft wird der Begriff „Rechtsradikalismus“ heute in der Regel auf Personen und Organisationen gerichtet, die klar rechts der Mitte des politischen Spektrums stehen, dabei allerdings im Rahmen der Verfassung bleiben.

Erfahrungsgemäß können die Grenzen zwischen Radikalismus und Extremismus fließend sein. Auch dies ist ein Grund dafür, dass in der politischen Alltagssprache nicht immer zwischen radikal und extremistisch unterschieden wird. Nach Klingemann/Pappi (1972) kennzeichnet „Extremismus“ eine Abweichung aus der Werte-Dimension der Demokratie (Ziele), „Radikalismus“ dagegen eine Abweichung auf der Normendimension (Mittel); der Begriff „extremistisch“ beschreibt immer eine politische Haltung (vgl. Möller, 2001, S. 197). Seit 1974 ersetzen die deutschen Verfassungsschutzbehörden den Begriff „Radikalismus“ durch „Extremismus“ (ebd.).

Rechtsextremisten: Der Extremismus-Begriff zählt nach Kurt Möller (2001) in seinen hauptsächlichen Verwendungszusammenhängen zu den vielgestaltigsten, interpretationsbedürftigsten und durch diverse alltagssprachliche Verständnisse durchdrungenen Terminus (vgl. Möller, 2001, S. 194). Was als Rechtsextremismus definiert wird, unterliegt gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen und Kräfteverhältnissen, da es sich bei dem Begriff (anders als bei Verfassungswidrigkeit) nicht um einen definierten Rechtsbegriff handelt.

Laut Bundesamt für Verfassungsschutz werden Bestrebungen als extremistisch bezeichnet, die gegen den Kernbestand unserer Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, gerichtet sind. Bei den Ämtern für Verfassungsschutz hat sich der Extremismusbegriff als Arbeitsbegriff herausgebildet, um diejenigen Bestrebungen zu bezeichnen, die aus der Sicht der

Dienste genügend Anhaltspunkte für eine dauernde Beobachtung bieten (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006, S. 13). Während der Begriffsinhalt und mit ihm der empirische Referenzbereich des Wortes erweitert wird, bleibt die konnotative Bedeutung konstant.

Extremismus wird vor allem anhand folgender Merkmale definiert: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus oder kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus (vgl. Möller, 2001, S. 199). Rechtsextremistische Orientierungsmuster zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie Elemente eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs beinhalten.¹ „Rechtsextremismus“ hat in der BRD seit den 1990er Jahren eine Bedeutungserweiterung erfahren und meint nun nicht mehr ausschließlich Demokratiefeindlichkeit und Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen, sondern es treten die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten im Alltag als eigenständige Handlungskomponente hinzu, die den Begriff der politisch motivierten Gewalt erweitern (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006, S. 12).

Rechtsextremismus besteht aus zwei Kernelementen: den Ideologien der Ungleichheit (z.B. nationalistische Überhöhungen, rassistische Abwertungen und totalitäre Normverständnisse) und verschiedenen Stufen von Gewaltakzeptanz. Rechtsextremistische Ideologieansätze entstehen aus Nationalismus und Rassismus. Sie sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt (ethnic master status). Ihr werden alle anderen Interessen und Werte, inklusive der Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet. Eine Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit sind bei Rechtsextremisten generell festzustellen (vgl. Heitmeyer, 1987).

Das Verhältnis von Ideologie und Gewalt hängt vom Politisierungsgrad der unterschiedlichen Gruppen ab:

- Ideologisch festgefügte Gruppen, bei denen gezielt eingesetzte Gewalt eine Ideologie zur Herstellung politischer Macht durchsetzen soll.
- Gruppen von zumeist Jugendlichen und Heranwachsenden, für die territoriale Macht über Sozialräume (öffentliche Räume) im Vordergrund steht. Hier dominiert expressive Gewalt, wobei vereinzelt Ideologiefragmente – durchaus auch mit wechselndem Inhalt – bei Legitimationsbedarf herangezogen werden (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 8).

In der Verteilung der Gewalthäufigkeit durch die beiden unterschiedenen Gewaltgruppen liegt derzeit der Schwerpunkt bei der gelegenhetsabhängigen Gewalt durch politisch nicht organisierte Freizeitcliquen (ebd.). Die Intensität von Feindbildern lässt Rückschlüsse darauf zu, ob es sich bei der betreffenden extremistischen Gruppierung um eine harte oder eine milde Form des Extremismus handelt (vgl. Jesse, 2005, S. 22).

¹Hierzu zählen u.a. nationalistische Selbstübersteigerung, rassistische Sichtweise, Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben, Behauptung natürlicher Hierarchien, Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus), totalitäres Normverständnis mit der Ausgrenzung des Andersseins. Zudem beinhaltet sie die Gewaltperspektive und -akzeptanz als Kernstück rechtsextremistisch-politischen Verhaltens, Ablehnung demokratischer Regelungsformen für soziale und politische Konflikte, Betonung autoritärer und militärischer Umgangsformen und Stile (vgl. Heitmeyer, 1987, S. 16).

Neonazismus: Als eine Erscheinungsform des Gesamtphänomens Rechtsextremismus ist Neonazismus durch ein Bekenntnis seiner Anhänger zu Ideologie, Organisationen und/oder Protagonisten des historischen Nationalsozialismus definiert. Anhänger des Neonazismus wollen in letzter Konsequenz die freiheitliche demokratische Grundordnung zugunsten eines totalitären Führerstaats nach dem Vorbild des Dritten Reichs abschaffen. Neonazismus ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten ideologischen Fanatismus der Anhänger (vgl. Innenministerium, 2010, S. 174).

Neonazis sind immer auch Rechtsextremisten; umgekehrt kann nicht jeder Rechtsextremist als Neonazi bezeichnet werden. Nicht jeder Rechtsextremist bekennt sich zum historischen Nationalsozialismus und sieht im Dritten Reich ein Vorbild für die zukünftige konstitutionelle Gestaltung Deutschlands.

Die Szene besteht aus bundesweit agierenden Organisationen wie der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), zahlreichen regionalen Kleingruppen und Teilszenen wie die Autonomen Nationalisten sowie aus lockeren, organisationsunabhängigen Personenzusammenschlüssen (Kameradschaften), die überregionale bis bundesweite Netzwerke bilden. Die Neonaziszene zählt seit Jahren zu den wenigen Segmenten des deutschen Rechtsextremismus mit personellem Zuwachs.² Nach Meinung von Miriam Steinbach werden die „weichen Nazis“ oft übersehen (vgl. Steinbach, 2009, S. 10).

Rechtsextremistische Skinheads: Diese Personen stellen die zahlenmäßig größte Gruppe der Gewaltbereiten im Spektrum des Rechtsextremismus.³ Etwa die Hälfte der rechten Skinheads ist in den neuen Bundesländern (vor allem in Thüringen, Sachsen und Brandenburg) angesiedelt. In den alten Bundesländern sind sie vor allem in Teilen Baden-Württembergs, Bayerns und Niedersachsens sowie in Hamburg anzutreffen (vgl. Eckert, 2003, S. 53)/(siehe Abbildung 8.1).

Es sind eher niedrig qualifizierte Gruppen mit fremdenfeindlichen Einstellungen, die im Kontext des Einwanderungskonfliktes und der Globalisierungängste aktiv werden.

Autonome Nationalisten (AN): In den letzten Jahren tritt mit den neonazistischen Autonomen Nationalisten bundesweit eine neue, jugendlich geprägte Erscheinungsform des deutschen Rechtsextremismus auf. In Baden-Württemberg sind die Autonomen Nationalisten seit 2005 aktiv und verzeichnen ein kontinuierlich wachsendes Personenpotenzial (vgl. Innenministerium, 2010, S. 165f.). 2009 stellten AN 3% der deutschen bzw. 5% der baden-württembergischen Rechtsextremisten (bezogen auf das rechtsextremistische Gesamtpersonenpotenzial in Bund und Land) (ebd.).⁴ Das Anwachsen der Neonaziszene ist maßgeblich auf personelle Zuwächse bei den AN zurückzuführen (vgl. Innenministerium, 2010, S. 185).

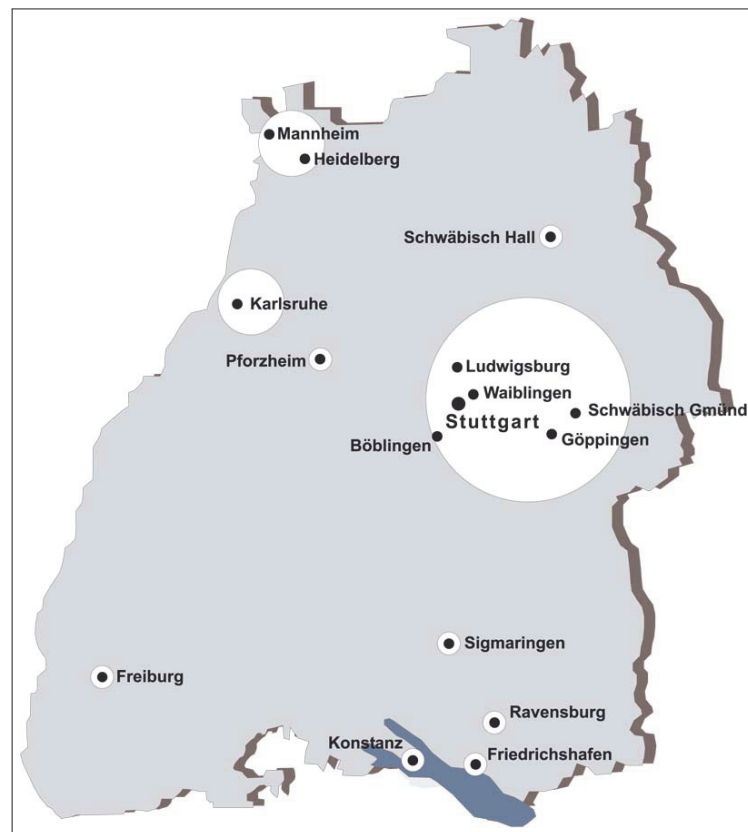
Als Teil der Neonaziszene unterscheiden sich Autonome Nationalisten von anderen Neonazis durch ihr äußeres, an linksextremistische Autonome angelehntes Erscheinungsbild und ihren

²Derzeit werden der Szene über 100 Gruppierungen, die ein Mindestmaß an organisatorischen Strukturen erkennen lassen, zugerechnet (vgl. Nandlinger, 2008). Im Jahr 2009 hatten neonazistische Organisationen bundesweit etwa 5.000 Mitglieder (Baden-Württemberg: 440) (vgl. Innenministerium, 2010, S. 185).

³2009 betrug die Anzahl rechtsextremistischer Skinheads bundesweit ca. 9.000 Personen (Baden-Württemberg: 600) (vgl. Innenministerium, 2010, S. 185).

⁴2009 betrug die Anzahl der Autonomen Nationalisten bundesweit ungefähr 15% der circa 5.000 deutschen Neonazis. Etwa 120 Personen (ca. ein Viertel der baden-württembergischen Neonazis) sind den Autonomen Nationalisten zuzurechnen (vgl. Innenministerium, 2010, S. 185).

Abbildung 8.1: Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinheadszene in Baden-Württemberg



(Quelle: Innenministerium, 2010, S. 164)

Hang zur Militanz. Die im Bundesgebiet im Jahr 2003 erstmals aufgetretenen Autonomen Nationalisten bestehen aus mehreren, meist regional organisierten Gruppierungen mit jeweils nur wenigen Mitgliedern, die durch den Zusatz der Stadt oder der Region unterscheidbar werden (ebd.).

Die von Autonomen Nationalisten gezeigte Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit gegenüber Polizeibeamten und Linksextremisten steht nicht nur im Kontrast zu rechtsextremistischen Parteien, sondern auch zu den meisten anderen Neonazis, die mehrheitlich den Ordnungsanspruch und das Gewaltmonopol des Staates anerkennen und im öffentlichen Raum auf ein gesetzeskonformes Auftreten achten. Es handelt sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzes bei Autonomen Nationalisten ohne Einschränkung um neonazistische Rechtsextremisten (vgl. Innenministerium, 2010).

8.2 Rechtsextremes Einstellungspotenzial

Formen und Prozesse der Gruppenbildung sind in Gegenwartsgesellschaften von den demokratischen Tendenzen in den jeweiligen Gesellschaften beeinflusst (vgl. Schäfers, 2010, S. 132). So fiel zum Beispiel die Stimmabgabe für rechtsradikale Parteien in der BRD bis 1966/67 kontinuierlich ab, stieg dann während der Rezession wieder an und reduzierte sich bis 1972 in Richtung Nullpunkt. Dies wird als eindeutige Affinität des Auftretens von rechtsradikalen Wählern zu wirtschaftlichen Abschwung- und Stagnationserscheinungen und den mit ihnen verbundenen ökonomischen Existenzgefährdungen gesehen. Die mikrosoziologische Erklärung dafür greift auf die klassische sozialpsychologische Theorie der „Sündenböcke“ zurück (vgl. Friedrichs u. Blasius, 2001, S. 49).

In den neuen Bundesländern sind rechte Einstellungen gleichmäßiger über alle Altersgruppen verteilt als in den alten Bundesländern. Dies steht möglicherweise im Zusammenhang mit der autoritären, am nationalen Kollektiv orientierten Erziehung in der ehemaligen DDR, die mit einer ausgeprägten Intoleranz gegen Inhomogenität einherging. Hinzu kommt die fehlende, jahrzehntelange Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 179). Menschen, die rechtsradikal wählen, wünschen sich vermutlich eine starke, ordnungsschaffende Führungspersonlichkeit, ohne dabei gesellschaftliche Strukturen revolutionär umzuwälzen. Die Zufriedenheits- und Vertrauenskomponente ist bei diesem Personenkreis stark reduziert (vgl. Klages, 1975, S. 28).

Laut Sonja Kock (2006) gibt es im Südwesten der Bundesrepublik – in Baden-Württemberg besonders um die Region Stuttgart – Hochburgen des Rechtsextremismus (vgl. Kock, 2006, S. 211). Diese Region gilt als Symbol für die wirtschaftliche Prosperität in der Bundesrepublik. Die klassischen Bestimmungsfaktoren der Wahlforschung (Zusammenhang zwischen der räumlichen Verteilung von bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen und Wahlverhalten) treffen in Baden-Württemberg von allen westlichen Bundesländern am wenigsten zu (vgl. Kock, 2006, S. 207). In Baden-Württemberg erzielte 1992 und 1996 die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) vor allem dort beachtliche Stimmenanteile, wo ein hoher Anteil der Beschäftigten im produzierenden Sektor tätig ist, besonders viele Ausländer (insbesondere Muslime) wohnen, die Anzahl der in einer Wohnung lebenden Personen besonders hoch ist, viele Protestanten leben (wobei hier gilt, je mehr Protestanten, desto höher die Stimmenanteile der REP) und die Arbeitslosenquote niedrig ist. Das Stammwählerpotenzial rechtsextremer Parteien wird in Baden-Württemberg auf 4% geschätzt (ebd.).

Die 1964 in Berlin gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist seit dem Jahr 2007 deutschlandweit und seit 2009 auch in Baden-Württemberg die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei. 2009 verfügte sie über eine bundesweite Mitgliederzahl von etwa 6.800 Personen (2008: ca.7.000), davon etwa 460 Personen (2008: ca. 450) in Baden-Württemberg (vgl. Innenministerium, 2010, S. 190).

Die NPD ist nach Einschätzung des Verfassungsschutzes eine rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei, die in Teilen als „neonazistisch“ ausgerichtet bezeichnet wird (vgl. Innenministerium, 2010, S. 190f.). Sie schnitt bei der Bundestagswahl am 27.09.2009 mit

1,5% der Zweitstimmen (Baden-Württemberg: 1,1%) noch etwas schlechter ab als bei der Bundestagswahl 2005 mit 1,6% Stimmenanteil (ebd.).⁵

Die NPD Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) hatte 2009 bundesweit etwa 430 Mitglieder, wobei der baden-württembergische zu den strukturell ausgeprägtesten JN-Landesverbänden zählt (vgl. Innenministerium, 2010, S. 191). Auf Bundesebene verlief der Zuwachs der Mitgliederzahlen deutlich steiler als in Baden-Württemberg dabei scheint sich der Mitgliederbestand der Bundes-NPD nach Einschätzung des Verfassungsschutzes immer weiter zu verjüngen (ebd.). Anfang 2002 räumten Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung die Existenz von V-Leuten (d.h. verdeckte Ermittler aus den Reihen des Verfassungsschutzes) innerhalb der NPD ein. In den vergangenen Jahren wurde etwa jeder Siebte NPD-Bundes- und Landesvorstand vom Verfassungsschutz finanziert (vgl. n tv, 2005). Dies bedeutete das vorläufige Aus für das Verbotsverfahren gegen die NPD in Deutschland. 2009 setzte sich der seit Jahren andauernde starke Rückgang des rechtsextremistischen Gesamtpersonenpotenzials fort (siehe Tabelle 8.1). Die Zahl der Rechtsextremisten in Baden-Württemberg sank zwischen

Tabelle 8.1: Rechtsextremistisches Gesamtpersonenpotenzial (2008/2009)

Jahr	Bund (in Personen)	Baden-Württemberg (in Personen)
2008	30.000	2.700
2009	26.600	2.400

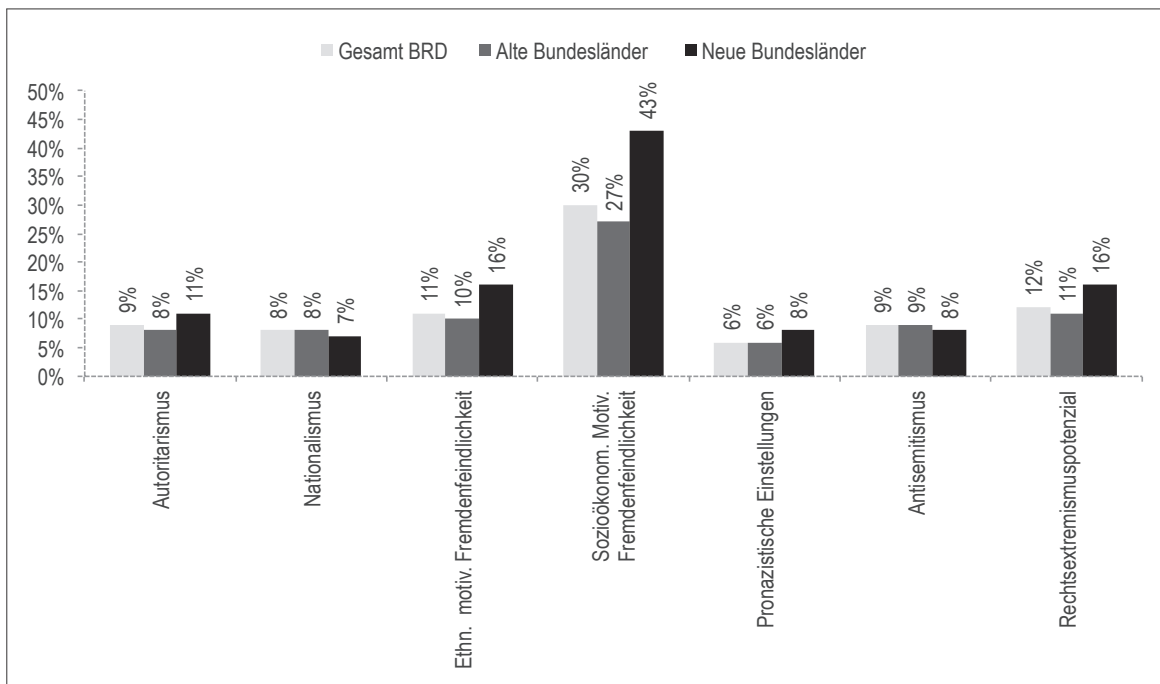
(Eigene Darstellung in Anlehnung an Innenministerium, 2010, S. 153)

1993 und 2009 um knapp zwei Drittel, während sich im selben Zeitraum die Zahl deutscher Rechtsextremisten bundesweit um deutlich über die Hälfte reduzierte. Das rechtsextremistische Gesamtpersonenpotenzial hat sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzes verjüngt und besteht zu einem höheren Prozentsatz als früher aus besonders überzeugten Rechtsextremisten. Auch der Anteil Gewaltbereiter am rechtsextremistischen Gesamtpersonenpotenzial lag 2009 deutlich höher als Anfang/Mitte der 1990er-Jahre (vgl. Innenministerium, 2010, S. 153). Jaschke/Rätsch/Winterberg (2001) sprechen von einer wellenförmig wiederkehrenden, spektakulären öffentlichen Präsenz von organisierten Rechtsextremisten (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 258).

Obwohl inzwischen von einer erhöhten Mobilität der Teilnehmer und einer verbesserten Mobilisierungsmöglichkeit ausgegangen werden kann, ist das Demonstrationsaufkommen bundesweit rückläufig. Auch in Baden-Württemberg ist ein Demonstrationsrückgang seitens Rechtsextremisten seit dem Jahr 2007 festzustellen, allerdings nehmen laut Verfassungsschutz baden-württembergische Rechtsextremisten an rechtsextremistischen Demonstrationen in anderen Bundesländern teil. Demonstrationen mit über 100 Teilnehmern waren bisher die Ausnahme (vgl. Innenministerium, 2010, S. 157). 2009 waren bundesweit erstmals dezentrale Kundgebun-

⁵Bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen konnte die NPD so gut wie keine Erfolge verzeichnen. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von 2,6% und in Thüringen 4,3%. In Sachsen erreichte die Partei mit 5,6% der Zweitstimmen den Wiedereinzug ins Parlament (vgl. Innenministerium, 2010, S. 154).

Abbildung 8.2: Rechtsextrems Einstellungspotenzial (ABL/NBL)



(Eigene Darstellung in Anlehnung an Stöss, 2004, S. 72)

gen zu verzeichnen, die in Form von „Flashmobs“⁶ durchgeführt wurden. Eine offene Internet-Mobilisierungsseite existierte für einen Flashmob anlässlich des 22. Rudolf-Heß-Todestages am 17.08.2009 mit weit über 100 Veranstaltungsorten im ganzen Bundesgebiet. Das Eingreifen der Polizei oder die Anwesenheit von Gegendemonstranten verhinderte oftmals die Umsetzung (ebd.). Richard Stöss (2004) stellte in einer Gegenüberstellung des rechtsextrémus Einstellungspotenzials (Alte Bundesländer ABL/Neue Bundesländer NBL) fest, dass sich die Konkurrenz um Ressourcen respektive die Furcht vor wirtschaftlich bedingtem sozialem Abstieg deutlich bei der sozioökonomisch motivierten Fremdenfeindlichkeit zeigt (siehe Abbildung 8.2). Das Rechtsextrémuspotenzial liegt laut seinen Untersuchungen in der gesamten Bundesrepublik bei 12% (vgl. Stöss, 2004, S. 72). Während pronazistische Einstellungen und Autoritarismus stärker in den NBL zu finden sind, sind Antisemitismus und Nationalismus stärker in den ABL verbreitet (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 179).

Da Einstellungsebene (latenter Rechtsextrémismus) und Verhalten (manifestes Rechtsextrémismus) oft vermengt werden, wird in der Öffentlichkeit von einer Zunahme rechtsextrémus Straftaten auf einen Einstellungswandel innerhalb der Bevölkerung geschlossen. Dieser Zusammenhang ist nach Einschätzung von Britta Bannenberg (2004) jedoch keineswegs zwingend. Die rechtsextrémus Mobilisierung kann sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beschränken, den Protest einer Minderheit gegen die Haltung der Mehrheitsbevölkerung ausdrücken, eine Reaktion auf massenmediale und politische Diskussionen oder auch unabhängig von der Einstellungsentwicklung in der Gesamtbevölkerung in der BRD sein (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 167).

⁶Flashmobs bezeichnen einen kurzen, spontan wirkenden Menschaufmarsch im öffentlichen Raum. In der Regel werden Flashmobs über das Internet z.B. in Online-Communities, durch E-Mail-Kettenbriefe oder auch per Handy organisiert.

Auch die Verhaltensindikatoren (Straftaten, Wahlverhalten oder Mitgliedschaft in rechtsextremen Parteien) zeigen häufig keinen Zusammenhang oder gar gegenläufige Tendenzen. So hat der organisierte Rechtsextremismus seinen Schwerpunkt im Westen, während die Zahl der Gewalttaten in den neuen Bundesländern (gemessen an der Bevölkerungszahl) am höchsten ist. Im europäischen Vergleich sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in der BRD deutlich geringer als z.B. in Belgien, Frankreich oder Italien (ebd.). Hinsichtlich des Einstellungsmusters dominieren beim manifesten Rechtsextremismus z.B. bei Wahlen und Straftaten eindeutig Männer. Das Einstellungspotenzial ist nach Erkenntnissen von Britta Bannenberg (2004) jedoch bei Männern und Frauen gleich.

In Westdeutschland leben deutlich mehr nicht Deutschstämmige als in Ostdeutschland, die Problematik der Fremdenfeindlichkeit scheint somit bereits aufgrund der Größenordnung vorgezeichnet. Es stellt sich nun so dar, dass in Westdeutschland vor allem türkeistämmige Jugendliche deutschstämmige Jugendliche schikanieren, während im Osten Deutschlands deutschstämmige Jugendliche nicht Deutschstämmige anfeinden (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 168). Im bundesdeutschen Vergleich wohnen im Osten Deutschlands weniger Ausländer, es gibt jedoch (proportional) deutlich mehr fremdenfeindliche Gewalttaten. Die Untersuchung der Freien Universität Berlin zum Thema „Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich“ (2004) kam zu dem Ergebnis, dass es wesentlich weniger Jugendliche mit einem verfestigten rechtsextremistischen Weltbild gibt als öffentlich angenommen und in den meisten Studien ermittelt wird. Laut Klaus Schroeder (2003) haben nicht 15% bis 25% sondern etwa zwei Prozent der Jugendlichen in der BRD eine rechtsextreme Überzeugung und etwa vier Prozent stehen dem Rechtsextremismus nahe. Die hohen Ergebnisse früherer Studien kamen seiner Einschätzung zufolge vermutlich durch Suggestivfragen und voreingenommene Auswertung zustande (vgl. Kellerhoff, 2003). Nach Meinung von Schroeder ist nicht rechtsextremistisches Gedankengut das entscheidende Problem bei vielen Jugendlichen, sondern deren nicht ziviles Verhalten (ebd.).

Seit den 1990er Jahren gilt in Deutschland Fremdenfeindlichkeit als zentrales Kriterium für Rechtsextremismus. Das greift jedoch zu kurz: Zwar lehnen fast alle rechtsextremen Jugendlichen das Zusammenleben mit Ausländern ab, der Umkehrschluss (fremdenfeindlich = rechtsextrem) gilt jedoch nicht.

Als (niedrigschwelliges) rechtsextremes Verhalten Jugendlicher gelten Aussagen wie: „Einen der folgenden oder ähnliche Begriffe habe ich benutzt, um andere zu beschimpfen: Kanake, Scheiß Ausländer, Dönerfresser, Nigger, Polake“. Ebenso Aussagen wie: „Ich habe mich sehr stark über Ausländer aufgeregt“ (Baier u. a., 2009, S. 118). Das Aufregen über Ausländer bzw. das Benutzen von Schimpfwörtern und Beleidigungen, die sich auf Ausländer beziehen, ist unter Jugendlichen aus den westdeutschen Gebieten am weitesten verbreitet, also dort, wo der Migrantenanteil unter den Schülern höher ausfällt. Die Schüler aus Ostdeutschland zeigen dieses Verhalten dagegen am seltensten. Sie haben wegen des sehr niedrigen Anteils von Ausländern unter den Schülern auch am wenigsten Gelegenheit, Migranten direkt zu beschimpfen (ebd.). Im Sinne der Definition nach Heitmeyer (1987) sollte korrekterweise erst dann von rechtsextremen Verhaltensweisen gesprochen werden, wenn die Ausübung mit entsprechenden Einstellungen einhergeht (ebd.).

Die Modernisierung des Rechtsextremismus geschieht nach Erkenntnissen von Kurt Möller (2001) durch die Verlagerung tragender Elemente in den Bereich gesamtgesellschaftlicher

politischer Akzeptanz beispielsweise durch das Ersetzen rassistischer Argumentationen durch ethnisierende sowie das Zugeständnis eines Anrechts auf kulturelle Differenz. Migrationskonflikte gelten als der zentrale Kristallisationskern des neuen Rechtsextremismus. Der Transport entsprechender Diskussionen in die Mitte der Gesellschaft könne deshalb gelingen, weil für die meisten Gesellschaftsmitglieder die Verteilung von Rechten entlang territorialer Grenzen und aufgrund entsprechender Zugehörigkeitsdokumentation ein legales, politisch-moralisch und legitim erscheinendes Vorgehen bei der Verteilung von Ressourcen darstellt (vgl. Möller, 2001, S. 199)/(vgl. Decker u. a., 2008). Möller spricht von der „Eroberung der Mitte“.

Der Nationalstolz ist laut der Studie „Die Identität der Deutschen“ (Identity Foundation, 2009) in den vergangenen Jahren gewachsen (vgl. Graw, 2009). Wer in einer ansonsten nationalängstlichen Gesellschaft Nationalstolz zeigt, mag verdächtig erscheinen. Aus der Sorge oder Beobachtung heraus, dass Patriotismus oder auch Loyalität zu Deutschland mit Rechtsextremismus gleichgesetzt oder auch NAZI-Gedankengut unterstellt werden kann, wagen Deutschstämmige außerhalb von Sportereignissen (z.B. der Fußball-Weltmeisterschaft) zum Teil nicht, öffentlich eine deutsche Fahne zu zeigen. Auch das Tragen von Bekleidungsstücken in den deutschen Nationalfarben schwarz-rot-gold außerhalb des Sportbereichs gilt verdächtig als rechtsextremistische Gesinnung.

Diese Nationalfurcht kennen Türkeistämmige in der BRD in der Regel nicht. Es ist üblich, in Wohnungen, an der Fassade türkischer Geschäfte, auf Zeitungen, Kleidung, Schmuck usw. und bei Veranstaltungen gleich welcher Art die türkische Flagge zu zeigen und an vielen Autos sind nationale türkische Embleme angebracht.

8.3 Identitätsbildung durch Symbole und Kleidung

Wie für alle Jugendkulturen gilt auch für die rechtsextreme Jugendkultur, dass sie ihre Identität lokal und medial sichtbar durch Symbole und Embleme ausdrückt (Televisibilität). Die rechtsextreme Szene unterscheidet sich jedoch von anderen Szenen durch Herkunft und Bedeutung ihrer Symbole, die oft direkt an Symbole des Dritten Reichs angelehnt sind. Die rechte Szene etabliert sich heute mit einem starken Profil, denn von der Musik bis zu den Symbolen gibt es kaum einen Bereich, der in der rechten Szene nicht spezifisch rechts aufgeladen ist. Jugendliche, die in der Selbstfindungsphase sind und wissen möchten, wo sie hingehören, sind oftmals gerne bereit, sich hier einzufügen (vgl. Fenzel, 2008, S. 73). In der tabuarmer bundesdeutschen Gesellschaft vermögen rechtsextreme Verhaltensweisen enorme Provokationen freizusetzen. Rechtsextremisten können sich gewiss sein, entweder ignoriert zu werden oder dramatische Reaktionen auszulösen (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 258). Um staatliche Repressionsmaßnahmen zu umgehen und nicht gesellschaftlich stigmatisierter bzw. geächtet zu werden, ergreifen manche Gruppenangehörige Gegenmaßnahmen, um mit den eigenen politisch-ideologischen Vorstellungen auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene auftreten zu können. Speziell aufgrund der Verbote nach § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) werden die davon betroffenen Symbole szeneeintern inzwischen abgeändert⁷, ergänzt, nur in abgedeckter Form getragen oder das Zeigen in der Öffentlichkeit ganz vermieden, so dass auch der Verfassungsschutz zugibt, nicht mehr alle rechtsextremen Symbole zu kennen (vgl. Verfassungsschutz, 2008).

Mit Kleidung und anderen Bestandteilen der Mode kommt auch der Ausdruck von Einstellungen zum Tragen; dabei signalisiert Kleidung oftmals die Zugehörigkeit zu Richtungen und Gesinnungen. Die zugrundeliegenden Symboliken und Codes können für Szenefremde häufig erst durch Hintergrundwissen erschlossen werden. Entsprechende Kleidung spricht Menschen an, welche subkulturelle Codes lesen und interpretieren können, wodurch neben der Identitätsbildung auch eine Politisierung stattfindet. Als Beispiel soll hier die Berliner Kameradschaft „Frontbann 24“ aufgezeigt werden. „Frontbann 24“ war eine rechtsextremistische Gruppierung, die sich nach der 1924 gegründeten Vorläuferorganisation, der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), benannte und als die am schnellsten wachsende Neonazi-Organisation in Berlin galt. Ihre Mitglieder traten in der Öffentlichkeit in einer schwarzen Uniform auf, an deren Hemden Reichsadler, Lorbeerkranz, Frontbann-Schriftzug und am Kragen die Zahl „24“ angebracht war (siehe Abbildung 8.3). „Frontbann 24“ wurde im November 2009 in der BRD verboten.

Für Anhänger einer Subkultur oder Szene haben Kleidung und Kleidungsstil auch eine identitätsstiftende Funktion, da sie durch die Abgrenzung zu anderen Subkulturen ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen lassen. Auch für die rechtsextremistische Szene trifft zu, dass ähnliche Kleidung und Symbole Zugehörigkeit und Einstellung nach außen tragen, was wiederum identitätsbildend wirkt (vgl. Schmidt, 2008a, S. 6). Hierzu zählte in der rechtsextremen Szene bis vor ein paar Jahren das Tragen uniformähnlicher Kleidungsstücke, was sich jedoch in der Zwischenzeit gewandelt hat, so dass aufgrund der Kleidung und des Erscheinungsbildes keine eindeutige Zuordnung mehr vorgenommen werden kann (vgl. AAS, 2009).

⁷Das Symbol des Hakenkreuzes wird laut BGH Urteil vom 31.07.2002, Az.:3 StR 495/01 auch in abgewandelter Form bestraft (vgl. Verfassungsschutz, 2008, S. 42).

Abbildung 8.3: „Frontbann 24“



(Quelle: AAS, 2009)

Das äußere Erscheinungsbild der Autonomen Nationalisten ist beispielsweise durch die Übernahme des Kleidungsstils des „Schwarzen Blocks“ der linksextremistischen Autonomen Szene gekennzeichnet.⁸ Bei Demonstrationen treten AN in einheitlicher schwarzer Kleidung auf, tragen Baseballkappen oder Kapuzenpullover, Sonnenbrillen und gelegentlich auch sogenannte Palästinensertücher; letztlich also eine Bekleidung, die nicht nur ein geschlossenes Auftreten in einem „Schwarzen Block“ ermöglicht, sondern auch der Vermummung dienen kann (vgl. Innenministerium, 2010, S. 185). Im Folgenden werden diverse aktuell verwendete Symbole beschrieben:

Die Triskele:Die manchmal auch als „Sonnenrad“ bezeichnete Rune war das Abzeichen der SS-Freiwilligen-Grenadierdivision Langemark. Außerdem wurde sie in Südafrika als Burenrad von den Gegnern der Rassengleichberechtigung sowie vom Ku-Klux-Klan verwendet. Die Triskele war auch das Zeichen der Jugendorganisation „White Youth“ (dt. Weisse Jugend) der „Blood and Honour“ – Division Deutschland. In diesem Zusammenhang ist das Zeichen gemäß § 86a StGB strafbar (vgl. Zivilcourage, 2007, S. 2).

Zahnrad im Verbund mit dem Hakenkreuz: Im Nationalsozialismus (NS) bildete das Zahnrad im Verbund mit dem Hakenkreuz die Organisationssymbolik der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der größten NS-Massenorganisation. Es war auch Teil des Organisationsabzeichens der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) bis zu ihrem Verbot im Jahre 1995. Das Zahnrad unterliegt keinem umfassenden Verbot, da es seit dem Zeitalter der Industrialisierung als Symbol für Technik, Fortschritt und Arbeit dient, als solches heute noch u.a. vom Technischen Hilfswerk (THW) verwendet wird. Da das Zahnrad aufgrund der wechselvollen Geschichte weitgehend straffrei gezeigt werden darf, hat es einen hohen Gebrauchswert für die Neonazi-Szene. Es wird bei den Hammerskins oder den Gruppen der Freien Kameradschaften verwendet und auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands entdeckte das Symbol für sich wieder.

⁸Der „Schwarzen Block“ stellt eine Demonstrationstaktik von Gruppierungen dar, die durch meist schwarze, einheitliche Kleidung und Vermummung nach außen ein homogenes Bild abgeben. Außenstehenden soll die Einheitlichkeit Solidarität vermitteln und sie dient gleichzeitig der Identifikationsvermeidung z.B. durch die Polizei.

Abbildung 8.4: Gauwinkel/Gaudreieck



(Quelle: Zivilcourage, 2007, S. 2)

Die Neonazi-Band FAUSTRECHT ließ eine ihrer CDs in Form des Zahnrades ausstanzen (vgl. AAS, 2009). In originaler Darstellung, wie auch mit dem Schriftzug FAP ist die Verwendung des Zahnrades in der BRD verboten (vgl. Zivilcourage, 2007, S. 2).

Gauwinkel oder Gaudreieck: Im Nationalsozialismus wiesen Gauwinkel oder Gaudreieck die Träger als Angehörige aus einem bestimmten Gau der NSDAP oder der Hitlerjugend bzw. ihrer Unterorganisationen aus. Das Gaudreieck wurde vom Deutschen Jungvolk (DJ), der Hitlerjugend (HJ) sowie dem Bund Deutscher Mädel (BDM) am Oberarm getragen und diente zur geografischen Einordnung der einzelnen Mitglieder (vgl. Zivilcourage, 2007, S. 2). Heute verwendet es die Neonazi-Szene zur Kennzeichnung der Herkunft bzw. lokalen Zugehörigkeit (Bundesland oder Region) als Ärmelaufnäher, wobei bisweilen die ehemaligen Gaubezeichnungen des Dritten Reiches übernommen werden (siehe Abbildung 8.4). Der Bundesgerichtshof entschied im Juli 2002, dass das Gaudreieck als NS-Symbol gilt und dass das Verwenden daher in Deutschland verboten ist, auch wenn die Abzeichen in der Öffentlichkeit nicht mehr als NS-Symbole wahrgenommen werden (vgl. AAS, 2009).

Schwarze Sonne: Im Nationalsozialismus diente die Schwarze Sonne, die als ein zwölfarmiges Hakenkreuz oder als Rad aus zwölf Sig-Runen gedeutet werden kann, der Schutzstaffel der NSDAP (SS) als Sinnbild einer nordisch-heidnischen Religion und eines uralten geheimen Wissens. Heute symbolisiert sie in extrem rechten Kreisen die Verbundenheit mit den arteigenen Wertvorstellungen. In weiten Teilen der rechtsextremen Szene erfreut sich die Schwarze Sonne (siehe Abbildung 8.5) nach dem Entwurf der SS hoher Popularität: Sie findet Verwendung als Gruppensymbol, als Schmuckstück, Anstecknadel, Tischdecke, Fahne, Uhrzifferblatt und T-Shirt-Motiv. Das Symbol ist in der BRD nicht verboten (vgl. AAS, 2009).

Die rechtsextremistische Skinheadszene wird in der öffentlich-medialen Wahrnehmung mit einem stereotypen, uniformen äußeren Erscheinungsbild assoziiert. In der Tat sind in Teilen dieser Szene bis in die Gegenwart typische Erkennungsmerkmale wie Kahlkopf, Springerstiefel und Bomberjacke anzutreffen. Seit einiger Zeit ist allerdings die Tendenz zu beobachten, sich hiervon zu lösen. Es werden bei anderen jugendlichen Subkulturen Anleihen genommen und längeren Haaren, modischer Kleidung und Turnschuhen der Vorzug gegeben. Unabhängig davon, dass diese verbreitete Reduktion auf (rechte) Skinheads und Neonazis beziehungsweise auf deren Symbole und Äußerlichkeiten der komplexen Vielgestaltigkeit des deutschen Rechtsextremismus nicht gerecht wird, hat sie dazu beigetragen, die bundesdeutsche Gesellschaft gegen rechtsextremistische Skinheads und Neonazis sowie gegenüber derer gewaltbejahenden Gesinnung zu sensibilisieren. Rechtsextremistische Skinheads und Neonazis sind laut

Abbildung 8.5: Schwarze Sonne



(Quelle: AAS, 2009)

Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland gesamtgesellschaftlich isoliert (vgl. Innenministerium, 2010, S. 168). Zu der breiten gesellschaftlichen Ächtung gesellt sich in den letzten Jahren auch Kritik aus den Reihen der rechtsextremen Gesamtszene: Manche Rechtsextremisten befürchten, dass das martialische Erscheinungsbild von rechten Skinheads mit Bürgerschreck-Image negative Auswirkungen auf das eigene Bild in der Öffentlichkeit haben könnte.

Die rechtsextreme Jugendkultur ist nach Einschätzung von Kohlstruck/Münch (2006) als ein Misch- und Übergangsfeld von szenekulturellem Eigensinn und politischem Protest zu verstehen (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 313). Angehörige dieser Jugendszene vertreten nicht zwingend eine rechtsextremistische Ideologie. Das Tragen bestimmter Kleidermarken gilt als (niedrigschwelliges) rechtsextremes Verhalten. Dazu gehören Marken wie CONSDAPLE, MASTERRACE, WALHALL GERMANY oder THOR STEINAR. Ebenso zählt dazu, Musik der Gruppen ENDSTUFE, NORDWIND, KRAFTSCHLAG, STÖRKRAFT oder LANDSER zu hören. Das Hören dieser Musik bzw. das Tragen bestimmter Kleidung steht jedoch nicht zwangsläufig mit einer entsprechenden Einstellung im Zusammenhang (vgl. Baier u. a., 2009, S. 119). Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Gruppenangehörigen auf das politische System einwirken wollen.

Als Konsequenz einer öffentlichen Stigmatisierung als Rechtsextremist aufgrund eines der Szene zugeordneten Outfits kann in Deutschland ein umfangreiches Repertoire sozialer Ausgrenzung erfolgen. Das Tragen von THOR STEINAR-Kleidung ist zum Beispiel für Besucher und Beschäftigte im Deutschen Bundestag, aber auch in zahlreichen deutschen Fußballstadien verboten.

Kleidermarken reagieren unterschiedlich auf eine Zuordnung zur rechtsextremistischen Szene. So gibt es Marken, die offen rechtsextrem auftreten und somit Anerkennung in der Szene genießen, jedoch dafür öffentliche Stigmatisierung und Ablehnung sowie juristische Verbote riskieren. Die 2008 an das arabische Unternehmen Al Zarooni Tureva verkaufte Marke THOR STEINAR (MediaTex GmbH) distanziert sich im Gegensatz zu den Marken LONSDALE oder FRED PERRY, deren Kleidung unter anderem auch von rechtsextremen Szeneangehörigen getragen werden, nicht in öffentlichen Kampagnen von Neonazismus-Vorwürfen (vgl. Schmidt, 2008a, S. 7).

8.4 Theoretische Erklärungsansätze zu jungendlichem Rechtsextremismus

Insbesondere bei Straftaten – speziell bei Gewalttaten gegen Migranten – wird selten die tatsächliche Tatmotivation der zumeist jugendlichen Täter hinterfragt. Es wird oftmals a priori von einem Akt der Fremdenfeindlichkeit im Zusammenhang mit rechtsextremer Gesinnung beziehungsweise rechtsextremer Ideologie mit dem Feindbild des Fremden ausgegangen. Lediglich das rechtsextreme Exklusionsdenken wird zur Einstufung herangezogen. Während es für die sozialwissenschaftliche Perspektive erforderlich scheint, fremdenfeindliche Gewaltstraftaten nach ihrer Handlungslogik zu differenzieren, orientiert sich die polizeiliche Kriminalstatistik in ihren Kategorien an der strafgesetzlichen Legaldefinition und nicht an Fragestellungen wie z.B. den Ursachen und Gründen devianten Verhaltens.⁹

Die folgenden theoretischen Erklärungsansätze stellen einen Ausschnitt aus den möglichen Sichtweisen im Erklärungszusammenhang mit jungendlichem Rechtsextremismus dar.

8.4.1 Individualisierungsthese

Da bei der Lebensbewältigung in der heutigen Gesellschaft Flexibilisierung statt institutioneller Festlegung im Vordergrund steht, müssen die Jugendlichen erfahren, dass unter der Prämisse der Individualisierung und Pluralisierung die Identitätserfahrung in den traditionellen Institutionen nur noch eingeschränkt möglich ist (vgl. Tietze, 1997, S. 366)/(vgl. Böhnisch u. Münchmeier, 1993, S. 17). Gleichzeitig ist mit dem gesellschaftlichen Individualisierungsschub von bisher unbekannter Reichweite und Dynamik und der damit einhergehenden zunehmenden Individualisierung der sozialen Risiken ein nachlassendes Interesse an Mitmenschen und eine Entsolidarisierung der Gesellschaft festzustellen (vgl. Prah, 2002, S. 83)/(vgl. Herlyn, 1988, S. 113)/(vgl. Coleman, 1986, S. 184). Nach Auffassung von Hamm (2000) propagiert die derzeitige Gesellschaft einen rücksichtslosen Egoismus (vgl. Hamm, 2000).

Vertreter der Individualisierungsthese sehen den zentralen Ursachenkomplex für jugendliche Gewalt im Rückgang verlässlicher Lebensgemeinschaften und den damit einhergehenden Prozessen kultureller Enttraditionalisierung, die einerseits individuelle Entscheidungsoptionen vergrößern (inklusive aller Opportunitätskosten), andererseits fehlen aber auch traditionelle Orientierungen zum Aufbau und Erhalt personaler und sozialer Identität. Sie führen damit zu einem Orientierungsvakuum (vgl. Jaschke, 2006)/(vgl. Funk, 2005)/(vgl. Beck, 2003)/(vgl. Möller, 2001, S. 197). Der Zuwachs an Individualisierungschancen wird durch Prozesse der Entindividualisierung und durch die Verbreitung subjektiver Gefühle individueller Ersetzbarkeit und Austauschbarkeit begleitet und konterkariert (vgl. Heitmeyer, 1995, S. 39).

⁹Rechtsextremistische Gewalt ist von verschiedenen Handlungsvoraussetzungen, Kontextbedingungen und Eskalationsfaktoren abhängig, die ihrerseits in komplexen Beziehungen zueinander stehen. Ein bedeutender Einflussfaktor für die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen ist beispielsweise die Eltern-Kind-Bindung und deren spätere Verarbeitung im Jugend- und Erwachsenenalter (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 6). Es hat sich bei Untersuchungen gezeigt, dass Personen mit rechtsextremen Orientierungen zu autoritärer Aggression tendierten und in moralischen Konflikten deutlich weniger normenorientiert, sondern zugunsten der eigenen Interessen entschieden (ebd.).

Da heute in einer Zeit des Pluralismus einer postmodernen Gesellschaft ein zunehmendes Angebot an akzeptierten Lebensentwürfen existiert, wird die für die Jugendphase typische Identitätssuche nicht unbedingt erleichtert. Die damit einhergehende Relativierung einzelner Werte- und Normenvorstellungen kann mit einem Haltverlust verbunden sein. Die Schattenseiten der Individualisierung führen dazu, dass der Verlust von sozialen Zugehörigkeiten einen Rückgriff auf solche Positionen mit sich bringt, die einem nicht genommen werden können. Hier werden ethnische oder nationale Zugehörigkeiten zu Stabilisatoren gegen Verunsicherung und Unübersichtlichkeiten. Diese seelische Unausgewogenheit macht Jugendliche empfänglich für Propaganda (vgl. Fenzel, 2008, S. 73). Das Angebot einer eindeutigen sozialen Verortung über nationale und ethnische Kriterien seitens rechtsextremistischer Gruppierungen wird von verunsicherten Jugendlichen als Identitätshilfe angenommen.

Gruppen werden seit den 1970er Jahren zunehmend zu einem Zufluchtsort des Individuums; zu einer Möglichkeit, gesellschaftlichen Zwängen zu entgehen oder ihnen standzuhalten (vgl. Schäfers, 2010, S. 131). Für einen Teil der deutschstämmigen Jugendlichen gipfelt die Identitätssuche im Anschluss an rechtsextreme Gruppierungen, die ihnen Halt, Schutz und Verhaltenssicherheit geben. Über die sozialen Beziehungen und Gruppenkontakte spielen diese Gruppen eine integrierende Rolle für ihre Mitglieder. Sie sind die Netzwerke, die den Jugendlichen helfen, sich als Teil des Ganzen zu verstehen. Sie schaffen Identität, vermindern den Individualisierungsdruck, kommen dem Sicherheitsbedürfnis entgegen und helfen den Jugendlichen, ihren Alltag zu meistern.

8.4.2 Modernisierungsverlierer-Theorie

Die Vertreter der Modernisierungsverlierer-Theorie bewerten Rechtsextremismus als eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (Kock, 2006, S. 209), bei der von den Auswirkungen rapider sozialer Veränderungen Betroffene dazu tendieren, eine Abwehrhaltung zu entwickeln. Dabei sind vordergründig religiöse oder ethnische Konflikte stets auch solche um ökonomische Bedingungen respektive um knappe Ressourcen.¹⁰ Die Lebenswelt der Jugendlichen wird zunehmend zu einer Winner-Loser-Kultur. Wenn auf der Verliererseite eine Dissonanz zwischen Aspirationen und Verfügbarkeitswahrnehmung auftritt, entsteht Unzufriedenheit und Frustration. Die Chancenlosen suchen nach Sündenböcken (scape goats), die für ihre Lage verantwortlich sind. Relative Deprivation als Diskrepanz zwischen Werterwartungen (value expectations) und Wertverwirklichungschancen (value capabilities) kann dann für die Wahl rechtsextremer Parteien ausschlaggebend sein (vgl. Kock, 2006, S. 209).

Durch Konflikte um Ressourcen, die Furcht vor sozialer Konkurrenz und dem Verlust der eigenen kulturellen Identität können bereits bestehende Verunsicherungen noch verstärkt und insbesondere in wirtschaftlich schlechter Situation zum Nährboden für Fremdenfeindlichkeit in Form von Aggressionen gegen Minderheiten und rassistisch motivierter Gewalt werden. Vor allem in einer Gesellschaft, die individuelle Leistungsbereitschaft als hohen Wert ansieht,

¹⁰Die Konkurrenz um knappe Ressourcen führt dazu, dass sowohl deutsche als auch türkische Probanden in einer Studie von Schröder (2000) die Ursachen für wirtschaftliche und soziale Probleme bei der jeweils anderen Gruppe sehen. Bei den deutschen Befragten war es jeder Vierte, bei den türkischen Befragten war es jeder Zweite, der eine solche Zuschreibung vornahm (vgl. Friedrichs u. Blasius, 2001, S. 50).

verhindert eine Kumulation von ökonomischer Schwäche und Perspektivenlosigkeit die Partizipation am gesellschaftlichen Leben und führt im Extremfall zur Hinwendung zu extremistischen Szenen. Diese sozialen Konflikte können dann auch zu Gewalt überleiten (vgl. Klages, 1975, S. 40).

Entsprechend der Modernisierungsverlierer-Theorie gelten das Auftreten und die Veränderungen auf der Makroebene und die dadurch ausgelösten Verunsicherungen als zentrale Ursache rechtsextremer Einstellungen. Diese Veränderungen werden auf der individuellen Ebene (Mikroebene) als Bedrohung empfunden und lösen Zukunftsängste aus. Durch eine Zuflucht zu rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensmustern versuchen die jugendlichen Modernisierungsverlierer, diese Ängste zu reduzieren. Modernisierung hat aus dieser Sicht zu einer Verschärfung ethnischer Unterschiede beigetragen (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 33).

Hinsichtlich der Erklärung des jugendlichen Rechtsextremismus kann man sich allerdings nicht alleine auf sozialstrukturelle Annahmen beschränken, zum Beispiel, dass durch die Auflösung traditioneller Lebenszusammenhänge sowie durch soziale oder ökonomische Individualisierungserfahrungen ausgelöste Desintegrationsprozesse zum Ausdruck kommen (vgl. Boers, 1995, S. 377). Rund drei Viertel der Tatverdächtigen rechtsextremistischer Straftaten sind Jugendliche oder Heranwachsende. Zumindest mit Blick auf die Akteure handelt es sich demzufolge um ein Jugendphänomen.

Die Befunde zu rechtsextremistischen Gewalttättern zeigen einen höchst problematischen, defizitären und teilweise kriminogenen soziobiographischen Hintergrund. Die negative Biographie und die unreflektierte Übernahme von rechtsextremistischen Teilideologien Jugendlicher verstärken die Einschätzung, dass diese Form der Gewaltkriminalität gegenüber der sonstigen Jugendgewalt keine Sonderstellung einnimmt. Die erhobenen Befunde sind im Großen und Ganzen vergleichbar mit den soziographischen Daten von Gewalttätern (vgl. Rössner, 2006, S. 23).

Die Zugehörigkeit zur rechten Szene lässt sich bei einem Teil der Jugendlichen als die Inanspruchnahme eines von wenigen Angeboten auf dem „Gewaltmarkt“ oder auch als „Deckmantel“ interpretieren. Die Gewalttaten sind zum Großteil nicht im engen Sinne politisch reflektiert und motiviert. Es handelt sich fast ausschließlich um männliche Jugendliche und Heranwachsende, die ihre allgemeine Faszination an Gewalt mit einer rechtsextremistischen Ideologie verbinden (vgl. Rössner, 2006, S. 16). In diesen Fällen wäre zu erwarten, dass sich die fremdenfeindliche Einstellung zusammen mit der Gewaltbereitschaft abschwächt (vgl. Brandenstein u. Özsöz, 2007, S. 602).

Es herrscht Klärungsbedarf, inwieweit bei Jugendstraftätern, die durch die Strafverfolgungsinstanzen als rechtsextrem etikettiert werden, tatsächlich ideologische rechtsextremistische Orientierungsmuster vorhanden sind, in welcher Art und Weise sich diese inhaltlich äußern und auch welche Bedeutung sie für die Selbstdefinition der Jugendlichen haben.

8.5 Rechtsextremismus in der öffentlichen Perzeption

Als Schlagwort in der öffentlichen Debatte, handelt es sich bei dem Wort „Rechtsextremismus“ um ein Feind- oder Stigmawort, das in der BRD in hohem Maße als Kernbestandteil eines alarmistischen und simplifizierenden Diskurses geeignet ist (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006, S. 14). Das nationale Erbe einer Selbstverpflichtung zu besonderer Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus macht diesen zu einem sehr wirksamen Skandalisierungs- und Alarmsignal. Die Diagnose maximaler Gefahr verbindet sich dabei mit einem unabweisbaren Aufruf zum Handeln.

Das Thema Rechtsextremismus hat in der Öffentlichkeit im Wesentlichen drei Metafunktionen:

1. Rechtsextremismus ist nach wie vor eines der prominentesten Themen, an denen sich die Konflikte über ein gültiges kollektives Selbstverständnis aufzeigen. Rechtsextremismus – wie auch das zu ihm eingenommene Verhältnis – ist damit Medium von Diskursen zur kollektiven Identität und zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung. Der Verbreitungsgrad von Rechtsextremismus sowie die Intensität seiner gesellschaftlichen Unterstützung beziehungsweise Bekämpfung gelten gemeinhin als Indikatoren der Demokratie.
2. Das Verhältnis der Exekutive zum Rechtsextremismus ist Thema regierungskritischer Positionen. Die Statistik rechtsextremer Gewalttätigkeiten wurde zu einem Politikum in der Bundesrepublik.
3. Die innere Verbindung von Nationalsozialismus und Rechtsextremismus mit der damit einhergehenden moralischen Aufladung machte den Extremismusbegriff über seine topologisch-klassifikatorische Funktion hinaus zu einem besonderen Stigmatisierungsetikett. Vergleiche mit Nazis stellen eine besondere Form der Diffamierung und Beleidigung dar. Jemanden als „Rechtsextremisten“ oder als „Nazi“ zu bezeichnen oder auch nur in die Nähe zu rücken, ist ein hoch effektives Mittel der Diskreditierung von politischen Gegnern.¹¹ Es greift umso stärker, je mehr es gelingt, Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sprachlich und inhaltlich zu entgrenzen und einen „Kampf gegen Rechts“ zu führen (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006, S. 12).

¹¹In der türkischen Presse wurde die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Änderung des Zuwanderungsrechts als „zweiter Hitler“ bezeichnet; ein iranischer Militärsprecher erklärte, die deutsche Bundeskanzlerin sehe sich in ihren kindlichen Träumen als Adolf Hitler und auch Venezuelas Staatspräsident Hugo Chávez verglich die deutsche Bundeskanzlerin Merkel mehrfach mit Hitler. Das polnische rechtskonservative Wochenmagazin *Wprost* zeigte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, als SS-Domina auf dem Titelblatt. Als der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily im März 2005 die radikal-islamische türkische Zeitung „*Vakit*“ in Deutschland verbieten ließ, nahm das Blatt an sieben Tagen in Folge eine Schily-Fotomontage auf den Titel, mal mit Hakenkreuzbinde, mal mit Heil-Otto-Spruch, mal mit Hitlerbart. Als die Deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Damen im Halbfinale des Olympia-Turniers gegen Brasilien ausschied, meinte der schwedische TV-Moderator Rickard Olsson, Mitleid fiele da schwer, man denke nur: „Hitler, Hitler, Hitler, Hitler, Hitler!“ (vgl. SÜDDEUTSCHE, 2009)/(vgl. n tv, 2008). Nach einem Brand in einem türkischen Mietshaus wurde die Stadt Ludwigshafen als „Nazi-Nest“ bezeichnet (vgl. Elger u. Hülsen, 2008, S. 102f.), im türkischen Sender SHOW-TV lief eine mit dem Hakenkreuz entstellte Deutschlandfahne durchs Bild und in der HÜRRIYET Europaausgabe vom 05.02.2008 wird in Zusammenhang mit dem Wohnungsbrand von Neonazi-Verdacht gesprochen (vgl. Balci u. a., 2008).

Rechtsextremismus im klassischen Sinne als neonazistische, antisemitische, antidemokratische und revanchistische Bestrebung ist nach Auffassung von Britta Bannenberg (2004) heute eher eine marginale Erscheinung und stößt in der Bevölkerung gemeinhin auf Ablehnung (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 166).

Rechtsextreme Erscheinungsformen werden abgelehnt, weil Gewalt sowie extreme Outfits und paramilitärisches Auftreten bei der Bevölkerung Missfallen erregen und als Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wahrgenommen werden (vgl. Davolio u. Drilling, 2008, S. 77). Sozial-strukturell ist die Einstellung der Deutschen gegenüber Rechtsextremisten eindeutig: In Deutschland gibt es heute das Tabu der rechtsradikalen Gesinnung. In der deutschen Gesellschaft herrscht die Furcht, dass sich das Interesse und die Gewalt von partikularen Gruppen auf Kosten des Gemeinwohls durchsetzen, wenn nicht vorher ein klarer Rahmen gesetzt wird (vgl. Schiffauer, 1997, S. 46).

Zu den Folgen der nationalsozialistischen Vergangenheit – und damit zu den spezifisch deutschen Bedingungen – gehört, dass die Parallelisierung von Rechtsextremismus und Nationalsozialismus im „moralischen Unwerturteil“ die öffentliche und teilweise auch die fachliche Aufmerksamkeit lenkt. Das Thema wird im Horizont einer Gefahrenabwehr behandelt und ist auch Medium für themenunspezifische Diskurse und Orte von Konfliktaustragung (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006). Dabei ist die öffentliche Diskussion um die Bedeutung von Rechtsextremismus von emotionaler Heftigkeit und tiefen Kontroversen geprägt: Während die einen beklagen, dem Thema würde zu viel Aufmerksamkeit zuteil, sind die anderen der Überzeugung, Politik und Gesellschaft stünden Rechtsextremismus hilflos gegenüber (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 258).

8.6 Politisch motivierte Kriminalität: Phänomenbereich PMK-rechts

Welche Gewalttat vom Gesetzgeber als politische Kriminalität erfasst wird, unterliegt wechselnden Definitionen, die immer auch von gesellschaftlichen Diskursen und politischen Kräfteverhältnissen abhängen (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 329). Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) wurde nach einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) zum 01.01.2001 eingeführt. Zentrales Erfassungskriterium dieses Meldesystems ist die politische Motivation einer Tat.¹²

Die erfassten Sachverhalte werden im Rahmen einer mehrdimensionalen Betrachtung bewertet. Hierzu zählen insbesondere Feststellungen zur Qualität des Delikts, zur objektiven thematischen Zuordnung der Tat, zum subjektiven Tathintergrund, zur möglichen internationalen Dimension der Tat und zu einer gegebenenfalls zu verzeichnenden extremistischen Ausprägung der Tat. In diesem Zusammenhang wurde auch der Bereich der Gewaltdelikte erweitert und bundeseinheitlich festgelegt. Bisher wurden Straftaten ebenso wie Propaganda-Delikte nur dann als politisch motivierte Straftaten erfasst, wenn auch der politisch-ideologische Hintergrund aufgeklärt werden konnte. Die Länder erfassen nun diese Taten generell als PMK-rechts. Damit soll jedes verwendete rechtsextreme Symbol als politisch rechts motivierte Straftat gewertet werden. Durch die Änderung der Erfassungskriterien ist ein Vergleich zu den Zahlen aus den Vorjahren methodisch schwierig und wissenschaftlich kaum zu beurteilen. Überdies gibt es einen gewissen polizeilichen Entscheidungsraum, ab wann eine Straftat als rechtsextrem oder fremdenfeindlich erfasst wird.

Nach den Grundsätzen des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ bilden politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität (vgl. BMI, 2008b). Politisch motivierte Kriminalität und Gewalt sind in

Tabelle 8.2: Politisch motivierte Kriminalität (PMK)-rechts (2008/2009)

Politisch motivierte Kriminalität PMK Phänomenbereich Rechts	Bund (in Personen)		Baden-Württemberg (in Personen)	
	2009	2008	2009	2008
PMK - rechts - insgesamt	19.468	20.422	1.269	1.220
Davon: rechtsextremistische Straftaten	18.750	19.804	1.139	1.209
Davon: rechtsextremistische Gewalttaten	891	1.042	47	56

(Eigene Darstellung in Anlehnung an Innenministerium, 2010, S. 155)

der BRD nach Auffassung von Roland Eckert (2003) weder im internationalen Vergleich noch in historischer Perspektive dramatisch hoch (vgl. Eckert, 2003, S. 56).

¹²Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes beziehungsweise ihres gesellschaftlichen Status richtet (vgl. BMI, 2008b, S. 30).

Politisch rechts motivierte Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund sind im Jahr 2009 gegenüber 2008 insgesamt um etwa 16%, politisch rechts motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund um etwa 10,5% zurückgegangen (vgl. BMI, 2010a).

Für 2009 ist bundesweit im Bereich der politisch motivierten Kriminalität PMK-rechts im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Rückgang rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten um 4,7% zu beobachten (vgl. Innenministerium, 2010)/(siehe Tabelle 8.2). Bei extremistischen Gewalttaten PMK-rechts ist ein deutlicher Rückgang um 14,5% (insbesondere bei den Körperverletzungsdelikten) festzustellen (vgl. BMI, 2010a). Als häufigste Deliktart fielen 2009 im Bereich der PMK-rechts nach wie vor Propagandadelikte mit einem Anteil an allen rechten Straftaten von 68,3% (2008: 69,9%) auf (vgl. Innenministerium, 2010)

Die Aufklärungsquote aller politisch motivierten Straftaten lag 2009 bei 39,4% (2008: 40,5%). Das Innenministerium führt diesen Rückgang vor allem auf die erneute Zunahme von Sachbeschädigungen zurück. Bei diesen Delikten gibt es regelmäßig nur geringere Aufklärungsquoten. Dagegen konnten zwei Drittel aller Gewaltdelikte aufgeklärt werden (ebd.).

8.7 Sanktionierung rechtsextremistischer Straf- und Gewalttäter durch Haft

Durch die Inhaftierung rechtsextremer Deutschstämmiger zum Beispiel aufgrund eines Verstoßes gegen StGB §130 (Volksverhetzung) werden Jugendstrafanstalten auch von einer spezifischen Gefangenengruppe belegt, über die kaum etwas bekannt ist. Schwierig dürfte sich in diesem Zusammenhang die Tatsache erweisen, dass einerseits die deutschen Jugendhaftanstalten zu einem überproportional hohen Anteil von nicht deutschstämmigen Jugendlichen belegt sind, andererseits richtet sich die rechtsextremistische Ideologie Deutschstämmiger gegen Ausländer.¹³ Befinden sich unter den nicht deutschstämmigen Mitgefangenen Anhänger der türkisch-nationalen rechtsextremistischen Vereinigung der „Grauen Wölfe“, so eröffnet sich ein weiterer Konfliktbereich, da beide Extremistengruppierungen andere Ethnien als minderwertig ablehnen.

Wie sich Freiheitsentzug auf fremdenfeindliche Gewalttäter auswirkt, lässt sich wegen der Heterogenität dieser Tätergruppe nicht eindeutig und pauschal beurteilen. Die Wirkung hängt zum Großteil auch vom generellen Verhältnis der Häftlinge zum Staat ab. Während in der Regel Gefangene ihre Strafe als eine normale Reaktion auf ihre Tat empfinden und akzeptieren, ist bei deutschstämmigen rechtsextremistischen Gewalttätern nicht auszuschließen, dass sie eine Bestrafung für ungerechtfertigt halten und ihre Kritik am Staat zusätzlich noch bestätigt sehen.

Eine fremdenfeindliche Gewalttat lässt sich auch als ablehnende Botschaft gegenüber dem Staat verstehen. Es ist daher zu bedenken, dass deutschstämmige rechtsextreme Jugendliche von einer Instanz bestraft werden, gegen deren verfassungsmäßige Grundausrichtung sie mit ihrer Tat rebelliert haben. Nach ihrer Denkweise werden sie durch die Inhaftierung dafür bestraft, dass sie für ihr Land eingetreten sind (vgl. Fenzel, 2008, S. 75).

Eine neuere empirische Untersuchung in Jugendstrafanstalten in der BRD lässt den strafrechtlichen Umgang mit deutschstämmigen rechtsextremen Jugendlichen in keinem besonders positiven Licht erscheinen: Die Strafe als Abschreckung versagt, denn mit zunehmender Aufenthaltsdauer im Gefängnis nimmt der Abschreckungseffekt ab und die Jugendlichen gewöhnen sich zwangsläufig an die Situation (vgl. Heinz, 2008).

Die überwiegend unter jungen Menschen anzutreffende rechtsextremistisch motivierte Gewalt deutet rein statistisch darauf hin, dass die Gewaltbereitschaft jugendlicher rechtsextremistischer Inhaftierter weniger wegen der Hafterfahrungen an sich, sondern aufgrund des altersbedingten generellen Rückgangs der Aggressions- und Gewaltbereitschaft im Zeitverlauf abnimmt (vgl. Brandenstein u. Özsöz, 2007, S. 602).

Je mehr die Gewalt ideologisch motiviert ist, desto weniger scheint auch die Gewaltbereitschaft während der Haftzeit zurückzugehen. Für gewöhnlich ist nach der Haftentlassung nicht mehr damit zu rechnen, dass die Jugendlichen schwer rückfällig werden, auch möchten viele

¹³Männliche türkische Jugendliche sind mehr als doppelt so oft Mehrfachtäter von Gewalt wie Deutsche. Auf 100 türkische Jugendliche entfallen pro Jahr fast dreimal so viele Gewalttaten wie auf gleichaltrige Deutsche. Ende Mai 1998 betrug in den westdeutschen Jugendstrafanstalten der Anteil der jungen Türken 15% und lag damit fast dreimal so hoch wie ihr Bevölkerungsanteil in der entsprechenden Altersgruppe (vgl. Pfeiffer u. Wetzels, 1998, S. 2).

Jugendliche im Anschluss an ihre Haftzeit wenig bis gar nichts mehr mit der rechten Szene zu tun haben (vgl. Fenzel, 2008, S. 77).

Personen mit starken ethnischen Vorurteilen sind schwer zu erreichen. Aus der Art und Weise, wie die jungen Täter ihre ausländerfeindlichen Gewalttaten rechtfertigen, lassen sich jedoch Aussagen darüber treffen, wie tief rechtsorientierte Überzeugungen in ihrem Selbstkonzept verankert sind (vgl. Brandenstein u. Özsöz, 2007, S. 601).

Bei näherer Betrachtung der Straftäter und ihrer Tatmotive erscheint jedoch längst nicht alles rechtsextremistisch, was sich auf den ersten Blick so darstellt. Nach Erkenntnissen von Brandenstein/Özsöz (2007) handelt es sich bei der Mehrzahl der untersuchten jungen Männer um Mehrfachstraftäter, bei denen rechtsextremistische Ideologien häufig als Deckmantel für allgemeine Aggressionen dienen (ebd.).

9 Ausländerextremismus in der BRD

9.1 **Ausländerextremismus in der BRD**

„Ausländerextremismus“ ist ein Sammelbegriff für extremistische Bestrebungen von Migranten respektive Migrantenorganisationen. Es kann sich dabei der Sache nach um links- oder rechtsextremistische, extrem nationalistische, separatistische und andere Bestrebungen handeln (vgl. LAFVS, 2007, S. 5). Der Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ (PMAK) umfasst auch die Teilmenge der politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Im Jahr 2009 wurden 966 politisch motivierten Straftaten PMAK verzeichnet (2008: 1.484) und 100 (2008: 113) politisch motivierten Gewalttaten PMAK (vgl. BMI, 2010a). 2008 war Baden-Württemberg quantitativ das von Gewalttaten im Zusammenhang mit Ausländerextremismus am stärksten belastete Bundesland in der BRD (vgl. BMI, 2009b, S. 49). Ein bundesweiter Vergleich der Entwicklung politisch motivierter Gewalttaten im Jahr 2009 zeigt bei politisch motivierten Gewalttaten PMK rechts eine Abnahme um 13,8% während bei politisch motivierten Gewalttaten PMAK eine Zunahme um 0,7% verzeichnet wird (vgl. BMI, 2010a).

Die weltweiten Wanderungsbewegungen führen sowohl zu gemeinsamen hybriden Kulturmustern als auch zu ethnischen oder religiösen Identitätspolitikern, die tatsächliche oder imaginierte Herkünfte überhöhen, und als Gegenpol zum postmodernen Wertepluralismus stehen. Vor allem ideologisch-extremistisch ausgerichtete Vereinigungen und politische Gruppierungen von Ausländern in Deutschland werden zunehmend problematisch für die deutsche Gesellschaft (vgl. Eckert, 2003, S. 55). Durch die Verfestigung des Aufenthalts von Ausländern in der BRD¹ gewinnen Bestrebungen ausländischer Extremisten gegen die grundrechtlichen Wertprinzipien zunehmend an Bedeutung. Der Regelkreislauf, der dem Ausländerextremismus zugrunde liegt, geht von einem Konflikt im Ausland aus, der über die Migration von Menschen in andere Länder weitergetragen wird. Über den Rückfluss von Geld durch die Migranten an die in der Heimat Verbliebenen sowie eine mögliche Austragung von Kämpfen und Konflikten durch die Auswanderer auch im Zuwanderungsland, wird der ursprüngliche Konflikt nun auch zum Extremismusproblem des Aufnahmelandes (vgl. LAFVS, 2007, S. 8). Eine weitere Folge solcher „Konfliktmigrationen“ sind gewaltsam ausgetragene Konflikte zwischen Angehörigen konkurrierender ausländischer Gruppierungen. Vielfach gehört es innerhalb dieser Zirkel zum Selbstverständnis, dass die eigene Ideologie universale Gültigkeit besitzt. Um diesen Anspruch gegen Rivalen durchzusetzen, wird nicht selten zu den Mitteln der Hetze, der Diffamierung und letztendlich zur Gewalt gegriffen.

Die ersten bereits in den 1970er Jahren in der BRD gegründeten türkischen Verbände waren durchweg politisch, zum Teil auch ganz rechts ausgerichtet, wie zum Beispiel die „Grauen Wölfe“ (vgl. Lau, 2007). Türkisch-rechtsextreme Gruppierungen wie „Milli Görüs“ oder die „Grauen Wölfe“ prägten den Begriff eines „europäischen Türkentums“ und wollen zur Wiedergewinnung ethnisch-nationaler Identität² beitragen (vgl. Martin, 2006).

¹Der Ausländeranteil in Deutschland stieg zwischen 1951 und 2007 von einer Million auf 8,2 Millionen Personen an. Stuttgart, die Landeshauptstadt Baden-Württembergs, war im Januar 2007 die migrantenreichste Stadt Deutschlands mit 40,1% Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund (vgl. DESTATIS, 2008).

²20 Kinder aus der Stadt Kirsehir malten mit ihrem eigenen Blut die türkische Flagge. Die nationalistische Zeitung Tercüman legte Kopien des Originals ihrer Ausgabe am 16.01.2008 bei. Kritiker der Aktion bezeichnete das Blatt als „Feinde der türkischen Flagge“ (vgl. Hermann, 2008, S. 11).

Politische Orientierungen werden über Eltern und Großeltern tradiert, von älteren Geschwistern sowie Gleichaltrigen erlernt oder medial vermittelt. Dabei kann die Kombination der emotionalen Beziehung zu Vater und Mutter mit deren politischen Einstellungen sowie eventuell vorhandenen ethnischen Vorurteilen die Einstellungsentwicklung vorantreiben. Jeder dieser Faktoren für sich allein zeigt jedoch keinen Einfluss auf die politische Orientierung (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 7). Antisemitische Stereotype und Propaganda werden auch von Migranten, die aus der arabischen Welt, aus Nord-Afrika oder der Türkei stammen, und deren Nachkommen artikuliert. Die politischen Strömungen der Türkei finden nachweislich ihren Nachhall auch unter Türkeistämmigen in Deutschland (vgl. Bodemann u. Yurdakul, 2005, S. 443). Während die türkischen Großeltern und Eltern in der BRD in weit geringerem Maße straffällig wurden als die dritte Generation, werden türkeistämmige Jugendliche zunehmend extremistischer in ihren Einstellungen (ebd.).

Ein steigender Anteil von Minoritäten erhöht nach Hubert M. Blalock (1967) auch das Potenzial für die politische Mobilisierung der Minorität – und dies möglicherweise auch gegen die Majorität. Innerhalb der Mehrheitsgesellschaft kann dies zur Furcht vor einer politischen Verschiebung respektive zur Angst vor Verlust der politischen Macht („Power Threat Hypothesis“) führen (vgl. Blalock, 1967, S. 147f.). Generelle Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Minorität über das Wahlrecht im Aufnahmeland verfügt. In der BRD besitzt aufgrund des bis Januar 2000 geltenden Abstammungsprinzips bei der Staatsbürgerschaft ein erheblicher Anteil an Zugewanderten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Insbesondere „Milli Görüs“ legt Wert auf die Einbürgerung türkischer Einwohner Deutschlands, um über deren Wahlrecht auch in der BRD politischen Einfluss nehmen zu können. Nach Heitmeyers Auffassung ist im Zusammenhang mit Ausländerextremismus „[...] das Verhalten relevanter Teile politischer und kultureller Eliten wie auch religiöser Amtsträger gegenüber Gruppen wie Milli Görüs, als dem Prototyp eines taktierenden Islamismus, deren Zeitung auch den Terror als Vergeltung betitelt hat, [...] zum Teil von bodenloser Naivität und Opportunismus.“ (Heitmeyer, 2004, S. 125).³

Indem sich Aktionsräume für extremistische Organisationen bieten, kann es in abgeschotteten Zuwandererquartieren auch zu Gegenkulturen zum Leitbild einer offenen Gesellschaft kommen.⁴ Eine Prognose, wie viele türkeistämmige Jugendliche bereits unter dem Einfluss des extremistisch-ethnischen Nationalismus stehen, ist schwer zu treffen. Diesbezüglich herrscht noch ein eklatantes Forschungsdefizit. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass in der BRD mindestens jeder Dritte der jugendlichen Türkeistämmigen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren einem gewaltfixierten türkisch-ethnischen Nationalismus zugewandt ist (vgl. Martin, 2006).

³Die Tageszeitung MILLI GAZETE gilt als formal unabhängiges Sprachrohr der Milli Görüs-Bewegung. Zitat aus der Ausgabe vom 29.05.2007, S. 5: „Eroberung heißt, die Tore, die sich für den Islam verschließen, bis in Ewigkeit zu öffnen. [...] Eroberung heißt, sämtliche nicht mit dem Islam zu vereinbarende Formen von Gebräuchen und Sitten niederzureißen und die Menschen aus der Umzingelung dieser Gebräuche zu befreien. [...] Eroberung bedeutet, den Besitz des Volkes aus den Kassen derjenigen, die sich im Unrecht befinden, zu entnehmen und denjenigen zu übergeben, die im Recht sind. [...] Eroberung heißt, ausschließlich Diener Allahs zu sein und Generationen heranzuziehen, die nicht Dienern dienen.“ (LfV, 2008, S. 201).

⁴Unter den mehr als 2.000 Moscheen, islamischen Zentren und Gebetsräume der Bundesrepublik befinden sich laut Verfassungsschutz auch solche, die islamistischen Gruppierungen zuzurechnen sind und/oder von diesen ideologisch beeinflusst werden. Als weitere Radikalisierungsschauplätze gelten unter anderem Haftanstalten, Asylbewerberheime und Universitäten (vgl. Verfassungsschutz, 2007, S. 4).

9.2 ADÜTDF/AÜTDK und die „Grauen Wölfe“

Als aktuelles Beispiel für Ausländerextremismus in der BRD wird in dieser Arbeit die ADÜTDF vorgestellt. Die 1978 in Frankfurt gegründete „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)“ zählte 2009 deutschlandweit etwa 7.000 Mitglieder (Baden-Württemberg: 2.070) (vgl. Innenministerium, 2010, S. 123).

Die ADÜTDF/AÜTDK⁵ gilt als die inoffizielle Auslandsvertretung der türkischen Partei der Nationalistischen Bewegung MHP (Milliyetçi Hareket Partisi). Diese stützt sich hauptsächlich auf einen übersteigerten Nationalismus sowie auf die Idee einer an den Grenzen des Osmanischen Reiches orientierten Großtürkei und der Vereinigung aller Turkvölker vom Balkan bis Zentralasien. Zur eigenen Positionierung bedient sich die nationalistische Bewegung seit jeher auch rassistischer und politischer Feindbilder. An den Positionen der MHP zu aktuellen politischen Themen orientieren sich auch die „Grauen Wölfe“ in Deutschland (vgl. Innenministerium, 2010, S. 125).

Innerhalb der türkischen Ülkücü-Bewegung (türk.: Idealisten) haben sich zwei Hauptströmungen herausgebildet: Die Partei der nationalen Bewegung (MHP) sowie in Deutschland die Föderation der „Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ Die in der Öffentlichkeit als „Graue Wölfe“ (türk.: Bozkurt) bekannte Gruppierung wird dem türkischen rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet (vgl. Dantschke, 2009, S. 17)/(vgl. LAFVS, 2007, S. 35). Die Ülkücü-Bewegung ist heute weltweit organisiert. Die erhebliche Verbreitung von Übersetzungen klassischer antisemitischer Schriften wie Adolf Hitlers „Mein Kampf“ (türk.: Kavgam) und „Der Internationale Jude“ (türk.: Beynelmilel Yahudi) von Henry Ford werden nach wie vor auf der Homepage der in der Türkei beheimateten Zentrale dieser Bewegung als Lektüre empfohlen (vgl. LAFVS, 2007, S. 38).⁶

Die beiden Strömungen der Ülkücü-Bewegung verfügen über ein umfangreiches Internetnetzwerk und bauen hier seit Jahren deutlich ihre Präsenz aus.⁷ Sie nutzen es zur Selbstdarstellung sowie zur Verbreitung ihrer nationalistischen, rassistischen und Gewalt verherrlichenden Ideologie. Immer wieder fallen auf Ülkücü-Webseiten Audios und Videos der „Grauen Wölfe“ mit aggressiven audio-visuellen Animationen auf, in denen explizit zur Gewalt gegen Andersdenkende aufgerufen wird. Teilweise wird die hetzerische Propaganda mit hasserfüllten Videos und Liedern untermalt. Die meisten ihrer Webseiten sind durch Verweise miteinander verknüpft. Auf fast allen Webseiten und in vielen Videoclips findet sich der Ülkücü-Eid (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 7).

⁵Die ADÜTDF wurde 1996 umstrukturiert und umbenannt in „Konföderation der Ülkücü Türken in Europa (AÜTDK)“, deren Hauptsitz sich in Brüssel befindet (vgl. Verfassungsschutz, 2004, S. 4).

⁶Als im Jahr 2005 Berichte über den Verkauf von Hitlers Buch „Mein Kampf“ in der Türkei für Furore sorgten, wurde auf die Rolle der ADÜTDF hingewiesen: Schon vor Jahrzehnten ließ die MHP Hitlers Veröffentlichungen übersetzen und begann mit dem Vertrieb. Inzwischen gibt es mehr als 40 Auflagen (vgl. LAFVS, 2007, S. 38).

⁷Großer Beliebtheit erfreuen sich Facebook oder Video-Portale wie YouTube. Über Facebook ist es teilweise möglich, Propagandamaterial der entsprechenden Facebook-Gruppe abzurufen, ohne Näheres zur Herkunft der Schriften zu erfahren. Ülkücü-Anhänger versuchen auch durch Hackerangriffe auf deutsche Webseiten im Internet die Atmosphäre zwischen der türkischstämmigen Bevölkerung und den Deutschen zu verschlechtern und Unsicherheit und Misstrauen zu verbreiten (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 8f.).

Die hierarchisch organisierte Ülkücü-Bewegung ist auf den Basbug (den Führer) Alparslan Türkeş (1917-1997) hin ausgerichtet. Er wird als „der ewige Führer“ der Bewegung verehrt. Zu den Kernelementen ihrer Ideologie zählt die Verherrlichung des Türkentums.⁸ Das Hauptziel der Ülkücü-Bewegung ist die weltweite Vereinigung der Türken in einem fiktiven Land Turan (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 2).

Deutschland ist in der Organisationsstruktur der ADÜTDF in mehrere Gebiete (sog. Bölge) aufgeteilt. Baden-Württemberg, das die drei Gebiete BW1 (Großraum Stuttgart), BW2 (westlicher Teil des Landes) und BW3 (südöstlicher Landesteil) umfasst, bildet neben Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen einen Schwerpunkt. Hier bestehen über 45 Ortsvereine, von denen jene in Filderstadt, Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart und Wangen im Allgäu besonders aktiv sind (vgl. Innenministerium, 2010, S. 126). Der Begriff „Türk Dünyası“ (die türkische Welt) ist neben den Hauptsymbolen der Bewegung (dem grauen Wolf und den drei Halbmonden) auf fast allen Webseiten und Plattformen der Bewegung zu finden.

Das Weltbild der Anhängerschaft ist von einem rigiden Freund-Feind-Denken geprägt: Die Menschheit ist für sie in Freunde und Feinde des Türkentums aufgeteilt (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 3). Europäer zählen zu den Feinden von außen, die Deutschen zählen zu den neuen Feinden. Bei der Auswahl von Feindbildern sind auch rassistische Motive ausschlaggebend im Sinne einer Überlegenheit der türkischen über alle anderen Rassen. Die christliche Welt wird als Gegenbild zur „gerechten türkischen Welt“ dargestellt (ebd.).⁹ Die Feindseligkeit gegen Homosexuelle (Homophobie), ist unter der Anhängerschaft der Bewegung stark verbreitet.

Der antidemokratische Charakter dieser Organisation ist gepaart mit übersteigertem Nationalismus und der Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft (vgl. Innenministerium, 2010, S. 125). Die stark rassistischen, zur Intoleranz gegenüber anderen Völkern gerichteten Ansichten der „Grauen Wölfe“ sind gegen eine Völkerverständigung gerichtet. Die Gruppierung gilt als ein Sammelbecken extrem nationalistischer Türkeistämmiger. Nach Einschätzung Heitmeyers (1996) suchen die türkisch-rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ die Nähe zu islamisch-fundamentalistischen Gruppierungen (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 54).

Die ADÜTDF legt Wert darauf, dass ihre Mitglieder die Symbole und Abzeichen der Organisation öffentlich sichtbar tragen (vgl. Hocker, 1996, S. 438). Auch das MHP-Parteilogo, das drei weiße Halbmonde auf rotem Untergrund zeigt, gehört zu diesen Erkennungszeichen. Der Schriftzug CCC oder cCc ist eine vereinfachte Darstellungsweise dieses Logos. Die drei Halbmonde stellen eine Hommage an das Osmanische Reich dar, auf dessen Kriegsflagge ebenfalls drei Halbmonde abgebildet waren (vgl. Innenministerium, 2010, S. 124).

Nicht alle Anhänger dieser Bewegung sind in der ADÜTDF organisiert, sie bedienen sich jedoch einer eindeutigen Symbolik: Der mit den Fingern der rechten Hand geformte „Wolfsgruß“ ist ein unverkennbares Zeichen für die Zugehörigkeit oder auch Solidarität zur nationalistischen

⁸Staatsorgane vor Beleidigung zu schützen ist nichts Ungewöhnliches. Eine Besonderheit ist laut Dagmar Burkhart (2002) jedoch die Beleidigungsfähigkeit des Türkentums, d.h. die Beleidigung der türkischen Nation, des Staates der türkischen Republik und der Institutionen und Organe des Staates nach Art. 301 (vormals Art. 159) türkisches StGB (vgl. Burkhart, 2002, S. 266).

⁹Der Anteil der nicht-muslimischen Minderheit in der Türkei, der 2009 real weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung betrug, wurde von vielen Türken bei einer Befragung in der Türkei auf bis zu 30 Prozent geschätzt. Dies gilt als ein klares Anzeichen für existierende Feindbilder (vgl. Güsten, 2009).

Abbildung 9.1: „Wolfsgruß“



(Quelle: Reinle, 2010)

Bewegung. Mit dem erhobenen Arm ausgeführt, wird die Anlehnung dieses Grußes an Symbole rechtsextremer totalitärer Bewegungen in Europa deutlich (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 10)/(siehe Abbildung 9.1). Allerdings gilt hier wie auch bei den Symbolen der deutschen Rechtsextremisten, dass eine eindeutige Zuordnung zu einer extremistischen Vereinigung vor allem bei Jugendlichen nur bedingt an Äußerlichkeiten festzumachen ist.

Die Internetaktivitäten der Ülkücü-Anhängerschaft weisen verfassungsfeindliche Merkmale auf. Die Propaganda gegen bestimmte Nationen, Religionen, Ethnien und Minderheiten verstößt gegen das Prinzip der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG). Viele Aussagen und Darstellungen, die sich in Internet-Beiträgen der Bewegung finden, verstoßen darüber hinaus gegen die Würde des Menschen (Art. 1 GG). Der Einfluss des Ideologietransfers auf Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland ist nicht zu unterschätzen. Es wird angenommen, dass die Ülkücü-Bewegung das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Deutschland fördert (vgl. Verfassungsschutz, 2009, S. 12).

Ihre Funktionäre sind in der deutschen Öffentlichkeit bemüht, sich vom Image einer extremistischen und Gewalt ausübenden Bewegung zu lösen. Allerdings gibt es Anhaltspunkte, die die Vermutung nahelegen, dass dieses defensive Verhalten ausschließlich taktischen Erwägungen entspricht, die die Frage der Gewaltbejahung offen lassen (vgl. LAFVS, 2007, S. 35). Die „Grauen Wölfe“ erfahren von Seiten türkischer Jugendlicher in Deutschland seit Jahren einen ausgesprochen regen Zulauf (vgl. Hocker, 1996, S. 435).

Die ADÜTDF baut ihre Jugendarbeit beständig weiter aus. Sie organisiert sportliche, kulturelle und religiöse Veranstaltungen, um junge Türkeistämmige auch in der BRD an sich zu binden und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie vermittelt an die Jugendlichen ihre Botschaft, in der Fremde die türkisch-islamische Kultur verteidigen und erhalten zu müssen. Dass

Abbildung 9.2: Junge Anhänger der „Grauen Wölfe“



Auf dem Türkischen Tag in Berlin am 30.06.2007 (Quelle: Dantschke, 2009, S. 17)

dadurch für viele türkeistämmige Jugendliche Deutschland, das Land ihrer Geburt und des ständigen Aufenthaltes, als fremde Kultur dargestellt wird, wirkt abgrenzend und kontra-integrativ.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich nicht zuletzt durch das Internet eine eigene Jugendszene der Ülkücü mit weiteren Radikalisierungstendenzen etablierte, die sich durchaus mobilisierend auswirken kann.

Es ist schwer nachzuvollziehen, inwieweit die deutsche Öffentlichkeit oder auch die politischen Vertreter Deutschlands über die Absichten dieser türkischen rechtsextremistischen Organisationen und deren organisationsinternen Zielsetzungen informiert sind.¹⁰ Die mögliche Gefahr, die von derartigen Organisationen in Deutschland ausgeht, wird oftmals unterschätzt.¹¹

¹⁰Im April 2010 wurde im Internet ein Video veröffentlicht, das im Gemeindesaal der Christuskirche Reutlingen aufgenommen wurde. Es zeigt eine türkische Veranstaltung, in deren Verlauf Besucher den rechten Arm zum Wolfsgruß erheben. Am Rednerpult hängt das Banner der „Grauen Wölfe“, der heulende Wolf im Halbmond auf rotem Grund. Mesut Demirezen, Sprecher der Türkischen Gemeinschaft Organisation Reutlingen (TGO), bekundete, man dürfe den Vorgang nicht als nationalistisch werten. Es handle sich „um Zeichen aus osmanischer Zeit“ (vgl. Eissler, 2010).

¹¹Jürgen Hollstein (CDU) und die Europaabgeordnete Ruth Hieronymi weihten ein Kulturzentrum ein, das den türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfen“ zugerechnet wird. Hollstein, den die türkische Zeitung Zaman neben Faruk Bal (MHP) stehend beim Durchschneiden des roten Bandes abbildete, sagte später, er habe weder über die türkischen Gäste noch über die Ausrichtung des Vereins Bescheid gewusst. Nach Hieronymis Einschätzung gehört die Köln-Mülheimer Gemeinde nicht den „Grauen Wölfen“ an (vgl. Frangenberg u. Mucuk-Edis, 2008).

9.3 Vergleich der Ideologien deutscher und türkischer extremistischer Gruppierungen

Rechtsextremismus ist nicht lediglich eine politische Meinung unter anderen; Rechtsextremisten rütteln an den Grundpfeilern der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft (vgl. BMI, 2008b, S. 5). Mit dieser Aussage des Bundesministerium des Innern wird deutlich, dass sowohl deutsche Rechtsextremisten als auch die türkeistämmigen Rechtsextremisten „Graue Wölfe“ der Verfassung Deutschlands entgegenwirken. Extremisten gewinnen ihre Anziehungskraft vielfach nicht aus der eigenen Position, sondern häufig aus der massiven Kritik an der bestehenden Ordnung.¹² Die Ideologie spielt als Merkmal eine bedeutsame Rolle, da sie innerhalb der Gruppe Orientierung bietet. Extremistische Ideologien reduzieren die komplexen Realitäten des modernen Lebens auf wenige ideologische Leitsätze und präsentieren zur Erklärung zahlreicher vermeintlicher und tatsächlicher gesellschaftlicher Probleme Feindbildgruppen als Alleinschuldige. Ethnische Konflikte bieten hierbei besonders günstige Voraussetzungen für die Mobilisierung von Massen (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 14). Als loyal oder illoyal steht der Bürger dabei entweder drinnen oder draußen, für oder gegen die Nation (vgl. Fletcher, 1994, S. 101).

Ideologien bieten angeblich einfache Lösungen für tatsächlich schwierige gesellschaftspolitische Zusammenhänge an. Schlichte Erklärungsmuster und die Verheißung simpler Problemlösungen können auf Jugendliche, die sich noch suchend und ungefestigt in ihrer persönlichen Selbstfindungsphase befinden, eine hohe Anziehungskraft ausüben. Mit dem aufgezeigten ideologischen Weltbild wird ihnen die fatale Illusion vermittelt, diese Welt vollständig verstanden zu haben und Andersdenkenden dadurch überlegen zu sein. Von gesellschaftlichen Missständen Betroffenen werden die Selbstzweifel genommen, für ihre Situation selbst mitverantwortlich zu sein. Die Schuld daran wird stattdessen auf ideologische Feindbilder projiziert (vgl. Innenministerium, 2010, S. 170).

Vergleicht man die Berichte des deutschen Verfassungsschutzes zu Rechtsextremismus in der BRD, so sind zwischen den Gruppierungen der „Grauen Wölfe“ und den deutschen Rechtsextremisten Kongruenzflächen bezüglich deren Ideologien festzustellen: Beide Extremistengruppen definieren sich über die **Ideologie der Ungleichheit** und tendieren zur Aufwertung der jeweils eigenen nationalen Zugehörigkeit. Zu den Grundüberzeugungen der Ideologien der Ungleichheit gehört die Annahme einer naturbedingten Ungleichwertigkeit von Angehörigen unterscheidbarer gesellschaftlicher Gruppierungen, wie z.B. Rassen, Ethnien oder Nationen (vgl. Möller, 2001, S. 199).

Diese Ideologie kann unter anderem in der Idee der ethnischen Blutsverwandtschaft sowohl in türkischen als auch in deutschen rechtsextremistischen Gruppierungen nachgewiesen werden.¹³

¹²Nach Bekunden der türkisch-nationalistischen Parteien in Deutschland ist der Faktor Umwelt – genau wie die Schule – gegen die Interessen der türkischen Menschen in der BRD gerichtet, denn die Straßen seien ebenso wie das Kino, das Theater und das Fernsehen, deutsch. In einer Umwelt, in der alles deutsch sei, könne ein muslimisch-türkisches Kind seine eigene nationale und seelische Persönlichkeit jedoch nicht finden, um sich auszubilden (vgl. Sag, 1996, S. 456). Die türkischen Kinder müssen also vor der sie umgebenden „feindlichen deutschen Umwelt“ geschützt werden (ebd.).

¹³Ursprünglich beruhte laut Georg Simmel (1968) die Organisation einer Gruppe von Menschen auf Bluts- und Stammesverwandtschaften. Dies wandelte sich im Laufe der Zeit zu einer rationellen, eher politischen, nach

Der Reiz der Ideologie von Ungleichwertigkeit besteht darin, den Selbstwert durch die Abwertung anderer erfüllen zu können, indem auf angeborene, möglichst unveränderliche Eigenschaften (wie Rasse oder Hautfarbe) Bezug genommen wird.¹⁴ Diese Ideologie, hier insbesondere der rechtsextremistische Nationalismus, Sozialdarwinismus und Rassismus, stellt das Kernstück verschiedener Facetten rechtsextremistischer Ideologien dar.

Bei beiden extremistischen Gruppierungen zeigt sich **antisemitisches Ideengut**.¹⁵ Dabei erfüllt der Antisemitismus eine klare Funktion: Der religiös definierten Wir-Gruppe stehen die anderen religiösen Gemeinschaften als Fremdgruppen gegenüber. Die Aufwertung der eigenen religiösen Gruppe erfolgt durch die Herabsetzung der anderen Religionen.

Konkrete Ausformungen des rechtsextremistischen **Autoritarismus** sind Militarismus und Antiliberalismus, aber auch ein auf das Führerprinzip reduziertes Staats- und Politikverständnis, das wiederum Demokratiefeindschaft und Antiparlamentarismus beinhaltet (vgl. LfV, 2008, S. 120). Beide Gruppierungen orientieren sich an einem Führer: die deutschen Neonazis an Adolf Hitler, die „Grauen Wölfe“ an Alparslan Türkeş, „dem ewigen Führer“. Beide extremistischen Szenen betreiben **Geschichtsrevisionismus**: auf Seiten der „Grauen Wölfe“ wird der Genozid an den Armeniern (1915 - 1917) oder die Unterstützung Adolf Hitlers während des zweiten Weltkrieges durch türkische Einsatzgruppen bestritten. Neonazis verleugnen den Holocaust oder verharmlosen die nationalsozialistische Schuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges (ebd.).

Beide Gruppierungen betreiben **Gebietsrevisionismus**: Deutsche Rechtsextreme verweigern die Anerkennung deutscher Gebietsverluste, die sich aus den beiden Weltkriegen ergaben. Die türkeistämmigen Rechtsextremisten verklären die militärische Vergangenheit des Osmanischen Reiches und sehen als Ideal eine völkische Einheit auf rein türkischem Gebiet (das Land Turan) in den Gebieten des ehemaligen Osmanischen Reiches. Der rechtsextremistische **Antimodernismus** äußert sich in beiden Gruppierungen in deutlich ablehnenden Reaktionen auf geistige, wissenschaftlich-technische, ökonomische, soziale und kulturelle Modernisierungsschübe und in der Verklärung vergangener Zustände.

räumlichen Prinzipien erfolgenden Gruppeneinteilung (vgl. Simmel, 1968, S. 513). Den Gruppen, die sich nach dem Blutsverwandschaftsprinzip definieren, stehen Gruppen gegenüber, die zwar auf dem gleichen Territorium leben, aber nicht blutsverwandt sind. Für den Staat liegt die Gefahr des Sippschaftsprinzips gerade in seiner überterritorialen Beziehung (ebd.).

¹⁴Nach Auffassung von George H. Mead besteht ständig der Bedarf, die eigene Überlegenheit über andere Menschen für sich selbst zu realisieren. Überlegenheit ist ein Mittel, sich von anderen Menschen zu unterscheiden um die eigene Identität zu behaupten (vgl. Mead, 1975, S. 252). Das Überlegenheitsgefühl verstärkt sich, wenn es zu einer Identität gehört, die sich mit der Gruppe identifiziert, z.B. im Patriotismus (ebd.). Teilweise werden Überlegenheitsgefühle regelrecht kultiviert und durch die Etablierung einer Parallelgesellschaft oder auch Gegengesellschaft manifestiert.

¹⁵Das Wort „Jude“ wird bei deutschen Rechtsextremisten wie auch bei extremistischen Muslimen als „Synonym für den dehumanisierenden Feind verwendet, den zu hassen ein moralisch gerechtfertigtes Gefühl ist. Handlungspraktisch bedeutet die Stilisierung ‚des Juden‘ zum Feind die Zulässigkeit von Aggressionen gegen diesen Feind. Gegen eine übermächtige Bedrohung, die auf die eigene kollektive Identität zielt, wird ein Recht auf Notwehr geltend gemacht. Ein weiteres inhaltliches Element charakterisiert ‚den Juden‘ als Unperson, als ein Wesen, das nicht zur menschlichen Gemeinschaft gehört und dessen Behandlung insofern nicht an die gültigen moralischen Normen oder Gesetze gebunden ist.“ (Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 314).

Sowohl der deutsche Rechtsextremismus als auch der nationale Grenzen überschreitende Nationalismus (long-distance nationalism) und Rechtsextremismus der türkischen „Grauen Wölfe“ ziehen einen Teil der Jugendlichen in der BRD in den ideologischen Bann. Die beiden Gruppierungen stammen aus unterschiedlichen Ethnien, das jeweils bevorzugte „Rekrutierungsmaterial“ – insbesondere männliche Jugendliche aus den entsprechenden Ethnien und somit die künftigen Träger der entsprechenden Ideologien – ist jedoch gleich.

Während in der BRD der Satz: „Deutschland den Deutschen“ in der Regel der NAZI-Szene zugeordnet wird (vgl. Benz, 2001), zeigt die türkische Ausgabe der HÜRRIYET in der BRD das Logo: „Türkiye Türklerindir“ (dtsch: Die Türkei gehört den Türken); ein Spruch, der mittlerweile auch vielen Türkeistämmigen in der BRD missfällt (vgl. Lerch, 2008, S. 2).

Auch Signale wie jenes, das der türkeistämmige Sänger Muhabbet auf dem „Türkischen Tag“ im Sommer 2007 in Berlin gab, stimmen bedenklich: „En büyük“ (dtsch.: Über alles) schrie Muhabbet ins Mikrofon, „Türkiye“ (dtsch.: Türkei) antwortete die Masse (vgl. FAZ, 2007).

Dass türkisch-nationalistische Ideologien nach Deutschland transportiert werden und sich hier auf Dauer verfestigen können ist – vor allem im Hinblick auf die Einbürgerungsdiskussion – ein kritisches Thema, auf das an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann.

9.4 Instrumentalisierung türkischer Jugendlicher

Im Zuge der Individualisierung verlieren traditionelle Vorgaben zusehends an Verbindlichkeit. Daher erleben viele Türkeistämmige aus ihrem Verständnis heraus die deutsche Gesellschaft als ungeordnet; das soziale Leben in der BRD wirkt für sie diffus und undurchsichtig (vgl. Uslucan u. a., 2005, S. 66). Gleichzeitig signalisieren türkische Politiker ihren Landsleuten in Deutschland, dass Auseinandersetzungen stets von anderen (Ethnien) ausgehen.¹⁶

Bei männlichen türkeistämmigen Jugendlichen ist vermehrt das Phänomen des „ethnic revival/ethnic retention“ (Reethnisierung im Sinne von Rückbesinnung auf die kulturellen Traditionen des Herkunftslandes) zu erkennen (vgl. Bernart u. Billes-Gerhart, 2004, S. 11). Dieses Phänomen geht oftmals mit einer starken Bindung an die türkische Gesellschaft und einer schwach entwickelten Bindung an das deutsche Normen- und Wertesystem einher. Türkeistämmige verhalten sich in Deutschland in Bezug auf Sprachbewahrung deutlich anders als andere Ethnien in der zweiten Zuwanderergeneration. Dabei antizipieren sie höhere Erwartungen seitens der Eltern an sich, als diese von ihren Eltern tatsächlich geäußert werden. Überdies zeigen viele der Jugendlichen stärkere normative Geschlechterrollenorientierungen und stärkere externale Kontrollüberzeugungen als ihre Väter. Diese Einstellung führt zu normativen Konflikten innerhalb der Familie und in der Aufnahmegesellschaft.

Türkeistämmige Jugendliche stellen durch ihre Dynamik und ihr Engagement attraktives Humankapital für türkische extremistische Parteien dar, werden daher oftmals in deren ideologischen Zugriff genommen und für extremistische politische oder fanatisch religiöse Zielsetzungen instrumentalisiert (vgl. Sag, 1996, S. 451). Selbst bei einem niedrigen Organisationsgrad ist ihre mögliche Mobilisierung z.B. bei Solidarisierungsbekundungen nicht zu unterschätzen. Die türkisch-nationalextremistischen Organisationen fordern von ihren Anhängern aktive und bedingungslose Unterstützung für ihre Ziele. Des Weiteren fordern sie die Reduzierung von Kontakten und Bindungen zu außerhalb des Kreises der Träger von extremistischen Zielsetzungen befindlichen Personen und Institutionen (vgl. Hocker, 1996, S. 430). Für Heitmeyer (1996) ist besonders aufschlussreich, dass die führenden Mitglieder der entsprechenden türkisch-extremistischen Gruppierungen selbst nicht als Personen zu charakterisieren sind, die in der deutschen Gesellschaft ohne Chancen sind (vgl. Heitmeyer, 1996b, S. 24).

Speziell das niedrige Durchschnittsalter der Gruppenanhänger, ihr genereller Drang nach Veränderung der Zustände (unter anderem auch mit Mitteln der gewaltsamen Durchsetzung), ihre Begeisterungsfähigkeit, Entschlossenheit und Opferbereitschaft üben laut Emir Ali Sag (1996) auf die türkisch-nationalistischen Gruppierungen eine besondere Anziehungskraft aus (vgl. Sag, 1996, S. 453). Hinzu kommen die beeinflussbare jugendliche Unerfahrenheit und die allen Jugendlichen immanente Sinn- und Identitätssuche.

Die starke Zuwanderung, die diese Organisationen seit Jahren durch türkeistämmige Jugendliche in der BRD erleben, sollte aufgrund dieser Vorzeichen bedenklich stimmen. Vor allem

¹⁶ „Die türkische Gemeinschaft und der türkische Mensch, wohin sie auch immer gehen mögen, bringen nur Liebe, Freundschaft, Ruhe und Geborgenheit mit sich. Hass und Feindschaft können niemals unsere Sache sein. Wir haben mit Streit und Auseinandersetzung nichts zu schaffen.“ (Erdogan, 2008).

untermauert die Rhetorik türkischer Redner bei Veranstaltungen, die die jugendlichen Türken in der BRD als „verlorene Generation“ darstellt, deren subjektive Wahrnehmung als prinzipiell Benachteiligte (ebd.). Daraus resultierend fühlen sie sich häufiger als andere Migrant*innen von der Aufnahmegesellschaft diskriminiert, was wiederum ihre Bereitschaft zur Eingliederung in die deutsche Gesellschaft senkt (vgl. Nauck, 2007, S. 25). Die Identität der Beteiligten bestimmt sich dann mehr und mehr durch die Feindschaft gegenüber der Aufnahmegesellschaft (vgl. Eckert, 2003, S. 54). Als Reaktion folgt ein verstärkter Prozess der Selbstethnisierung zusammen mit der Aufwertung der eigenen Gruppe (vgl. Burkhart, 2002, S. 268). Unter dem Deckmantel des Schutzes¹⁷ und der kollektiven Identitätsbildung wird weitgehend unkontrolliert den Machtinteressen von Eliten aus Migrantengruppen zusätzlich Vorschub geleistet, die versuchen, Mitglieder der Turkish Community in neue religiös und politisch motivierte Abhängigkeiten zu manövrieren (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 455).

Die Theorie sozialer Identität besagt, dass bei tiefer Verunsicherung die gesellschaftsinternen Konflikte stillgelegt und stattdessen Großkollektive mit scharfen Grenzziehungen und Betonung von Unterschieden hervorgehoben werden (vgl. Heitmeyer, 2004, S. 127). Deutsch oder Türkisch stehen für eine ethnische Fremd- bzw. Selbstdefinition, die Ethnizität wird zum *master status* der Identität. In der Türkei lernt jedes türkische Kind in der Schule den Satz: „Ich bin stolz, ein Türke zu sein“ und spricht ihn unzählige Male nach, wenn vor Unterrichtsbeginn die Nationalflagge gehisst wird (vgl. Burkhart, 2002, S. 266)/(vgl. Kecskes, 2002). Mit diesem türkischen Nationalbewusstsein ausgestattet, gelangen Türken nach Deutschland (ebd.).

Mehr als die Hälfte der türkeistämmigen Eltern hält es für wichtig, dass ihre Kinder anders leben als deutsche Jugendliche. Diese familiären Wertvorstellungen zeigen großen Einfluss auf die Identifikation der Jugendlichen.¹⁸ Solche Prägungen lassen sich nach Meinung von Robert Kecskes (2002) kaum durch Maßnahmen seitens der einheimischen Aufnahmegesellschaft und deren Institutionen beeinflussen (vgl. Kecskes, 2002). Die ethnische Ingroup wird als wichtiger angesehen als die umgebende Aufnahmegesellschaft. Ethnizität kann zur Ressource politischer Mobilisierung werden, worin auch deren besondere instrumentalistische Nutzbarkeit liegt (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 35).

Gewaltneigungen, die bereits innerhalb der Familie entstanden und akzeptiert sind, können im türkisch-nationalistischen Extremismus zusätzlich eine ideologische Legitimation finden (vgl. Eckert, 2003, S. 57). Die Jugendlichen können sich dann in der Rolle der Vollstrecker des türkisch-nationalen Volkswillens fühlen (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 8). Die Solidarität mit der eigenen Ethnie und Religion könnte so für die Jugendlichen vor allem in Kombination mit gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und gewaltaffinen Verhaltensmustern im sozialen Umfeld eine fatale Plausibilität gewinnen. Der anwachsende Zulauf zur

¹⁷Um türkeistämmige muslimische Jugendliche in Deutschland vor „ethnisch-kultureller Verwahrlosung“ zu bewahren, unterstützen türkisch-nationale Organisationen Eltern darin, ihre Kinder nach dem Koran und der Sunna zu erziehen und sie dem ihrer Auffassung nach verdorbenen, materialistischen und verachtenswerten westlichen Erziehungsstil und Kulturkreis zu entziehen (vgl. Sag, 1996, S. 454).

¹⁸Über 60% der in der BRD geborenen türkeistämmigen Jugendlichen bezeichnen ausschließlich die Türkei als ihre Heimat (vgl. Kecskes, 2002). Nehmen sich diese Jugendlichen selbst ausschließlich als Türken und nicht als Deutsche oder gleichzeitig als Türken *und* Deutschen wahr, dann ist von einer schwachen identifikativen Integration auszugehen (vgl. Baier u. a., 2010, S. 69).

türkisch-nationalistischen Gruppierung „Graue Wölfe“ in der BRD ist so möglicherweise erklärbar.

Politiker warnen vor Anschlägen radikalisierter türkischer Gruppen in Deutschland (vgl. SPIEGEL, 2007) und Seyran Ates/Necla Kelek/Serap Cileli (2005) kritisieren die „Verschlafenheit und den moralischen Relativismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft“. Die deutschen „Gutmenschen“ würden ihre demonstrativ bekundete kulturelle Weltoffenheit als den Beweis ihrer besonderen zivilisatorischen Progressivität betrachten. Ates warnt: „Die nächsten Attentäter werden die Kinder der dritten und vierten Einwanderergeneration sein, die – unter den Augen wohlmeinender Politiker – von Geburt an zum Haß auf die westliche Gesellschaft erzogen werden!“ (Seyran Ates zit.n. Schneider, 2005).

Teil III

Empirische Untersuchung: Rechtsextreme Szenen als Verursacher von Angsträumen

10 Methodische Anlage und forschungslogischer Ablauf der empirischen Untersuchung

„[...] nichts ist so fesselnd und einprägsam wie das Vergleichen und das Gewinnen von Ergebnissen durch Induktion.“ (Fuhrmann, 2002, S. 97).

Bevölkerungsumfragen, die Kenntnisse über die Strukturen einer Gemeinde und Einblicke über den möglichen Einfluss ihrer Bedingungen auf Angsträume vermitteln, sind zur Vorbereitung präventiver Maßnahmen notwendig. Empirische Bevölkerungsbefragungen, in denen die Ansichten der Bewohnerinnen und Bewohner einer Gemeinde erhoben werden, werden in Deutschland lediglich von etwa einem Drittel der Gemeinden, die kommunale Kriminalprävention betreiben, durchgeführt; und nur ein Teil davon berücksichtigt eine Erfassung der Kriminalitätsfurcht (vgl. Hermann u. Laue, 2003, S. 73). Das zentrale Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, das Zusammenspiel unterschiedlicher Einflussgrößen zum Thema „rechtsextreme Szenen in einer Großstadt“ unter dem Aspekt der Herausbildung kommunaler Angsträume zu untersuchen. Dabei gilt es, eine differenzierende Querschnittsanalyse um den Aussageraum verbindender Theorien aus der Jugendsoziologie, der Stadtsoziologie und der Migrationssoziologie darzustellen.

Durch Methodentriangulation als Verknüpfung verschiedener empirischer Methoden, theoretischer Perspektiven sowie unterschiedlicher Datenquellen¹ und Untersuchungsmaterialien soll im Forschungsprozess eine Erweiterung respektive ein Zugewinn an Erkenntnis bezüglich des Arbeitsthemas gewonnen werden. Als komplementäre Ergänzung für die jeweils „blinden Flecke“ soll die Anwendung der Methodentriangulation dazu beitragen, neue Entwicklungen als Derivat zu erkennen und aufzuzeigen.

Als Erhebungsinstrument für die vorliegende Forschungsarbeit wurde die schriftliche Befragung per Fragebogen ausgewählt. Da Themen wie Rechtsextremismus oder Ausländerextremismus im Gespräch ein Tabu darstellen können, wurde die komplette Erhebung sowohl aus datenschutzrechtlichen Gründen (BDSG) als auch zur Vermeidung einer möglichen Isolationsfurcht² anonym statt personenbezogen durchgeführt. Da jeder Proband in einer Befragung aus seinem persönlichen Bezugsrahmen heraus antwortet und um diese Vielfalt auch im Befragungsergebnis festzuhalten, wurde für jede der vier befragten Gruppen ein separater standardisierter Fragebogen entwickelt. Dieser soll die jeweiligen Lebensumstände der einzelnen Gruppen berücksichtigen und dabei die Verpflichtung gegenüber der Vergleichbarkeit der

¹Ergänzend wird bereits veröffentlichtes, quantitatives Datenmaterial verwendet. Dieses wird unabhängig von den Untersuchungszielen der Primärerhebung mit eigenständiger Problemstellung erneut ausgewertet (Sekundäranalyse).

²Isolationsfurcht spielt eine Rolle, wenn die Befragten Angst haben könnten, sich durch ihre Angaben bloßzustellen und öffentlicher Missbilligung auszusetzen (etwa durch ein offenes Bekenntnis zu Rechtsextremismus oder zu Alkoholismus) (vgl. Noelle-Neumann u. Petersen, 1996, S. 96).

Daten erfüllen. In den Fragebögen wurden hauptsächlich Fragen zu persönlichen Beobachtungen und Wahrnehmungen der Befragten zu Angsträumen, Extremismus, Medien und Gewalt gestellt.

Beim Erstellen der Fragebögen wurde bei der Konzeption der Items und Antwortvorgaben möglichst auf komplexere Frageformulierungen verzichtet um auf keine entscheidenden Antwortverzerrungen und Biases zu stoßen. Die Wortwahl wie auch die Variablen wurden leicht verständlich formuliert und sind als einheitliches Instrument eindeutig zuzuordnen. Um ein möglichst individuelles Wahrnehmungsbild der Probanden dokumentieren zu können und einer eventuellen Beeinflussung vorzubeugen wurde – wo immer es sinnvoll erschien – auf Itemvorgaben verzichtet und unter Abwägung der Abhängigkeit vom Ausdrucksvermögen der Befragten³ Freitextfragen eingebunden.

In Karlsruhe, der mit 301.643 Einwohnern drittgrößten Großstadt des Bundeslandes Baden-Württemberg (Stand: 31.12.2008) (vgl. AfS, 2009c), wurden im Zeitraum zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 vier unterschiedliche Gruppen mit N=533 Personen aus der Gesamtheit der Bevölkerung des Karlsruher Stadtgebietes für die vorliegende Forschungsarbeit befragt:

- Eine Befragung zum Thema „Gewalt“ wurde bei n=114 Studierenden (Gruppe A) an der Universität Karlsruhe (KIT) durchgeführt (10/2008 bis 02/2009).
- Eine Befragung zum Thema „Gewalt, Angsträume und Extremismus“ wurde an Karlsruher Haupt- und Realschulen bei n=95 Schülern (Gruppe B) durchgeführt (12/2008 bis 02/2009). Ursprünglich wurde entsprechend der Dreigliedrigkeit des Schulsystems eine Untersuchung an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien vorgesehen und bei den zuständigen Schulbehörden beantragt. Die Leiter der Schulämter für Hauptschulen und Realschulen in Karlsruhe zeigten sich dankenswerterweise aufgeschlossen und kooperativ, die erforderlichen Befragungsgenehmigungen wurden zügig erteilt und die Kontaktaufnahme mit den jeweiligen Schulleitungen konnte früh erfolgen. Die Befragung an Karlsruher Gymnasien wurde vom verantwortlichen Schulamtsleiter neben Zeitproblemen mit der Begründung verweigert, dass erhebliche Bedenken bestünden, dass „schlafende Hunde“ geweckt werden könnten mit entsprechenden Folgeproblemen. Dadurch fielen auch Karlsruher Gymnasien, welche bereits ihre Teilnahmebereitschaft signalisiert hatten, als Befragungsteilnehmer weg.

Im Oktober 2008 wurde an 25 Schulleiter allgemeinbildender Schulen im Karlsruher Stadtgebiet mit der schriftlichen Anfrage zur Vorabinformation auch der komplette Schülerfragebogen zugesandt. Von den kontaktierten Schulen antworteten vierzehn umgehend abschlägig, sieben signalisierten ihre Bereitschaft, an der Untersuchung teilzunehmen, vier Schulen antworteten auch nicht auf diverse Nachfragen. Nach dem Wegfall der Gymnasien wurde in fünf Schulklassen an Haupt- und Realschulen die Befragung im geplanten Rahmen durchgeführt. Die Schulleiter zeigten ebenso wie die Lehrerschaft und

³Von Personenkreisen, die es gewohnt sind, viel zu schreiben (z.B. Schüler, Studierende), werden schriftliche Befragungen gut angenommen und es kann von einer hohen Erfolgchance und Antwortfrequenz ausgegangen werden. Dies kann allerdings zu einem Ungleichgewicht der Ergebnisse führen, da die Schreibgewohnheit oftmals mit dem Bildungsniveau der Befragten zusammenhängt (vgl. Eckardt, 1969, S. 15)/(vgl. Noelle-Neumann u. Petersen, 1996, S. 129).

die Schüler ein deutliches Interesse an der Untersuchungsthematik. Die freiwillige schriftliche Befragung fand jeweils im Klassenverband statt. Insgesamt beteiligten sich n=95 Schüler, darunter 63 in Realschulen und 32 in Hauptschulen. Alle Fragebögen konnten gewertet werden (10% Fehlklausel als Grundlage).

- Eine Befragung zum Thema „Gewalt, Angsträume und Extremismus“ wurde im Karlsruher Stadtgebiet bei n=264 Personen aus der Wohnbevölkerung (Gruppe C) von Studierenden der Universität Karlsruhe (KIT) im Rahmen des soziologischen Projektseminars „Urbanität der Städte“ durchgeführt (11/2008 bis 02/2009).
- Eine Befragung zum Thema „Gewalt, Angsträume und Extremismus“ wurde bei n=60 Jugendlichen im öffentlichen Freizeitraum (Gruppe D) von Studierenden der Universität Karlsruhe (KIT) im Rahmen des soziologischen Projektseminars „(Migranten-) Jugendliche, ihr Freizeitverhalten und die Peergroup-Kultur“ durchgeführt (06/2009).

Die Wahl der Vierschienigkeit bei der empirischen Erhebung soll gewährleisten, dass zu diesem sensiblen Thema ein möglichst weitgefächertes Personenspektrum erfasst wird. Deren Wahrnehmungen und Meinungen sind zwar aufgrund der Befragungsgröße nicht repräsentativ für Deutschland, können jedoch für die Stadt Karlsruhe oder auch für vergleichbare deutsche Großstädte als empirisch fundierte Wahrnehmungsmessung gelten.

11 Beschreibung und Auswahl des Untersuchungsfeldes

11.1 Karlsruher Stadt- und Bevölkerungsprofil

Die deutschen Kommunen werden unter demografischen Gesichtspunkten in Typen¹ unterteilt. Karlsruhe zählt zu Typ 4, den prosperierenden Wirtschaftszentren (vgl. Bernart u. a., 2009, S. 56). Als wichtige Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung tragen prosperierende Wirtschaftszentren wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Charakteristisch ist deren hohe wirtschaftliche Dynamik, die sich vorteilhaft auf die demografische Entwicklung der Großstädte auswirkt. Auffällige ökonomische Charakteristika sind insbesondere der sehr hohe Akademikeranteil, das starke Arbeitsplatzwachstum und die hohen kommunalen Steuereinnahmen. Karlsruhe ist als Region und als Technologiezentrum auch in Zukunft auf eine Wohnbevölkerung mit hohem Hochqualifiziertenanteil angewiesen.

Im Jahr 2009 belegte die Universitätsstadt Karlsruhe im **Städteranking** der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Platz 21 unter den 100 einwohnerstärksten kreisfreien Städten in Deutschland (vgl. INSM, 2010). Auf 100 Einwohner in Karlsruhe kommen statistisch betrachtet 5,1 **ALG-II-Empfänger** (im Schnitt aller untersuchten Städte sind es 8,0 Bezieher von Arbeitslosengeld II). Das **durchschnittlich verfügbare Einkommen** verbesserte sich in Karlsruhe von 2004 bis 2008 um 6,6% (im Schnitt der 100 größten kreisfreien Städte: Anstieg um 7,2%) (vgl. INSM, 2010). Von 2004 bis 2008 stieg laut INSM das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** je Erwerbstätigem in Karlsruhe um 6,5% auf 62.834,00 Euro an (im Mittel der 100 Städte im Ranking wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 11,6 %) (ebd.). Die **Einkommensteuerkraft** in Karlsruhe stieg in den Jahren 2004 bis 2008 um 29,7% auf 401 Euro je Einwohner an (im Schnitt aller Städte im Ranking verbesserte sie sich um 41,2%) (ebd.).

Von 2004 bis 2009 sank in Karlsruhe die **Zahl der gemeldeten Straftaten** bezogen auf 100.000 Einwohner um 15,7% (im Durchschnitt aller untersuchten Städte sank die Zahl der gemeldeten Delikte um 8,9%) (vgl. INSM, 2010).

Zwischen 2002 und 2007 erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten mit einem Universitäts- oder FH-Abschluss in der Fächerstadt um 1,9% (Durchschnitt: plus 1,1%). Damit hat der Anteil **hochqualifizierter Beschäftigter** in Karlsruhe stärker zugenommen als in den meisten anderen untersuchten Städten (vgl. INSM, 2008).

Karlsruhe lag 2008 mit 0,8% **Wohnungsleerstandsquote** auf Platz 2 (1. Erlangen: 0,4 Prozent) der Städte in Westdeutschland mit den niedrigsten Wohnungsleerstandsquoten (Bundesweit: 3,7%/ Baden-Württemberg 1,8%) (vgl. IKZ, 2010) und belegte Rang 3 der deutschen Großstädten hinsichtlich der stärksten Preissteigerung für Wohnungen (vgl. Schwaldt, 2009).

In der Zeit von 2004 bis 2009 erlebte die Fächerstadt einen **Bevölkerungszuwachs** von 2,7% (im Durchschnitt aller untersuchten Städte sank die Einwohnerzahl um 0,1%) (vgl. INSM,

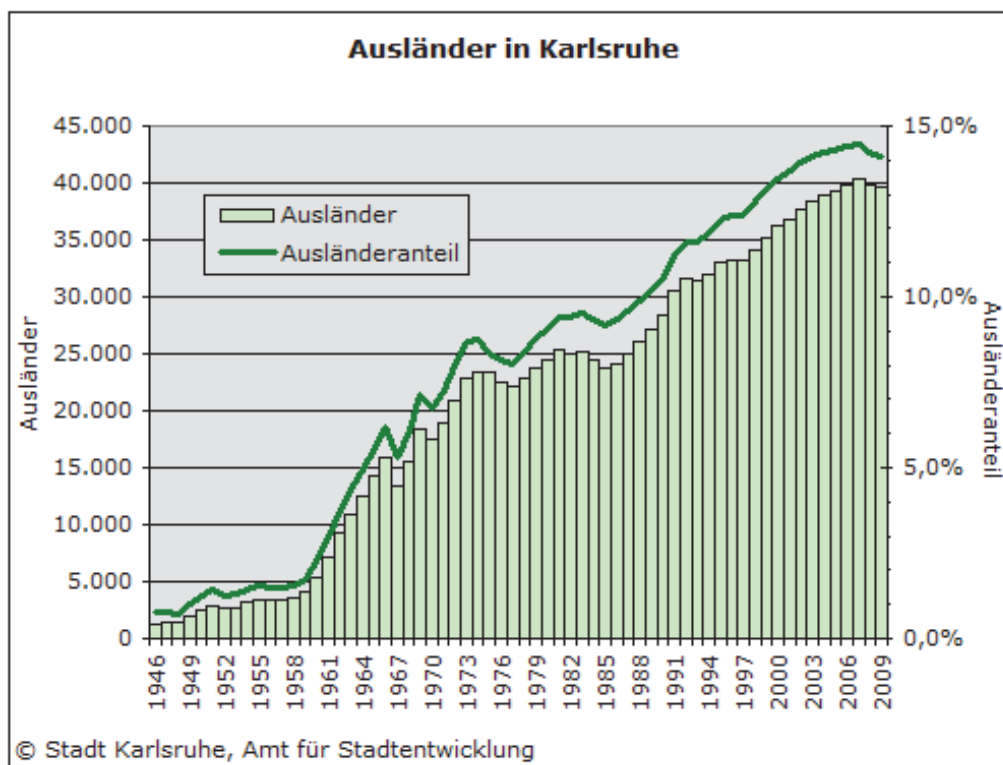
¹Typ 1: stabile Großstädte mit geringem Familienanteil; Typ 2: schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel; Typ 3: schrumpfende und alternde Großstädte; Typ 4: prosperierende Wirtschaftszentren; Typ 5: stabile Großstädte mit hohem Familienanteil; Typ 6: aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzialen (Typenzuordnung laut Wegweiser Demografischer Wandel 2020).

2010) und erreichte 2008 unter den Großstädten in Baden-Württemberg den höchsten Einwohnerzuwachs (vgl. AfS, 2009c). Dabei zeigte sich eine überdurchschnittlich hohe Zuwanderung junger Bevölkerungsgruppen im typischen Studierendentalter zwischen 18 und 25 Jahren (vgl. AfS, 2010a). Für den Zeitraum von 2001 bis 2020 wird der Fächerstadt eine Bevölkerungszunahme von 7% prognostiziert (Baden-Württemberg: 5%) (vgl. Bernart u. a., 2009, S. 56).

Karlsruhe verzeichnet eine steigende Zahl von **Singlehaushalten**. Mehr als die Hälfte (51,7%) der Karlsruher Bevölkerung lebt alleine und nur in jedem vierten Karlsruher Haushalt leben Kinder (vgl. AfS, 2010b)/(vgl. AfS, 2010a)/(vgl. AfS, 2009c).

Der Anteil **ausländischer Einwohner** an der Karlsruher Gesamtbevölkerung ist zwischen 1946 und 2007 permanent angestiegen (siehe Abbildung 11.1). 2008 lebten 39.740 Ausländer² (2009: 14,1% Anteil an der Gesamtbevölkerung) in der Fächerstadt, damit hat Karlsruhe im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von ca. 8,8% (2009) (durchschnittlicher Ausländeranteil in den EU-Mitgliedsstaaten: 6,4%) einen hohen Ausländeranteil (vgl. AfS, 2010b)/(vgl. AfS, 2010a, S. 30)/(vgl. AfS, 2009b). Etwa jeder vierte Einwohner Karlsruhes (24,1%) hat einen Migrationshintergrund (ebd.).

Abbildung 11.1: Ausländer in Karlsruhe 1946-2008



(Quelle: AfS, 2009b)

²Von 39.740 in Karlsruhe lebenden Ausländern (2008) stellen türkische Staatsangehörige mit 6.210 Personen die größte ausländische Einzelethnie gefolgt von 5.948 ehemaligen Jugoslawen, 4.332 italienischen Staatsangehörigen, 1.029 spanischen und 809 griechischen Staatsangehörigen (21.412 übrige Länder) (vgl. AfS, 2009b).

Etwa 2.000 der ca. 12.000 in Karlsruhe lebenden Muslime besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit; zu ihren Herkunftsländern zählen vor allem die Türkei, Bosnien und Kosovo, arabische Länder, Pakistan und Indonesien (vgl. DMK, 2007).

Aufgrund der hohen **Fluktuation**³ tauschte sich die Bevölkerung Karlsruhes rein rechnerisch in den vergangenen zehn Jahren zu drei Vierteln aus. Somit fehlt bei einem Teil der Wohnbevölkerung möglicherweise eine der Voraussetzungen für persönliche Bindungen wie beispielsweise nachbarschaftliche Beziehungen, die eine gewisse Dauer der Ansässigkeit voraussetzen.

Auch in den Karlsruher Beständen des sozialen Wohnungsbaus kann das **Auszugsverhalten** besser gestellter Haushalte belegt werden. So verlassen Haushalte mit höherem Einkommen zunehmend Wohngebiete, zu deren Stabilität sie im Sinne einer sozialen Durchmischung beitragen. In der Regel ziehen Haushalte schwächerer sozialer Schichten nach (vgl. Bernart u. a., 2009, S. 50).

Ältere Menschen ziehen vermehrt aus dem Stadtkern Karlsruhes weg in die Peripherie. Hier herrscht zwar eine stärkere soziale Kontrolle, aber sie vermittelt vermutlich auch ein Gefühl der Sicherheit und sozialen Eingebundenheit, nachdem berufliche, private und freizeitliche Sozialkontakte in der Regel mit zunehmendem Alter geringer werden.

Laut Erwin Hetger (2008) sind **Rechtsextremisten** in Baden-Württemberg im Rems-Murr-Kreis sowie in den Regionen Stuttgart, Karlsruhe, Rastatt/Baden-Baden und im Bodenseeraum stark aktiv (vgl. Hetger, 2008).

Die Angehörigen rechter Gruppierungen traten im Landkreis Karlsruhe in der Vergangenheit vor allem wegen Propagandavergehen und Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Aktionen in Erscheinung. Im Stadt- und Landkreis Karlsruhe hat die **politisch motivierte Kriminalität PMK-rechts** zwischen 2001 und 2007 von 267 auf 214 Fälle abgenommen (vgl. Innenministerium, 2007, S. 2). Nach Darstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz bleibt der Landkreis Karlsruhe dennoch weiterhin ein „rechtsextremes Pflaster“, wobei die **rechtsextremistische Skinhead- und Neonaziszene** im Land- und Stadtkreis Karlsruhe mit einem geschätzten Gesamtpersonenpotenzial von 110 Personen (2007) „einen Brennpunkt“ in Baden-Württemberg bilden würde (vgl. ka news, 2008a)/(vgl. Innenministerium, 2007, S. 3)/(siehe Abbildung 8.1). Insgesamt sind die Aktivitäten im Skinhead- und Neonazibereich im Landkreis Karlsruhe seit Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau.

Unter den **rechtsextremen Parteien** im Landkreis Karlsruhe ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) zu erwähnen. Die Gründung des Kreisverbands Karlsruhe-Land im November 2006 stellt nach Einschätzung des Innenministeriums das Bestreben der NPD dar, ihre Strukturen in diesem Bereich organisatorisch zu festigen und auszubauen (vgl. Innenministerium, 2007, S. 3). Bei der Bundestagswahl am 27.09.2009 betrug der Anteil an Erststimmen für die NPD im Stadtkreis Karlsruhe 1,1% (Landkreis Karlsruhe: 1,48%) (vgl. ka news, 2009f).

³Karlsruhe verlor 2008 vor allem Einwohner in der Familiengründungsphase (- 5.070), Klein- und Vorschulkinder (- 2.451) sowie Einwohner in der Generation 55plus (- 1.344). Die Stadt gewann fast ausschließlich bei der Gruppe der Schüler, Studenten und Auszubildenden (vgl. AfS, 2009a, S. 8).

Im Umgang mit Rechtsextremismus setzt die Fächerstadt auf Prophylaxe durch Aufklärung und Sensibilisierung respektive Mobilisierung der Bevölkerung. Rechtsextremistische Aktivitäten (z.B. Propagandavergehen wie Graffiti rechtsextremistischer Symbole/vgl. hierzu Kapitel 8.3) werden nicht kleingeredet sondern öffentlich thematisiert. Informationstage, Diskussionsrunden, Vorträge, Petitionen und Demonstrationen im Kampf gegen Rechtsextremismus werden von der Bevölkerung mitgetragen und tatkräftig unterstützt (vgl. ka news, 2009c)/(vgl. ka news, 2008d)/(vgl. ka news, 2008c).

Im Jahr 2000 verabschiedete der Gemeinderat die Resolution „Karlsruhe zeigt Verantwortung. Für Mitmenschlichkeit und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.“ Unter der Bezeichnung „Karlsruhe zeigt Flagge gegen Rechts“ (vgl. ka news, 2008b) bekannte sich Karlsruhe gegen rechtsextremistisches Gedankengut und machte deutlich, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht geduldet werden. Im Juni 2008 kam es zu einer großen Veranstaltung über „Strategien und Methoden des Rechtsextremismus“. Die Hausmeister an Karlsruher Schulen wurden aufgefordert, auf rechtsextremistische Umtriebe oder Rekrutierungsversuche an ihren Schulen zu achten.

Wegen seines jahrelangen intensiven Engagements im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wurde Karlsruhe am 25.05.2009 als „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet (vgl. BMFSFJ, 2009).

Die Karlsruher Bevölkerung setzt sich aktiv mit der kommunalen NS-Vergangenheit auseinander. Dies zeigt sich unter anderem durch die im Jahr 2005 begonnenen Installationen von Messingplatten mit Namen und biografischen Daten der betroffenen Karlsruher Opfer des Nationalsozialismus. Bis Oktober 2010 wurden in der Fächerstadt 141 dieser Erinnerungsplatten („Stolpersteine“) vor Häusern in den Boden eingelassen.

11.2 Auswahlkriterien der vier Gruppen

Die Gruppe der Jugendlichen⁴ ist gekennzeichnet durch eine hohe Mobilität und Mediennutzung⁵, einer starken öffentlichen Präsenz sowie durch ein ausgeprägtes Freizeitverhalten. Vor allem Jugendliche in der frühen und mittleren Adoleszenz befinden sich in einer Phase der Identitätsfindung, in der sie besonders empfindlich für jeden (vermeintlichen) Angriff gegen ihre Person sind. Gleichzeitig ist in dieser Lebensphase die Gewaltbereitschaft – vor allem der männlichen Jugendlichen – ausgesprochen hoch.

Ein Teil der Jugendlichen in Deutschland sind Nachfahren der „Gastarbeitergeneration“, sie erfüllen damit eine Voraussetzung zur Prozesshaftigkeit entsprechend der Figurationstheorie nach Norbert Elias (1993)/vgl. Kapitel 2.4. Überdies stellen Jugendliche das bevorzugte Rekrutierungspotenzial für extremistische Gruppierungen dar.

Nach Auffassung der Autorin stellen **deutschstämmige und nicht deutschstämmige Jugendliche** unter den aufgezeigten Aspekten einen besonders aufschlussreichen personellen Schwerpunkt im Zusammenhang mit der Untersuchung zur Entstehung von Angsträumen durch Rechts- und Ausländerextremisten dar.

Das **Mindestalter der Befragten** wurde auf 14 Jahre festgelegt. Für die Schülerbefragung wurde die **Auswahl der Schultypen** auf das allgemeinbildende Schulsystem beschränkt und hier wiederum auf gemischtethnische Klassenverbände. Entsprechend dem Untersuchungsdesign weisen die vier Untersuchungsgruppen einen hohen Anteil an Jugendlichen auf:

- In Gruppe A sind 97,4% der Befragten zwischen 19 und 28 Jahre alt.
- In Gruppe B sind 100% der Befragten zwischen 14 und 18 Jahre alt.
- In Gruppe C sind 71,8% der Befragten zwischen 14 und 28 Jahre alt.
- In Gruppe D sind 100% der Befragten zwischen 14 und 24 Jahre alt.

Der **Aspekt der Freiwilligkeit** ist im Hinblick auf das Zusammenleben in einer Gemeinschaft oder Gesellschaft bei zwischenmenschlichen Kontakten eine grundlegende Voraussetzung. Während Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis in der Regel durch hohe Freiwilligkeit gekennzeichnet sind, weisen Nachbarschaft, Berufsleben und Schule in Bezug auf Kontakte häufig einen relativ geringen Freiwilligkeitsgrad auf. Im Gegensatz zu flüchtigen Kontakten, Nachbarschafts- und Berufskontakten oder Bekanntschaften eignen sich aufgrund des wichtigen Freiwilligkeitsaspekts insbesondere persönliche Freundschaftsbeziehungen zum Vorurteilsabbau (vgl. Reinders, 2004, S. 100). Die Auswahl der vier Befragungsgruppen erfolgte daher auch unter dem Aspekt der Freiwilligkeit ihrer Kontakte zu Personen aus anderen Ethnien:

⁴Jugend umfasst laut Yvonne Bernart (2001) die Lebensjahre zwischen dreizehn und fünfundzwanzig (Jugendliche im engeren Sinne (13.-18. Lebensjahr), die Heranwachsenden (18.-21. Lebensjahr) und die jungen Erwachsenen (21.-25. Lebensjahr)), wobei die Jugendphase bei Studierenden bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts ausgedehnt werden kann (vgl. Bernart, 2001, S. 362).

⁵Die Jugendlichen der „Generation Internet“ (Palfrey u. Gasser, 2008) nutzen das Internet intensiv und auf vielfältige Weise unter anderem auf Social Networking Sites wie MySpace, SchülerVZ, StudiVZ oder auch Facebook.

Gruppe A Studierende an der Universität Karlsruhe (KIT): Studierende verfügen über einen weiten Spielraum in der Freiwilligkeit ihrer Kontaktaufnahme zu Personen aus anderen Ethnien. Dabei sind sie sowohl innerhalb der universitären Lehrveranstaltungen als auch während der Freizeit weitgehend darin frei, mit Personen zusammenzuarbeiten, die sie bevorzugen.

Gruppe B Schüler: Schulen stehen generell für Orte, an denen sich diverse ethnische Gruppen während der Schulzeit über Jahre hinweg beinahe täglich begegnen. Darüber hinaus liegen Schulen oft im gleichen Stadtteil, der auch von den Schülern bewohnt wird. Entsprechend der Intergroup Contact Theory nach Thomas Pettigrew (1998) hat die soziale Mischung in Nachbarschaften einen positiven Effekt auf die interethnischen Freundschaften, diese wiederum einen negativen auf die affektive Komponente der Vorurteile, letztere aber einen negativen Einfluss darauf, überhaupt Beziehungen zu anderen ethnischen Gruppen aufzunehmen (vgl. Friedrichs u. Triemer, 2008, S. 73).

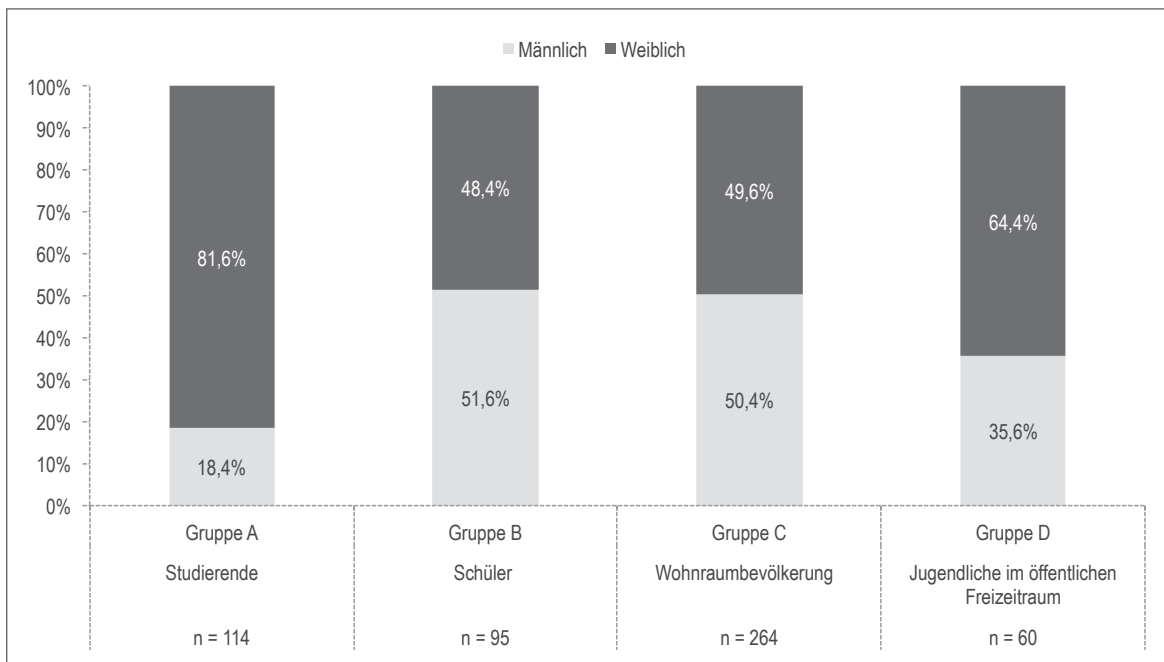
Aufgrund der spezifischen Situation in Form der Schulpflicht können während der Schulzeit die Kontakte der Schüler zu Jugendlichen aus anderen Ethnien als weitgehend unfreiwillig verstanden werden. Die Freizeitkontakte der Schüler finden dagegen in der Regel auf freiwilliger Basis statt, wobei intra- und interethnische Freundschaften entstehen, Netzwerke ausgebaut und Loyalitätsbeziehungen definiert werden (siehe hierzu auch Kapitel 1.2).

Gruppe C Wohnraumbevölkerung: Diese Gruppe stellt den Löwenanteil in der vorliegenden Untersuchung und steht teilweise für den Familien- und Elternpart. Etwa ein Drittel der Probanden sind Nachfahren der „Gastarbeiter“ aus den Wirtschaftswunderjahren bzw. haben eine Migrationsbiografie. Die Wohnbevölkerung hat mehrfach Kontakte – teils freiwilliger, teils unfreiwilliger Art – zu Personen aus anderen Ethnien. Sie verfügt oftmals über einen weniger großen Freiraum in der Entscheidung, ob sie mit Fremden in Kontakt treten möchte oder nicht, da zum Beispiel die interethnische Kontakthäufigkeit auch durch Faktoren wie Einkaufssituation, Wohnungsmarkt, Beruf, schulische Elternarbeit, Ausbildung und Vereine beeinflusst wird.

Gruppe D Jugendliche im öffentlichen Freizeitraum: Diese Gruppe weist unter den vier Untersuchungsgruppen einen mittleren Freiwilligkeitsgrad bezüglich der Kontakte zu Angehörigen anderer Ethnien auf. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum erfolgt in der Regel auf freiwilliger Basis und Kontakte werden im Normalfall vom Individuum entschieden. Allerdings ist hier zu erwähnen, dass in Stadtteilen mit einer starken ethnischen Einzelgruppierung die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass auch im öffentlichen Raum die Mehrheit der Jugendlichen der entsprechenden Ethnie angehören dürfte. Als Nutzer, Meider und Beobachter von Angsträumen wurden diese Jugendlichen unabhängig vom Schulbesuch befragt. Die Probanden sind zum Teil bereits berufstätig.

Für die vorliegende Forschungsarbeit ist die Beschränkung des untersuchten Personenkreises auf Probanden, die de facto im Karlsruher Stadtgebiet wohnen, grundlegend. Von einer Unterscheidung zwischen Befragungsteilnehmern mit Erst- oder Zweitwohnsitz wurde Abstand genommen.

Abbildung 11.2: Geschlechterverteilung



11.3 Beschreibung der Analysepopulation

Als Basis der empirischen Untersuchung soll zunächst eine vergleichende Darstellung der Befragungsgruppen aufgezeigt werden. In Schwerpunktfragen werden verschiedene Untersuchungsgruppen zur Analyse gegenübergestellt.

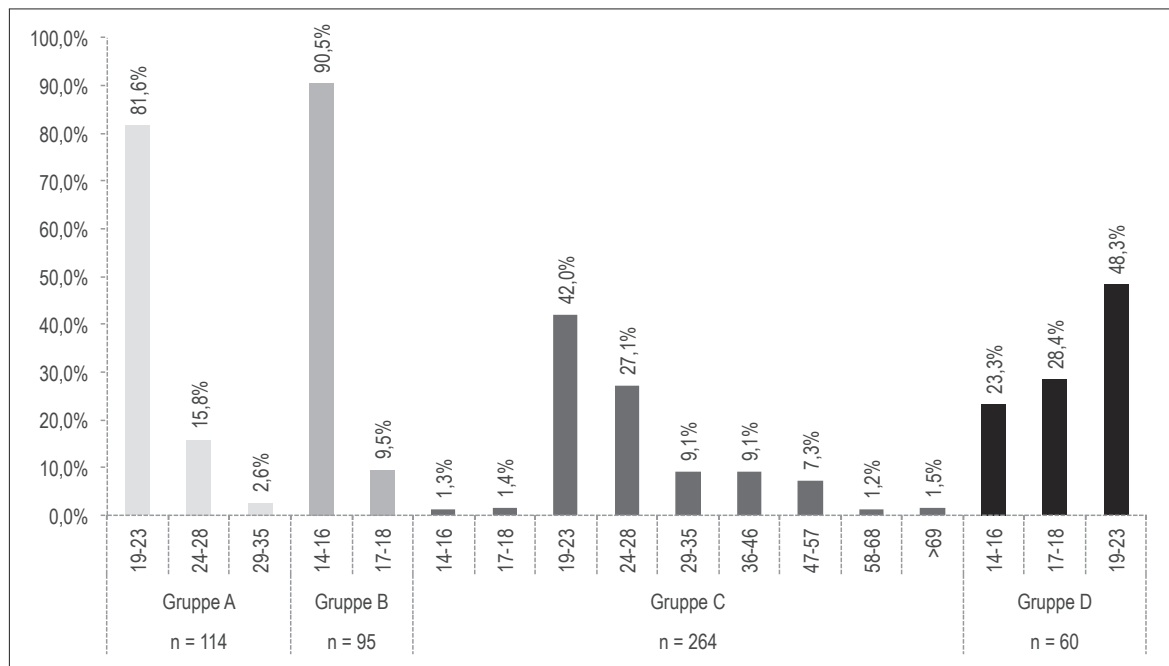
11.3.1 Geschlechterverteilung

Die Verteilung der Geschlechter zeigt ein tendenziell inhomogenes Bild. Während in Gruppe B und Gruppe C das Geschlechterverhältnis in etwa gleichmäßig verteilt ist, zeigt sich besonders bei den Studierenden in Gruppe A ein überdurchschnittlich hoher Anteil weiblicher Befragter. Dies ist in Zusammenhang mit den geisteswissenschaftlichen Studiengängen Pädagogik, Kulturwissenschaft und Germanistik zu sehen, welche die meisten befragten Studierenden belegen. Auch unter den Jugendlichen in Gruppe D befinden sich deutlich mehr weibliche Befragte als männliche (siehe Abbildung 11.2).

11.3.2 Altersverteilung

Das Durchschnittsalter beträgt in Gruppe A: 22,5 Jahre, in Gruppe B: 15,3 Jahre, in Gruppe C: 31,1 Jahre und in Gruppe D: 19,7 Jahre. Entsprechend dem Untersuchungsdesign zählen die meisten Probanden zur Gruppe der Jugendlichen. Lediglich in der größten Gruppe C befindet sich ein Anteil Nichtjugendlicher (28,2%) (siehe Abbildung 11.3).

Abbildung 11.3: Altersverteilung

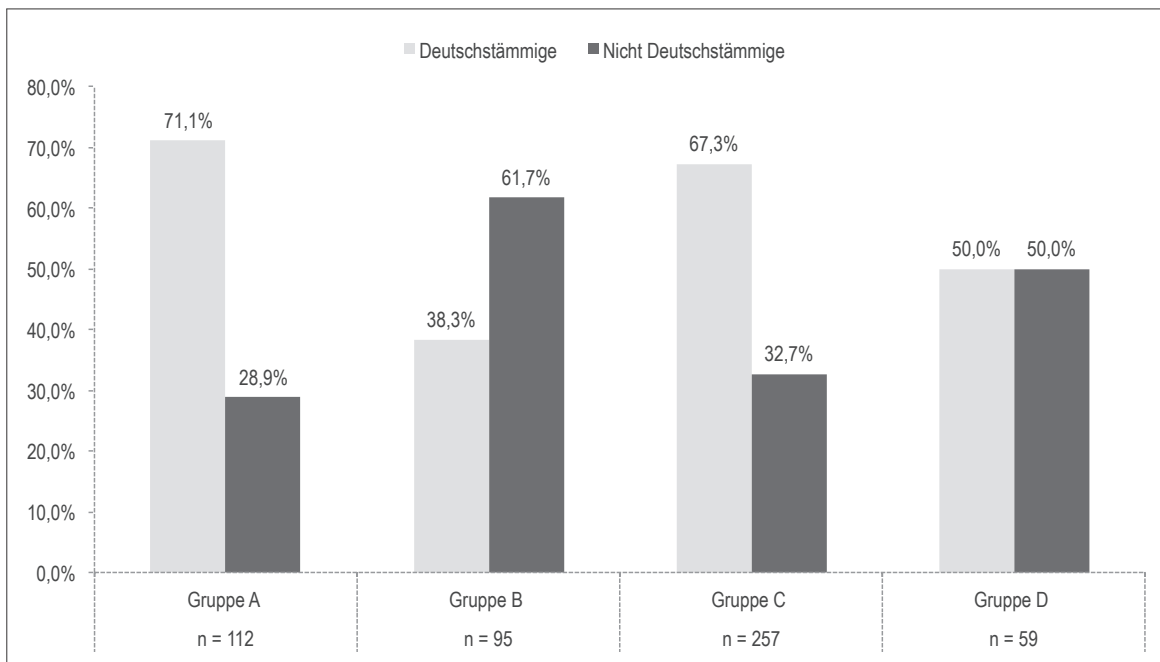


11.3.3 Ethnischer Hintergrund und Staatsangehörigkeit

Begriffe wie „ausländische Bevölkerung“, „nicht-deutscher Herkunft“ oder „Migranten“ führen oftmals zu Schwierigkeiten bei der Vergleichbarkeit der Statistiken. Auch Einbürgerungen und doppelte Staatsbürgerschaften stellen ein besonders Problem bei der Analyse dar. Um eine prinzipielle Zuordnung vornehmen zu können, werden in der vorliegenden Arbeit die Befragten in Anlehnung an die Figurationstheorie (Norbert Elias, 1993) im Drei-Generationenverlauf untersucht. Befragungsteilnehmer mit eigener oder bis zwei weiteren Generationen zurückliegender Zuwanderungsbiografie werden – unabhängig von der aktuellen Staatsangehörigkeit – als „nicht Deutschstämmige“ bezeichnet. Bei divergierendem ethnischen Hintergrund wird die mütterliche und großmütterliche Migrationsbiografie als Grundlage herangezogen.

Erwartungsgemäß finden sich die meisten nicht Deutschstämmigen in den jüngeren Gruppen B und D, während innerhalb der Wohnbevölkerung Gruppe C etwa ein Drittel und unter den Studierenden in Gruppe A jeweils weniger als ein Drittel der Befragten nicht Deutschstämmige sind (siehe Abbildung 11.4). 92,4% der Probanden in Gruppe C besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, darunter alle Personen ab 47 Jahren. Der höchste Anteil nicht Deutschstämmiger mit deutscher Staatsangehörigkeit befindet sich in der Gruppe der 24-28 Jährigen. Der höchste Anteil an Ausländern (22,3%), also Personen mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit, ist in der Altersgruppe der 14-18 Jährigen zu finden. In der Altersgruppe der 47-57 Jährigen ist jeder Zehnte nicht deutschstämmig, hier besitzen alle die deutsche Staatsangehörigkeit (siehe Tabelle 11.1). Die meisten Befragten mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind türkische, spanische, französische, russische oder polnische Staatsangehörige. Im Vergleich der vier Befragungsgruppen zeigt sich, dass sich die meisten Deutschstämmigen in Gruppe A, die wenigsten unter den Schülern in Gruppe B befinden. Beinahe zwei Drittel

Abbildung 11.4: Nicht Deutschstämmige/Deutschstämmige



der Jugendlichen in Gruppe B sind nicht deutschstämmig⁶, der Löwenanteil besitzt jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit (siehe Tabelle 11.2). Die Hälfte der Jugendlichen in Gruppe D ist nicht deutschstämmig, doch mehr als drei Viertel dieser Probanden besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch in der Wohnraumbevölkerung und unter den Studierenden haben die meisten nicht Deutschstämmigen die deutsche Staatsangehörigkeit.

11.3.4 Geburtsort Karlsruhe und Wohndauer in Karlsruhe

Da die Untersuchungsteilnehmer Aussagen darüber tätigen, ob sich aus ihrer Erfahrung heraus im öffentlichen Raum – beispielsweise im Zusammenhang mit Gewalt – in Karlsruhe eine Veränderung ergeben hat, ist zu klären, wie lange die Befragten bereits im Karlsruher Stadtgebiet leben.

Geburtsort Karlsruhe: Bei den Studierenden ist davon auszugehen, dass der Löwenanteil außerhalb Karlsruhes geboren wurde und nur während der Studiendauer in Karlsruhe wohnt (hierzu keine Frage in Gruppe A). Nur jeder Fünfte (19,0%) in Gruppe C, hier vor allem die Altersgruppe der 47-57 Jährigen, und weniger als die Hälfte in Gruppe D (43,6%) wurden in

⁶Unter den nicht deutschstämmigen Schülern (n=58) in Gruppe B befinden sich 24,1% Türkeistämmige (zumeist Nachfahren von Arbeitsmigranten aus der Türkei ab 1961 oder verstärkt aus Familiennachzügen nach 1973), 19,0% Russlandstämmige (zumeist Nachfahren von Aussiedlerfamilien aus der ehemaligen UDSSR nach 1990), 6,9% Italienstämmige (zumeist Nachfahren der klassischen Arbeitsmigrantengeneration aus dem Mittelmeerraum ab 1955), 5,2% Polenstämmige (zumeist Nachfahren der Aussiedler nach 1990). Die restlichen nicht deutschstämmigen Schüler stammen aus 15 verschiedenen Nationen (u.a. aus China, Kroatien, Mazedonien, Libanon, Irak, Albanien).

Tabelle 11.1: Deutsche Staatsangehörigkeit, nicht Deutschstämmig/Alter (C)

Altersgruppe (Jahre)	Deutsche Staatsangehörigkeit (in %)	Nicht Deutschstämmig (in %)
14-18	77,7	44,4
19-23	93,6	30,9
24-28	90,1	47,9
29-35	87,5	33,3
36-46	95,6	17,4
47-57	100,0	10,5
58-68	100,0	0
Ab 69	100,0	0

Tabelle 11.2: Deutschstämmig, nicht Deutschstämmig/Deutsche Staatsangehörigkeit

Gruppe	Nicht Deutschstämmig (in %)	Deutschstämmig (in %)	Deutsche Staatsangehörigkeit (in %)
A Studierende (n=114)	28,9	71,1	93,9
B Schüler 14-18 J. (n=95)	61,7	38,3	81,1
C Wohnraumbevölkerung (n=264)	32,7	67,3	92,4
D Jugendliche 14-24J. (n=60)	50,0	50,0	78,0

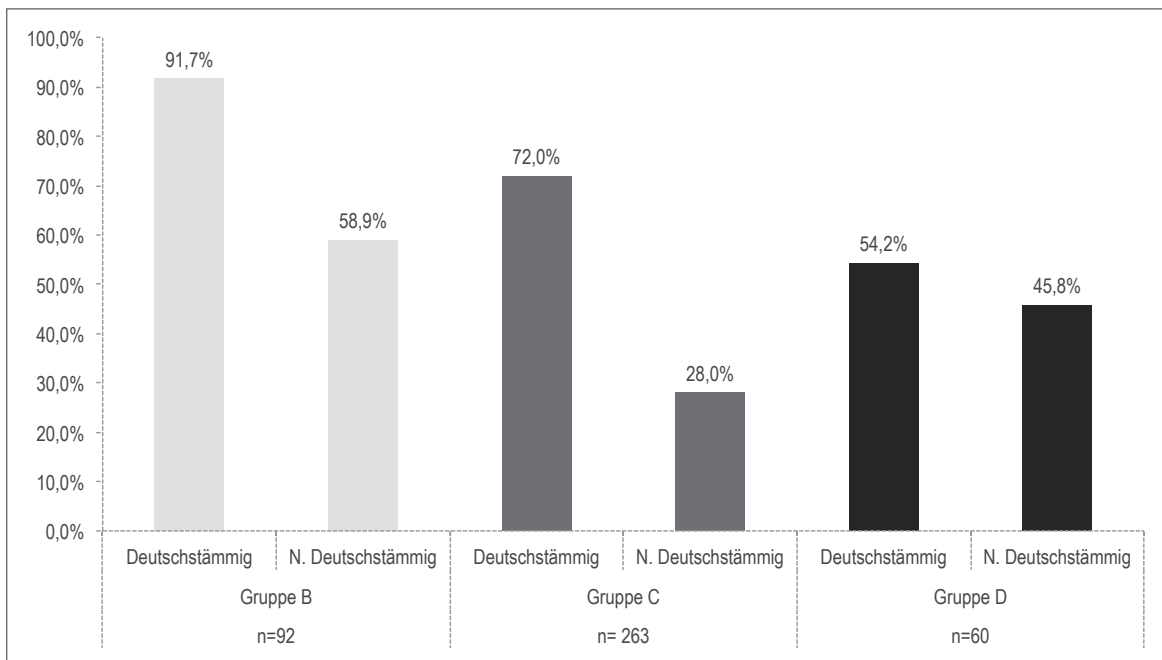
Karlsruhe geboren.⁷ Die meisten Befragten der jüngsten Altersgruppe (14 bis 18 Jahre) wurden bereits in Karlsruhe geboren: 72,0% in Gruppe B, 44,4% in Gruppe C und 60,7% in Gruppe D. Die meisten Geburtskarlsruher befinden sich unter den Deutschstämmigen in Gruppe B (siehe Abbildung 11.5).

Wohndauer in Karlsruhe: Da sich die Gruppen A, B und D weitgehend altershomogen zeigen, wird in der größten Gruppe C untersucht, welche Altersgruppe wie lange in Karlsruhe lebt. Dabei zeigt sich, dass auch hier die meisten 14-18-jährigen Probanden Geburtskarlsruher sind oder noch im Kindesalter in die Fächerstadt zogen (siehe Tabelle 11.3). Von den 19-23 Jährigen lebt zum Zeitpunkt der Befragung mehr als zwei Drittel seit maximal zwei Jahren in Karlsruhe. Etwa jeder Dritte der 24-28 Jährigen lebt seit 3-5 Jahren, die meisten 29-35 Jährigen leben zwischen 6 und 10 Jahren in Karlsruhe. Innerhalb der Altersgruppe der 47-57 Jährigen finden sich die meisten Geburtskarlsruher, sie zählen somit zu den Alteingesessenen. Alle Personen ab 58 Jahren leben seit mehr als 40 Jahren in Karlsruhe.

Studienbedingt lebt mehr als ein Drittel der Befragten in Gruppe A (37,8%) zum Befragungszeitpunkt seit weniger als zwei Jahren in Karlsruhe und damit meist kürzer als die Befragten in Gruppe B, C und D. Mehr als die Hälfte der Befragten in Gruppe B lebt seit 11 bis 15 Jahren in Karlsruhe, was in etwa auch ihrem Lebensalter entspricht (siehe Tabelle 11.4). Mehr als jeder Dritte in Gruppe C lebt seit weniger als zwei Jahren in Karlsruhe, während in Gruppe D

⁷Die meisten Geburtskarlsruher in Gruppe C wurden in Karlsruhe-Durlach, der Weststadt, Innenstadt-West und Oststadt geboren.

Abbildung 11.5: Geburtsort Karlsruhe



etwa jeder dritte Befragungsteilnehmer seit 16 bis 19 Jahren in Karlsruhe lebt, was auch dem größten Teil seines bisherigen Lebens entspricht. Die Frage nach einer beobachteten Veränderung im öffentlichen Raum in Karlsruhe innerhalb der letzten zwei Jahre kann demnach von den meisten Befragten aus eigener Erfahrung beantwortet werden.

Tabelle 11.3: Wohndauer in Karlsruhe/Alter

Alter in Jahren	Wohndauer in Karlsruhe (in Jahren)(Angaben in %)								
	Gruppe C								
	0-2	3-5	6-10	11-15	16-19	20-29	30-39	40-50	Über 50
14-18	22,2	0	0	33,3	44,5	0	0	0	0
19-23	68,2	12,7	2,8	3,6	0,9	11,8	0	0	0
24-28	22,9	32,9	20,0	5,7	1,4	17,1	0	0	0
29-35	8,3	16,7	29,2	12,5	4,2	12,5	16,6	0	0
36-46	8,7	4,3	17,4	17,4	17,4	4,3	13,0	17,5	0
47-57	10,5	5,3	0	0	10,5	26,3	5,3	15,8	26,3
58-68	0	0	0	0	0	0	0	0	100
Ab 69	0	0	0	0	0	0	0	75,0	25,0

11.3.5 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

Sowohl das Verständnis der Fragen und deren Beantwortungsmöglichkeit als auch Mediennutzung, Informationsbeschaffung und -aufnahme sind in Zusammenhang mit dem allgemeinbildenden Schulabschluss zu sehen. In Karlsruhe sind überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte

Tabelle 11.4: Wohndauer in Karlsruhe

Wohndauer in Jahren	Gruppe B (in %) n=92	Gruppe C (in %) n=262	Gruppe D (in %) n=55
0-2	5,4	37,8	14,5
3-5	7,6	16,4	14,6
6-10	9,8	10,7	12,7
11-15	55,4	6,8	10,9
16-19	21,8	5,0	30,9
20-29	-	13,0	16,4
30-39	-	3,1	-
40-50	-	3,8	-
> 50 Jahre	-	3,4	-

beschäftigt (vgl. Kapitel 11.1.), was sich auch in der Befragungsgruppe C widerspiegelt. Die meisten Befragten in Gruppe C verfügen über Abitur/Allgemeine Hochschulreife, die wenigsten haben einen Hauptschulabschluss (siehe Abbildung 11.6). Darüber hinaus können n=53 Personen in Gruppe C (vor allem in der Altersgruppe der 36-46 Jährigen) ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen; dieses Ergebnis liegt signifikant über dem bundesdeutschen Durchschnitt.

11.3.6 Ethnische Zusammensetzung des Freundeskreises

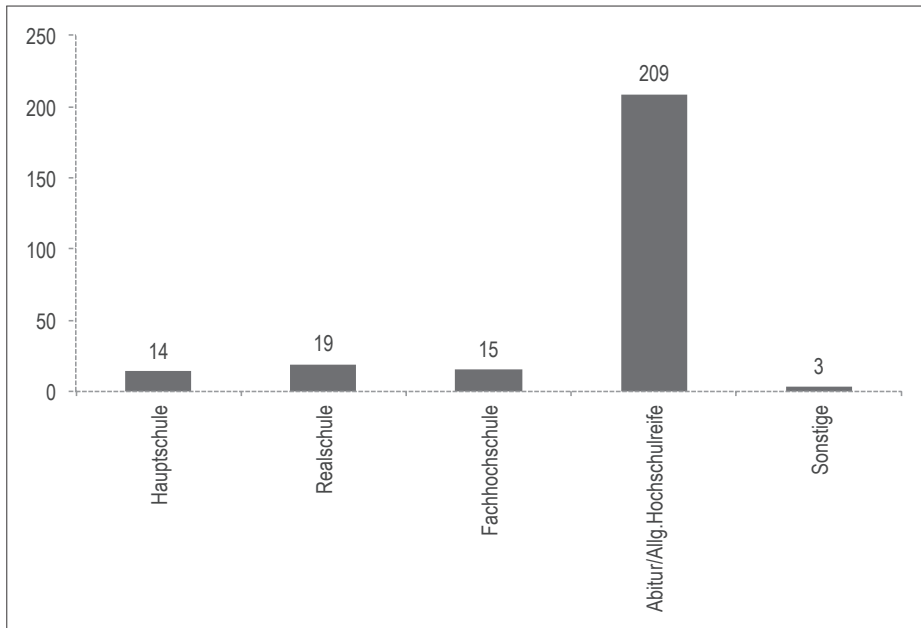
Als Folge der extremen Vernetzung unter den Jugendlichen haben diese große Mengen an Kontakten in ihren Handys, in der Instant Messenger-Freundesliste (z.B. ICQ) und in ihrem MySpace-Network angesammelt. Die Anzahl von Freunden und Bekannten gilt als ein Statusmerkmal.⁸

Zunächst werden auf der Mikroebene interethnische Kontakte in Form von Freundschaften als Indikator für soziale Integration untersucht. In der Annahme, dass interethnische Freundschaften besonders geeignet sind, Vorurteile gegen andere Ethnien abzubauen, ergeht an die Probanden die Freitextfrage nach ihren ethnischen Freundschaftsbeziehungen⁹ und nach Intergruppenkontakten (cross-ethnic friendships). Aufgrund des Freundschaftsbildes wird deutlich, dass von den Befragten viele enge Kontakte in Form von Freundschaften zwischen den Ethnien gepflegt werden. Jugendliche der Gruppe B haben am häufigsten ausschließlich nicht deutschstämmige Freunde, dagegen geben in Gruppe D die meisten Befragten ausschließlich

⁸Deutsche Jugendliche geben an, im Schnitt 35 Freunde zu haben, davon sind elf reine Online-Freunde, die sie noch nie persönlich getroffen haben; im Handy haben sie etwa 86 Telefonnummern gespeichert und in den diversen Social Communities haben sie etwa 55 Freunde (vgl. MSN, 2007). Die Bezeichnung „**MoF**“ (**M**ensch **o**hne **F**reunde) ist unter diesem Hintergrund als Beleidigung zu werten.

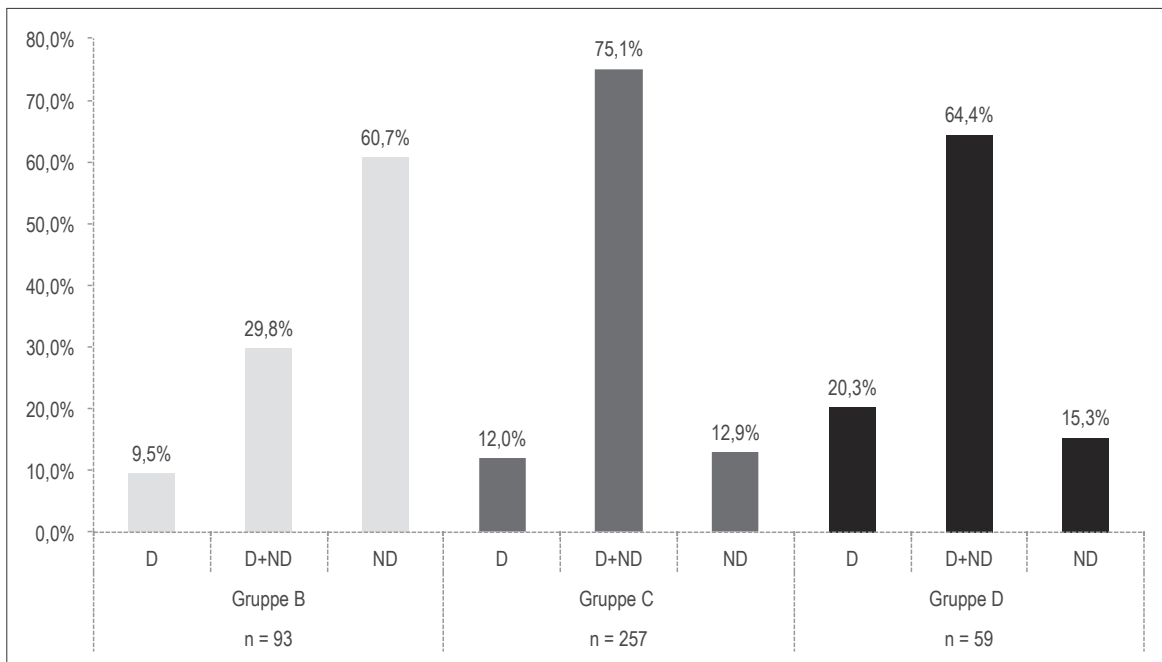
⁹Zur Bestimmung der ethnischen Komposition der Freundschaft lautet die Frage: „Setzt sich Ihr Freundeskreis aus Personen unterschiedlicher Nationalität zusammen?“ Die Nationalitäten der Freunde wurden im Freitext benannt. Aus den Informationen zur ethnischen Herkunft der Freunde wurden drei Gruppen gebildet: a) ausschließlich Freundschaften zwischen und mit Deutschstämmigen (d.h. keine Freunde aus anderen Ethnien), b) Freundschaften mit Deutschstämmigen *und* mit nicht Deutschstämmigen oder c) Freundschaften ohne Deutschstämmige (d.h. ein ausschließlich nicht deutschstämmiger Freundeskreis).

Abbildung 11.6: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (C)



Angaben in Personen

Abbildung 11.7: Zusammensetzung des Freundeskreises



deutsche Freunde an.¹⁰ In Gruppe C haben die meisten Probanden sowohl deutschstämmige als auch nicht deutschstämmige Freunde. Diese Gruppe scheint sich hinsichtlich der Freundschaftsbeziehungen am offensten zu zeigen (siehe Abbildung 11.7). Die Untersuchung zeigt, dass für die Befragten über alle Ethnien hinweg ein ethnisch gemischter Freundeskreis der Normalfall ist. In der jüngsten Altersgruppe (14-18 Jahre) zählen im Durchschnitt Personen aus fünf verschiedene Nationen zu den Freunden. Weibliche Befragungsteilnehmer verzeichnen dabei noch häufiger unterschiedliche Nationalitäten in ihrem Freundeskreis als männliche Probanden.

Die Angaben zur Nationalität erfolgten in den Fragebögen ohne Itemvorgaben, wodurch eine möglichst große Offenheit hinsichtlich des Verständnisses der Befragten hinsichtlich des Begriffs „Nationalität“ erreicht werden sollte. Aus den Antworten ist zu schließen, dass dem ethnisch-kulturellen Hintergrund der Freunde ein bedeutender, identitätsstiftender Wert zugemessen wird, denn „Nationalität“ scheint für die Befragungsteilnehmer nicht ausschließlich mit der Staatsangehörigkeit festgelegt zu sein.

Die Befragten stehen insgesamt mit einer Vielzahl an Personen aus anderen Ethnien in freundschaftlichem Kontakt, viele auch mit Türkeistämmigen. Bezüglich der Nationalitäten des Freundeskreises und dem Alter der Befragten konnte ein interessanter Zusammenhang festgestellt werden: Während die Befragten im Alter von über 36 Jahren zumeist diverse europäische und US-amerikanische Freunde angeben, verlagert sich dies bei den jüngeren Befragten hin zu Russen, Asiaten und Afrikanern. Die Jüngeren – darunter viele mit Migrationsbiografie – zählen kaum noch Skandinavien und Engländer aber oftmals Türkeistämmige zu ihren Freunden (vgl. hierzu Kapitel 1.2). Von den über 36-jährigen Deutschstämmigen werden dagegen nur in wenigen Fällen türkische Freunde angegeben.

Türkeistämmige Befragte geben ihrerseits in der vorliegenden Untersuchung überdurchschnittlich oft an, ausschließlich Türken und Araber zu ihren Freunden zu zählen. Alleine auf Grundlage der Angabe zur Staatsangehörigkeit wäre diese Feststellung nicht möglich gewesen, da das entsprechende Kontaktverhalten sowohl von eingebürgerten als auch von nicht eingebürgerten Türkeistämmigen angegeben wird. Das Ergebnis wäre – in Anlehnung an die Figurationstheorie nach Norbert Elias (1993) – ohne die Hinzunahme des dreigenerationalen kulturellen Hintergrundes der Probanden nicht eindeutig.

Im Ergebnis kann davon ausgegangen werden, dass einem Großteil der Befragten der türkische Kulturkreis vertraut ist. Diese Probanden können daher vermutlich eher türkisch-nationale Rechtsextremisten wie die „Grauen Wölfe“ und deren Symbole wahrnehmen und zuordnen, als diejenigen Befragungsteilnehmer, welche keine Kontakte mit Türkeistämmigen pflegen.

¹⁰Ob sich die jeweilige Angabe auf die ethnische Herkunft oder auf die aktuelle Staatsangehörigkeit der Freunde bezieht, wurde von den Befragten nicht differenziert. Daher werden hier die nicht ausdrücklich als Deutsche benannten Freunde den nicht deutschstämmigen Freunden zugeordnet.

12 Darstellung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse im Kontext der theoretischen Grundlagen

12.1 „Handlungsqualität Gewalt“

In den Fragestellungen an die Probanden wurde entsprechend dem Alltagsverständnis und der Einordnung des deutschen Verfassungsschutzes sowie zur eindeutigen Zuordnungsmöglichkeit der Antworten zwischen „Rechtsextremisten“ (i.S.v. deutschen Rechtsextremisten) und „Ausländerextremisten“ unterschieden. Auf die ideologischen Gemeinsamkeiten deutscher Rechtsextremisten mit der türkisch-nationalen Rechtsextremistenvereinigung der „Grauen Wölfe“ wird in Kapitel 9.3 eingegangen. Unter theoretisch-methodischen Gesichtspunkten beziehen sich die folgenden Ausführungen vor allem auf die Figurationstheorie nach Elias/Scotson (1993).

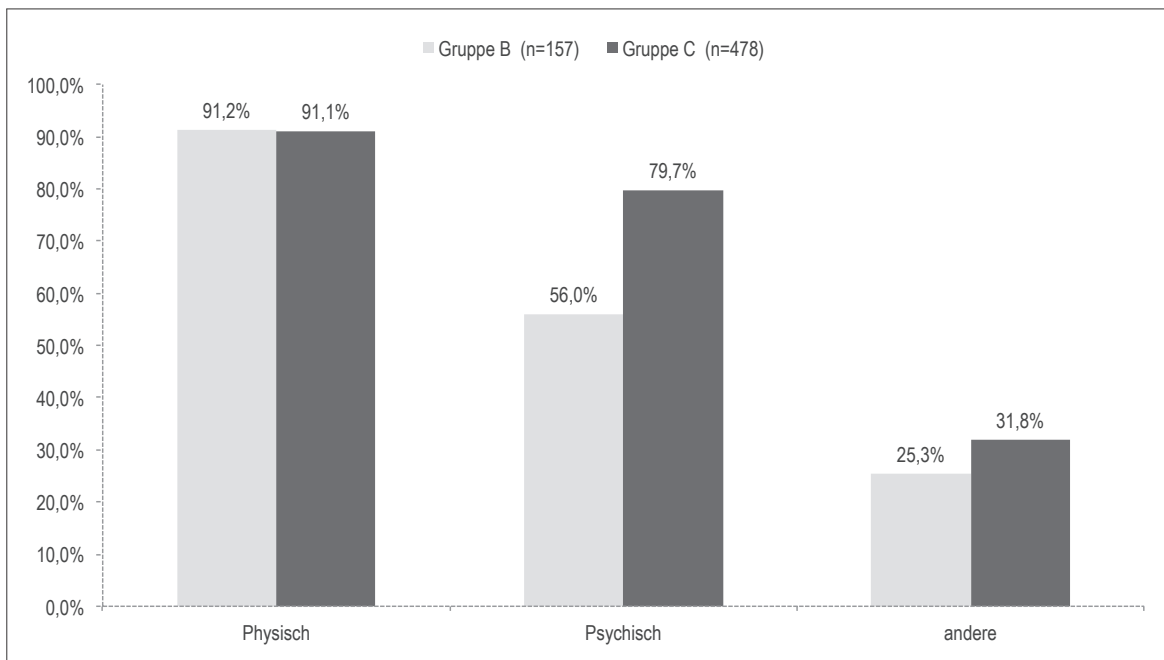
12.1.1 Gewaltzuordnung, Gewaltverständnis und Gewaltwahrnehmung

In dieser Arbeit wird vom Begriffsverständnis eines „soziologischen Rechtsextremismus“ ausgegangen, das auch die ökonomischen und sozialen Entstehungsmomente umfasst (vgl. Heitmeyer, 1987, S. 15). Zu den Grundelementen dieses Verständnisses gehört, dass im Kern die rechtsextreme Orientierung als Angriff auf die Gleichheit von Menschen verstanden werden muss, der mit sozialer, psychischer oder physischer Ausgrenzung beziehungsweise Vernichtung anderer verbunden ist und Gewalt als zentralen Regelungsmechanismus gesellschaftlicher Konflikte versteht.

Gewalt stellt laut Peter Imbusch (2005) wohl die zentralste Problematik menschlicher Vergesellschaftung dar (vgl. Imbusch, 2005, S. 246). Eine Handlung mit der Qualität „Gewalt“ zu belegen, ist werte- und interessengetrieben und weist daher deutliche Ermessensspielräume auf (vgl. Fuchs u. a., 2005, S. 17). Die Aussage „Ich habe Angst vor Gewalt“ kann viele Gewaltformen umfassen und setzt zudem ein persönliches Gewaltverständnis voraus. Im engeren verhaltenswissenschaftlichen Verständnis wird beispielsweise eine Aktivität dann als aggressive Gewalt definiert, wenn von der handelnden Person (Täter) versucht wird, einer anderen Person (Opfer) körperlichen Schaden oder psychischen Schmerz zuzufügen, während das Opfer gleichzeitig danach strebt, eine solche Behandlung zu vermeiden, es also gegen seinen Willen geschieht (vgl. Rössner, 2006, S. 18).

Die vorliegende Arbeit geht von der Prämisse aus, dass Lösungsansätze für soziale Probleme erst dann entwickelt werden können, wenn ein Problem beschreibbar ist. Da extremistische Personen als Angstraumverursacher im öffentlichen Raum auch gewaltbereit beziehungsweise

Abbildung 12.1: Gewaltzuordnung



gewalttätig auftreten und die Furcht vor physischer oder psychischer Gewalt – hier vor allem in Form von Verbalinjurien – eine dieser Arbeit zugrundeliegende Voraussetzung zum Wahrnehmen von Angsträumen darstellt, ist innerhalb der Befragungsgruppen zunächst die Ermittlung der vorherrschenden Zuordnung einer Aktion als Gewalthandlung notwendig. Um den hierarchischen Indikator der Viktimisierung durch Gewalt herauszufinden, ergeht an die Probanden die Freitextfrage: „Was verstehen Sie persönlich unter Gewalt?“ Physische Gewalt wird von etwas mehr als der Hälfte der Jugendlichen in Gruppe B und von mehr als drei Viertel der Befragten in Gruppe C angegeben (siehe Abbildung 12.1). Damit wird von den Probanden der Begriff „Gewalt“ in erster Linie in Zusammenhang mit körperlicher Gewalt gebracht. Neben physischer und psychischer Gewalt führen die Befragungsteilnehmer noch strukturelle Gewalt (Polizeigewalt etc.) sowie Gewalt gegen Tiere an. Zumeist werden mehrere Gewaltformen angegeben. Entsprechend dem verhaltenswissenschaftlichen Verständnis von Gewalt wird von den Probanden in den Freitexten sehr häufig die Absicht des Ausführenden und dass die Tat gegen den Willen des Opfers stattfindet als Voraussetzung für die Wertung einer Aktion als Gewalt beschrieben.

Es ist überdies für die vorliegende Untersuchung grundlegend, zu klären, welche Position eine bestimmte Aktion im Gewaltranking der Befragten einnimmt.¹ Es werden die Ergebnisse aus den Antworten „stimme völlig zu/stimme zu“ überprüft.

Über alle Gruppen und Ethnien hinweg steht an erster Stelle: „Jemanden mit einer Waffe oder einem waffenähnlichen Gegenstand zu bedrohen ist Gewalt“. Die höchste Zustimmung erfolgt hier bei den deutschstämmigen Studierenden. Mit Ausnahme der nicht deutschstämmigen Befragten in Gruppe B wird Mobbing² über alle Ethnien hinweg am zweithäufigsten

¹Fragebogen: Bitte kreuzen Sie an, inwieweit Sie folgenden Aussagen zustimmen (1=stimme völlig zu; 2=stimme zu; 3=teils-teils; 4=stimme weniger bis nicht zu; 5=stimme überhaupt nicht zu).

²Mobbing, als „gezielt intrigante Version des Klatsches“ (Neubauer, 1998, S. 14) ist eine Form der psychischen

Abbildung 12.2: Gewaltverständnis der deutschstämmigen Befragten

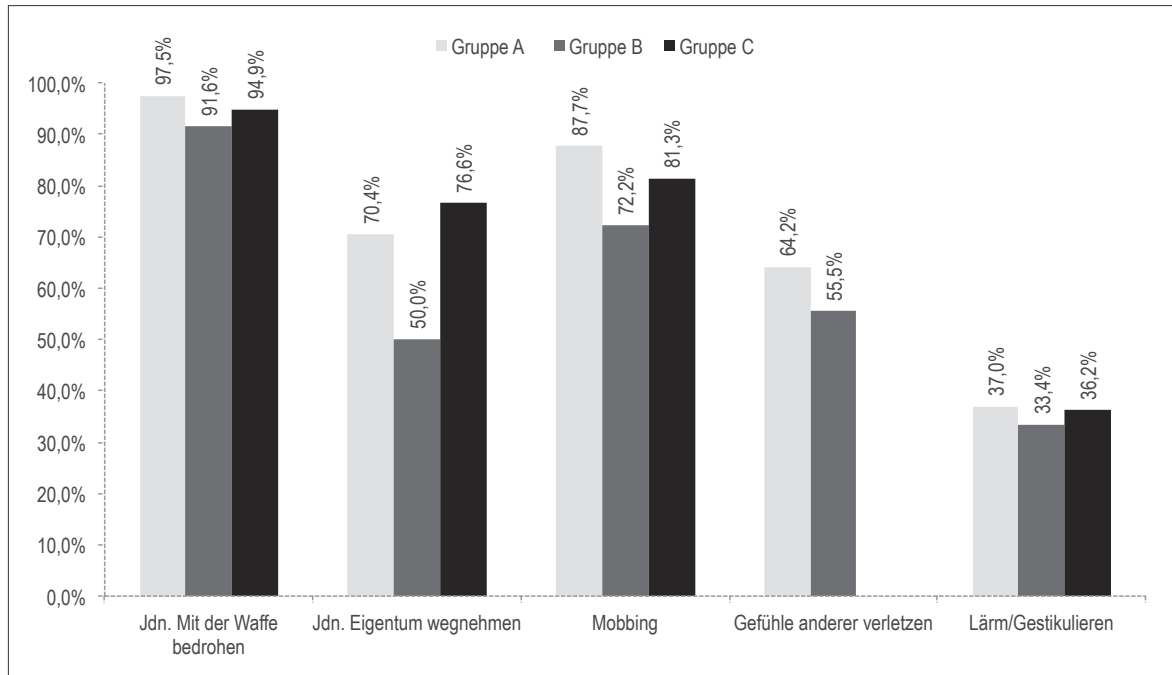
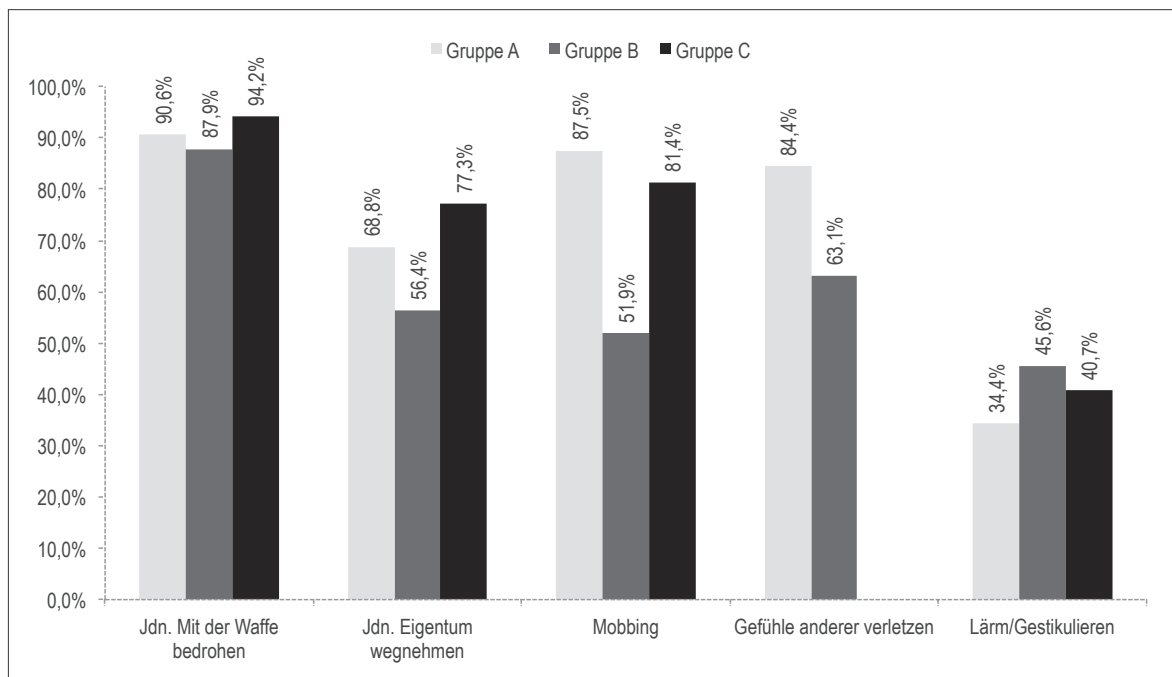


Abbildung 12.3: Gewaltverständnis der nicht deutschstämmigen Befragten



als Gewaltform benannt. An dritter Stelle steht „Jemandem sein Eigentum wegzunehmen ist Gewalt“ (siehe Abbildung 12.2/12.3). Jemanden durch Lärmen, Gestikulieren o.ä. zu belästigen oder zu behindern wird am häufigsten von den nicht deutschstämmigen Schülern als Gewaltform eingeschätzt. Speziell diese Aktionsform wird von vielen Befragten „teils-teils“ mit dem Prädikat „Gewalt“ belegt, oft auch mit der zusätzlichen Anmerkung, dass diese Aussage kontextabhängig, situationsbedingt und personenbezogen unterschiedlich zu werten sei.

Entsprechend dem Eisbergmodell der Kultur nach Edward Twitchell Hall (1976) ist der Umgang mit Konflikten ein Teil der unsichtbaren, unbewussten Kultur (Tiefenkultur/deep culture). Vorstellungen über Gerechtigkeit, Schönheit und Wahrheit sind kulturell geprägt, ohne dass diese wie die sichtbare Kultur (Oberflächenkultur/surface culture) durch Sprache, Essen und Bräuche für andere direkt sichtbar werden (vgl. Hall, 1976, S. 57f.). Gewalt ist eine soziale und kulturelle Konstruktion, die vor dem Hintergrund sozialer und kultureller Wahrnehmungsmuster entsteht.³

Es wird nun untersucht, ob es nach Auffassung der Probanden einen Zusammenhang zwischen Gewalteinrichtung und kulturellem Hintergrund gibt.⁴ In der vorliegenden Forschungsarbeit sehen die meisten Studierenden der Gruppe A ebenso wie die Befragten in der Gruppe C einen schwachen bis keinen Zusammenhang zwischen kulturellem Hintergrund und Gewalteinrichtung (siehe Abbildung 12.4). Weibliche Befragte sehen in beiden Gruppen deutlich häufiger einen sehr starken bis starken Zusammenhang als dies bei den männlichen Befragten der Fall ist.

Im Umgang mit der Begründung für diese Annahme ist im Freitext festzustellen, dass die Befragten in Gruppe A mit dem Begriff „kultureller Hintergrund“ zumeist nicht einen deutschen kulturellen Hintergrund assoziieren. Hierbei macht sich das Verständnis von „anderer Kultur“ deutlich am muslimisch geprägten Kulturkreis fest, was auch mehrfach im Freitext explizit so benannt wird. Es herrscht insgesamt eine gewisse Benennungsscheu unter den Studierenden, was durch die zumeist – vermutlich aus Political Correctness – verwendeten Formulierungen wie „anderen Kulturen“, „verschiedenen Kulturen“, „manchen Kulturen“ deutlich wird (siehe hierzu auch Kapitel 3.5).⁵ Von den Personen, die in Gruppe C eine rechtsextremistische Sze-

Gewalt, die sich wiederholt als dauerhaftes Quälen an einzelne Opfer richtet, welche sich nicht oder kaum zur Wehr setzen können. 55,3% aller Schüler in Deutschland im Alter von zehn bis 18 Jahren waren selbst Opfer oder Täter. Fast jeder dritte Schüler (31,2%) gibt an, in letzter Zeit mindestens einmal fertig gemacht oder schikaniert worden zu sein, 12% der Schüler berichten, dass sie Opfer von mehrfachen Attacken wurden (vgl. DAK, 2009).

³Bei Untersuchungen zu Migrantenmilieus zeigte sich, dass sich über die nationalen und kulturellen Grenzen hinweg Menschen mit ähnlichen Grundwerten und vergleichbarem lebensweltlichem Hintergrund besser verstehen als mit ganz anders denkenden Milieus aus der eigenen Herkunftskultur. Migranten unterscheiden sich insgesamt weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben (vgl. Beck u. Perry, 2007, S. 189).

⁴Neuere Studien zeigen, dass in Familien ein kulturspezifisches innerfamiliäres Emotionsmanagement herrscht (vgl. Heidborn, 2010, S. 44). In Deutschland gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen Deutschstämmigen und Migranten bezüglich innerfamiliärer und jugendlicher Gewalt. Familien türkischer Herkunft weisen bisher die höchsten Gewalttraten auf, gewaltfreie Erziehung in türkischen Familien dürfte die Ausnahme sein (vgl. Müller, 2008). Bemerkenswert ist hierbei, dass sich die innerfamiliäre und jugendliche Gewalt Türkestämmiger entgegen der intuitiven Annahme einer allmählichen Angleichung an die Aufnahmegesellschaft mit der Dauer des Aufenthaltes noch verstärkt (vgl. Uslucan u. a., 2005, S. 69).

⁵Auf eine weitere Freitextfrage: „Welche Nationalität hat Ihrer Meinung nach eine Person, die in den Medien

Abbildung 12.4: Zusammenhang zwischen kulturellem Hintergrund und Gewalteinrichtung

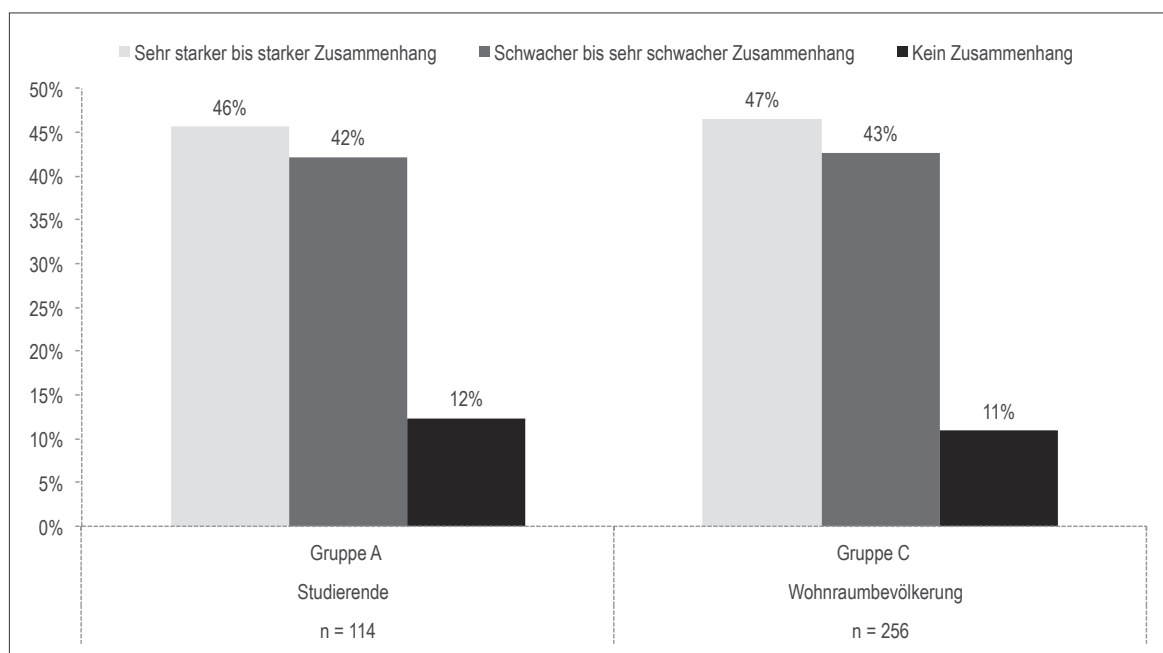


Tabelle 12.1: Extremistische Szene Bedrohung für persönliche Sicherheit/Zusammenhang kultureller Hintergrund und Gewalteinrichtung

Zusammenhang kultureller Hintergrund und Gewalteinrichtung	Extremistische Szene als Bedrohung Gruppe C (in %)	
	Rechtsextremistische Szene	Ausländerextremistische Szene
	Ja n=32	Ja n=15
Sehr starker bis starker Zusammenhang	37,5	53,3
Schwacher bis sehr schwacher Zusammenhang	43,8	26,7
Kein Zusammenhang	18,7	20,0

ne in Karlsruhe als persönliche Bedrohung sehen (n=32), meint der größte Anteil, dass ein schwacher bis kein Zusammenhang zwischen kulturellem Hintergrund und Gewalthandeln besteht (siehe Tabelle 12.1). Dagegen sieht mehr als die Hälfte der Personen, die angeben, dass eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe eine Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit darstellt, einen sehr starken bis starken Zusammenhang zwischen kulturellem Hintergrund und Gewalthandeln.

Personen, die Gewalt generell ablehnen, beobachten vermutlich Gewaltaufkommen – beispielsweise durch gewaltbesetzte extremistische Szenen – sensibler und ängstlicher als Personen, die Gewalt als selbstverständlichen Bestandteil der menschlichen Natur ansehen. Im Folgen-

im Zusammenhang mit einer Straftat als ‚südländischer Typ‘ beschrieben wird?“ werden von den Probanden an erster Stelle „Türken“ mit dem medial verwendeten Begriff „südländischer Typ“ in Zusammenhang gebracht (Deutschstämmige in Gruppe B: 54% in Gruppe C: 29%/nicht Deutschstämmige in Gruppe B: 44.5% in Gruppe C: 29,6%).

den wird das Ausmaß der Befürwortung zur Aussage „Ich bin grundsätzlich gegen Gewalt“ untersucht. Vor allem nicht deutschstämmige Studierende in Gruppe A stimmen der Aussage

Tabelle 12.2: Grundsätzlich gegen Gewalt

Aussage: Ich bin grundsätzlich gegen Gewalt	Deutschstämmige (in %)			Nicht Deutschstämmige (in %)		
	Zustimmend	Teils-teils	Ablehnend	Zustimmend	Teils-teils	Ablehnend
Gruppe A (n=98)	82,7	9,9	7,4	84,4	3,1	12,5
Gruppe B (n=95)	66,7	13,8	19,5	54,4	24,6	21,0
Gruppe C (n=261)	80,7	5,7	13,6	73,3	14,0	12,7

ge „Ich bin grundsätzlich gegen Gewalt“ zu, während ihr deutschstämmige deutlich häufiger als nicht deutschstämmige Befragte in Gruppe B und C zustimmen (siehe Tabelle 12.2). Die männlichen Befragten zeigen über alle Gruppen hinweg eine ausgeprägtere Gewaltakzeptanz als die weiblichen Probanden. Die Aussage „Gewalt gehört selbstverständlich zur menschlichen

Tabelle 12.3: Gewalt gehört selbstverständlich zur menschlichen Natur

Aussage: Gewalt gehört selbstverständlich zur menschlichen Natur	Deutschstämmige (in %)			Nicht Deutschstämmige (in %)		
	Zustimmend	Teils-teils	Ablehnend	Zustimmend	Teils-teils	Ablehnend
Gruppe A (n=98)	8,7	33,3	58,0	16,1	32,3	51,6
Gruppe B (n=95)	14,7	32,3	53,0	26,8	37,4	35,8
Gruppe C (n=261)	23,7	31,6	44,7	35,7	29,8	34,5

chen Natur“ erfährt von den nicht deutschstämmigen Probanden in Gruppe C die höchste Zustimmung. Die stärkste Ablehnung bekunden die deutschstämmigen Studierenden. Hier ist mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung, dass diese Aussage nicht zutrifft (siehe Tabelle 12.3). Die drei Befragungsgruppen bekunden in hohem Maße ihre Überzeugung, gegen Gewalt zu sein; gleichzeitig zeigt jedoch die Zustimmung zur Aussage, dass Gewalt selbstverständlich zur menschlichen Natur gehört, dass die gewaltablehnende Einstellung der Befragten vermutlich durch die Sozialisation spezifischer gesellschaftlicher Normen und Werte beeinflusst wird.

12.1.2 Stadt als relativ gewaltfreier Raum

Die registrierte Kriminalität hat in der Fächerstadt im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 insgesamt um 4,5% abgenommen (vgl. BMI, 2010b, S. 21); der Anteil der Tatverdächtigen unter

21 Jahren an den insgesamt ermittelten Tatverdächtigen im Regierungsbezirk Karlsruhe lag bei 28% (vgl. Regierungspräsidium, 2010).⁶

Brutale Attacken auf Polizisten nahmen in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zu (vgl. WELTonline, 2009a). Laut polizeilicher Kriminalstatistik bewegt sich auch in Karlsruhe der nachlassende Respekt vor Hoheitsträgern und die Gewalt gegen Polizisten im Jahr 2009 „auf einem hohen und besorgniserregendem Niveau“; bei 336 registrierten Widerstandsdelikten wurden in 82 Fällen Polizeibeamte verletzt (vgl. Regierungspräsidium, 2010). Auf Basis der aufgezeigten Fakten erfolgt an die Probanden die Frage nach ihrer Wahrnehmung: „Haben Sie den Eindruck, dass die Gewaltbereitschaft in Karlsruhe in den letzten zwei Jahren zugenommen hat?“ Dies bejahen 37,9% (teils-teils: 36,8%) der Befragten in Gruppe B und 13,9% (teils-teils: 24,7%) in Gruppe C. Die Schülergruppe nimmt demzufolge häufiger eine anwachsende Gewaltbereitschaft wahr als die Gruppe der Wohnbevölkerung C.

Tabelle 12.4: Relativ gewaltfreier Raum

Karlsruhe, ein relativ gewaltfreier Raum?	Gruppe A* Studierende (in %) n=114		Gruppe B Schüler (in %) n=95		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=264		Gruppe D Jugendliche i.ö.R. (in %) n=60	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
Zustimmung	86,3	87,5	25,7	25,4	64,6	61,6	56,7	50,0
Teils-teils	8,7	12,0	42,9	50,9	33,1	30,2	36,7	30,0
Ablehnung	5,0	0,0	31,4	23,7	2,3	8,2	6,6	20,0

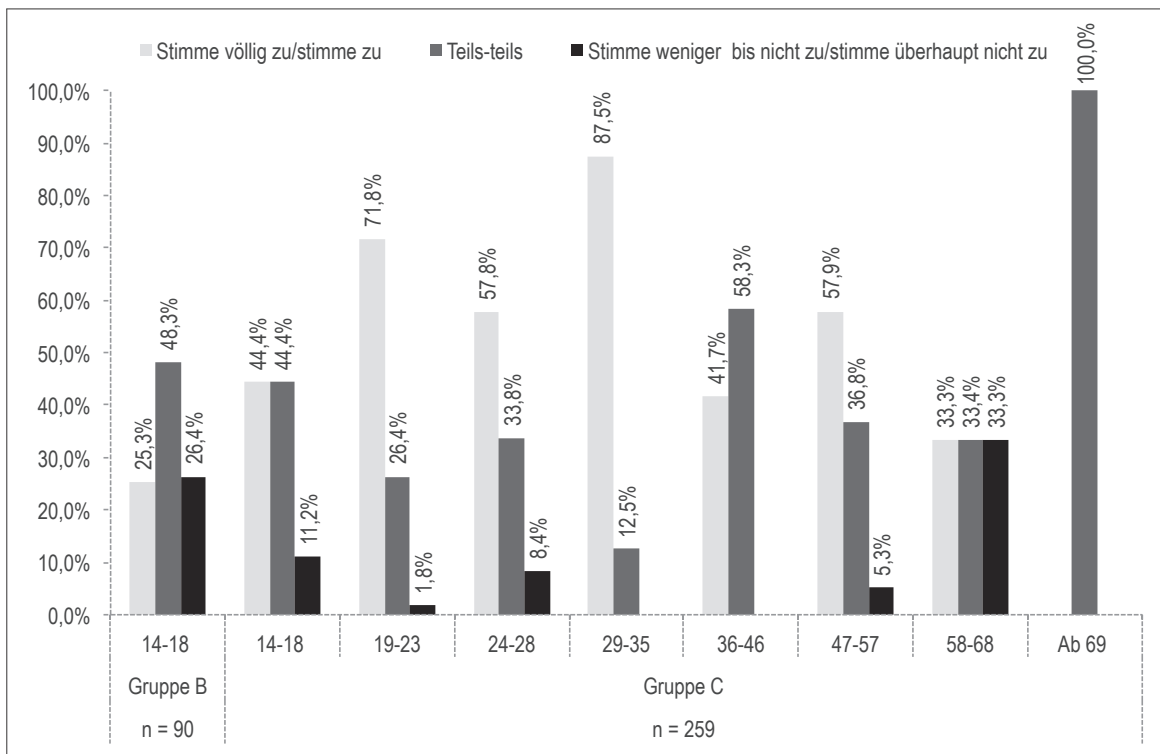
*Gruppe A - Frage: Campus gewaltfreier Raum.

Die meisten Probanden in Gruppe A – nicht deutschstämmige Studierende noch häufiger als deutschstämmige – sind der Auffassung, dass der Campus der Universität Karlsruher (KIT) ein relativ gewaltfreier Raum ist. Auf die Frage nach der Zustimmung zur Aussage: „Karlsruhe stellt insgesamt für mich einen relativ gewaltfreien Raum dar.“ sind in Gruppe B, C und D häufiger Deutschstämmige als nicht Deutschstämmige der Überzeugung, dass Karlsruhe ein relativ gewaltfreier Raum ist (siehe Tabelle 12.4). Von allen Befragungsteilnehmern sind Deutschstämmige in Gruppe C am häufigsten der Meinung, dass Karlsruhe ein relativ gewaltfreier Raum ist. Die höchste Ablehnung dieser Aussage zeigen die deutschstämmigen Schüler in Gruppe B. Die Gruppe der Schüler ist erfahrungsgemäß jugendtypischer Weise eher von Gewalt betroffen als andere Altersgruppen.

In dieser Untersuchung hat sich gezeigt, dass deutschstämmige offenbar noch mehr als nicht deutschstämmige Schüler Gewalt erleben respektive wahrnehmen. Die Begründung dafür könn-

⁶Kontraintuitiv trifft in der vorliegenden Untersuchung die Aussage „Angesichts alltäglicher Gewalt ist die aggressive Reaktion Jugendlicher verständlich“ bei den Jugendlichen in Gruppe D auf die stärkste Ablehnung. Die höchste Zustimmung zu dieser Aussage – und damit das meiste Verständnis – zeigen Befragte in Gruppe C. Die Aussage, dass es Situationen gibt, bei denen man nur mit Gewalt etwas erreichen kann, findet am wenigsten Ablehnung bei den nicht deutschstämmigen Schülern in Gruppe B (36,2%/Deutschstämmige: 50,1%).

Abbildung 12.5: Karlsruhe, ein relativ gewaltfreier Raum/Alter



te unter anderem ein kulturell differenziertes Gewaltverständnis, ausgeprägtere Gewaltsensibilisierung oder ein tatsächlich häufigeres Gewalterleben deutschstämmiger Schüler sein. Im Gegensatz zur älteren Gruppe C teilt in Schülergruppe B nur jeder vierte Proband (25,3%) die Überzeugung, dass Karlsruhe ein relativ gewaltfreier Raum ist. Es zeigt sich, dass die 58- bis 68-Jährigen gefolgt von den 14- bis 18-Jährigen dieser Aussage am wenigsten zustimmen. Die höchste Zustimmung erfolgt in der Altersgruppe der 29- bis 35-Jährigen (siehe Abbildung 12.5). Diese Befragungsteilnehmer verfügen vermutlich am wenigsten über eine eigene Gewalterfahrung bzw. -wahrnehmung in Karlsruhe.

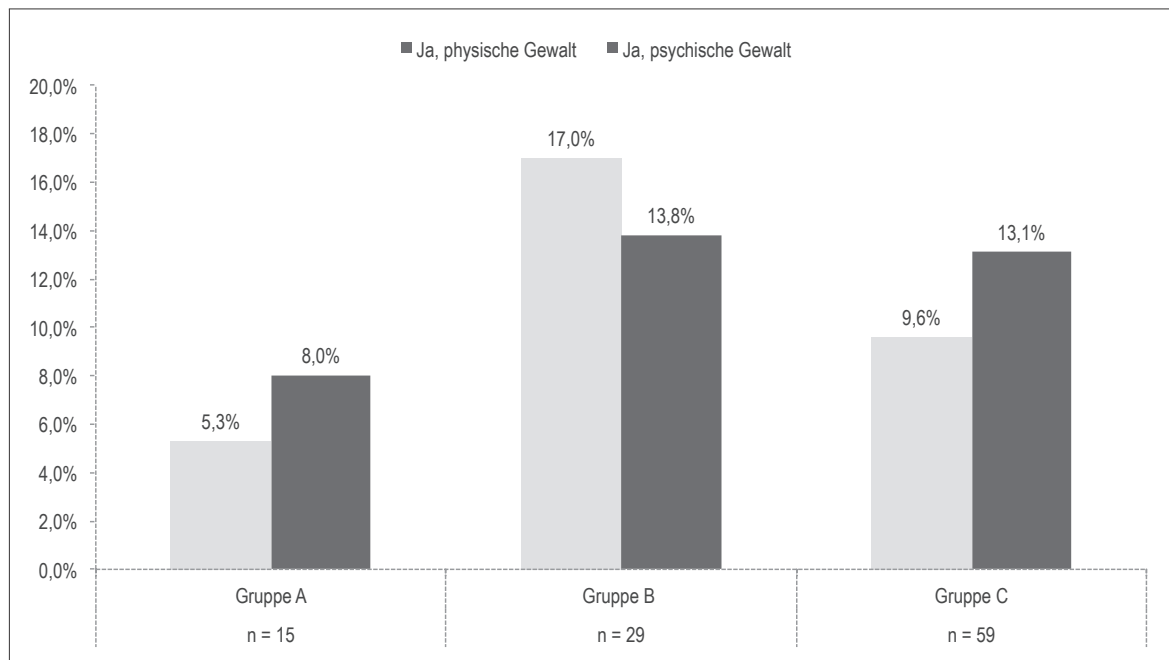
12.1.3 Gewalterfahrung und Furcht vor Gewalt

An die Probanden der Gruppe C erfolgte die Frage zur Genese der Furcht vor Gewalt: „Haben Sie Angst/Furcht davor, dass Ihnen oder Ihrem Eigentum in Karlsruhe Schaden zugefügt werden könnte?“ Das Item: „Ja, durch körperliche Gewalt“ bejahte etwa jeder 10. Befragte (11,3%). Daraus folgt, dass die meisten Befragten in dieser Gruppe keine Furcht vor körperlicher Gewalt in Karlsruhe haben. Neben den beiden ältesten Befragungsgruppen hat die Altersgruppe der 24- bis 28-Jährigen am häufigsten Angst vor körperlicher Gewalt.

Um einen möglichen Zusammenhang zwischen eigener Gewalterfahrung und der Bedrohungsfurcht durch Extremismus zu untersuchen, wurden den Probanden in dieser Studie zunächst Freitextfragen zu persönlichen Gewalterfahrungen in Karlsruhe gestellt.⁷ Sollten die Befragten

⁷ „Waren Sie selbst in Karlsruhe bisher Gewalt ausgesetzt?“

Abbildung 12.6: Persönliche Gewalterfahrung



Restliche Angaben: keine Gewalterfahrung.

Gewalt durch Rechts- oder Ausländerextremisten ausgesetzt gewesen sein, so ist davon auszugehen, dass diese im näheren Wohnumfeld beziehungsweise ortsnahe am Lebensmittelpunkt des Täters erfolgte (vgl. Sitzer u. Heitmeyer, 2007, S. 8). Eine gravierende Folge extremistischer Gewalt kann die soziale Stigmatisierung des ganzen betroffenen Wohnviertels sein. Die Studierenden geben am seltensten und die Schüler in Gruppe B am häufigsten persönliche Gewalterfahrungen an. In Gruppe C erlebte jeder Fünfte Gewalt in Karlsruhe (siehe Abbildung 12.6). Physische Gewalt wurde den Befragten laut Freitextangaben anlässlich von Konflikten beispielsweise in der Karlsruher Straßenbahn, im KSC Stadion, durch Bedrohung mit dem Messer auf dem Spielplatz und spontaner Gewalt in der Öffentlichkeit zugefügt. Psychische Gewalt erlebten die Probanden durch Betrunkene in der Öffentlichkeit sowie durch Pöbeleien in der Straßenbahn, Einsamkeit und Ausnutzung.

Im Folgenden wird der soziale Tatbestand der persönlichen Gewalterfahrung untersucht. Es

Tabelle 12.5: Gewalterfahrung

Gewalterfahrung in Karlsruhe	Gruppe A Studierende (in %) n=110		Gruppe B Schüler (in %) n=95		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=261	
	Nicht Deutsch- Stämmig		Nicht Deutsch- Stämmig		Nicht Deutsch- Stämmig	
	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig
Nein	85,2	91,2	73,0	67,8	81,0	72,5
Ja, physischer Gewalt	6,2	2,9	10,8	20,3	6,7	14,3
Ja, psychischer Gewalt	8,6	5,9	16,2	11,9	12,3	13,2

stellt sich heraus, dass nicht deutschstämmige Studierende am seltensten und nicht deutschstämmige Schüler am häufigsten über eigene Gewalterfahrungen in Karlsruhe berichten. Mehr als jeder fünfte nicht deutschstämmige und mehr als jeder zehnte deutschstämmige Schüler in Gruppe B war bereits körperlicher Gewalt in der Fächerstadt ausgesetzt (siehe Tabelle 12.5). Hinsichtlich psychischer Gewalt ist die Gruppe der deutschstämmigen Schüler am stärksten belastet, die Studierenden im Gegensatz dazu am geringsten. Auch in Gruppe C gibt jeder siebte nicht deutschstämmige und jeder 15. deutschstämmige Befragte an, mit physischer Gewalt in Karlsruhe konfrontiert worden zu sein. In Gruppe C verfügen Deutschstämmige über deutlich weniger eigene Gewalterfahrung als nicht Deutschstämmige. Während die deutschstämmigen Befragten deutlich öfter psychischer Gewalt ausgesetzt waren, war die nicht deutschstämmige Wohnbevölkerung häufiger psychischer Gewalt ausgesetzt und erlebte mehr als doppelt so oft physische Gewalt. Die Schüler geben generell am häufigsten an, persönlich mit (überwiegend physischer) Gewalt in Karlsruhe konfrontiert gewesen zu sein. Von den Befragten, die psychischer Gewalt ausgesetzt waren, geben die meisten an, dass es sich hierbei um Mobbing handelte.

Kulturell bedingte Unterschiede in der Auffassung von Körperterritorium, Nähe aber auch Distanzwahrung führen zu völlig unterschiedlichen Verhaltensweisen, was insbesondere im kulturell gemischten öffentlichen Raum zu Belästigungsgefühlen führen kann.⁸ Da Konflikte wie Belästigungen, Beleidigungen und Pöbeleien Einzelner auch zu Abwehrhaltungen gegen eine ganze Ethnie führen können, wird eine Verbindung zwischen solchen Konfliktsituationen und dem Migrationshintergrund untersucht.⁹ Es zeigt sich in Gruppe C eine deutliche Polarisierung: Nicht-Deutschstämmige geben mehr als doppelt so häufig an, öfter von Deutschen belästigt worden zu sein, als Deutschstämmige angeben, von Migranten belästigt worden zu sein (siehe Abbildung 12.7). In den Freitextangaben erfolgen in diesem Zusammenhang keine Hinweise auf rechtsextremistische Gewalt; zumeist handelt es sich hierbei um Alltagskonflikte nicht-krimineller Art. Öfter belästigte deutschstämmige Jugendliche in Gruppe B erfahren in etwa ebenso oft Beleidigungen und Belästigungen, wie dies zwischen nicht deutschstämmigen Schülern der Fall ist. Allerdings zeigt sich, dass Deutschstämmige fast doppelt so oft von nicht Deutschstämmigen belästigt werden wie nicht Deutschstämmige von Deutschstämmigen (siehe Abbildung 12.8). Dies wird insbesondere in Form von Mobbing usw. von den Schülern als psychische Gewaltform wahrgenommen und auch entsprechend an anderer Stelle dieser Untersuchung in einer Gegenfrage bestätigt. Auffällig ist der hohe Anteil an deutschstämmigen Jugendlichen, die angeben, öfter Pöbeleien usw. durch Migranten ausgesetzt zu sein.

Insgesamt dokumentiert sich, dass männliche deutschstämmige Jugendliche den am stärksten mit psychischer Gewalt belasteten Teil der Schülerschaft in dieser Forschungsarbeit darstellen. Sie erfahren öfter und in deutlich höherem Ausmaß sowohl intra- als auch interethnische Gewalt in Form von Beleidigungen, Pöbeleien usw., wobei deutlich die psychische Gewalteinwirkung in Form von Mobbing und Verbalattacken durch nicht Deutschstämmige überwiegt. Dass das Schulgelände unter diesen negativen Vorzeichen auch ohne körperliches Gewalthan-

⁸Menschen in arabischen Ländern haben einen anderen Begriff vom persönlichen Raum: Das Selbst liegt innerhalb des Körpers und kann durch Berührungen quasi nicht erreicht werden; durch eine körperbetonte Symbolsprache wird signalisiert wenn Alleinsein gewünscht ist (vgl. Schäfers, 2003a, S. 36).

⁹Frage: „Wurden Sie in Karlsruhe jemals ohne ersichtlichen Anlass von Deutschen/von Migranten belästigt, beleidigt, bedroht, angegriffen, angepöbelt, bestohlen, körperlicher Schaden zugefügt?“

Abbildung 12.7: Belästigungskonstellation/Ohne ersichtlichen Anlass belästigt (C)

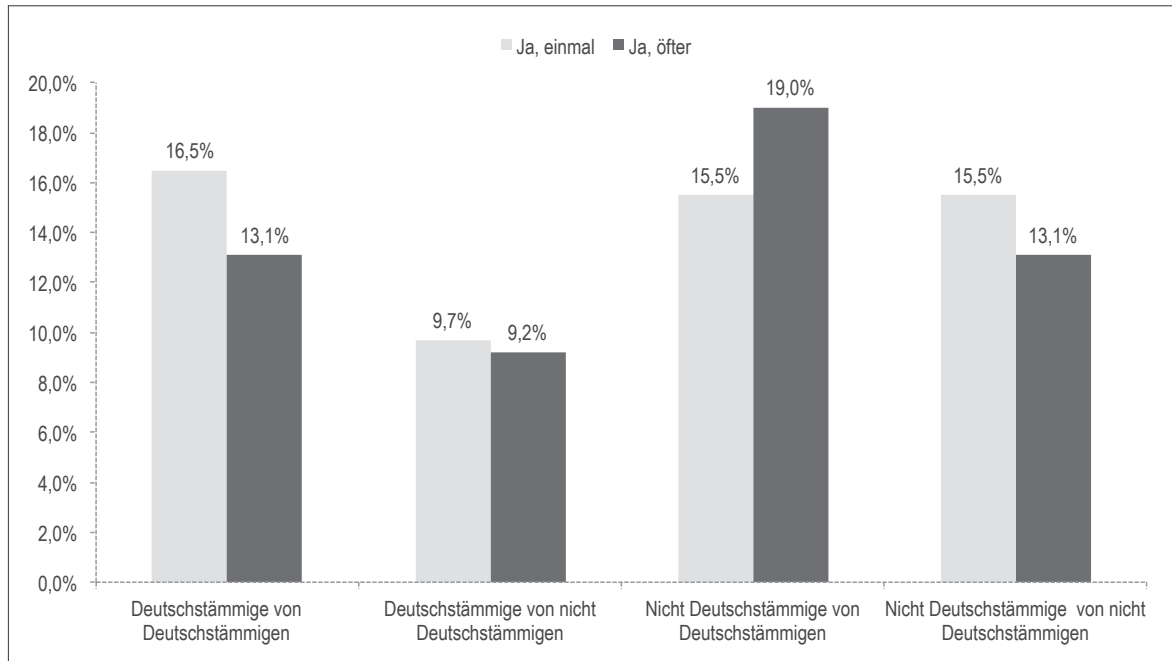
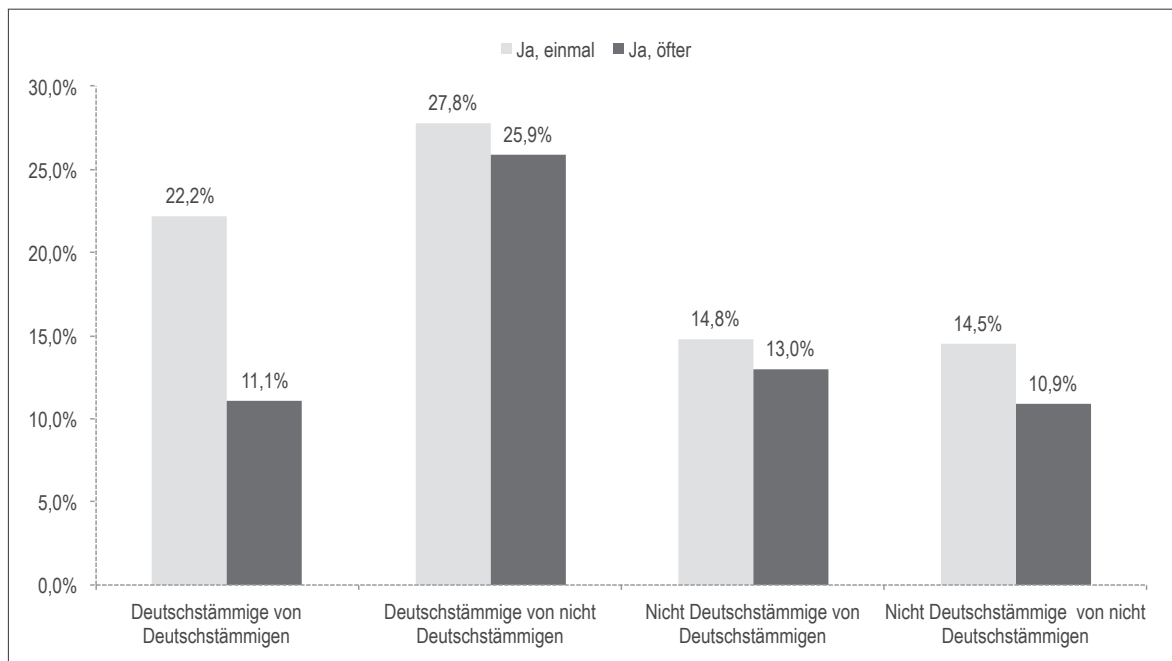


Abbildung 12.8: Belästigungskonstellation/Ohne ersichtlichen Anlass belästigt (B)



deln zum Angstraum wird, ist nachvollziehbar. Da Schulen in der Regel im Stadtteil der Schüler selbst oder in Stadtteilnähe ausgewählt werden, ist davon auszugehen, dass deutschstämmige Schüler auch im Wohnumfeld Konflikten mit nicht deutschstämmigen Mitschülern ausgesetzt sind. Unter Umständen bilden sich bei wiederholtem Opfererleben mit entsprechendem Ohnmachtsgefühl bei manchen Jugendlichen so starke Gefühle von Hass und Frustration gegen die Ethnie ihrer Peiniger auf, dass sie sich nationalistisch-extremistischen Gruppierungen zuwenden beziehungsweise anschließen.

Öffentliche Verkehrsmittel wie Straßenbahnen zählen zu den halböffentlichen Räumen. Sie sind gekennzeichnet durch einen begrenzten Raum, in welchem sich Individuen üblicherweise innerhalb eines begrenzten Zeitraums begegnen. Hier herrscht eine öffentliche Distanz mit der Möglichkeit (z.B. durch Sitzplatzbelegung) temporär ein begrenztes Territorium zu schaffen (vgl. Schäfers, 2003a, S. 34). Im Folgenden wird untersucht, welche Rolle öffentliche Verkehrsmittel wie Straßenbahnen und Busse hinsichtlich der Entwicklung von Angsträumen in Karlsruhe spielen.¹⁰ Es wird deutlich, dass tagsüber nicht deutschstämmige Befragte stärkere

Tabelle 12.6: Angst vor Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln

Angst vor Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln	Gruppe B Schüler (in %)		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %)	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
Ja, tagsüber	0	1,7	0,6	2,3
Ja, abends/nachts	33,3	22,4	21,2	20,5
Teils-teils/manchmal	27,8	19,0	23,5	18,2
Nein	38,9	56,9	54,7	59,0

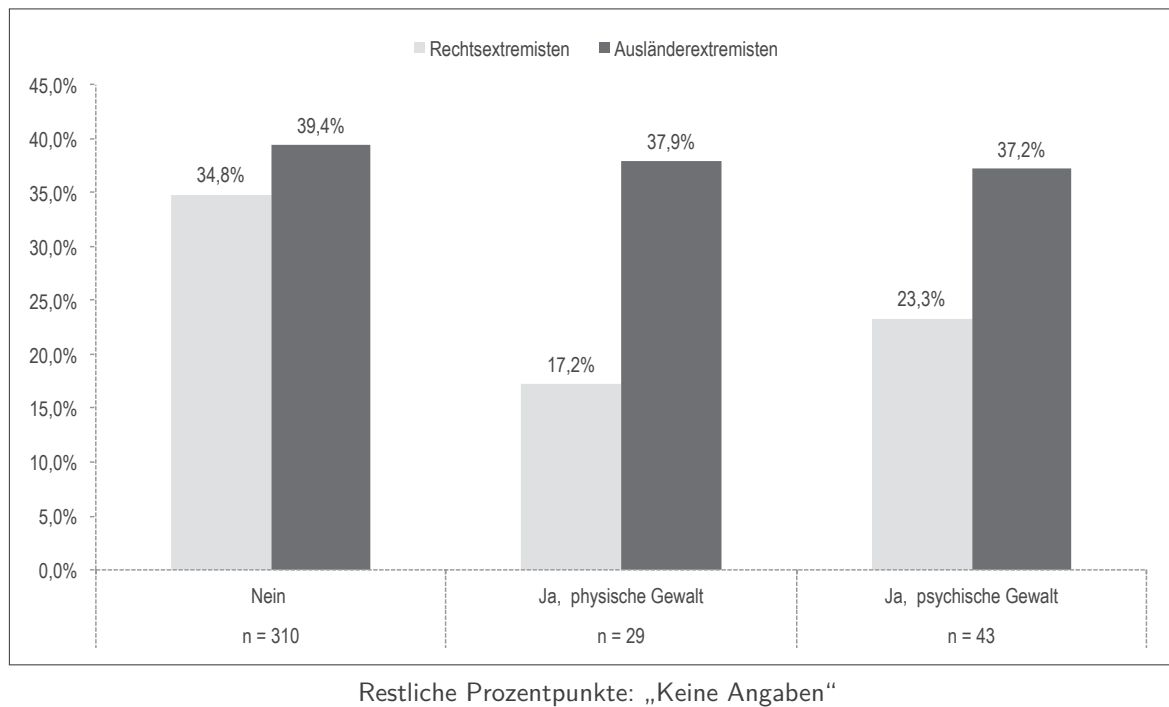
Furcht vor Gewalt in Bussen und Straßenbahnen in Karlsruhe haben als deutschstämmige; Deutschstämmige haben dagegen vor allem abends und nachts Angst in öffentlichen Verkehrsmitteln (siehe Tabelle 12.6). Auch hier zeigt sich, dass die Schülergruppe die Öffentlichkeit deutlich gewaltbesetzter wahrnimmt als die älteren Jugendlichen und Erwachsenen. Da in den Freitexten keine Angabe über einen befürchteten oder tatsächlichen Übergriff durch Rechtsextremisten oder Ausländerextremisten in den Straßenbahnen gemacht wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Furcht nicht von diesem speziellen Personenkreis herrührt. Auch wird nicht explizit von interethnischen Konflikten in der Straßenbahn berichtet. Die Problematik betrunkenen, pöbelnder Jugendlicher in öffentlichen Verkehrsmitteln scheint dagegen vor allem nachts ein starkes Problem für die Wohnbevölkerung darzustellen.¹¹

Es ergeht die Annahme, dass Personen, die selbst Opfer von Gewalt wurden, stärker gegenüber möglichen weiteren Gefahrenpotenzialen wie Rechts- oder Ausländerextremisten sensibilisiert

¹⁰Auf die Frage: „Haben Sie in Karlsruhe in Straßenbahnen und Bussen Angst vor Gewalt?“ geben 49,5% der Befragten in Gruppe B (Gruppe C: 56,8%) an, keine Angst zu haben. Generell haben die Befragten häufiger Angst in den Abendstunden und nachts (B: 27,4%/C: 21,2%) als tagsüber.

¹¹Im Freitext werden in erster Linie Betrunkene als Furchtauslöser angegeben, vor allem betrunkene, randalierende und pöbelnde Jugendliche an Straßenbahnhaltestellen und in Straßenbahnen, insbesondere abends, nachts und an den Wochenenden. Hier wird mehrmals auf die Haltestelle Europaplatz verwiesen. Der Europaplatz (früher: Lorettoplatz) in Karlsruhe wird unter unterschiedlichen Vorzeichen des Öfteren im Zusammenhang mit Gewalt benannt, so dass sich hier ein öffentlicher Angstraum abzeichnet.

Abbildung 12.9: Gewalt erlebt/Keine Kenntnis über Extremisten (C)



sind als Personen, die bisher keine eigene Gewalterfahrung hatten. Im Folgenden wird untersucht, inwiefern sich gewalterfahrene Personen auch dann vor Extremisten in Karlsruhe fürchten, wenn sie keine Kenntnis zu extremistischen Szenen haben. Eine Vergleichsuntersuchung zwischen viktimisierten und nicht viktimisierten Probanden in Gruppe C zeigt, dass Probanden, die bisher in Karlsruhe Gewalt ausgesetzt waren, deutlich *seltener* angeben, *keine* Kenntnis über Rechtsextremisten oder Ausländerextremisten in Karlsruhe zu haben, als dies bei Befragten der Fall ist, die bisher keiner Gewalt ausgesetzt waren (siehe Abbildung 12.9). Das heißt im Umkehrschluss, dass Befragte, die Gewalt erlebten, häufiger angeben, extremistische Szenen in Karlsruhe wahrgenommen zu haben, als Personen, die bisher keiner Gewalt ausgesetzt waren. Die Annahme findet Bestätigung, denn das eigene Gewalterleben scheint bei diesem Personenkreis zu einer generellen Sensibilisierung gegenüber Gewaltszenen geführt zu haben. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich die Entwicklung von Kriminalitätsfurcht auch von realen Bedrohungs- und Viktimisierungserfahrungen abkoppeln kann (vgl. Hüttermann, 2000, S. 280).

12.1.4 Gewaltbereitschaft

Je berechenbarer, störungsärmer und geordneter die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, desto naheliegender und dringender scheint die exakte Registrierung von Ausnahmen; die Anzeige wegen Verletzungen physische Integrität wird beispielsweise zunehmend zur Regel (vgl. Hanak u. Pilgram, 2004, S. 10).

Traditionell kennzeichnet die Heranwachsenden die Nichtachtung der Erwachsenen. Seit Jahren ist in der BRD jedoch vor allem bei den Jugendlichen beiderlei Geschlechts eine alarmierende

Veränderung der sozialen Verhaltensweisen und Umgangsformen mit der zunehmenden Entwicklung eines Verrohungs- und Brutalitätsklimas sowie die Häufung von Gewalt zu beobachten (vgl. Schwind u. a., 2006, S. 83)/(vgl. Bernart, 2001, S. 370)/(vgl. Feldschtejn, 1996, S. 123). Es ist eine offenkundige Zunahme an Zynismus, Grobheit, Grausamkeit und Aggressivität der heranwachsende Generationen festzustellen und auch die Bewaffnung wird immer mehr zur Regel (vgl. BMI, 2008a)/ (vgl. Luft, 2003, S. 35). Wilhelm Heitmeyer (1998) spricht von der „Entzivilisierung des Verhaltens“ („social uncivility“) (vgl. Heitmeyer, 1998, S. 443), während Kirsten Heisig und Günter Räcke (2006) in zunehmendem Ausmaß den „Verlust zivilisatorischer Standards“ im Verhalten vieler Jugendlicher in der BRD feststellen (vgl. Füchsel u. van Bebber, 2006).

Unter diesen Gesichtspunkten ergeht an die Probanden die Frage: „Haben Sie den Eindruck, dass die Gewaltbereitschaft in Karlsruhe in den letzten zwei Jahren zugenommen hat?“ Im Ergebnis zeigt sich eine stark polarisierende Wahrnehmung: Während mehr als jeder dritte Jugendliche (37,9%) in Gruppe B angibt, eine Zunahme der Gewaltbereitschaft bemerkt zu haben, teilen lediglich 13,9% der Befragten in Gruppe C diesen Eindruck. Die Einschätzung kann mit dem persönlichen Lebensumfeld zusammenhängen, das sich bei Jugendlichen erfahrungsgemäß generell gewaltbelasteter darstellt. Möglicherweise zeigt sich die Schülergruppe aber auch gewaltsensibler als die Gruppe der Wohnbevölkerung. In den Freitextangaben werden von beiden Gruppen die beobachteten Gewaltformen und der ausführende Personenkreis mehrheitlich alkoholisierten Jugendlichen zugeordnet. Am häufigsten sehen deutschstämmige Schüler in Gruppe B eine Zunahme der Gewaltbereitschaft in Karlsruhe, während Deutschstämmige in Gruppe C dies am seltensten bemerken (siehe Tabelle 12.7).

Tabelle 12.7: Zunahme der Gewaltbereitschaft

Zunahme der Gewaltbereitschaft	Gruppe B (in %) Schüler n=95		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=264		Gruppe D (in %) Jugendliche n=59	
	Nicht		Nicht		Nicht	
	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig
Ja	44,4	34,5	12,4	17,5	27,6	30,0
Teils-teils	41,7	32,7	22,3	28,7	17,2	30,0
Nein	13,9	32,8	65,3	53,8	55,2	40,0

Helmut Klages stellte bereits 1975 fest, dass der Alkoholismus weltweit eine sehr starke längerfristige Zunahmetendenz aufweist, die kaum von nationalen Unterschieden geprägt ist. Auffallend sei jedoch der rapide ansteigende Frauenanteil (vgl. Klages, 1975, S. 25).

Im Jahr 2007 wurde bundesweit beinahe jede dritte Gewalttat – insbesondere bei den schweren und gefährlichen Körperverletzungen – unter Alkoholeinfluss verübt (vgl. BMI, 2008a, S. 6f.). Alkoholkonsum nimmt zwischenzeitlich auch bei Kindern und Jugendlichen als Auslöser von Gewalt problematische Züge an. Die Zahlen von Gewaltdelikten alkoholisierten Heranwachsender sind auch in Karlsruhe in den letzten Jahren besorgniserregend in die Höhe geschneilt. Alleine die Körperverletzungsdelikte mit entsprechendem Hintergrund haben sich von 976 Fällen

(1995) auf knapp unter 2.000 (2008) mehr als verdoppelt. Noch gravierender ist die gestiegene Zahl der in Karlsruher Krankenhäuser eingelieferten Minderjährigen mit Alkoholvergiftung (2002: 26/2008: 107 Fälle) (vgl. BMI, 2010b, S. 14). Die Fächerstadt folgt damit einem bundesweit zu beobachtenden Trend.¹²

Auch in diversen Freitextangaben der vorliegenden Untersuchung ist das Beschwerdeverhalten über alkoholisierte Jugendliche bei allen befragten Gruppen auf hohem Niveau. Das Auftreten von betrunkenen, pöbelnden, randalierenden und gewaltbereiten Jugendlichen im öffentlichen Raum führt offensichtlich zur Verunsicherung der Bevölkerung; für einen Teil der Befragten werden durch diese Jugendlichen öffentliche Räume in Karlsruhe insbesondere abends/nachts zu Angsträumen. Auch in der maskulinen Jugendkultur wie in ihrer rechtsextremen Variante ist Alkohol eine wichtige Droge. Aggression und Gewalt zielen dann auf Opfer, die im Rahmen rechtsextremer Ideologien als minderwertig gelten (vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 312). Aus diesen beiden Perspektiven heraus ergeht die Frage an die Probanden: „Halten Sie ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen in Karlsruhe für geeignet, um vor allem Jugendliche vom Randalieren abzuhalten?“ Unerwartet sind die Jugendlichen in Gruppe B häufiger als

Tabelle 12.8: Alkoholverbot

Zustimmung zu Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen	Gruppe B Schüler (in %) n=92		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=262	
	Deutschstämmig n=35	Nicht Deutschstämmig n=57	Deutschstämmig n=177	Nicht Deutschstämmig n=85
Ja	51,4	38,6	26,6	35,3
Teils-teils	28,6	24,6	30,5	23,5
Nein	20,0	36,8	42,9	41,2

die Befragten in Gruppe C der Meinung, dass ein Alkoholverbot Jugendliche vom Randalieren abhalten könnte (siehe Tabelle 12.8). In der Schülergruppe B sind dabei noch mehr Deutschstämmige als nicht Deutschstämmige der Überzeugung, dass ein Alkoholverbot positive Auswirkungen auf Jugendliche im öffentlichen Raum haben könnte. In Gruppe C sind dagegen die meisten Probanden der Ansicht, dass dieses Verbot keine Auswirkungen auf das Randalieren von Jugendlichen haben würde.

Bisher bestätigen die Studien zu Rechtsextremismus der Nähe zu rechtsextremem Denken eine starke Bildungs- und Schichtabhängigkeit (vgl. Rössner u. a., 2003, S. 169). Der Einzelne wird

¹²Im Jahr 2009 wurden rund 26.400 Kinder und Jugendliche mit akuter Alkoholintoxikation ins Krankenhaus eingeliefert (2000: 9.500) (vgl. ZDF, 2011b). Das Alter, in dem Jugendliche zum ersten Mal Alkohol trinken, stieg leicht an (2010: 14,5 Jahre/2004: 14,1 Jahre) (vgl. ZDF, 2011a); 13% der 12- bis 17-Jährigen greifen einmal in der Woche zu alkoholischen Getränken (ebd.). Der *regelmäßige Alkoholkonsum* von Kindern und Jugendlichen in Deutschland geht weiter zurück und erreichte 2010 den niedrigsten Stand seit den 1970er Jahren. Bei Jugendlichen ist jedoch insbesondere *Binge Drinking, Flatrate- oder Komasaufen* „in“, d.h. der Konsum von fünf oder mehr alkoholhaltigen Getränken hintereinander: 16,7% (2004: 22,6%) der minderjährigen Jugendlichen gaben 2010 an, im zurückliegenden Monat bei einem Anlass mindestens fünf alkoholische Getränke hintereinander getrunken zu haben. Bei den 18- bis 25-Jährigen war es jeder Zweite (vgl. ZDF, 2011a).

nach Auffassung von Werner Schiffauer (1997) durch Bildung dazu gebracht, gesellschaftlich verantwortlich zu denken, zu fühlen und zu handeln. Mit höherer Bildung könnten weitere Faktoren an den Rand gedrängt werden, die Jugendliche in die Hände von Rechtsradikalen führen, wie z.B. verstärkter Alkoholkonsum, ausgeprägtes Machoverhalten und geringe Selbstkontrolle. Je höher der angestrebte Abschluss ist, desto geringer scheint die Gefahr, in rechtsradikale Kreise zu geraten (vgl. Schiffauer, 1997, S. 47).

Da in der BRD mit dem Beruf weitgehend das Einkommen sowie gesellschaftliche Teilhabe oder Exklusion einhergeht, stellt die Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive eine lebensbestimmende Aussage dar.¹³ Zunehmende Zukunftsunsicherheiten und unzureichende Mittel für den Umgang mit Problemen lassen für Jugendliche, die sich davon bedroht fühlen, Gewalt zur Ressource für Konfliktbewältigung werden (vgl. Fuchs u. a., 2005, S. 23).

Die häufigste Gewaltform an deutschen Schulen ist verbale Gewalt (Beschimpfungen und Beleidigungen); körperliche Gewalt findet dagegen wesentlich seltener statt (vgl. Fuchs u. a., 2005, S. 21). Es kann davon ausgegangen werden, dass das Gewaltverhalten mit steigendem Bildungsniveau abnimmt. Als Ursache kann die unterschiedliche Kontrollfähigkeit der Schultypen¹⁴ gesehen werden, wobei nicht die Schulart, sondern die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft inklusive ihrer Problemlagen für die unterschiedlichen Gewaltniveaus verantwortlich ist (vgl. Baier u. Pfeiffer, 2007, S. 25). Von Schulseite wird das Gewaltverhalten der Schüler in der Regel negativ sanktioniert, so dass Konflikte zwischen Schülern bevorzugt außerhalb der Schule ausgetragen werden. Nur 4,2% der Schüler in Gruppe B geben an, dass sie Angst vor Gewalt in der Schule haben (10,5% teils-teils). Gleichzeitig bekundet jedoch fast jeder dritte Schüler (30,5%), dass er innerhalb der Schule Zeuge von Schlägereien wurde und beinahe jeder Fünfte (19%) gibt an, selbst Beteiligter gewesen zu sein. Insbesondere bei körperlicher Gewalt hängen Täter- und Opferstatus relativ eng zusammen: Wer häufig geschlagen wird, wird auch selbst überproportional häufig zuschlagen (et vice versa).¹⁵ Mit zunehmender Häufigkeit und Intensität der Gewalt besteht fast eine analoge Steigerung (vgl. Fuchs u. a., 2005, S. 24). Unter den Jugendlichen, die andere regelmäßig quälen und angreifen, ohne dabei selbst Opfer zu werden („Bullys“), sind tendenziell häufiger Nichtdeutsche, während deutsche Jungen

¹³Wer sich benachteiligt fühlt, weil er keine guten beruflichen Zukunftsperspektiven für sich sieht, dürfte eher gewillt sein, in extremistischen Vereinigungen aktiv zu werden oder diese zu unterstützen. An die 14- bis 18-Jährigen in Gruppe B erging daher die Frage: „Wie schätzen Sie Ihre persönliche berufliche Zukunftsperspektive in der BRD ein?“ 40,9% der befragten Schüler sehen für sich ausgezeichnete bis gute persönliche berufliche Zukunftsperspektiven, aber mehr als die Hälfte der Jugendlichen (41,9% „geht so“ und 9,7% „nicht gut bis eher schlecht“) sehen für sich persönlich weniger gute berufliche Chancen. Insgesamt sehen sich Realschüler häufiger als Hauptschüler in einer guten beruflichen Zukunftsposition; dabei schätzen deutschstämmige Schüler ihre beruflichen zukünftigen Chancen zwar insgesamt besser ein als nicht deutschstämmige, dennoch wird die Lage kritisch gesehen.

¹⁴Gymnasien haben die höchste Kontrolldichte und wegen der Bedeutung des Abschlusses das wirksamste Sanktionsinstrument; die schulischen Sanktionsmittel bei Hauptschülern sind dagegen weniger weitreichend.

¹⁵In vielen türkischen Schulen gehört Gewalt zum Alltag. Bei einer Befragung von Lehrern und Grundschülern in der Türkei (2006/2007) wurde festgestellt, dass 50% der Mädchen und 75% der Jungen geschlagen wurden und in jeder fünften Schule Istanbul rasierten die Lehrer als Strafe Schülern die Haare ab. Im Schuljahr 2006/07 wurden mindestens sechs Schüler auf Schulgeländen in der Türkei ermordet und 77 verletzt. Die Lehrgewerkschaft Egitim-Sen ermittelte im Jahr 2007, dass es in 48% der Schulen in der Türkei tätliche Übergriffe auf Schüler oder Lehrer gegeben hat. In 18% der Schulen wagten sich die Lehrer nur noch ausgestattet mit einem Knüppel auf das Schulgelände, und 16% der Lehrer waren bereits mindestens einmal Ziel eines tätlichen Übergriffs (vgl. Hermann, 2008, S. 11).

signifikant häufiger Gewaltopfer werden.

Kirsten Heisig und Günter Räche (2008) stellen in Deutschland seit Jahren bei Gewalttaten jugendlicher Migranten eine unverblühte Deutschenfeindlichkeit fest, wobei Bezeichnungen wie „Scheiß-Christ“ und „Schweinefleisch-Fresser“ unter den Jugendlichen in Mode sind (vgl. Durmaz, 2009)/(vgl. Lehnartz, 2008)/(vgl. Schirrmacher, 2008)/(vgl. Müller-Vogg, 2008a). Das Spektrum der diskriminierenden Worte und Handlungen ist sehr breit. Es reicht von einem vergleichsweise milden Ausdruck der Verachtung bis zu Worten und Handlungen, die „den Anderen“ die Menschlichkeit absprechen und sie – wenn nicht explizit so doch implizit – als Tiere einordnen (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 311). Mit solchen Bezeichnungen werden in einer Art Spiralbewegung weitere Voraussetzungen für die kommenden Drangsalierungen geschaffen (vgl. Heisig, 2008)/(vgl. Kohlstruck u. Münch, 2006, S. 324).

Jeder beleidigende Sprechakt schafft stets auch eine soziale Realität und verhärtet die Fronten. Im „Scheiß-Deutschen“ wird der Einzelne als Deutscher isoliert und bekommt stellvertretend Prügel für die Gruppe, die er verkörpert. Auf diese Weise wird er seinerseits von den Zugewanderten ausgegrenzt (vgl. Lehnartz, 2008). Viele nicht Deutschstämmige sind formal Deutsche, mit der Beschimpfung „Scheiß-Deutsche“ beleidigen sie somit ihre eigene (formale) Gruppe und die Diskrepanz zwischen Mitglieds- und Bezugsgruppe wird deutlich (vgl. hierzu Kapitel 1.2).

Laut einer Studie der Gesellschaft für deutsche Sprache (2008) verkommt die deutsche Sprache zunehmend zur Gossensprache und verroht auch unter Akademikern. Tabuwörter¹⁶ werden salonfähig (vgl. GfdS, 2008). Der Ton wird generell rauer. Auch die Probanden in der vorliegenden Forschungsarbeit stellen eine zunehmende Verrohung der Umgangssprache fest. Nach ihrer Einschätzung nahmen speziell bei Jugendlichen verbale aber vor allem physische Konflikte innerhalb der letzten zwei Jahre deutlich zu. Die rhetorische Herabwürdigung anderer scheint insbesondere unter Jugendlichen weit verbreitet zu sein. In der Schülergruppe B sind vor allem die deutschstämmigen Jugendlichen (61,1%) der Überzeugung, dass eine Zunahme der sprachlichen Verrohung festzustellen ist (nicht deutschstämmige: 37,9%), während in Gruppe C die nicht deutschstämmigen (58,1%) eher als die deutschstämmigen Probanden (54,6%) dieser Auffassung sind.

Speziell die Verrohung des Umgangstones hat für Psychologen Signalfunktion, weil verbal aggressive Jugendliche Gewalt nicht nur billigen, sondern auch öfter anwenden. Spott und Verächtlichmachung, Entmenschlichung und Verleumdung sind gezielt eingesetzte Mittel. Mit Tiermetaphern, durch Vergleiche mit Krankheiten und Seuchen oder mit Bezeichnungen aus der Fäkalsprache wird der Respekt gegenüber der angesprochenen Personengruppe zerstört. Respekt bildet jedoch einen psychologischen Schutzschild gegen gewalttätige Übergriffe. Provokative Sprüche, Beleidigungen, Diskriminierungen, Beschimpfungen und Obszönitäten scheinen fast gang und gäbe zu sein (vgl. Rixius, 1999, S. 159) und werden oft zum Anlass für Schlägereien genommen.

¹⁶Tabuwörter („Ficken“), Wörter, die aus der Gossensprache entstammen („Geil“, „Scheiße“) oder heute nicht mehr politisch korrekt sind („Neger“, „Zigeuner“, „Krüppel“) sind zum Teil noch im Sprachgebrauch. „Idiot“ stand 2008 mit 71% der Nennungen bei einer Befragung in Deutschland an der Spitze der selbst verwendeten Beleidigungen (vgl. GfdS, 2008).

12.2 Auswirkungen extremistischer Szenen auf Sicherheitsgefühl und Wohlfühlen der Bevölkerung

Die Interpretation von beobachtbaren Ereignissen wird durch den Prozess der Attribution von Eigenschaften zu Personen oder situativen Umständen sowie die Unterstellung bestimmter Ursache-Wirkung-Zusammenhänge (Kausalattribution) bestimmt (vgl. Köhler u. Kopp, 2003, S. 425). Dabei können detaillierte Informationen die Urteilsgenauigkeit bei der Personenwahrnehmung eher mindern als erhöhen. Oft reicht schon die Kleidung aus, um Stereotype auszulösen und bereits kleinste Unterschiede genügen, um zwischen Eigengruppe (Ingroup) und Fremdgruppe (Outgroup) zu differenzieren.

Bei der Einschätzung einer Person als Extremisten kann es sich um ein Zuschreibungskonglomerat handeln: Waren persönliche negative Erfahrungen, Konflikte oder Gewalterlebnisse durch eine Person einer anderen Ethnie erfolgt, werden seiner ganzen Gruppe die negativsten Eigenschaften dieser Person zugeschrieben. Negative Informationen fallen dabei unverhältnismäßig stark ins Gewicht, da wir negative Informationen über jemanden oft für einen besonders verlässlichen Indikator über seinen wahren Charakter halten (vgl. Forgas, 1999, S. 66). Vor allem bei der Einschätzung sozialer Gruppen spielen Verzerrungen der sozialen Wahrnehmung oder Folgerungen über Menschen eine wesentliche Rolle. Aus dieser Perspektive heraus wird bei Konflikten ein Deutschstämmiger möglicherweise als Anhänger der deutschen rechtsextremistischen Szene und ein Türkeistämmiger den türkisch-rechtsextremistischen „Grauen Wölfen“ zugeordnet. Diese Zuschreibungen entsprechen den Etablierten- und Außenseiterbeziehungen nach Elias (1993), wobei in der Regel die Etablierten die Deutungsmacht darüber haben, was einen gesellschaftlichen Werte- und Normenverstoß darstellt.

Das Thomas-Prinzip (Thomas/Thomas, 1928) besagt, dass eine Situation oder Gegebenheit, die von einer oder mehreren Personen als real eingestuft wird, in ihren Konsequenzen tatsächlich real ist, unabhängig davon, ob es die Annahmen de facto sind.¹⁷ Handlungen unterliegen einer subjektiven Situationswahrnehmung. Für den Einzelnen bestimmt die Interpretation einer Situation das Handeln und nicht deren objektive Einschätzung. Wer zum Beispiel annimmt, dass eine Gefahr durch Rechts- bzw. Ausländerextremisten besteht, der verhält sich adäquat gemäß dieser Annahme. Aus diesem von der Allgemeinheit wahrnehmbaren Verhalten einiger Personen wird folgerichtig von einem Teil der Bevölkerung auf die Tatsächlichkeit der Annahme rückgeschlossen und verstärkt so im Zirkel einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung (self-fulfilling prophecy) die Zahl jener, die sich diesem Glauben anschließen. Bereits das Gerücht über einen Tatbestand, wie die Anwesenheit (gewaltbereiter) Extremisten kann dazu führen, dass ein Stadtgebiet als gefährlicher Angstraum eingeschätzt und infolge dessen gemieden wird. Ebenso führen Gerüchte zu realen Aktivitäten.¹⁸ Unter theoretisch-methodischen Gesichtspunkten werden in Anlehnung an die Figurationstheorie nach Elias (1993) die nachstehenden Ausführungen unter anderem bezüglich sich möglicherweise wandelnder Figurationen untersucht.

¹⁷ „[...] If men define situations as real, they are real in their consequences.“ (Merton, 1995, S. 380).

¹⁸ Ein Hinweis an die Stadt Karlsruhe, dass ein ehemaliges Bordell im Karlsruher Stadtteil Durlach an die NPD verkauft und zu einer Schulungszentrale umfunktioniert werden soll, führte 2008/2009 in Karlsruhe zu heftigen Protesten und Demonstrationen durch die Bevölkerung. Auf kommunaler Ebene erfolgte zur Abwehr des Vorhabens eine Änderung des Nutzungsrechts des entsprechenden Gebietes. Das Gebäude wurde nicht an die NPD verkauft.

12.2.1 Kenntnisstand zu rechts- und ausländerextremistischen Symbolen

Um herauszufinden, weshalb sich die Befragten durch die beiden untersuchten extremistischen Szenen in Karlsruhe bedroht und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt fühlen, ist das Erkennen respektive die Zuordnungsmöglichkeit der jeweiligen Protagonisten zur entsprechenden Szene ein wichtiges, voraussetzendes Entscheidungsmerkmal. Polizei und Verfassungsschutz sind sich darin einig, dass es zunehmend schwerer wird, Personen an Äußerlichkeiten wie Symbolen, Haartracht o.ä. einer bestimmten Gruppe zuzuordnen zu können (siehe hierzu auch Kapitel 8.3). Seyran Ates (2008) ist der Auffassung, dass der Rechtsextremismus auf deutscher Seite zwar problematisiert würde, allerdings nicht ausreichend. Die türkischen Jugendlichen jedoch, die mit dem Gruß der türkisch-extremistischen „Grauen Wölfe“ in der Schule auftreten, würden still hingenommen (vgl. Ates, 2008, S. 13).

Von Befragungsteilnehmern kann in der Regel nicht erwartet werden, dass ihre Einschätzung einer fremden Person als Rechtsextremisten oder als Angehöriger der türkisch-rechtsextremistischen Gruppierung der „Grauen Wölfe“ an deren ideologischer Haltung festgemacht wird. An die Probanden ergeht daher die Frage, inwiefern sie die Symbole von deutschen Rechtsextremisten und „Grauen Wölfen“ erkennen.¹⁹ Eine separate Überprüfung entsprechender Kenntnisse wurde nicht durchgeführt. Aufgrund der Lebensrealität und Alltagserfahrung kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Probanden einen extremistischen Personenkreis in erster Linie aufgrund (vermuteter) szenenüblicher Kleidung, Frisur und Äußerungen wahrnehmen und getragene Symbole oder auch Musik als Anhaltspunkt zuordnen – wobei diese Einschätzung kritisch hinterfragt werden kann und sollte – für „unbedarfte Dritte“ stellt dies jedoch in der Regel die gängigste Zuordnungspraxis dar. In Gruppe B und C kennen Deutschstämmige deut-

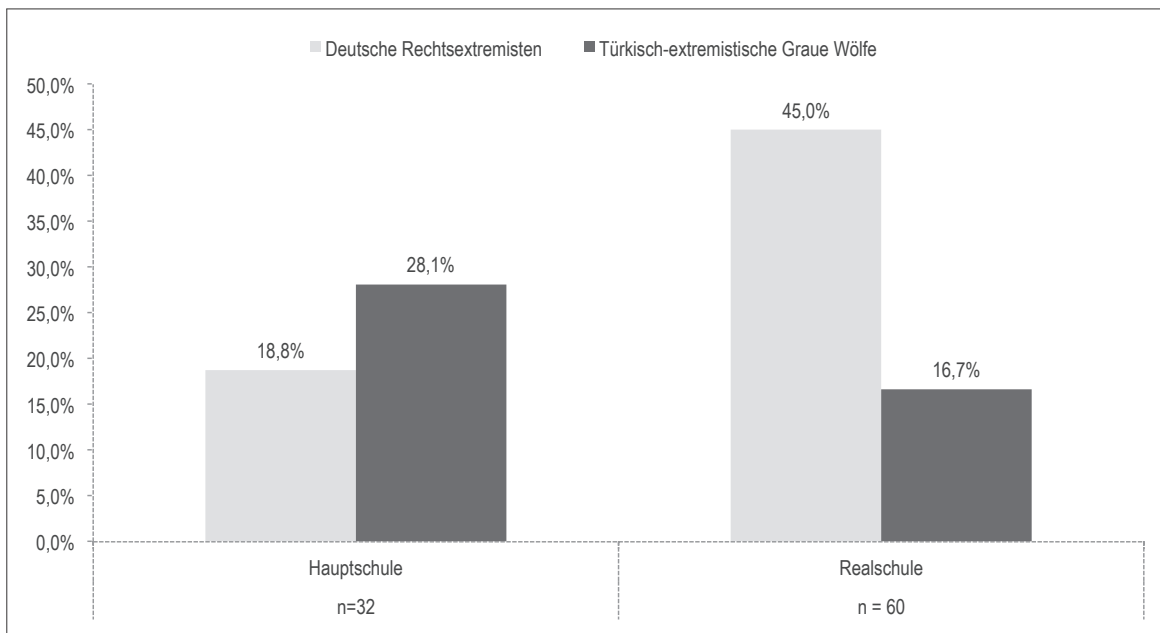
Tabelle 12.9: Kenntnis extremistischer Symbole

Symbole bekannt von	Gruppe B (in %) Schüler		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung	
	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig
Rechtsextremisten	41,7	32,1	87,0	84,5
„Graue Wölfe“	5,6	30,4	12,5	22,1

lich häufiger als nicht Deutschstämmige rechtsextremistische Symbole (siehe Tabelle 12.9). Die Symbole der „Grauen Wölfe“ sind dagegen bei den nicht deutschstämmigen Probanden in Gruppe B und C häufiger bekannt als bei den deutschstämmigen. Insgesamt erweisen sich nicht deutschstämmige Befragte in der vorliegenden Untersuchung besser über extremistische Symbole informiert als die deutschstämmigen Befragungsteilnehmer. Wird in der jüngsten Altersgruppe nach besuchter Schulform unterschieden, stellt sich heraus, dass den Realschülern die Symbole der deutschen Rechtsextremisten bekannter sind als den Hauptschülern. Dagegen sind die Symbole der „Grauen Wölfe“ den Jugendlichen an Hauptschulen vertrauter als den

¹⁹Frage: „Ist Ihnen ein Symbol der „Grauen Wölfe“ (Bozkurtlar) bekannt/Ist Ihnen ein Symbol der deutschen Rechtsextremen bekannt?“

Abbildung 12.10: Schulform/Kennntnis extremistischer Symbole (B)



Realschülern (siehe Abbildung 12.10). Die Symbole der vom deutschen Verfassungsschutz beobachteten türkisch-nationalistischen Extremistenvereinigung der „Grauen Wölfe“ sind 92,0% der befragten türkeistämmigen Schülern bekannt. Während in Gruppe B nur etwa jeder Dritte die Symbole der Rechtsextremisten kennt, ist dies in Gruppe C bei 86,3% der Befragten der Fall. Hier kennen vor allem die 14- bis 18-Jährigen deren Symbole (siehe Abbildung 12.11).

Insgesamt ist zu erkennen, dass die Symbole der „Grauen Wölfe“ in Gruppe B und C weitgehend unbekannt sind. Jeder Fünfte in der Schülergruppe und etwa jeder Siebte in Gruppe C kennt deren Symbole. Lediglich die Altersgruppen der 24- bis 28-Jährigen und 47- bis 57-Jährigen in Gruppe C kennen in etwa so oft wie die Schülergruppe die Symbole der türkisch-nationalen Extremistengruppe (siehe Abbildung 12.12). Vor allem Jugendliche, die in der Karlsruher Südstadt und in der Oststadt wohnen, sind mit deren Symbolen vertraut. Die Symbole der deutschen Rechtsextremisten haben über alle Altersgruppen und Ethnien hinweg einen signifikant höheren Bekanntheitsgrad als die Symbole der türkisch-nationalextremistischen „Grauen Wölfe“: 15,6% der Befragten in Gruppe C und 22,6% in Gruppe B kennen Symbole der türkischen „Grauen Wölfe“ aber 86,3% in Gruppe C und 35,7% in Gruppe B kennen Symbole der deutschen Rechtsextremisten. Überraschend informiert zeigt sich die Altersgruppe der 47- bis 57-Jährigen; hier kennt mehr als jeder Fünfte Symbole der „Grauen Wölfe“ (Rang 2), während diese Altersgruppe hinsichtlich ihrer Kenntnisse zur Symbolik der Rechtsextremisten Rang 4 belegt.

In Gruppe B wurde beinahe drei Viertel der Probanden (72,0%), in Gruppe C nahezu jeder fünfte Befragte (19,0%) in Karlsruhe geboren. Es wird im Folgenden untersucht, inwiefern Personen, die in Karlsruhe geboren wurden im Vergleich zu Zugezogenen, Symbole extremistischer Szenen in ihrem täglichen Umfeld in Karlsruhe erkennen. In Gruppe B und C zeigt sich, dass Geburtskarlsruher deutlich eher als zugezogene Befragte die Symbole der deutschen

Abbildung 12.11: Kenntnis Symbole der deutschen Rechtsextremisten/Alter

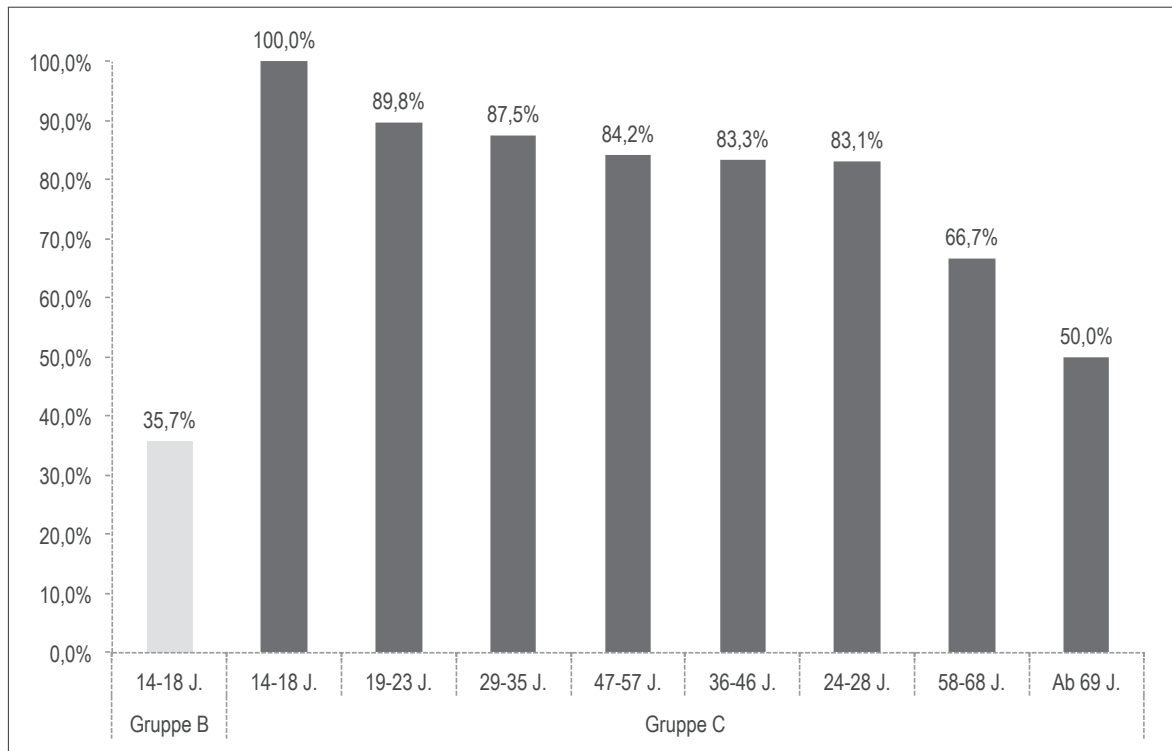


Abbildung 12.12: Kenntnis Symbole der „Grauen Wölfe“/Alter

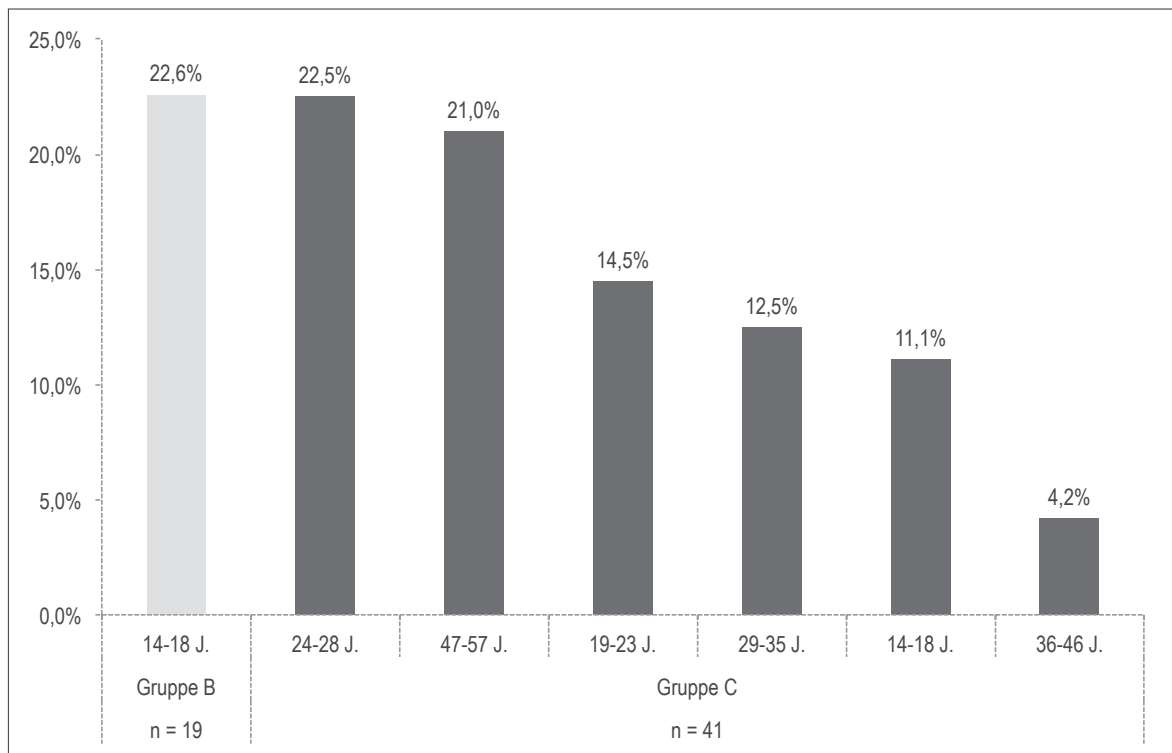


Tabelle 12.10: Geburtsort Karlsruhe/Kenntnis extremistischer Symbole

Kenntnis extremistischer Symbole	Geburtsort Karlsruhe (in %)			
	Gruppe B Schüler n=91		Gruppe C Wohnbevölkerung n=262	
	Seit Geburt in KA n=66	Nicht seit Geburt in KA n=25	Seit Geburt in KA n=50	Nicht seit Geburt in KA n=212
Rechtsextremist. Symbole Ja	37,9	24,0	89,8	85,4
Rechtsextremist. Symbole Nein	62,1	76,0	10,2	14,6
Symbole „Graue Wölfe“ ja	19,7	24,0	20,0	14,6
Symbole „Graue Wölfe“ nein	80,3	76,0	80,0	85,4

Rechtsextremisten kennen (siehe Tabelle 12.10). Bezüglich der Kenntnis über die Symbole der türkisch-rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ stellt sich dagegen die Situation bei den Schülern anders dar: Hier kennen Zugezogene deutlich öfter deren Symbole. Bei der Wohnbevölkerung Gruppe C kennen Geburtskarlsruher eher als Zugezogene die Symbole der „Grauen Wölfe“. Die Geburtskarlsruher in beiden Befragungsgruppen scheinen informierter oder auch interessierter an extremistischen Symbolen zu sein als die Zugezogenen. Dies sollte jedoch auch im Zusammenhang mit der tatsächlichen Lebenswelt, der Migrationsbiografie und den Informationsträgern gesehen werden.

12.2.2 Sicherheitsgefühl und Wohlfühlen in Karlsruhe

Furchteinflößende Faktoren können das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im öffentlichen Raum in erheblichem Maße negativ beeinflussen. Zunächst ist für die vorliegende Forschungsarbeit hinsichtlich des besonders sensible Themas „Sicherheit im öffentlichen Raum“ zu klären, wie sicher sich die Befragten generell in Karlsruhe *fühlen*.²⁰

In der Annahme, dass Menschen mit sensiblem Gewaltverständnis eher einen erhöhten Sicherheitsbedarf haben als Personen, die diversen Gewaltformen unempfindlicher entgegentreten, wird den Befragungsteilnehmern die Frage gestellt: „Könnte etwas dazu beitragen, Ihr persönliches Sicherheitsgefühl in Karlsruhe zu erhöhen?“ In Gruppe C gibt hierzu etwa jeder fünfte deutschstämmige und mehr als jeder vierte nicht deutschstämmige Proband an, dass etwas sein persönliches Sicherheitsgefühl in Karlsruhe erhöhen könnte (siehe Tabelle 12.11). Bei diesem Personenkreis scheint noch kein ausreichendes persönliches Sicherheitsgefühl vorhanden zu sein. Dabei geben Deutschstämmige häufiger als nicht Deutschstämmige an, sich

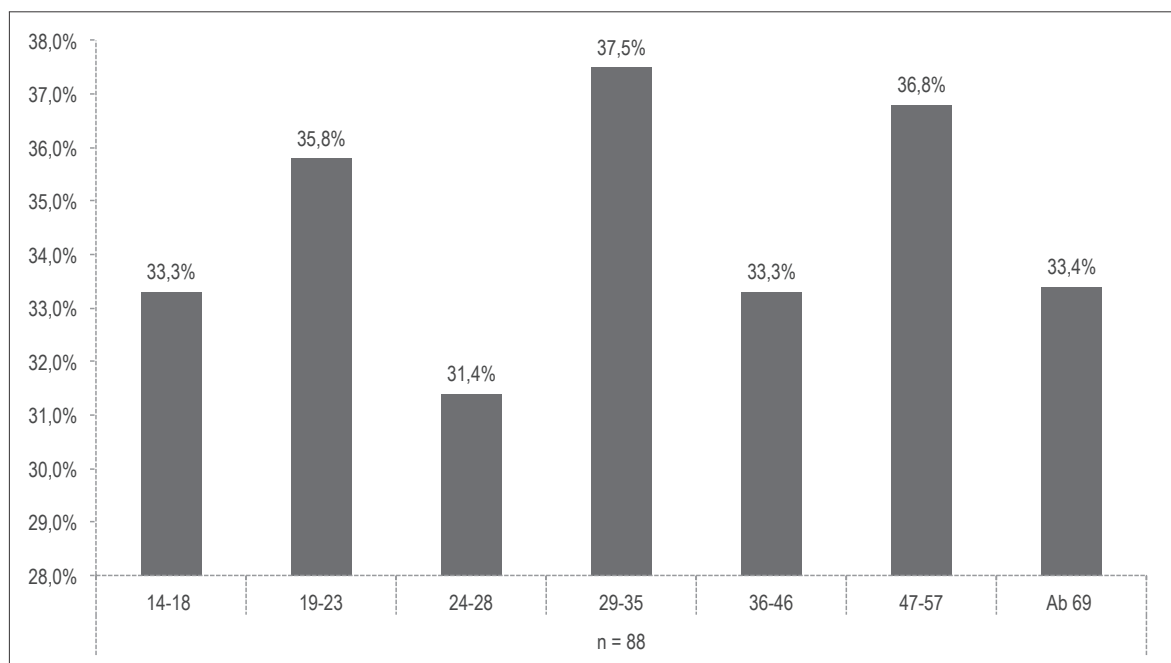
²⁰1999 fühlten sich laut Karlsruher Sicherheitsbefragung über 96% der Karlsruher tagsüber in ihrem Wohngebiet sicher oder einigermaßen sicher. Beinahe ein Drittel (29%) der Bevölkerung – vor allem Frauen sowie die Bewohner von Daxlanden, Grünwinkel und Mühlburg sowie der Innenstadt-Ost und der Waldstadt – fühlte sich nachts ausgesprochen unsicher in ihrem Wohngebiet (vgl. AfS, 1999). Im Vergleich zu 2004 nahmen 2009 die erfassten Straftaten im Regierungsbezirk Karlsruhe um fast 20% ab, damit lag mit 151.651 Straftaten die geringste Kriminalitätsbelastung seit 1990 vor (vgl. Regierungspräsidium, 2010); die Einwohner der Fächerstadt leben somit heute deutlich sicherer als die Jahre zuvor.

Tabelle 12.11: Erhöhung des Sicherheitsgefühls

Erhöhung des Sicherheitsgefühls	Gruppe C Wohnbevölkerung (in %)	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
Ja	19,2	27,1
Nein	14,0	10,6
Fühle mich sicher	35,5	30,6

Restliche Antworten: „Ich weiß nicht“

Abbildung 12.13: Ich fühle mich sicher/Alter (C)



in Karlsruhe bereits sicher (genug) zu fühlen. Ob dies an einem kulturell bedingten unterschiedlichen Sicherheitsgefühl oder Sicherheitsverständnis liegt oder in anderen Sachverhalten, bleibt noch zu klären.²¹ Es zeigt sich jedoch, dass im Vergleich zur Karlsruher Sicherheitsbefragung von 1999 das Sicherheitsgefühl der Befragten deutlich geringer ausgeprägt ist. Die Altersgruppe der 29- bis 35-Jährigen fühlt sich deutlich am sichersten während sich die über 58-Jährigen sowie die Altersgruppe der 24- bis 28-Jährigen am unsichersten fühlen (siehe Abbildung 12.13). Männliche Befragte geben deutlich häufiger an, sich in Karlsruhe sicher zu fühlen (37,9%) als dies bei weiblichen Befragten in Gruppe C der Fall ist (30,2%). Dies entspricht dem bekannten Phänomen in der Angstraumforschung, dass Frauen insbesondere im öffentlichen Raum häufig ängstlicher sind als Männer. Insgesamt geben n=58 Probanden aus

²¹Nach neueren emotionshistorischen Studien wird angenommen, dass Gefühle kulturell geprägt beziehungsweise auch in eine spezifische kulturelle Umgebung eingebettet sind (vgl. Heidborn, 2010, S. 43). Unter diesem Blickwinkel wäre es nach Auffassung der Verfasserin von Interesse, zu untersuchen, inwiefern das Sicherheitsgefühl kulturell unterschiedlich geprägt wird.

Gruppe C im Freitext an, was dazu beitragen könnte, ihr persönliches Sicherheitsgefühl in Karlsruhe zu erhöhen:

- Am häufigsten erfolgt die Forderung nach mehr Polizeipräsenz: z.B. Polizeikontrolle verstärken, mehr Polizeiaufsicht an den Orten, an denen sich Gewaltgruppen treffen, nachts in der Bahn und an betroffenen Plätzen.²² Die Befragten erhoffen sich durch die Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum eine Interventionsmöglichkeit gegen mögliche Sicherheitsbeeinträchtigungen.
- Gezielte Einzelprojekten zum Schutz des Eigentums: z.B. überwachte Garderoben in Diskotheken.
- Konkrete Sicherungsvorschläge des öffentlichen Raums: z.B. Beleuchtung in der Günther-Klotz-Anlage, bessere Radwege, ausreichende Beleuchtung auch im Schlosspark, mehr Straßenbeleuchtung, Kameras an öffentlichen Plätzen.
- Appell an zwischenmenschliches Wohlverhalten: z.B. selbst friedfertiger werden, die Abschaffung jeglicher Gewalt in den Medien, mehr Akzeptanz und Toleranz anderen Menschen gegenüber.
- Verstärkte Gewaltprävention: u.a. an Schulen und Universitäten durch Psychologen, Pädagogen, Konflikt-Training, mehr Sicherheitsbeamte in der Bahn.
- Alkoholproblem eindämmen: z.B. Alkohol erst ab 18 Jahren, stärkere Alkoholkontrollen bei Jugendlichen, Alkoholverbot in der Öffentlichkeit.
- Mehr Unterstützungsleistungen: Integration, Schularbeit, Streetworker, bessere Chancen für Jugendliche, Investition in Bildung, mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche. Das Gefühl, dass dieses Thema ernst genommen wird und das Vorgehen für Bürger transparent ist.

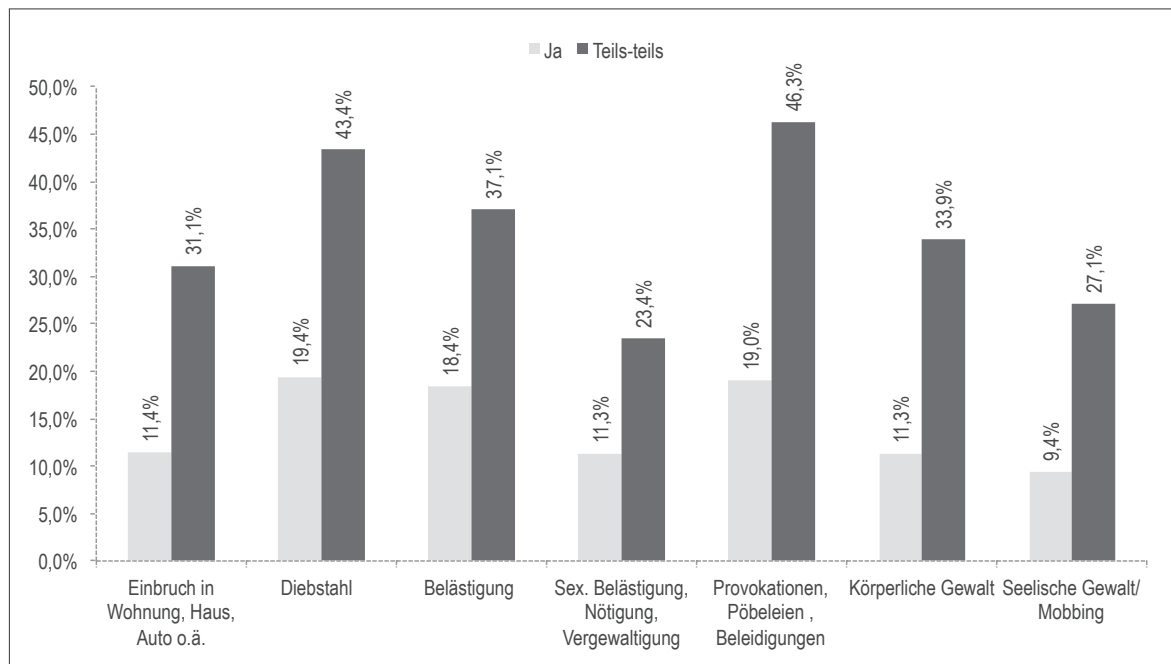
In dieser Forschungsarbeit zeigte sich, dass in Gruppe C nicht Deutschstämmige deutlich seltener (30,6%) als Deutschstämmige (35,5%) „Ich fühle mich sicher“ angeben. Ob dies durch ein kulturell bedingtes unterschiedliches Sicherheitsverständnis oder Sicherheitsbedürfnis oder durch andere Sachverhalte begründet ist, bleibt noch zu klären.

Auf die Frage: „Was bereitet Ihnen im öffentlichen Raum in Karlsruhe besonderes Unbehagen/macht Ihnen persönlich Angst?“ gibt die Mehrheit in Gruppe C (60,2%) an, dass ihnen nichts Unbehagen oder Angst bereitet.²³ Im Freitext werden insgesamt 231 Angaben darüber

²²Bereits 1999 wünschten sich 79% der befragten Karlsruher einen erhöhten Einsatz von Polizeistreifen zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Spezielle Wohngebietsbeamte, mit denen man persönlich vertraut ist, wünschte sich mehr als die Hälfte (56%) (siehe hierzu auch Kapitel 6.4). Überdurchschnittlich oft wurde dieser Wunsch in den dichter bebauten Stadtteilen geäußert (vgl. AfS, 1999).

²³1999 schätzten in der Karlsruher Sicherheitsbefragung etwa 6% der Einwohner die Gefahr als hoch ein, in ihrer Wohngegend Opfer einer Straftat zu werden. Überhaupt keine oder nur eine geringe Gefahr sahen diesbezüglich über zwei Drittel der Bevölkerung. Deutlich zeichnete sich jedoch ein über 10% liegender Anteil der sich als hoch gefährdet einstufoenden Bewohner im Stadtteil Innenstadt-West ab (vgl. AfS, 1999). Bewohner, die von einer hohen oder zumindest mäßigen Gefahr ausgingen, Opfer einer Straftat zu werden, befürchteten 1999 am häufigsten Raub, Überfall, Erpressung (44,5%), Wohnungseinbruch (42,9%) und Diebstahl (17,1%). Überdurchschnittlich hoch war die Furcht vor allem in Oberreut und Beierheim-Bulach (vgl. AfS, 1999).

Abbildung 12.14: Furcht vor Schaden (C)



Restliche Angaben: „Keine Furcht“

gemacht, was den Befragten in Karlsruhe Unbehagen respektive Ängste bereitet.²⁴ Erwartungsgemäß fühlt sich der Löwenanteil (93,2%) der Personen, die sich in Karlsruhe ausgesprochen wohl fühlen auch gleichzeitig sicher. Etwa jeder siebte Befragte in Gruppe C hat Furcht davor, dass ihm selbst oder seinem Eigentum Schaden zugefügt werden könnte.²⁵ An erster Stelle steht die Furcht vor Diebstahl. An zweiter Stelle folgen Furcht vor Provokationen²⁶, Pöbeleien und Beleidigungen²⁷, danach wird die Furcht vor Belästigungen genannt. Die Furcht vor einem Einbruch in Wohnung und Auto ist stärker ausgeprägt als die Furcht vor sexueller Nötigung/Belästigung/Vergewaltigung. Die Angst vor körperlicher Gewalt wird häufiger genannt als die Furcht vor seelischer Gewalt/Mobbing (siehe Abbildung 12.14). Bezüglich der Angst vor Diebstahl zeigen sich im Jahr 2009 mehr Personen in Furcht als noch 1999, während sich die Furcht vor Wohnungseinbruch 2009 deutlich niedriger darstellt als 1999.

²⁴Am häufigsten werden genannt: aggressive, betrunkene, pöbelnde gewaltbereite Jugendliche vor allem nachts; zahlreiche Kameras, zunehmender Vandalismus, Bau Untergrundbahn, gestiegene Gewaltbereitschaft, nachts alleine als Frau unterwegs zu sein.

²⁵Frage: „Haben Sie Angst/Furcht davor, dass Ihnen oder Ihrem Eigentum in Karlsruhe Schaden zugefügt werden könnte?“

²⁶Eine Provokation soll kränken, verletzen, demütigen und einschüchtern. Sie wird bewusst eingesetzt, um beim Gegenüber eine Reaktion zu erzwingen beziehungsweise zu nötigen; damit verschiebt sich die Täterrolle zur Opferrolle. Nicht der Provokateur wird als Täter wahrgenommen, sondern der Reagierende, dessen mögliche Galthandlung daraufhin als verwerflich eingestuft wird. Das Problem ist, dass eine verbale Provokation keine sichtbaren Verletzungen hinterlässt, also schwer zu beweisen ist.

²⁷Das Maß einer zugefügten Beleidigung liegt immer bei dem Beleidigten und nie nur im Ermessen des Beleidigers. Beleidigungen unterliegen kulturellen Normen. Was für die einen eine harmlose Äußerung darstellt, kann für einen anderen Kulturkreis die tiefste Kränkung und Demütigung bedeuten. Entsprechend fällt auch das Reaktionsspektrum der Betroffenen aus und reicht von einer ausbleibenden Reaktion bis hin zur Vernichtung des Beleidigers.

Um Willkür und Chaos einzuschränken gibt der Einzelne im Zuge der Vereinigung von Individuen zur zivilisierten Gesellschaft sein Recht auf Selbstverteidigung – mit Ausnahme der zulässigen Notwehrformen – weitgehend aus der Hand. In Deutschland nahm in den letzten Jahren der Schusswaffengebrauch ab, dafür nahmen Messer als Tatwaffe zu (vgl. BMI, 2008a, S. 7). Unter jugendlichen Gewalttätern sind Messer als Mittel zur Bedrohung und Einschüchterung, als Statussymbol und auch als Tatwaffe weit verbreitet (vgl. BMI, 2008c); in der Regel werden Messer von Deutschstämmigen in gewalttätigen Konflikten selten angewendet.²⁸

Die Angaben der Probanden, was dazu beitragen könnte, ihr persönliches Sicherheitsgefühl zu erhöhen, beinhalten nur in wenigen Fällen die Erlaubnis zum Waffentragen. In Gruppe B befürwortet jeder Fünfte (21,3%) den Besitz von Waffen zur eigenen Sicherheit, in Gruppe C jeder Elfte (8,8%). Die Mehrheit der Befragten spricht sich in dieser Untersuchung gegen den privaten Waffenbesitz aus. Das Antwortergebnis entspricht dem generellen guten Sicherheitsgefühl der Befragungsteilnehmer. In der Freitextfrage, mit was sich diejenigen Befragten, die Waffenbesitz überhaupt in Erwägung ziehen, bewaffnen würden, geben 80% Pfefferspray als Waffe an. Es wird deutlich, dass Deutschstämmige in Gruppe B den Besitz einer Waffe

Tabelle 12.12: Sicherheit durch Waffenbesitz

Waffenbesitz	Gruppe B Schüler (in %) n=94		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=263	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
Ja	30,6	15,8	8,5	9,4
Teils-teils	25,0	22,8	6,8	7,1
Nein	44,4	61,4	84,7	83,5

beinahe doppelt so häufig wie ihre nicht deutschstämmigen Mitschüler als Mittel zur persönlichen Sicherheitserhöhung ansehen (siehe Tabelle 12.12). Innerhalb der Gruppe C sind dagegen die deutschstämmigen seltener als die nicht deutschstämmigen Befragten der Auffassung, dass Waffenbesitz ihr Sicherheitsgefühl erhöhen könnte.

Die Frage: „Wie wohl fühlen Sie sich in Karlsruhe?“ beantwortet etwa jeder Vierte der Probanden (26,4%) in Gruppe C mit „ausgesprochen wohl“, deutlich mehr als die Hälfte (64,0%) mit „wohl bis sehr wohl“, „Teils-teils/geht so“ geben 9,2% an und „nicht wohl“ fühlen sich 0,4% der Befragungsteilnehmer. Keiner der Befragten fühlt sich in Karlsruhe „gar nicht wohl“. Der Löwenanteil unter den Befragten fühlt sich in der Fächerstadt wohl, hierunter insbesondere die 35- bis 46-Jährigen. Das Item „fühle mich hier gar nicht wohl“ wurde von keinem Probanden genannt. Mehr als jeder zehnte Befragte wurde von Rechtsextremisten und etwa jeder 16. von Ausländerextremisten belästigt; dennoch fühlen sich diese Befragten in Karlsruhe ausgesprochen wohl bis wohl (siehe Tabelle 12.13). Ein Zusammenhang zwischen Belästigung

²⁸ „Was mir nun jetzt bei den Nichtdeutschen auffällt, ist insbesondere, dass sie furchtbar leicht mit dem Messer umgehen. Das sind Libanesen, Araber, Jugoslawen, Türken, die verstehen es hervorragend, mit dem Messer umzugehen, und sie gebrauchen das Messer auch sehr gekonnt.“ (Luft, 2003, S. 35).

Tabelle 12.13: Wohlfühlen in Karlsruhe/Belästigt von speziellen Gruppen

Belästigt von speziellen Gruppen	Wohlfühlen in Karlsruhe (in %) Gruppe C	
	Ausgesprochen wohl bis wohl	Teils-teils/geht so
	n=181	n=23
Punks	23,2	17,4
Obdachlose	20,4	21,7
Bettler	33,7	39,1
Linksextremisten	5,0	8,7
Rechtsextremisten	11,6	8,7
Ausländerextremisten	6,1	4,4

Restliche Angaben: „Fühle mich hier nicht wohl“

durch Extremisten und vermindertem Wohlfühlen in der Fächerstadt kann in dieser Untersuchung für Gruppe C nicht bestätigt werden. Eine mögliche Beeinträchtigung des Wohlfühlens in Karlsruhe ist vermutlich in andern Gründen zu suchen.

Unter der Voraussetzung, dass Bedrohungsgefühle das Wohlfühlen negativ beeinflussen können, wird im Folgenden der Zusammenhang zwischen einer subjektiv oder auch objektiv wahrgenommenen rechts- bzw. ausländerextremistischen Szene in Karlsruhe und dem Wohlfühlen der Probanden in Gruppe C untersucht. 86,6% der Befragten in Gruppe C, die eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit sehen, fühlen sich ausgesprochen wohl bis wohl in Karlsruhe. Es wird deutlich, dass sich die Befragungsteilnehmer umso wohler fühlen, je weniger sie diese Szene in der Fächerstadt als Bedrohung für die eigene Sicherheit einschätzen (siehe Abbildung 12.15). Befragte, die sich in Karlsruhe nicht wohlfühlen (kleine Fallzahl), nehmen auch eine ausländerextremistische Szene als Bedrohung wahr. Bezüglich des Bedrohungsgefühls durch eine ausländerextremistische Szene scheint sich keine stärkere negative Auswirkung auf das Wohlfühlen der Probanden zu zeigen. Von den Befragungsteilnehmern, die eine rechtsextremistische Szene als Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit sehen, fühlen sich in Gruppe C die meisten ausgesprochen wohl bis wohl in Karlsruhe (siehe Abbildung (siehe Abbildung 12.16). Auch hier gilt: Je weniger eine Bedrohung durch eine rechtsextremistische Szene empfunden wird, desto wohler fühlen sich die Befragten in Gruppe C. Jeder Dritte in Gruppe C, dem nichts über Rechtsextremisten in Karlsruhe bekannt ist, fühlt sich in Karlsruhe wohl, während Personen, denen nichts über eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe bekannt ist, deutlich häufiger angeben, sich in der Fächerstadt ausgesprochen wohl/wohl zu fühlen (siehe Abbildung 12.17).

Insgesamt ist festzustellen, dass die Furcht vor einer ausländerextremistischen Szene stärkeren Einfluss auf das Wohlfühlen in Karlsruhe hat als die Furcht vor einer rechtsextremistischen Szene: Befragte, die eine ausländerextremistische Szene als Bedrohung ansehen, fühlen sich deutlich unwohler in Karlsruhe als Probanden, die eine rechtsextremistische Szene als Bedrohung ansehen. Eine explizite Begründung für das differierende Bedrohungsgefühl wird in den Freitexten nicht angegeben. Welchen Einfluss möglicherweise die Medien über ihre Berichterstattung zu Extremisten genommen haben, wird an späterer Stelle in dieser Forschungsarbeit

Abbildung 12.15: Ausländerextremistische Szene als Bedrohung/Wohlfühlen (C)

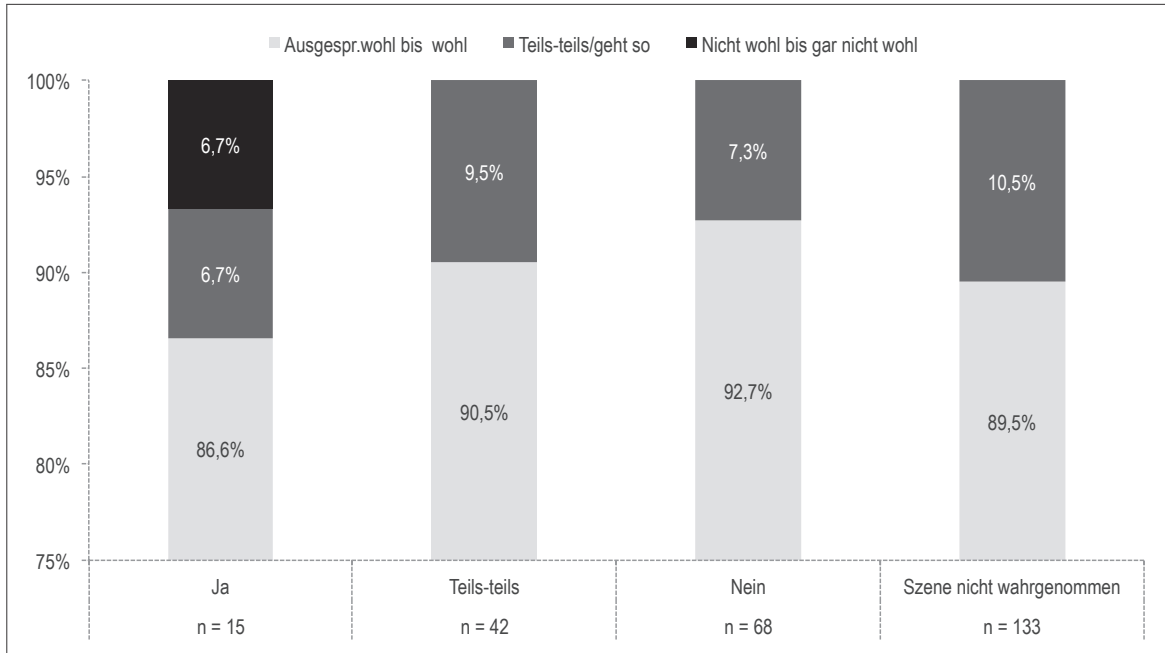


Abbildung 12.16: Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Wohlfühlen (C)

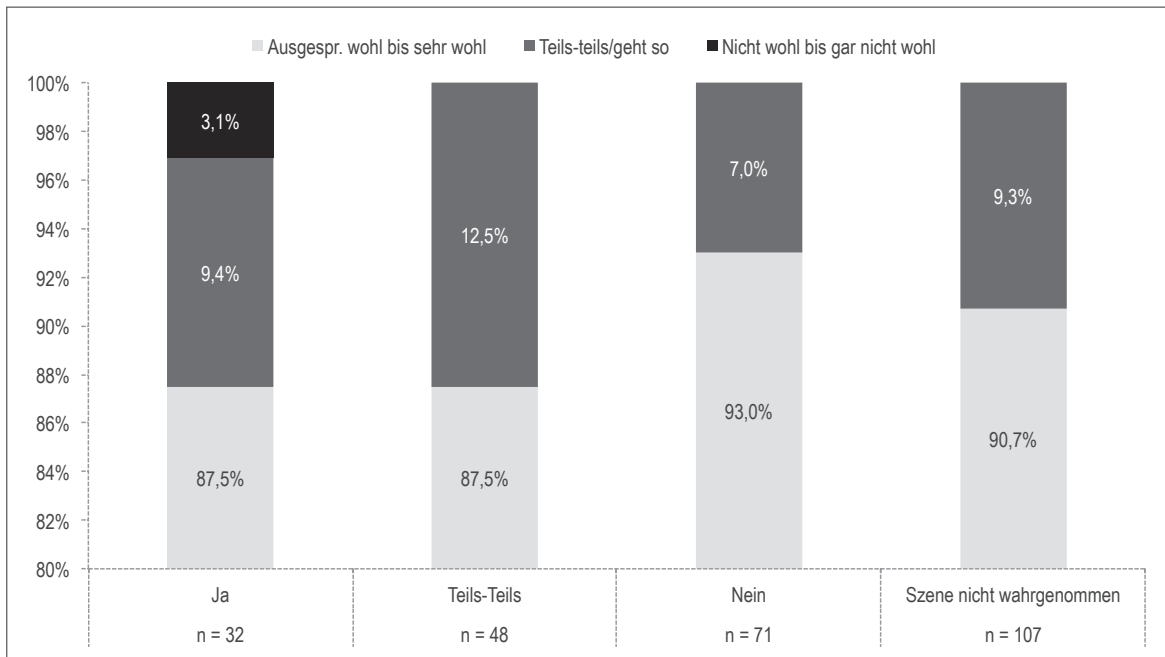
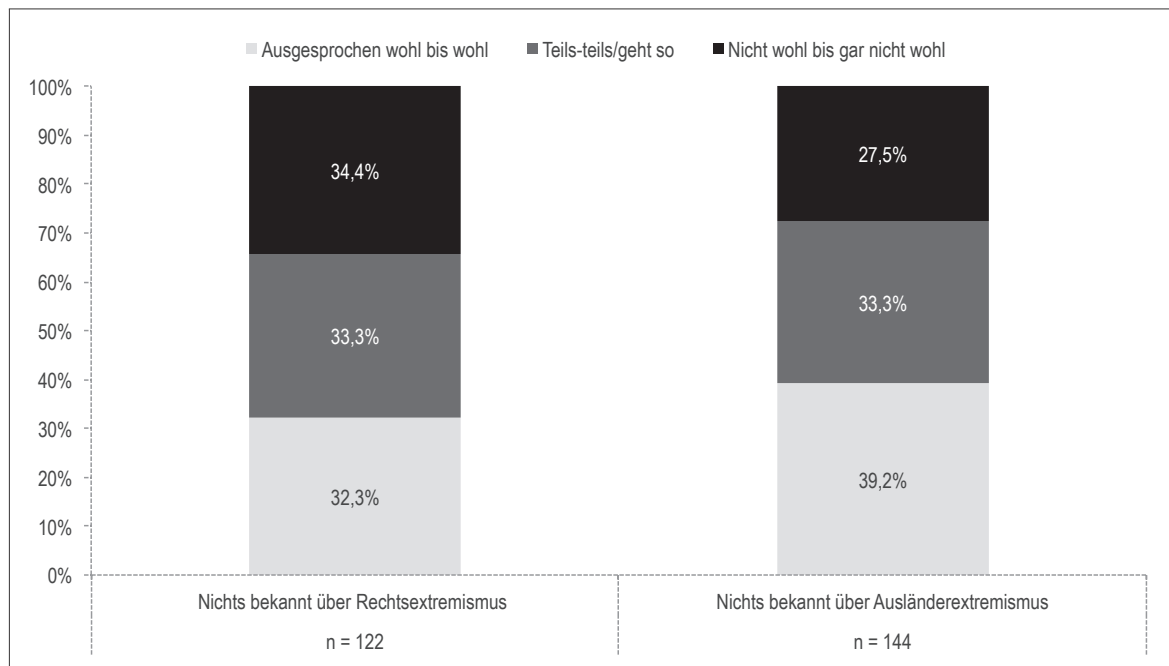


Abbildung 12.17: Kenntnis über extremistische Szenen/Wohlfühlen (C)



untersucht.

12.2.3 Sicherheitsbedrohung durch rechts- und ausländerextremistische Szenen

Von den Probanden, die in Karlsruhe eine rechtsextremistische Szene als Bedrohung für die persönliche Sicherheit sehen, meint etwa jeder Dritte, sich trotzdem sicher zu fühlen (siehe Tabelle 12.14). Im Gegensatz dazu erklärt nur jeder 15. Befragte, der in Karlsruhe eine ausländerextremistische Szene als Bedrohung für seine Sicherheit sieht, sich sicher zu fühlen.²⁹ Interessanterweise geben Befragte, die eine rechtsextremistische Szene *nicht* als Bedrohung einschätzen, seltener an, sich in Karlsruhe sicher zu fühlen als Probanden, die eine rechtsextremistische Szene als Bedrohung wahrnehmen. Das mangelnde Sicherheitsgefühl scheint von anderen Faktoren als der Furcht vor Rechtsextremisten beeinflusst zu werden, denn mehr als jeder Fünfte dieser Befragten gibt an, dass etwas sein Sicherheitsgefühl erhöhen könnte. Personen, die sich durch Ausländerextremismus bedroht sehen, fühlen sich um den Faktor 4.8 deutlich unsicherer als Befragte, die sich durch deutsche Rechtsextremismus bedroht sehen. Nachdem in den Freitexten von keinem Befragten von physischen Übergriffen seitens Rechts- oder Ausländerextremisten berichtet wird, gilt es nun festzustellen, inwiefern die rechts- bzw. die ausländerextremistische Szene in Karlsruhe generell als Bedrohung für die persönliche Sicherheit empfunden wird. Jugendliche in Gruppe B empfinden gleichermaßen eine Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit sowohl durch Rechtsextremisten als auch durch Ausländerextremisten. Diese Anteile liegen deutlich höher als in Gruppe C. Hier gibt etwa jeder achte Befragte

²⁹Frage: „Halten Sie die ausländerextremistische Szene bzw. rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung für ihre Sicherheit?“

Tabelle 12.14: Extremistische Szene Sicherheitsbedrohung/Erhöhung des Sicherheitsgefühls

Erhöhung des Sicherheitsgefühls	Extremistische Szene als Bedrohung für Sicherheit (in %) Gruppe C			
	Ausländerextremistische Szene als Bedrohung		Rechtsextremistische Szene als Bedrohung	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Ja	66,7	19,2	29,0	21,1
Ich fühle mich sicher	6,7	35,3	32,3	29,6

Restliche Angaben: „Ich weiß nicht“/„Nein“

Tabelle 12.15: Sicherheitsbedrohung/Extremistische Szene

Bedrohung der Sicherheit durch	Gruppe B (in %)				Gruppe C (in %)			
	Ja	Teils-teils	Nein	Nicht wahr- gen.	Ja	Teils-teils	Nein	Nicht wahr- gen.
Rechtsextremisten	13,8	27,7	21,3	37,2	12,2	18,4	27,6	41,8
Ausländerextremisten	13,8	29,8	20,2	36,2	5,7	16,2	26,4	51,7

an, ein Bedrohungsgefühl durch Rechtsextremisten in Karlsruhe zu haben, jedoch nur etwa jeder 17. Proband fürchtet eine Bedrohung seiner persönlichen Sicherheit durch Ausländerextremisten (siehe Tabelle 12.15). Während mehr als die Hälfte der Befragten in Gruppe C *keine* ausländerextremistische Szene in Karlsruhe wahrgenommen hat, ist das bei der Schülergruppe B lediglich bei jedem Dritten der Fall. Insgesamt sehen die Befragten eine stärkere Bedrohung durch eine rechtsextremistische als durch eine ausländerextremistische Szene. Da ein hoher An-

Tabelle 12.16: Rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung/Alter

Alter in Jahren	Gruppe C Wohnraumbevölkerung (in %) n=261			
	Bedrohungs- gefühl Ja	Bedrohungs- gefühl Teils-teils	Bedrohungs- gefühl Nein	Szene nicht wahrgenom- men
	14-18	0	44,4	11,1
19-23	13,6	14,5	20,0	51,9
24-28	14,5	18,8	36,2	30,5
29-35	4,2	12,5	33,3	50,0
36-46	16,7	8,3	33,3	41,7
47-57	11,1	38,9	33,3	16,7
58-68	0	0	66,6	33,4
Ab 69	0	75,0	0	25,0

teil der Befragten die Frage nach dem Bedrohungsgefühl mit „teils-teils“ beantwortet, sich also nicht eindeutig von einem Bedrohungsgefühl distanziert, sich aber auch nicht explizit bedroht fühlt, werden die Angaben zu „ja“ und zu „teils-teils“ hier als gemeinsamer Wert betrachtet.

Am häufigsten fühlt sich die Altersgruppe der 36- bis 46-Jährigen durch Rechtsextremisten bedroht, während neben den 14- bis 18- und über 58-Jährigen (jeweils kleine Fallzahl) die 29- bis 35-Jährigen das geringste Bedrohungsgefühl angeben (siehe Tabelle 12.16). Neben den

Tabelle 12.17: Ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung/Alter

Alter in Jahren	Gruppe C (in %) Wohnraumbevölkerung n=261			
	Bedrohungs- gefühl Ja	Bedrohungs- gefühl Teils-teils	Bedrohungs- gefühl Nein	Szene nicht wahrgenom- men
14-18	0	22,2	33,4	44,4
19-23	1,8	12,7	23,6	61,9
24-28	10,2	13,0	31,9	44,9
29-35	12,6	20,8	20,8	45,8
36-46	4,3	13,0	26,1	56,6
47-57	5,3	36,8	36,8	21,1
58-68	33,3	33,3	0	33,4
Ab 69	0	25,0	0	75,0

58- bis 68-Jährigen zeichnet sich die Altersgruppe der 29- bis 35-Jährigen durch eine hohe Furcht vor Ausländerextremismus in Karlsruhe aus und zeigt dabei eine um den Faktor 3.0 erhöhte Furcht vor Ausländer- als vor Rechtsextremisten in Karlsruhe (siehe Tabelle 12.17). Die restlichen Altersgruppen fürchten sich deutlich häufiger vor einer rechts- als vor einer ausländerextremistischen Bedrohung; dabei ist die Furcht vor einer Bedrohung durch Rechtsextremisten bei den 36- bis 46-Jährigen um den Faktor 3.9 höher als ihre Furcht vor Ausländerextremisten. Unerwartet gibt die Altersgruppe der 47- bis 57-Jährigen am häufigsten an, eine ausländerextremistische bzw. eine rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung wahrzunehmen. Diese Altersgruppe erweist sich damit entweder besser informiert oder möglicherweise beiden extremistischen Gruppierungen gegenüber in Karlsruhe sensibilisierter, eventuell aber auch generell ängstlicher als die anderen Altersgruppen in dieser Forschungsarbeit. In beiden Gruppen

Tabelle 12.18: Geschlecht/Rechtsextremisten als Bedrohung

Bedrohung durch Rechtsextremisten	Gruppe B Schüler (in %) n=94		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=261	
	Männlich n=49	Weiblich n=45	Männlich n=131	Weiblich n=130
Ja	14,3	13,3	13,7	10,8
Teils-teils	24,5	31,1	16,8	20,0
Nein	30,6	11,1	32,1	23,1
Szene nicht wahrgenommen	30,6	44,5	37,4	46,1

geben männliche Probanden deutlich häufiger als weibliche Befragungsteilnehmer an, Furcht vor einer Bedrohung durch Rechtsextremisten zu haben (siehe Tabelle 12.18). Die weiblichen Befragten in Gruppe C zeigen sich dagegen hinsichtlich ihrer Bedrohungsangst vor Ausländerextremisten in Karlsruhe im Vergleich zu den männlichen Befragten deutlich ängstlicher.

Tabelle 12.19: Geschlecht/Ausländerextremisten als Bedrohung

Bedrohung durch Ausländerextremisten	Gruppe B Schüler (in %) n=94		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=261	
	Männlich n=49	Weiblich n=45	Männlich n=132	Weiblich n=129
	Ja	14,3	13,3	4,5
Teils-teils	28,6	31,1	17,5	14,7
Nein	26,5	13,3	34,1	18,6
Szene nicht wahrgenommen	30,6	42,3	43,9	59,7

Dies steht im Gegensatz zur Gruppe der Schüler. Hier geben männliche Schüler häufiger als weibliche Mitschüler an, Furcht vor einer Bedrohung durch Ausländerextremisten in Karlsruhe zu haben (siehe Tabelle 12.19). Generell ist festzuhalten, dass beide Geschlechter mehrheitlich angeben, keine Furcht vor Rechts- oder Ausländerextremisten zu haben. Allerdings: Selbst wenn keine Kenntnisse zu einer rechtsextremistischen Szene vorliegen, sehen deutlich mehr Personen in Gruppe C eine Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit durch Rechtsextremisten als dies bei Personen der Fall ist, die angeben, keine Kenntnis über eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe zu haben, aber dennoch eine Bedrohung durch Ausländerextremisten fürchten. Das generelle Bedrohungsgefühl durch Rechtsextremisten scheint somit in Gruppe C stärker ausgeprägt zu sein als die Furcht vor Ausländerextremisten. Möglicherweise herrscht keine spezifische Angst vor, sondern ein generelles Bedrohungsgefühl durch Extremisten. Es wird daher untersucht, inwiefern Befragte, die Furcht vor einer rechtsextremistischen Szene haben auch gleichzeitig Ausländerextremisten fürchten.³⁰ Schüler erleben ein erheblich stärkeres

Tabelle 12.20: Rechtsextremistische/Ausländerextremistische Szene als Bedrohung

Ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung für Sicherheit	Rechte Szene/Rechtsextreme in Karlsruhe (in %) als Bedrohung für Sicherheit							
	Ja		teils-teils		nein		RE Szene nicht wahrgenommen	
	B	C	B	C	B	C	B	C
Ja	61,5	21,9	15,4	0	5,0	8,3	0	1,9
Teils-teils	23,1	18,8	69,2	54,2	5,0	8,3	17,1	3,7
Nein	7,7	12,4	7,7	20,8	70,0	66,7	5,7	6,4
AE Szene nicht wahrgenommen	7,7	46,9	7,7	25,0	20,0	16,7	77,2	88,0

es Bedrohungsgefühl als die Wohnbevölkerung in Gruppe C: 61,5% der Schüler, aber nur etwa ein Fünftel der Befragten in Gruppe C, die sich durch Rechtsextremisten bedroht fühlen, sehen sich auch durch Ausländerextremisten in Karlsruhe bedroht (siehe Tabelle 12.20). Die meisten Befragten, die keine rechtsextremistische Szene wahrgenommen haben, bemerken auch keine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe. Deutschstämmige Schüler in Gruppe B sehen eine stärkere Bedrohung durch Rechtsextremisten als ihre nicht deutschstämmigen Mitschüler

³⁰Frage: „Empfinden Sie die rechte Szene/Rechtsextreme in Karlsruhe als Bedrohung für Ihre Sicherheit?/Empfinden Sie die ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung für Ihre Sicherheit?“

Tabelle 12.21: Rechtsextremisten als Bedrohung

Rechtsextremisten in Karlsruhe als Bedrohung	Gruppe B Schüler (in %) n=94		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=259	
	Deutsch- Stämmig	Nicht	Deutsch- Stämmig	Nicht
		Deutsch- stämmig		Deutsch- stämmig
Ja	16,7	12,3	9,1	19,0
Teils-teils	25,0	28,0	14,8	26,2
Nein	11,1	28,1	30,1	22,6
Szene nicht wahrgenommen	47,2	31,6	46,0	32,0

(siehe Tabelle 12.21). Während sich in Gruppe C beinahe jeder fünfte nicht deutschstämmige Befragte durch Rechtsextremisten in Karlsruhe bedroht fühlt, macht diese Angabe nur jeder zehnte deutschstämmige Proband. Deutschstämmige fühlen sich in dieser Untersuchung insgesamt am wenigsten durch Rechtsextremisten in Karlsruhe bedroht.

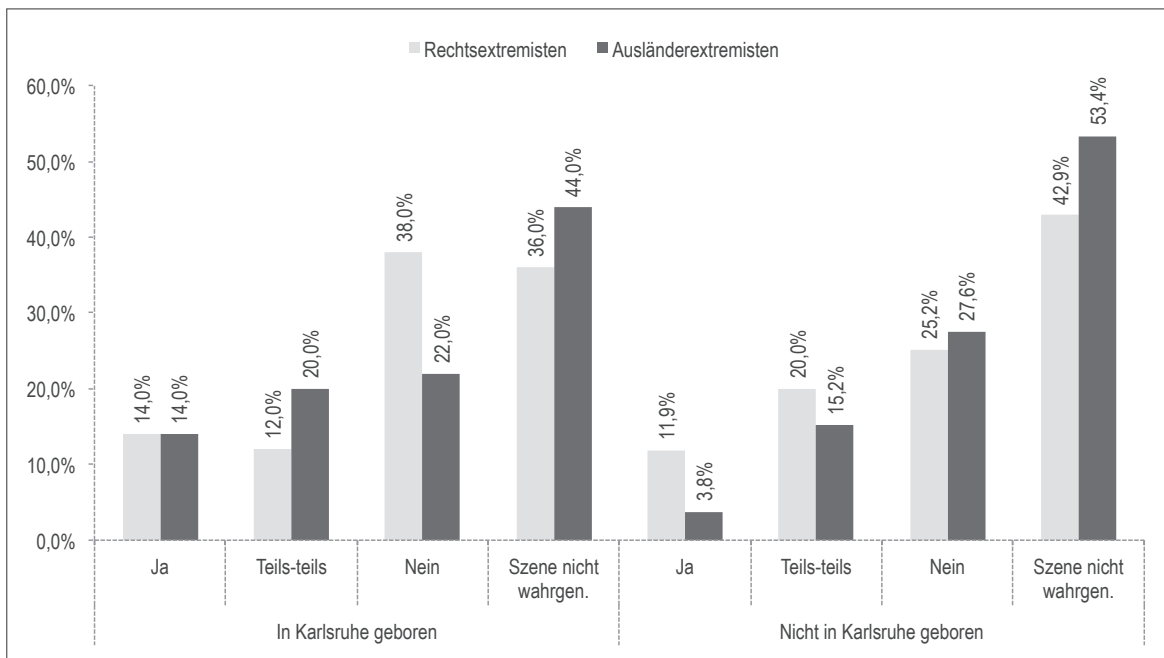
Nach den Anschlägen auf die Twin Towers in New York am 11.09.2001 hat sich auch in der BRD die Furcht vor Extremismus und Terrorismus signifikant verstärkt; 2003 fürchteten sich laut SPIEGEL mehr als die Hälfte (57%) aller Bürger in der BRD vor Islamisten (vgl. Mascolo, 2003, S. 48). Der deutsche Verfassungsschutz warnt inzwischen auch in der BRD vor Ausländerextremismus in Form islamistischer Terroranschläge auf deutschem Staatsgebiet. Die Bedrohung durch Islamisten habe in Deutschland stark zugenommen (vgl. Innenministerium, 2010). Es gilt daher zu klären, inwiefern sich diese offiziellen Warnungen im Bedrohungsgefühl der Befragten niederschlagen. Deutschstämmige Schüler in Gruppe B sehen deutlich stärker als

Tabelle 12.22: Ausländerextremisten als Bedrohung

Ausländerextremisten in Karlsruhe als Bedrohung	Gruppe B Schüler (in %)		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %)	
	Deutsch- Stämmig	Nicht	Deutsch- Stämmig	Nicht
		Deutsch- stämmig		Deutsch- stämmig
Ja	13,9	12,3	3,4	10,7
Teils-teils	27,8	31,6	15,9	16,7
Nein	16,7	22,8	26,7	26,2
Szene nicht wahrgenommen	41,6	33,3	54,0	46,4

ihre nicht deutschstämmigen Mitschüler eine persönliche Sicherheitsbedrohung durch Ausländerextremisten in Karlsruhe (siehe Tabelle 12.22). Gleichzeitig fühlen sich die Deutschstämmigen in Gruppe C insgesamt am wenigsten durch Ausländerextremisten in Karlsruhe bedroht. Da ein sehr hoher Anteil der deutschstämmigen Wohnbevölkerung in dieser Untersuchung Symbole von Ausländerextremisten nicht kennt, kann die mehrheitlich fehlende Wahrnehmung der Szene durch diesen Personenkreis als folgerichtige Aussage gesehen werden. Deutschstämmige Schüler in Gruppe B fürchten deutlich häufiger eine Bedrohung durch Rechts- als durch Ausländerextremisten, während nicht deutschstämmige Schüler eine Bedrohung durch beide extremistischen Szenen gleich stark wahrnehmen. In Gruppe C sehen sowohl nicht deutschstämmige

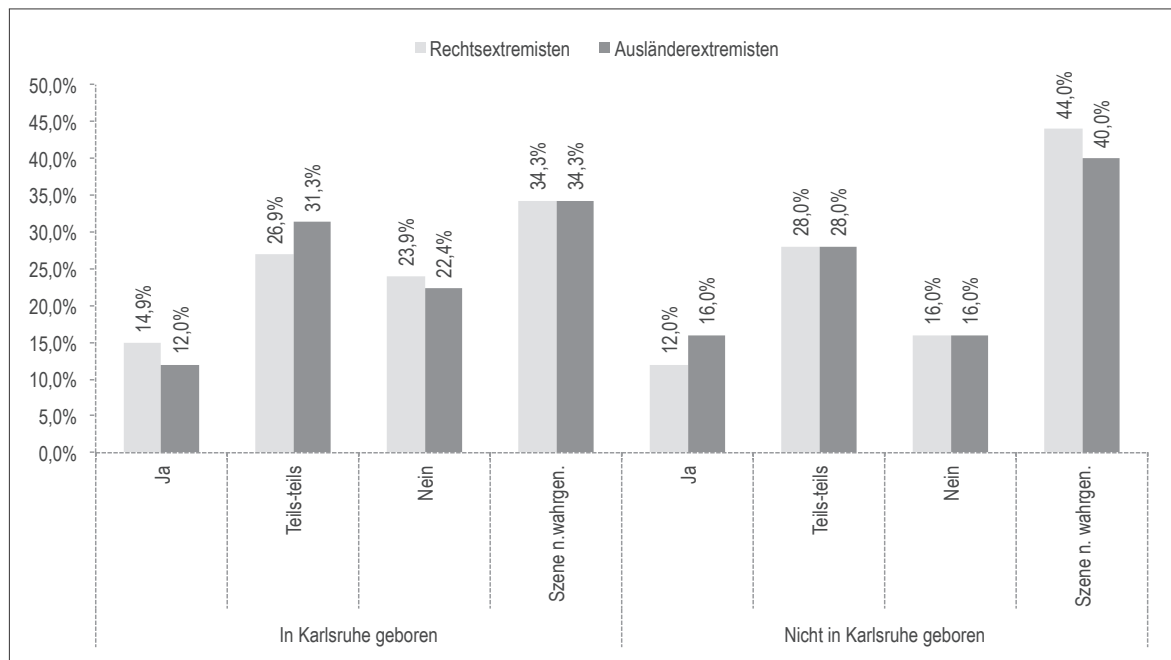
Abbildung 12.18: Geburtsort Karlsruhe, bedrohtes Sicherheitsgefühl/Extremisten (C)



als auch deutschstämmige Probanden deutlich eher eine Bedrohung durch Rechtsextremisten als durch Ausländerextremisten. Die Furcht vor Ausländerextremisten ist bei nicht Deutschstämmigen in Gruppe C um den Faktor 3.1 höher als bei Deutschstämmigen, während ihre Furcht vor Rechtsextremisten um den Faktor 2.1 höher ist als bei Deutschstämmigen. Nicht Deutschstämmige in Gruppe C scheinen beide extremistischen Szenen deutlich bedrohlicher wahrzunehmen als die deutschstämmigen Probanden.

Nachfolgend wird untersucht, inwiefern Geburtskarlsruher und Zugezogene in der Extremismuswahrnehmung differieren. Es ergeht die Annahme, dass die in Karlsruhe Geborenen – aufgrund ihrer zumeist längeren Wohndauer in Karlsruhe – stärker für das Thema Rechtsextremismus als für das Thema Ausländerextremismus sensibilisiert sind, da die lokalen Medien vom Landkreis Karlsruhe als einem „Brennpunkt der Neonazi-Szene“ berichten, während kaum Berichte in den Medien zu Ausländerextremismus in Karlsruhe zu finden sind. Zugezogene in Gruppe C geben deutlich häufiger an, weder eine rechts- noch eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe wahrgenommen zu haben als dies bei Geburtskarlsruhern der Fall ist. Geburtskarlsruher fühlen sich häufiger sowohl durch Ausländer- als auch durch Rechtsextremisten bedroht als die zugezogenen Befragten. Sie geben zudem um den Faktor 3.7 häufiger als die Zugezogenen an, Furcht vor Ausländerextremisten zu haben. Bei den Geburtskarlsruhern ist die Furcht vor Ausländerextremisten in Karlsruhe auch ohne entsprechende Medienberichte ebenso hoch wie die Furcht vor Rechtsextremisten, über die medial häufiger berichtet wird (siehe Abbildung 12.18). Die Warnungen der Bundesregierung vor Ausländerextremisten scheinen auch bei den Befragten Furcht auszulösen. Insgesamt wird in Gruppe B die Furcht vor Ausländerextremisten häufiger angegeben als die Furcht vor Rechtsextremisten. Von den zugezogenen Schülern fühlt sich etwa jeder Achte durch Rechts- und jeder Sechste durch Ausländerextremisten in seiner Sicherheit in der Fächerstadt bedroht. Die in Karlsruhe geborenen Schüler sehen sich dagegen häufiger durch Rechtsextremisten als durch Ausländerextremisten bedroht. Zugezogene Schüler

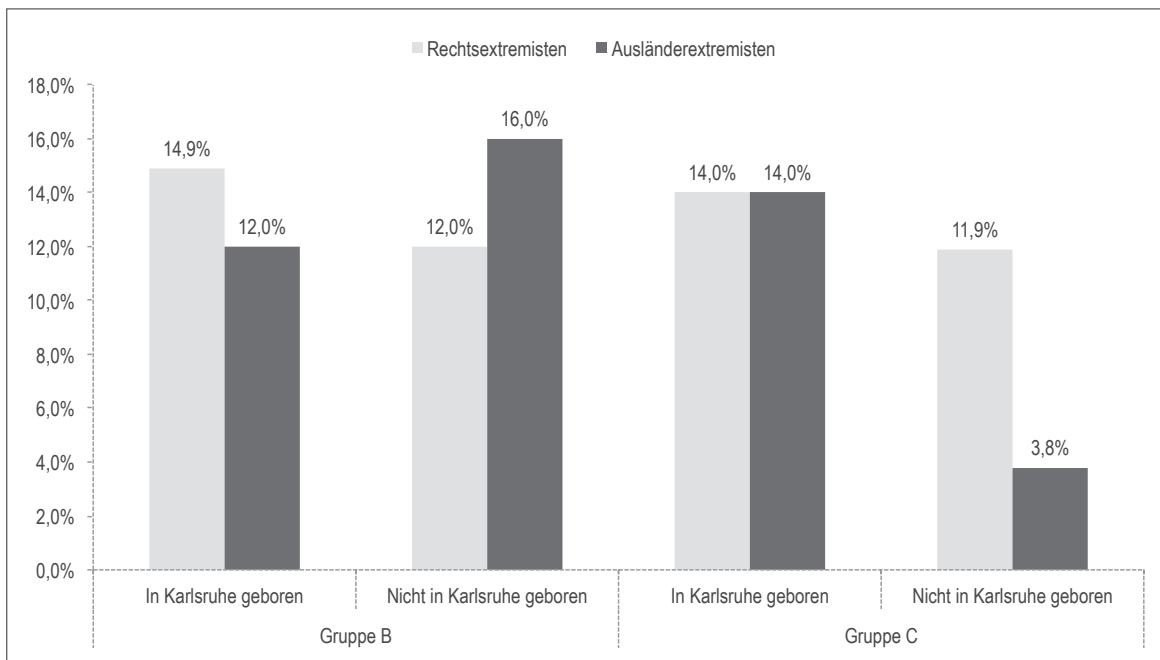
Abbildung 12.19: Durch Extremisten bedrohtes Sicherheitsgefühl/Geburtsort Karlsruhe (B)



geben häufiger als Geburtskarlsruher an, weder eine rechts- noch eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe wahrgenommen zu haben. Geburtskarlsruher in Gruppe B sehen häufiger eine Bedrohung ihrer Sicherheit durch Rechts- als durch Ausländerextremisten, während sich das Bedrohungsgefühl bei den zugezogenen Schülern umgekehrt darstellt (siehe Abbildung 12.19). In Gruppe C sehen die Geburtskarlsruher deutlich häufiger als die Zugezogenen eine Bedrohung durch Rechtsextremisten, wobei ihre Furcht vor Ausländerextremisten noch um den Faktor 3.7 stärker ausgeprägt ist als die Furcht der Zugezogenen. Die Geburtskarlsruher zeigen sich somit etwas sensibler (oder auch ängstlicher) als die Zugezogenen in ihrer Wahrnehmung extremistischer Szenen in Karlsruhe (siehe Abbildung 12.20). Im Durchschnitt gibt jeder 13. deutschstämmige und jeder achte nicht deutschstämmige Proband in Gruppe B und C an, sich von Rechtsextremisten in Karlsruhe bedroht zu fühlen. Insgesamt gibt etwa jeder zehnte deutschstämmige und jeder 14. nicht deutschstämmige Befragte in Gruppe B und C an, sich von Ausländerextremisten in Karlsruhe bedroht zu fühlen. Somit wird in der Untersuchung deutlich, dass sich Deutschstämmige in Karlsruhe eher durch Rechts- und nicht Deutschstämmige häufiger durch Ausländerextremisten bedroht fühlen.

Unter der Voraussetzung, dass Personen, die sich vor Pöbeleien usw. fürchten, auch häufiger eine extremistische Szene als Bedrohung wahrnehmen, wird im Folgenden ein Zusammenhang untersucht. Die schwächere Form des Bedrohungsgefühls (Furcht vor Provokationen, Pöbeleien) scheint bei Personen, die Furcht vor Rechtsextremisten haben, etwas stärker ausgeprägt zu sein als bei Befragten, die eine Bedrohung durch eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe sehen (siehe Tabelle 12.23). Diese geben deutlich häufiger an, die etwas stärkere Form des Bedrohungsgefühls (Furcht vor Belästigungen, Bedrohungen) zu haben. Daraus kann geschlossen werden, dass Personen, die bereits Furcht vor der schwächeren Form des Konfliktes haben, sich häufiger durch deutsche Rechts- als durch Ausländerextremisten bedroht sehen. Personen, die dagegen Furcht vor Belästigungen und Bedrohungen haben, sehen häufiger Aus-

Abbildung 12.20: Durch Extremisten bedrohtes Sicherheitsgefühl/Geburtsort Karlsruhe



länderextremisten in Karlsruhe als Bedrohung an. Die Furcht vor deutschen Rechtsextremisten scheint in der Gruppe der Wohnbevölkerung demnach niedrigschwelliger zu sein als ihre Furcht vor Ausländerextremisten.

Im Folgenden wird ein Zusammenhang zwischen der Furcht vor Extremisten und der Angst vor Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln untersucht. Etwa jeder dritte Schüler in Gruppe B, der eine rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung wahrnimmt, hat gleichzeitig Angst in Bussen und Straßenbahnen (siehe Tabelle 12.24) während etwa jeder vierte Jugendliche, der eine Bedrohung durch eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe wahrnimmt, diese Angst angibt. Mehr als die Hälfte der Befragten in Gruppe C, die eine Bedrohung durch eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe wahrnehmen, hat auch Angst in Karlsruher Bussen und Straßenbahnen während nur etwa jeder Vierte, der eine Bedrohung durch Rechtsextremisten sieht, Furcht vor Gewalt in Bussen und Straßenbahnen in Karlsruhe hat. Insgesamt zeigt sich in beiden Gruppen, dass Befragte, die Furcht vor einer ausländerextremistischen Szene in Karlsruhe haben, deutlich häufiger öffentliche Verkehrsmittel als Angsträume erleben als Probanden, die Furcht vor einer rechtsextremistischen Szene haben. Dies lässt den Rückschluss zu, dass Probanden, die Angst vor Ausländerextremisten haben, häufiger öffentliche und halb-öffentliche Räume als persönliche Angsträume erleben als Befragte, die eine Bedrohung durch Rechtsextremisten befürchten.

Da in der Befragung Realschüler eher Symbole der deutschen Rechtsextremisten und Hauptschüler eher Symbole der türkisch-nationalen Rechtsextremistengruppe „Graue Wölfe“ kennen, wurde untersucht, inwiefern die Schüler sich aufgrund ihrer Zuordnungskennnisse auch vom entsprechenden Personenkreis im öffentlichen Raum bedroht fühlen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass zwischen der Kenntnis extremistischer Symbole und einem eventuellen Bedrohungsgefühl in den Schülergruppen kein Zusammenhang deutlich wurde. Während die Hauptschüler deutlich häufiger eine Bedrohung durch deutsche Rechtsextremisten sehen, lösen bei den Re-

Tabelle 12.23: Extremistische Szene als Bedrohung/Furcht vor Pöbeleien usw.

Extremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung	Gruppe C (in %)			
	Furcht vor Provokationen, Pöbeleien usw.			
	Ausländerextremistische Szene		Rechtsextremistische Szene	
	Ja, Furcht vor Provokationen, Pöbeleien, Beleidigungen n=49	Ja, Furcht vor Belästigungen, Bedrohung, Beleidigungen n=47	Ja, Furcht vor Provokationen, Pöbeleien, Beleidigungen n=47	Ja, Furcht vor Belästigungen, Bedrohung, Beleidigungen n=49
Ja	12,2	14,9	12,8	12,2
Teils-teils	26,5	21,3	27,7	28,6
Nein	24,5	17,0	27,7	26,5

Restliche Angaben: „Weiß ich nicht“/„Keine Szene wahrgenommen“

Tabelle 12.24: Extremistische Szene als Bedrohung/Angst in öffentlichen Verkehrsmitteln

Angst in öffentlichen Verkehrsmitteln	Extremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung (in %)			
	Gruppe B Schüler		Gruppe C Wohnbevölkerung	
	Rechts- extremisten	Ausländer- extremisten	Rechts- extremisten	Ausländer- extremisten
Ja	30,8	23,1	27,3	56,2
Teils-teils/manchmal	23,1	38,5	27,3	25,0
Nein	46,1	38,4	45,4	18,8

alschülern eher Ausländerextremisten Bedrohungsgefühle aus. Etwa jeder 15. Hauptschüler, aber mehr als jeder sechste Realschüler sieht Ausländerextremisten als Bedrohung in Karlsruhe an (siehe Tabelle 12.25). Realschüler fürchten in der vorliegenden Untersuchung häufiger als Hauptschüler eine generelle Bedrohung durch Extremisten.

12.3 No-Go-Areas und Angsträume im öffentlichen Raum

12.3.1 Meidungswunsch und Meidungsverhalten

Insbesondere die Furcht vor kriminellen Übergriffen veranlasst Menschen dazu, bestimmte Abschnitte in einer Stadt zu meiden und zu umgehen. Die Präsenz einer provokativ auftretenden, als extremistisch wahrgenommenen Gruppe kann genügen, um das Betreten eines solchen Ortes als Risiko zu empfinden. Dabei zeigen Vermeidungstendenzen auf privater Ebene für Betroffene weniger einschneidende Konsequenzen als Ausgrenzungsmechanismen im öffentlichen Raum (vgl. Davolio u. Drilling, 2008, S. 80).

Tabelle 12.25: Extremistische Szene als Bedrohung/Schulform

Schulform	Gruppe B Schüler n=94							
	Extremistische Szene als Bedrohung (in %)							
	Rechtsextremistische Szene				Ausländerextremistische Szene			
	Ja	Teils-teils	Nein	Szene n. wahrgen.	Ja	Teils-teils	Nein	Szene n. wahrgen.
Hauptschule	9,7	22,6	32,3	35,4	6,5	25,8	32,3	35,4
Realschule	16,1	30,6	16,1	37,2	17,7	32,3	14,5	35,5

Zur Überprüfung, inwiefern sich Angsträume durch Extremisten in Karlsruhe entwickelt haben, ergeht zunächst die Frage nach dem objektiven Tatbestand, ob generell bestimmte öffentliche Räume in Karlsruhe aus Furcht gemieden werden.³¹ Geben die Befragten an, dass für sie bestimmte Bereiche im öffentlichen Raum faktisch zur No-Go-Area wurden, dann verdeutlicht dies, dass die Probanden negative Veränderungen wahrgenommen haben und ihre Handlungsoptionen nach Möglichkeit danach ausrichten. Der Anteil an Befragungsteilnehmern, der tat-

Tabelle 12.26: Öffentliche Räume werden aus Furcht gemieden

Stadtgebiete werden aus Furcht gemieden	Gruppe B (in %) n=95	Gruppe C (in %) n=264	Gruppe D (in %) n=60
Ja	30,5	25,4	32,2
Teils-teils	31,6	26,5	13,6
Nein	37,9	48,1	54,2

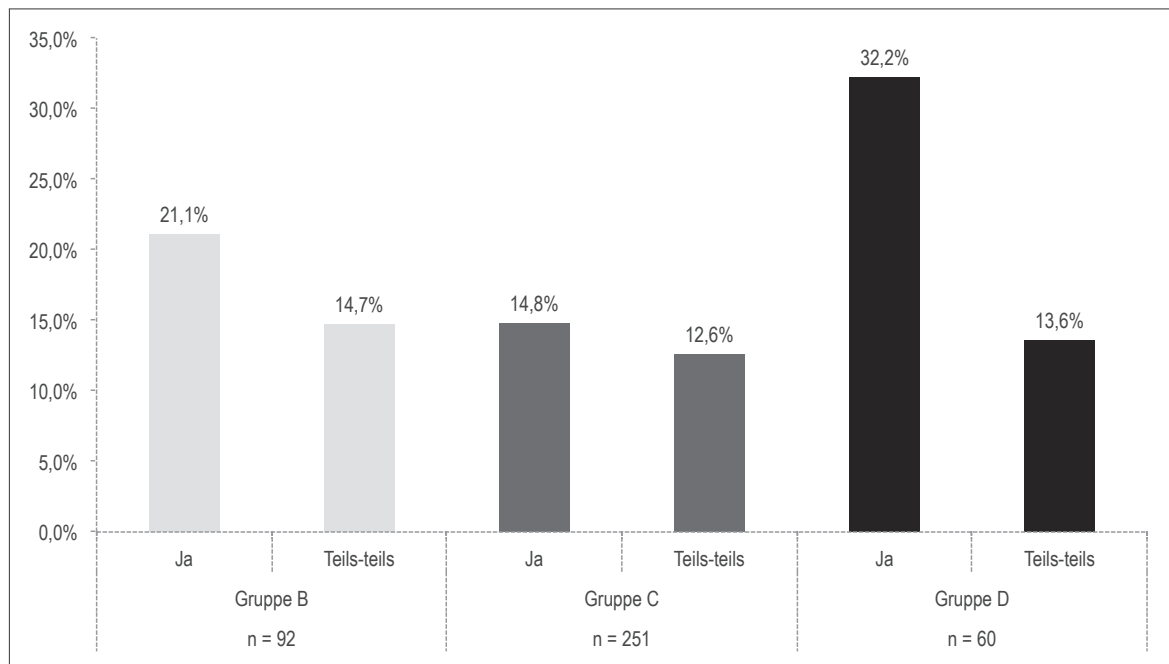
sächlich aus Furcht bestimmte öffentliche Räume in Karlsruhe meidet, zeigt sich irritierend hoch: In den beiden jüngeren Gruppen B und D meidet beinahe jeder Dritte und in Gruppe C jeder vierte Befragte aus Furcht bestimmte öffentliche Räume in der Fächerstadt (siehe Tabelle 12.26); diese öffentlichen Räume werden möglicherweise von den Befragten als persönliche Angsträume identifiziert.³² Im Freitext werden am häufigsten als Meidungsgrund in größeren Gruppen auftretende pöbelnde, alkoholisierte, gewaltbereite Jugendliche und Schläger angegeben. Als weitere Personenkreise werden Punks, Betrunkene am Europaplatz und Werderplatz, Angehörige von Sekten, die versuchen zu bekehren, aufgeführt. Ausdrücklich wird betont, dass sich die Furcht vorrangig auf die Abendstunden bzw. auf nachts bezieht.

Die Beobachtung, dass ein Teil der Probanden Bedrohungsgefühle durch Rechts- oder Ausländerextremisten hat, ohne jemals persönlich in konfliktärem Kontakt mit Mitgliedern der entsprechenden Szene gewesen zu sein, provoziert die Frage nach der sozialen Genese dieser Furcht. Das Sicherheitsgefühl der Befragten erweist sich als hoch, weshalb die Ängste nicht

³¹Frage: „Gibt es Stadtgebiete, Straßen, öffentliche Plätze, Parkanlage oder ähnliches in Karlsruhe, die Sie aus Furcht/Angst meiden oder – falls dies nicht möglich ist – am liebsten meiden würden?“

³²Laut Freitextangaben zählen hierzu topografisch in erster Linie Teile der Südstadt, Oststadt, Oberreut, Weststadt, Nordweststadt, Innenstadt-West, Innenstadt-West, Nordstadt, Grünwinkel und Südweststadt (siehe Tabelle 12.47).

Abbildung 12.21: Öffentliche Räume werden von Freunden und Bekannten gemieden



Restliche Angaben: „Nein“

alleine durch ein mangelndes Sicherheitsgefühl beziehungsweise Kriminalitätsfurcht zu erklären sind. Nach Erkenntnissen von Hans-Joachim Neubauer (1998) scheinen besonders die im Hörensagen kolportierten Geschichten von Gewalttaten geeignet, Ängste zu kanalisieren und negative Regungen zu projizieren (vgl. Neubauer, 1998, S. 119). An die Probanden in Gruppe B, C und D ergeht die Frage: „Gibt es Stadtgebiete, Straßen, öffentliche Plätze, Parkanlage oder ähnliches in Karlsruhe, die Freunde oder Bekannte aus Furcht meiden oder – falls dies nicht möglich ist – am liebsten meiden würden?“ Etwa jedem Dritten in Gruppe D, jedem Fünften in Gruppe B und etwa jedem Siebten in Gruppe C sind öffentliche Räume bekannt, die von Freunden und Bekannten gemieden werden (siehe Abbildung 12.21). Hierzu werden im Freitext weitgehend die gleichen öffentlichen Räume benannt, welche die Befragten auch für sich selbst angeben. Allerdings wird mehrmals zusätzlich darauf hingewiesen, dass weibliche Bekannte Parkanlagen aus Angst vor Vergewaltigung meiden würden. Deutlich mehr männliche (38,8%) als weibliche (32,6%) Jugendliche in der Schülergruppe B kennen Stadtgebiete, die ein Freund aus Furcht meidet oder lieber meiden möchte.

12.3.2 Angstraumbildungen im öffentlichen Raum als Folge von Belästigungen

Zur Klärung, wodurch Angsträume entstanden sind, wird zunächst der Frage nachgegangen, was die Bevölkerung im öffentlichen Raum verunsichert oder wodurch sie sich belästigt fühlt. Zu den häufigsten Freitextangaben, an welchen öffentlichen Plätzen und Orten die Probanden ohne ersichtlichen Grund von Deutschen in Karlsruhe belästigt wurden, zählt in erster Linie (n=31) die Innenstadt (Kaiserstrasse); als Belästigungsgrund werden hier Bettler, Obdachlose,

Punks und pöbelnde bzw. betrunkene Jugendliche angeführt. An zweiter Stelle (n=19) werden Straßenbahnhaltstellen, Clubs und Diskos genannt und an dritter Stelle (n=14) wird der Europaplatz (vor allem abends und nachts) angeführt. Zu den häufigsten topografischen Angaben im Freitext, wo die Probanden ohne ersichtlichen Grund von Migranten belästigt wurden, zählen in erster Linie Innenstadt (vor allem durch ausländische Bettlergruppen) (n=16), Straßenbahnhaltstellen (n=12) und Europaplatz (pöbelnde Jugendliche) (n=9). Hier wurden auch die einzigen Angaben zu Angst vor gewaltsamen Übergriffen durch Migranten gemacht (n=4). Wie sich herausstellt, wird das Meidungsverhalten beziehungsweise die Furcht vor bestimmten öffentlichen Räumen zumeist durch konfliktbehaftete Alltagssituationen nicht-krimineller Art generiert.

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern die Befragten bisher persönlich von spezifischen Gruppen in Karlsruhe belästigt wurden.³³ Von allen Befragten fühlen sich die nicht Deutschstäm-

Tabelle 12.27: Belästigt, angepöbelt o.ä. von spezifischen Gruppen

In Karlsruhe belästigt, angepöbelt o.ä. von: (Mehrfachnennung)	Gruppe B Schüler (in %) n=94		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=262		Gruppe D Jugendliche im öffentl. Raum (in %) n=60	
	Nicht		Nicht		Nicht	
	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Deutsch- stämmig
Punks	12,9	12,9	21,3	24,3	16,7	12,5
Obdachlose	31,5	25,8	21,3	20,0	30,0	31,3
Bettler	27,8	33,9	35,3	32,8	29,9	37,5
Linksextremisten	3,7	4,8	5,2	5,7	6,7	-
Rechtsextremisten	9,3	8,1	10,3	12,9	6,7	15,6
Ausländerextremisten	14,8	14,5	6,6	4,3	10,0	3,1

migen in Gruppe D am häufigsten und die Deutschstämmigen in Gruppe D am seltensten von Rechtsextremisten belästigt (siehe Tabelle 12.27). Die deutschstämmigen Schüler in Gruppe B fühlen sich dagegen am ehesten von Ausländerextremisten belästigt. Über die drei Gruppen hinweg wurde etwa jeder zehnte Befragte (10,9%) von Rechtsextremisten und jeder zwölfte Proband (8,9%) von Ausländerextremisten belästigt. Über die genaue Form der Belästigung liegen keine Informationen vor.

Die Befragten fühlen sich insgesamt am häufigsten von Bettlern belästigt, wobei in der Regel die Unterscheidung zwischen Bettlern und Obdachlosen nicht immer offensichtlich und eindeutig ist. Die Alltagserfahrung zeigt, dass Bettler beinahe ganzjährig über das Innenstadtbereich verteilt anzutreffen sind. In den Freitextangaben werden Bettler zwar nicht als physisch gewalttätig beschrieben, sie schrecken die Bevölkerung jedoch oftmals durch eine Form des „aggressive begging“ (Kelling u. Coles, 1997) ab. Diese Belästigungsform hält einen unerwartet hohen Teil der Befragten davon ab, bestimmte öffentliche Räume in Karlsruhe zu nutzen. Das

³³Frage: „Wurden Sie in Karlsruhe jemals belästigt, angepöbelt o.ä. von: Punks, Obdachlosen, Bettlern, Linksextremen (ANTIFA), Rechtsextremisten (z.B. Skinheads, Kameradschaften), Ausländerextremisten (z.B. „Graue Wölfe“, Islamisten)?“

gehäufte und permanente Auftreten von Bettlern macht für einen Teil der Befragten bestimmte Gebiete der Karlsruher Innenstadt zumindest teil- und zeitweise zu No-Go-Areas und unter Umständen auch zu Angsträumen. Obdachlose fallen den Befragten oftmals durch anpöbelndes, betrunkenes Verhalten auf, das nicht nur in Zusammenhang mit Bettelei um Geld auffällt. Vor allem den öffentlichen Räumen Werderplatz und Mühlburger Tor werden in den Freitexten entsprechende Erfahrungen zugeordnet. Da Bettler und Obdachlose deutlich häufiger als die anderen Gruppierungen im öffentlichen Raum als persönliche Belästigung empfunden werden, gewisse Gebiete Karlsruhes deshalb tatsächlich von der Bevölkerung – zumindest teilweise – gemieden werden, sollte dieses Ergebnis auch bei der Karlsruher Kommunalverwaltung Beachtung finden. Der Personenkreis, der (laut Freitextangaben) im Zuge der Demonstration gegen

Tabelle 12.28: Brennpunkt Neonazi-Szene/Belästigt von speziellen Gruppen

Spezielle Gruppe (Mehrfachnennung)	Karlsruhe, Brennpunkt Neonazi-Szene (in %) Gruppe C		
	Ja	teils-teils	nein
Punks	0	13,3	23,5
Obdachlose	33,4	26,7	20,3
Bettler	0	20,0	35,8
Linksextremisten	0	6,7	5,3
Rechtsextremisten	66,6	26,7	9,1
Ausländerextremisten	0	6,6	6,0

Rechtsextremismus in Karlsruhe (2008) (Motto: „Stuhlgang gegen Braun“) in der Fächerstadt verbale Auseinandersetzungen erlebte (n=3), gibt an, sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu fühlen. Etwa jeder Vierte derjenigen Befragten, die sich „teils-teils“ im Brennpunkt fühlen, wurde ebenfalls von Rechtsextremisten belästigt (z.B. durch Pöbeleien) (siehe Tabelle 12.28). Angaben über physische Gewalt werden nicht gemacht. Auch in der großen Gruppe, die sich nicht im Brennpunkt fühlt (n=187), machte beinahe jeder Zehnte in Karlsruhe negative Erfahrungen in Form von Pöbeleien und Belästigungen durch Rechtsextremisten. Da sich diese Befragungsteilnehmer von jeder der untersuchten speziellen Gruppen belästigt fühlt, kann angenommen werden, dass Pöbeleien durch Personen, die von den Befragten der rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden, lediglich als eine von vielen Belästigungen wahrgenommen wird. Da insbesondere Bettler im öffentlichen Raum Karlsruhes von allen befragten Gruppen auch zusätzlich in diversen Freitextantworten in dieser Untersuchung als starke Belästigung wahrgenommen werden, überrascht es, dass Probanden, die sich tatsächlich im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen, im Gegensatz zu den übrigen Befragungsteilnehmern nicht angeben, sich von Bettlern und Punks belästigt zu fühlen.

Den Befragten sind ausländerextremistische Symbole deutlich weniger bekannt als Symbole der deutschen Rechtsextremisten. Ausländerextremistische Symbole in der Öffentlichkeit wahrzunehmen, ohne diese zuordnen zu können, kann für sich alleine gestellt noch nicht als Angstauslöser angenommen werden. Es liegt die Vermutung nahe, dass Personen, die öfter ohne ersichtlichen Anlass von Migranten belästigt wurden, eher eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung vermuten oder auch wahrnehmen als Personen, die noch nie von Migranten belästigt wurden. Umgekehrt sehen sich nicht Deutschstämmige, die öfter ohne ersichtlichen Anlass von Deutschen belästigt wurden, vermutlich eher von einer rechtsex-

tremistischen Szene in Karlsruhe bedroht. Diese mögliche Ursache-Wirkungs-Beziehung gilt es zu untersuchen. Probanden in Gruppe B, die sich von einer ausländerextremistischen Szene in

Tabelle 12.29: Ausländerextremistische Szene als Bedrohung/Von Migranten belästigt

Ohne ersichtlichen Anlass von Migranten belästigt	Ausländerextremistische Szene als Bedrohung (in %) Gruppe B				Ausländerextremistische Szene als Bedrohung (in %) Gruppe C			
	Ja	t-t	Nein	Szene nicht wahrgenommen	Ja	t-t	Nein	Szene nicht wahrgenommen
Ja, einmal	38,5	18,5	29,4	8,8	20,0	11,9	8,8	11,9
Ja, öfter	38,5	11,1	11,8	14,7	26,7	14,3	11,8	6,8
Nein, nie	23,0	70,4	58,8	76,5	53,3	73,8	79,4	81,3

Karlsruhe bedroht sehen, geben im Gegensatz zu den Befragten in Gruppe C deutlich häufiger an, ohne ersichtlichen Anlass von Migranten belästigt worden zu sein als Befragungsteilnehmer, die keine entsprechenden konflikthaften Erfahrungen machten (siehe Tabelle 12.29). In der jüngeren Gruppe B ist diese Einschätzung noch deutlich ausgeprägter als in Gruppe C. Die Annahme findet sich für die Schülergruppe in beiden Punkten bestätigt. In Gruppe C zeigt sich, dass Konflikterfahrungen mit Migranten – auch wenn diese Konflikte öfter erlebt wurden – deutlich seltener dazu führen, eine ausländerextremistische Szene als Bedrohung wahrzunehmen, als dies in der Schülergruppe der Fall ist. Während sich die Schülergruppe vor allem dann von Ausländerextremisten bedroht sieht, wenn sie tatsächlich Konflikte mit Migranten erlebt, fühlt sich mehr als die Hälfte der Probanden in Gruppe C von Ausländerextremisten bedroht, ohne persönlich von Migranten belästigt worden zu sein. In Gruppe C scheinen daher andere Faktoren als persönliche konfliktäre Kontakte mit Migranten zu einem Bedrohungsgefühl durch Ausländerextremisten geführt zu haben. Als Vergleich wird untersucht, inwiefern sich die Furcht vor Rechtsextremisten im Zusammenhang mit konflikthaften Begegnungen mit Deutschen darstellt. Die Hälfte der Befragten in Gruppe C sieht sich auch ohne persön-

Tabelle 12.30: Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Von Deutschen belästigt

Ohne ersichtlichen Anlass von Deutschen belästigt	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung (in %) Gruppe B				Rechtsextremistische Szene als Bedrohung (in %) Gruppe C			
	Ja	t-t	Nein	Szene nicht wahrgenommen	Ja	t-t	Nein	Szene nicht wahrgenommen
Ja, einmal	38,5	15,4	18,8	11,4	25,0	25,0	12,5	12,2
Ja, öfter	23,1	15,4	-	11,4	25,0	12,5	13,9	14,0
Nein, nie	38,4	69,2	81,2	77,2	50,0	62,5	73,6	73,8

liche Negativkontakte mit Deutschen durch eine rechtsextremistische Szene bedroht (siehe Tabelle 12.30). Dagegen nehmen in der Schülergruppe deutlich weniger Befragte eine rechtsextremistische Szene als Bedrohung wahr, wenn sie noch nie ohne ersichtlichen Anlass von

Deutschen belästigt wurden. In der Gegenüberstellung wird deutlich, dass sich die Schülergruppe häufiger von Extremisten bedroht sieht, wenn sie Negativerlebnisse mit Personen aus der entsprechenden Ethnie hatte, während in Gruppe C auch dann eine extremistische Szene als Bedrohung wahrgenommen wird, wenn keine persönlichen Negativkontakte mit einem Vertreter der entsprechenden ethnischen Gruppe erfolgte. Das deutlich stärkere Bedrohungsgefühl durch eine ausländerextremistische Szene scheint in der jüngeren Gruppe B in Zusammenhang mit konflikthafter Kontakten zu Migranten zu stehen. Konflikte mit Migranten werden von den Befragten in Gruppe B vermutlich eher als Konflikt mit einer Gruppe angenommen; auch scheint das Prinzip der Gruppenschande (Norbert Elias, 1993) innerhalb der Schülergruppe deutlich ausgeprägt zu sein. Von den Probanden in Gruppe C wird auch ohne Konflikterleben eine ausländerextremistische Szene häufiger als eine rechtsextremistische als Bedrohung wahrgenommen. Daraus kann geschlossen werden, dass aus Konflikten mit Migranten von den Befragten eher eine Furcht vor Ausländerextremisten in Karlsruhe abgeleitet wird als eine durch Konflikte mit Deutschstämmigen ausgelöste Furcht vor Rechtsextremisten. In Deutschland Konflikte mit Deutschen zu haben, dürfte für Deutschstämmige als gelebtes Alltagsrisiko gelten.

12.3.3 Wahrnehmung rechts- und ausländerextremistischer Szenen im öffentlichen Raum

Elisabeth Noelle-Neumann (1998) besagt mit ihrer Theorie der Schweigespirale, dass die Menschen sich nicht isolieren wollen und deshalb ihre Umwelt beobachten. Wer sieht, dass die eigene Meinung über einen Sachverhalt oder eine Person öfter auch von anderen geäußert wird, redet schließlich öffentlich darüber. Wer hingegen merkt, dass seine Meinung seltener von anderen vertreten wird, schweigt. „Indem die einen laut reden, öffentlich zu sehen sind, wirken sie stärker, als sie wirklich sind, die anderen schwächer, als sie wirklich sind. Es ergibt sich eine optische und akustische Täuschung für die wirklichen Mehrheits-, die wirklichen Stärkeverhältnisse, und so stecken die einen andere zum Reden an, die anderen zum Schweigen, bis schließlich die eine Auffassung ganz untergehen kann.“ (Noelle-Neumann zit.n. Chill u. Meyn, 1998).

Nach Schätzungen des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg gab es im Jahr 2007 im Landkreis Karlsruhe (das Stadtgebiet Karlsruhe wird nicht separat aufgeführt) ein rechtsextremistisches Personenpotenzial von etwa 60 rechten Skinheads und 50 Neonazis (vgl. Innenministerium, 2007, S. 3). In Baden-Württemberg waren 2008 weniger als 0,5 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in extremistischen Ausländerorganisationen aktiv (vgl. LAFVS, 2007). Auf Grundlage dieser Informationen wird untersucht, wie stark das rechts- und ausländerextremistische Personenpotenzial in Karlsruhe von den Untersuchungsteilnehmern eingeschätzt wird.³⁴ Diese Fragen zielen auf das Wissen und die Einschätzung der Proban-

³⁴Frage: „Wie viele Personen zählen Ihrer Schätzung nach in Karlsruhe zu den deutschen Rechtsextremisten?/zu den Ausländerextremisten?“ Um eine mögliche Beeinflussung durch Itemvorgaben auszuschließen, kann nach Auffassung der Verfasserin nur per Freitextangaben eine weitgehend offene und unbefangene Beantwortung dieser Schätzungen erwartet werden. Bei der Datenerfassung wurde neben den konkreten Zahlenangaben überdies jeweils festgehalten, ob die Angaben gleichhoch oder zugunsten von mehr/deutlich mehr Rechtsextremisten oder mehr/deutlich mehr Ausländerextremisten ausfielen. Die Prozentangaben und Anteile beziehen sich auf 301.643 Einwohner der Stadt Karlsruhe (Stand: 31.12.2008).

den zu diesem lokalen Thema ab. Auf die affektive Komponente – im Sinne von subjektiver Bewertung des Einstellungsobjektes aufgrund von Mögen oder Nichtmögen – wird in dieser Befragung nicht eingegangen. Wie nehmen die Befragungsteilnehmer deutsche Rechtsextremisten und Ausländerextremisten – als Teil der politisch motivierten Kriminalität PMK – wahr? Die

Tabelle 12.31: Geschätzte Anzahl/Extremistische Gruppierung

Extremistische Gruppierung	Gruppe B (n=95)		Gruppe C (n=248)	
	Durchschnittlich geschätzte Personenzahl	Entspricht einem Anteil an der Wohnbevölkerung Karlsruhes (%)	Durchschnittlich geschätzte Personenzahl	Entspricht einem Anteil an der Wohnbevölkerung Karlsruhes (%)
Rechtsextremisten	12.694	4,21	2.486	0,82
Ausländerextremisten	22.682	7,52	1.114	0,37

Größenordnung der beiden extremistischen Lager stellt sich stark polarisierend dar: Während die ältere Gruppe C mehr als doppelt so viele Rechts- wie Ausländerextremisten in Karlsruhe vermutet, sieht dies die Gruppe der Schüler umgekehrt: Die Jugendlichen schätzen den Anteil an Ausländerextremisten in Karlsruhe um den Faktor 1.8 höher ein als den Anteil an deutschen Rechtsextremisten (siehe Tabelle 12.31). Worauf diese Einschätzung basiert, ist im Einzelnen kaum festzuhalten. In dieser Untersuchung wird daher versucht, herauszufinden, ob diese Einschätzung eventuell auf persönliche Kontakte, Konflikte in Form von Gewalt, durch Hörensagen, Kenntnis entsprechender Symbole oder mediale Informationen zurückzuführen ist. Für den gravierenden Unterschied zwischen der Einschätzung des Verfassungsschutzes (110 Personen im Landkreis Karlsruhe) und der persönlichen Schätzung der Untersuchungsteilnehmer bezüglich des rechts- und ausländerextremistischen Personenpotenzials in Karlsruhe könnte entsprechend der Regeln medialer Aufmerksamkeitsproduktion nicht die tatsächliche Zahl der Anhänger rechtsextremistischer Szenen entscheidend sein, sondern die Stärke der Medienresonanz (vgl. Klärner u. Kohlstruck, 2006, S. 17). Vor allem nicht Deutschstämmige in Gruppe C

Tabelle 12.32: Geschätzte Anzahl Extremisten

Geschätzte Anzahl Extremisten	Gruppe B Schüler (in %) n=95		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %) n=264	
	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig
Mehr Rechtsextremisten	-	-	-	3,8
Mehr Ausländerextremisten	-	-	1,2	-
Gleichviele	13,9	6,9	17,9	21,5
Deutlich mehr Rechtsextremisten	25,0	22,4	32,1	38,0
Deutlich mehr Ausländerextremisten	33,3	36,2	14,3	21,5
Weiß ich nicht/Keine Angaben	27,8	34,5	34,5	15,2

schätzen, dass es in Karlsruhe deutlich mehr Rechtsextremisten als Ausländerextremisten gibt, während insbesondere nicht deutschstämmige Schüler davon ausgehen, dass es in Karlsruhe deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten gibt (siehe Tabelle 12.32). Auch in Gruppe

C schätzen nicht deutschstämmige häufiger als deutschstämmige Probanden, dass es deutlich mehr Ausländerextremisten als Rechtsextremisten in Karlsruhe gibt. Die nicht deutschstämmige Wohnbevölkerung schätzt zudem auch häufiger als die deutschstämmige, dass es deutlich mehr Rechtsextremisten in Karlsruhe gibt.

An die Jugendlichen in Gruppe D ergeht die Frage, ob sie jemals von Rechtsextremisten oder von Ausländerextremisten kontaktiert wurden.³⁵ 10,0 % der Deutschstämmigen wurden von Rechtsextremisten angesprochen, während 6,7% der nicht Deutschstämmigen von Ausländerextremisten kontaktiert wurden. Es zeigt sich, dass am häufigsten die 19- bis 21-Jährigen von Ausländerextremisten kontaktiert wurden, während für die Rechtsextremisten eher Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren eine interessante Gruppe darzustellen scheinen. Weibliche Befragte wurden deutlich häufiger (7,9%) als männliche Probanden (4,8%) von Rechtsextremisten kontaktiert, während Ausländerextremisten häufiger männliche (9,6%) als weibliche Befragte (5,3%) ansprachen.

Um sich in einem extremistischen Brennpunkt zu fühlen, sollte der entsprechende Personenkreis von der Bevölkerung erkannt, zugeordnet und in seinem öffentlichen Auftreten, in Handlungen und Äußerungen auch als solcher wahrgenommen werden. In der Annahme, dass sich die Probanden umso häufiger von Rechtsextremisten bedroht sehen, je höher sie den Anteil an der Bevölkerung einschätzen, wird ein Zusammenhang untersucht. Entsprechend der Annahme

Tabelle 12.33: Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Geschätzte Anzahl Extremisten

Geschätzte Anzahl Rechtsextremisten/Ausländerextremisten Karlsruhe	Rechtsextremistische Szene als Bedrohung (in %)							
	Ja		teils-teils		nein		RE Szene nicht wahrgenommen	
	B	C	B	C	B	C	B	C
Gleichviele	7,7	16,0	19,2	23,9	5,0	14,9	5,7	21,6
Mehr/deutlich mehr RE	30,8	50,0	19,2	47,8	20,0	31,3	25,7	27,5
Mehr/deutlich mehr AE	38,5	9,4	42,4	15,2	25,0	32,6	34,3	17,6

Restliche Angaben: „Weiß ich nicht“/„Keine Angaben“

schätzen Befragungsteilnehmer in Gruppe C, die eine Bedrohung durch Rechtsextremisten in Karlsruhe sehen, auch deren Anteil an der Bevölkerung um ein Vielfaches höher ein, als sie dies bei Ausländerextremisten vermuten (siehe Tabelle 12.33). Dies gilt auch bei „teils-teils“-Antworten. Selbst wenn Befragte aus Gruppe C eine rechtsextremistische Szene *nicht* wahrgenommen haben, sind sie der Überzeugung, mehr Rechts- als Ausländerextremisten in Karlsruhe vorzufinden. Die Jugendlichen in Gruppe B sind gegenteiliger Auffassung: Selbst wenn Schüler in Gruppe B tatsächlich oder teils-teils eine Bedrohung durch Rechtsextremisten in Karlsruhe sehen, sind sie dennoch der Überzeugung, dass es deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten in der Fächerstadt gibt.

³⁵Frage: „Wurden Sie in Karlsruhe jemals von Rechtsextremisten (z.B. Skinheads, Kameradschaften usw.) kontaktiert/angesprochen/zu Treffen eingeladen/Schulhof CD angeboten o.ä. um für ihre Sache zu werben? Wurden Sie in Karlsruhe jemals von Ausländerextremisten (z.B. „Graue Wölfe“/Bozkurtlar usw.) kontaktiert/angesprochen/zu Treffen eingeladen um für ihre Sache zu werben?“

In der größten Gruppe C war mehr als jeder fünfte Befragte (22,7%) bisher in Karlsruhe Gewalt ausgesetzt; dabei waren mehr Personen von psychischer (13,1%) als von physischer (9,6%) Gewalt betroffen. Vorausgesetzt, dass Personen, die selbst Gewalt ausgesetzt waren auch die Anzahl gewalttätiger Gruppen wie Rechts- bzw. Ausländerextremisten in Karlsruhe höher einschätzen als Personen, die bisher keiner Gewalt ausgesetzt waren, wird ein Zusammenhang untersucht. Es zeigt sich, dass insbesondere Befragte mit psychischer Gewalterfahrung signi-

Tabelle 12.34: Gewalt erlebt/Geschätzte Anzahl Extremisten

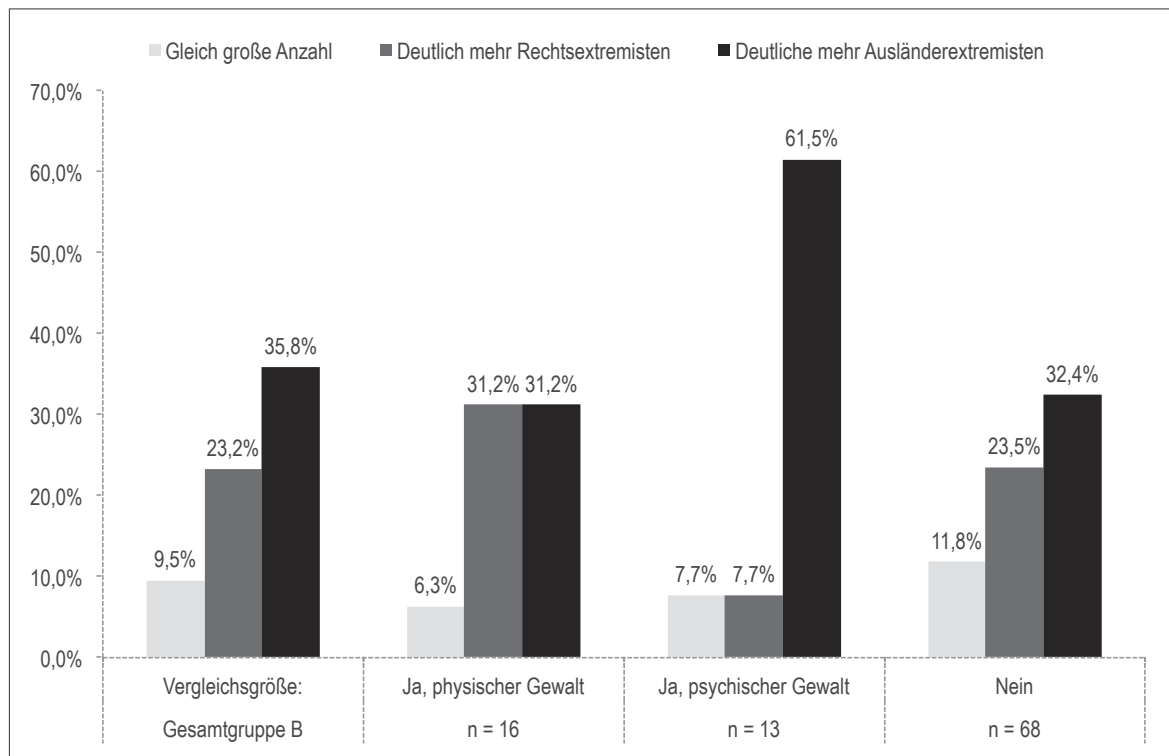
Geschätzte Anzahl Extremisten in Karlsruhe	Vergleichsgröße: Geschätzte Anzahl Extremisten in der Gesamtgruppe C (in %)	Gewalt ausgesetzt in Karlsruhe Gruppe C (in %)		
		Ja, physische Gewalt n=24	Ja, psychische Gewalt n= 33	Nein n=197
Mehr Rechtsextremisten	1,2	0	0	1,5
Mehr Ausländerextremisten	0,8	0	3,0	0,5
Gleich große Anzahl	19,4	8,3	12,1	21,3
Deutlich mehr Rechtsextremisten	33,9	41,7	42,4	32,5
Deutliche mehr Ausländerextremisten	16,5	29,2	21,2	15,7

Restliche Angaben: „Weiß ich nicht“; Mehrfachnennung bei Gewaltformen möglich

fikant häufiger dazu tendieren, die Anzahl von Rechtsextremisten in Karlsruhe deutlich höher einzuschätzen als dies bei Personen der Fall ist, die bisher keine persönliche Gewalterfahrung machten (siehe Tabelle 12.34). Befragungsteilnehmer, die selbst physische Gewalt erlebten, schätzen beinahe doppelt so häufig wie Personen ohne eigene Gewalterfahrung, dass es mehr Ausländer- als Rechtsextremisten in Karlsruhe gibt. Generell zeigt sich, dass Personen, die mehr Rechts- als Ausländerextremisten in Karlsruhe vermuten, häufiger persönlich beide Gewaltformen erlebt hatten. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass sie generell mit mehr Gewaltaufkommen in Karlsruhe rechnen, als die nicht von Gewalt betroffenen Befragten. Jugendliche in Gruppe B waren in Karlsruhe deutlich öfter Gewalt ausgesetzt als die Probanden in Gruppe C, wobei der Schwerpunkt in der Schülergruppe auf physischer Gewalt, in Gruppe C dagegen auf psychischer Gewalt liegt. Während in der gesamten Gruppe B 23,2% der Schüler schätzen, dass es deutlich mehr Rechts- als Ausländerextremisten in Karlsruhe gibt, ist dagegen jeder Dritte (35,8%) der Überzeugung, dass mehr Ausländer- als Rechtsextremisten vorzufinden sind (siehe Abbildung 12.22).

Untersucht werden nun diejenigen Schüler in Gruppe B, die angeben, selbst Gewalt in Karlsruhe erlebt zu haben. In der Schülergruppe B schätzen etwa zwei Drittel der Probanden, die selbst psychische Gewalt erlebt hatten, dass es in Karlsruhe deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten gibt. Die gleichen Personen schätzen die Anzahl von Ausländerextremisten in Karlsruhe um den Faktor 1.7 höher ein als der Durchschnitt der Personen in der Gesamtgruppe B (siehe Abbildung 12.22). Beide Anteile liegen deutlich über den Schätzangaben der Personen, die selbst in Karlsruhe bisher *keiner* Gewalt ausgesetzt waren. Schüler, die psychischer Gewalt ausgesetzt waren, geben um den Faktor 7.9 häufiger an, dass es nach ihrer Einschätzung mehr Ausländerextremisten als Rechtsextremisten in Karlsruhe gibt. Bei Schülern mit körperlicher Gewalterfahrung ist hier dagegen kein Einschätzungsunterschied festzustellen.

Abbildung 12.22: Gewalt erlebt/Geschätzte Anzahl Extremisten



Restliche Angaben: „Weiß ich nicht“; „Keine Angaben“

Die gewalterfahrenen Schüler gehen von deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten in Karlsruhe aus. Dies lässt die Vermutung zu, dass persönliche Kontakte oder eher Konflikte mit nicht Deutschstämmigen zu dieser Einschätzung geführt haben könnten. Hier dürften vor allem psychische Belastungen wie Bedrohungen, Pöbeleien, Beleidigungen, Verächtlichmachungen und Mobbing/Cybermobbing zu dieser Annahme beigetragen haben.³⁶

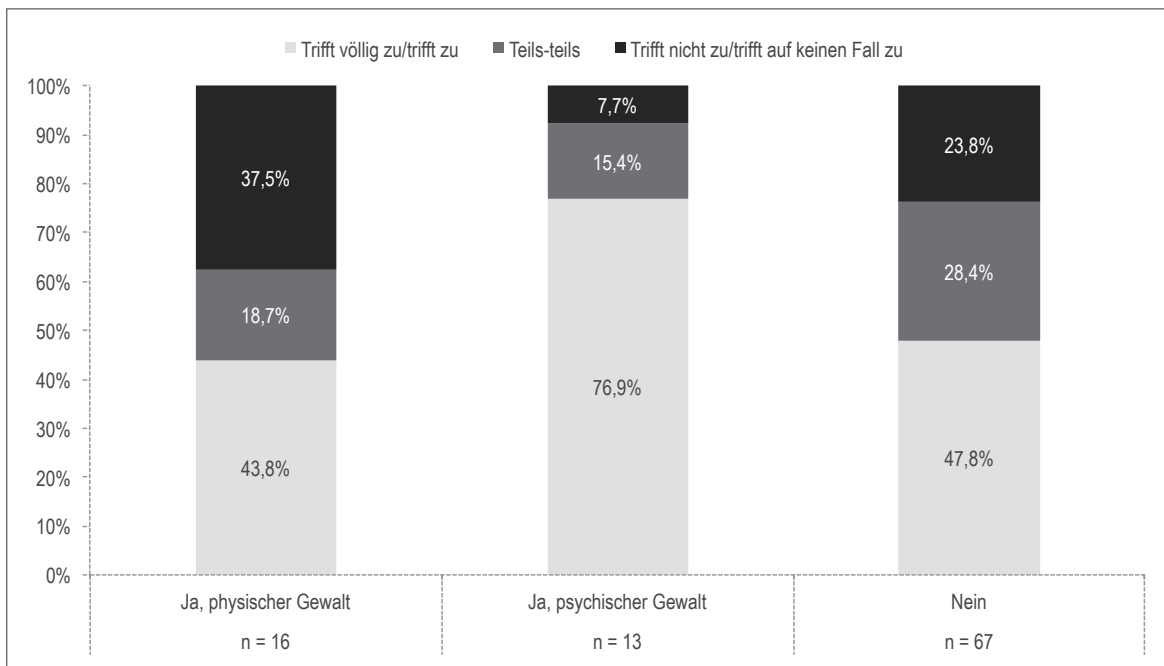
Um diese Vermutung weiter zu verfolgen, wird untersucht, inwieweit Personen, die selbst in Karlsruhe bisher Gewalt ausgesetzt waren, die Meinung vertreten, dass kriminelle Migranten nicht in der BRD bleiben dürften.³⁷ Jugendliche in Gruppe B ohne eigene Gewalterfahrung sehen den Umgang mit kriminellen Migranten wesentlich weniger restriktiv als Personen, die selbst bereits eine entsprechende Opferhistorie aufzeigen. Mehr als drei Viertel der Schüler, die in Karlsruhe psychischer Gewalt ausgesetzt waren, sind der Meinung, dass kriminelle Migranten die BRD verlassen sollten.³⁸ Von den Personen, die bisher keiner Gewalt ausgesetzt waren, ist dagegen weniger als die Hälfte dieser Auffassung (siehe Abbildung 12.23). Wer von den Probanden selbst Gewalt erlebte, ist demnach eher bereit, kriminelle Migranten aus der BRD

³⁶ Gewaltopfer fühlen sich psychischer Gewalt gegenüber hilfloser ausgesetzt als physischer Gewalt, denn körperliche Gewalt ist besser nachweisbar als psychische Gewalt und daher oft einfacher negativ zu sanktionieren.

³⁷ „Bitte bewerten Sie die folgende Aussage: Kriminelle Migranten sollten nicht in der BRD bleiben dürfen (1=trifft völlig zu; 2=trifft zu; 3=teils-teils; 4=trifft nicht zu; 5=trifft auf keinen Fall zu).“

³⁸ 87,5% der Befragten in Gruppe B, die ausschließlich deutschstämmige Freunde haben, geben an, dass kriminelle Migranten nicht in der BRD bleiben sollen. Schüler, die keine deutschstämmigen Freunde haben, bekunden dies zu 58,0% und nur jeder vierte Schüler (24,0%), der Deutschstämmige *und* nicht Deutschstämmige als Freunde angibt, vertritt diese Meinung.

Abbildung 12.23: Selbst Gewalt ausgesetzt/Kriminelle Migranten



ausweisen zu lassen. Insgesamt vermuten die Schüler in Gruppe B deutlich mehr Ausländer-

Tabelle 12.35: Schulform/Geschätzte Anzahl Extremisten

Geschätzte Anzahl Extremisten in Karlsruhe	Schulform (in %) Gruppe B n=95	
	Hauptschule n=32	Realschule n=63
Gleichviele	6,3	11,2
Mehr/deutlich mehr Rechtsextremisten	15,6	26,9
Mehr/deutlich mehr Ausländerextremisten	40,6	33,3
Weiß ich nicht/Keine Angabe	37,5	28,6

als Rechtsextremisten in Karlsruhe (siehe Tabelle 12.35). Hauptschüler sind noch signifikant häufiger als Realschüler dieser Ansicht. Diese schätzen dagegen um den Faktor 1.7 häufiger als Hauptschüler, dass es mehr Rechts- als Ausländerextremisten in Karlsruhe gibt. Unter den Hauptschülern fühlen sich dieser Einschätzung entsprechend auch deutlich weniger Personen in Karlsruhe manchmal/teils-teils im Brennpunkt der Neonazi-Szene als dies bei den Realschülern der Fall ist. Von n=3 Befragten in Gruppe C, die sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen, meint n=1 Person, dass deutlich mehr Rechts- als Ausländerextremisten in der Fächerstadt anzutreffen seien. Unabhängig davon, ob sich Schüler in Gruppe B nicht oder teil-teils im Brennpunkt der Neonazi-Szene sehen, vermuten sie doch deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten in Karlsruhe (siehe Tabelle 12.36). Jeder dritte Befragte in Gruppe C, der sich nicht im Brennpunkt fühlt, ist dennoch der Überzeugung, dass es in Karlsruhe mehr Rechts- als Ausländerextremisten gibt. Neben den 14- bis 18-Jährigen sowie den 58- bis 68-Jährigen

Tabelle 12.36: Geschätzte Anzahl Extremisten/Brennpunkt Neonazi-Szene

Brennpunkt der Neonazi-Szene	Geschätzte Anzahl Extremisten (in %)			
	Gruppe B Schüler		Gruppe C Wohnbevölkerung	
	Mehr Rechts- extremisten	Mehr Ausländerex- tremisten	Mehr Rechts- extremisten	Mehr Ausländerex- tremisten
	Ja	0	0	33,3
Teils-teils/Manchmal	25,0	45,8	47,1	17,6
Nein	22,4	32,8	33,6	17,5

Restliche Zuordnungsgröße: „Gleichviele Extremisten“

Tabelle 12.37: Geschätzte Anzahl Extremisten/Alter

Alter	Geschätzte Anzahl Extremisten (in %) Gruppe C (n=248)		
	Mehr Rechts- extremisten	Gleichviele	Mehr Ausländerex- tremisten
	14-18 *	44,4	22,2
19-23	40,4	18,3	12,5
24-28	30,3	21,2	27,3
29-35	23,8	19,0	33,4
36-46	40,9	13,6	-
47-57	26,3	26,3	15,8
58-68*	66,7	-	-
Ab 69*	25,0	-	-

Restliche Angaben: „Weiß ich nicht“;*=kleine Fallzahl

bekunden die 36- bis 46-Jährigen und die 19- bis 23-Jährigen in Gruppe C am häufigsten, dass sie mehr Rechts- als Ausländerextremisten in Karlsruhe vermuten. Die Altersgruppe der 29- bis 35-Jährigen schätzt dagegen den Anteil an Ausländerextremisten in Karlsruhe höher ein als den Anteil an deutschen Rechtsextremisten (siehe Tabelle 12.37).

12.3.4 No-Go-Areas für Deutsche und Migranten

Zunächst gilt es zu klären, inwieweit den Probanden aus persönlicher Erfahrung öffentliche Räume bekannt sind, in denen Deutsche und/oder Migranten unerwünscht sind.³⁹ Die entsprechend von den Probanden benannten Gebiete und Stadtteile werden in dieser Untersuchung als No-Go-Areas gewertet (siehe Tabellen 12.38/12.39/12.40)/(siehe Abbildung 12.25). Etwa

³⁹Da den Probanden vermutlich oftmals nicht die aktuelle Staatsangehörigkeit der unerwünschten Personen bekannt ist, wurde in den Fragebögen die Unterscheidung zwischen „Deutsche“ und „Migranten“ gewählt. Frage: „Gibt es nach Ihrer persönlichen Erfahrung in Karlsruhe Gebiete/Orte, an denen Deutsche unerwünscht sind? Migranten unerwünscht sind?“

jeder 15. Befragte (6,4%) in Gruppe B und jeder neunte Proband (6,7%) in Gruppe D kennt Orte, an denen Migranten unerwünscht sind (siehe Tabelle 12.38). Mit einem Anteil von 7,6% sind den Befragungsteilnehmern in Gruppe C noch etwas häufiger als den beiden jüngeren Gruppen entsprechende Orte bekannt.⁴⁰ Deutschstämmige Jugendliche in Gruppe D und nicht

Tabelle 12.38: Migranten unerwünscht

Orte in Karlsruhe bekannt, an denen Migranten unerwünscht sind	Gruppe B (in %) Schüler n=93		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=264		Gruppe D (in %) Jugendliche n=60	
	Nicht		Nicht		Nicht	
	Deutsch- Stämmig n=36	Deutsch- stämmig n=57	Deutsch- Stämmig n=175	Deutsch- stämmig n=86	Deutsch- Stämmig n=30	Deutsch- stämmig n=30
Ja	5,6	7,0	6,9	5,8	10,0	3,3
Nein	16,7	22,8	38,9	48,8	56,7	60,0
Weiß ich nicht	77,7	70,2	54,2	45,4	33,3	36,7

deutschstämmige Schüler in Gruppe B kennen am häufigsten Orte in Karlsruhe, an denen Deutsche unerwünscht sind⁴¹ (siehe Tabelle 12.39)/(siehe Tabelle 12.47).

Tabelle 12.39: Deutsche unerwünscht

Orte in Karlsruhe bekannt, an denen Deutsche unerwünscht sind	Gruppe B (in %) Schüler n=93		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=264		Gruppe D (in %) Jugendliche n=60	
	Nicht		Nicht		Nicht	
	Deutsch- Stämmig n=36	Deutsch- stämmig n=57	Deutsch- Stämmig n=175	Deutsch- stämmig n=86	Deutsch- Stämmig n=30	Deutsch- stämmig n=30
Ja	11,1	19,0	3,5	6,9	14,3	10,1
Nein	13,9	22,4	55,8	44,6	71,4	63,4

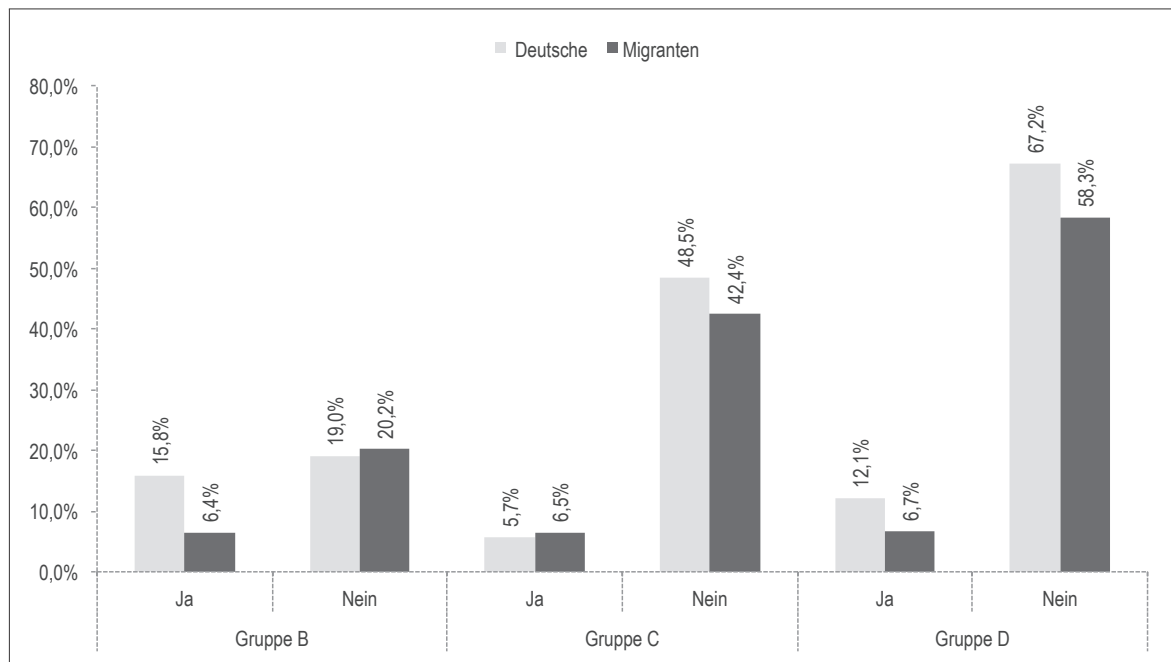
Restliche Antworten: „Weiß ich nicht“

In der Gegenüberstellung wird deutlich, dass die Wahrnehmung der Unerwünschtheit oder Ablehnung von Deutschen in manchen Karlsruher Stadtteilen deutlich häufiger zum persönlichen Erfahrungsschatz der Befragungsgruppen gehört, als die Wahrnehmung von Ablehnung oder

⁴⁰Freitextnennungen zu „Migranten unerwünscht“ (n = 16): Sechs Nennungen betreffen Gaststätten und Diskotheken, zehn Angaben beziehen sich auf öffentliche Räume wie Nordweststadt, Rüppurr, Geigersberg, Musikerviertel, Grünwinkel, Hardecksiedlung, Daxlanden, Knielingen, Oststadt und „Gebiet Schlachthaus“ (siehe Tabelle 12.47).

⁴¹Freitextnennungen zu „Deutsche unerwünscht“ (n = 22): 50% der Angaben beziehen sich auf Gaststätten und Diskotheken, 50% auf öffentliche Räume wie Südstadt, Durlach, Werderplatz, Oststadt, Teile Nordweststadt, Weststadt, Oberreut, Rintheim, Hagsfeld, Innennstadt-West, Europaplatz. Die Südstadt rangiert nach Meinung der Probanden an erster Stelle als öffentlicher Raum, in dem Deutsche am ehesten mit Ablehnung und eventuellen Anfeindungen zu rechnen hätten. Im Freitext werden als (wörtlich zitierte) Begründungen dafür benannt: viele Türken, eigene Welt; evtl. Außenseiter in Südstadt.

Abbildung 12.24: Deutsche bzw. Migranten unerwünscht



Unerwünschtheit von Migranten (siehe Abbildung 12.24)/(siehe Tabelle 12.47). Deutsche werden in der Wahrnehmung der Probanden etwa doppelt so oft topografisch diskriminiert wie Migranten. Daraus kann geschlossen werden, dass es in Karlsruhe signifikant mehr No-Go-Areas – möglicherweise mit entsprechenden Angsträumen – für Deutsche als für Migranten gibt. Ob es sich hierbei unter Umständen in bestimmten Stadtteilen um ethnische Konflikte handelt, eventuell um einen „Zusammenprall der Kulturen“ („Clash of Civilizations“) (Huntington, 2002), wird durch die Freitextangaben nicht belegt, kann jedoch auch nicht völlig ausgeschlossen werden. Da als Begründung für die Meidung bestimmter Stadtteile weder Rechts- noch Ausländerextremisten benannt werden, handelt es sich bei diesem Phänomen möglicherweise um eine sich generell verändernde Machtbalance innerhalb der Etablierten-Außenseiter-Beziehungen entsprechend der Figurationstheorie nach Norbert Elias (1993).

14- bis 18-Jährige in Gruppe C kennen am häufigsten öffentliche Räume, in denen Deutsche und/oder Migranten unerwünscht sind. Über die drei Befragungsgruppen hinweg zeichnet sich ab, dass diese Altersgruppe generell die meisten Erfahrungen mit Orten gemacht hat, an denen eine bestimmte ethnische Personengruppe nicht erwünscht ist (siehe Tabelle 12.40). Die jüngsten Befragten scheinen am ehesten entsprechende Kontakte oder auch Konflikte als Beobachter oder teilweise auch als Betroffene erlebt zu haben. Diese Erfahrung ist unter anderem im Zusammenhang mit jugendtypischem Freizeitverhalten und vermehrtem Aufenthalt im öffentlichen Raum zu sehen. Der Ausländeranteil beträgt in Karlsruhe-Durlach 13,5%/ Weststadt 18,0%/ Innenstadt-West 25,4% und in der Oststadt 26,6% (vgl. AfS, 2010b). Diese Stadtteile weisen mit Ausnahme von Durlach einen höheren Ausländeranteil auf als im Karlsruher Durchschnitt (siehe hierzu auch Kapitel 11.1). Der Anteil an nicht deutschstämmigen Bewohnern liegt vermutlich in den entsprechenden Stadtteilen noch deutlich höher.

Es zeigt sich in der vorliegenden Untersuchung zu Angsträumen in Karlsruhe, dass es nach Kenntnis der Befragten in Karlsruhe durchaus Orte gibt, an denen Migranten unerwünscht sind;

Abbildung 12.25: „Migranten/Deutsche unerwünscht“

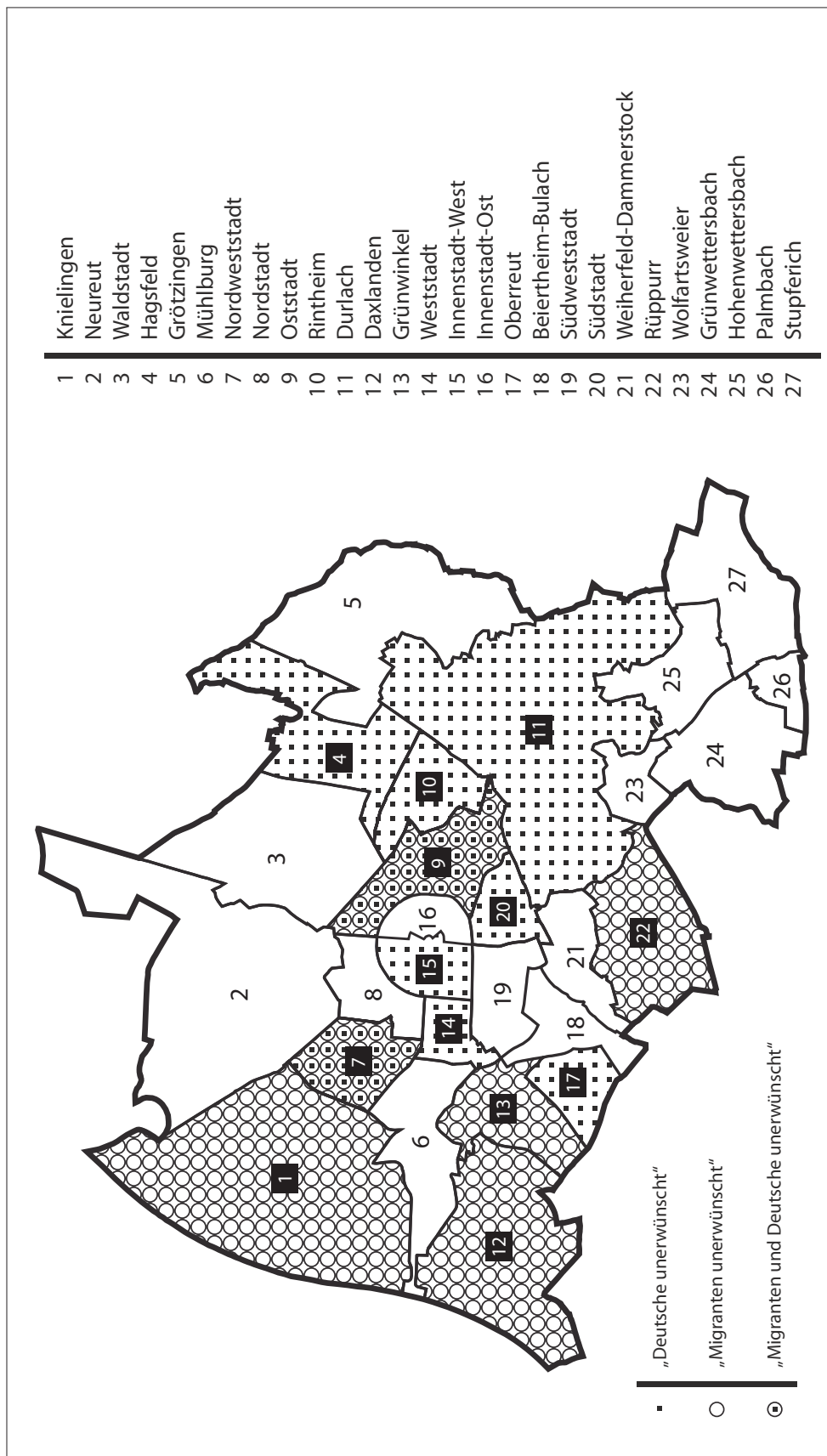


Tabelle 12.40: Migranten bzw. Deutsche unerwünscht/Alter

Alter	Migranten bzw. Deutsche unerwünscht (in %)					
	Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D	
	Deutsche unerwünscht	Migranten unerwünscht	Deutsche unerwünscht	Migranten unerwünscht	Deutsche unerwünscht	Migranten unerwünscht
14-18	15,8	7,1	22,2	11,1	19,4	3,2
19-23			3,6	3,6	3,7	10,3
24-28			12,7	12,9		
29-35			12,5	8,7		
36-46			8,3	12,5		
47-57			5,3	5,3		
58-68			33,3	0		
>69			0	0		

Nur Angabe: „Ja“

mit der Zuordnung des Verfassungsschutzes als „Brennpunkt der Neonazi-Szene“ wird diese Kenntnis jedoch nicht in Zusammenhang gebracht. Es stellt sich in der Befragung heraus, dass nach Erkenntnissen der Probanden in Karlsruhe deutlich mehr No-Go-Areas und Angsträume für Deutsche als für Migranten entstanden sind (siehe Abbildung 12.25). Es kann allerdings kein Zusammenhang zwischen der Ablehnung und Unerwünschtheit von Deutschen an bestimmten Orten in Karlsruhe und dem Auftreten von Ausländerextremisten, die Karlsruher Stadtgebiete für Deutsche zu No-Go-Areas werden lassen, festgestellt werden. Die Unerwünschtheit bestimmter Personen in manchen Karlsruher Stadtteilen scheint nicht auf extremistischen Hintergründen zu basieren. Da in den Freitextnennungen auch keine rivalisierenden Jugendbanden (Jugenddivalität) oder ähnliches erwähnt werden, kann dieser Aspekt als Grund für die Unerwünschtheit von Deutschen im bestimmten Karlsruher Stadtteilen weitgehend ausgeschlossen werden.

12.3.5 Bestehende Angsträume aus Furcht vor Rechts- und Ausländerextremisten

Es gibt in Deutschland Bereiche des öffentlichen und halböffentlichen Raumes, in denen deutsche und türkisch-nationale Rechtsextremisten das soziale Klima dominieren, und die aus der Perspektive potenzieller Opfer als Angsträume bezeichnet werden können (vgl. AAS, 2008). Aus extremistischer Alltagsdominanz und einem Klima von Gewalttätigkeit und Einschüchterung entstehen „angstinfizierte Räume“ (vgl. Heitmeyer, 1996a, S. 45), Meidungsräume und Angsträume.

Die Frage nach bereits bestehenden, generellen Angsträumen bejaht in der vorliegenden Untersuchung jeder Fünfte (21,1%) in Gruppe B und jeder Siebte (14,8%) in Gruppe C.⁴² Ob diese Angstraumbildung permanenter oder temporärer Art ist, wird von den Probanden nicht näher

⁴² „Gibt es Stadtgebiete, Straßen, öffentliche Plätze, Parkanlage oder ähnliches in Karlsruhe, die Sie aus Furcht/Angst meiden oder – falls dies nicht möglich ist – am liebsten meiden würden?“

erläutert.⁴³ Weiterhin gibt mehr als jeder vierte Befragungsteilnehmer (26,6%) an, Kenntnis davon zu haben, dass Freunde und Bekannte ebenfalls öffentliche Plätze in Karlsruhe aus Furcht meiden. Es muss daher der Frage nachgegangen werden, wodurch diese Angsträume entstanden sein könnten.⁴⁴

Die Furcht vor deutschen Rechtsextremisten als Meidungsgrund für bestimmte öffentliche Räume wird von 7,4% (teils-teils 19,0%) der Befragten in Gruppe B, 2,3% (teils-teils 2,7%) in Gruppe C und 1,7% (teils-teils 3,3%) in Gruppe D angeführt.⁴⁵ Es wird in dieser Forschungsarbeit deutlich, dass im öffentlichen Raum in Karlsruhe teilweise Angsträume durch deutsche rechtsextremistische Szenen entstanden sind. Von den Befragungsteilnehmern werden einzelne öffentliche Räume benannt, die als durch Rechtsextremisten ausgelöste Angsträume (siehe Abbildung 12.28)/(siehe Tabelle 12.47) gewertet werden können.⁴⁶ Anzeichen für festgelegte No-Go-Areas gegen nicht Deutschstämmige oder „National Befreite Zonen“ werden in dieser Untersuchung nicht deutlich. Zwar sind Belästigungen, Beleidigungen und Pöbeleien vor allem für Jugendliche und Postadoleszente gewohntes Lebensrisiko, jedoch kann hier (bisher) von Gewaltexzessen wie in anderen Großstädten nicht die Rede sein.

Die Vermeidung von Kriminalitätsfurcht innerhalb der Bevölkerung ist eines der Ziele sicherheitspolitischer Maßnahmen. Es stellt sich nun die Frage nach einer möglichen ethnisch unterschiedliche Verteilung von Kriminalitätsfurcht bzw. der Bedrohungsangst vor Extremisten. Vor

Tabelle 12.41: Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten

Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten	Gruppe B (in %) Schüler n=93		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=264		Gruppe D (in %) Jugendliche n=60	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
	Ja	5,6	8,6	2,9	1,2	0
Teils-teils	22,2	15,5	1,7	4,7	6,6	0
Sind mir keine bekannt	33,3	43,1	57,5	62,3	26,7	43,3
Nein	38,9	32,8	37,9	31,8	66,7	53,3

allem nicht Deutschstämmige in Gruppe B haben Furcht vor Rechtsextremisten, wobei etwa jeder zwölfte Befragte tatsächlich aus entsprechender Furcht öffentliche Räume in Karlsruhe meidet (siehe Tabelle 12.41). Die Wohnbevölkerung in Gruppe C hat diese Ängste deutlich seltener;

⁴³Laut Karlsruher Sicherheits-Befragung gaben im Jahr 1999 etwa 39% der Einwohner Karlsruhes an, bei Dunkelheit im Stadtgebiet bestimmte Plätze zu meiden. Insbesondere zählten hierzu Teile der Innenstadt, Europaplatz, Stephansplatz, Abschnitte der Amalien-, Hirsch- und Sophienstraße (vgl. AfS, 1999). In der Karlsruher Innenstadt hat sich im Laufe der letzten Jahre insbesondere der Europaplatz besonders in den Abend- und Nachtstunden als Angstraum für Besucher und auch für Teile der Wohnbevölkerung herauskristallisiert (vgl. ka news, 2009a)/(vgl. ka news, 2009b)/ (vgl. ka news, 2009e).

⁴⁴„Finding the answer requires first that we understand what most often frightens people in public places.“ (Wilson u. Kelling, 1982, S. 1).

⁴⁵Frage: „Gibt es in Karlsruhe Orte, Straßen, Plätze usw. die Sie meiden/gerne meiden würden, weil Sie nicht auf Rechtsextreme (z.B. Kameradschaften) treffen möchten?“

⁴⁶Von Gruppe B, C und D werden in den Freitexten als Orte, die aus Furcht vor Rechtsextremisten nach Möglichkeit gemieden werden, benannt: Durlach, Südstadt, Werderplatz, Gottesauer Platz, Mühlburg, Oststadt, Kronenplatz, Grünwinkel, Siedlerstraße, Schlossgarten.

den wenigsten Befragten sind entsprechende Angsträume in Karlsruhe bekannt. Interessanterweise erklären nicht Deutschstämmige in den drei Gruppen deutlich öfter als Deutschstämmige, dass ihnen durch Rechtsextremisten verursachte Angsträume *nicht* bekannt sind. Unter der Voraussetzung, dass Rechtsextremismus insbesondere in einem „Brennpunkt der Neonazi-Szene“ mit Gewaltbereitschaft aus ideologischer Fremdenfeindlichkeit einhergeht, überrascht dieses Ergebnis. Allerdings ist anzumerken, dass nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes die typische Aktivität der Kameradschaften der sogenannte Kameradschaftsabend ist. Dieser findet in Privatwohnungen oder Gaststätten statt, entfaltet keine Außenwirkung und besteht aus politisch-ideologischen Schulungen, der Vorbereitung von Aktionen oder einfach aus geselligem Zusammensein (vgl. Innenministerium, 2010, S. 176). Im Folgenden wird untersucht, inwiefern für Personen, welche die rechtsextremistischen Symbole kennen, öffentliche Räume aus Furcht vor Rechtsextremen zu persönlichen Angsträumen wurden. Jeder 19. Befragte mit

Tabelle 12.42: Kenntnis Symbole Rechtsextremisten/Öffentliche Räume meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten

Öffentliche Räume in Karlsruhe meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten	Kenntnis Symbole Rechtsextremisten (in %) Gruppe C	
	Ja n=223	Nein n=35
Ja	2,7	0
Teils-teils	2,7	2,9
Sind mir keine bekannt	57,4	68,5
Nein	37,2	28,6

Kenntnis rechtsextremistischer Symbole in Gruppe C meidet ganz oder teilweise aus Furcht vor dieser Gruppierung bestimmte öffentliche Räume in Karlsruhe. Mehr als jeder dritte Proband kennt zwar rechtsextremistische Symbole, sieht aber keinen Anlass, aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten öffentliche Räume zu meiden. Mehr als der Hälfte der Befragten, die rechtsextremistische Symbole kennen, sind in Karlsruhe keine öffentlichen Räume bekannt, in denen Träger dieser Symbole zu finden sind (siehe Tabelle 12.42).

Im Vergleich hierzu wird untersucht, inwiefern Befragungsteilnehmer, die die Symbole von Ausländerextremisten wie beispielsweise den türkischen rechtsextremistischen „Grauen Wölfen“ kennen, aus Furcht vor Ausländerextremisten in Karlsruhe öffentliche Räume meiden.⁴⁷ Den meisten Probanden in Gruppe C sind die Symbole der „Grauen Wölfe“ unbekannt. Von den Befragten, die deren Symbole kennen, meidet niemand öffentliche Räume aus Furcht vor dieser ausländerextremistischen Gruppierung (siehe Tabelle 12.43). Jeder siebte Proband, der die Symbole der „Grauen Wölfe“ kennt, meidet tatsächlich teilweise aus Furcht vor diesem Personenkreis öffentliche Räume in Karlsruhe.

Das Vermeidungsverhalten im öffentlichen Raum aufgrund der Kenntnis der Symbole respektive aus Furcht vor rechtsextremistischen Gruppierungen erweist sich stark polarisierend: Sind deren jeweiligen Symbole bekannt, so meiden 5,4% der Personen aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten und 14,6% aus Furcht vor Ausländerextremisten öffentliche Räume in Karlsruhe.

⁴⁷Frage: „Gibt es in Karlsruhe Orte, Straßen, Plätze usw. die Sie meiden/gerne meiden würden, weil Sie nicht auf Ausländerextremisten (z.B. „Graue Wölfe“, Islamisten usw.) treffen möchten?“

Tabelle 12.43: Öffentliche Räume meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten/Kennntnis Symbole „Graue Wölfe“

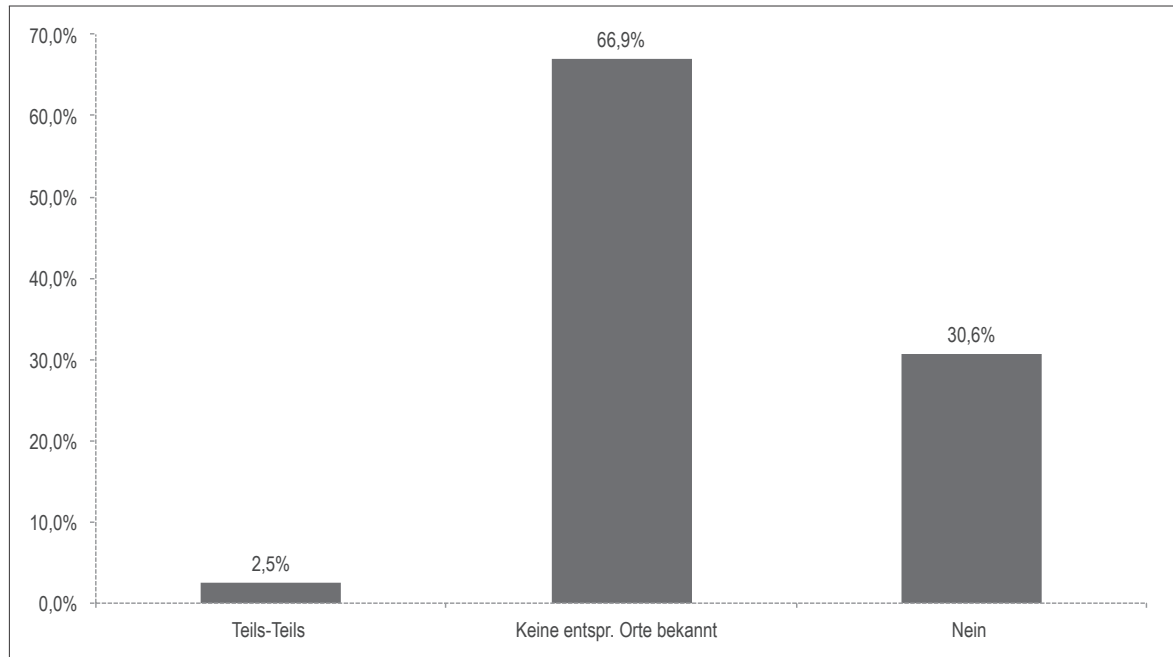
Öffentliche Räume in Karlsruhe meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten	Kennntnis Symbole der „Grauen Wölfe“ (in %) Gruppe C	
	Ja n=41	Nein n=219
Ja	0	2,3
Teils-teils	14,6	11,0
Sind mir keine bekannt	46,4	58,5
Nein	39,0	28,2

Noch deutlicher wird die Furcht vor Ausländerextremisten in Karlsruhe beim Personenkreis, der *keine* entsprechenden extremistischen Symbole kennt: 2,9% der Befragten in Gruppe C meiden öffentliche Räume aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten, auch wenn ihnen deren Symbole nicht bekannt sind. Jedoch 13,3% der Probanden meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten öffentliche Räume in Karlsruhe, selbst wenn sie deren Symbole nicht kennen (siehe Tabelle 12.42)/(siehe Tabelle 12.43). Bei Unkenntnis entsprechender extremistischer Symbole scheint die Selbstbeschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum aufgrund der Furcht vor Ausländerextremisten deutlich ausgeprägter zu sein als aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten.

Weiterhin wird derjenige Personenkreis untersucht, der keine Kenntnis von der jeweiligen extremistischen Szene hat und gleichzeitig angibt, aus Furcht vor Extremisten bestimmte Orte in Karlsruhe zu meiden. Es verdeutlicht sich, dass aus Furcht vor Rechtsextremisten in Gruppe C nur wenige Personen öffentliche Räume in Karlsruhe meiden, *ohne* Kenntnis über eine entsprechende Szene zu haben (siehe Abbildung 12.26). Bei diesem Personenkreis hat sich vermutlich aus genereller Furcht vor Extremismus ein latentes Bedrohungsgefühl verfestigt, ohne dass eine persönliche Erfahrung vorliegt. Die meisten Personen kennen keine Plätze, an denen Rechtsextreme in Karlsruhe auftreten. Im Vergleich dazu wird der Einfluss ausländischer Extremisten auf das Entstehen von Angsträumen in Karlsruhe untersucht. Etwa jeder siebte Befragte in Gruppe C meidet in Karlsruhe ganz oder teilweise öffentliche Räume aus Furcht vor Ausländerextremisten, ohne Kenntnis über eine lokale ausländerextremistische Szene zu haben (siehe Abbildung 12.27). Hier scheint die subjektive Furcht die persönliche Bewegungsfreiheit einzuschränken.

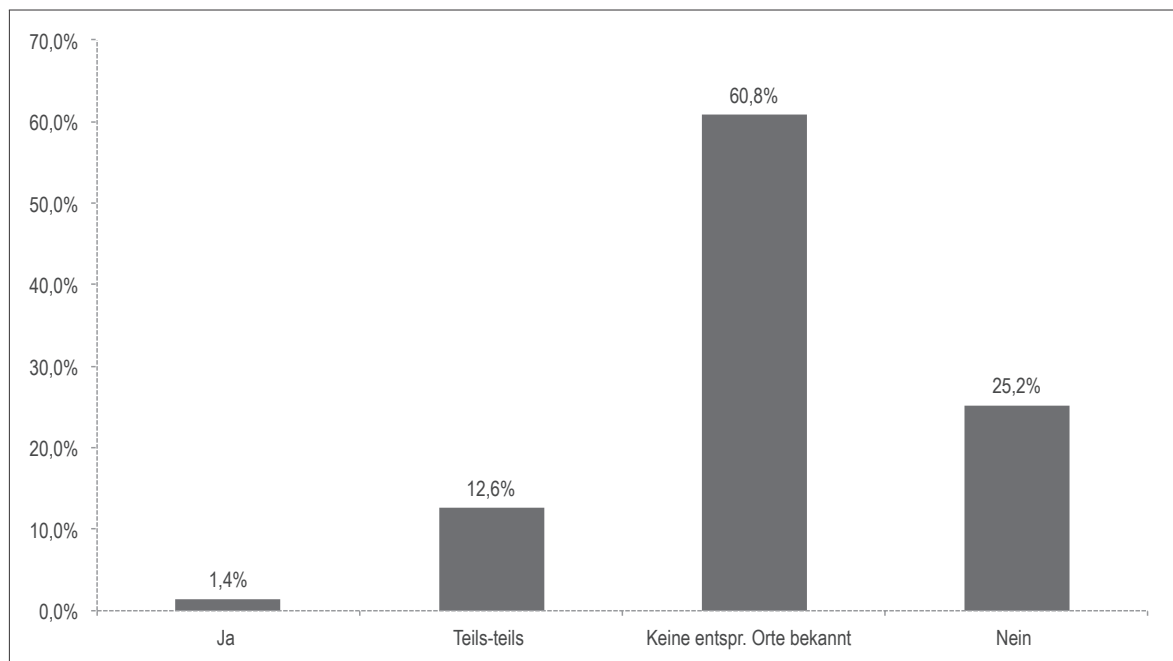
Es ist der Frage nachzugehen, welche der beiden untersuchten extremistischen Szenen sich für die Befragungsteilnehmer als furchteinflößender und damit angsträumfördernder zeigt: Obwohl 46,6% der Probanden in Gruppe C nichts zu Rechtsextremismus und 55,0% nichts zu Ausländerextremismus in Karlsruhe bekannt ist, wird in der Untersuchung deutlich, dass von diesen Probanden häufiger öffentliche Räume in Karlsruhe aus Furcht vor Ausländer- als vor Rechtsextremisten gemieden werden. In Gruppe B kennen 5,3% (teils-teils 13,8%), in Gruppe C 1,9% (teils-teils 11,5%) und in Gruppe D: 0,0% (teils-teils 3,3%) öffentliche Räume, an denen sie auf Ausländerextremisten treffen könnten. Vor allem nicht deutschstämmige Probanden in Gruppe C meiden keine öffentlichen Räume aus Furcht vor Ausländerextremisten (siehe Tabelle 12.44). Deutschstämmige meiden deutlich häufiger als nicht Deutschstämmige Orte aus Furcht vor Ausländerextremisten. Als gemiedene Orte werden in den Freitexten in

Abbildung 12.26: Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten/Keine Kenntnis über Rechtsextremisten (C)



Nur Angaben zu Orte meiden: „Ja“

Abbildung 12.27: Orte meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten/Keine Kenntnis über Ausländerextremisten (C)



Nur Angaben zu Orte meiden: „Ja“

Tabelle 12.44: Orte meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten

Orte meiden aus Furcht vor Ausländerextremisten	Gruppe B (in %) Schüler n=95		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=264		Gruppe D (in %) Jugendliche n=60	
	Nicht		Nicht		Nicht	
	Deutsch-Stämmig	Deutsch-stämmig	Deutsch-Stämmig	Deutsch-stämmig	Deutsch-Stämmig	Deutsch-stämmig
Ja	5,6	5,3	2,9	0	0	0
Teils-teils	11,1	14,0	10,2	14,3	0	6,7
Sind mir keine bekannt	41,7	42,1	56,0	57,1	33,3	23,3
Nein	41,6	38,6	30,9	28,6	66,7	70,0

erster Linie Weststadt, Südstadt und Oststadt genannt (siehe Abbildung 12.28)/(siehe Tabelle 12.47).

Tabelle 12.45: Orte meiden aus Furcht vor Extremisten

Orte meiden aus Furcht vor:	Gruppe B (in %) n=95	Gruppe C (in %) n=264	Gruppe D (in %) n=60
Rechtsextremisten	7,4	2,3	1,7
Ausländerextremisten	5,3	1,9	0,0
Anderem Personenkreis	30,5	17,4	16,7

Bezogen auf Angabe: „Ja, Orte meiden“

Da die Schüler schulformbezogen die Extremistenanteile in Karlsruhe sehr unterschiedlich einschätzen, wird untersucht, inwiefern diese Einschätzungen das Vermeidungsverhalten der Schüler im öffentlichen Raum beeinflussen. Die Überlegung bietet sich an, dass Realschüler eher als die befragten Hauptschüler öffentliche Plätze aus Furcht vor Rechtsextremisten meiden, da die befragten Realschüler häufiger als Hauptschüler Rechtsextremisten in Karlsruhe vermuten. Insgesamt wird deutlich, dass die befragten Schüler in Gruppe B häufiger öffentliche Räu-

Tabelle 12.46: Meidungsgrund Extremisten, Schulform/Meidungsverhalten

Meidungsverhalten: Öffentliche Plätze meiden	Gruppe B n=95 Meidungsgrund Extremisten, Schulform (in %)			
	Aus Furcht vor Rechtsextremisten		Aus Furcht vor Ausländerextremisten	
	Hauptschule	Realschule	Hauptschule	Realschule
	Ja	9,4	6,3	3,2
Teils-teils	15,6	20,6	6,3	17,7
Nein	18,8	43,6	43,8	37,1

me aus Furcht vor Rechts- als vor Ausländerextremisten meiden (siehe Tabelle 12.46)/(siehe

Abbildung 12.28). Der Anteil an Hauptschülern, der öffentliche Plätze aus Furcht vor Rechtsextremisten meidet, ist um den Faktor 1.5 höher als bei den Realschülern. Die Annahme muss also verworfen werden. Obwohl Hauptschüler deutlich mehr Ausländer- als Rechtsextremisten in Karlsruhe vermuten, geben sie nur halb so oft wie Realschüler an, Plätze aus Furcht vor Ausländerextremisten zu meiden. Die Freitextangaben lassen keine Rückschlüsse darüber zu, ob die Hauptschüler eventuell ausländerextremistische Gruppierungen – trotz der geschätzten zahlenmäßigen Überlegenheit – im Vergleich zu rechtsextremistischen Gruppierungen als weniger bedrohlich für ihre persönliche Sicherheit einschätzen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass der Anteil nicht Deutschstämmiger unter den Hauptschülern deutlich höher ist als unter den Realschülern.

Die Untersuchung zeigt, dass von den Probanden in Karlsruhe nach Möglichkeit häufiger Orte aus Furcht vor Rechtsextremisten als aus Furcht vor Ausländerextremisten gemieden werden (siehe Tabelle 12.45)/(siehe Abbildung 12.28)/(siehe Tabelle 12.47). Dieses Ergebnis überrascht nicht, da in den lokalen Print- und Online-Medien im Landkreis Karlsruhe häufiger über Rechtsextremismus berichtet wird als über regionale ausländerextremistische Gruppierungen. Da eine Bedrohung durch Islamisten seit Jahren seitens des Verfassungsschutzes, der Politik und vor allem von den Medien wiederholt für das gesamte Bundesgebiet benannt wird, erscheint es naheliegend, dass sich die Befragten generell durch Islamisten bedroht fühlen. Die Schülergruppe B zeigt hinsichtlich beider extremistischer Gruppierung die meisten Bedrohungsgefühle. Diese Jugendlichen meiden am häufigsten aus Furcht bestimmte öffentliche Räume, ebenso schränken sie aus Furcht vor Rechts- aber auch vor Ausländerextremisten noch deutlich häufiger als die anderen befragten Gruppen – zum Teil vermutlich prophylaktisch – ihre Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum ein (siehe Tabelle 12.45). Vor allem Deutschstämmige sind häufiger bereit, sowohl aus Furcht vor Rechts- als auch vor Ausländerextremisten, bestimmte öffentliche Räume zu meiden. Dadurch werden für sie signifikant mehr Räume in Karlsruhe zum Angstraum als für nicht deutschstämmige Befragte.

Etwa jeder sechste Befragte in Gruppe D und C, aber beinahe jeder Dritte in Gruppe B meidet bestimmte Orte in Karlsruhe wegen der Möglichkeit, auf persönlich unerwünschte Personen zu treffen. Frauen (11,9%) meiden aus diesem Grund häufiger als Männer (5,1%) öffentlichen Räume. Insgesamt ist in dieser Forschungsarbeit festzustellen, dass Angsträume – vor allem aber Vermeidungsräume – in Karlsruhe deutlich eher durch „social uncivility“ im Verhalten anderer Personen im öffentlichen Raum ausgelöst werden als durch rechts- oder ausländerextremistische Gruppierungen (siehe Tabelle 12.47). Als Ergebnis der Befragung stellen sich in erster Linie Oststadt, Nordweststadt und Südstadt als konfliktbeladene Stadtteile in Form von No-Go-Areas dar, denn hier scheinen für die Befragten in der vorliegenden Untersuchung angstbesetzte Meidungsräume entstanden zu sein.

Während nach Erkenntnissen der Probanden in der Südstadt, einem Stadtteil mit traditionell hohem Migrantenanteil, Deutsche als unerwünscht gelten, sind in der Nordweststadt und Oststadt sowohl Deutsche als auch Migranten nicht gerne gesehen. Dies lässt Rückschlüsse auf eine konfliktäre Wahrnehmung anderer Ethnien zu. Die Stadtteile Südstadt und Oststadt werden von den Befragten zudem sowohl aus Furcht vor Rechts- als auch vor Ausländerextremisten nach Möglichkeit gemieden. Da keine entsprechenden Vorfälle oder Konflikte mit deutschen und türkisch-nationalen Rechtsextremisten von den Befragten genannt werden, erfolgt die Vermutung, dass für die Probanden die Stadtteile Oststadt und Südstadt generell als

Abbildung 12.28: „Stadtteile meiden aus Furcht vor Rechts-/Ausländerextremisten“

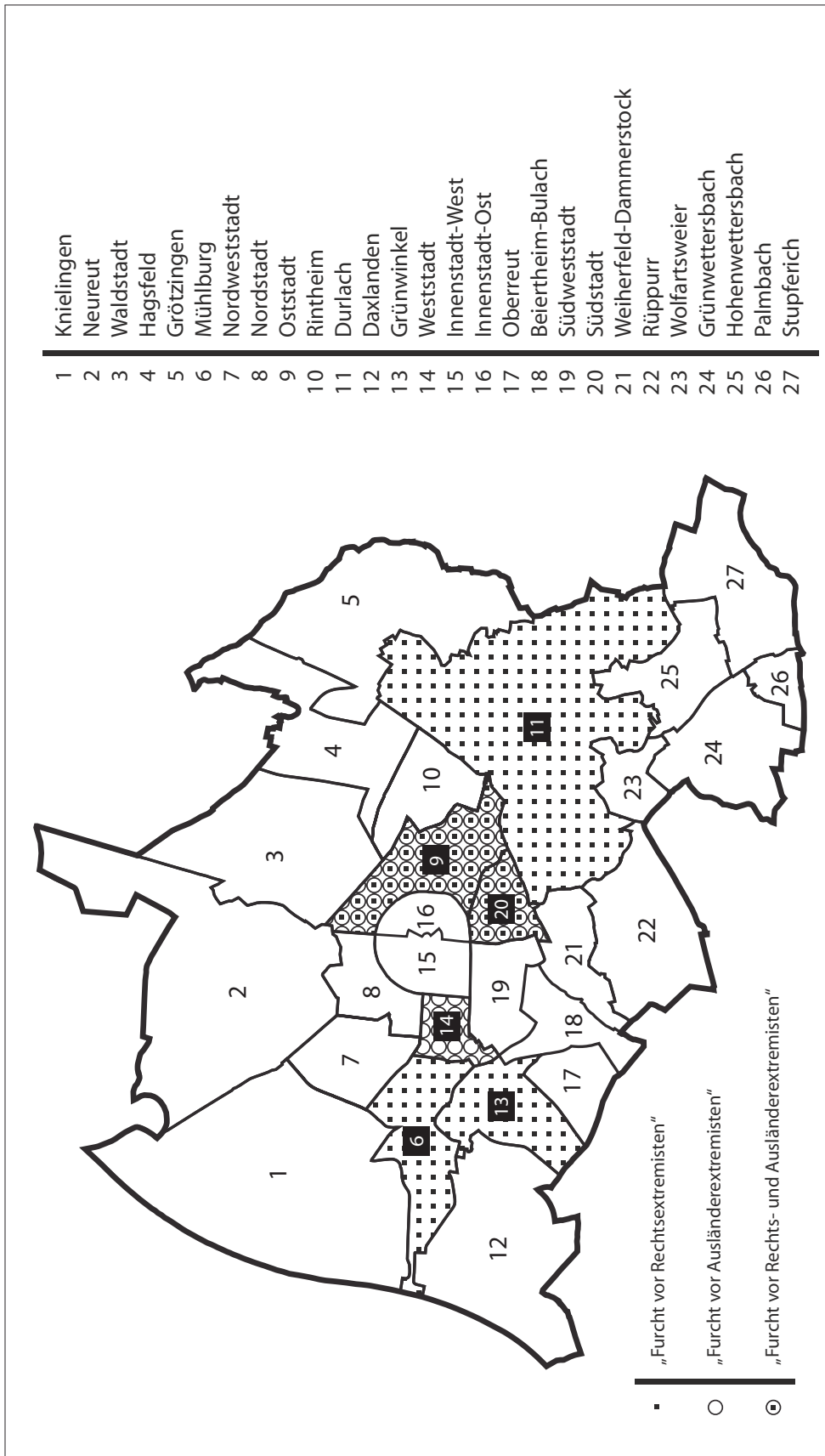


Tabelle 12.47: No-Go-Areas und Angsträume im Karlsruher Stadtgebiet

Stadtteil	Meidung öffentlicher Räume aus Furcht vor:			Öffentliche Räume:	
	Alkoholisierten Jugendlichen, Bettlern etc.	Rechts-extremisten	Ausländer-extremisten	„Deutsche unerwünscht“	„Migranten unerwünscht“
Knielingen					•
Hagsfeld				•	
Mühlburg		•			
Nordweststadt	•			•	•
Nordstadt	•				
Oststadt	•	•	•	•	•
Rintheim				•	
Durlach		•		•	
Daxlanden					•
Grünwinkel	•	•			•
Weststadt	•		•	•	
Innenstadt-West	•			•	
Innenstadt-Ost	•				
Oberreut	•			•	
Südweststadt	•				
Südstadt	•	•	•	•	
Rüppurr					•

Restliche Stadtteile ohne Nennungen

öffentliche Angsträume gelten. Sofern es den Befragten möglich ist, meiden sie diese Stadtteile. Die Stadtteile Weststadt und Grünwinkel folgen als Meidungsräume, welche die befragte Bevölkerung vor allem aus Furcht vor pöbelnden Jugendlichen, Bettlern, Alkoholisierten, Punks usw. meidet bzw. gerne meiden würde. Der Stadtteil Weststadt wird zwar aus Furcht vor Ausländerextremisten aber nicht aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten gemieden, während Mühlburg, Grünwinkel und Durlach⁴⁸ aus Furcht vor Rechtsextremisten gemieden werden, hier scheint unter den Befragungsteilnehmern keine Furcht vor Ausländerextremisten zu herrschen (siehe Tabelle 12.47).

⁴⁸Durlach wurde 2008 in den lokalen Medien durch einen geplanten Immobilienkauf durch die NPD in Zusammenhang mit Rechtsextremisten gebracht (siehe hierzu auch Kapitel 11.1).

12.3.6 Einschätzung als „einen Brennpunkt der Neonazi-Szene“

Innerhalb des Karlsruher Stadtgebietes wohnen ausländische – zum Großteil türkeistämmige Einwohner – vor allem in der Südstadt, Weststadt, Oststadt, Mühlburg und Durlach. Wird davon ausgegangen, dass es in diesen Stadtteilen gehäuft zu Konflikten zwischen türkeistämmigen und deutschen Anwohnern kommt, hätte sich dies eventuell auch am Wahlergebnis der NPD bei der Bundestagswahl am 27.09.2009 widerspiegeln können.⁴⁹ Der Anteil an NPD-Wählern überschreitet auch in den betreffenden Stadtteilen nicht den Bundesdurchschnitt von 1,5% der Zweitstimmen; die Stadt Karlsruhe kann demzufolge nicht als eine „Neonazi-Hochburg“ gelten.⁵⁰

Aufgrund der Aussage des baden-württembergischen Innenministeriums: „Die rechtsextremistische Skinhead- und Neonaziszene im Land- und Stadtkreis Karlsruhe stellt einen Brennpunkt in Baden-Württemberg dar“ (Innenministerium, 2007, S. 3) und bliebe ein „rechtsextremes Pflaster“ (ka news, 2008a) wird im Folgenden untersucht, inwiefern innerhalb der Befragungsgruppen Konsens zu diesen medial verbreiteten Aussagen herrscht.⁵¹ Am häufigsten vertreten

Tabelle 12.48: Brennpunkt der Neonazi-Szene

Karlsruhe, „Brennpunkt der Neonazi-Szene“	Gruppe B (in %) Schüler n=95		Gruppe C (in %) Wohnbevölkerung n=260	
	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig	Deutsch- Stämmig	Nicht Deutsch- stämmig
Ja	-	-	-	3,6
Teils-teils/Manchmal	19,4	31,5	4,6	12,0
Nein	80,6	68,5	95,4	84,4

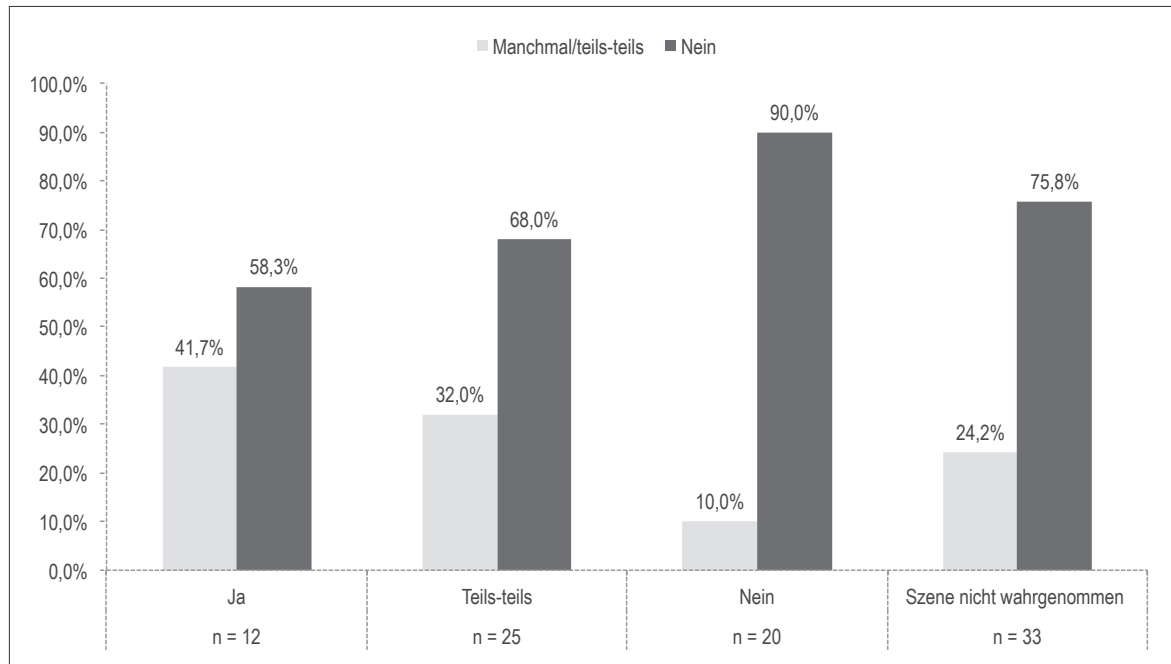
die nicht deutschstämmige Schüler in Gruppe B die Auffassung, in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene zu leben. Mit Ausnahme von n=3 Befragten in Gruppe C gehen die Probanden nicht konform mit der Einschätzung des baden-württembergischen Innenministeriums (siehe Tabelle 12.48). Es wird zunächst überprüft, inwiefern diejenigen Befragten in der Schülergruppe B, die eine rechtsextremistische Szene in Karlsruhe wahrnehmen und als persönliche Bedrohung sehen, sich daraus ableitend auch eher in Karlsruhe im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen als dies bei Personen der Fall ist, die keine Bedrohung durch Rechtsextremisten sehen. Mehr als die Hälfte der Befragten in Gruppe B, die sich vor einer rechtsextremistischen

⁴⁹Wahlanteile der NPD in Karlsruhe bei der Bundestagswahl 2009 (in %): Südstadt 0,8/ Weststadt 0,7/ Oststadt 1,2/ Mühlburg 1,5/ Durlach 1,5/ Beiertheim-Bulach 0,9/Stadtkreis Karlsruhe: 1,1/Landkreis Karlsruhe: 1,48% (vgl. ka news, 2009f).

⁵⁰Der in den Medien gerne als Worthülse verwendete Begriff „Hochburg“ wird wie folgt definiert: „Unter Hochburgen werden [...] jene lokalen Einheiten verstanden, in denen eine Partei [...] Stimmenanteile erreichte, die deutlich und mit einer gewissen Kontinuität über den Ergebnissen auf Landes- oder Bundesebene liegen.“ (Peter M. Wagner zit.n. Kock, 2006, S. 213) während eine weitere Definition besagt, dass als „Hochburg“ die Wahlbezirke aufgefasst werden, die die oberen 15% des Gesamtergebnisses ergeben und rund 30% der Gesamtstimmenzahl der betreffenden Partei erbringen (Eike Hennig zit.n. Kock, 2006, S. 213).

⁵¹Frage: „Haben Sie den Eindruck, in Karlsruhe im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu leben?“

Abbildung 12.29: Rechtsextremistische Szene als Bedrohung/Brennpunkt der Neonazi-Szene (B)



Szene in Karlsruhe fürchten, fühlt sich dennoch nicht im Brennpunkt der Neonazi-Szene. Etwa jeder Vierte hat eine rechtsextremistische Szene nicht wahrgenommen, fühlt sich aber manchmal/teils-teils im Brennpunkt der Neonazi-Szene (siehe Abbildung 12.29). Da auch in den Freitextangaben der vorliegenden Untersuchung nicht von Übergriffen durch Rechtsextremisten gegen die Probanden berichtet wird, kann angenommen werden, dass der Eindruck dieser jugendlichen Befragungsteilnehmer, in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene zu leben, eventuell durch Hören-Sagen oder durch Medienberichte über eine Bedrohung durch Neonazis ausgelöst wurde.

Unter der Voraussetzung, dass Personen, die sich in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen, die Symbole deutscher Rechtsextremisten erkennen, wird dieser Zusammenhang untersucht. Die Annahme fand Bestätigung: Befragte, die sich tatsächlich im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen (kleine Fallzahl), kennen auch deren Symbole. Der Löwenanteil der Probanden in Gruppe C, die sich teils-teils/manchmal im Brennpunkt fühlen, kennt ebenfalls die Symbole der Rechtsextremisten. Damit geben diese Befragungsteilnehmer deutlich häufiger an, entsprechende Symbole zu kennen, als dies im Durchschnitt in der Gesamtgruppe C der Fall ist (siehe Abbildung 12.30). Allerdings ist zu hinterfragen, weshalb sich mehr als jeder zehnte Befragte teils-teils im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlt, jedoch gleichzeitig rechtsextremistische Symbole nicht kennt. Hier wird die gleiche Annahme getätigt wie in Gruppe B, dass der Eindruck dieser Befragungsteilnehmer, in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene zu leben, eventuell durch Hören-Sagen oder durch Medienberichte über eine Bedrohung durch Neonazis ausgelöst wurde. Die meisten Befragten fühlen sich nicht im Brennpunkt der Neonazi-Szene. Etwa jeder vierte Schüler in Gruppe B und etwa jeder 15. innerhalb der befragten Wohnbevölkerung fühlt sich „manchmal/teils-teils“ im Brennpunkt der Neonazi-Szene (siehe Abbildung

Abbildung 12.30: Brennpunkt der Neonazi-Szene/Symbole der deutschen Rechtsextremisten (C)

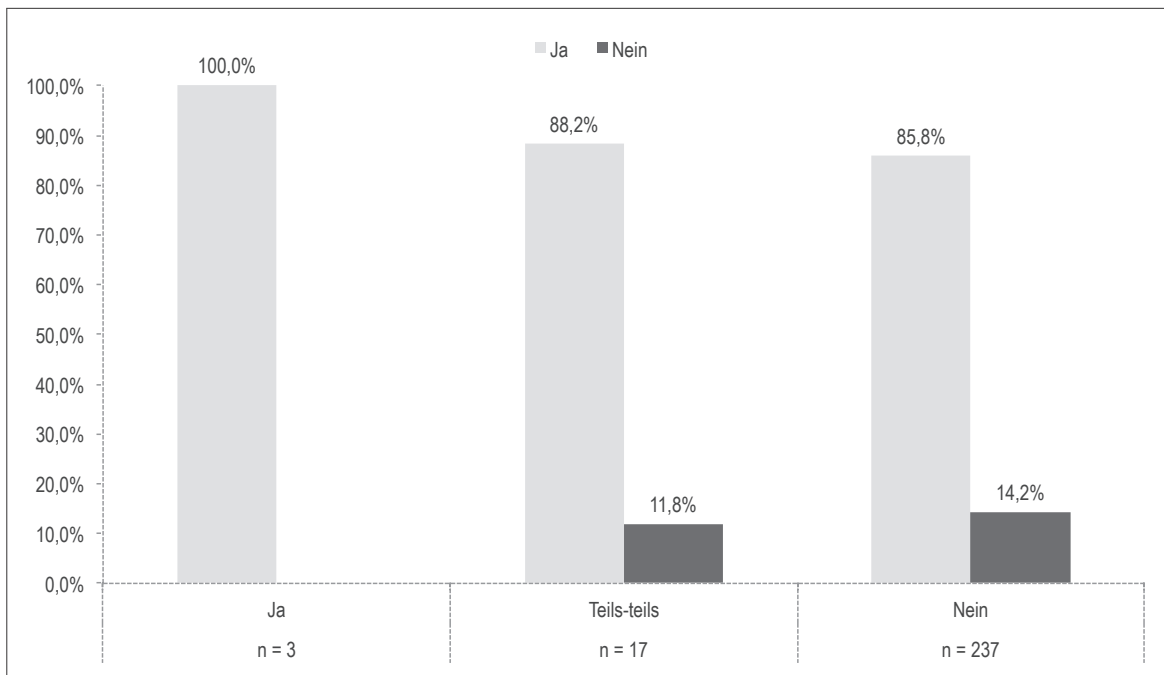


Abbildung 12.31: Brennpunkt der Neonazi-Szene

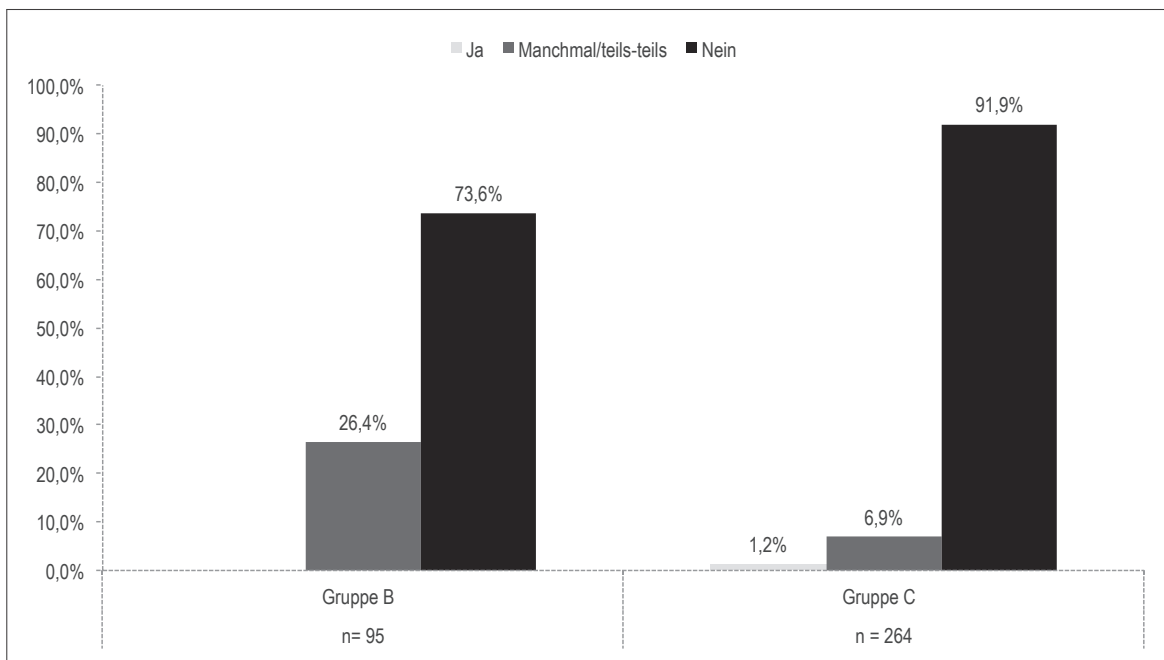
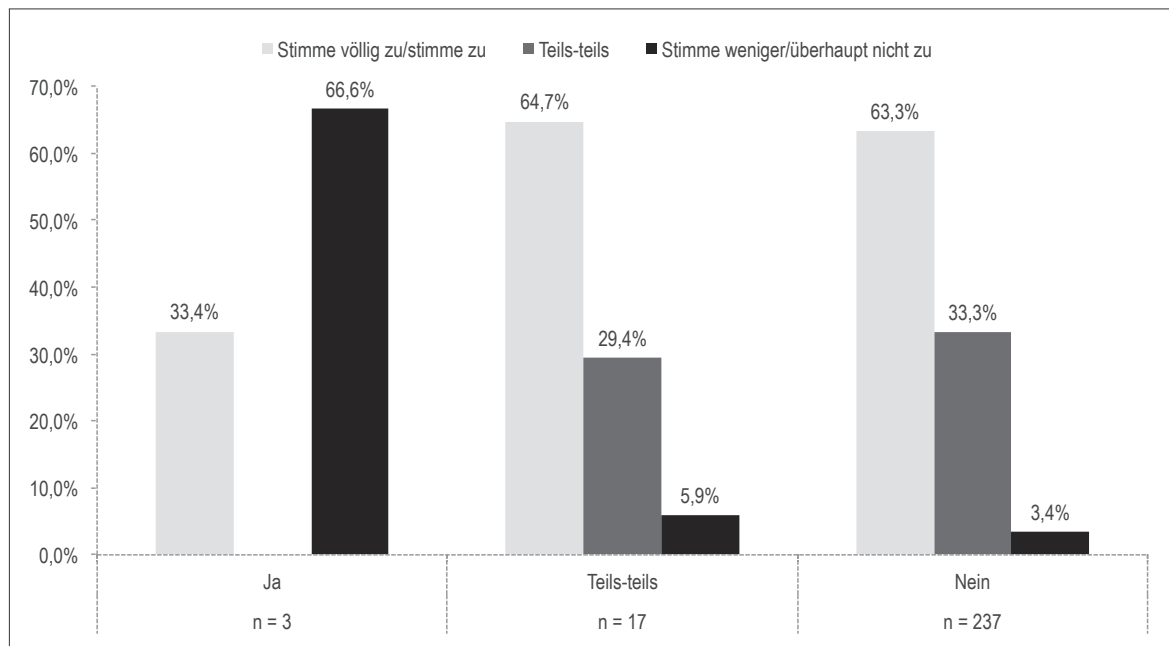


Abbildung 12.32: Brennpunkt Neonazi-Szene/Relativ gewaltfreier Raum (C)



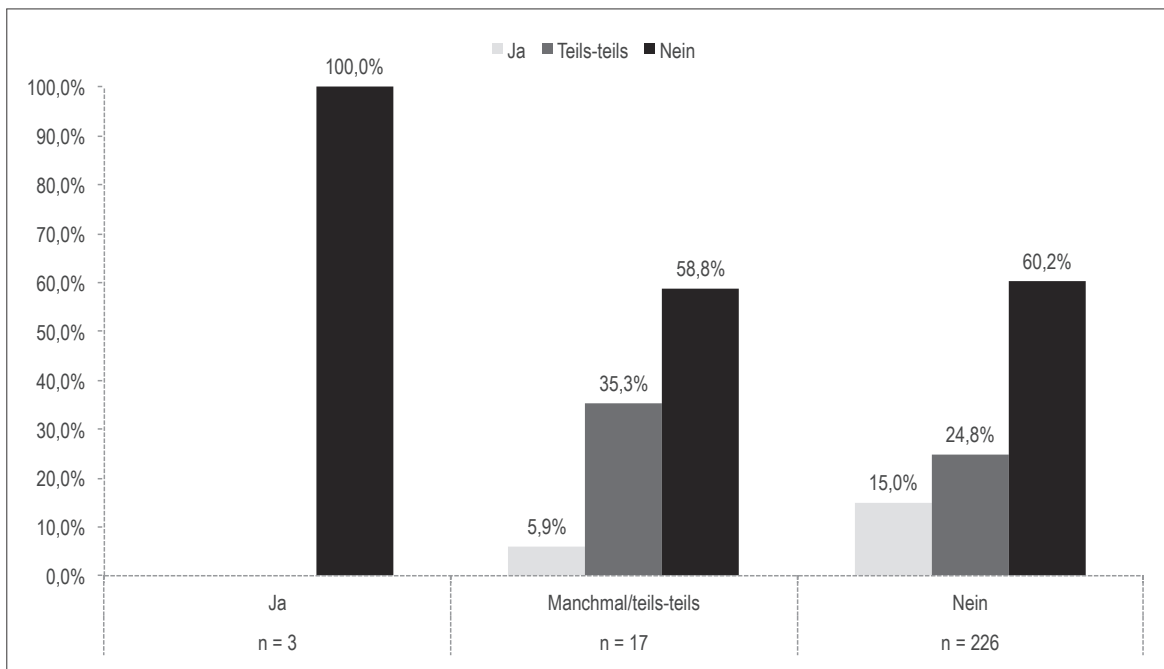
12.31).⁵² Im Freitext werden von den Probanden keine Angaben darüber gemacht, ob tatsächlich Belästigungen oder Übergriffe durch Rechtsextremisten stattgefunden haben. Der Eindruck ist daher bei den Befragungsteilnehmern vermutlich auf anderem Wege entstanden. Es wird nun überprüft, ob Personen, die Karlsruhe generell als gewaltbesetzt erlebt haben, sich auch eher im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen als Personen, die über keine entsprechenden Gewalterfahrungen verfügen. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass von n=3 Befragten in Gruppe C, die angeben, sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu fühlen, n=2 Personen der Ansicht sind, dass Karlsruhe kein relativ gewaltfreier Raum ist. Wodurch dieser Eindruck entstand, ist nicht belegt. Im Umkehrschluss erklären die meisten befragten Personen, die sich teils-teils oder auch nicht im Brennpunkt fühlen, Karlsruhe als relativ gewaltfreien Raum zu erleben. Etwa jeder dritte Befragte, der sich nicht im Brennpunkt fühlt, erlebt Karlsruhe dennoch nur teilweise als relativ gewaltfrei (siehe Abbildung 12.32). Die erlebte Gewalt dieser Personen ist daher vermutlich nicht in Zusammenhang mit rechtsextremistischer Gewalt zu sehen.

Personen, die eine Zunahme der Gewaltbereitschaft feststellen, fühlen sich möglicherweise eher als andere in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene, da beide Wahrnehmungen mit Gewaltmustern verbunden sind. Im Folgenden wird untersucht, inwiefern Befragte, die sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen, auch gleichzeitig zu dem Personenkreis gehören, die den Eindruck haben, dass die Gewaltbereitschaft in Karlsruhe in den letzten zwei Jahren zugenommen hat.⁵³ Die meisten Befragungsteilnehmer in Gruppe C, die sich in Karlsruhe nicht im Brennpunkt fühlen, haben auch keine Zunahme der Gewaltbereitschaft festgestellt. Auch von

⁵²Von n=22 Schülern, die angeben, sich „manchmal/teils-teils“ in einem Brennpunkt der Neonazi-Szene zu fühlen, wohnen sechs in Grünwinkel, je vier in Oberreut und in der Südstadt, je drei in der Weststadt und in Daxlanden sowie jeweils eine Person in Südweststadt und Innenstadt-West.

⁵³Frage: „Haben Sie den Eindruck, daß die Gewaltbereitschaft in Karlsruhe in den letzten zwei Jahren zugenommen hat?“

Abbildung 12.33: Brennpunkt der Neonazi-Szene/Zunahme der Gewaltbereitschaft (C)



den Befragten, die sich „manchmal/teils-teils“ im Brennpunkt fühlen, hat mehr als die Hälfte keine Zunahme der Gewaltbereitschaft festgestellt. Lediglich 5,9% der Personen, die teilweise eine Zunahme der Gewaltbereitschaft festgestellt hatten, fühlen sich auch manchmal im Brennpunkt der Neonazi-Szene (siehe Abbildung 12.33). Die Annahme konnte somit nicht bestätigt werden. Die Meinung der Probanden, dass Karlsruhe ein Brennpunkt der Neonazi-Szene sei, hängt nicht mit der Beobachtung einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung zusammen.

In der Annahme, dass Personen, die sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene fühlen, aus Furcht vor Rechtsextremisten bestimmte öffentliche Räume meiden, wird ein Zusammenhang untersucht. Unabhängig davon, ob die Befragten deutschstämmig oder nicht Deutschstämmig, ob sie Geburtskarlsruher oder Zugezogene sind, hat der größte Teil der Probanden in Gruppe C nicht den Eindruck, im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu leben. Zwei der drei Personen in Gruppe C, die sich im Brennpunkt fühlen, meiden dennoch keine öffentlichen Plätze aus Furcht vor deutschen Rechtsextremisten. Innerhalb des Personenkreises, der sich manchmal/teils-teils in Karlsruhe im Neonazi-Brennpunkt fühlt, gibt eine Person an, aus Furcht vor Rechtsextremisten bestimmte öffentliche Räume zu meiden (siehe Abbildung 12.34). Der Eindruck, sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu fühlen, wurde vermutlich nicht aufgrund eigener Wahrnehmungen verursacht. Drei Viertel der Personen, die sich manchmal im Brennpunkt fühlen, geben an, keine öffentliche Räume zu kennen, in denen Rechtsextremisten anzutreffen wären. Es bietet sich die Vermutung an, dass die Einschätzung der Befragungsteilnehmer, sich manchmal in einem Neonazi-Brennpunkt zu befinden, durch die (lokalen) Medien ausgelöst wurde. Keiner der Schüler gibt an, sich im Brennpunkt der Neonazi-Szene zu fühlen. Schüler in Gruppe B, die sich manchmal/teils-teils oder auch nicht im Brennpunkt fühlen, meiden gleichzeitig häufiger als die Probanden in Gruppe C aus Furcht vor Rechtsextremisten bestimmte öffentliche Räume in Karlsruhe (siehe Abbildung 12.35). Die Schülergruppe zeigt sich demnach

Abbildung 12.34: Brennpunkt der Neonazi-Szene/Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten (C)

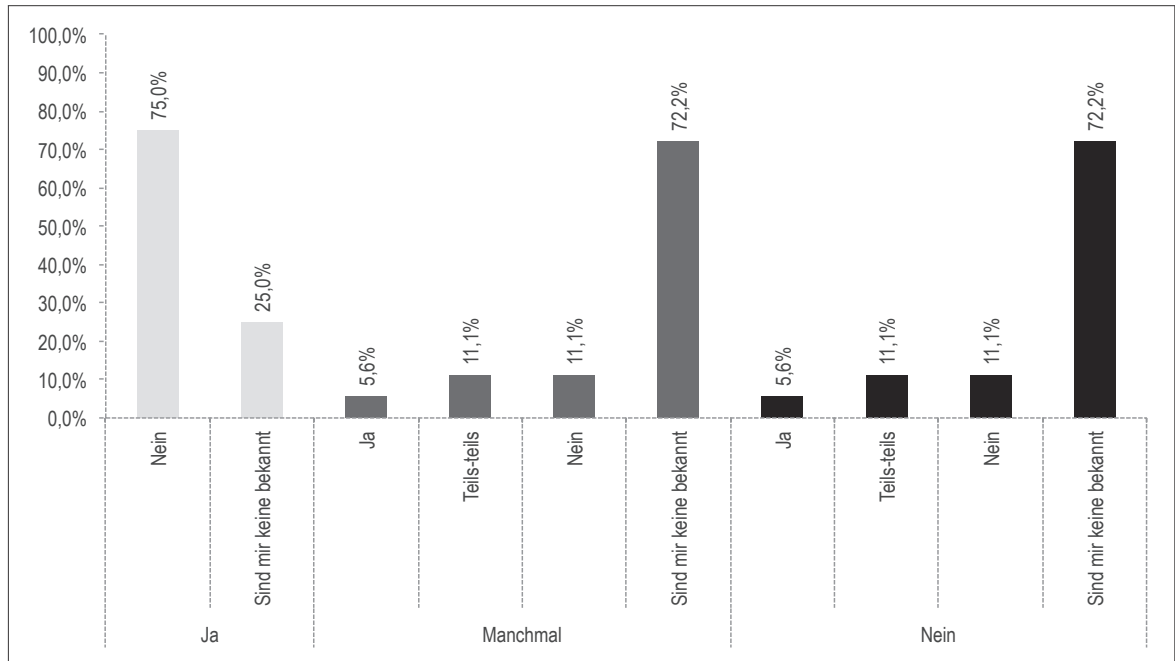


Abbildung 12.35: Brennpunkt der Neonazi-Szene/Orte meiden aus Furcht vor Rechtsextremisten (B)

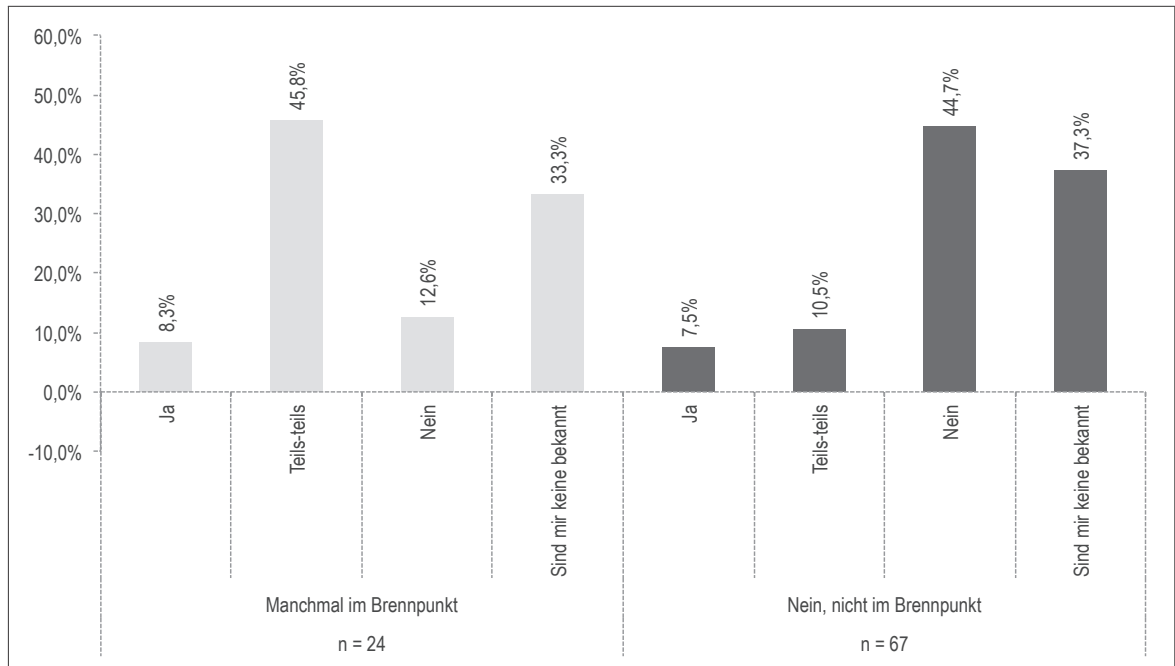
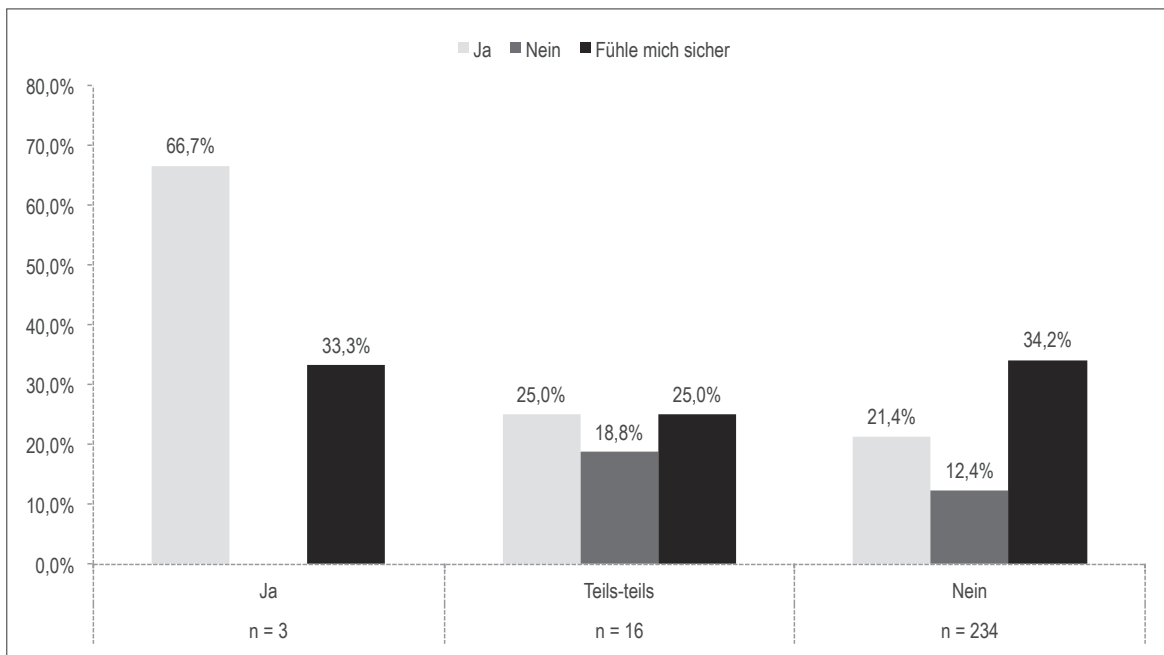


Abbildung 12.36: Brennpunkt der Neonazi-Szene/Erhöhung des Sicherheitsgefühls (C)



deutlich furchtbesetzter.

Wenn rechtsextremistische Szenen in Karlsruhe als Bedrohung für die persönliche Sicherheit betrachtet werden, so stellt sich die Frage, welchen Einfluss diese Furcht auf den Wunsch der Befragten nach einer Erhöhung ihres Sicherheitsgefühls zeigt. Jeder fünfte Befragte, der sich nicht im Brennpunkt sieht, gibt dennoch an, dass etwas zur Erhöhung seines Sicherheitsgefühls beitragen könnte (siehe Abbildung 12.36). In den Freitextangaben hierzu erfolgt in erster Linie der Wunsch nach erhöhter Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit. In Gruppe C fühlen sich drei Personen im Brennpunkt der Neonazi-Szene; ausschließlich von diesen Probanden wird die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Karlsruhe als Beitrag zur Erhöhung ihres persönlichen Sicherheitsgefühls angeführt. Die gleichen Personen wurden laut eigenen Angaben von Rechtsextremisten in Karlsruhe belästigt und sie nehmen diese extremistische Gruppierung als persönliche Bedrohung wahr.

12.4 Einfluss von Informationsquellen auf die Wahrnehmung bzw. Furcht vor Rechts- und Ausländerextremisten

Im Zuge der Ausweitung des postmaterialistischen Lebensstils erfolgte eine Ausweitung der Aktionsräume und damit einhergehend eine weitgehende zeitliche und räumliche Entankerung der Individuen zueinander. Als Folge dieser Entwicklung wird die Unmittelbarkeit lebensweltlicher Erfahrungen zunehmend um medial vermitteltes Wissen ergänzt. Im Zeitalter der „Kommunikations-Explosion“ (MSN, 2007, S. 28) wächst allerdings auch gleichzeitig der Grad der gegenseitigen Beeinflussung stark an. Eine wichtige Komponente bezüglich der Beeinflussbarkeit von Einstellungen spielt die Beziehung des Empfängers einer Nachricht zum Absender der Information. Hierbei ist die persönliche Beziehung (Familie, Freunde, Bekannte, Lehrer)

deutlich höherrangig als eine reine Medieninformation. Von grundlegender Bedeutung, ob eine Information als glaubwürdig eingeschätzt wird, sind Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Informationsgebers.⁵⁴

Wenn die persönlichen Informationsquellen zu Extremismus weitgehend durch medial vermittelte Informationen und Wissen erweitert, ersetzt oder auch erst geschaffen werden, dann ist zu klären, um welche medialen Informationsquellen es sich hierbei in erster Linie handelt und welche persönlichen Informationsgeber für die Probanden zum Thema Extremismus wichtig sind.⁵⁵

Im Folgenden werden diverse Informationsquellen zu Extremismus unter dem Blickwinkel einer möglichen Einflussnahme auf die Einschätzung und Wahrnehmung von Rechts- und Ausländerextremismus in Karlsruhe untersucht. Bei allen Fragen zu Informationsquellen war Mehrfachnennung möglich. Da das Internet laut Stefan Glaser (Vize-Chef des Internetportals jugendschutz.net in Berlin) für den Rechtsextremismus die Propagandaplattform Nummer Eins darstellt (vgl. n tv, 2009), gilt diesem Medium in der vorliegenden Untersuchung besondere Aufmerksamkeit. Es wird von der Annahme ausgegangen, dass die Probanden das Internet als Informationsquelle häufiger nutzen als Fernsehen und Printmedien.⁵⁶

Zunächst soll untersucht werden, inwiefern die Medien durch ihre Berichterstattung zum Thema Rechts- und Ausländerextremismus in der BRD möglicherweise Einfluss auf ein furchtausgelöstes Meidungsverhalten der Befragungsteilnehmer im öffentlichen Raum nehmen. Unterschieden zwischen Gruppe B und C stellt sich das Informationsquellen-Ranking zum Thema Rechts- und Ausländerextremismus wie folgt dar:

- Schüler Gruppe B: 1. Internet 41,3%, 2. Freunde/Bekannte 35,2%, 3. Schule 25,7%, 4. TV-Sender 23,8%, 5. Eltern/Verwandte 22,5%.
- Wohnbevölkerung Gruppe C: 1. Internet 38,3%, 2. TV-Sender 32,7%, 3. Zeitungen 28,9%, 4. Freunde/Bekannte 28,1%, 5. Eltern/Verwandte 14,2%.

Besonders hinsichtlich der Informationsquelle „Freunde und Bekannte“ zeigt sich ein alterstypischer Gleichaltrigeneinfluss: Während beide Gruppen am häufigsten das Internet als Informationsquelle zu Extremismus angeben, stehen bei den Schülern Freunde und Bekannte bereits an zweiter Stelle. In Gruppe C werden Freunde und Bekannte dagegen erst an vierter Stelle genannt. Hinsichtlich der Informationsquellen zeigen sich in beiden Gruppen deutliche Differenzen zwischen Deutschstämmigen und nicht Deutschstämmigen: Für Deutschstämmige in Gruppe C zählen Eltern und Verwandte signifikant häufiger zu den Informationsträgern zum Thema Extremismus in der BRD als für nicht Deutschstämmige (siehe Tabelle 12.49). Dies überrascht nicht, da nicht Deutschstämmige möglicherweise weniger Bezug zu, Wissen über beziehungsweise Interesse an deutscher Geschichte oder zum politischen Geschehen in der BRD haben,

⁵⁴ Je höher eine Person in der persönlichen Wertschätzung steht, je ähnlicher die Bewertung eines Sachverhaltes oder eines Objektes zwischen zwei Menschen ist, je besser man jemanden kennt, desto eher ist man geneigt, den Nachrichten des anderen zu vertrauen und diese in die persönliche Einstellungsverarbeitung einzubeziehen. Das Zwischenmenschliche hat deutlich mehr Einfluss auf die Einstellungsgestaltung als die anonyme Medienlandschaft (vgl. Herkner, 1991, S. 234f.).

⁵⁵ Frage: „Woher beziehen Sie Ihre Informationen zu Extremisten in der BRD?“

⁵⁶ Beinahe alle Jugendlichen (96%) verfügten 2009 über einen Internetzugang und verbringen im Durchschnitt fast 13 Stunden pro Woche im Netz (vgl. Shell, 2010).

Tabelle 12.49: Informationsquellen zum Thema Extremismus in der BRD

Informationsquellen zum Thema Extremismus in der BRD (Mehrfachnennung)	Gruppe B Schüler (in %)		Gruppe C Wohnbevölkerung (in %)	
	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig	Deutschstämmig	Nicht Deutschstämmig
Eltern/Verwandte	10,2 (5.)	12,5 (4.)	8,9 (5.)	5,3 (7.)
Freunde/Bekannte	17,3 (2.)	17,9 (2.)	14,4 (3.)	13,7 (4.)
Schule	12,7 (3.)	13,0 (3.)	5,5 (9.)	3,2 (8.)
Bücher	5,5 (7.)	5,4 (7.)	5,6 (8.)	6,1 (6.)
TV-Sender	11,8 (4.)	12,0 (5.)	15,9 (2.)	16,8 (2.)
Radiosender	4,5 (8.)	4,9 (8.)	8,5 (6.)	6,1 (6.)
Internet	22,8 (1.)	18,5 (1.)	17,3 (1.)	21,0 (1.)
Zeitungen	7,3 (6.)	6,5 (6.)	14,0 (4.)	14,9 (3.)
Magazine	3,6 (9.)	3,3 (9.)	7,2 (7.)	8,4 (5.)
Andere Infoq.	-	-	0,3	0,6
Mich interessiert das Thema nicht	4,5	6,0	2,3	2,9
Dieses Thema ist unwichtig	-	-	0,1	1,0

sofern es nicht die eigene Ethnie betrifft. Interessanterweise geben nicht deutschstämmige Schüler in Gruppe B häufiger als ihre deutschstämmigen Mitschüler ihre Eltern und Verwandten als Informationsquellen zum Thema Extremismus in der BRD an.

Tabelle 12.50: Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten/Informationsquellen (B)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe B Schüler Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten (in %)			
	Ja	Teils-teils	Nein	Szene nicht wahrgenommen
Eltern/Verwandte	17,6	29,4	23,5	29,5
Freunde/Bekannte	9,4	37,7	15,1	37,8
Schule	12,8	38,5	18,0	30,8
Bücher	18,8	25,0	18,8	37,4
TV-Sender	20,0	28,6	25,7	25,7
Radiosender	28,6	42,9	14,3	14,2
Internet	19,0	29,3	8,6	43,1
Zeitungen	9,5	42,9	14,3	33,3
Magazine	10,0	30,0	20,0	40,0
Extremismus interessiert mich nicht	12,5	31,3	18,8	37,4

Schüler, die sich durch Rechtsextremisten in Karlsruhe bedroht fühlen, dient in erster Linie das Radio als rein audioteknisches Medium zur Informationsbeschaffung zum Thema Rechtsextremismus (siehe Tabelle 12.50). Eltern/Verwandte werden dagegen als Informationsquelle zu diesem Thema erst nach TV, Internet und Büchern an fünfter Stelle genannt.

Während Medien aufgrund ihrer Informationsauswahl die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen lenken, üben persönliche Gespräche Einfluss auf die Einstellungen der Gesprächspartner aus, indem sie die Informationen bewerten. Interpersonale Kommunikation findet oft im Anschluss an Massenkommunikation statt. Eine Beeinflussung erfolgt dabei am ehesten durch jene Personen, mit denen man im Alltag Kontakt hat und die sich in ihren Merkmalen wenig von einem selbst unterscheiden (Prinzip der Homologie) (vgl. Rössler u. Scharfenberg, 2004, S. 492)/(vgl. Herkner, 1991).

Tabelle 12.51: Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten/Informationsquellen (B)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe B Schüler Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten (in %)			
	Ja	Teils-teils	Nein	Szene nicht wahrgenom- men
Eltern/Verwandte	20,6	26,5	23,5	29,4
Freunde/Bekannte	17,0	34,0	17,0	32,0
Schule	15,4	25,6	18,0	41,0
Bücher	6,3	43,8	12,5	37,4
TV-Sender	11,4	34,3	20,0	34,3
Radiosender	7,1	50,0	21,4	21,5
Internet	13,8	34,5	12,1	39,6
Zeitungen	19,0	19,0	28,6	33,4
Magazine	20,0	20,0	20,0	40,0
Extremismus interessiert mich nicht	12,5	43,8	12,5	31,2

So verdeutlicht sich in dieser Forschungsarbeit, dass Jugendliche, die Furcht vor einer Bedrohung durch Ausländerextremisten haben, am häufigsten Eltern und Verwandte angeben, also persönliche, zwischenmenschliche Informationsquellen mit Vertrauensbonus. Erst im Anschluss daran werden Magazine, Zeitungen⁵⁷ und Internet genannt. Bei Schülern, die ein Gefühl der Bedrohung durch deutsche Rechtsextremisten haben, erfolgt dagegen die Informationsbeschaffung zu Extremismus in erster Linie über das Radio, gefolgt von TV und Internet, also ohne zwischenmenschliche Informationsquellen (siehe Tabelle 12.51). Insbesondere das Medium TV hat als Informationsträger zum Thema Extremismus bei Schülern, die Furcht vor Rechtsextremismus haben, einen deutlich höheren Stellenwert als bei Schülern, die Furcht vor Ausländerextremisten haben.

Befragte in Gruppe C, die angeben, Furcht vor einer Bedrohung durch Rechtsextremisten in Karlsruhe zu haben, informieren sich am häufigsten durch Bücher gefolgt von Freunden/Bekanntem und dem Internet zum Thema „Extremismus in der BRD“. Probanden, die ausdrücklich angeben, keine Furcht vor einer Bedrohung durch Rechtsextremisten in Karlsruhe zu haben, beziehen am häufigsten ihre Informationen zu Extremismus durch Eltern/Verwandte, Internet und Magazine. Daraus ist abzuleiten, dass Personen in Gruppe C, die auf persönliche,

⁵⁷Laut PISA Studie 2000 zeigt sich, dass der Anteil der 15-Jährigen, die angeben, überhaupt nicht zum Vergnügen zu lesen, in Deutschland bei 42% liegt, was von keinem anderen teilnehmenden Land übertroffen wird. Zudem ist der Anteil von etwa 20% des Altersjahrgangs an schwachen und schwächsten Lesern in Deutschland ungewöhnlich groß (vgl. OECD, 2001, S. 15).

Tabelle 12.52: Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten/Informationsquellen (C)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe C Wohnraumbevölkerung Bedrohungsgefühle durch Rechtsextremisten (in %)			
	Ja	Teils-teils	Nein	Szene nicht wahrgenommen
Eltern/Verwandte	10,5	15,8	30,3	43,4
Freunde/Bekannte	17,0	18,4	24,8	39,8
Schule	14,6	20,8	18,8	45,8
Bücher	26,3	17,5	19,3	36,9
TV-Sender	14,2	19,1	27,2	39,5
Radiosender	12,7	19,0	25,3	43,0
Internet	14,8	15,8	28,4	41,0
Zeitungen	14,6	18,1	27,1	40,2
Magazine	13,2	14,5	27,6	44,7
Extremismus interessiert mich nicht	12,0	4,0	36,0	48,0
Dieses Thema ist unwichtig	-	50,0	-	50,0

vertrauensvolle Informationsquellen wie Eltern und Verwandte zurückgreifen, deutlich weniger bis keine Furcht vor Rechtsextremisten in Karlsruhe haben als Personen, die vorrangig zur Informationsbeschaffung zu Extremismus auf Bücherangebote zurückgreifen (siehe Tabelle 12.52).

In der Untersuchung stellt sich heraus, dass trotz ihrer vielen Social Networking Sites wie Facebook, MySpace oder StudiVZ auch für die „Generation Internet“ (Palfrey u. Gasser, 2008) face-to-face-Informationen durch Familie, Freunde und Bekannte hinsichtlich der Informationen zu Extremismus nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert einnehmen. Wie aufgezeigt, hat eine Information durch eine Person einen umso höheren Stellenwert, je vertrauenswürdiger uns diese Person erscheint beziehungsweise je vertrauter wir mit ihr sind. Dies scheint auch hier zuzutreffen: Probanden, die auf Mund-zu-Mund-Informationen und persönliche Erfahrungen anderer Personen zurückgreifen, fühlen sich in Karlsruhe nicht bis kaum durch eine deutsche rechtsextremistische Szene bedroht. Das stärkste Bedrohungsgefühl durch Ausländerextremisten zeigen diejenigen Befragten in Gruppe C, die Informationen zu Extremismus über Eltern und Verwandten bezogen haben, gefolgt von Büchern, Magazinen und TV-Sendern.

Interessant sind die Befragten in Gruppe C, die sich zwar durch Extremisten in Karlsruhe in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht sehen, aber gleichzeitig bekunden, dass sie das Extremismusthema nicht interessiert. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei jedem achten Probanden, der Furcht vor deutschen Rechtsextremisten hat, aber nur bei jedem 25. Befragten, der sich durch Ausländerextremisten bedroht fühlt. Das Thema Ausländerextremismus scheint für die Befragungsteilnehmer einen deutlich höheren Interessenschwerpunkt darzustellen als das Thema Rechtsextremismus.

Am ehesten haben diejenigen Schüler in Gruppe B Furcht vor deutschen Rechtsextremisten im öffentlichen Raum, die Radio hören und TV-Sender sowie das Internet zur Informationsbeschaffung nutzen. Furcht vor Ausländerextremisten zeigen in Gruppe B dagegen am häufigsten

Tabelle 12.53: Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten/Informationsquellen (C)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe C Wohnraumbevölkerung Bedrohungsgefühle durch Ausländerextremisten (in %)			
	Ja	Teils-teils	Nein	Szene nicht wahrgenom- men
Eltern/Verwandte	7,9	13,2	21,1	57,8
Freunde/Bekannte	5,7	17,1	26,4	50,8
Schule	2,1	16,7	18,8	62,4
Bücher	7,1	23,2	19,6	50,0
TV-Sender	6,2	17,4	28,0	48,4
Radiosender	5,1	19,0	29,1	46,8
Internet	6,0	15,9	27,5	50,6
Zeitungen	3,5	18,9	28,7	48,9
Magazine	6,6	14,5	25,0	53,9
Andere Infoq.	-	-	50,0	50,0
Extremismus interessiert mich nicht	4,0	16,0	32,0	48,0
Dieses Thema ist unwichtig	-	50,0	-	50,0

ten Befragungsteilnehmer, die Informationen zu Extremismus in erster Linie durch Eltern und Verwandte erfahren. Insgesamt wird deutlich, dass Jugendliche der Schülergruppe, die eher auf zwischenmenschlich vermittelte Informationen zurückgreifen, deutlich häufiger Furcht vor Ausländerextremisten zeigen als diejenigen, die sich auf Medieninformationen verlassen (siehe Tabelle 12.54).

Schüler in Gruppe B, die Radiosender als Informationsquelle zu Extremismus benennen, zeigen um den Faktor 4.0 häufiger Furcht vor Rechts- als vor Ausländerextremisten. Radioberichterstattungen zeigen somit auf diese Jugendlichengruppe den stärksten Einfluss bezüglich ihrer Furcht vor Rechtsextremisten im öffentlichen Raum. Zeitungen zeigen ebenso wie Magazine einen um den Faktor 2.0 höheren Einfluss auf die Furcht vor Ausländerextremisten als auf die Furcht vor Rechtsextremisten. Ein durch Rechtsextremisten verursachtes Angstraumgefühl wird am häufigsten von denjenigen Befragten in Gruppe C angegeben, die Freunde und Bekannte als primäre Informationsquelle zum Thema Extremismus in der BRD haben. Bezogen auf die Mediennutzung meiden in Gruppe C Zeitungsleser eher öffentliche Plätze aus Furcht vor Ausländerextremisten als vor Rechtsextremisten, während Leser von Magazinen und Hörer von Radiosendungen deutlich häufiger aus Furcht vor Rechtsextremisten öffentliche Plätze meiden (siehe Tabelle 12.55).

TV-Sender, Internet und Zeitungen zeigen den gravierendsten Einfluss auf die Wahrnehmung bzw. Einschätzung des öffentlichen Raums als Angstraum durch Extremisten. Insgesamt betrachtet ziehen in Gruppe C Berichterstattungen im Internet das stärkste Vermeidungsverhalten bezüglich der Furcht vor Ausländerextremisten im öffentlichen Raum (Ausbildung eines Angstraumes) nach sich.

Zunächst wird ein Zusammenhang zwischen einem medienbezogenen Nutzungsunterschied und der Furcht vor Rechtsextremisten untersucht.

Tabelle 12.54: Furcht vor Extremisten/Informationsquellen (B)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe B Schüler	
	Furcht vor Extremisten im öffentlichen Raum (in %)	
	Furcht vor Rechts-extremisten (Angabe: JA)	Furcht vor Ausländer-extremisten (Angabe: JA)
Eltern/Verwandte	17,6	20,6 (1.)
Freunde/Bekannte	9,4	17,0 (4.)
Schule	12,8	15,4
Bücher	18,8 (4.)	6,3
TV-Sender	20,0 (2.)	11,4
Radiosender	28,6 (1.)	7,1
Internet	19,0 (3.)	13,8
Zeitungen	9,5	19,0 (3.)
Magazine	10,0	20,0 (2.)
Mich interessiert das Thema Extremismus nicht	12,5	12,5

Befragungsteilnehmer in Gruppe B und C meiden vor allem dann öffentliche Räume in Karlsruhe aus Furcht vor Rechtsextremisten, wenn sie ihre Informationen zu Extremismus aus den Medien bezogen haben. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei den Schülern noch um den Faktor 1.8 stärker als bei den Befragten in Gruppe C (siehe Abbildung 12.37). Stammen die Informationen aus zwischenmenschlichen Informationsquellen, dann zeigen beide Gruppen ein vergleichbar häufiges Vermeidungsverhalten im öffentlichen Raum. Erwartungsgemäß zeigt sich ein starker Einfluss von Büchern bei den Schülern, da dieses Thema zum schulischen Curriculum gehört. In Gruppe C erweist sich der Einfluss von Zeitungen und Magazinen um den Faktor 1.4 stärker auf die Angstraumbildung durch die Furcht vor Rechtsextremisten, als dies bei der Schülergruppe der Fall ist.

Im Vergleich wird nun ein Zusammenhang zwischen einem medienbezogenen Nutzungsunterschied und der Furcht vor Ausländerextremisten untersucht. Bei den Befragungsteilnehmern der Schülergruppe B meiden besonders Jugendliche, die Informationen zu Extremismus auf der persönlichen Kommunikationsebene durch Eltern und Verwandte erhalten, aus Furcht vor Ausländerextremismus öffentliche Räume in Karlsruhe. Der Einfluss der persönlichen Informationen in Gruppe C auf das Vermeidungsverhalten aus Furcht vor Ausländerextremismus zeigt sich deutlich geringer ausgeprägt (siehe Abbildung 12.38). Befragte, die in erster Linie als Informationsquelle zu Extremismus auf das Internet (gefolgt von TV Sendern und Zeitungen) zurückgreifen, geben am häufigsten an, aus Furcht vor Ausländerextremisten öffentliche Räume zu meiden. Probanden sowohl in Gruppe B als auch in C, die am häufigsten Eltern/Verwandte als Informationsquelle angeben, haben deutlich weniger Furcht vor einer Bedrohung durch Rechts- als durch Ausländerextremisten in Karlsruhe (siehe Tabelle 12.53). Auffällig zeigt sich der Einfluss der Magazine, die in Gruppe B den zweiten und in Gruppe C den dritten Rang unter den Informationsquellen belegen. Hier werden im Freitext vor allem die Printmagazine Spiegel, Stern und Focus genannt. Neben den persönlichen Infoquellen zeigen Magazine den stärksten Einfluss auf ein mögliches Bedrohungsgefühl durch Extremisten in Karlsruhe.

Abbildung 12.37: Furcht vor Rechtsextremisten/Informationsquellen

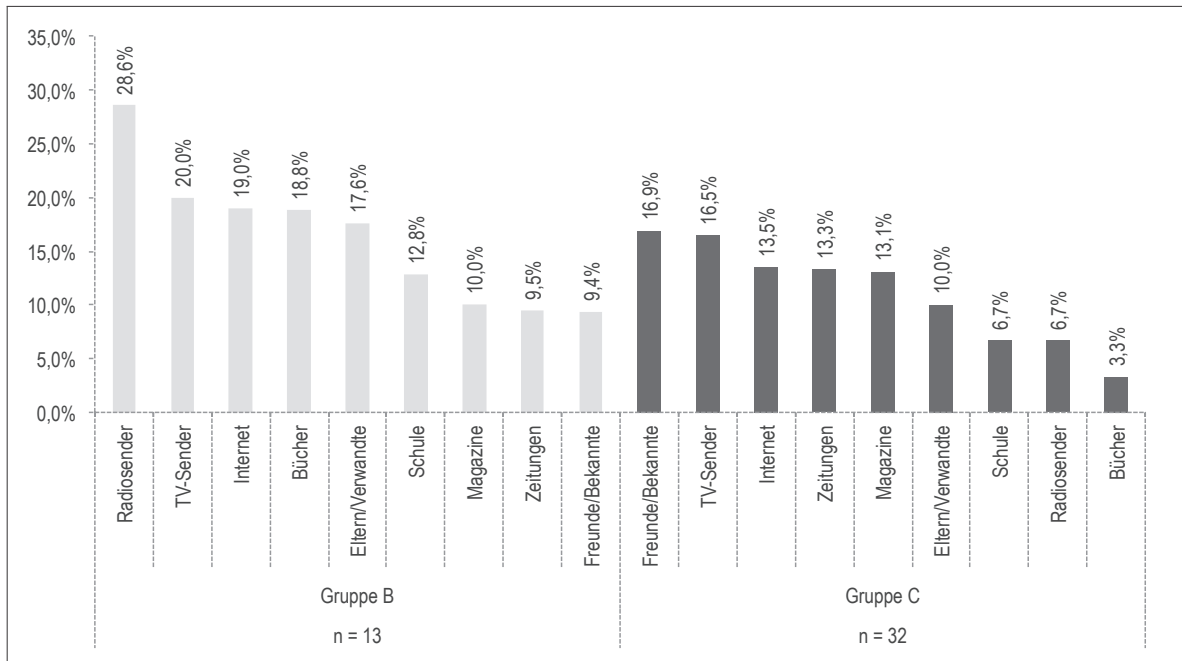


Abbildung 12.38: Furcht vor Ausländerextremisten/Informationsquellen

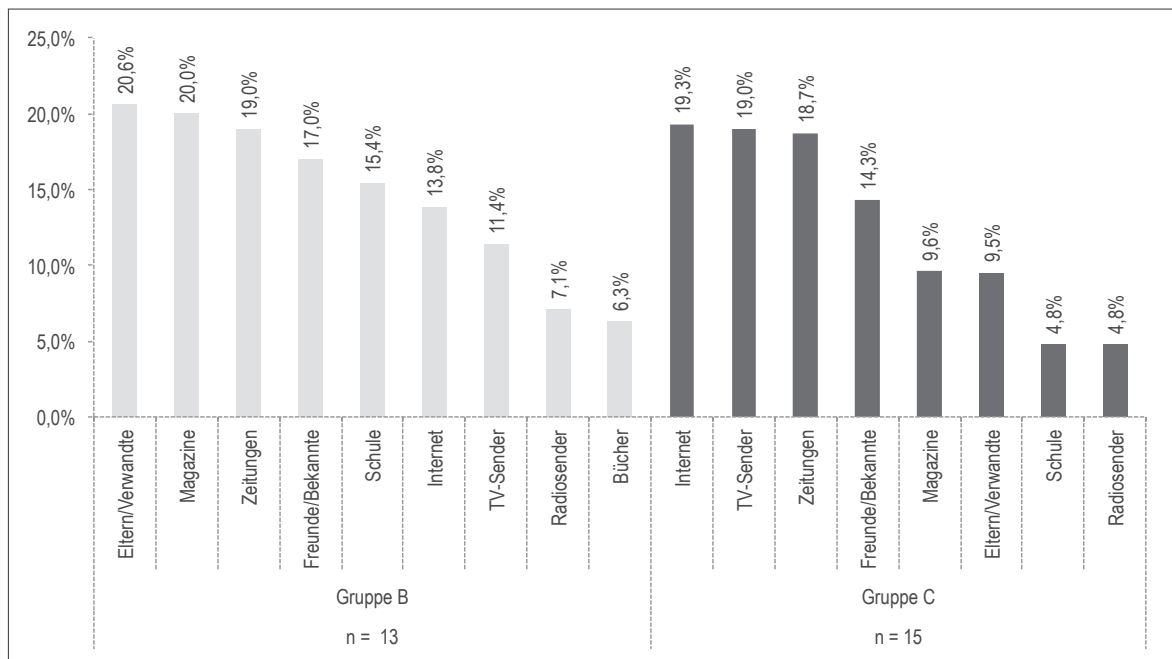


Tabelle 12.55: Furcht vor Extremisten/Informationsquellen (C)

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Gruppe C Wohnraumbevölkerung Furcht vor Extremisten im öffentlichen Raum (in %)	
	Furcht vor Rechts-extremisten (Angabe: JA)	Furcht vor Ausländer-extremisten (Angabe: JA)
	Eltern/Verwandte	17,6
Freunde/Bekannte	9,4	17,0 (4.)
Schule	12,8	15,4
Bücher	18,8 (4.)	6,3
TV-Sender	20,0 (2.)	11,4
Radiosender	28,6 (1.)	7,1
Internet	19,0 (3.)	13,8
Zeitungen	9,5	19,0 (3.)
Magazine	10,0	20,0 (2.)
Mich interessiert das Thema Extremismus nicht	12,5	12,5

In Gruppe C nehmen 52,0% der Befragten keine ausländerextremistische und 42,0% keine rechtsextremistische Szene in Karlsruhe wahr. Unter der Voraussetzung, dass Personen mit gehobenem Bildungsniveau geübter oder auch gewillter sind, sich möglichst umfassend zu informieren, wird untersucht, inwieweit – nach Bildungsabschluss unterschieden – Befragte eine Bedrohung durch Extremisten wahrnehmen. Probanden mit Hauptschulabschluss fühlen sich

Tabelle 12.56: Extremistische Szene als Bedrohung/Schulabschluss

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Gruppe C Wohnraumbevölkerung n=257							
	Extremistische Szene als Bedrohung (in %)							
	Rechtsextremistische Szene				Ausländerextremistische Szene			
	Ja	Teils- teils	Nein	Szene n. wahrgen.	Ja	Teils- teils	Nein	Szene n. wahrgen.
Hauptschule	7,1	35,7	21,4	35,8	14,3	21,4	14,3	50,0
Realschule	10,5	21,0	36,9	31,6	5,3	15,8	21,1	57,8
Fachhochschulreife	13,3	13,3	53,3	20,1	6,7	20,0	40,0	33,3
Allg.HS-Reife/Abitur	12,6	16,9	25,6	44,9	5,3	15,5	25,1	54,1

in Gruppe C mehr als doppelt so häufig von Ausländerextremisten als von Rechtsextremisten bedroht. Alle anderen Befragten fühlen sich eindeutig eher von Rechtsextremisten als von Ausländerextremisten in Karlsruhe bedroht (siehe Tabelle 12.56). Befragte mit Abitur sehen sich dabei um den Faktor 2.4 häufiger von Rechts- als von Ausländerextremisten bedroht. Die meisten Befragten bekunden ein deutlich stärkeres Bedrohungsgefühl durch Rechts- als durch Ausländerextremisten in Karlsruhe. Mit Ausnahme der Gruppe mit Fachhochschulreife kann in dieser Untersuchung abgeleitet werden: Je höher der Bildungsabschluss, desto stärker ist die Furcht vor Rechtsextremismus. Hinsichtlich der Furcht vor Ausländerextremisten trifft dieser Rückschluss jedoch nicht zu; hier ist mit zunehmender allgemeiner Bildungsqualifikation eine

Abnahme der Furcht festzustellen.

Bei der Wirksamkeit von Mitteilungen gibt es einen Unterschied im Zusammenhang mit dem Bildungsgrad des Empfängers: Zweiseitige Mitteilungen (im Sinne von vielschichtiger Informationsbeschaffung) sind in der Regel bei höher Gebildeten wirksamer als einseitige Mitteilungen und umgekehrt. Einstellungsänderungen durch zweiseitige Mitteilungen erweisen sich als widerstandsfähiger gegenüber späteren Einflüssen als Einstellungsänderungen durch einseitige Mitteilungen (vgl. Herkner, 1991, S. 234).

Unter diesem Blickwinkel wird ein Zusammenhang zwischen dem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss und den genutzten Informationsquellen zum Thema Extremismus in der BRD untersucht. Befragungsteilnehmer in Gruppe C mit Allgemeiner Hochschulreife/Abitur

Tabelle 12.57: Schulabschluss/Informationsquellen zu Extremismus

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss Gruppe C (in %)				
	Hauptschule	Realschule	Fachhochschule	Allg. Hochschulreife	Anderer Abschluss
Eltern/Verwandte	2,6	9,1	2,6	85,7	-
Freunde/Bekannte	2,9	5,8	5	86,3	-
Schule	6,5	10,9	2,2	78,3	2,1
Bücher	3,5	1,8	3,5	91,2	-
TV-Sender	5,1	9,5	5,1	80,3	-
Radiosender	3,8	10,3	3,8	80,8	1,3
Internet	1,7	5	6,1	86,7	0,5
Zeitungen	6,4	5,7	7,8	79,4	0,7
Magazine	5,3	3,9	9,2	81,6	-

greifen in der vorliegenden Untersuchung in erster Linie auf Bücher als Informationsquelle zu Extremismus in der BRD zurück, gefolgt von Internet sowie Freunden und Bekannten (siehe Tabelle 12.57). Während in Gruppe C die Internetnutzung mit dem Bildungsabschluss korreliert (je höher der Bildungsabschluss ist, desto häufiger wird das Internet genutzt), ist bei den Schülern in Gruppe B – unabhängig von der Schulform – nahezu jeder online. Es zeigt sich überdies, dass mit zunehmendem Bildungsniveau die Anzahl der angegebenen Informationsquellen zum Thema Extremismus bei den Befragten ansteigt: Im Durchschnitt geben Probanden mit Hauptschulabschluss den Zugriff auf 2,9 verschiedene Informationsquellen zum Thema Extremismus an, mit Realschulabschluss auf 3,5, mit Fachhochschulreife auf 3,6 und mit Allgemeiner Hochschulreife auf 3,9.

Unter der aufgezeigten Voraussetzung, dass Bildungsqualifikation und Informationsbeschaffung in Zusammenhang stehen, wird untersucht, inwiefern die Bedrohungsgefühle durch Extremisten mit der Informationsbeschaffung der Probanden⁵⁸ zusammenhängen. Obwohl der Löwenanteil der Befragten in Gruppe C zu einer Alters- und Bildungsgruppe zählt, die das Internet als Informationsquelle regelmäßig nutzt und dort auch häufig Informationen zu Extremismus in der BRD bemerken könnte, ist bei den Befragten, die eine rechtsextremistische

⁵⁸Frage: „Welche Medien berichten nach Ihrer Erfahrung am häufigsten über extremistische Szenen in der BRD?“

Tabelle 12.58: Extremistische Szene als Bedrohung/Medien mit der häufigsten Berichterstattung

Medien mit der häufigsten Berichterstattung über Extremismus in der BRD (Mehrfachnennung)	Extremistische Szene als Bedrohung (in %)			
	Gruppe C			
	RE Szene als Bedrohung		AE Szene als Bedrohung	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Zeitungen	19,7	17,5	21,7	16,8
ÖR TV	31,1	32,0	34,8	31,8
Privat TV	29,5	32,0	26,1	32,7
Radiosender	1,6	4,1	0	4,7
Internet	11,5	6,2	8,7	7,5
Magazine	6,6	6,2	8,7	4,7
Andere Medien	0	2,0	0	1,8

Restliche Prozentangaben: „teils-teils“

Szene in Karlsruhe als persönliche Bedrohung wahrnehmen, der Eindruck entstanden, dass im öffentlich-rechtlichen TV, Privat-TV und in Zeitungen deutlich häufiger als im Internet über extremistische Szenen in Deutschland berichtet wird (siehe Tabelle 12.58). Das Medienranking stellt sich für den Personenkreis, der eine ausländerextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung ansieht, gleich dar; hier allerdings mit einer stärkeren Gewichtung beim öffentlich-rechtlichen TV sowie bei Zeitungen und einer schwächeren Gewichtung bei Privat-TV sowie beim Medium Internet. Insgesamt überwiegt in der Wahrnehmung der Befragten der Eindruck, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen am häufigsten über Extremismus in der BRD berichtet.

Befragungsteilnehmer, die keine Angst vor einer Bedrohung durch Rechts- oder Ausländerextremismus in Karlsruhe haben, lesen seltener Magazine und Zeitungen, beziehen weniger Informationen über Extremismus aus dem Internet, hören öfter Radio und schauen mehr Privat-TV. Für diese Befragten hat das Internet als Informationsquelle zum Thema Extremismus einen erstaunlich niedrigen Stellenwert. Probanden, die eine rechtsextremistische Szene in Karlsruhe als Bedrohung sehen, geben deutlich häufiger das Internet, Privat-TV und Zeitungen als Informationsquelle an, als Befragungsteilnehmer, die keine Bedrohung durch Rechtsextremisten sehen. Dies bedeutet im Umkehrschluss: Wer mehr öffentlich-rechtliches Fernsehen und weniger Privat-TV sieht und zudem mehr Zeitungen liest, hat vermutlich häufiger Angst vor extremistischen Szenen in Karlsruhe. Hierbei erweist sich das Internet deutlich beeinflussender bezüglich der Furcht vor Rechtsextremisten als vor einem Bedrohungsgefühl durch Ausländerextremisten.

Es gilt zu klären, inwiefern die diversen persönlichen und medialen Informationsquellen dazu beitragen, dass die Probanden extremistische Symbole kennen. Die meisten Personen aus Gruppe B und C, die rechtsextremistische Symbole kennen, geben an erster Stelle das Internet als Informationsquelle über Extremismus in der BRD an (siehe Tabelle 12.59). Die Symbole der „Grauen Wölfe“ kennen in Gruppe B am ehesten Probanden, die als Informationsquelle Freunde und Bekannte angeben⁵⁹ und in Gruppe C Befragte, die das Internet als Informationsquelle

⁵⁹In der Schülergruppe ist zu berücksichtigen, dass diese Gruppe einen hohen Anteil türkeistämmiger Schüler

Tabelle 12.59: Kenntnis extremistischer Symbole/Informationsquellen zu Extremismus

Informationsquellen zu Extremismus (Mehrfachnennung)	Kenntnis extremistischer Symbole (in %)			
	Gruppe B Schüler		Gruppe C Wohnbevölkerung	
	Symbole der „Grauen Wölfe“	Symbole der Rechtsextre- misten	Symbole der „Grauen Wölfe“	Symbole der Rechtsextre- misten
Eltern/Verwandte	15,3 (2.)	12,2 (4.)	7,3 (8.)	7,3 (6.)
Freunde/Bekannte	20,3 (1.)	16,3 (2.)	13,4 (3.)	14,2 (3.)
Schule	13,6 (3.)	13,8 (3.)	6,7 (9.)	5,0 (8.)
Bücher	3,4 (5.)	5,7 (7.)	8,5 (6.)	6,1 (7.)
TV-Sender	15,3 (2.)	11,4 (5.)	14,1 (2.)	16,1 (2.)
Radiosender	6,7 (4.)	4,8 (8.)	7,3 (7.)	7,8 (4.)
Internet	13,6 (3.)	20,3 (1.)	17,1 (1.)	18,4 (1.)
Zeitungen	3,4 (5.)	8,1 (6.)	12,8 (4.)	14,2 (3.)
Magazine	1,6 (6.)	4,1 (9.)	9,1 (5.)	7,6 (5.)
Andere Infoquellen	–	–	0,6	0,5
Thema Extremismus interessiert nicht	6,8	3,3	3,0	2,3
Dieses Thema ist unwichtig	–	–	–	0,5

benennen.

In der Schülergruppe haben die Leser von Magazinen deutlich häufiger Kenntnis über Symbole der Rechtsextremisten als über Symbole der „Grauen Wölfe“. An Schulen werden bereits jugendgerecht aufbereitete kostenlose Zeitungen und Comics wie „Q-rage“ (Odenthal, 2008) oder „ANDI“, ein Bildungscomic im Mangastil gegen Extremismus I (Rechtsextremismus), II (Islamismus) und III (Linksextremismus) zum Thema Extremismus verteilt (vgl. Innenministerium, 2009).⁶⁰ In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die an Schulen durchgeführte Informationsarbeit bisher zwar über Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus in der BRD berichtete, aber nicht über die türkisch-nationalen rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ als Form des Ausländerextremismus in der BRD.

In dem Maße, wie sich das Leben der Bevölkerung ins Internet verlagert, steigt dessen Bedeutung als Primärquelle für die Informationssuche und Meinungsbildung. Tatsächlich nutzt laut Werner Bogula (2007) seit 2003 die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland das Medium Internet zur Kommunikation, Information und Unterhaltung. Im Jahr 2006 wurde das Internet erstmals stärker genutzt als Printprodukte (vgl. Bogula, 2007, S. 7). Die meisten Befragten geben in den Freitexten an, Onlineangebote von Zeitschriften sowie regionale Online-Portale⁶¹

aufweist. Möglicherweise werden sie eher mit dem Thema „Graue Wölfe“ durch Freunde und Bekannte konfrontiert, als ihre deutschstämmigen Mitschüler.

⁶⁰Auch die Rechtsextremisten haben Comics als Teil ihrer Jugend- und Rekrutierungsarbeit aufgegriffen. Seit Juli 2009 veröffentlicht der Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) als Herausgeber einen Comic in Form einer Tierfabel „Der große Kampf Enten gegen Hühner – Eine fabelhafte Geschichte von Intrige, Propaganda und Zerstörung“ (vgl. Innenministerium, 2010, S. 226).

⁶¹ka-news.de ist eine Online-Tageszeitung mit dem Schwerpunkt Regionalnachrichten aus dem Stadt- und Landkreis Karlsruhe. Mit von der IVW bestätigten 810.475 Visits (Besuchen) im Juli 2009 hat ka-news.de die Portale von Mannheimer Morgen, Heilbronner Stimme oder Südwestpresse hinter sich gelassen. Damit liegt ka-news.de auf Platz fünf aller Nachrichtenportale in Baden-Württemberg. Mit über 5,8 Millionen

zur Informationsbeschaffung zu nutzen und auch auf Seiten der Tageszeitungen zu surfen. Befragte in Gruppe C, die öffentliche Plätze aus Furcht vor Rechtsextremisten meiden, greifen

Tabelle 12.60: Öffentliche Orte meiden wegen Extremisten/Infoquellen zu Extremismus

Infoquellen zu Extremismus in der BRD	Gruppe C					
	Öffentliche Orte in Karlsruhe meiden wegen Extremisten (in %)					
	Wegen Rechtsextremisten			Wegen Ausländerextremisten		
	Ja	Teils-teils	Nein	Ja	Teils-teils	Nein
Eltern/Verwandte	10,0	8,7	6,7	9,5	9,3	6,1
Freunde/Bekannte	16,9	4,4	12,8	14,3	13,6	13,3
Schule	6,7	4,4	4,2	4,8	5,1	3,6
Bücher	3,3	4,4	7,5	0,0	6,8	8,1
TV-Sender	16,5	13,0	16,8	19,0	14,4	15,9
Radiosender	6,7	13,0	8,9	4,8	6,8	8,7
Internet	13,5	17,4	17,6	19,3	21,2	17,2
Zeitungen	13,3	17,4	13,7	18,7	14,4	13,6
Magazine	13,1	8,7	7,5	9,6	5,9	8,4
Extremismus interessiert mich nicht	0	4,3	2,8	0	1,7	3,6
Dieses Thema ist unwichtig	0	4,3	0,6	0	0,8	0,6

als Informationsquelle zu Extremismus am häufigsten auf Freunde/Bekannte sowie auf TV-Sender zurück. Erst im Anschluss daran werden Internet, Zeitungen, Magazine sowie andere Informationsquellen genannt. Probanden, die öffentliche Räume aus Furcht vor Ausländerextremisten meiden, greifen als Informationsquelle bezüglich Extremismus in erster Linie auf das Internet, TV-Sender und Zeitungen zurück. Danach werden Freunde und Bekannte genannt (siehe Tabelle 12.60). Aufgrund des deutlichen Nutzungsunterschiedes scheint vor allem das Internet als Informationsquelle dazu beizutragen, dass sich Befragte in Gruppe C vor Ausländerextremisten fürchten und aus diesem Bedrohungsgefühl heraus auch in Karlsruhe bestimmte öffentliche Räume meiden.

Viele Medien haben die Thematisierungsfunktion (agenda setting function) übernommen (siehe hierzu auch Kapitel 3.2/3.4). Personen, die unterschiedliche Medien lesen, hören und sehen, halten exakt diejenigen Themen für wichtig, die darin behandelt werden. Die Medien sind jedoch nicht nur für die Themenauswahl zuständig, sondern sie legen darüber hinaus auch fest, in welcher Rangfolge der Dringlichkeit diese Themen behandelt werden (vgl. Chill u. Meyn, 1998). Die Medien zeigen somit den Nutzern, welche Themen ihrer Auffassung nach sozial und gesellschaftlich relevant sind und liefern dafür den entsprechenden Gesprächsstoff.

Es herrscht unter den Jugendlichen in Deutschland inzwischen eine gewisse Politikverdrossenheit. Zählten 1984 noch 55% der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen zu den politisch Interessierten, so waren dies 2006 nur noch 39% (vgl. Hurrelmann u. Albert, 2006). Das politische Interesse liegt bei Jugendlichen weiterhin deutlich unter dem Niveau der 1970er und 1980er Jahre, ist aber laut der 16. SHELL-Jugendstudie (2010) inzwischen wieder leicht angestiegen.

Page Impressions (Seitenaufrufen) erreichte ka-news.de im Juli 2009 ebenfalls einen Rekord. Die Arbeitsgemeinschaft Onlineforschung (AGOF) ermittelte im ersten Quartal 2009 bei ka-news.de 90.000 Unique Users (Zahl der eindeutigen Nutzer einer Website) pro Monat (vgl. ka news, 2009d).

Vor allem bei den 15- bis 17-Jährigen zeigt sich eine Trendwende: 2002 waren in dieser Gruppe 20% politisch Interessierte, heute sind es 33%. Bei den Jugendlichen im Alter zwischen 18 bis 25 Jahren ist hingegen kein Anstieg zu verzeichnen. Die Mehrheit der Jugendlichen ordnet sich politisch etwas links von der Mitte ein (vgl. Shell, 2010).

Schüler der Gruppe B geben doppelt so häufig wie Befragte in Gruppe C an, dass sie das Thema Extremismus in der BRD nicht interessiert. Besonders nicht deutschstämmige Schüler zeigen ein hohes Desinteresse an dieser Thematik. In Gruppe C geben zehnmal so viele nicht deutschstämmige wie deutschstämmige Befragte an, dass für sie das Thema Extremismus in der BRD unwichtig ist. Möglicherweise hat der Medieneinfluss dazu geführt, dass für diese Personen das Thema Extremismus unwichtig ist. Für deutschstämmige Befragte in Gruppe B und C scheint das Thema Extremismus einen höheren Stellenwert einzunehmen als – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – für nicht deutschstämmige Befragte.

13 Politische und institutionelle Abwehrmaßnahmen gegen Rechts- und Ausländerextremismus zur Angstraumphylaxe

Zu den zentralen modernen Standortfaktoren zählen neben Verkehrsanbindung, Bodenpreisen, technologischer Infrastruktur und örtlicher Lebensqualität auch eine möglichst gewaltarme zivile Kultur vor Ort. Gewalt unterliegt in einem Rechtsstaat prinzipiell einer konsequenten Ächtung; rassistische Gewalt würde eine enorme Standortgefährdung bedeuten (vgl. Jaschke u. a., 2001, S. 258f.). Wenn Kommunen und Regionen derartige Gewalt thematisieren, öffentlich machen und Gegenstrategien entwickeln, fallen sie möglicherweise in eine Investitionsfalle; der Umgang mit Extremismus wird demnach vom Primat der Ökonomie bestimmt (ebd.). Eine Besonderheit der deutschen Diskussion ist der historisch begründete Legitimationsdruck, der sich als praktische Frage nach möglichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig stellt (ebd.).

Zur Eindämmung rechtsextremistischer Gewalttaten und zur Verhinderung strafbarer rechtsextremistischer Propagandaaktivitäten wurde durch das Bundesministerium des Innern bzw. durch die Innenministerien und Senate der Länder eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen ergriffen, wozu insbesondere Vereins- und Versammlungsverbote für rechtsextremistische Gruppierungen zählen. Die Bundesregierung stellt für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit hohe Mittel bereit. Alleine das Programm „XENOS. Integration und Vielfalt“ verfügt für drei Jahre Dauer über ein finanzielles Gesamtvolumen von rund 350 Millionen Euro (vgl. BVA, 2008). Im Rahmen dieses Programms werden Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung in Handlungsfeldern des Arbeitsmarktes gefördert. Eines der Primärziele ist die berufliche Integration bildungsbenachteiligter jugendlicher Straftäter mit der Prioritätsachse Beschäftigung und soziale Integration (ebd.).

Der Verfassungsschutz tritt Extremismus in der BRD mit einer breit angelegten Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit entgegen. Dazu zählt auch das Präventionsprojekt „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, einem gemeinsamen Präventionsangebot der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesamtes für Verfassungsschutz. Das Ziel des im Dezember 2009 gestarteten Projekts ist die Sensibilisierung, Aufklärung und Vermittlung des Handwerkszeugs für zivilcouragiertes Handeln. Das „Team meX“ ist ein landesweites Netzwerk, das aus speziell geschulten Teamerinnen und Teamern besteht und in den Schulen vor Ort Projekttag zum Thema Extremismus anbietet, um Schüler und Lehrer für „Einfallstore extremistischer Ideologien“ zu sensibilisieren (vgl. LpB, 2009). Die Arbeit mit den Jugendlichen wird durch Angebote für die Lehrerfortbildung und für die Fortbildung von Dozenten außerhalb des schulischen Bereichs begleitet.

Die Jugendlichen in der BRD werden von extremistischer Seite hart umkämpft. Sie müssen daher generell über extremistische Erscheinungsformen so informiert werden, dass sie entsprechende Aussagen bewerten und diese im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Grundwerten in

der BRD in Beziehung setzen können. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) schlug 2009 eine Drei-Säulen-Initiative gegen jugendlichen Rechtsextremismus vor: Intensivierung der Programme für den Ausstieg gewaltbereiter Jugendlicher, massive Verstärkung der Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene bezüglich schulischer und beruflicher Qualifizierung und letztendlich stärker vernetzte Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit (vgl. Leutheusser-Schnarrenberger, 2009). Klaus Schroeder (2003) warnt jedoch ausdrücklich davor, das Problem Rechtsextremismus weiterhin undifferenziert anzugehen. In der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Jugendgewalt sollten nach seinen Erkenntnissen ebenso wie bei der Analyse zwei Ebenen unterschieden werden: Die der Ideologie, der politisch entgegengewirkt werden muss, und die der Gewalt, die als Ausdruck nicht zivilen Verhaltens bewertet und bekämpft werden muss (vgl. Kellerhoff, 2003). Nach Schroeders Meinung laufen derzeit in der BRD wegen der falschen Annahmen über Rechtsextremismus bereits viele teure Projekte ins Leere.

Die NPD hat erkannt, dass das Bekanntwerden ihrer Kaufabsichten an Immobilien pekuniäre Vorteile bringen kann. So tritt die Partei „gegen Zahlung einer Parteispende“ als Interessent an Immobilien auf, um öffentliche Proteste zu provozieren und die Kommunen damit unter Druck zu setzen, die Immobilie über ihr Vorkaufsrecht zu überhöhten Preisen selbst zu kaufen (vgl. Klarmann, 2010)/(vgl. STERN, 2006). Entsprechend der Marktlogik versuchen sich manche Gemeinden freizukaufen, um nicht zur touristischen und investitorischen No-Go-Area zu werden. Zu den kommunalen Abwehrstrategien gegen die Errichtung von NPD-Schulungszentren zählt auch die Nutzungsänderung des entsprechenden Gebietes.

Abwehrmaßnahmen gegen Immobilienanmietungen und -käufe durch deutsche rechtsextremistische Organisationen werden in der BRD bereits erfolgreich von kommunaler Seite umgesetzt. Auch bei entsprechenden Vorhaben durch ausländerextremistische Gruppierungen könnte durch eine rechtzeitige entsprechende Vorabkontrolle deren Etablierung zumindest verzögert werden. Der lückenlose, offene Umgang mit Informationen zu entsprechenden Vorhaben und die Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse betroffener Kommunen sollte daher aus dem demokratischen Grundverständnis heraus eine Selbstverständlichkeit sein.

Der deutsche Verfassungsschutz berichtet seit Jahren von einer stark forcierten und erfolgreichen Rekrutierungsarbeit unter türkeistämmigen Jugendlichen in der BRD mit regem Zulauf zur extremistischen Gruppierung der „Grauen Wölfe“. Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern mit den höchsten Mitgliederanteilen in dieser Organisation. Bisher fehlen in den lokalen Medien Karlsruhes Hinweise oder Berichte über institutionelle beziehungsweise kommunale Abwehrmaßnahmen oder Aufklärungstätigkeiten explizit gegen Ausländerextremismus in Form des türkisch-nationalistischen Extremismus der „Grauen Wölfe“. Die Gefahr einer möglichen Radikalisierung türkeistämmiger Jugendlicher in dieser extremistischen Organisation scheint in Karlsruhe als gering eingeschätzt zu werden.

Teil IV

Schlussfolgerungen, Forschungslücken und Empfehlungen an die Praxis

14 Schlussfolgerungen als Herausforderung für die Jugend-, Stadt- und Migrationssoziologie

„Da Menschen in ihren Nöten ohne Erklärungen nicht leben können, füllen Phantasieerklärungen die Lücken.“ (Elias, 2000, S. 25).

Zu den traditionellen Fragestellungen der Sozialwissenschaften zählt es, die Genese oder Evolution sozialer Entwicklungen zu hinterfragen. Dieses Vorgehen scheint umso mehr geboten, je scheinbar selbstverständlicher und unhinterfragter ein soziales Phänomen im Alltag der Menschen platziert ist (vgl. Norbert Elias, 1988).

Während die Aussage des Innenministeriums, der Landkreis Karlsruhe sei ein „Brennpunkt der Neonazi-Szene“, den Eindruck erweckt, dass Karlsruhe ein gewaltbesetzter und damit ein gefährlicher Lebensraum sein könnte, differieren die diesbezüglichen Kenntnisse, Erfahrungen und persönlichen Wahrnehmungen der teilnehmenden Untersuchungsgruppen zu dieser Einschätzung. Die Befragungsteilnehmer fühlen sich nicht in erster Linie von Rechts- oder Ausländerextremisten belästigt und bedroht. Eine Einschränkung in ihrer Lebensqualität und Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum findet häufiger durch „social incivility“ in Form alltäglicher Belästigungen durch pöbelnde Jugendlichengruppen sowie durch (vermutlich organisierte) ausländische Bettlergruppen statt.

Da aufgrund der Wahrnehmung und Alltagserfahrung der Probanden von einer stärkeren öffentlichen Präsenz deutscher rechtsextremistischer Gruppierungen in Karlsruhe nicht die Rede sein kann, ist eine (mediale) Darstellung als „Brennpunkt der Neonazi-Szene“ eher unter dem Aspekt des journalistischen Aufgreifens eines aktuellen, reißerischen Themas zu werten. Insgesamt fühlen sich die meisten Befragungsteilnehmer vor Rechts- und vor Ausländerextremisten in Karlsruhe sicher. Durch Personen verursachte Angsträume sind im öffentlichen Raum zwar vorhanden; diese entstanden allerdings in den wenigsten Fällen im Zusammenhang mit No-Go-Areas aus Furcht vor Rechts- oder Ausländerextremisten. Als Angsträumverursacher werden an erster Stelle alkoholisierte Jugendlichengruppen genannt.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass unter den Befragten eine hohe Sensibilität gegenüber dem Thema „Rechtsextremismus“ herrscht, eine tatsächliche Furcht vor einer Bedrohung durch deutsche Rechtsextremisten in Karlsruhe stellt eher die Ausnahme dar. Die Furcht vor Ausländerextremisten – insbesondere vor Islamisten – erweist sich dagegen als deutlich ausgeprägter. Die türkisch-nationale Extremistenorganisation der „Grauen Wölfe“ und deren ausgesprochen markante Symbole sind vor allem den deutschstämmigen Probanden weitgehend unbekannt.

Unter Rekurs auf die Befunde der Studie kann konstatiert werden, dass das Entstehen von Angsträumen innerhalb Karlsruhes weitgehend unabhängig von einer tatsächlichen oder auch vermuteten deutschen Rechtsextremistenszene oder ausländerextremistischen Szene in Karlsruhe zu erklären ist. Insgesamt ist eine stadtteilbezogene Kriminalitätsfurcht durch Rechts- oder

durch Ausländerextremisten in dieser Untersuchung nicht festzustellen. Es zeigt sich weiter, dass sich deutlich mehr No-Go-Areas für Deutsche als für Migranten in Karlsruhe ausgebildet haben. Dies bedeutet unter anderem, dass die zum Forschungsthema Befragten in ihrem Alltag insgesamt weniger Ausländer- als Deutschenfeindlichkeit in Karlsruhe feststellten. Diese Einschätzung zieht sich durch alle Ethnien und Altersgruppen in der Untersuchung hindurch, sie wird jedoch vor allem bei den jüngeren Befragten deutlich.

Dass öffentliche Räume in einer deutschen Großstadt für Deutsche eine No-Go-Area oder einen Angstraum bilden, stimmt bedenklich. Vor allem, wenn der Auslöser dieser Angsträume nicht auf rein persönlicher Animosität beruhen sollte, sondern einer ethnisch-territorialen Grenzziehung seitens Migranten gegenüber Deutschen gleichkommt. Die Furcht vor Gewalt durch Migranten stellt sich in der Untersuchung als ein deutlich gewichtigeres Thema heraus als die Furcht vor einer Bedrohungen oder vor Gewalt durch deutsche Rechtsextremisten.

Befragte sehen sich insbesondere dann von deutschen Rechtsextremisten bedroht, wenn die entsprechenden Informationen in erster Linie aus Online- oder Printmedien stammen. Personen dagegen, die in erster Linie Informationen zu diesem Thema über persönliche Kontakte erhielten (Eltern, Verwandte, Freunde), erwähnen deutlich seltener ein Bedrohungsgefühl. Womöglich hat die mediale Darstellung der letzten Jahre dazu geführt, dass auch ein Teil derjenigen Befragten, die sich nicht für das Thema interessieren, sich einer Bedrohung durch deutsche Rechtsextremisten in Karlsruhe ausgesetzt sieht.

Die verwirrend widersprüchliche Berichterstattung in den Medien der letzten Jahre über eine deutliche Zunahme und gleichzeitig über eine Abnahme rechtsextremer Straf- und Gewalttaten hat vermutlich bewirkt, dass ein Teil der Befragungsteilnehmer vom Vorhandensein einer deutschen Rechtsextremistenszene in Karlsruhe ausgeht auch ohne eine entsprechende Szene persönlich wahrgenommen zu haben, durch diese kontaktiert oder bedroht worden zu sein und auch ohne diese Szene topografisch in der Fächerstadt verorten zu können. Auch im Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten wurden keine gewalttätigen Übergriffe durch deutsche rechtsextreme Gruppen erwähnt. Die Symbole der deutschen Rechtsextremisten sind der untersuchten Karlsruher Bevölkerung größtenteils bekannt, dagegen kennen deutlich weniger Probanden die Symbole der Vereinigung der „Grauen Wölfe“. Es gibt kaum eine tatsächliche Wahrnehmung dieser ausländerextremistischen Gruppierung in Karlsruhe.

Die Furcht vor Extremisten erweist sich bei den Befragten in Karlsruhe als nicht stark ausgeprägt. Bei denjenigen Probanden, die Extremismus in Karlsruhe als Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit sehen, zeigen die Schüler in Gruppe B in erster Linie Furcht vor Ausländerextremisten. In Gruppe C Wohnbevölkerung ist dagegen die Angst vor Rechtsextremisten ausgeprägter als die Furcht vor Ausländerextremisten. Hierbei handelt es sich eher um die Angst vor Ausländerextremismus in Form von Islamisten und weniger um die Furcht vor den auch in Baden-Württemberg aktiven „Grauen Wölfen“.

Von einem Großteil der Probanden wird in den diversen Freitexten explizit der Alkoholkonsum der Jugendlichen als Problempunkt angesprochen. Dieser wird auch zum Teil als Auslöser für das Angstraumempfinden angegeben und bemerkenswerterweise fühlen sich alle befragten

Altersgruppen durch alkoholisierte Jugendliche belästigt. Nachdem Gewalttätigkeiten und Vandalismus durch Jugendliche im öffentlichen Raum in Karlsruhe stark zunahm, hat die Stadt Karlsruhe inzwischen auf das Alkoholproblem reagiert und die „Gelbe Karte“ für jugendliche Alkoholsünder eingeführt.¹ Die konsequente Umsetzung und Ausweitung dieser Aktionen sollte weiterer Bestandteil der Sicherheitsbestrebungen der Stadt Karlsruhe für ihre Bürger sein.

Wie sich in der Untersuchung zeigt, fühlen sich die meisten Befragten in Karlsruhe wohl und die Stadt wird von ihnen als relativ gewaltfrei eingeschätzt. Das generelle Sicherheitsgefühl der Befragten erweist sich als hoch; die meisten Vorschläge zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls münden auf der gesellschaftlichen Ebene. Bereits 1999 erfolgte in der Karlsruher Sicherheitsbefragung der Ruf nach mehr Polizeipräsenz in Form von Fußstreifen in der Öffentlichkeit. In der vorliegenden Forschungsarbeit aus dem Jahr 2008/2009 wird von den Befragungsteilnehmern erneut die Einführung von polizeilichen Fußstreifen – vor allem auch nachts – als tragender Sicherheitsverstärker genannt, der das persönliche Sicherheitsgefühl noch signifikant erhöhen könnte. Zu dem zweithäufigsten Vorschlag, mehr zusätzliche Video-Überwachung im öffentlichen Raum einzuführen, erklärt Bernhard Schäfers (2006), dass eine zunehmende Video-Überwachung öffentlicher Räume das Element der von den Bürgern selbst wahrzunehmenden sozialen Kontrolle des öffentlichen Raumes zerstört und letztlich staatlich kontrollierte Überwachung fördert und stärkt (vgl. Schäfers, 2006, S. 308).

Der Wunsch nach verstärkter sozialer Kontrolle etwa durch Nachbarn im Wohnumfeld wurde von keinem der Probanden genannt; informelle soziale Kontrolle scheint demnach weniger erwünscht zu sein oder wird als nicht effektiv genug eingeschätzt.

Als Ergebnis der Untersuchung kann die Einschätzung getroffen werden, dass Karlsruhe hinsichtlich der Gewalt durch Ausländerextremisten bzw. durch deutsche Rechtsextremisten aktuell kein gefährliches Pflaster ist. Auch sind aufgrund der Angaben keine verfestigten Angsträume durch Rechts- oder Ausländerextremisten nachzuvollziehen. Die medial vermittelte Vorstellung, wonach der Landkreis Karlsruhe „ein Brennpunkt der Neonazi-Szene“ sei und dadurch ein regelrechter Angstraum für die Einwohner und Besucher sein könnte, ist auf Basis der ermittelten Daten in dieser Studie zurückzuweisen.

Wer sich mit dem Thema Extremismus beschäftigt, bewegt sich sozial auf vermintem Gelände. Wissenschaftler haben nach Auffassung von Wilhelm Heitmeyer (2004) allerdings gerade dann eine kritisch aufklärende Bringschuld für die Gesellschaft, wenn es unkomfortabel wird (vgl. Heitmeyer, 2004, S. 125). Es erscheint unter diesen Aspekten unerlässlich, die Bevölkerung Karlsruhes – vor allem die Jugendlichen – auch auf eine mögliche Bedrohung durch die türkisch-nationale Rechtsextremistengruppe „Graue Wölfe“ aufmerksam zu machen und durch frühzeitige, umfassende und offene Aufklärungsarbeit zu sensibilisieren, um dadurch die Sicherheit und das Wohlfühlen der Bevölkerung zu stabilisieren.

¹„Aktion Karlsruhe handelt“: Die vom Amt für Bürgerservice und Sicherheit (BuS) initiierte Aktion gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen traf bundesweit auf reges Interesse, ebenso wie die Karlsruher Initiative „Gelbe Karte“. Die Aktion wendet sich gegen Alkoholmissbrauch, Gewalt und Vandalismus Jugendlicher und junger Erwachsener. Die Fächerstadt hat sich an die Spitze einer deutschlandweiten Bewegung gegen Alkoholmissbrauch und Gewalt gesetzt.

15 Forschungslücken

Zur Ergründung gesellschaftlicher Probleme wird aktuelle Forschung benötigt, um festzustellen, ob ein sozialpolitisches Programm fortgesetzt werden soll beziehungsweise ob es überhaupt in der beabsichtigten Weise funktioniert. Forschung ist notwendig, um herauszufinden, wie ein Programm verändert oder ob es beendet werden soll (vgl. Coleman, 1986, S. 153), Lücken könnten dabei zu kontraproduktiven Effekten bei Präventionsstrategien führen (vgl. Kellerhoff, 2003). Durch die Analyse der Verflechtungszusammenhänge und der Verbindung von Individual- und Gesellschaftsstrukturen mit deren unregulierten und unkontrollierten Spannungen und Konflikten zwischen verschiedenen Menschengruppen kann die Soziologie dazu beitragen, Gewaltpotenziale als ungewollte Folgen sozialer Prozesse zu reduzieren (vgl. Seidel u. a., 2003, S. 352). Das Ziel einer entsprechenden Figurationsanalyse und -synthese besteht nicht darin, die eine oder die andere Seite zu loben, zu tadeln und zu bewerten, sondern möglichst sachgerechte Erklärungen alleine im Sinne ihrer Interdependenzen vorzunehmen (vgl. Elias u. Scotson, 1993, S. 260).

Der Trend in der BRD zeigt in den letzten Jahren, dass innerhalb großstädtischer Räume besser situierte, hochkulturelle Gruppen im Zuge der Familiengründung und Wohneigentumsbildung verstärkt in Randlagen ziehen, während jüngere Personen mit experimentellem, avantgardistischem Lebensstil eher Innenstadtquartiere bevölkern (vgl. Otte u. Baur, 2008, S. 98). Volker Eichener (2008) rechnet für das Jahr 2020 mit einer Renaissance der Urbanität, wobei der Wunsch nach urbanem Wohnen bei Starterhaushalten besonders ausgeprägt ist. Überproportional viele junge Starterhaushalte ziehen jedoch aus Karlsruhe weg, allen voran Akademiker nach dem Studium. Um auch zukünftig insbesondere junge Menschen in der Starterphase in der Region halten zu können, bedarf es grundsätzlich eines positiven Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum. Da das Thema Rechtsextremismus generell in der deutschen Bevölkerung stark negativ konnotiert ist, weckt die Bezeichnung des Land- und Stadtkreises Karlsruhe als ein „Brennpunkt der rechtsextremistische Skinhead- und Neonaziszene“ (Innenministerium, 2010) bei den Empfängern solcher Mitteilungen möglicherweise irrationale Ängste und Vorstellungen. Breitet sich Angst vor extremistischen Übergriffen im öffentlichen Raum aus, so ist damit zu rechnen, dass sich insbesondere Hochqualifizierte in ein Berufs- und Wohnumfeld außerhalb Karlsruhes begeben – mit fatalen Folgen für die Technologieregion. Für die Zukunft ist es wichtig zu wissen, was diese junge Gruppe explizit zum Wegzug bewegt und was eventuell von kommunaler Seite aus unternommen werden kann, um die jungen Akademiker im Landkreis Karlsruhe zu halten.

Hans-Jochen Vogel (SPD), Justizminister in den RAF-Jahren, nannte drei große Bewährungsproben, die der deutsche Rechtsstaat in den zurückliegenden dreißig Jahren zu bestehen hatte: den linksextremistischen Terror in den 1970er Jahren, die organisierte Kriminalität in den 1990ern sowie den islamistischen Terror heute (vgl. Klingst, 2007). Es ist bekannt, dass viele gewaltbereite Islamisten ursprünglich aus einem säkularen Milieu kamen oder Konvertiten sind (vgl. Breuer, 2005, S. 110); Politiker, Verfassungsschutz und BKA warnen seit Jah-

ren vor radikalisierten deutschen Islam-Konvertiten („home-grown terrorism“) (vgl. FOCUS, 2010)/(vgl. WELTonline, 2009b)/(vgl. STERN, 2007b)/(vgl. STERN, 2007a)/(vgl. FOCUS, 2007).¹ Etwa ein Drittel der im Jahr 2010 vom Bundeskriminalamt als bedrohlich eingestuft-ten radikalen Islam-Konvertiten lebt in Baden-Württemberg (vgl. FOCUS, 2010). Gleichzeitig erklärt das Landesamt für Verfassungsschutz, dass in Baden-Württemberg keine amtliche Statistik über Konfessionswechsel vorliegt (vgl. Innenministerium, 2007, S. 5). Laut FOCUS werden Islam-Konvertiten von den deutschen Moschee-Gemeinden dem Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland (ZIAD) gemeldet (vgl. FOCUS, 2007). Auf der Makroebene gilt es nun die Forschungslücke zu schließen, indem die Anzahl an Islam-Konvertiten bundesweit amtlich statistisch erfasst und diese Statistik regelmäßig aktualisiert wird.

Die Entwicklung der Mitglieder- und Wählerzahlen der NPD ist in der BRD gut dokumentiert. Aufgrund der demografischen Veränderung werden zukünftig vermehrt junge türkeistämmige Wähler in Deutschland leben. Diese entscheiden ebenso wie die deutschstämmigen Wähler über die (politische) Zukunft Deutschlands. Es kann davon ausgegangen werden, dass türkisch-rechtsextreme Gruppierungen nach dem Motto „Werde Deutscher – bleibe Türke“ (vgl. Martin, 2006) stark daran interessiert sind, dass möglichst viele ihrer Anhänger und Mitglieder in der BRD die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und deutschen Parteien beitreten, um so über den politisch-strukturellen Weg die Interessen ihrer Organisation in der deutschen Politiklandschaft zu vertreten und in Deutschland durchzusetzen. Auf der Makroebene gilt es daher eine weitere Forschungslücke zu schließen, indem das Personenpotenzial an Anhängern der türkisch-nationalextremistischen Gruppierungen mit deutscher Staatsbürgerschaft erfasst wird.

Laut Amadeu Antonio Stiftung bestehen erste Handlungsansätze für den Umgang mit Angsträumen in der Sensibilisierung der Nicht-Betroffenen, da weite Teile der Gesamtbevölkerung die bestehenden Angsträume nicht wahrnehmen würden (vgl. AAS, 2008). Das Engagement von Bürgern gegen deutsch-nationalen sowie gegen Ausländerextremismus und pro Demokratie ist nach Auffassung der Stiftung durch Aufklärungsarbeit und durch institutionelle Unterstützungsleistungen zu stärken, so dass die Freizügigkeit in der Stadt oder Region für alle zu jeder Zeit und an jedem Ort gewährleistet wird (ebd.). Hierzu bedarf es der empirischen Forschung, welche durch Extremisten verursachten Angsträume – unabhängig von der Kriminalstatistik – nach Wahrnehmung und Meinung der Bevölkerung in den öffentlichen Räumen ihrer Kommunen in Deutschland entstanden sind.

In jedem Fall erscheint es hinsichtlich der Entstehung von Angsträumen in deutschen Großstädten wichtig, zukünftig die möglichen Konfliktodynamiken zwischen rigidem türkisch-nationalistischem Extremismus, deutschem Rechtsextremismus und deren Konfliktfigurationen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft detaillierter zu untersuchen.

¹Homegrown-Terroristen sind radikalisierte Personen, die in Europa geboren wurden und/oder hier aufgewachsen sind, aber dem hiesigen Wertesystem abwertend gegenüberstehen. Zu diesem Personenkreis zählen unter anderem auch radikalisierte Islam-Konvertiten (vgl. Verfassungsschutz, 2007, S. 6).

16 Empfehlungen für die Praxis

Entsprechend der Broken-Windows-Theorie gilt, dass Einbrüche in die öffentliche Ordnung die Kriminalitätsfurcht der Wohnbevölkerung erheblich steigern können (siehe Kapitel 6.4). Der Maßnahmenkatalog zur Vermeidung oder weitgehenden Beseitigung von Angsträumen ist vielfältig, wobei eine gut sichtbare, aber unaufdringliche Polizeipräsenz und engere Kontakte der Bewohner zu ihrer Polizei von erheblicher Bedeutung für den Abbau der Kriminalitätsfurcht sind (vgl. Kube, 2003, S. 68).

Angsträume im öffentlichen Raum schränken durch die latente oder offene Bedrohung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit die Bewegungsfreiheit der Betroffenen und damit deren Grundrechte erheblich ein. Um den öffentlichen Raum für alle Mitglieder der Gesellschaft angstfrei begehbar zu machen, sind ein offensiver Umgang und die gezielte Anstrengung der lokalen Zivilgesellschaft und Politik notwendig (vgl. AAS, 2008).

Angsträume wirken sich negativ beeinflussend auf das allgemeine Sicherheitsgefühl aus, wobei Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen ganz besonders auf Sicherheit angewiesen sind.¹ Hier gilt es, umfassende Fürsorge zu zeigen.

Oftmals sind die Medien hinsichtlich extremistischer Erscheinungen mit Berichten gefüllt, die mehr vertuschen als aufklären. Die darauf basierende öffentliche Meinung kann vermutlich durch die Verbreitung von Fakten verändert werden. Generell gilt es, die Problematik der Beeinflussbarkeit der Massen zu erkennen. Zielsetzung muss sein, dass die Mediennutzer in Zukunft kritischer werden und auf die manipulativen Tricks der Medien weniger leicht hereinfallen. Auch sind die Berichterstatter in den Medien aufgerufen, generell mit dem Thema „Extremismus“ in der BRD verantwortungsvoll umzugehen.²

Im Rahmen der bereits kommunal realisierten Programme zur Angstraumphylaxe wird seit dem 14.12.2008 als Sicherheitsbeitrag für den nächtlichen Heimweg in Karlsruhe der Nightliner (nightliner) Nachtverkehr des KVV angeboten.³ Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung kann noch deutlich erhöht werden, sofern ausreichend polizeiliche Fußstreifen oder zuverlässige, gut geschulte, öffentlich bestellte Sicherheitskräfte im Wohnviertel regelmäßig unterwegs sind.

¹Im Jahr 2008 verfügte nahezu jeder 12. Karlsruher über einen Schwerbehindertenausweis (vgl. AfS, 2008).

²„Es hilft in der Tat nicht weiter, wenn allzu oft der spektakulären, trennenden Nachricht der Vorzug eingeräumt wird vor der Vermittlung eines breiten, differenzierten Blicks, der auch den gelebten Alltag einbezieht. Aufgrund der Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse hängt die Art und Weise der Medienberichterstattung natürlich von den Medienschaffenden selbst ab.“ (Schäuble, 2009).

³Nightliner-Fahrzeuge sind Bahnen, Busse und Anruflinientaxis. Das System baut auf der sogenannten „Rendezvous-Haltestelle“ auf. Durch ein dichtes Haltestellennetz, das Halten auf Zuruf durch den Fahrgast und einen optionalen Haustür-Service bei den Anruflinientaxis werden den Fahrgästen nachts bis in den frühen Morgen lange Fußwege erspart.

Die nachbarschaftliche soziale Kontrolle wurde durch liberalisierte Moralvorstellungen inzwischen weitgehend entschärft (vgl. Otte u. Baur, 2008, S. 94). Die wechselseitige Aufmerksamkeit, aus der bei Bedarf auch Anteilnahme oder Schutz werden kann, ist nach Einschätzung von Schäfers (2006) jedoch nach wie vor ein unverzichtbarer Tatbestand städtischen und auch nachbarschaftlichen Zusammenlebens sowie ein Grundelement des Zusammenseins im öffentlichen Raum (vgl. Schäfers, 2006, S. 304). Diesbezüglich können zum Beispiel die in zwei Kulturen aufgewachsenen und sozialisierten Selbstständigen eine Brückenfunktion zwischen Einheimischen und Zugewanderten übernehmen, um dadurch das Zusammenleben im Stadtteil zu fördern (vgl. Berding, 2007, S. 201)/(vgl. Pahle-Franzen, 2007).

Ethnisch-nationalistische Ausländerorganisationen haben sich mit ihren politischen Zielvorstellungen längst in der Bundesrepublik Deutschland etabliert und erfahren inzwischen einen starken Zuspruch insbesondere unter türkeistämmigen Jugendlichen (vgl. Martin, 2006). In Deutschland hat lange Zeit keine kritische Auseinandersetzung mit ausländerextremistischen Strömungen wie den „Grauen Wölfen“ stattgefunden. Ein Teil der türkeistämmigen Jugendlichen präsentiert sich seit Jahren in der BRD in Schulen oder in der Öffentlichkeit aber auch im Internet mit Symbolen der „Grauen Wölfe“, ohne dass dies in der allgemeinen deutschen Öffentlichkeit als Demokratiefeindlichkeit, Provokation oder als Gefahr gewertet wird. In präventiver Hinsicht ist daher neben der Aufklärung der Bevölkerung über aktuell verwendete Symbole deutscher Rechtsextremisten auch die eklatante Wissenslücke bezüglich der türkisch-nationalistischen Rechtsextremistengruppierung der „Grauen Wölfe“ zu schließen. Dies stellt einen wichtigen Schritt zur Extremismusbekämpfung (nicht nur) in Karlsruhe dar. Von hoher Bedeutung ist dabei die Aufklärungs- und Informationsarbeit an und durch Schulen, zudem sind die Eltern anzusprechen und aufzuklären.

Die Stadt Karlsruhe als Sitz des Bundesverfassungsgerichts wurde in den 1970er Jahren zum Angriffsziel für die linksextremistische terroristische Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ (RAF); heute könnte sie auch Angriffsziel für Islamisten (Scharia versus Rechtsstaat) werden.

Statt Larmoyanz und Angst ist hinsichtlich der Institutionen (Mesoebene) öffentliche und umfassende Aufklärungs- und Informationsarbeit der Bevölkerung (Mikroebene) als Bestandteil interkultureller Kompetenz auch über Ausländerextremismus und islamistische Szenen in der BRD angebracht.⁴ In diesem Zusammenhang sind vor allem die deutschen und ausländischen Medien in der BRD gefragt, sich in ihrer Berichterstattung an Fakten zu halten.

Dies soll nicht bedeuten, dem Extremismus auszuweichen. Die Gefahr, dass man Extremisten mit öffentlichen Diskussionen erst recht ein Forum gibt und sie dadurch aufwertet, dürfte nach Einschätzung von Eckhard Jesse (2005) in der Regel geringer sein als die Gefahr, dass sich extremistische Bestrebungen noch weiter abschotten und ideologisieren (vgl. Jesse, 2005, S. 22). Nicht Stigmatisierung, sondern Abgrenzung scheint im Zusammenhang mit Extremismus ein erfolgversprechender Weg zu sein.

⁴Da es bisher keine Einigung in Bezug auf die Festlegung der Komponenten des Konzepts „interkulturelle Kompetenz“ gibt, gilt hier die allgemeine Fähigkeit, Angehörigen einer anderen Kultur zur wechselseitigen Zufriedenheit zu begegnen sowie mit ihnen unabhängig, sensibel und wirkungsvoll umzugehen im Sinne einer „cultural awareness“ (vgl. Wildung, 2006, S. 1).

Literatur- und Medienverzeichnis

- [AAS 2008] AAS: *Angsträume in Berlin*. Version: April 2008. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/angstraeume-berlin>, Abruf: 28.02.2011. Netz-gegen-Nazis.de. – Amadeu Antonio Stiftung, Artikel vom 28.04.2008
- [AAS 2009] AAS: *Netz gegen Nazis. Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus*. Version: Dezember 2009. <http://www.netz-gegen-nazis.de/>, Abruf: 28.02.2011. Netz-gegen-Nazis.de. – Amadeu Antonio Stiftung
- [AfS 1999] AfS: *Ergebnisse der Umfrage Sicherheit in der Stadt*. Karlsruhe : Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Stadtforschung der Stadtverwaltung Karlsruhe, Juni 1999
- [AfS 2008] AfS ; AfS (Hrsg.): *Nahezu jeder 12. Karlsruher verfügt über einen Schwerbehindertenausweis*. Informationsservice Statistik aktuell. Karlsruhe : Amt für Stadtentwicklung, 2008
- [AfS 2009a] AfS ; AfS (Hrsg.): *Demografischer Wandel in Karlsruhe. Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenzen 1999 - 2008*. Beiträge zur Stadtentwicklung Nr. 26. Karlsruhe : Amt für Stadtentwicklung, 2009
- [AfS 2009b] AfS: *Entwicklung der Wohnbevölkerung der Stadt Karlsruhe seit 1946*. Version: September 2009. <http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/sgt/grafik/sgt02020g.htm>, Abruf: 22.02.2011. Amt für Stadtentwicklung. – Stand vom 07.09.2009
- [AfS 2009c] AfS: *Statistik: Zahl der Einwohner wächst weiter*. Version: Oktober 2009. <http://www1.karlsruhe.de/Aktuell/Stadtzeitung09/sz4402.htm>, Abruf: 16.02.2011. StadtZeitung. – Amt für Stadtentwicklung. Artikel vom 30.10.2009
- [AfS 2010a] AfS: *Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 2009*. Version: 2010. http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/pdf/Jahrbuch2009_Kapitel_03.pdf, Abruf: 21.02.2011. Amt für Stadtentwicklung. – Kapitel 3: Bevölkerung
- [AfS 2010b] AfS: *Statistisches Jahrbuch der Stadt Karlsruhe 2009*. Version: 2010. <http://www1.karlsruhe.de/Stadtentwicklung/siska/pdf/stadtteilprofile-2010-19-durlach.pdf>, Abruf: 16.02.2011. Amt für Stadtentwicklung. – Stadtteilprofile
- [Akyol 2008] AKYOL, Cigdem: *60 Jahre Tageszeitung "Hürriyet". Ein Blatt für die Völkerstimmung*. Version: April 2008. <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/ein-blatt-fuer-die-voelkerverstimmung>, Abruf: 28.02.2011. taz.de. – Artikel vom 11.04.2008

- [Allport 1958] ALLPORT, Gordon W.: *The Nature of Prejudice*. New York : Doubleday Anchor, 1958
- [Allport 1971] ALLPORT, Gordon W.: *Die Natur des Vorurteils*. Köln : Kiepenheuer und Witsch, 1971. – Studien Bibliothek
- [ARD/ZDF-Medienkommission 2007] ARD/ZDF-MEDIENKOMMISSION: *Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF-Medienkommission*. Version: Juni 2007. http://www.unternehmen.zdf.de/fileadmin/files/Download_Dokumente/DD_Das_ZDF/Veranstaltungsdokumente/Migranten_und_Medien_2007_-_Handout_neu.pdf, Abruf: 28.02.2011. – Veröffentlicht am 05.06.2007
- [Ates 2008] ATES, Seyran: Deutsch, na klar. In: *ZEITonline* (2008). <http://www.zeit.de/2008/15/Integration-Ates>. – Artikel vom 26.10.2008. Erschienen in: DIE ZEIT, 03.04.2008 Nr. 15. Abruf: 28.02.2011
- [Averbeck u. a. 1996] AVERBECK, Mechthild ; BLIESENER, Thomas ; LIEHMANN, Anke ; LÖSEL, Friedrich: Gewalt in der Schule: Zusammenhänge von Schulklima und Schulleistungen mit unterschiedlichen Typen der Konfliktlösung. In: WITRUK, Evelin (Hrsg.) ; FRIEDRICH, Gisela (Hrsg.): *Pädagogische Psychologie im Streit um ein neues Selbstverständnis*. Landau : Verlag Empirische Pädagogik, 1996, S. 584–591
- [Bacher 2001] BACHER, Johann: In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? Ergebnisse einer Befragung bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie KZfSS* Jg. 53 (2001), Nr. 2, S. 334–349. – Westdeutscher Verlag, Wiesbaden
- [Bachmair 2007] BACHMAIR, Ben: *Migrantenkinder, ihr Leserrisiko und ihre Medienumgebung*. Bonn : Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Juli 2007. – Heft Nr. 28/2007 vom 09.07.2007, S. 32-38. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung bpb
- [Bade 2002] BADE, Klaus J.: *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München : C.H.Beck, 2002. – Sonderausgabe
- [Baier u. Pfeiffer 2007] BAIER, Dirk ; PFEIFFER, Christian: *Hauptschulen und Gewalt*. Bonn : Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Juli 2007. – Heft Nr. 28/2007 vom 09.07.2007, S.17-26. Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung bpb
- [Baier u. a. 2010] BAIER, Dirk ; PFEIFFER, Christian ; RABOLD, Susann ; SIMONSON, Julia ; KAPPES, Cathleen: *Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum*. Version: 2010. <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fob109.pdf>, Abruf: 28.02.2011. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen KFN. – Zweiter Bericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Forschungsbericht Nr. 109
- [Baier u. a. 2009] BAIER, Dirk ; PFEIFFER, Christian ; SIMONSON, Julia ; RABOLD, Susann: *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt*. Version: März 2009. <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/fb107.pdf>, Abruf: 28.02.2011. KFN Forschungsbericht Nr. 107. – Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

- [Balci u. a. 2008] BALCI, Güner ; BRASE, J. ; EICHIN, U. ; SENGEZER, G. ; SENYURT., A.: *Deutschland am Pranger*. Version: Februar 2008. <http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/118746/index.html>, Abruf: 28.02.2011. FRONTAL 21. – Artikel von 3 SAT/Frontal 21 vom 13.02.2008
- [Bartel 2009] BARTEL, Rainer: *Erfolgreiche Online-PR. Mehr Verkaufserfolg durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit im Web*. Düsseldorf : Data Becker, 2009
- [Baum 1999] BAUM, Detlef: Der Stadtteil als sozialer Raum. Sozialökologische Aspekte des sozialstrukturellen Kinder- und Jugendschutzes. In: BMFSFJ (Hrsg.): *Bevor es zu spät ist. Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten*. Berlin, 1999, S. 30–57. – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- [Beck u. Perry 2007] BECK, Sebastian ; PERRY, Thomas: Migranten Milieus. In: *Forum Wohneigentum. Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft. Verbandsorgan des vhw e.V., Berlin* 8. Jahrgang (2007), Juli-September, Nr. 4, S. 187–195
- [Beck 2003] BECK, Ulrich: *Risikogesellschaft*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2003. – Sonderausgabe
- [Benedict 2006] BENEDICT, Ruth: *Chrysantheme und Schwert. Formen der japanischen Kultur*. 3. Auflage. Suhrkamp, 2006
- [Benz 2001] BENZ, Wolfgang: *Argumente gegen rechtsextreme Vorurteile*. Version: 2001. http://www.bpb.de/themen/UMK5UD,0,Argumente_gegen_rechtsextreme_Vorurteile.html, Abruf: 28.02.2011. bpb. – Bundeszentrale für politische Bildung
- [Berding 2007] BERDING, Ulrich: Beredtes Schweigen. Migration als Wirtschaftsfaktor - eine offene Frage der Stadtentwicklungspolitik? In: *Forum Wohneigentum. Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft*. 8. Jg. (2007), Juli/September, Nr. 4, S. 199–202
- [Berkel 1983] BERKEL, Karl: Wandel in der Einstellung zur Arbeit? Vorbereitende Überlegungen zur Erfassung des subjektiven Arbeitsverständnisses. In: WEHNER, Ernst G. (Hrsg.): *Psychologie und Praxis. Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie*. 27. Jahrgang. Stuttgart : Hogrefe, 1983 (4), S. 150–159
- [Bernart 2001] BERNART, Yvonne: Jugend. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.) ; ZAPF, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 2. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2001, S. 361–371
- [Bernart u. Billes-Gerhart 2004] BERNART, Yvonne ; BILLES-GERHART, Elke: *Sprachverhalten und Mediennutzung von Migrantenjugendlichen im soziologischen Blick*. 1. Auflage. Göttingen : Cuvillier Verlag, 2004
- [Bernart u. a. 2009] BERNART, Yvonne ; LENZ, Martin ; MAUTER, Barbara ; SONJA REX-HÄUSER, Mauricette S. ; JUNG-WEYAND, Christine ; UHRIG, Winfried ; FISCHER, Simone ; WARTH-LOOS, Martina ; BERNART, Yvonne (Hrsg.) ; LENZ, Martin (Hrsg.): *Karlsruher*

Schriftenreihe Wohnungssicherung am angespannten Wohnungsmarkt. Bd. 1: Wohnungssicherung und Wohnungslosenhilfe am angespannten Wohnungsmarkt. 1. Auflage. Göttingen : Cuvillier Verlag, 2009

- [Böhnisch u. Münchmeier 1993] BÖHNISCH, Lothar ; MÜNCHMEIER, Richard: *Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. 2. Auflage. Weinheim; München : Juventa Verlag, 1993*
- [BILD 2007] BILD: *Deutscher Botschafter lobt Hürriyet und BILD. Version: Juli 2007. <http://www.bild.de/BILD/politik/2009/07/23/aydin-dogan-huerriyet-chef/bundesverdienstkreuz-druch-deutschen-botschafter.html>, Abruf: 28.02.2011. BILD.de. – Artikel vom 23.07.2009*
- [Blalock 1967] BLALOCK, Hubert M.: *Toward a Theory of Minority-Group Relations. London, New York : John Wiley&Sons Inc., 1967*
- [BMAS 2008] BMAS ; BMAS (Hrsg.): *Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin : Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008. – Drucksache 16/9915 vom 30.06.2008*
- [BMFSFJ 2009] BMFSFJ: *Karlsruhe. Ort der Vielfalt. Version: Mai 2009. <http://www.orte-der-vielfalt.de/index.php?id=544>, Abruf: 28.02.2011. BMFSFJ. – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*
- [BMI 2008a] BMI ; BMI (Hrsg.): *Polizeiliche Kriminalstatistik 2007. Berlin : Bundesministerium des Innern, 2008*
- [BMI 2008b] BMI ; BMI (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin : Bundesministerium des Innern, 2008*
- [BMI 2008c] BMI ; BMI (Hrsg.): *Das Waffenrecht. Änderungen 2008. Berlin : Bundesministerium des Innern, 2008. – Flyer des BMI/Referat für Öffentlichkeitsarbeit KM 5*
- [BMI 2009a] BMI: *Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Januar 2009. Version: März 2009. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612261.pdf>, Abruf: 28.02.2011. Drucksache 16/12261. Deutscher Bundestag-Bundesministeriums des Innern. – Antwort der Bundesregierung vom 16.03.2009*
- [BMI 2009b] BMI ; BMI (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2008. Berlin : Bundesministerium des Innern, 2009*
- [BMI 2010a] BMI: *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2009. Version: März 2010. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html, Abruf: 28.02.2011. Bundesministerium des Innern*
- [BMI 2010b] BMI: *Polizeiliche Kriminalstatistik 2009. Berlin : Bundesministerium des Innern, Mai 2010. – Broschüre*

- [Bodemann u. Yurdakul 2005] BODEMANN, Michael Y. ; YURDAKUL, Gökce: Geborgte Narrative: Wie sich türkische Einwanderer an den Juden in Deutschland orientieren. In: BECK, Ulrich (Hrsg.) ; BRAUN, Norman (Hrsg.) ; NASSEHI, Armin (Hrsg.): *Soziale Welt 2005. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis SozW.* 56. Jahrgang. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2005 (Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. 4), S. 441–451
- [Boers 1995] BOERS, Klaus: Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland. Version: 1995. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-141588>. In: SAHNER, Heinz (Hrsg.) ; SCHWENDTNER, Stefan (Hrsg.): *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1995, 374-379. – Abruf: 28.02.2011
- [Bogula 2007] BOGULA, Werner: *PR Praxis*. Bd. 10: *Leitfaden Online-PR*. Konstanz : UVK Verlagsgesellschaft mbH, 2007
- [Brandenstein u. Özsöz 2007] BRANDENSTEIN, Martin ; ÖZSÖZ, Figen: *Hasskriminalität: Auswirkungen von Haftverfahren auf fremdenfeindliche jugendliche Gewalttäter*. Version: 2007. <http://www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/jahrbuch/2007/strafrecht/forschungsSchwerpunkt/pdf.pdf>, Abruf: 28.02.2011. Jahrbuch 2007 Max-Planck-Gesellschaft
- [Brandes 2009] BRANDES, Michael: Türken mit deutschem Fernsehangebot unzufrieden. In: *TV Wunschliste. Das TV- und Fernsehen-Infoportal, Köln* (2009), August. <http://www.wunschliste.de/tvnews/5470>. – Artikel vom 15.08.2009. Abruf: 28.02.2011
- [Bremer u. Gestring 2004] BREMER, Peter ; GESTRING, Norbert: Migrantenausgrenzt? In: HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.) ; KRONAUER, Martin (Hrsg.) ; SIEBEL, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte*. 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2004, S. 258–285
- [Breuer 2005] BREUER, Rita: Bildungs- und Sozialarbeit islamistischer Organisationen - Einstieg in die Radikalisierung? In: BMI (Hrsg.): *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*. 2. Auflage. Berlin : Bundesministerium des Innern, Juni 2005, S. 93–111
- [Bruhns 2006] BRUHNS, Kirsten: *Interkulturelle Beziehungen als Potenzial-neue Perspektiven für die Forschung*. München : Deutsches Jugendinstitut DJI, 2006. – DJI Bulletin 76, Heft 3, S.7/16-19
- [Bundesregierung 2007] BUNDESREGIERUNG ; BUNDESREGIERUNG, Presse und Informationsamt d. (Hrsg.): *Nationaler Integrationsplan. Neue Wege-Neue Chancen*. Berlin : Bundesregierung, 2007. – Broschüre, Juli 2007
- [Bundesregierung 2008] BUNDESREGIERUNG: *Böhmer wirbt bei Deutschtürken für Vertrauen in die Bundesregierung*. Version: März 2008. http://www.bundesregierung.de/nn_56680/Content/DE/Archiv16/Pressemitteilungen/BPA/2008/03/2008-03-12-ib-wirbt-bei-deuschtuerken-fuer-vertrauen-in-die-breg.html, Abruf: 28.02.2011. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Pressemitteilung Nr. 83. – Artikel vom 12.03.2008

- [Burger 2007] BURGER, Reiner: *Das erinnert fatal an den Fall Sebnitz*. Frankfurt am Main : FAZ Nr. 188, S. 38, August 2007. – Ausgabe vom 15.08.2007
- [Burkart 2002] BURKART, Roland: *Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder*. 4. überarb. Auflage. Stuttgart : UTB Böhlau Studienbücher, 2002
- [Burkhart 2002] BURKHART, Dagmar: *Ehre. Das symbolische Kapital*. 1. Auflage. München : Deutscher Taschenbuch Verlag, 2002
- [BVA 2008] BVA: *XENOS - Integration und Vielfalt*. Version: April 2008. http://www.bva.bund.de/nn_1008014/DE/Aufgaben/Abt__II/esf-projekte/Xenos/Xenos-node.html?__nnn=true, Abruf: 28.02.2011. Bundesverwaltungsamt. – Artikel vom 18.04.2008
- [Caldwell 2007] CALDWELL, Christopher: Where Every Generation Is First-Generation. In: *The New York Times Magazine* (2007), Mai. <http://www.nytimes.com/2007/05/27/magazine/27immigrant-t.html>. – Artikel vom 27.05.2007. Abruf: 28.02.2011
- [Caldwell 2009] CALDWELL, Christopher: „Das türkische Deutschland erinnert mich an das chinesische Amerika“. Version: Dezember 2009. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,665841,00.html>, Abruf: 28.02.2011. SPIEGELonline. – Artikel vom 08.12.2009
- [Chill u. Meyn 1998] CHILL, Hanni ; MEYN, Hermann: Funktionen der Massenmedien in der Demokratie. In: *Informationen zur politischen Bildung* Heft 260 (1998). <http://www.bpb.de/publikationen/04309502558076112983648580539468.html>. – Bundeszentrale für politische Bildung, Abruf: 28.02.2011
- [Chomsky 2003] CHOMSKY, Noam: *Media Control*. Deutsche Erstausgabe. Hamburg : Europa Verlag GmbH, 2003
- [fi cm 2008] CM fi: *Kölner Studie belegt abnehmende Trennung zwischen Migranten und Nicht-Migranten in Großstädten*. Version: November 2008. <http://www.cm-fi.de/31+M5129a24d13e.html>, Abruf: 28.02.2011. Christlich-muslimische Friedensinitiative. – Artikel vom 27.11.2008
- [Coleman 1986] COLEMAN, James S.: *Die asymmetrische Gesellschaft. Vom Aufwachsen mit unpersönlichen Systemen*. Forum Bildungsreform. Weinheim und Basel : Beltz Verlag, 1986
- [Cramer 1972] CRAMER, Thomas: Soziale Motivation in der Schuld-Sühne-Problematik von Hartmanns Erec. In: GRUENTER, Rainer (Hrsg.) ; HENKEL, Artur (Hrsg.): *Euphorion. Zeitschrift für Literaturgeschichte*. Magdeburg : Universitätsverlag Carl Winter, 1972 (66), S. 97–112
- [Dahrendorf 1974] DAHRENDORF, Ralf: *Homo Sociologicus*. 13. Auflage. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1974
- [DAK 2009] DAK: *DAK-Studie zu Mobbing und Gewalt*. Version: Mai 2009. <http://www.presse.dak.de/ps.nsf/sb1/FC264408C1091372C12575CF003A10B9?open>, Abruf: 28.02.2011. Deutsche Angestellten-Krankenkasse. – Studie 2009/05

- [Dantschke 2009] DANTSCHKE, Claudia: Feindbild Juden - zur Funktionalität der antisemitischen Gemeinschaftsideologie in muslimisch geprägten Milieus. In: AAS (Hrsg.): „Die Juden sind schuld“. *Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus*. Berlin : Amadeu Antonio Stiftung, 2009, S. 14–19. – Broschüre
- [Davis 1978] DAVIS, Earl E.: Definition des sozialen Vorurteils. In: OOMEN, Hans-Gert (Hrsg.) ; SCHMID, Hans-Dieter (Hrsg.): *Vorurteile gegen Minderheiten. Die Anfänge des modernen Antisemitismus am Beispiel Deutschland*. Stuttgart : Reclam, 1978, S. 143–145
- [Davolio u. Drilling 2008] DAVOLIO, Miryam E. ; DRILLING, Matthias: *Gemeinden antworten auf Rechtsextremismus. Perspektiven für eine Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft*. 1. Auflage. Bern, Stuttgart, Wien : Haupt Verlag, 2008
- [DBK 2008] DBK: *Katholiken und Gottesdienstteilnehmer 1950 bis 2007*. Version: 2008. <http://www.alt.dbk.de/imperia/md/content/kirchlichestatistik/diagramme/kath-gott-07.pdf>, Abruf: 28.02.2011. Deutsche Bischofskonferenz
- [Decker u. a. 2008] DECKER, Oliver ; ROTHE, Katharina ; WEISSMANN, Marliese ; GEISSLER, Norman ; BRÄHLER, Elmar ; FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Berlin : Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008 <http://www.spiegel.de/media/0,4906,18231,00.pdf>. – Abruf: 28.02.2011
- [Dittrich 1991] DITTRICH, Eckhard J.: *Das Weltbild des Rassismus*. Frankfurt am Main : Cooperative Verlag, 1991 (Reihe: Migration und Kultur)
- [DMK 2007] DMK: *Muslimen in Karlsruhe*. Version: Februar 2007. <http://www.dmk-karlsruhe.de/>, Abruf: 28.02.2011. Deutschsprachiger Muslimkreis Karlsruhe e.V.
- [Dollase 1996] DOLLASE, Rainer: Die Asozialität der Gefühle. Intrapsychische Dilemmata im Umgang mit dem Fremden. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1996, S. 120–141
- [Döring 2006] DÖRING, Uta: „National befreite Zonen“. Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs. In: KLÄRNER, Andreas (Hrsg.) ; KOHLSTRUCK, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. 1. Auflage. Hamburg : Hamburger Edition, 2006, S. 177–206
- [Dudenredaktion 2001] DUDENREDAKTION: *DUDEN Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache*. Bd. 7. 3., völlig neu bearb. und erw. Auflage. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich : Dudenverlag, 2001. – Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion
- [Durmaz 2009] DURMAZ, Betül: *Döner, Machos und Migranten: Mein zartbitteres Lehrerleben*. Freiburg : Herder, 2009
- [Eckardt 1969] ECKARDT, Heinz: *Die Technik der schriftlichen Umfrage. Dargestellt an Beispielen aus der Marktforschung für das Buch und die Fachzeitschrift*. Hamburg : Verlag für Buchmarkt-Forschung, 1969
- [Eckert 2003] ECKERT, Roland: Politisch motivierte Gewalt. In: LPB (Hrsg.): *Zeitschrift Sicherheit und Kriminalität*. 53. Jahrgang. Stuttgart : Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg LpB, 2003 (Der Bürger im Staat 1/2003), S. 53–57

- [Eisner 1997] EISNER, Manuel: *Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz*. Frankfurt am Main/New York : Campus Verlag, 1997
- [Eissler 2010] EISSLER, Carola: *Christuskirche: Der „Wolfsgruß“ im Gemeindesaal*. Version: April 2010. <http://www.swp.de/reutlingen/lokales/reutlingen/art5674,429021>, Abruf: 28.02.2011. SÜDWEST PRESSE. – Artikel vom 03.04.2010
- [Elger u. Hülsen 2008] ELGER, Katrin ; HÜLSEN, Isabell: „Kein Tag ohne Flammen“. In: *DER SPIEGEL* 15 (2008), S. 102–104. – SPIEGEL-Verlag, Hamburg. Ausgabe vom 07.04.2008
- [Elias 1997] ELIAS, Norbert: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band*. 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Taschenbuch Verlag Wissenschaft, 1997
- [Elias 2000] ELIAS, Norbert: *Was ist Soziologie?* 9. Auflage. Weinheim und München : Juventa Verlag, 2000. – Grundfragen der Soziologie herausgegeben von Dieter Claessens
- [Elias u. Scotson 1993] ELIAS, Norbert ; SCOTSON, John L.: *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt/Main : Suhrkamp Taschenbuch Verlag, 1993. – Original: *The Established and the Outsiders* (1965)
- [EMNID 2008] EMNID: *Wie integriert sind die Deutschtürken?* Version: März 2008. <http://zelos.zeit.de/2008/12/Bevoelkerung-Migration-2008.pdf>, Abruf: 28.02.2011. tns emnid. – tns emnid Umfrage Februar 2008, S.1-14
- [Erdogan 2008] ERDOGAN, Recep T.: *Dokumentation. Der türkische Mensch bringt nur Liebe und Freundschaft*. Version: Februar 2008. http://www.welt.de/welt_print/article1671967/Der_tuerkische_Mensch_bringt_nur_Liebe_und_Freundschaft.html, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 14.02.2008. Ansprache des türkischen Ministerpräsidenten am 10.02.2008 in der Köln-Arena (Niederschrift des Mitschnitts)
- [FAZ 2007] FAZ: *Muhabbet-Aussage. Broder: Der Minister verleugnet die Realität*. Version: November 2007. <http://www.faz.net/s/Rub475F682E3FC24868A8A5276D4FB916D7/Doc~E29AE898A80D444388DBD97228B148EBC~ATp1~Ecommon~Scontent.html>, Abruf: 28.02.2011. FAZ.NET. – Frankfurter Allgemeine Zeitung. Artikel vom 21.11.2007
- [Füchsel u. van Bebber 2006] FÜCHSEL, Katja ; BEBBER, Werner van: „Zivilisatorische Standards gelten nicht mehr“. In: *Tagesspiegel Online* (2006), November. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2190900>. – Artikel vom 23.11.2006, Abruf: 22.02.2011
- [Feldschtejn 1996] FELDSCHTEJN, David I.: Besonderheiten der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes in der gegenwärtigen sozialökonomischen Krise der Gesellschaft. In: EDELSTEIN, Wolfgang (Hrsg.) ; KREPPNER, Kurt (Hrsg.) ; STURZBECHER, Dietmar (Hrsg.): *Familie und Kindheit im Wandel* Bd. 2. 1. Auflage. Potsdam : Verlag für Berlin-Brandenburg, 1996, S. 121–129. – Ergebnisse der Jugend- und Sozialisationsforschung
- [Fenzel 2008] FENZEL, Birgit: Hass in Haft. In: *MaxPlanckForschung. Das Wissenschaftsmagazin der Max-Planck-Gesellschaft* 2 (2008), S. 70–77

- [Flanagin u. Metzger 2000] FLANAGIN, Andrew ; METZGER, Miriam: Perceptions of Internet Information Credibility. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* (2000), Nr. 77/3, S. 515–540
- [Fletcher 1994] FLETCHER, George P.: *Loyalität. Über die Moral von Beziehungen*. Deutsche Erstausgabe. Frankfurt/Main : Fischer Verlag, 1994
- [FOCUS 2007] FOCUS: *Sieben Verdächtige noch auf freiem Fuß*. Version: September 2007. http://www.focus.de/politik/deutschland/fahndung_aid_131883.html, Abruf: 28.02.2011. FOCUSonline. – Artikel vom 06.09.2007
- [FOCUS 2009a] FOCUS: *Die Neonazis sind angekommen im Web 2.0*. Version: August 2009. http://www.focus.de/digital/computer/kriminalitaet-die-neonazis-sind-angekommen-im-web-2-0_aid_426615.html, Abruf: 28.02.2011. FOCUSonline. – Artikel vom 16.08.2009
- [FOCUS 2009b] FOCUS: Studie sorgt bei Türken für Empörung. In: *FOCUSonline* (2009), Januar. http://www.focus.de/schule/schule/unterricht/integration/integration-studie-sorgt-bei-tuerken-fuer-empoeerung_aid_365350.html. – Artikel vom 27.01.2009. Abruf: 28.02.2011
- [FOCUS 2010] FOCUS: *BKA warnt vor radikalen Konvertiten*. Version: April 2010. http://www.focus.de/politik/deutschland/islam-bka-warnt-vor-radikalen-konvertiten_aid_501975.html, Abruf: 28.02.2011. FOCUSonline. – Artikel vom 25.04.2010
- [Forgas 1999] FORGAS, Joseph P.: *Soziale Interaktion und Kommunikation*. 4. Auflage. Weinheim : Beltz Verlag, 1999
- [Frangenberg u. Mucuk-Edis 2008] FRANGENBERG, Helmut ; MUCUK-EDIS, Gonca: *CDU-Chef als Ehrengast der Grauen Wölfe*. Version: Juni 2008. <http://www.ksta.de/servlet/OriginalContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1213962196887>, Abruf: 28.02.2011. ksta.de. – Kölner Stadt-Anzeiger, Artikel vom 23.06.2008
- [Friedrichs u. Blasius 2001] FRIEDRICHS, Jürgen ; BLASIUS, Jörg: *Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten*. Version: 2001. http://www.difu.de/publikationen/dfk/de/01_1/1_friedrichs.pdf, Abruf: 28.02.2011. Deutsches Institut für Urbanistik Difu. – Im Brennpunkt. Integration und Stadt DfK 2001/I, S. 48-67
- [Friedrichs u. Triemer 2008] FRIEDRICHS, Jürgen ; TRIEMER, Sascha: *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*. Wiesbaden : VS Verlag, 2008
- [Fuchs u. a. 2005] FUCHS, Marek ; LAMNEK, Siegfried ; LUEDTKE, Jens ; BAUR, Nina: *Gewalt an Schulen 1994-1999-2004*. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- [Fuhrmann 2002] FUHRMANN, Manfred: *Bildung. Europas kulturelle Identität*. Stuttgart : Philipp Reclam jun., 2002
- [Funk 2005] FUNK, Rainer: Die Produktion von Wirklichkeit. Die postmoderne Persönlichkeit als Anbieter und Nutzer. In: SCHMITZ-BUHL (Hrsg.): *Coaching und Supervision: Kompetenzen nutzen-Synergien fördern*. Heidelberg : R.v.Decker-Verlag, 2005, S. 60–69

- [Geißler 2002] GEISSLER, Rainer: *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung*. 3. Auflage. Opladen : Westdeutscher Verlag, 2002
- [GfdS 2008] GFDS: *Wie denken die Deutschen über ihre Muttersprache und über Fremdsprachen?* Version: Juni 2008. <http://www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/130608-einstellung-der-deutschen-zur-sprache/>, Abruf: 28.02.2011. Gesellschaft für deutsche Sprache. – Pressemitteilung vom 13.06.2008
- [Giesen 1993] GIESEN, Bernhard: Die Konflikttheorie. In: ENDRUWEIT, Günter (Hrsg.): *Moderne Theorien der Soziologie: strukturell-funktionale Theorie, Konflikttheorie, Verhaltenstheorie*. Stuttgart : Ferdinand Enke Verlag, 1993, S. 87–134
- [Giordano 2009] GIORDANO, Ralph: „Ich bin kein Türkenscheck, aber ...“. In: *BILDonline* (2009), Dezember. <http://www.bild.de/BILD/politik/2009/12/04/minarett-verbot-in-der-schweiz/islam-kritiker-ralph-giordano-rechnet-mit-multi-kulti-ab.html>. – Artikel vom 03.12.2009, Abruf: 28.02.2011
- [Goffman 1975] GOFFMAN, Erving: *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*. 1. Auflage. Frankfurt/Main : Suhrkamp Taschenbuch Verlag, 1975
- [Graw 2009] GRAW, Ansgar: 83 Prozent sind stolz darauf, Deutsche zu sein. In: *WELTonline* (2009), Mai. <http://www.welt.de/politik/article3696088/83-Prozent-sind-stolz-darauf-Deutsche-zu-sein.html>. – Artikel vom 07.05.2009, Abruf: 28.02.2011
- [Grimm 2008] GRIMM, Rudolf: „German Angst“. Ein umstrittenes Phänomen. In: *n-tv* (2008), Februar. <http://www.n-tv.de/panorama/dossier/Ein-umstrittenes-Phaenomen-article248373.html>. – Artikel vom 10.02.2008, Abruf: 28.02.2011
- [Güsten 2009] GÜSTEN, Susanne: Der Feind unter uns: Intoleranz in der Türkei. In: *TAGESSPIEGELonline* (2009), Oktober. <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Tuerkei-Intoleranz;art123,2913550>. – Artikel vom 01.10.2009, Abruf: 28.02.2011
- [Gukenbiehl 1994] GUKENBIEHL, Hermann L.: Bezugsgruppen. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Einführung in die Gruppensoziologie: Geschichte, Theorien, Analysen*. 2. erw. u. aktualisierte Auflage. Heidelberg : Quelle & Meyer, 1994, S. 113–134
- [Gukenbiehl u. Schäfers 2003] GUKENBIEHL, Hermann L. ; SCHÄFERS, Bernhard: Gruppe. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 118–122
- [Hall 1976] HALL, Edward T.: *Beyond Culture*. New York : Anchor Books, 1976
- [Hamm 2000] HAMM, Bernd: *Internationale Migration, Minderheiten, Integration, Konflikt*. Version: August 2000. <http://cms.trier.de/stadt-trier/Integrale?SID=CRAWLER&MODULE=Frontend.Media&ACTION=ViewMediaObject&Media.PK=6091&Media.Object.ObjectType=full>, Abruf: 28.02.2011. CMS Trier

- [Hamm 2002] HAMM, Bernd: Sozialer Raum. In: ENDRUWEIT, Günter (Hrsg.) ; TROMMSDORFF, Gisela (Hrsg.): *Wörterbuch der Soziologie*. 2. Auflage. Stuttgart : Lucius und Lucius, 2002, S. 436 – 437
- [Hamm 2003] HAMM, Bernd: Nachbarschaft. In: SCHÄFFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 249 – 250
- [Hamm 2007] HAMM, Bernd: *Medienmacht - wie und zu wessen Nutzen unser Bewusstsein gemacht wird*. Version: Mai 2007. http://magazin.cultura21.de/_data/magazin-cultura21-de_addwp/2010/10/200705_Medienmacht_Hamm.pdf, Abruf: 28.02.2011. CULTURA 21
- [Hanak u. Pilgram 2004] HANAK, Gerhard ; PILGRAM, Arno: Phänomen Strafanzeige. In: HANAK, Gerhard (Hrsg.) ; PILGRAM, Arno (Hrsg.): *Phänomen Strafanzeige*. Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 2003. Baden-Baden : Nomos-Verlagsgesellschaft, 2004, S. 7–14
- [Heidborn 2010] HEIDBORN, Tina: Schreiben Gefühle Geschichte? In: *MaxPlanckForschung. Das Wissenschaftsmagazin der Max-Planck-Gesellschaft* 4 (2010), S. 43–49
- [Heinemann 2000] HEINEMANN, Gabriele: Mädchenarbeit im Stadtteil. Version: 2000. <http://www.eundc.de/pdf/12000.pdf>. In: BACHOR, Ursula (Hrsg.): *Mädchen in sozialen Brennpunkten. Dokumentation des Fachforums*. Berlin : BMFSFJ, 2000, 193-207. – Stiftung SPI. MÄDEA, Abruf: 28.02.2011
- [Heinsohn 2006] HEINSOHN, Gunnar: *Mehr Ausländer, weniger Ausländerfeindlichkeit*. Version: Dezember 2006. http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/art141_2123218, Abruf: 28.02.2011. DER TAGESSPIEGEL. – Artikel vom 18.12.2006
- [Heinz 2008] HEINZ, Wolfgang: „Harte Strafen erhöhen die Rückfallquote“. Version: Januar 2008. http://www.welt.de/welt_print/article1561528/Harte_Strafen_erhoehen_die_Rueckfallquote.html, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 15.01.2008
- [Heisig 2008] HEISIG, Kirsten: *Jugendgewalt. Was eine Richterin über kriminelle Migranten denkt*. Version: September 2008. <http://www.welt.de/berlin/article2462893/Was-eine-Richterin-ueber-kriminelle-Migranten-denkt.html>, Abruf: 28.02.2011. WELT online. – Artikel vom 18.09.2008
- [Heitmeyer 1987] HEITMEYER, Wilhelm: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim und München : Juventa Verlag, 1987
- [Heitmeyer 1995] HEITMEYER, Wilhelm: *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. Weinheim/München : Juventa Verlag, 1995
- [Heitmeyer 1996a] HEITMEYER, Wilhelm: Ethnisch-kulturelle Konfliktdynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1996, S. 31–63

- [Heitmeyer 1996b] HEITMEYER, Wilhelm: Ethnisch-kulturelle und religiöse Differenzen zwischen gewaltförmigen Politisierungen und inflationären Toleranzforderungen. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1996, S. 11–28
- [Heitmeyer 1998] HEITMEYER, Wilhelm: Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihre Konfliktfolgen. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.) ; BACKES, Otto (Hrsg.): *Die Krise der Städte*. 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1998, S. 443–467
- [Heitmeyer 2004] HEITMEYER, Wilhelm: Die halbierte Aufklärung. In: SCHWARZER, Alice (Hrsg.): *Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz*. 5. Auflage. Köln : Kiepenheuer und Witsch, 2004, S. 121–127
- [Herkner 1991] HERKNER, Werner: *Lehrbuch Sozialpsychologie*. 5. Auflage. Bern : Verlag Hans Huber, 1991
- [Herlth 1988] HERLTH, Alois: Was macht Familien verletzlich? Bedingungen der Problemverarbeitung in familialen Systemen. In: LÜSCHER, Kurt (Hrsg.) ; SCHULTHEIS, Franz (Hrsg.) ; WEHRSPAUN, Michael (Hrsg.): *Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit* Bd. 3. Konstanz : Universitätsverlag Konstanz, 1988, S. 312–326. – Konstanzer Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung
- [Herlyn 1988] HERLYN, Ulfert: Individualisierungsprozesse im Lebenslauf und städtische Lebenswelt. In: FRIEDRICHS, Jürgen (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1988 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988), S. 111–131
- [Herlyn 2003] HERLYN, Ulfert: Stadt. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 374–378
- [Hermann u. Laue 2003] HERMANN, Dieter ; LAUE, Christian: Kommunale Kriminalprävention. In: LPB (Hrsg.): *Zeitschrift Sicherheit und Kriminalität*. 53. Jahrgang. Stuttgart : Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg LpB, 2003 (Der Bürger im Staat), S. 70–76. – Heft 1/2003
- [Hermann 2008] HERMANN, Rainer: Jugendkriminalität in der Türkei. „Ich habe Yusuf nicht gemocht“. In: *FAZ* (2008), März, Nr. 13, S. 11. – Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
- [Hetger 2008] HETGER, Erwin: *Hetger: Südwesten keine Hochburg rechter Extremisten*. Version: Dezember 2008. <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/art1960,1424129>, Abruf: 28.02.2011. STIMME.de. – Heilbronner Stimme. Artikel vom 23.12.2008
- [Heuel 2009] HEUEL, Hubertus: Gewalt erreicht erschreckendes Ausmaß. Schüler (18) nach Kneipenbesuch beide Kiefer gebrochen. In: *Der Westen* (2009), April. <http://www.derwesten.de/staedte/attendorn/Schueler-18-nach-Kneipenbesuch-beide-Kiefer-gebrochen-id649024.html>. – Artikel vom 28.04.2009, Abruf: 28.02.2011

- [Hildenbrand 2006] HILDENBRAND, Bruno: Resilienz, Krise und Krisenbewältigung. In: WELTER-ENDERLIN, Rosemarie (Hrsg.) ; HILDENBRAND, Bruno (Hrsg.): *Resilienz - Gedeihen trotz widriger Umstände*. 1. Auflage. Heidelberg : Carl-Auer Verlag, 2006, S. 205–229
- [Hocker 1996] HOCKER, Reinhard: Türkische Jugendliche im ideologischen Zugriff. Zur Einflußnahme extremistischer Gruppierungen auf jugendliche Migranten türkischer Herkunft. In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1996, S. 426–449
- [Hüttermann 2000] HÜTTERMANN, Jörg: Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. Version: August 2000. <http://www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/1057/594>. In: ZFS (Hrsg.): *Zeitschrift für Soziologie*. Stuttgart : Lucius und Lucius Verlag, August 2000 (4), 275-293. – ZfS-online, Abruf: 28.02.2011
- [Hüttermann 2006] HÜTTERMANN, Jörg: *Das Minarett: zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole*. Weinheim : Juventa, 2006
- [Häußermann 2008] HÄÜSSERMANN, Hartmut: *Sozialer Städtebau. Wie Reiche die Armen aus den Städten verdrängen*. Version: Juli 2008. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,564649,00.html>, Abruf: 28.02.2011. SPIEGELonline. – Artikel vom 18.07.2008
- [Huntington 2002] HUNTINGTON, Samuel P.: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München : Goldmann, 2002. – Originaltitel: *Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*
- [Hurrelmann u. Albert 2006] HURRELMANN, Klaus ; ALBERT, Mathias ; HURRELMANN, Klaus (Hrsg.) ; ALBERT, Mathias (Hrsg.): *Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie: Eine pragmatische Generation unter Druck*. Frankfurt : Fischer Taschenbuch Verlag, 2006
- [IKZ 2010] IKZ: *Studie zum Wohnungsleerstand in Deutschland (Techem-empirica-Leerstandsindex)*. Version: Januar 2010. <http://www.ikz.de/tagsearch/single-view/article/studie-zum-wohnungsleerstand-in-deutschland.html>, Abruf: 28.02.2011. IKZ.de. – Artikel vom 29.01.2010
- [Imbusch 2005] IMBUSCH, Peter: *Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert*. Wiesbaden : VS-Verlag, 2005
- [Innenministerium 2007] INNENMINISTERIUM: *Entwicklung rechts- und linksradikaler sowie islamistisch-fundamentalistischer Tendenzen im Landkreis Karlsruhe*. Version: Dezember 2007. http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/1000/14_1971_d.pdf, Abruf: 28.02.2011. Drucksache 14/1971. – Antwort des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 07.12.2007
- [Innenministerium 2009] INNENMINISTERIUM: *ANDI. Bildungscomic gegen Extremismus*. Version: November 2009. <http://www.andi.nrw.de/andi1/Comic/comic.htm>, Abruf: 28.02.2011. Innenministerium Nordrhein-Westfalen. – Artikel vom 29.08.2005

- [Innenministerium 2010] INNENMINISTERIUM ; INNENMINISTERIUM (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2009*. Stuttgart : Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, 2010 http://www.verfassungsschutz-bw.de/images/stories/public_files/jabe2009/vsbericht_bw_2009.pdf. – Abruf: 28.02.2011
- [INSM 2008] INSM: *Städteranking 2008: Das Stärken-Schwächen-Profil Karlsruhe*. Version: 2008. http://www.insm-staedteranking.de/2008_pdf/karlsruhe.pdf, Abruf: 28.02.2011. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- [INSM 2010] INSM: *Städteranking 2010: Das Stärken-Schwächen-Profil Karlsruhe*. Version: 2010. http://www.insm-wiwo-staedteranking.de/2010_pdf/karlsruhe.pdf, Abruf: 28.02.2011. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- [ITZ 2006] ITZ: Medien. In: *Initiative Tageszeitung e.V. ITZ, Bielefeld* (2006). <http://www.initiative-tageszeitung.de/lexika/leitfaden-artikel.html?LeitfadenID=187>. – Abruf: 28.02.2011
- [IVW 2010] IVW: Online-Nutzungsdaten im November 2010. In: *IVW - Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.* (2010), Oktober. <http://www.ivw.de/index.php?menuid=1>. – Pressemitteilung vom 21.10.2010, Abruf: 28.02.2011
- [Jamaat 1993] JAMAAT, Ahmadiyya M. ; AHMAD, Hazrat Mirza T. (Hrsg.): *KORAN. Der Heilige Qur-An*. 3. überarb. Auflage. Rabwah, Pakistan : The Oriental and Religious Publishing Corporation Ltd., 1993
- [Janßen u. Polat 2006] JANSSEN, Andrea ; POLAT, Ayca: *Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten*. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung bpb. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Heft 1-2, S. 11-17, Januar 2006
- [Jaschke 2006] JASCHKE, Hans-Gerd: *Rechtsextremismus*. Version: September 2006. <http://www.bpb.de/themen/DU09IB,0,Rechtsextremismus.html>, Abruf: 28.02.2011. Bundeszentrale für politische Bildung bpb. – Artikel vom 19.09.2006
- [Jaschke u. a. 2001] JASCHKE, Hans-Gerd ; RÄTSCH, Birgit ; WINTERBERG, Yury: *Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf*. 1. Auflage. München : Bertelsmann Verlag, 2001
- [Jesse 2005] JESSE, Eckhard: Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus. In: BMI (Hrsg.): *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*. 2. Auflage. Berlin : Bundesministerium des Innern, Juni 2005, S. 5–22
- [Johnson u. Kaye 2002] JOHNSON, Thomas ; KAYE, Barbara: Webbelievability: A Path Model Examining How Convenience and Reliance Predict Online Credibility. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* (2002), Nr. 79/3, S. 619–642
- [Kalnoky 2009] KALNOKY, Boris: *Traditionell und bildungsfern. Studie gewährt Einblick in die „türkische Seele“*. Version: Februar 2009. http://www.welt.de/politik/article3264914/Studie-gewaehrt-Einblick-in-die-tuerkische-Seele.html#vote_3265329, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 24.02.2009

- [Kecskes 2002] KECSKES, Robert: *Integration türkischer Jugendlicher in Deutschland*. Version: März 2002. <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/83934/>, Abruf: 28.02.2011. Universität Köln. – UNI Protokoll Nr. 44/2002 vom 14.03.2002
- [Keim u. Androutsopoulos 2000] KEIM, Inken ; ANDROUTSOPOULOS, Jannis: „hey lan, isch geb dir konkret handy“. In: *FAZ* (2000), Januar. http://jannisandroutsopoulos.files.wordpress.com/2010/01/migration_androutsopouloskeim_2000.pdf. – Abruf: 28.02.2011
- [Kelek 2009] KELEK, Necla: Der große Bruder wird's schon richten. In: *FAZnet* (2009), Februar. <http://www.faz.net/s/Rub9B4326FE2669456BAC0CF17E0C7E9105/Doc~ECB7A2CACEA6845479A8A78C67B393CAB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. – Artikel vom 03.02.2009, Abruf: 28.02.2011
- [Kellerhoff 2003] KELLERHOFF, Sven F.: *Studie: Jugendgewalt gilt viel zu häufig als Rechtsextremismus*. Version: Dezember 2003. http://www.welt.de/print-welt/article278440/Studie_Jugendgewalt_gilt_viel_zu_haeufig_als_Rechtsextremismus.html, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 08.12.2003
- [Kelling u. Coles 1997] KELLING, George L. ; COLES, Catherine M.: *Fixing Broken Windows: Restoring Order And Reducing Crime In Our Communities*. Touchstone, 1997
- [Köhler 2003] KÖHLER, Gabriele: Sprache. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8.überarbeitete Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 367–371
- [Köhler u. Kopp 2003] KÖHLER, Gabriele ; KOPP, Johannes: Soziale Wahrnehmung. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8.überarbeitete Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 424–426
- [Kiesinger 1964] KIESINGER, Kurt G.: *Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger vom 25.06.1964*. Hauptstaatsarchiv Stuttgart : Landesarchiv Baden-Württemberg, Juni 1964. – Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Landtags von Baden-Württemberg, 4. Wahlperiode, 4. Sitzung
- [Klages 1975] KLAGES, Helmut: *Die unruhige Gesellschaft*. München : C.H.Beck, 1975
- [Klages 2001] KLAGES, Helmut: *Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?* Bonn : Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Juli 2001. – B 29/2001 vom 13.07.2001, S. 7-14. Bundeszentrale für politische Bildung bpb
- [Klarmann 2010] KLARMANN, Michael: *Ein Bluff: Das NPD-Interesse am Hotelkauf*. Version: Oktober 2010. http://www.an-online.de/lokales/aachen-detail-an/1426476?_link=&skip=&g=Ein-Bluff-Das-NPD-Interesse-am-Hotelkauf.html, Abruf: 28.02.2011. an-online.de. – Artikel in Aachener Nachrichten vom 06.10.2010
- [Klingst 2007] KLINGST, Martin: *Die rote Linie*. Version: November 2007. <http://www.zeit.de/2007/48/Sicherheit?page=all>, Abruf: 28.02.2011. ZEITonline. – Artikel vom 23.11.2007

- [Klärner u. Kohlstruck 2006] KLÄRNER, Andreas ; KOHLSTRUCK, Michael: Rechtsextremismus - Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: KLÄRNER, Andreas (Hrsg.) ; KOHLSTRUCK, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. 1. Auflage. Hamburg : Hamburger Edition, 2006, S. 7–41
- [Kock 2006] KOCK, Sonja: „Hochburgen“ des Rechtsextremismus im Südwesten der Bundesrepublik. Zur Tragweite politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze rechtsextremer Wahlerfolge. In: KLÄRNER, Andreas (Hrsg.) ; KOHLSTRUCK, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg : Hamburger Edition, 2006, S. 207–237
- [Kohler 2008] KOHLER, Berthold: Die türkische Frage. In: *FAZ.NET* (2008), Februar. <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EBFA2B2BF70FF4208BB3D3B35C2D90DD8~ATpl~Ecommon~Spezial.html>. – Artikel vom 12.02.2008. Abruf: 28.02.2011
- [Kohlstruck u. Münch 2006] KOHLSTRUCK, Michael ; MÜNCH, Anna V.: Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl. In: KLÄRNER, Andreas (Hrsg.) ; KOHLSTRUCK, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. 1. Auflage. Hamburg : Hamburger Edition, 2006, S. 302–336
- [Kolip 1993] KOLIP, Petra: *Freundschaften im Jugendalter. Der Beitrag sozialer Netzwerke zur Problembewältigung*. Weinheim und München : Juventa Verlag, 1993
- [von Krockow 1971] KROCKOW, Christian G.: *Soziale Kontrolle und autoritäre Gewalt*. Band 1606. München : List Verlag, 1971 (List Taschenbücher der Wissenschaft)
- [Kube 2003] KUBE, Edwin: Städtebau und Kriminalität. In: *Sicherheit und Kriminalität*. 53. Jahrgang. Stuttgart : Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg LpB, 2003 (Der Bürger im Staat 1), S. 65–69
- [LAFVS 2007] LAFVS ; LAFVS (Hrsg.): *Ausländerextremismus*. Stuttgart : LAFVS, 2007. – Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- [Lau 2007] LAU, Mariam: Die letzte Warnung an die Kanzlerin. In: *WELTonline* (2007), Juli. http://www.welt.de/politik/article1018855/Die_letzte_Warnung_an_die_Kanzlerin.html. – Artikel vom 11.07.2007. Abruf: 28.02.2011
- [Lüdemann 2001] LÜDEMANN, Christian: Die Einstellung zur Einführung des „Doppelpasses“. Zur Erklärung der Akzeptanz des neuen Staatsangehörigkeitsrechts. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie KZfSS* Jg. 53 (2001), Nr. 3, S. 547–568. – Westdeutscher Verlag, Opladen
- [Lehnartz 2008] LEHNARTZ, Sascha: *Deutschland, Du Opfer!* Version: Januar 2008. <http://www.faz.net/s/Rub77CAECAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~E44A65989440E46E4BB5E0301CF7674B4~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, Abruf: 28.02.2011. FAZ.NET. – Artikel vom 28.01.2008
- [Lehrer-Info.net 2009] LEHRER-INFO.NET: *Die Rolle der türkischen Medien in Deutschland*. Version: Februar 2009. <http://www.lehrer-info.net/kompetenz-portal.php/aid/6/cat/12>, Abruf: 28.02.2011. EuroPress - Deutsch-Türkische Medienagentur

- [Lerch 2008] LERCH, Wolfgang G.: *Yangin var - Es brennt!* Frankfurt am Main : Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Februar 2008. – Nr.6/2008, S. 2
- [Leutheusser-Schnarrenberger 2009] LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER, Sabine: *Antwort von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)*. Version: September 2009. http://www.abgeordnetenwatch.de/sabine_leutheusser_schnarrenberger-180-24742--f228410.html, Abruf: 28.02.2011. [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de). – Artikel vom 24.09.2009
- [LfV 2008] LFV ; INNENMINISTERIUM (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007*. Stuttgart : Landesamt für Verfassungsschutz, 2008. – Innenministerium Baden-Württemberg
- [LpB 2009] LPB: *Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus*. Version: Dezember 2009. http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=946%3Ateam-mex-mit-zivilcourage-gegen-extremismus&catid=86%3Aaallgemein&Itemid=327, Abruf: 28.02.2011. LfV. – Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)
- [Luft 2003] LUFT, Stefan: *Die Dynamik der Desintegration. Plädoyer für einen neuen Realismus bei der Ausländerintegration*. Berlin : StadtBauwelt 157. Bertelsmann Springer Bauverlag, März 2003. – 94. Jahrg., S. 34-38
- [Luhmann 1996] LUHMANN, Niklas: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1996
- [Löw 2007] LÖW, Martina: *Raumsoziologie*. 5. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2007
- [Löw 2009] LÖW, Martina: Die identitätsbildende Kraft der Städte. In: *soziologie heute*. 2. Jahrgang, Heft 3. Linz : i-trans Gesellschaft für Wissenstransfer, Februar 2009
- [Martin 2006] MARTIN, Klaus-Peter: *Für eine Auseinandersetzung „auf Augenhöhe“. Die Debatte um die Integration muslimischer Jugendlicher in Deutschland*. Version: Februar 2006. <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune02-06/amigrat.htm>, Abruf: 28.02.2011. Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur. – Ausgabe 2/2006
- [Martin u. Olson 1996] MARTIN, Peter ; OLSON, Susanne: Die Übertragung von Interaktionsmustern zwischen Generationen. In: EDELSTEIN, Wolfgang (Hrsg.) ; KREPPNER, Kurt (Hrsg.) ; STURZBECHER, Dietmar (Hrsg.): *Familie und Kindheit im Wandel* Bd. 2. 1. Auflage. Potsdam : Verlag für Berlin- Brandenburg, 1996, S. 287–295
- [Mascolo 2003] MASCOLO, Georg: Leben im Gefahrenraum. In: *DER SPIEGEL, Hamburg* (2003), Dezember, Nr. 49/2003, S. 48. – Ausgabe vom 01.12.2003
- [Mayer 1960] MAYER, Albert: Russell Woods: Change without Conflict. A Case Study of Neighborhood Transition in Detroit. In: GLAZER, Nathan (Hrsg.) ; MCENTIRE, David (Hrsg.): *Studies in Housing and Minority Groups*. Berkeley, Ca. : University of California Press, 1960
- [Mead 1975] MEAD, George H.: *Geist, Identität und Gesellschaft*. 2. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1975

- [Merton 1995] MERTON, Robert K.: *The Thomas Theorem and the Matthew Effect*. Version: Dezember 1995. <http://garfield.library.upenn.edu/merton/thomastheorem.pdf>, Abruf: 28.02.2011. In: *Social Forces*, 74(2): 379-424, The University of North Carolina Press
- [MGSFF 2003] MGSFF ; MGSFF (Hrsg.): *Ambulante kinderpsychiatrische Versorgung von Migrantenfamilien*. Düsseldorf : Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, 2003
- [Müller 2008] MÜLLER, Claus P.: *Junge Türken neigen am meisten zur Gewalt*. Version: Januar 2008. <http://www.faz.net/s/RubCD175863466D41BB9A6A93D460B81174/Doc~EAA59363F5B9243F3A4A6C5926B177271~ATpl~Ecommon~Scontent~Afor~Eprint.html>, Abruf: 28.02.2011. FAZ.NET. – Frankfurter Allgemeine Zeitung. Artikel vom 10.01.2008
- [Möller 2001] MÖLLER, Kurt: Extremismus. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.) ; ZAPF, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 2. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2001, S. 194–207
- [Müller 2002] MÜLLER, Walter: Zur Zukunft der Berufsbildung: Das deutsche Modell der Berufsbildung im europäischen Vergleich. In: GLATZER (Hrsg.) ; HABICH (Hrsg.) ; MAYER (Hrsg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen : Leske + Budrich, 2002, S. 49–68
- [Müller-Vogg 2008a] MÜLLER-VOGG, Hugo: *Droht Deutschland eine zweite Teilung?* Version: Februar 2008. http://www.hugo-mueller-vogg.de/index.php?article_id=1273&version=1, Abruf: 28.02.2011. HMVonline. – Erstveröffentlicht im Bayernkurier am 16.02.2008
- [Müller-Vogg 2008b] MÜLLER-VOGG, Hugo: „Hürriyet“ 60 Jahre und ein bisschen deutscher. Version: April 2008. <http://www.bild.de/BILD/news/standards/berlin-intern/2008/04/30/berlin-intern.html>, Abruf: 28.02.2011. BILD.de. – Artikel vom 29.04.2008
- [Mönch 2008] MÖNCH, Regina: Dreihundert Wörter für ein Leben im fremden Land. In: *FAZ.NET* (2008). <http://www.faz.net/s/Rub9B4326FE2669456BAC0CF17E0C7E9105/Doc~E9FD762B2858C4F848F06C351BD0D0808~ATpl~Ecommon~Scontent.html>. – Frankfurter Allgemeine. Artikel vom 14.07.2008, Abruf: 28.02.2011
- [mpfs 2009] MPFS ; MPFS (Hrsg.): *JIM-Studie 2009*. Stuttgart : Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest, 2009. – Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland
- [MSN 2007] MSN ; MSN (Hrsg.): *Circuits of Cool - Germany*. Unterschleißheim : Microsoft Corporation. MSN Microsoft Network Online Services, 2007. – 1–38 S. http://advertising.microsoft.com/deutschland/Marktforschung?Adv_ResearchReportID=608. – MSN/MTV Networks Studie 08/2007. Abruf: 28.02.2011

- [Ämter 2010] ÄMTER, Statistische: *Bevölkerung Deutschland*. Version: Juni 2010. http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_zs01_bund.asp, Abruf: 28.02.2011. statistikportal.de. – Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Stand vom 30.06.2010
- [Musterd u. a. 1997] MUSTERD, Sako ; OSTENDORF, Wim ; BREEBAART, Matthijs: Muster und Wahrnehmung ethnischer Segregation in Westeuropa. In: HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.) ; OSWALD, Ingrid (Hrsg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Opladen/Wiesbaden : Westdeutscher Verlag, 1997, S. 293–307
- [Nandlinger 2008] NANDLINGER, Gabriele: *Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus...?* Version: Juli 2008. http://www.bpb.de/themen/VSBMKQ,0,Wann_spricht_man_von_Rechtsextremismus_Rechtsradikalismus_oder_Neonazismus%85_.html, Abruf: 28.02.2011. Bundeszentrale für politische Bildung. – Artikel vom 25.07.2008
- [Nauck 2007] NAUCK, Bernhard: *Integration und Familie*. Bonn : Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Mai 2007. – Bundeszentrale für politische Bildung bpb, Heft 22-23/2007 vom 29.05.2007, S. 19-25
- [Nave-Herz 2007] NAVE-HERZ, Rosemarie: Die soziologische Relevanz von Vererbungspraktiken in Deutschland. In: BUDRICH, Edmund (Hrsg.): *Gesellschaft.Wirtschaft.Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung*. 56. Jg. Leverkusen : Verlag Barbara Budrich, 2007 (4), S. 505–516
- [Neubacher u. Schmidt 2008] NEUBACHER, Alexander ; SCHMIDT, Caroline: Die Flucht der Elite. In: *DER SPIEGEL* 17 (2008), S. 28–31. – Artikel vom 21.04.2008
- [Neubauer 1998] NEUBAUER, Hans-Joachim: *Fama. Eine Geschichte des Gerüchts*. Berlin : Berlin Verlag, 1998
- [ka news 2008a] NEWS ka: Antwort auf Landtagsanfrage. In: *ka-news.de* (2008), Mai. <http://www.ka-news.de/nachrichten/karlsruhe/Karlsruhe;art86,68077>. – Artikel vom 05.05.2008. Abruf: 28.02.2011
- [ka news 2008b] NEWS ka: *Einsatz in luftiger Höhe: Flagge gegen rechts geht*. Version: Juni 2008. <http://www.ka-news.de/nachrichten/karlsruhe/Karlsruhe-Einsatz-in-luftiger-Hoehe-Flagge-gegen-Rechts-geht;art86,101541>, Abruf: 28.02.2011. ka-news. – Artikel vom 25.06.2008
- [ka news 2008c] NEWS ka: *Eine Stadt wehrt sich*. Version: Mai 2008. <http://www.ka-news.de/karlsruhe/news.php4?show=de2008516-3450K>, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 18.05.2008
- [ka news 2008d] NEWS ka: *Stadt will sich wehren*. Version: März 2008. <http://www.ka-news.de/nachrichten/karlsruhe/Karlsruhe-Stadt-will-sich-wehren;art86,66919?show=de2008320-3286G>, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 20.03.2008
- [ka news 2009a] NEWS ka: 28-Jähriger von junglichem Trio beraubt. In: *ka-news.de* (2009), November. <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/>

- 28-Jaehriger-von-jugendlichem-Trio-beraubt;art6066,299264. – Artikel vom 07.11.2009, Abruf: 28.02.2011
- [ka news 2009b] NEWS ka: *Angriff mit Elektroschocker. 15-Jähriger auf Europaplatz schwer verletzt.* Version: August 2009. [http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Angriff-mit-Elektroschocker-15-Jaehriger-auf-Europaplatz-schwer-verletzt;](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Angriff-mit-Elektroschocker-15-Jaehriger-auf-Europaplatz-schwer-verletzt;art6066,245084) art6066,245084, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 04.08.2009
- [ka news 2009c] NEWS ka: *„Flagge gegen Rechts“ auch auf Schulhöfen.* Version: Mai 2009. [http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Flagge-gegen-Rechts-auch-auf-Schulhoefen;](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Flagge-gegen-Rechts-auch-auf-Schulhoefen;art6066,208613)art6066,208613, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 28.05.2009
- [ka news 2009d] NEWS ka: *ka-news unter den Top-Fünf-Portalen im Land.* Version: August 2009. [http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/ka-news-unter-den-Top-Fuenf-Portalen-im-Land;](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/ka-news-unter-den-Top-Fuenf-Portalen-im-Land;art6066,250633)art6066,250633, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 13.08.2009
- [ka news 2009e] NEWS ka: *Randalierer greift wahllos Passanten auf dem Europa- platz an.* Version: August 2009. [http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Randalierer-greift-wahllos-Passanten-auf-dem-Europaplatz-an;](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Randalierer-greift-wahllos-Passanten-auf-dem-Europaplatz-an;art6066,247595)art6066,247595, Abruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 08.08.2009
- [ka news 2009f] NEWS ka: *Wie hat Ihre Stadt, Ortsteil oder Gemeinde ge- wählt?* Version: September 2009. [http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Wie-hat-Ihre-Stadt-Ortsteil-oder-Gemeinde-gewaehlt-;](http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Wie-hat-Ihre-Stadt-Ortsteil-oder-Gemeinde-gewaehlt-;art6066,275884)art6066,275884, Ab- ruf: 28.02.2011. ka-news.de. – Artikel vom 28.09.2009
- [Noelle u. Petersen 2006] NOELLE, Elisabeth ; PETERSEN, Thomas: Eine fremde, bedrohliche Welt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2006), Mai, Nr. 114, S. 5. – Allensbach-Analyse, Artikel vom 17.05.2006
- [Noelle-Neumann u. Petersen 1996] NOELLE-NEUMANN, Elisabeth ; PETERSEN, Thomas: *Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie.* München : Deutscher Taschenbuch Verlag, 1996
- [Nollmann u. Strasser 2002] NOLLMANN, Gerd ; STRASSER, Hermann: Armut und Reichtum in Deutschland. In: *Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschich- te* 29-30/2002 (2002). http://www.bpb.de/publikationen/TIKE8T,0,0,Armut_und_Reichtum_in_Deutschland.html. – Abruf: 28.02.2011
- [NZZ 2009] NZZ: *„Erschreckend ausländerfeindlich“.* *Einseitige mediale Wahrnehmung ei- ner deutschen Studie.* Version: März 2009. http://www.nzz.ch/nachrichten/medien/erschreckend_auslaenderfeindlich%_1.2228241.html, Abruf: 28.02.2011. NZZonli- ne. – Neue Zürcher Zeitung. Artikel vom 20.03.2009
- [O´Connor 2004] O´CONNOR, Alice: Rasse, Klasse und Ausgrenzung. In: HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.) ; KRONAUER, Martin (Hrsg.) ; SIEBEL, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte.* 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2004, S. 43–70

- [Odenthal 2008] ODENTHAL, Jessica: Tatort Weitlingstraße - ein Naziviertel wird renoviert. In: COURAGE, Schule ohne Rassismus Schule m. (Hrsg.): *Q-rage. Selam Deutschland* Bd. 4. Q-rage, November 2008, S. 8. – Ausgabe Schuljahr 2008/2009
- [OECD 2001] OECD ; MPIB (Hrsg.): *PISA 2000. Schülerleistungen im internationalen Vergleich*. Berlin : BMBF, 2001 <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/ergebnisse.pdf>. – Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Abruf: 28.02.2011
- [Otte u. Baur 2008] OTTE, Gunnar ; BAUR, Nina: Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie ZfS* 37 (2008), April, Nr. 2, S. 93–116. – Hrsg. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
- [Ottersbach 2003] OTTERSBAACH, Markus: *Die Marginalisierung städtischer Quartiere in Deutschland als theoretische und praktische Herausforderung*. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung bpb. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 28/2003, S. 32-39, Juli 2003
- [Pahle-Franzen 2007] PAHLE-FRANZEN, Ulrike: *Chance auf Zukunft? Berufliche Selbständigkeit als Option für Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund auf ihrem Weg in die Erwerbstätigkeit in der BRD*. 1. Auflage. Göttingen : Cuvillier Verlag, 2007
- [Palfrey u. Gasser 2008] PALFREY, John ; GASSER, Urs: *Generation Internet*. München : Hanser Verlag, 2008
- [Pappi u. Melbeck 1988] PAPPI, Franz U. ; MELBECK, Christian: Die sozialen Beziehungen städtischer Bevölkerungen. In: FRIEDRICHS, Jürgen (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1988 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988), S. 223–250
- [Parsons 1978] PARSONS, Talcott: Die Juden als Objekt von Aggressionen. In: OOMEN, Hans-Gert (Hrsg.) ; SCHMID, Hans-Dieter (Hrsg.): *Vorurteile gegen Minderheiten. Die Anfänge des modernen Antisemitismus am Beispiel Deutschland*. Stuttgart : Reclam, 1978, S. 138–141
- [Paugam 2004] PAUGAM, Serge: Armut und soziale Exklusion: Eine soziologische Perspektive. In: HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.) ; KRONAUER, Martin (Hrsg.) ; SIEBEL, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte*. 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2004, S. 71–96
- [Pestalozzi 1996] PESTALOZZI, Karl: Fremde in literarischen Werken des 19. Jahrhunderts. In: SCHUSTER, Meinhard (Hrsg.): *Die Begegnung mit dem Fremden. Wertungen und Wirkungen in Hochkulturen vom Altertum bis zur Gegenwart*. Stuttgart und Leipzig : B.G.Teubner, 1996, S. 262–273
- [Peuckert 2003a] PEUCKERT, Rüdiger: Konformität. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 187–189
- [Peuckert 2003b] PEUCKERT, Rüdiger: Soziale Kontrolle. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 193–196

- [Peuckert 2003c] PEUCKERT, Rüdiger: Stigma. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 384–386
- [Peuckert 2003d] PEUCKERT, Rüdiger: Werte. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 435–438
- [Peuckert u. Scherr 2003] PEUCKERT, Rüdiger ; SCHERR, Albert: Integration. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 152–154
- [Pfeiffer u. Wetzels 1998] PFEIFFER, Christian ; WETZELS, Peter: *Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt*. Version:1998. <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/jungetuerken.pdf>, Abruf: 28.02.2011. KFN. – Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
- [PISA-Konsortium 2001] PISA-KONSORTIUM, Deutsches ; PISA-KONSORTIUM, Deutsches (Hrsg.): *PISA 2000. Basiskompetenz von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. 1. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2001
- [Prahl 2002] PRAHL, Hans-Werner: *Soziologie der Freizeit*. Paderborn : Ferdinand Schöningh, 2002
- [Preuß 2009] PREUSS, Roland: *Angst, ein Deutscher zu werden*. Version: April 2009. <http://www.sueddeutsche.de/politik/184/466763/text/>, Abruf: 28.02.2011. sueddeutsche.de. – Artikel vom 28.04.2009
- [Rasche 2009] RASCHE, Uta: „Der Täter könnte auch ein Türke sein“. Version: Januar 2009. <http://www.faz.net/s/Rub77CAECAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~E075C921490EA4DF7944D2532BF8985~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, Abruf: 28.02.2011. FAZ.NET. – Frankfurter Allgemeine Zeitung. Artikel vom 23.01.2009
- [Rauhut u. Krumpal 2008] RAUHUT, Heiko ; KRUMPAL, Ivar: Die Durchsetzung sozialer Normen in Low-Cost- and High-Cost-Situationen. In: UNIVERSITÄT BIELEFELD, Fakultät für S. (Hrsg.): *Zeitschrift für Soziologie* Bd. 5. Jg.37. Lucius und Lucius, Oktober 2008
- [Regierungspräsidium 2010] REGIERUNGSPRÄSIDIUM: *Polizeiliche Kriminalstatistik 2009*. Version: März 2010. <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1309516/ANFANG>, Abruf: 28.02.2011. Regierungspräsidium Karlsruhe. – Pressemitteilung Regierungspräsidium Baden-Württemberg vom 17.03.2010
- [Reich u. Özlem Gezer 2009] REICH, Franziska ; GEZER, Özlem: *Lange hier und doch nicht da*. Version: April 2009. <http://www.stern.de/panorama/integration-von-einwanderern-lange-hier-und-doch-nicht-da-659816.html?p=2>, Abruf: 28.02.2011. STERN.de. – Artikel vom 05.04.2009
- [Reinders 2004] REINDERS, Heinz: Allports Erben. Was leistet noch die Kontakthypothese. In: HOFFMANN, Dagmar (Hrsg.) ; MERKENS, Hans (Hrsg.): *Jugendsoziologische Sozialisationstheorie. Impulse für die Jugendforschung*. Weinheim : Juventa Verlag, 2004, S. 91–108

- [Reinders u. a. 2006] REINDERS, Heinz ; GREB, Karina ; GRIMM, Corinna: Entstehung, Gestalt und Auswirkungen interethnischer Freundschaften im Jugendalter. Eine Längsschnittstudie. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung* (2006), Nr. 1, 39-57. http://www.diskurs-kindheits-und-jugendforschung.de/texte/05reinder_1%_06_039-057.pdf. – Abruf: 28.02.2011
- [Reinle 2010] REINLE, Dominik: *Hinweise auf nationalistisch-islamistische Propaganda*. WDR.de. http://www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/schule/tuerkische_schueler/index_teil_1.jhtml?pbild=3. Version: 2010. – Westdeutscher Rundfunk Köln. Abruf: 28.02.2011
- [Rieker 2007] RIEKER, Peter: Fremdenfeindlichkeit und Bedingungen der Sozialisation. In: BPB (Hrsg.): *Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte*. Bundeszentrale für politische Bildung, September 2007 (37), S. 31–38. – Ausgabe vom 10.09.2007
- [Riesmann u. a. 1955] RIESMANN, David ; GLAZER, Nathan ; DENNEY, Reuel: *The Lonely Crowd*. Garden City, New York : Doubleday Anchor Books, 1955
- [Rinderspacher 1985] RINDERSPACHER, Jürgen P.: *Gesellschaft ohne Zeit. Individuelle Zeitverwendung und soziale Organisation der Arbeit*. Frankfurt am Main/New York : Campus Verlag, 1985
- [Rixius 1999] RIXIUS, Norbert: Mit rechten Sprüchen, Minderheitenfeindlichkeit und Provokationen umgehen. In: HURRELMANN, Klaus (Hrsg.) ; RIXIUS, Norbert (Hrsg.) ; SCHIRP, Heinz (Hrsg.): *Gewalt in der Schule. Ursachen-Vorbeugung-Intervention*. Weinheim,Basel,Berlin : Beltz Verlag, 1999, S. 156–181
- [Ronneberger 1979] RONNEBERGER, Franz: Leistungen und Fehlleistungen der Massenkommunikation. In: LANGENBUCHER, Wolfgang R. (Hrsg.): *Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung*. München : Piper, 1979, S. 127–142
- [Rousseau 2005] ROUSSEAU, Jean-Jacques: *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Stuttgart : Reclam, 2005. – Original: Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes (1755)
- [Rössler u. Scharfenberg 2004] RÖSSLER, Patrick ; SCHARFENBERG, Nadeschda: *Wer spielt die Musik? Kommunikationsnetzwerke und Meinungsführerschaft unter Jugendlichen - eine Pilotstudie zu Musikthemen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, September 2004. – 56. Jg. Heft 3, Seite 490-519
- [Rössner 2006] RÖSSNER, Dieter: Einführung der Arbeitsgruppe primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen. In: BMJ (Hrsg.): *Hasskriminalität - Vorurteilskriminalität* Bd. 1. Berlin : Bundesministerium der Justiz, 2006, S. 15–40
- [Rössner u. a. 2003] RÖSSNER, Dieter ; BANNENBERG, Britta ; COESTER, Marc: *Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen*. Version: Dezember 2003. http://www.bmj.bund.de/files/-/1286/Endbericht_der_Arbeitsgruppe.pdf, Abruf: 28.02.2011. Deutsches Forum für Kriminalprävention. – Auftraggeber: Bundesministerium der Justiz, Berlin

- [Sag 1996] SAG, Emir A.: Üben islamisch-fundamentalistische Organisationen eine Anziehungskraft auf Jugendliche aus? In: HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; DOLLASE, Rainer (Hrsg.): *Die bedrängte Toleranz*. Frankfurt : Suhrkamp Verlag, 1996, S. 450–473
- [Schachtner u. Winker 2005] SCHACHTNER, Christina ; WINKER, Gabriele: *Virtuelle Räume - neue Öffentlichkeiten: Frauennetze im Internet*. Frankfurt, New York : Campus Verlag, 2005
- [Schelsky 1979] SCHELSKY, Helmut: *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik*. 1. Auflage. München : Wilhelm Goldmann Verlag, 1979
- [Schäfers 1985] SCHÄFERS, Bernhard: *Soziologie des Jugendalters*. 3., verb. und aktualisierte Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 1985
- [Schäfers 1988] SCHÄFERS, Bernhard: Stadt und Kultur. In: FRIEDRICHS, Jürgen (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1988 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988), S. 95–110
- [Schäfers 1994] SCHÄFERS, Bernhard: *Soziologie des Jugendalters*. 5. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 1994
- [Schäfers 2002] SCHÄFERS, Bernhard: „Wenn die Arbeit abnimmt, erschwert das die Integration“. In: *UNIKATH 2* (2002), S. 16–17
- [Schäfers 2003a] SCHÄFERS, Bernhard: *Architektursoziologie. Grundlagen-Epochen-Themen*. Opladen : Leske + Budrich, 2003
- [Schäfers 2003b] SCHÄFERS, Bernhard: Öffentlichkeit. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. überarb. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 258–260
- [Schäfers 2004] SCHÄFERS, Bernhard: *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland*. 8., völlig neu bearb. Aufl. Stuttgart : Lucius und Lucius, 2004
- [Schäfers 2006] SCHÄFERS, Bernhard: *Stadtentwicklung im Spiegel der Stadtsoziologie*. Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft. Konstanz : Hartung-Gorre Verlag, 2006
- [Schäfers 2010] SCHÄFERS, Bernhard: Die soziale Gruppe. In: KORTE, Hermann (Hrsg.) ; SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. 8. durchgesehene Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, S. 129–142
- [Schiffauer 1997] SCHIFFAUER, Werner: *Fremde in der Stadt*. 1. Auflage. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 1997
- [Schirmacher 2008] SCHIRRMACHER, Frank: *Jugendgewalt. Junge Männer auf Feindfahrt*. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Januar 2008. – FAZ Nr. 12/2008 vom 15.01.2008, S. 31
- [Schmidt 2008a] SCHMIDT, A. ; RECHERCHEGRUPPE (Hrsg.): *Investigate THOR STEINAR. Die kritische Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke*. 1. Auflage. Berlin : Recherchegruppe Investigate Thor Steinar, 2008. – Broschüre

- [Schmidt 2008b] SCHMIDT, Sabine: Wohnsituation in Baden-Württemberg. In: SLA (Hrsg.): *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2008*. Stuttgart : Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, August 2008, S. 17–20. – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2006
- [Schneider 2006] SCHNEIDER, Hans J.: Hass-Gewalt-Delinquenz junger Menschen: Theoretische Grundlagen und empirische Forschungsergebnisse. In: BMJ (Hrsg.): *Hasskriminalität-Vorurteilskriminalität* Bd. 1. Berlin : Bundesministerium der Justiz, 2006, S. 43–82
- [Schneider 2005] SCHNEIDER, Peter: „Erziehung zum Haß“. Version: Dezember 2005. http://www.welt.de/print-welt/article183100/Erziehung_zum_Hass.html, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – WELT. Artikel vom 09.12.2005
- [Schrader 1966] SCHRADER, Achim: *Die soziale Bedeutung des Besitzes in der modernen Konsumgesellschaft*. Sozialforschungsstelle an der Universität Münster-Sitz Dortmund. Köln und Opladen : Westdeutscher Verlag, 1966. – Dortmunder Schriften zur Sozialforschung Band 32
- [Schäuble 2009] SCHÄUBLE, Wolfgang: Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) zum Thema Integration. In: *Abgeordnetenwatch.de* (2009), März. http://www.abgeordnetenwatch.de/dr_wolfgang_schaeuble-650-5664--f165662.html. – Antwort vom 02.03.2009, Abruf: 28.02.2011
- [Schwaldt 2009] SCHWALDT, Norbert: Wohnen in Deutschland wird deutlich teurer. In: *WELTonline* (2009), Januar. <http://www.welt.de/finanzen/article3098936/Wohnen-in-Deutschland-wird-deutlich-teurer.html>. – Artikel vom 27.01.2009. Abruf: 28.02.2011
- [Schwarck 2008] SCHWARCK, Cornelia: Wohin zieht es ältere Menschen in Baden-Württemberg? In: SLA (Hrsg.): *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2008*. Stuttgart : Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Mai 2008 (5/2008), S. 14–18
- [Schwind u. a. 2006] SCHWIND, Hans-Dieter ; ROITSCH, Karin ; GIELEN, Birgit: Gewalt in der Schule aus der Perspektive unterschiedlicher Gruppen. In: HOLTAPPELS, Heinz G. (Hrsg.) ; HEITMEYER, Wilhelm (Hrsg.) ; MELZER, Wolfgang (Hrsg.) ; TILLMANN, Klaus-Jürgen (Hrsg.): *Forschung über Gewalt an Schulen. Erscheinungsformen und Ursachen, Konzepte und Prävention*. 4. Auflage. Weinheim und München : Juventa Verlag, 2006, Kapitel II. Verbreitung und Erscheinungsformen, S. 81–100
- [SÜDDEUTSCHE 2009] SÜDDEUTSCHE: *Nazi-Vergleiche. Wie Hitler, wie Auschwitz, wie der Holocaust*. Version: 2009. <http://www.sueddeutsche.de/politik/846/307796/bilder/?img=10.0>, Abruf: 28.02.2011. sueddeutsche.de
- [Seidel u. a. 2003] SEIDEL, Axel ; STEINER, Michael ; KNITTEL, Tilmann ; HÖLTERHOFF, Marcel: Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Berlin, 2003. – Forschungsbericht
- [Shell 2010] SHELL: 16. Shell Jugendstudie. Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich / Deutsche Shell AG. Version: 2010. <http://www.shell.de/home/content/>

deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/. 2010. – Forschungsbericht. – Abruf: 28.02.2011

[Siebert-Ott 2006] SIEBERT-OTT, Gesa: Mehrsprachigkeit und Bildungserfolg. In: AUERNHEIMER, Georg (Hrsg.): *Schieflagen im Bildungssystem*. 2. überarb. und erw. Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006 (Interkulturelle Studien), S. 145–159

[Siefen 2005] SIEFEN, Rainer-Georg: Psychische Entwicklungsrisiken bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: *Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Lebenswelten, Gesundheit und Krankheit*. Frankfurt am Main : Mabuse Verlag, 2005, S. 107–119

[Simmel 1968] SIMMEL, Georg: *Georg Simmel. Gesammelte Werke*. Bd. 2: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. 5. Auflage. Berlin : Duncker und Humblot, 1968

[Simmel 2006] SIMMEL, Georg: *Die Großstädte und das Geistesleben. Essenzen*. Frankfurt am Main : Suhrkamp Verlag, 2006. – Auflage folgt dem Wiederabdruck in: Georg Simmel, Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908 (Georg Simmel Gesamtausgabe Band 7) Frankfurt/M, 1995, Suhrkamp TB 807, S. 116-131

[Sitzer u. Heitmeyer 2007] SITZER, Peter ; HEITMEYER, Wilhelm: *Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen*. Bonn : Bundeszentrale für politische Bildung bpb, September 2007. – Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 37/2007 vom 10.09.2007, S. 3-10

[SPIEGEL 2007] SPIEGEL: *Extremismus. Schäuble warnt vor Anschlägen radikaler Türken in Deutschland*. Version: Februar 2007. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,464314,00.html>, Abruf: 28.02.2011. SPIEGELonline. – Artikel vom 05.02.2007

[Springer 1999] SPRINGER, Werner: Prävention durch sozialraumorientierte Jugendhilfe. In: BMFSFJ (Hrsg.): *Bevor es zu spät ist. Präventiver Kinder- und Jugendschutz in sozialen Brennpunkten*. Berlin, 1999, S. 58–65. – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

[Steinbach 2009] STEINBACH, Miriam: *Der weiche Nazi wird oft übersehen*. Karlsruhe : BNN Badische Neueste Nachrichten, Juni 2009. – Printausgabe Nr. 123, S. 10 vom 31.05./01.06.2009

[STERN 2006] STERN: *Warnung vor Immobilien-Tricks von Neonazis*. Version: August 2006. <http://www.stern.de/wirtschaft/immobilien/immobilien/verfassungsschutz-warnung-vor-immobilien-tricks-von-neonazis-568098.html>, Abruf: 28.02.2011. stern.de. – Artikel vom 20.08.2006

[STERN 2007a] STERN: *Die islamistische Szene in Deutschland*. Version: September 2007. <http://www.stern.de/politik/deutschland/terrorgefahr-die-islamistische-szene-in-deutschland-597075.html>, Abruf: 28.02.2011. STERN.de. – Artikel vom 06.09.2007

- [STERN 2007b] STERN: *Schäuble warnt vor radikalen Konvertiten*.
Version: September 2007. <http://www.stern.de/politik/deutschland/terrorgefahr-schaeuble-warnt-vor-radikalen-konvertiten-597066.html>,
Abruf: 28.02.2011. STERN.de. – Artikel vom 06.09.2007
- [Striewski 2006] STRIEWSKI, Rainer: Es ist unsere Aufgabe, mutig zu sein. In: *WDR* (2006),
September. <http://www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/spielfilm/wut/index.jhtml>. – Interview des WDR-Fernsehfilmchef Henke über den Spielfilm WUT
vom 28.09.2006
- [Stöss 2004] STÖSS, Richard: Der Nährboden für rechte Netzwerke. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Ursachen. In: BRAUN, Stephan (Hrsg.) ; HÖRSCH, Daniel (Hrsg.): *Rechte Netzwerke - eine Gefahr*. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, S. 72–76
- [Tertilt 1996] TERTILT, Hermann: Turkish Power Boys: Zur Interpretation einer gewaltbereiten Subkultur. (1996). <http://hermann.tertilt.info/tpb/aufsaeetze/2.htm>. – Abruf: 28.02.2011
- [Tibi 2004] TIBI, Bassam: Die deutsche verordnete Fremdenliebe. In: SCHWARZER, Alice (Hrsg.): *Die Gotteskrieger und die falsche Toleranz*. 5. Auflage. Köln : Kiepenheuer und Witsch, 2004, S. 105–120
- [Tietze 1997] TIETZE, Nikola: Moslemische Handlungsstrategien bei jungen Erwachsenen. In: HÄUSSERMANN, Hartmut (Hrsg.) ; OSWALD, Ingrid (Hrsg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Leviathan Sonderheft 17/1997. Opladen/Wiesbaden : Westdeutscher Verlag, 1997, S. 365–385
- [Tönnies 1969] TÖNNIES, Ferdinand: *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*. Darmstadt : Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1969. – Nachdruck auf Grundlage der 8. Auflage von 1935 (Erstauflage: 1887)
- [Treibel 2004] TREIBEL, Annette: *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*. 6. Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004
- [Treibel 2008] TREIBEL, Annette: *Die Soziologie von Norbert Elias*. 1. Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008
- [Tumin 1975] TUMIN, Melvin M. ; CLAESSENS, Dieter (Hrsg.): *Grundfragen der Soziologie*. Bd. 5: *Schichtung und Mobilität*. 3. Auflage. München : Juventa Verlag, 1975
- [n tv 2005] TV n: *Das NPd-Verbot. Schlappe für den Staat*. Version: Januar 2005. <http://www.n-tv.de/archiv/Schlappe-fuer-den-Staat-article22789.html>,
Abruf: 28.02.2011. n-tv.de. – Artikel vom 23.01.2005
- [n tv 2008] TV n: *Immer wieder Nazi-Vergleiche*. n-tv.de. <http://www.n-tv.de/bilderserien/Immer-wieder-Nazi-Vergleiche-article23245.html>.
Version: September 2008. – Bilderserie vom 18.09.2008, Abruf: 28.02.2011
- [n tv 2009] TV n: *Mehr rechtsextreme Internetseiten*. Version: August 2009. <http://www.n-tv.de/politik/Mehr-rechtsextreme-Internetseiten-article460574.html>,
Abruf: 28.02.2011. n-tv.de. – Artikel vom 14.08.2009

- [UNDP 2009] UNDP: *Human Development Report 2009*. Version: 2009. http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2009_EN_Summary.pdf, Abruf: 28.02.2011. United Nations Development Programme. – Summary
- [Uslucan u. a. 2005] USLUCAN, Haci-Halil ; FUHRER, Urs ; MAYER, Simone: Erziehung in Zeiten der Verunsicherung. Elterliches Erziehungsverhalten und die Gewaltbelastung von Migrantenjugendlichen. In: BORDE, Theda (Hrsg.) ; DAVID, Matthias (Hrsg.): *Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Lebenswelten, Gesundheit und Krankheit*. Frankfurt am Main : Mabuse Verlag, 2005, S. 65–88
- [Verfassungsschutz 2004] VERFASSUNGSSCHUTZ: *Türkischer Nationalismus: „Graue Wölfe“ und „Ülkücü“ (Idealisten) - Bewegung*. Version: Oktober 2004. http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/tuerkischer_nationalismus.pdf, Abruf: 28.02.2011. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
- [Verfassungsschutz 2007] VERFASSUNGSSCHUTZ ; BFV (Hrsg.): *Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention*. Köln : Bundesamt für Verfassungsschutz, 2007 (bfv-Themenreihe)
- [Verfassungsschutz 2008] VERFASSUNGSSCHUTZ ; BFV (Hrsg.): *Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten*. Köln : Bundesamt für Verfassungsschutz, 2008. – Broschüre
- [Verfassungsschutz 2009] VERFASSUNGSSCHUTZ: *Internetaktivitäten der Ülkücü-Bewegung - „Graue Wölfe“*. Version: September 2009. http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/gw_ohne.pdf, Abruf: 28.02.2011. Innenministerium des Landes NRW. – Verfassungsschutz NRW
- [Verfassungsschutz 2010] VERFASSUNGSSCHUTZ: *Wesensmerkmale des Rechtsextremismus*. Version: 2010. http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=153&Itemid=59, Abruf: 28.02.2011. Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- [WDR 2006] WDR: *Netzwerk Medienkompetenz des WDR. Der Fernsehfilm WUT*. Köln : Westdeutscher Rundfunk, September 2006. – Arbeitspaket mit Unterrichtsmaterial ab Klasse 9. Broschüre vom 15.05.2007
- [WELTonline 2009a] WELTONLINE: *Brutale Attacken auf Polizisten nehmen stark zu*. Version: Februar 2009. <http://www.welt.de/politik/article3179774/Brutale-Attacken-auf-Polizisten-nehmen-stark-zu.html>, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 10.02.2009
- [WELTonline 2009b] WELTONLINE: *„Fehlgeleitete Konvertiten“ - BKA warnt vor Terror*. Version: Januar 2009. <http://www.welt.de/politik/article3123481/Fehlgeleitete-Konvertiten-BKA-warnt-vor-Terror.html>, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 31.01.2009
- [WELTonline 2009c] WELTONLINE: *Türkische Gemeinde mahnt zur Wahl von Migranten*. Version: September 2009. <http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4504765/Tuerkische-Gemeinde-mahnt-zur-Wahl-von-Migranten.html>, Abruf: 28.02.2011. WELTonline. – Artikel vom 10.09.2009

- [Wendt 2008] WENDT, Alexander: Hakenkreuz-Story vor Gericht. In: *FOCUS online* (2008), September. http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-12008/mittweida-hakenkreuz-story-vor-gericht_aid_337283.html. – Artikel vom 30.09.2008, Abruf: 28.02.2011
- [von Wilamowitz-Moellendorff 2002] WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Ulrich von: *Projekt Zuwanderung und Integration. Türken in Deutschland II. Individuelle Perspektiven und Problemlagen*. Version: Februar 2002. http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_201_1.pdf, Abruf: 28.02.2011. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.. – Arbeitspapier Nr. 60
- [Wildung 2006] WILDUNG, Xandra: *Interkulturelle Kompetenz - ein Vexierbild des 21. Jahrhunderts. Definition, Elemente, Standards, Praxis*. München : Deutsches Jugendinstitut DJI, 2006. – DJI Bulletin 76 Plus, Heft 3, S. 1-4
- [Wilson u. Kelling 1982] WILSON, James Q. ; KELLING, George L.: Broken Windows. In: *The Atlantic Monthly* (1982), März, 1-10. http://manhattan-institute.org/pdf/_atlantic_monthly-broken_windows.pdf. – Abruf: 28.02.2011
- [ZDF 2011a] ZDF: *Alkoholkonsum geht zurück - Komasaufen bleibt beliebt*. Version: Februar 2011. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/21/0,3672,8206101,00.html>, Abruf: 28.02.2011. heute.de magazin. – Artikel vom 04.02.2011
- [ZDF 2011b] ZDF: *Komasaufen nimmt zu*. Version: Januar 2011. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/17/0,3672,8202865,00.html>, Abruf: 28.02.2011. heute.de magazin. – Artikel vom 28.01.2011
- [Zimmermann 2003] ZIMMERMANN, Gunter E.: Sozialer Konflikt. In: SCHÄFERS, Bernhard (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. 8. Auflage. Opladen : Leske + Budrich, 2003, S. 184–186
- [Zivilcourage 2007] ZIVILCOURAGE: *Das sieht verboten aus! Rechtsextreme Symbole und ihre Bedeutung*. 4. Auflage. Pirna : Aktion Zivilcourage e.V., 2007. – Flyer

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit „Stadt als Angstraum. Untersuchungen zu rechtsextremen Szenen am Beispiel einer Großstadt“ selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie die wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und die Satzung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung beachtet habe.

Ettlingen, den 03.03.2011

Ulrike Pahle-Franzen